Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 1

Die Kriegsverschwörung und die Kriegsverschwörer

von

Salvator

Iswolsky / Poincaré / Grey / Nikolaus der Große
Nikolaus der Kleine / Delcassé / Victor Emanuel
Il Gran Oriente / Italiens Verrat / Salandra und
Sonnino / San Guiliano / Die Entente der Presse

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 1

Die Kriegsverschwörung
und die
Kriegsverschwörer

von

Salvator

Iswolsky / Poincaré / Grey / Nikolaus der Große
Nikolaus der Kleine / Delcassé / Victor Emanuel
Il Gran Oriente / Italiens Verrat / Salandra und
Sonnino / San Guiliano / Die Entente der Presse

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 1

Die Kriegsverschwörung
und die
Kriegsverschwörer

Beiträge zur Zeitgeschichte

von

Salvator

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke und Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Wird die Weltgeschichte von Menschen, von Einzelpersönlichkeiten gemacht, oder vollzieht sie sich nach Gesetzen, die der menschlichen Einwirkung entzogen sind? Die Frage ist nicht neu, und ganze historische Schulen haben sich nach der Antwort geschieden. Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, der letzten Endes eine Sache der persönlichen Überzeugung ist, sondern sogleich aussprechen, daß wir die Lösung in *der* Mitte suchen, die starken Einzelpersönlichkeiten ihren Einfluß einräumt, ohne zu verkennen, daß es allgemeine Gesetze der Völkerentwicklung gibt, die unpersönlich sind. Diesen hat die Wissenschaft nachzuspüren; der Nichtfachmann wird stets einen stärkeren Reiz in der *Einzelpersönlichkeit* finden, die an einer wichtigen Stelle in das Rädergetriebe der Weltgeschichte eingegriffen hat. Zumal wenn diese Weltgeschichte noch Zeitgeschichte und jene Einzelpersönlichkeit noch Zeitgenosse ist.

Vieles ist schon über die *Hauptakteure in dem großen Drama des gegenwärtigen Weltkrieges* geschrieben worden. Wenn wir in den nachfolgenden Blättern ebenfalls von ihnen reden, so soll dies keine Wiederholung oder nur eine abrundende Zusammenstellung sein. Das Material zu den nachstehenden Portraits ist zu einem guten Teil neu und *aus Quellen geschöpft, die der Öffentlichkeit nicht, oder noch nicht erschlossen sind.* Die Zeichnungen vermögen sonach einen Beitrag zur *Geheimgeschichte des Weltkrieges* abzugeben, die in ihrer Gänze vielleicht niemals enthüllt werden wird.

Dem Leser muß es überlassen bleiben, zwischen den Einzeldarstellungen der nachfolgenden Blätter manche Zusammenhänge zu finden, die vorerst aus naheliegenden Gründen nur angedeutet werden können.

Iswolsky

Wir schreiben seinen Namen nach deutscher Lautart, obwohl Alexander Petrowitsch von Iswolsky ein Urrusse ist. Die ursprüngliche Kraft, aber auch die Brutalität, die Geschmeidigkeit und die List seiner Rasse stecken in diesem Manne, mag er im übrigen auch Diplomat und Salonmensch sein. Aber sein Wesen erschöpft sich nicht in den Grundzügen der slawischen Art; es wird kompliziert durch unleugbar pathologische Einschläge. Iswolskys Brutalität ist nicht nur rasseneigentümlich, sie ist auch perverse Neigung, sie ist Sadismus, ebenso wie seine Neigung zur Kabale nicht nur der allgemeinslawischen Listigkeit entspringt, sondern einen deutlichen krankhaften Zug aufweist. In dem Kreise der Eingeweihten ist Iswolsky nicht ohne Grund ein Sadist der Politik genannt worden.

Äußerlich der Typ eines Gesellschaftsmenschen, des Lebemannes mit Zylinder und Monokel, verleugnet Iswolsky auch im Salon die Brutalität seines Wesens nicht. Die Damen der Pariser Gesellschaft fanden freilich diese Art des russischen Botschafters anfangs sehr originell und vergnügten sich an den zweideutigen Galanterien, die so entzückend nach Juchten rochen. Aber allmählich ging, wenigstens dem feiner empfindenden Teil der Pariser Gesellschaft die moskowitische „Ursprünglichkeit“ und „Originalität“ Iswolskys zu weit, ohne daß dieser sich freilich irgendwie hätte dadurch beirren lassen. Seine Kraftnatur, die vom Lebenssaft überschäumt, weiß die irdischen Genüsse auch außerhalb der Salons der guten Gesellschaft zu finden, und das Rouégesicht Iswolskys mit den zwei tiefen Falten über der Nasenwurzel war an sehr vielen Stätten nächtlicher Vergnügungen wohlbekannt. Wobei bemerkenswert ist, daß dieser Lebemensch gleichzeitig ein feinsinniger Kenner und eifriger Sammler von Kunstwerken ist.

Iswolskys Kraft erschöpft sich nicht in nächtlichen Vergnügungen. Dieses Urbild eines gesellschaftlichen Gecken ist gleichzeitig ein zäher, unermüdlicher Diplomat von ganz ungewöhnlicher Willenskraft und Geschicklichkeit. Seit er, 1910 als des Zaren Botschafter nach Paris kam, hat er es verstanden, die französischen Staatsmänner, die er brauchte, allmählich mit überlegener Geschicklichkeit „einzuwickeln" und mit brutalem Willen zu seinen gefügigen Werkzeugen zu machen. Poincaré, der seine Wahl zum Präsidenten der französischen Republik zum guten Teile Iswolsky zu verdanken hatte, stand vollständig im Banne dieses Willensmenschen. Es war offenes Geheimnis in Paris, daß eine eigene Fernsprechleitung Poincaré mit der russischen Botschaft verband, und Frankreichs Präsident unternahm keinen nur einigermaßen bedeutungsvollen Schritt, ohne sich dort Rats erholt zu haben. Diese Hypnose, in der Iswolsky den Präsidenten Poincaré erhielt, fand ein Gegenstück, als Sir Edward Grey — es war seine erste Auslandreise — in Begleitung des Königs Georg Sommer 1913 nach Paris kam. Auch er verfiel allsogleich dem Banne des brutalen Willensmenschen Iswolsky.

Iswolsky machte seit Jahren im vertrauten Kreise kein Hehl daraus, daß er auf den Krieg hinarbeitete. Gleich der Kaiserin Eugenie sprach er von „ma guerre". „Ce sera ma guerre — cette guerre là!" Was waren seine Gründe dazu? Zunächst arbeitete er im Auftrage seiner hohen Beschützer und Gönner, der Zarin-Mutter Maria Feodorowna und der Großfürstenpartei, insbesondere des Großfürsten Nikolai Nikolaijewitsch, deren Fürsprache beim Zaren er den Pariser Botschafterposten in erster Linie zu danken hatte. Aber die Arbeit auf den Krieg hin war auch Iswolskys eigenes Gefühlsbedürfnis. Teils aus einer perversen Neigung zum Zerstören („Krieg ist ihm eine Freude am Gemetzel" hat einmal ein kundiger Beobachter gesagt), teils aus gekränkter Eitelkeit. Iswolskys persönlicher Haß richtete sich gegen Oesterreich-Ungarn und gegen den Grafen Aerenthal, dem er, damals

russischer Außenminister, die Schuld an seiner diplomatischen Niederlage während der bosnischen Krise zuschreiben mußte. Damals, bei seiner Zusammenkunft mit dem Grafen Aehrenthal in Buchlau, war der Immerschlaue, wie er meinte, überlistet worden. Aehrenthal wußte sich Rußlands Zustimmung zu der geplanten Annexion von Bosnien und der Herzegowina dadurch zu versichern, daß er seinerseits die Zustimmung Österreich-Ungarns zur Freigabe der Dardanellendurchfahrt für Rußland versprach. Am Widerstande Englands scheiterte diese, und Iswolsky war seiner Kompensation wieder bar. Sein ganzer Haß — und er versteht zu hassen! — richtete sich von nun an gegen Aehrenthal und gegen Oesterreich-Ungarn und überdauerte auch den Tod des Grafen.

Für diese seine Gesinnung fand Iswolsky in Paris den geeigneten Boden und die geeigneten Werkzeuge. Geschickt in der Behandlung der Menschen wußte er den einen beim Ehrgeiz, den andern beim Neid, den dritten bei der Habgier zu packen. Die Rubel rollten aus der russischen Botschaft in die französischen Zeitungsredaktionen, die Rubel, die in Wirklichkeit aus französischem Metall geprägt waren. Denn auch in der Kunst, aus dem französischen Bundesgenossen immer neues Gold in Form von russischen Anleihen herauszupressen, hat es Iswolsky zu einer wahren Virtuosität gebracht. Wie nun Iswolsky die Kriegsfrucht weiter an seinem Teile zur Reife gebracht hat, werden wir bei den Kapiteln über Poincaré und Edward Grey noch sehen.

Poincaré

Raimond Poincarés Glück ist zu seinem Unglück geworden, und seine Vorzüge zu seinen Fehlern. Diesem glänzend begabten und vielseitigen Mann konnte schon in seinen Anfängen vorausgesagt werden, daß er Karriere machen würde. Er hatte sich für die Advokatenlaufbahn entschieden, die ja in Frankreich auch sonst vielerlei Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, aber schon der Zuschnitt seiner Studien war viel breiter angelegt. Außer der Lizenz, die zur Ausübung der Advokatenpraxis berechtigt, erwarb Raimond den Doktortitel, der akademischen Wert besitzt und dazu noch die Lizenz in der Literatur. Was er angriff, glückte dem begabten, eifrigen jungen Manne. Er wurde Anwalt in Paris und errang binnen kurzem den besten Ruf, der ihn von aller Welt gesucht und begehrt werden ließ. Er versuchte sich in der Presse und fand großen Beifall als Gerichtsredakteur am „Voltaire." Gleichzeitig veröffentlichte er Bücher, Arbeiten zunächst rein juristischen, später politischen und allgemeinen Inhalts: sie wurden mit Beifall aufgenommen. Als Redner von klarer, überzeugender Kraft und gefälliger Form geschätzt, verdankte Raimond Poincaré gerade diesen Vorzügen neben seiner literarischen Tätigkeit die Aufnahme in die Akademie der „Unsterblichen."

Was Wunder, wenn sich dieses Sonntagskind des Glückes auch der Politik zuwandte, diesem Tummelplatz aller Ehrgeizigen in Frankreich? Ehrgeizig war Raimond Poincaré von jeher; aber eine stete Vorsicht und Zurückhaltung zügelte lange die Leidenschaft und gewährleistete damit gerade seine großen Erfolge. In seinem 26. Lebensjahr begann seine politische Laufbahn und auch hier trug ihn das Glück Stufe um Stufe hinauf. Die Vorzüge seines scharfen Geistes, seine Kenntnisse, seine unermüdliche Arbeitskraft blieben nicht unerkannt.

Mit 33 Jahren war Raimond Poincaré Minister und ist es im Wechsel der französischen Kabinette mit Unterbrechungen fünfmal gewesen, zuletzt seit dem 14. Januar 1912 als Kabinettschef und Minister des Äußern. Er war es zu bewegten Zeiten, während der Dreyfußaffäre, aber seine Vorsicht bewahrte ihn davor, sich dabei zu kompromittieren. Er arbeitete unter verschiedenen Parteikonstellationen und wußte doch sich so zu halten, daß er auf keine Parteischablone festgelegt war. Keine der politischen Parteien Frankreichs konnte Raimond Poincaré für sich in Anspruch nehmen, keine sich entschieden ihm entgegenstellen; aber viele erhofften von ihm vieles.

So lagen die Dinge, als Raimond Poincaré anfang 1912 Ministerpräsident und Minister des Äußern wurde. Zu einer Zeit, als sich schon das politische Gewittergewölk über Europa zusammenballte und die militärische und diplomatische Vorbereitung der kommenden großen Entscheidung allerwärts im Gange war. In seiner Stellung als französischer Kabinettschef und Außenminister verfiel Raimond Poincaré dem Verhängnis seines Lebens. Er, der Ehrgeizige begann Geschmack an dem berauschendsten Champagner des menschlichen Daseins, an dem Machtbesitze, zu empfinden, die wonnigen Kitzel zu spüren, die das Bewußtsein mit sich bringt, an erster Stelle zu stehen, der Gegenstand der Bewunderung, der Hoffnung zu sein — und von Mächtigen umworben zu werden. Denn an erster Stelle stand Raimond Poincaré schon als Kabinettschef; der gute, behäbige Präsident Fallières hielt sich ängstlich in den Grenzen des Allernötigsten an persönlichem Hervortreten und an Repräsentation und ließ willig seinen Ministerpräsidenten schalten und walten. Als Frankreichs Vertreter reiste Raimond Poincaré auf dem Panzerschiff „Condé" in den ersten Augusttagen 1912 mit großer Aufmachung nach Rußland, und hier, in Petersburg und in Moskau, bei Diners und Paraden, vor allem aber in den vertraulichen Besprechungen mit den verschlagenen russischen Staatsmännern entschied sich sein und

Frankreichs Schicksal. Es bedurfte, den Ehrgeizigen und Machtgeblendeten in die russischen Netze einzufangen, gar nicht der angeblich königlichen Ehren, mit denen Raimond Poincaré am Zarenhof aufgenommen sein soll. Im Gegenteil wird sogar in eingeweihten Kreisen erzählt, der Abgesandte der Republik habe beim Galadiner nicht am Tische des Zaren, sondern am „Katzentisch" der Minister daneben seinen Platz angewiesen bekommen. Aber an Prunk und Glanz und List und Überredung wurde von den Russen nicht gespart und Raimond Poincaré schied aus des Zaren Reich, überzeugt, daß Frankreich im Bunde mit der russischen Macht auf dem Wege, den die russische Kriegspartei zu gehen gewillt war, glänzendem Ruhm und neuer Größe entgegeneile und daß er, Raimond Poincaré berufen sei, Frankreich diesem Ziele entgegenzuführen. In Petersburg aber hatte man in Poincaré ein geeignetes, leicht durch Kitzeln des Ehrgeizes, Streicheln des Machtgefühls zu lenkendes Werkzeug erkannt, dem man einen neuen Milliardenpump abgelockt, das man zu neuen unerhörten französischen Rüstungen verpflichtet hatte, und das man bei der bevorstehenden Wahl des Nachfolgers für Fallières zum Präsidenten der französischen Republik zu machen beschloß. Jedenfalls: der russisch-französische Angriffsbund war hier befestigt und bekräftigt. Es fehlte auch nicht an einem sehr deutlichen Symbol: Großfürst Nicolai Nikolajewitsch ging mit seiner Gemahlin zu den französischen Armeemanövern desselben Herbstes, und die Großfürstin, eine geborene Prinzessin Anastasia von Montenegro, gab an der elsässisch-französischen Grenze das Schauspiel jener langen sehnsüchtigen Geste nach den „verlorenen Provinzen," zum rasenden Entzücken der nationalistisch Gesinnten Frankreichs.

Überzeugt von seiner glorreichen Mission, umgaukelt von Traumbildern künftigen Glanzes für Frankreich — und für seine eigene Person, war also Raimond Poincaré nach Paris zurückgekehrt. Und hier setzte Iswolsky das Petersburger und Moskauer Werk würdig fort. Der Boden für Poin-

carés Präsidentschaftskandidatur war günstig und russisches Gold düngte ihn fleißig. Wir sagten schon, daß Raimond Poincaré in keinem ausgesprochenen Parteiverhältnis stand. Das kam ihm nun zu statten. Was in Frankreich nationalistisch fühlte, mußte in dem Lothringer Poincaré, in dem Vertreter des russisch-französischen Bündnisgedankens die willkommenste Persönlichkeit sehen. Aber Poincaré war ja auch — jeden Tag verkündete es seine Presse — der Mann der Kraft, der Initiative; er würde kein passiver oberster Beamter sein wie Fallières und vor ihm Loubet, sondern ein Führer, der „große Präsident", „der starke Mann", der die Kräfte der Nation zusammenfassen, Frankreich wieder zu einer tätigen, ruhmreichen, angesehenen Macht machen würde. So wurde die Stimmung für Poincarés Kandidatur gemacht; den wenigsten war es klar, daß ein Präsident Poincaré den Krieg bedeutete, für Frankreich, für Europa. Am 12. Januar 1913 fiel in Versailles die Entscheidung; sie fiel für Raimond Poincaré, für den Krieg.

Poincarés ganze Präsidentschaft darf man eine einzige Vorbereitung auf diesen Krieg nennen. Schon als Ministerpräsident hatte er das Militärische, das Heer zum wirksamen Agitationsmittel für die Massen gemacht; musikalische Zapfenstreiche, große Paraden waren auf die Tagesordnung gesetzt, der „marche Lorraine" wurde zu einer zweiten Marsaillaise. Nun wurden systematisch die Erinnerungen an 1870/71 wieder wachgerufen, der nationale Gedanke gepredigt, die französische Großmachtidee propagiert. „Aktive Außenpolitik" wurde zu einer Parole, die unter den obwaltenden Umständen notwendig eine deutschfeindliche, agressive Spitze annehmen mußte. Das alles war Raimond Poincarés ureigenstes Werk, der sein eigenes stolzes Selbstbewußtsein auf die französische Nation zu übertragen trachtete. Und sein Eigenstolz war mit dem Präsidentenamt ins ungemessene gewachsen, bis zu unverkennbaren Anzeichen eines gewissen Größenwahns. Der untersetzte, breitschultrige Mann mit der hohen Stirn, den dunklen, tiefliegenden

Augen dünkte sich eine Art bürgerlichen Napoleons. Zudem fehlte auch die zweite „Eugenie" nicht. Madame Poincaré ist eine Italienerin, eine geschiedene Frau mit ein klein wenig „Vergangenheit," eine frühere simple Henriette Benucci, und da ihr Kinder fehlen, wirkte der Duft äußerer Ehren um so berauschender. Der Höhepunkt ihres Lebens war damals erreicht, als im Sommer 1913 das englische Königspaar seinen Staatsbesuch in Paris abstattete. Im ersten Wagen saß Raimond Poincaré, der Sohn eines schlichten Staatsbeamten neben einem König, im zweiten die kleine Bürgersfrau dunkler Herkunft neben der Königin Mary! Gewiß ein Hochtag in Poincarés Leben — aber auch ein Schicksalstag. Denn damals wurde in Paris das Kriegswerk vollendet, zu dem in Petersburg und in Moskau der Grund gelegt worden war. Im Kapitel über Sir Edward Grey werden wir davon noch zu sprechen haben.

Grey

Wie Iswolsky ein Urrusse, so ist Sir Edward Grey ein Stockengländer. Nicht so sehr in seiner äußeren Erscheinung; es gibt gefälligere und harmonischere Vertreter des Typus englischer Männlichkeit, als den hageren eckigen Mann mit der Adlernase und dem eiskalten „Raubvogelblick", wie es nicht mit Unrecht von Grey so gesagt wird. Aber echt englisch ist seine Gesinnung, sein Denken, die Art und das Ziel seines Wollens. Grey ist eine Verkörperung des unsagbaren nationalen Eigendünkels des Britentums, des Dünkels, der die ganze Welt als das ausschließliche Reservat Englands ansieht, dem die Ausbreitung britischer Macht und ihre Ausbeutung als ein gottgefälliges Werk erscheint. Auch die Zähigkeit im Verfolg der national-eigensüchtigen Ziele ist Greys urbritisches Kennzeichen und typisch dafür die Tatsache, daß Sir Edward als einzigen Sport gerade das Angeln mit Leidenschaft betreibt (soweit Leidenschaft kalt und unermüdlich sein kann), also einen Sport, der vor allem die Geduld, die Ausdauer und nimmermüde Zähigkeit voraussetzt. Grey, den sonst die Musen durchaus verschont haben, hat sich auf diesem sportlichen Gebiet sogar literarisch, wie man sagt, mit großer Sachkenntnis und Intelligenz betätigt.

Auch sonst fehlt es Sir Edward nicht an Intelligenz; aber sie ist bei ihm nicht Ausdruck persönlicher Eigenart, sondern gleichsam die zusammengefaßte Intelligenz seiner Rasse. Das Schöpferische ist ihm durchaus versagt; man wird vergebens bei Grey nach auch nur einem originellen Gedanken suchen. In seiner politischen Laufbahn — sie begann für ihn schon in sehr jungen Jahren — schlug er sich zur liberalen Partei, aber nur äußerlich, im Grunde war er torystisch gesinnt. Im Departement des Auswärtigen, dem er 1892—1895 als Unterstaatssekretär, seit 1906 ununterbrochen als Staatssekretär

angehörte, begann seine staatsmännische Laufbahn und die auswärtige Politik ist seine eigentliche Domäne geblieben. Grey ist Geist von König Eduard VII. Geist und dessen Befürwortung — unter der Hand — verdankte Sir Edward die Ernennung zum Nachfolger Lord Landsdownes, als das Tory-Ministerium Balfour 1906 vom liberalen Kabinett Campell-Bannermann abgelöst wurde. Es heißt, König Eduard habe Grey gerade als einen Vertreter torystischer Außenpolitik (die seine eigene war) in das liberale Ministerium hineinzuschmuggeln verstanden. Jedenfalls gab der Erfolg dem Recht: Greys Politik unterschied sich in den Grundzügen in keiner Weise von der seines konservativen Amtsvorgängers und von der König Eduards selbst. Das Ziel dieser Politik, für die man nicht unzutreffend den Namen „Einkreisungspolitik" erfunden hat, ist bekannt: scharfe Stellung gegen Deutschland, der Wille, Frankreich und womöglich Rußland den Zentralmächten Europas gegenüber fortgesetzt politisch und nötigenfalls militärisch zu unterstützen, um Deutschland politisch und wirtschaftlich niederzuhalten. Die Politik König Eduards wollte nicht in jedem Falle den Krieg gegen Deutschland, aber sie wollte den Zweck der Niederhaltung Deutschlands selbst um den Preis eines Krieges erreichen. Nicht nur politisch trat darum England dem deutschen Reiche überall entgegen — die Marokkokrise ist das deutlichste Beispiel dafür — sondern auch militärisch wurde auf eine Lage hingearbeitet, die im Kriegsfalle Deutschland erdrücken sollte.

Es war eine gewaltige Arbeit, aber recht nach dem Sinne des Anglers Grey, zudem die Vorarbeit von König Eduard schon aufs beste besorgt war. Sie erforderte Skrupellosigkeit auch in den Mitteln: ein britisches Erbgut, über das Sir Edward in ausreichendem Maße verfügt. Gerade er ist ein typischer Vertreter des englischen „cant", jener doppelten Moral, die in Wirklichkeit gar keine, die krasse Unmoral ist. Im Privatleben ein untadeliger Gentleman, besinnt sich Grey keinen Augenblick, politische Ziele mit den Mitteln des Rechtsbruchs,

der Bestechung, Diebstahls, selbst des Mordes zu erreichen. „Right or wrong, my country." Die angestrebte, und wie der jetzige Weltkrieg zeigt, zum großen Teil auch erreichte Mächtekonstellation gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatte solche Mittel zur Voraussetzung. Die geheime diplomatische Vorgeschichte dieses Krieges wird vielleicht nie in ihrer Gänze enthüllt werden können. Einiges ist aber schon heute nicht mehr unbekannt. Die unter Bruch der Neutralität Belgiens erzielte geheime belgisch-britische Militärkonvention von 1906 ist rein englisches Werk vom Geiste König Eduards und Greys. Ein geheimes militärisches Abkommen, das englische Hilfstruppen für den Fall eines Krieges mit Deutschland zusicherte, ist mit Frankreich abgeschlossen worden, trotzdem Grey es zu wiederholten Malen im englischen Unterhause in Abrede stellte. Gewichtige Gründe sprechen dafür, daß auch ein Geheimvertrag mit den Vereinigten Staaten für den Fall eines europäischen Krieges zustandekam, das die wohlwollende „Neutralität" der Union gegen Großbritannien und seine Verbündeten (vgl. die Waffenlieferungen!) zusicherte, gegen das englische Versprechen, den Vereinigten Staaten in einem möglichen Kriege gegen Japan bewaffnete Hilfe zu leisten. Die schon engen Beziehungen Großbritanniens zu Rußland fanden ihren Abschluß in einem geheimen Bündnis, das während des Besuches des englischen Königspaares in Paris im Sommer 1913 abgeschlossen wurde. Grey war zugegen, es war, abgesehen von einem flüchtigen Riviera-Aufenthalt, seine erste Auslandsreise.

In der Tat: der Stockengländer Grey ist so sehr ein Verächter alles Nichtbritischen, daß er niemals das Bedürfnis fühlte, seinen engen britischen Horizont im Auslande zu weiten. Er spricht, außer einem sehr mangelhaften Französisch, keine fremde Sprache und sieht mit unausgesprochener aber tiefer Verachtung auf jeden Nichtbriten, über den er sich unglaublich erhaben dünkt. Auch in der politischen Methode; aber hier

in Paris, an Iswolsky fand er seinen Meister. (Iswolsky, der Grey im intimen Kreis wegwerfend „einen Staatsmann vierter Ordnung" nannte). In den Besprechungen, die Grey in Paris mit Iswolsky und mit Poincaré hatte, wurde, im wesentlichen nach Iswolskys Vorschlägen der englisch-französisch-russische Kriegsbund gegen die Zentralmächte abgeschlossen. Besiegelt wurde die Befestigung der „Tripleentente" zum förmlichen Bündnis, das Maß der wechselseitigen militärischen und finanziellen Hilfe genau festgelegt, die Grundlagen für eine geheime englisch-russische Flottenkonvention geschaffen. Das Wesentliche dabei war, daß auf russische, durch Iswolsky vertretene Veranlassung, der Dreiverband jetzt einen ausgesprochenen Angriffscharakter gegen die Zentralmächte erhielt. Der Krieg wurde beschlossen und zwar für 1916/17, als für die Zeit, zu der Rußlands, durch die französische Milliardenanleihe ermöglichten Riesenrüstungen im wesentlichen fertig sein sollten und gleichzeitig in Frankreich die Wirkung des Dreijahrsgesetzes zur vollen Geltung gekommen wäre. Die geplante russisch-britische Flottenkonvention sah gleichzeitig den Ausbau der russischen Ostseeflotte mit englischer Hilfe und für den Kriegsfall eine Landung russischer Truppen auf englischen Schiffen und unter englischem Flottenschutz an der pommerschen Küste vor. Eine gleichzeitige britische Landung an der südjütischen Küste war gleichfalls geplant.

Die Ereignisse des Sommers 1914 haben den Gang der Dinge gegen den Willen der Verschwörer um zwei Jahre beschleunigt, sodaß gerade die letzteren Abmachungen Papier blieben. Die Mine explodierte zu früh, und auch Sir Edward Grey hat Grund unzufrieden zu sein. Nicht daß er bereuen wird; er ist fest überzeugt, das Beste für England gewollt zu haben.

Nikolaus der Große und Nikolaus der Kleine

Wie steht der Zar zum Kriege und welchen Anteil hat er an ihm? Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig von dem Urteil, das über die Person des Zaren selbst gefällt wird. Zwei Ansichten stehen sich hier gewöhnlich gegenüber: nach der einen ist Kaiser Nikolaus II. ein willensschwacher, lediglich äußeren Einflüssen unterworfener Mensch, nach der anderen aber ein harter Despot, der kaltblütig Eide und Versprechungen bricht, Tausende von Todes- und Verbannungsurteilen unterzeichnet und nur auf die Erhaltung seiner Selbstherrschaft bedacht ist. Beide Auffassungen sind verkehrt und die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Bemerkenswerter Weise hat der bekannte russische Revolutionär Burzew das zutreffendste Urteil über den Zaren gefällt. Er schildert ihn so: „. . . . Ein Mann von mittelmäßiger Intelligenz und von ebenfalls mittelmäßigen Fähigkeiten, gut unterrichtet über eine Menge von Fragen, die Staatsangelegenheiten betreffen, aber doch mit wesentlichen Lücken, und auch gut unterrichtet über die wichtigsten Ereignisse innerhalb seines Reiches. Er weiß genug, um seine eigenen Interessen zu verstehen, und um, trotz der politisch und sozial noch so ungünstigen Verhältnisse mit Hilfe seiner Anhänger einen aus dem Gesichtspunkt seiner persönlichen Interessen vorteilhaften politischen Kurs zu verfolgen." In der Tat ist Zar Nikolaus ein Mann der Mittelmäßigkeit, geistig wie körperlich. Es liegt nahe, daß eine solche Natur, ohne selbst ausgesprochen willensschwach zu sein, starken Charakteren und Trägern starker geistiger Fähigkeiten erliegt, um so eher, als er das Bedürfnis nach „Rückenstärkung" hat. Er sucht diese aber nicht immer bei den Trägern der hohen Regierungsämter; seine Ratgeber bildeten mitunter, z. B. vor dem russisch-japanischen Kriege eine förmliche inoffizielle Nebenregierung neben dem offiziellen Mi-

nisterium. Ein Mann wie Witte freilich, dem überragende Kräfte des Geistes wie des Willens zur Verfügung standen, wußte die unverantwortlichen Einflüsse auf Kaiser Nikolaus zu paralysieren und diesen unter das Gewicht seiner Persönlichkeit zu stellen. 'Nikolaus hat gerade unter Wittes Druck geseufzt und atmete froh auf, als s, auf nicht sehr geschickte Art gelungen war, Witte kaltzustellen. „Gott sei Dank," frohlockte damals der Zar, „d e n bin ich los."

Nicht los aber kam der Zar von zwei anderen Persönlichkeiten, die ihm, nicht wie Witte zu seinem Vorteil, sondern die ihn zu seinem Unheil beeinflußten. M a r i a F e o d o r o w n a, des Zaren Mutter und offiziell „Zarin-Mutter" hat einmal ihrem Sohn die Krone erhalten. Es war in der letzten Zeit vor dem Ableben Alexanders III., als ein förmliches Komplott am Zarenhofe geschmiedet wurde, den schwächlichen Sohn des riesigen Vaters gänzlich von der Thronfolge auszuschließen. Damals hielt Maria Feodorowna die Hand über dem Sohn, nicht so sehr aus mütterlicher Liebe, sondern weil sie ihn beherrschte und durch Nikolaus auf dem Throne selber weiter zu herrschen gedachte. So ist es denn auch geblieben, und wenn auch nach und nach in geringerem Maße: auch heute noch unterliegt der Sohn dem Einfluß der Mutter und dieser Einfluß wirkt mit der Zähigkeit eines persönlichen Hasses nur in einer Richtung — g e g e n Deutschland. Ist Maria Feodorownas Deutschenhaß unvertilgbarem eigenen Erleben entsprossen? Ganz heimlich raunt man sich eine Geschichte zu von einer tötlichen Kränkung, die einstmals ein deutscher Offizier der jungen, schönen und vertrauenden Prinzeß Dagmar zugefügt habe. . .

Der Einfluß der Mutter auf Kaiser Nikolaus ist nach und nach geringer geworden. Stärker hingegen der des Oheims, N i k o l a u s N i k o l a j e w i t s ch des jüngeren. Der ältere, der Vater, ein Bruder des Zaren Alexander II. führte ein wenig rühmliches Leben und starb in geistiger Nacht. Nikolaus Nikolajewitsch der jüngere — er steht jetzt im 60. Le-

bensjahr — wurde Soldat und war es mit Leib und Seele. Kein schlechter Soldat übrigens; im Türkenkriege, am Schipkapaß und bei Plewna zeichnete sich der 30jährige persönlich so aus, daß der ihm von seinem Großohm Kaiser Wilhelm I. verliehene Pour le mérite wirklich verdient war. Er blieb Soldat, um so eifriger, als er im Dienst ein nichtfürstliches Liebeserlebnis zu vergessen suchte, dessen Vollendung am Einspruch Alexanders III. scheiterte. Als Kommandeur des Regiments Chevaliers Gardes leitete Nikolaus der Oheim eine zeitlang die militärische Ausbildung des Neffen Nikolaus und seither datiert der Einfluß, den der energische Kraftmensch auf den Schwächeren immer mehr gewann. Als der Neffe den Zarenthron bestiegen hatte, legte er dem Oheim immer höhere militärische Machtbefugnisse in die Hand. 1905 wurde Nikolaus Nikolajewitsch Vorsitzender des Landesverteidigungsrates, bald darauf auch Oberkommandierender des Petersburger Militärbezirkes und somit militärisch die wichtigste Persönlichkeit in Rußland.

Nikolai Nikolajewitsch wollte den Krieg. Zunächst nicht etwa aus Deutschenhaß, auch nicht, wie wohl behauptet wurde, um als siegreicher Feldherr sich zum Diktator zu machen, und den Neffen vom Zarenthron zu stoßen. Nikolaus Nikolajewitsch wollte den Krieg wohl auch deswegen, weil er nach Feldherrenruhm dürstete, aber neben persönlichem Siegesruhm erstrebte er vor allem Siegesruhm für die russische Armee, einen Ruhm, der die Flecken des unglücklichen Krieges gegen Japan austilgen sollte. Die politische Grundlage und Richtung seines Kriegswillens kam ihm dann erst von außen her, vor allem, nachdem er 1907 sich mit der Prinzessin Anastasia von Montenegro, der geschiedenen Herzogin von Leuchtenberg vermählt hatte. Nun trat er den panslawistischen Kreisen nahe und übte seinen Einfluß auf den Kaiserlichen Neffen im Sinne des Krieges gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Daß er während der diplomatischen Vorarbeit des Krieges auch mit den Vertretern des republikanischen Frankreich Fühlung nehmen mußte, kam den Großfürsten hart an. Für die Poin-

caré und Genossen hatte Nikolaus Nikolajewitsch im engen Kreise nur die verächtliche Bezeichnung: „Advokatengesindel!"

Die Geschichten, die über die Brutalität des Großfürsten seinen Offizieren gegenüber erzählt werden, sind mit Vorsicht zu genießen. Gewiß deutet schon seine äußere Erscheinung, die Züge dieses scharfen Gesichts mit den dünnen, fast grausamen Lippen und den kalten Augen auf eine weichherzigen Regungen schwer zugängliche Natur, und der große, überlange Mann mit den beständig nervös zuckenden Beinen ist kaum von besonderer Langmut. Aber er ist auch nicht jener blindwütige Berserker, als der er geschildert wird. Es ist klar, daß Nikolaus Nikolajewitsch entschieden mit all seinem großen Einfluß beim Zaren sich gegen einen Frieden stemmen wird nach einem Feldzug, der dem Generalissimus der russischen Heere keinen Siegeslorbeer gebracht hat. Es ist auch klar, daß der Großfürst nach seiner bisherigen Methode kaltblütig weitere Hekatomben russischer Menschenleben opfern würde, um die Siegesgöttin vor seinen Wagen zu zwingen. Ob Nikolaus der Zar noch lange dem Einfluß des Oheims und der Zarin sich beugen wird, ist eine andere Frage. Die Berichte über ernstliche Zerwürfnisse zwischen Neffen und Oheim scheinen nicht unzutreffend zu sein und obwohl der Zar von der Kriegspartei durch das Gespenst einer Revolution geschreckt werden soll, die im Falle eines unglücklichen Krieges zu erwarten sei, neigt er schon seit längerem sein Ohr anderen Einflüssen, die einen raschen Friedensschluß befürworten. Freilich kann es noch eine Weile dauern, ehe die Friedenspartei das Übergewicht gewinnt, denn Zar Nikolaus ist, wie gesagt, ein Mann der Mittelmäßigkeit und neigt sich nur dem stärksten Einfluß. Des Kaisers Nikolaus eigene Interessen liegen an sich dem Waffenlärm fern; er ist ein Liebhaber und Sammler russischer Altertümer, ferner von Erzeugnissen der russischen Hausindustrie und Volkskunst und interessiert sich für russische Sagen, Legenden und Heldenlieder, für slawischen Kirchenritus und Kirchenmusik.

bensjahr — wurde Soldat und war es mit Leib und Seele. Kein schlechter Soldat übrigens; im Türkenkriege, am Schipkapaß und bei Plewna zeichnete sich der 30jährige persönlich so aus, daß der ihm von seinem Großohm Kaiser Wilhelm I. verliehene Pour le mérite wirklich verdient war. Er blieb Soldat, um so eifriger, als er im Dienst ein nichtfürstliches Liebeserlebnis zu vergessen suchte, dessen Vollendung am Einspruch Alexanders III. scheiterte. Als Kommandeur des Regiments Chevaliers Gardes leitete Nikolaus der Oheim eine zeitlang die militärische Ausbildung des Neffen Nikolaus und seither datiert der Einfluß, den der energische Kraftmensch auf den Schwächeren immer mehr gewann. Als der Neffe den Zarenthron bestiegen hatte, legte er dem Oheim immer höhere militärische Machtbefugnisse in die Hand. 1905 wurde Nikolaus Nikolajewitsch Vorsitzender des Landesverteidigungsrates, bald darauf auch Oberkommandierender des Petersburger Militärbezirkes und somit militärisch die wichtigste Persönlichkeit in Rußland.

Nikolai Nikolajewitsch wollte den Krieg. Zunächst nicht etwa aus Deutschenhaß, auch nicht, wie wohl behauptet wurde, um als siegreicher Feldherr sich zum Diktator zu machen, und den Neffen vom Zarenthron zu stoßen. Nikolaus Nikolajewitsch wollte den Krieg wohl auch deswegen, weil er nach Feldherrenruhm dürstete, aber neben persönlichem Siegesruhm erstrebte er vor allem Siegesruhm für die russische Armee, einen Ruhm, der die Flecken des unglücklichen Krieges gegen Japan austilgen sollte. Die politische Grundlage und Richtung seines Kriegswillens kam ihm dann erst von außen her, vor allem, nachdem er 1907 sich mit der Prinzessin Anastasia von Montenegro, der geschiedenen Herzogin von Leuchtenberg vermählt hatte. Nun trat er den panslawistischen Kreisen nahe und übte seinen Einfluß auf den Kaiserlichen Neffen im Sinne des Krieges gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Daß er während der diplomatischen Vorarbeit des Krieges auch mit den Vertretern des republikanischen Frankreich Fühlung nehmen mußte, kam den Großfürsten hart an. Für die Poin-

caré und Genossen hatte Nikolaus Nikolajewitsch im engen Kreise nur die verächtliche Bezeichnung: „Advokatengesindel!"

Die Geschichten, die über die Brutalität des Großfürsten seinen Offizieren gegenüber erzählt werden, sind mit Vorsicht zu genießen. Gewiß deutet schon seine äußere Erscheinung, die Züge dieses scharfen Gesichts mit den dünnen, fast grausamen Lippen und den kalten Augen auf eine weichherzigen Regungen schwer zugängliche Natur, und der große, überlange Mann mit den beständig nervös zuckenden Beinen ist kaum von besonderer Langmut. Aber er ist auch nicht jener blindwütige Berserker, als der er geschildert wird. Es ist klar, daß Nikolaus Nikolajewitsch entschieden mit all seinem großen Einfluß beim Zaren sich gegen einen Frieden stemmen wird nach einem Feldzug, der dem Generalissimus der russischen Heere keinen Siegeslorbeer gebracht hat. Es ist auch klar, daß der Großfürst nach seiner bisherigen Methode kaltblütig weitere Hekatomben russischer Menschenleben opfern würde, um die Siegesgöttin vor seinen Wagen zu zwingen. Ob Nikolaus der Zar noch lange dem Einfluß des Oheims und der Zarin sich beugen wird, ist eine andere Frage. Die Berichte über ernstliche Zerwürfnisse zwischen Neffen und Oheim scheinen nicht unzutreffend zu sein und obwohl der Zar von der Kriegspartei durch das Gespenst einer Revolution geschreckt werden soll, die im Falle eines unglücklichen Krieges zu erwarten sei, neigt er schon seit längerem sein Ohr anderen Einflüssen, die einen raschen Friedensschluß befürworten. Freilich kann es noch eine Weile dauern, ehe die Friedenspartei das Übergewicht gewinnt, denn Zar Nikolaus ist, wie gesagt, ein Mann der Mittelmäßigkeit und neigt sich nur dem stärksten Einfluß. Des Kaisers Nikolaus eigene Interessen liegen an sich dem Waffenlärm fern; er ist ein Liebhaber und Sammler russischer Altertümer, ferner von Erzeugnissen der russischen Hausindustrie und Volkskunst und interessiert sich für russische Sagen, Legenden und Heldenlieder, für slawischen Kirchenritus und Kirchenmusik.

Delcassé

Man hat bei uns in Deutschland Theophile Delcassé mitunter zu niedrig eingeschätzt. Der kleine, trotz seiner Beleibtheit äußerst bewegliche Herr mit dem buschigen Schnurrbart und dem Klemmer, von dem stets ein breites, schwarzes Band zur Weste herabführt, war zeitweilig eine beliebte Witzblattfigur, und nach Maßgabe unserer politischen Verhältnisse hätte er sie auch bleiben müssen. In Frankreich aber konnte Delcassé aus kleinen Verhältnissen durch Behendigkeit, Eifer und Skrupellosigkeit die Leiter zur hohen Macht emporklimmen. Die höchste freilich, die Präsidentenwürde nahm ihm 1913/14 Raimond Poincaré weg und das hat Theophile Delcassé eine Weile stark verschnupft. Aber der Vielgewandte wußte auch hier bald wieder auf die Füße zu fallen, wie eine Katze.

Denn vielgewandt, im Sinne des homerischen πολυμητις ist Delcassé, und man hat ihn nicht zu Unrecht ein politisches Stehaufmännchen genannt. Von kleiner Herkunft und ohne Mittel war Theophile für die Laufbahn eines Gymnasiallehrers bestimmt. Aber sein Ehrgeiz flog höher und da ihm eine Empfehlung Gambettas Eingang in die Redaktion der „République Française" verschaffte, wurde er Journalist. Ein nicht ungeschickter übrigens, dem zwar die eigenen originalen Ideen mangelten, der aber stets eine feine Witterung für das besaß, was in der Luft lag und Zukunft hatte. Ein Versuch Theophile Delcassés, sich in die Kammer wählen zu lassen, endete zuerst mit einem Durchfall, aber der Unverdrossene ließ sich nicht entmutigen. Ende der 80er Jahre ist Delcassé Deputierter. Auch hier versagte seine feine Witterung nicht; mit Lebhaftigkeit trat er für eine starke Kolonialpolitik und für ein Bündnis Frankreichs mit Rußland ein. Ende der 90er Jahre nahm Brisson den Gewandten, der sich vom Strudel des Dreyfußskandals klüglich entfernt gehalten

hatte, als Außenminister in sein Kabinett, ein Posten, den Delcassé dann im Wechsel der Kabinette sieben Jahre lang behauptet hat.

Der Grundgedanke der von Theophile Delcassé in dieser Zeit verfolgten Außenpolitik hieß Ententepolitik. Neben der immer stärkeren Annäherung an Rußland stand ihm, trotz Faschoda, die Annäherung an England — und an Italien. Es ist gerade heute angebracht, daran zu erinnern, daß unter Delcassé die entscheidende Schwenkung einsetzte, die Frankreich und Italien nach jahrzehntelanger Spannung wieder einander annäherte. Das erste äußere Anzeichen dieser neuen Epoche war der italienisch-französische Handelsvertrag von 1898, der einem fast zehnjährigen Handelskriege ein Ende machte. Delcassé ging mit Eifer diesen Weg weiter; das von ihm inaugurierte italienisch-französische Abkommen von 1901 beseitigte die beiderseitigen Reibungsflächen in Nordafrika und von nun an sorgte in Delcassés Sinne der neuernannte Botschafter Frankreichs in Rom, Barrère, für die weitere Bearbeitung der italienischen Öffentlichkeit im Sinne der Annäherung an Frankreich und der Lockerung des italienischen Verhältnisses zum Dreibund. Denn Delcassé gehörte zu den zähesten Anhängern der Revancheidee, und in ihrer ganzen Anlage mußte seine auswärtige Politik eine Spitze gegen Deutschland bekommen. Selbst in Oesterreich-Ungarn suchte er unter der Hand gegen den Dreibund zu arbeiten; Ende der 90er Jahre wurde durch rechtzeitige Enthüllung ein geheimer Plan Delcassés vereitelt, unter der Hand in Gemeinschaft mit einem bekannten ungarischen Politiker eine neue ungarische Partei ins Leben zu rufen, die politisch für die „Freundschaft zu Rußland und Frankreich", und damit gegen den Dreibund Stimmung machen sollte.

Die Beziehungen zu Rußland suchte Delcassé immer enger zu spannen, vor allem aber mit England ins engste Einvernehmen zu kommen. „Ich möchte," so äußerte Delcassé, als er das Außenministerium bezog, „dieses Haus nicht ver-

lassen und von meinem Ministersessel nicht weichen, ohne ein gutes Einvernehmen mit England hergestellt zu haben." Zunächst wurden die kolonialen Streitfragen aus der Welt geschafft, Frankreichs Botschafter in London, Paul Cambon, der in diesen Fragen Delcassé zu inspirieren pflegte, ebnete die Wege, 1903 im Mai weilt König Eduard in Paris, vier Wochen darauf reist Delcassé in Begleitung des Präsidenten Loubet nach London. Seit 50 Jahren betrat zum ersten Mal wieder ein Staatsoberhaupt Frankreichs englischen Boden: die Entente cordiale war im Prinzip abgeschlossen! Beide Parteien waren einander entgegengekommen; König Eduard brauchte Frankreich im Verfolg seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland und erkannte mit seinem scharfen Blick für Menschen rasch in Delcassé ein besonders geeignetes Werkzeug für seine Absichten. Schon damals zeichnete der König den beglückten Theophile Delcassé auffallend aus und nahm ihn ganz in seinen Bann. Delcassé, der in der Handhabung seines Ressorts eine größere Unabhängigkeit genoß als vor ihm die meisten seiner Amtsvorgänger, überstürzte damals die Dinge. Gestützt auf den geheimen englisch-französischen Marokkovertrag und eine mündliche Zusage englischer Waffenhülfe im Falle eines Krieges wollte er es schon im Sommer 1905 auf den Konflikt mit Deutschland ankommen lassen. In der denkwürdigen französischen Ministerratssitzung vom 6. Juni jenes Jahres blieb er aber allein, nachdem der französische Kriegsminister Berteaux, der ebenso wie seine Kollegen, namentlich wie der Marineminister durch die plötzliche Zuspitzung der Dinge völlig überrascht war, mit erhobenen Händen ausgerufen hatte: „Wir sind in keiner Weise bereit." Mit tränenden Augen nahm Delcassé unmittelbar darauf seine Entlassung.

Das unveränderte Wohlwollen König Eduards konnte ihn trösten. Noch im Winter 1905/06 benutzte der englische König seine Anwesenheit in Paris, um den Gestürzten ostentativ in die britische Botschaft einzuladen. Und in der Tat,

Delcassé lebte bald wieder auf. Er suchte und fand — vielleicht eine Reminiszenz jenes 6. Juni 1905 — ein neues Feld für seine Betriebsamkeit in den Flottendingen. In der Kammer griff er wiederholt heftig das Marineministerium an, und es war daher ganz folgerichtig, daß ihm 1911 dieses Ressort selbst übertragen wurde. Als Marineminister hat Delcassé unzweifelhaft verschiedenes geleistet; sein Ehrgeiz ging aber höher hinauf, nach dem Präsidentenstuhl und es war abermals eine bittere Enttäuschung für ihn, als er vor Poincarés Kandidatur die eigene als aussichtslos zurückziehen mußte. Eine Entschädigung ward Delcassé, als er nach einer Aussprache, die seine völlige Sinnesübereinstimmung mit Poincaré bewies, Februar 1912 in außerordentlicher Mission nach Petersburg entsandt wurde. Es galt den in den Grundlagen beschlossenen englisch-französisch-russischen Angriffsplan gegen Deutschland in den Einzelheiten zu vollenden. Die Verwendung der neuen russischen 2 Milliardenanleihe in Frankreich zur Vervollkommnung der russischen artilleristischen Ausrüstung und zu strategischen Bahnbauten in Russisch-Polen wurde genau geregelt, Bahnbauten, die einzig die raschere russische Mobilmachung gegen Deutschland gewährleisten sollten. Die Grundlagen einer russisch-britischen Flottenkonvention zur Ergänzung der 1912 unter Declassé abgeschlossenen russisch-französischen wurden vereinbart. Delcassé schied 1914 von Petersburg im Bewußtsein, seiner Politik an seinem Teile zum Siege verholfen zu haben. Zar Nikolaus belohnte ihn mit dem Andreasorden, eine Auszeichnung, die sonst nur für gekrönte Häupter bestimmt ist.

Viktor Emanuel III

Den Beinamen „der Große" wird die Geschichte dem Sohne König Umbertos nicht geben. Nicht nur deshalb, weil Viktor Emnauel körperlich um einen Kopf zu kurz geraten ist; ein Mangel, der wohl auszugleichen wäre. Aber er hat in einer Stunde versagt, in der das Schicksal seines Landes und vielleicht auch das seines Hauses entschieden ward. Nicht, daß Viktor Emanuel etwa selber zum Kriege getrieben hätte; aber er fand nicht den Willen, sich den Kriegslüsternen entgegenzusetzen, um so weniger, als seine eigenen Sympathien schon lange im Lager des Dreiverbandes verankert lagen.

Diese Sympathien waren schon in Viktor Emanuels Jugendzeit erweckt worden, als der junge Prinz von Savoyen eine Erziehung erhielt, die von englischem Geiste durchtränkt war, und sie mußten sich schon damals gegen Österreich-Ungarn wenden, weil zu seinen Lehrern Männer gehörten, die einen regen Anteil an der Bewegung des Risorgimento genommen hatten. Aber es bedurfte doch stärkerer Einflüsse, um Viktor Emanuel gänzlich aus den politischen Traditionen des Vaters herauszureißen und ihm immer mehr die Bindung Italiens im Dreibunde als ein noch notwendiges, aber unerfreuliches Gebot der politischen Vernunft ansehen zu lassen, als eine bloße Stütze, deren man sich gern bei gegebener Gelegenheit entledigt. Diese stärkeren Einflüsse machten sich auf Viktor Emanuel geltend, als er die schöne Elena, die Tochter Nikitas als Gemahlin heimführte. Gegen den eigentlichen Willen seines Vaters, aber unter — mütterlich verständlicher — Unterstützung der Königin Marguerita. Gerade diese freilich sollte wenig Freude an der Schwiegertochter erleben, die als väterliches Erbteil ein starkes Herrschbedürfnis und einen ausgesprochenen Hang zur politischen Wirksamkeit mitbrachte. Um so weniger freilich Geldeswert; Zar Alexander III. wollte

seinem Schützling, der an seinem Hofe und in russischem Sinne erzogen worden war, aus seinen Mitteln eine Mitgift in Höhe von 7 Millionen Rubel mitgeben, was sich aber König Umberto ebenso höflich wie entschieden verbat. Elena wußte ihren Gatten gänzlich in ihren Bann zu ziehen und vor allem den Einfluß, den vordem die Mutter auf Viktor Emanuel gehabt hatte nach und nach vollkommen auszuschalten. Jahrelang stand das Leben der italienischen Königsfamilie unter dem Eindruck eines latenten, aber darum nicht minder heftigen Zweikampfes zwischen der Königin-Mutter Marguerita und der jungen Königin Elena, ein Ringen, das schließlich mit dem vollständigen Siege der letzteren abschloß. Selbst das wenig fürstliche Gebahren der montenegrinischen Brüder Elenas, die bei wiederholten Besuchen in Rom zu Lasten des Königlichen Schwagers aus dem vollen lebten und wahrhaft königliche Schulden hinterließen, tat dem Einflusse der Königin auf ihren Gemahl keinen Abbruch.

Wohin dieser Einfluß politisch wirkte, zeigte sich schon gelegentlich der Antrittsbesuche, die das Königspaar nach seiner Thronbesteigung unternahm. Elena setzte es durch, daß der erste dieser Besuche nach Petersburg an den Hof des Zaren ging und Elena wieder war es zum guten Teil, die dann später die Zusammenkunft von Racconigi zwischen Viktor Emanuel und dem Kaiser von Rußland anbahnte. Daß die Königin nach dem Ausbruch des Weltkrieges im Sinne der russisch-serbisch-montenegrinischen Wünsche (und vielleicht Weisungen!) auf ihren Gatten einwirkte, ist nur selbstverständlich. Viktor Emanuel selbst ist für starke Einflüsse ein nur zu geeignetes Objekt. Die eigenen Willensqualitäten sind bei ihm nur mangelhaft ausgebildet, und was an ihm besonders gerühmt wurde, seine peinlich gewissenhafte konstitutionelle Gesinnung ist in Wirklichkeit nur ein Zeichen solcher Schwäche. Wenn er, wie von ihm gesagt wurde, dem „Grundsatz einer bis zur Selbstverleugnung der eigenen Ansicht gehenden Beobachtung der Rechte der verantwortlichen Minister“ huldigt, so verbirgt

sich dahinter bei Viktor Emanuel eine starke Scheu vor der eigenen Verantwortung. Dazu kam ein fast krankhaftes Streben des Königs nach Volkstümlichkeit, das ihn stets verhindert haben würde, sich starken Volksströmungen, oder dem, das sich als eine solche gab, zu widersetzen. Man darf überzeugt sein, daß die rasenden interventionistischen Straßenkundgebungen in Italien gerade auf König Viktor Emanuel einen tiefen Eindruck gemacht haben, daß sie freilich künstliche Mache waren, übersah er.

Immerhin hat es geraumer Zeit bedurft, ehe sich Viktor Emanuel mit dem Gedanken eines Bruches des Dreibundvertrages abfinden konnte. Außer den vom Vater übernommenen politischen Traditionen wirkte auch das väterliche Erbteil persönlicher Ehrenhaftigkeit lange nach. Als beim Ausbruch des Weltkrieges — die näheren Zusammenhänge werden wir in einem späteren Kapitel betrachten — der italienische Ministerrat die Neutralität Italiens beschloß, empfand auch Viktor Emanuel dies als einen Vertragsbruch und soll tagelang von den Weinkrämpfen und der Niedergeschlagenheit eines belasteten Gewissens gequält worden sein. Königin Elena und seine anderen politischen Ratgeber haben es nach und nach verstanden, die Gewissensbedenken Viktor Emanuels zu zerstreuen, oder doch zu betäuben. Eines der wirksamsten Mittel dabei dürfte die Behauptung gewesen sein, daß eine Weigerung des Königs an Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären, so wie die Straße, die piazza es verlangte, eine Revolution hervorrufen und die Dynastie bedrohen müsse. Viktor Emanuel aber ist nicht nur ein Popularitätshascher, er ist auch ein zärtlicher Vater, der auf die Zukunft seines Hauses, seiner Söhne bedacht ist. Daß er aber mit seiner Nachgiebigkeit gegen die Kriegstreiber gerade diese Zukunft des Hauses Savoyen aufs Spiel setzt, wird er vielleicht bald zu seinem Entsetzen erfahren müssen.

Il Gran Oriente

Unter den Faktoren, von denen Italien in den Krieg hineingetrieben worden ist, nimmt die italienische Freimaurerei eine der wichtigsten Stellen ein. Auch sie empfing freilich den Anstoß dazu von außen, aber ihre Führer haben sich willig den aus Paris und London kommenden Direktiven gebeugt. Von jeher unterstand die italienische Freimaurerei dem französischen Einfluß und ist im ganzen deren getreues Abbild geworden. Es ist auch nichts neues, daß die romanische Freimaurerei insgesamt im Grunde eine politische Gesellschaft darstellt und in der Hauptsache politische Ziele verfolgt. In ihr haben sich stets die nach der Macht — der politischen, wie der finanziellen — hungrigen Elemente zusammengefunden, und die romanischen Logen waren von jeher Brutstätten politischer Intriguen und Verschwörungen. Das italienische Logentum insbesondere ist aus dem Carbonariorden hervorgegangen, also schon in seinem Ursprung politischer Natur, und es war kein Zufall, daß Garibaldi bis zu seinem Tode Großmeister des Gran Oriente gewesen ist. Der Irredentismus gehört zu den politischen Traditionen der italienischen Freimaurerei und ebenso eine republikanisch-revolutionäre Tendenz, die jedoch nur den Deckmantel für die eigensüchtigen Ziele ihrer Führer abgeben soll.

Mit großem Geschick haben die französische und die englische Regierung die Möglichkeit benützt, durch den Einfluß des Logentums ihrer Länder auf das italienische die politische Entscheidung Italiens nach ihrem Sinne zu wenden. Ihr wichtigster Mittelsmann dabei war Herr Camille Barrère, der französische Botschafter in Rom, der, selber Großwürdenträger der französischen Maurerei namentlich bei Ernesto Nathan, Roms ehemaligen Bürgermeister und eifrigen Logenbruder, verständnisvolles Entgegenkommen fand. Diese Be-

mühungen wurden sogleich mit dem Ausbruch des Weltkrieges aufgenommen und namentlich während des Winters und Vorfrühlings mit Hochdruck gefördert. Zusammenkünfte zwischen den Führern der französischen und der italienischen Freimaurerei wurden während dieser Zeit wiederholt in Oberitalien und in der Schweiz — hier in Lugano — abgehalten und ein ganz genauer Feldzugsplan zur Beeinflussung der italienischen öffentlichen Meinung vereinbart. Auf Grund der bei diesen Zusammenkünften getroffenen Vereinbarungen erließ die Großloge in Mailand schon im September an sämtliche italienische Logen des In- und Auslandes ein geheimes Rundschreiben mit folgendem Inhalt:

„Angesichts des sich über Europa ergießenden Blutbades erwacht inmitten des Zusammenpralles zweier gegensätzlicher Kulturen und anläßlich der Wiederkehr des Gedenktages eines anderen Triumphes des menschlichen Geistes über den Obskurantismus, des Sturzes des Papsttums, in allen Herzen der Wunsch, daß die Ströme rinnenden Blutes nicht umsonst vergossen werden, sondern daß aus ihnen glorreich ein neues, von Thronen und Altären befreites Zeitalter der allgemeinen Brüderlichkeit der Völker untereinander entstehen möge.

Keine Feste sind zu feiern, keine Reden in dieser schweren Zeit zu halten, in der die Zunge stumm bleiben soll, wenn auch die Herzen höher schlagen. Die Brüder sind daher alle zum 23. ds. M. abends 9½ Uhr zu vereinigten Logen in die Tempel geladen, um ehrerbietig den Weisungen zu lauschen, die der Meister vom Stuhl der Gemeinschaft geben wird.

Unserer Ernte Zeit ist gekommen; nun, da der Same, auf wohlvorbereiteten Boden ausgestreut und vom Geist disziplinierten Gemeinsinnes gedüngt, aufgegangen ist, sei ein jeder Bruder stark in dem schweigenden Opfer seiner persönlichen Überzeugung. Von nun an gebe es keinen einzelnen Maurer mehr, sondern nur noch den maurischen Bau."

Die Weisungen, die dann den Brüdern am 23. September erteilt wurden, hatten folgenden Inhalt: ein jeder Bruder

habe unter den obwaltenden Umständen die Pflicht, die öffentliche Meinung nach Möglichkeit in einem dem Dreiverband günstigen Sinne zu beeinflussen, vor allem diejenigen Brüder, die in der Presse oder in einem einflußreichen Amte tätig seien. Mit aller Vorsicht sei darauf hinzuarbeiten, daß Italien zu Gunsten Frankreichs und Englands aus seiner Neutralität heraustrete: im Notfall müsse künstlich ein casus belli gegen Österreich-Ungarn geschaffen werden.

Als die Dinge in der italienischen Freimaurerei soweit gediehen waren, reisten Vertreter der deutschen und der ungarischen Großlogen nach Italien, um im Wege des persönlichen Verkehrs mit den dortigen Freimaurern eine Annäherung zu versuchen und ein Hinüberlenken der Gefühle in friedlichere Richtungen anzubahnen. Diese Bemühungen blieben nicht nur erfolglos, sondern wurden teilweise mit verletzender Schroffheit abgewiesen. Statt dessen begannen die italienischen Freimaurer im Sinne der erhaltenen Weisungen eine kriegerische Propaganda, die vor keinem Mittel zurückschreckte. Fast alle einflußreichen italienischen Zeitungen wurden durch Geld (es floß besonders reichlich aus Paris und London) oder durch Überredung und Druckmittel für die interventionistische Richtung gewonnen, die parlamentarischen und politischen Kreise bearbeitet, auf den König, bis in dessen unmittelbare Umgebung die Einflüsse der Loge reichen, unausgesetzt eingewirkt, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung massenweise Agitationsschriften verbreitet, belgische und französische Redner durchs Land geschickt und schließlich der Mob auf der Straße in Bewegung gesetzt. Als am 12. Februar in Paris unter reger Beteiligung des Logentums die bekannte Kundgebung für die „lateinische Zivilisation" veranstaltet wurde, waren die Würfel bereits gefallen und auch die Teilnahme von 400 Freimaurerbannern bei der Feier in Quarto galt bereits dem vollzogenen Werk. Als ein Siegel darunter hat ein Rundschreiben des Großmeisters der italienischen Logen vom Ende Mai zu gelten, das in ausschweifenden Worten seiner Freude

darüber Ausdruck gibt, daß die „heißersehnte und wohlvorbereitete Stunde des Kampfes gegen die Tyrannen“ nunmehr endlich geschlagen habe.

Die deutsche und die ungarische Freimaurerei hat aus dieser Haltung der italienischen die notwendigen Folgerungen gezogen. Der deutsche Großlogenbund erließ unter dem 29. Mai eine Erklärung, worin es heißt: „Angesichts der Haltung der italienischen Freimaurerei, die aufgestachelt durch ihre französischen Gesinnungsgenossen sich in ihrer Gesamtheit in politische, zum Kriege führende Parteikämpfe eingelassen und dadurch gegen das eine derartige Handlungsweise ausdrücklich verbietende freimaurerische Grundgesetz schroff verstoßen hat, bricht der deutsche Großlogenbund die bisherigen Beziehungen zu der italienischen und französischen Freimaurerei hiermit ab. Gegenüber den Freimaurern in den übrigen feindlichen Ländern verbleibt es bei dem früher bereits gefaßten Beschluß, wonach jegliche Beziehungen der Großlogen zu einander seit Beginn der Feindseligkeiten ruhen.“ Einen entsprechenden Beschluß hat auch die Symbolische Großloge von Ungarn gefaßt und damit das kriegshetzerische Treiben des italienischen Freimaurertums für immer verurteilt.

Italiens Verrat

Die aktenmäßig genaue Geschichte des Verrats Italiens an seinen Dreibundgenossen wird vielleicht niemals geschrieben werden können; ihre Dokumente ruhen in den Geheimarchiven von Rom, Paris, London und Petersburg. Auch wir können hier nur einen Beitrag zu dieser Geschichte geben, allerdings einen, der sich zum guten Teil auf bisher der Öffentlichkeit unbekanntes Material gründet. Auch wollen wir hier nicht kritisieren, sondern nur berichten, ferner nicht die ganze politische Entwicklung Italiens im Dreibunde darstellen, sondern nur ihre jüngste und interessanteste Schlußphase.

Mit Recht empfand beim Ausbruch des Weltkrieges anfang August 1914 die Öffentlichkeit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns schon die italienische Neutralitätserklärung als einen gewissen Bruch der Dreibundpflichten Italiens. Der Wortlaut dieser Verpflichtungen, in die Italien am 20. Mai 1882 eingetreten war, ist ja bis zur Stunde im ganzen nicht bekanntgegeben worden, bis auf den 3., 4. und 7. Artikel, von denen der 4. dem Buchstaben nach Italiens Neutralitätserklärung rechtfertigte. Er lautet:

„Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragschließenden bedrohen würde, und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen."

Jedenfalls aber, mochte dem Buchstaben auch notdürftig Genüge geschehen sein: dem Sinn der Vertrages nach hatten auch die maßgebenden Kreise in Wien und Berlin eine andere

Haltung Italiens erwartet, als sie bald darauf in einer nicht wohlwollenden, sondern sehr unfreundlichen Neutralität und dem offenkundigen Bestreben der römischen Regierung zu Tage trat, die bedrängte Lage der Donaumonarchie zu eigensüchtigen Zwecken auszunutzen. Wie war es dazu gekommen?

Daß Italien schon seit den 90er Jahren sich stärker an Frankreich und England anzulehnen begann, war selbstverständlich kein politisches Geheimnis. Man war aber geneigt, dies als eine Geschäftspolitik hinzunehmen, die Italien in den Stand setzte, von beiden Mächtelagern Vorteile zu ziehen, die es aber in eigenem Interesse abhalten mußte, durch ein rückhaltloses Abschwenken zum Dreiverband sich dieser Vorteile einer Schaukelpolitik zu berauben. In der Tat war Italien beim Ausbruch der europäischen Krise im Juli 1914 noch frei in seinen Entschlüssen, wenigstens insoweit als es im Kriegsfalle seine Neutralität hätte aufrechterhalten können. Freilich hat man Grund zu der Annahme, daß schon im Frühjahr 1914 ein geheimer englisch-italienischer Vertrag für den Kriegsfall, in den England eingezogen wäre, eine wohlwollende Neutralität des Königreiches gegen seine Dreibundgenossen, wie sie der oben zitierte Paragraph 4 des Dreibundvertrages verlangte, ausschloß. Marchese di San Giuliano — wir zeichnen an anderer Stelle sein, von der bisherigen herkömmlichen deutschen Auffassung so abweichendes wahres Bild — fand sich zu diesem Geheimvertrag um so eher bereit, als er entschlossen war, gemäß der italienischen Schaukelpolitik auf jeden Fall bei einer Veränderung des europäischen status quo mit dem stärkeren Teile zu gehen und für Italien territoriale Vorteile, ohne Rücksicht auf irgendwelche vertragliche Bindung mit dem anderen Teil herauszuschlagen. Die rasche Zuspitzung der Julikrise 1914 stellte die italienische Regierung schneller als ihr lieb war, vor eine Entscheidung. Ein Kronrat in Rom beriet am 27. Juli die Haltung Italiens im Falle eines eventuellen Waffenganges zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Der Be-

schluß dieses Kronrates wurde in einer Note der halbamtlichen „Agencia Stefani" am 28. Juli dahin zusammengefaßt, daß Italien in einem solchen Falle „eine freundschaftliche und den Bundesverhältnissen entsprechende Haltung einnehmen" werde. Begründet wurde dieser Beschluß durch den italienischen Botschafter in Wien mit dem Hinweis auf Artikel 4 des Dreibundvertrages und der italienische Vorbehalt ausgesprochen, das Italien auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen, worüber ein Einvernehmen herzustellen sei. Dieser Artikel 7 lautet: „Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder der anderen der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eigenen Absichten sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Status quo im Gebiete des Balkan oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Aegäischen Meere unmöglich würde und daß, entweder infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonstwie, Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorangegangenen Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte."

In dieser Hinsicht wurde dem italienischen Botschafter in Wien von der K. u. K. Regierung erwidert, daß falls es zu

einer als nicht nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes käme, die österreichisch-ungarische Regierung bereit sei, mit Italien einen Meinungsaustausch über eine Kompensation einzuleiten. Bis hierher war, wenigstens dem Wortlaut der vertraglichen Verpflichtungen Italiens noch kein Zwang angetan. Als jedoch die Gefahr unmittelbar wurde, daß der österreichisch-serbische Konflikt sich zu einem allgemein-europäischen auswachsen würde, wäre nach Artikel 3 des Dreibundvertrages Italien zu einer entschiedenen Stellungnahme an der Seite seiner Verbündeten verpflichtet gewesen. Der Artikel 3 lautet: „Falls einer oder zwei der hohen Vertragsschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde sich der casus foederis für alle hohen Vertragschließenden gleichzeitig ergeben."

In Berlin und Wien war die Bündniserfüllung Italiens für diesen Fall als sicher erwartet worden, nicht minder vom größten Teil der italienischen Presse selbst. Bis zum Abend des 31. Juli war die Sprache der großen, vor allem der offiziös inspirierten italienischen Blätter äußerst scharf gegen Frankreich gewesen, und es entbehrt nicht der Ironie, daß gerade der später so berüchtigte „Corriere della Sera" am Abend dieses Tages mit sehr trefflichen Argumenten die These verfocht, daß Italien in jedem Falle seinen Dreibundverpflichtungen nachkommen und seine Verbündeten unterstützen müsse. Zur gleichen Stunde, wo dieser Artikel erschien, am 31. Juli 1914 zwischen 6 und 8 Uhr abends brach Italien, brach di San Giuliano den Dreibund. In dieser Stunde hatte der Marchese auf der Consulta eine Unterredung mit dem Vertreter Großbritanniens, mit Renell Rodd, und wenn über deren Inhalt — sie fand unter vier Augen statt — auch mit Genauigkeit nichts gesagt werden kann, so ist doch soviel gewiß, daß Renell Rodd nicht nur die

Zusicherung erhielt, daß Italien neutral bleiben werde (und zwar keineswegs wohlwollend neutral gegen seine Dreibundgenossen), sondern daß sich San Giuliano grundsätzlich bereit erklärte, mit dem Dreiverbande in Verhandlungen über eine Teilnahme am Kampfe gegen seine bisherigen Bundesgenossen einzutreten. Maßgebend war für San Giuliano dabei seine Überzeugung, daß Oesterreich-Ungarn militärisch sehr bald zusammenbrechen werde und daß dann auch Deutschland der übermächtigen Koalition Rußlands, Frankreichs und Englands erliegen müsse.

Im Anschluß an die folgenschwere Unterredung mit Renell Rodd empfing San Giuliano um 8 Uhr abends den deutschen Botschafter v. Flotow und daran anschließend den österreichisch-ungarischen Botschafter Frhn. v. Merey, denen er zu ihrer begreiflichen völligen Überraschung mit knappen kühlen Worten die Neutralitätserklärung Italiens ankündigte mit dem Hinzufügen, daß dieser Entschluß unabänderlich sei. Um 10 Uhr desselben Abends berief San Giuliano dann noch die Vertreter der großen italienischen Blätter zu sich, denen er vertraulich Mitteilung von der beschlossenen Neutralitätserklärung machte und die er aufforderte, die öffentliche Meinung allmählich auf einen Umschwung der politischen Orientierung Italiens g e g e n seine bisherigen Verbündeten vorzubereiten. Wie überraschend selbst den italienischen Zeitungsleuten der Umschwung kam, geht daraus hervor, daß die „Stampa,“ die für ihre Morgenausgabe vom 1. August einen dreibundtreuen Artikel fertiggestellt hatte, ihre erste Auflage schleunigst wieder einstampfen und eine zweite ohne diesen Artikel erscheinen ließ. Im Anschluß daran zogen dann die italienischen Blätter ihre Vertreter in Wien und vom galizischen Kriegsschauplatz zurück.

So war am 31. Juli 1914 der Würfel über Italiens Haltung gefallen und die nächste Zeit sollte nach San Giulianos Willen den offenen Anschluß Italiens an den Dreiverband nach dreierlei Richtungen hin vorbereiten: 1.) sollten

einer als nicht nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes käme, die österreichisch-ungarische Regierung bereit sei, mit Italien einen Meinungsaustausch über eine Kompensation einzuleiten. Bis hierher war, wenigstens dem Wortlaut der vertraglichen Verpflichtungen Italiens noch kein Zwang angetan. Als jedoch die Gefahr unmittelbar wurde, daß der österreichisch-serbische Konflikt sich zu einem allgemein-europäischen auswachsen würde, wäre nach Artikel 3 des Dreibundvertrages Italien zu einer entschiedenen Stellungnahme an der Seite seiner Verbündeten verpflichtet gewesen. Der Artikel 3 lautet: „Falls einer oder zwei der hohen Vertragsschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde sich der casus foederis für alle hohen Vertragschließenden gleichzeitig ergeben."

In Berlin und Wien war die Bündniserfüllung Italiens für diesen Fall als sicher erwartet worden, nicht minder vom größten Teil der italienischen Presse selbst. Bis zum Abend des 31. Juli war die Sprache der großen, vor allem der offiziös inspirierten italienischen Blätter äußerst scharf gegen Frankreich gewesen, und es entbehrt nicht der Ironie, daß gerade der später so berüchtigte „Corriere della Sera" am Abend dieses Tages mit sehr trefflichen Argumenten die These verfocht, daß Italien in jedem Falle seinen Dreibundverpflichtungen nachkommen und seine Verbündeten unterstützen müsse. Zur gleichen Stunde, wo dieser Artikel erschien, am 31. Juli 1914 zwischen 6 und 8 Uhr abends brach Italien, brach di San Giuliano den Dreibund. In dieser Stunde hatte der Marchese auf der Consulta eine Unterredung mit dem Vertreter Großbritanniens, mit Renell Rodd, und wenn über deren Inhalt — sie fand unter vier Augen statt — auch mit Genauigkeit nichts gesagt werden kann, so ist doch soviel gewiß, daß Renell Rodd nicht nur die

Zusicherung erhielt, daß Italien neutral bleiben werde (und zwar keineswegs wohlwollend neutral gegen seine Dreibundgenossen), sondern daß sich San Giuliano grundsätzlich bereit erklärte, mit dem Dreiverbande in Verhandlungen über eine Teilnahme am Kampfe gegen seine bisherigen Bundesgenossen einzutreten. Maßgebend war für San Giuliano dabei seine Überzeugung, daß Oesterreich-Ungarn militärisch sehr bald zusammenbrechen werde und daß dann auch Deutschland der übermächtigen Koalition Rußlands, Frankreichs und Englands erliegen müsse.

Im Anschluß an die folgenschwere Unterredung mit Renell Rodd empfing San Giuliano um 8 Uhr abends den deutschen Botschafter v. Flotow und daran anschließend den österreichisch-ungarischen Botschafter Frhn. v. Merey, denen er zu ihrer begreiflichen völligen Überraschung mit knappen kühlen Worten die Neutralitätserklärung Italiens ankündigte mit dem Hinzufügen, daß dieser Entschluß unabänderlich sei. Um 10 Uhr desselben Abends berief San Giuliano dann noch die Vertreter der großen italienischen Blätter zu sich, denen er vertraulich Mitteilung von der beschlossenen Neutralitätserklärung machte und die er aufforderte, die öffentliche Meinung allmählich auf einen Umschwung der politischen Orientierung Italiens gegen seine bisherigen Verbündeten vorzubereiten. Wie überraschend selbst den italienischen Zeitungsleuten der Umschwung kam, geht daraus hervor, daß die „Stampa," die für ihre Morgenausgabe vom 1. August einen dreibundtreuen Artikel fertiggestellt hatte, ihre erste Auflage schleunigst wieder einstampfen und eine zweite ohne diesen Artikel erscheinen ließ. Im Anschluß daran zogen dann die italienischen Blätter ihre Vertreter in Wien und vom galizischen Kriegsschauplatz zurück.

So war am 31. Juli 1914 der Würfel über Italiens Haltung gefallen und die nächste Zeit sollte nach San Giulianos Willen den offenen Anschluß Italiens an den Dreiverband nach dreierlei Richtungen hin vorbereiten: 1.) sollten

die Abmachungen mit dem Dreiverband im einzelnen festgelegt werden; 2.) mußte Italien seine militärische Rüstung vervollkommnen und 3.) mußte die „moralische Vorbereitung" die Umstimmung der öffentlichen Meinung auf die politische Neuorientierung getroffen werden. In welcher Weise das letztere geschah, sehen wir in den Kapiteln über die italienische Freimaurerei, und über Salandra-Sonnino. Die militärische Vorbereitung bedurfte um so mehr Zeit, als schon in der Kronratssitzung vom 27. Juli der Kriegsminister Grandi mit Recht auf die seit dem Tripoliskriege gänzlich zerfahrene militärische Organisation Italiens und auch darauf hingewiesen hatte, daß ein großer Teil des Offizierkorps nur mit schwerem Widerstreben die Sache der Dreibundgenossen in Stich lassen, oder gar gegen sie fechten würde. Die bald darauf erfolgte Ersetzung Grandis durch den General Zupelli, einer Draufgängernatur von irredentistischer Tendenz sollte die rasche Beseitigung dieser Mängel gewährleisten.

Ohne Zögern wurden dann auch die Einzelverhandlungen mit dem Dreiverband eingeleitet. Sie ermöglichten es Frankreich, seit Mitte August seine an der französisch-italienischen Grenze massierten Truppen nach und nach wegzuziehen: eine Tatsache, die deutlich nach außen hin den italienischen Vertragsbruch und die Unfreundlichkeit seiner nur noch äußerlich gegen die bisherigen Bundesgenossen beobachteten Neutralität bewies. Den Anfang der Verhandlungen mit dem Dreiverband kennzeichnet eine Episode, die der Tragikomik nicht entbehrt. Ende August wurde Giovanni Giolitti in geheimer Mission nach Paris entsandt, um die italienischen Einzelabmachungen mit Frankreich vorzubereiten. In Lyon von einer begeisterten Volksmenge lebhaft begrüßt, mußte er auf der Weiterreise von dem Vorstoß der deutschen Armeen gegen Paris und von der Flucht der französischen Regierung nach Bordeaux hören. Tief bestürzt kehrte Giolitti nach Italien zurück und auch in der römischen Consulta herrschte die größte Aufregung. Jeder Bericht über Giolittis Reise wurde unter-

drückt, und Marchese di San Giuliano fand mit einem Male wieder dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber sehr konziliante Töne in der Kompensationsfrage. Am 25. August erklärte er dem Frhn. v. Macchio, er sei von der Erklärung, daß beide Kaiserreiche die italienische Auslegung des Artikel 7 annähmen, angenehm berührt, meine aber, daß „bei der jetzigen Kriegslage wohl noch nicht die Grundlage zur Einleitung einer Kompensationsverhandlung gegeben sei." Die für den Dreiverband gefährliche Krise, während der in französischen maßgebenden Kreisen sogar starke Friedenswünsche bemerkbar wurden, ging infolge des rücksichtslosen englischen Eingreifens vorüber; am 4. September kam es zu der Londoner Abmachung, die jeden Sonderfrieden ausschließen sollte. Die Verhandlungen Italiens mit dem Dreiverbande nahmen ihren Fortgang; sie wurden nach San Giulianos Tode (16. Oktober) von seinem Nachfolger Sonnino unter der Unterstützung Salandras nachdrücklich gefördert. Ihre erste sichtbare Frucht für Italien war die Zustimmung des Dreiverbandes zur italienischen Landung in Valona. Dieses Vorgehen Italiens war nicht nur eine neue Verletzung seiner — äußerlich noch bestehenden Dreibundverpflichtungen, sondern auch ein Bruch des Übereinkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien über Albanien, des sogen. Visconti-Venosta-Vertrages vom Jahr 1897. Dieser setzt (im Wortlaut noch unbekannt) dem Sinne nach für beide Vertragschließenden die Verpflichtung fest:

1. den status quo in Albanien, so lange die Umstände es zulassen, aufrechtzuerhalten.

2. sich zu bemühen, daß für den Fall, als der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden könnte und Änderungen sich als notwendig erweisen sollten, die gegenständlichen Veränderungen im Sinne der Autonomie stattfinden.

3. stellt er die gegenseitige Geneigtheit fest, gemeinsam und so oft sich dazu ein Grund ergibt, die geeigneten Mittel und Wege zu suchen, um die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und zu wahren.

In dem Maße, als die Verhandlungen mit dem Dreiverbande fortschritten, suchte die italienische Regierung die Ausgleichsverhandlungen mit Österreich-Ungarn zu erschweren und ihren glücklichen Abschluß durch immer höhere Forderungen unmöglich zu machen. Ende Januar 1915 kamen die Verhandlungen Italiens mit dem Dreiverbande zu einem ersten Abschluß auf Grund eines prinzipiellen Abkommens, das folgende Bedingungen enthielt:

> Italien tritt mit seiner gesamten Heeres- und Flottenmacht an die Seite des Dreiverbandes. Die militärischen Operationen werden auf Grund gegenseitiger besonderer Vereinbarung nach einem einheitlichen Plane geführt. Italien erhält dafür freie Zufuhr englischer Kohle, ferner eine Anleihe von insgesamt 1½ Milliarden Frcs., zur Hälfte bei seiner Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, zur anderen nach Bedarf während des Krieges ausbezahlt. An territorialen Zusagen erhält Italien das Trentino bis zur strategischen Grenze, das heißt also bis zum Kamm des Gebirges, Triest, Istrien, Dalmatien bis zum Narenta, Anerkennung der Besetzung Valonas und seiner Interessensphäre in Südalbanien, Aktionsfreiheit im Adriatischen Meer. Außerdem Grenzberichtigungen in Tripolis, sowohl gegen Tunis wie Ägypten hin, mit neuen wichtigen Karawanenstraßen. Endlich Anwartschaft auf einen Teil der türkischen Erbschaft in Kleinasien. Das Abkommen verpflichtet beide Teile, wie am 4. September in London festgelegt, daß keine beteiligte Macht einen Separatfrieden schließen darf.

Am 25. April wurde dieses Abkommen von den Bevollmächtigten Italiens, Englands und Frankreichs unterzeichnet, mit dem Hinzufügen, daß Italien binnen 4 Wochen losschlagen müsse, wenn anders das Abkommen nicht seine Gültigkeit verlieren solle. Diese neuerliche Hinauszögerung hatte hauptsächlich zum Zweck, Zeit für eine letzte starke diplomatische Arbeit in Rumänien, Bulgarien und Griechenland zu gewinnen,

und diese Balkanstaaten zum Anschluß an den Dreiverband zu bewegen. Die Schwierigkeiten, namentlich in den Verhandlungen mit Rumänien lagen auf russischer Seite und die Version hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß die ganze Komödie der italienischen Kabinettskrise vom 13. bis 15. Mai einzig dazu bestimmt war, die ins Stocken geratenen russisch-rumänischen Verhandlungen durch einen Druck auf Rußland wieder in Gang zu bringen. Rußland hatte naturgemäß ein besonderes Interesse an dem militärischen Eingreifen Italiens, von dem es eine Entlastung seiner hart bedrängten Armee in Galizien erhoffte.

Seit dem grundsätzlichen Abschluß mit dem Dreiverband, Ende Januar hat die italienische Regierung die Ausgleichsverhandlungen mit Österreich-Ungarn nur noch zum Schein geführt und ist sogar ständig in Sorge vor einem weitgehenden Nachgeben der Wiener Regierung gewesen. Aus dieser Furcht heraus lehnte Sonnino z. B. am 2. Mai die von Wien aus angebotene Entsendung des Grafen Goluchowsky nach Rom als Unterhändler mit weitgehenden Vollmachten als „inopportun" ab und beeilte sich dann schleunigst, am 4. Mai den Dreibundvertrag in Wien als aufgehoben zu erklären. Am 25. Mai erfolgte dann die italienische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn.

Giolitti

Als in diesen Maitagen Giovanni Giolitti von seinem piemontesischen Landsitz Cavour nach Rom kam, hatte er in Deutschland eine ausgezeichnete Presse. Vom Gewicht seines Namens, von seiner politischen Vergangenheit geblendet erwartete man es in der Öffentlichkeit ziemlich zuversichtlich, daß Giolitti nicht nur der Kabinettskrise Herr werden, die verfahrene Situation wieder in ein gerades, sicheres Gleis bringen, sondern vor allem Italien vor dem sinnlosen Kriegsabenteuer, dem Bruch des Dreibundvertrages bewahren werde. Galt doch Giovanni Giolitti für einen überzeugten Anhänger der Dreibundpolitik Italiens und gleichzeitig für einen klugen, besonnenen Kopf, der eine Desperadopolitik, wie sie Salandra-Sonnino trieben niemals gutheißen könne. Man darf es jetzt aussprechen, daß ein solches rühmliches Urteil Giovanni Giolitti eine Ehre antut, die er nicht verdient.

Das beste Urteil über Giolitti hat einer seiner Landsleute einmal mit den Worten gefällt: „Ein kalter Mann aus dem Norden, der seinen bürokratischen Ursprung nie verleugnet." In der Tat, ein kalter, ein eiskalter Mann, der nur immer klug rechnet, aber niemals liebt, oder auch nach Gründen der Ehre, des Gewissens fragt, sondern lediglich nach solchen politischer Opportunität. Die Musen sind Giolitti abhold; er versteht nach eigenem Zeugnis nichts von Kunst, empfindet dies auch als keinen Mangel, geht niemals ins Theater und sucht eine Erholung lediglich in Land- und Gartenarbeit auf seinem piemontesischen Besitztum. Freilich auch nicht aus Liebe zu der Natur um ihrer selbst willen; Giolitti hat nur e i n Element, in dem er auflebt: der politische Kampf, die schwierigen Situationen, in denen sich seine ganze Kraft entfaltet. Hier liegen auch seine Begabungen; wie kaum ein anderer ist Giovanni Giolitti routiniert in der Handhabung der parteitechnischen

Maschinerie Italiens, weiß wie ein Künstler die politischen Strömungen und Kräfte gegeneinander auszuspielen und allesamt zu beherrschen. In der italienischen Kammer ist Giolitti seit fast eineinhalb Jahrzehnten Alleinherrscher, dessen Einfluß nicht so sehr in der Gewalt seines Wortes liegt — seine Rede ist die eines Denkers, exakt, ohne Schnörkel, genau überlegt — sondern eben in seiner Kunst, den Einzelnen zu gewinnen, die Parteien durch die Einzelnen zu beherrschen, die Fäden aus dem Hintergrunde zu ziehen. Der sonst so wortkarge Giolitti weiß, wenn es gilt, im Einzelfalle jemanden auf seine Seite zu ziehen, recht beredt zu werden, oder auch ihn mit anderen Mitteln zu überzeugen. Die bedürftigen Parlamentarier und Politiker Italiens, die er brauchte, konnten auch auf klingende Anerkennung rechnen, wenn sie wollten, wie Giolitti wollte. Im Grunde seines Herzens konservativ, auch klerikal gesinnt, hat sich Giolitti nie einen Augenblick bedacht, selbst mit dem Radikalismus aller Schattierungen zusammen zu arbeiten. Er ist der Opportunist von reinstem Wasser.

Rein opportunistisch war auch Giolittis Haltung während der letzten großen Kriegskrise in Italien. Es ist ein vollständiger Irrtum, zu glauben, Giolitti habe die neutralistische, aber auf ein Bündnis mit den Dreiverband und dessen bewaffnete Unterstützung hinarbeitende Politik des Marchese di San Giuliano und später Salandra-Sonninos mißbilligt. Mißbilligt hat Giolitti mitunter nur die ungeschickte Aufmachung und Führung, nicht aber die Grundtendenz dieser Politik. Wie wir im Kapitel über Italiens Verrat ausführten, hatte Giolitti sogar selbst in diesem Kriegswerke eine wichtige Aufgabe übernommen, als er Ende August 1914 nach Frankreich reiste, um die Einzelabmachungen mit der französischen Regierung zu treffen. Wie kam dieser kluge Rechner dazu? Nun, Giovanni Giolitti unterlag, trotz seiner Nüchternheit, dem Irrtume derer, die ein rasches Zusammenbrechen Österreich-Ungarns im Kriege für sicher hielten. Die Stärke Deutschlands hat Giolitti wohl erkannt, aber er war überzeugt, daß nach einem österreichischen

Zusammenbruch auch Deutschland auf sich allein gestellt von der übermächtigen feindlichen Koalition eingeschnürt und zum allmählichen Verbluten gebracht werden würde. Giolitti hielt es daher für besonders klug, bei Zeiten Anstalten zum Verlassen des nach seiner Meinung sinkenden Schiffes des Dreibundes zu treffen und den Anschluß an die vermeintlich siegreiche feindliche Mächtegruppe zu suchen, um für Italien bei der Verteilung der Beute möglichst viel herauszuschlagen. Sentimentale Gründe der Bundestreue kennt der kalte, kluge, opportunistische Giolitti nicht. Aber diesmal hatte er zu klug gerechnet.

Ist nun Giolitti bei dieser seiner Auffassung der Dinge beim Ausbruch des Krieges auch später verblieben? Oder hat er aus dem ganz anderen Gang der militärischen Operationen seinen Irrtum erkannt und ist er demnach aus voller Überzeugung, einen verhängnisvollen Schritt Italiens zu verhüten, Mitte Mai d. J. nach Rom geeilt? Auf Grund sehr glaubwürdiger Mitteilungen meinen wir das Richtige in folgendem zu sehen: Giovanni Giolitti hat seinen Irrtum erkannt. Wenn er gleichwohl, wozu ihm der Rücktritt des Kabinetts Salandra die Gelegenheit zu geben schien, dem rollenden Rade nicht in die Speichen fiel, seinen Einfluß, das Gewicht seines Namens nicht dafür einsetzte, der verschüchterten, kriegsgegnerischen Mehrheit im italienischen Parlament und Volk eine machtvolle Zusammenfassung zu geben — so lag dies daran, daß erstens jene italienische Ministerkrise im Mai eine lediglich aus äußerpolitischen Rücksichten in Szene gesetzte, gar nicht ernstlich gemeinte Komödie war, zum andern aber, daß Giolitti den Ruhm und das Gewicht seines Namens für eine andere Aufgabe aufsparen wollte: nach dem Mißglücken des italienischen Kriegsabenteuers der Retter des Vaterlandes zu werden. Der rüstige, trotz seiner 72 Jahre straffe und aufrechte Piemontese hat durchaus noch keine Neigung, sich auf das politische Altenteil zurückzuziehen, und wie er seit einem Dutzend von Jahren der Minister Italiens auch außerhalb eines Amtes

war und bei den schwersten inneren Krisen als letzter Retter geholt wurde, so wird es nach seiner Überzeugung auch diesmal sein, wenn es gilt, den verfahrenen italienischen Kriegskarren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Darum hat sich Giovanni Giolitti in der April-Maikrise d. J. gehütet, sich nach einer der beiden Seiten allzustark kompromittierend festzulegen. Er fuhr nach seinem Landsitz zurück, schreibt dort seine Memoiren und wartet seine zuversichtlich vorausgesehene Stunde ab, wo Italien aufs neue nach dem Retter Giolitti rufen wird. Ob freilich dann selbst ein Mann wie Giolitti für Italien und von Italien überhaupt noch etwas zu retten haben wird, das steht noch dahin.

Salandra und Sonnino

„Der moderne italienische Professor, zerfressen von Ehrgeiz und Nationalismus, zum Platzen voll mit imperialistischen Ideen, ein Streber, dem jedes Mittel, auch das schmierigste, zur Erreichung seines Zieles, den maßgebenden Posten im Staate zu bekleiden, gut genug war.“ Mit diesem scharfen, knappen Urteil ist Antonio Salandra sein Recht getan. In der Tat sind der maßlose Ehrgeiz und die Skrupellosigkeit der Mittel, ihn zu befriedigen, die Grundzüge seines Wesens. Ein Landsmann hat Antonio Salandra einen offenen, etwas schläfrigen Südländer genannt, der in seinem ganzen Wesen zeige, daß er direkt vom Katheder komme. Nun, die liebenswürdigen Seiten des italienischen Südländers fehlen Salandra so gut wie gänzlich; um so ausgesprochener zeigt er seine Fehler und Schwächen.

Antonio Salandra ist, wie Giolitti, Provinzler, in Troja in Apulien als Sohn einer reichen Grundbesitzerfamilie geboren. Ein frühreifer Knabe und Jüngling, erwarb er schon mit 19 Jahren die juristische Doktorwürde, nachdem er — eine Ironie im gegenwärtigen Augenblick — auf der deutschen Schule in Neapel einen Hauptteil seiner Vorbildung genossen hatte. Neben juristischen und nationalökonomischen Fachstudien betrieb Antonio Salandra auch schöngeistige, und ist seither immer ein Theater- und Musikfreund geblieben; ja er sucht die Kunst sogar im Kino. Mit 24 Jahren habilitierte er sich an der Neapeler Universität als Privatdozent für Nationalökonomie. Die in der deutschen Schule ihm gebotene Ausbildung hat Salandra aber keineswegs für deutsches Wesen und deutsche Kultur einzunehmen vermocht, der er vielmehr mit voller Verständnislosigkeit und einem horrenden Maß von Unkenntnis gegenübersteht. Nicht zu verwundern bei einem Manne, der sich über Deutschland lediglich aus der Pariser

Presse unterrichtet, wie er überhaupt mit dem Herzen zu Frankreich und England neigt. Mit Giovanni Giolitti, dem Salandra den Eintritt in die politische Laufbahn verdankte, verband ihn persönliche Freundschaft; aber Antonio Salandra wäre nicht der Charakter, der er ist, wenn er nicht, zur Macht gelangt, seinem ehemaligen Gönner den Rücken gekehrt hätte. Nachdem er Ministerpräsident geworden war, kamen in seinem Verhältnis zu Giolitti die echten Seiten im Wesen Salandras zum Vorschein: die herrische Rechthaberei, die Rauhbeinigkeit, die kolossale Überschätzung des eigenen Wertes. Salandras Freundschaft mit Giolitti erhielt einen unheilbaren Riß; Antonio glaubt Giovanni, dem er seine Karriere verdankt, nicht mehr zu brauchen und zeigt ihm die eiskalte Schulter.

Denn der Ehrgeiz sitzt in Salandra, der Ehrgeiz frißt ihn buchstäblich auf. Er will in Italien als ein zweiter Cavour fortleben und darum ist neben ihm kein Platz für einen Giolitti, der über ein Jahrzehnt lang mit seinem Namen, seiner Persönlichkeit das politische Leben Italiens beherrschte. Für Salandras Selbsteingenommenheit zeugt das Witzwort in italienischen Kammerkreisen, das von dem neugebackenen Kabinettschef ironisch als von „Italiens erstem Halbgott" sprach. Und doch hat Antonio Salandra einen Freund, mit dem ihn innige Beziehungen verbinden, die freilich auch nicht aus dem Herzen kommen. Es ist Sidney Sonnino, wie wir gleich sehen werden ganz anders von Natur als Salandra, aber seiner würdig. Es mag sein, daß wie behauptet wird, Sonninos Millionen für seine innigen Beziehungen zu Salandra maßgebend sind; dieser weiß sie jedenfalls zu schätzen. Aber Antonio ist durchaus der Mann, der auch Sidney Sonnino nur als willkommenes Werkzeug für die eigenen Pläne benutzen möchte, um ihn dann wegzuwerfen, wie eine ausgepreßte Citrone, und mit gleich leichtem Herzen, wie eine solche. Dem Professor der Nationalökonomie Salandra werden mit guten Gründen auf seinem eigensten Gebiet ganz erstaunliche Wissensmängel nachgesagt, die er hinter einer minder

erstaunlichen Rauhbeinigkeit und Schroffheit zu verbergen trachtet. Die Wissensmängel und die Schroffheit sind ihm auch als Ministerpräsident im diplomatischen Verkehr treugeblieben, der für die in Rom akkreditierten Gesandten und Botschafter teilweise fast unerträglich wurde. Steigt Salandra auf die Rostra, dann freilich zieht er andere Register. Dem popularitätshaschenden Manne ist die Gabe der Stegreifrede verliehen, die sich gern in Einzelheiten vertieft und jedenfalls mehr dem Erfolge des Augenblicks, als der nachhaltigen tiefen Wirkung nachjagt. Als ein kleiner bezeichnender Zug sei noch erwähnt, daß Salandra, wie er oft selbst erzählt, in seiner Weise Fatalist ist: er ist am 13. August geboren, an einem 13. März vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt worden, wohnte in Rom in der Via Finanze No. 13 und hat am 13. Juni seinen Namenstag. Nun, die nahe Zukunft schon mag vielleicht zeigen, ob Salandra außer Glückstagen nicht auch schwarze Tage haben wird!

Im äußeren Wesen Salandras Gegenteil ist Sidney Sonnino, der Genosse seiner Taten. Ein menschenfremder, mißtrauischer, verschlossener und kaltrechnender Mann hat Sonnino gar nichts italienisches an sich. Er scheint nach dem Norden zu gehören und nicht unter die heiße italische Sonne. Das Blut der Mutter, einer Engländerin, herrscht in ihm vor; der Vater war ein jüdischer Bankier, der seine Reichtümer in Alexandrien erworben hatte und später, kurz vor Sidneys Geburt nach Livorno übersiedelt war. Sonnino, der Sohn erhielt eine sorgfältige Erziehung, in der der englische Geist vorherrschend war und so wurde nach Rasse und Milieu, nach Blut und Bildungseinwirkung Sidney das, was er ist: ein ausgesprochener Verstandesmensch, dem Gefühle und Sentimentalitäten nichts zu sagen haben. Die Reichtümer des Vaters setzten Sidney Sonnino in den Stand nach Vollendung seiner Rechtsstudien als Attaché in den diplomatischen Dienst zu treten. Als aber der alte Sonnino gestorben und Sidney der Erbe von Millionen geworden war, schied er aus der Diplomatie wieder

aus und folgte seinen Neigungen, die ihn auf eine sozial-schriftstellerische und parlamentarische Tätigkeit wiesen. Er fand im Parlament nach und nach um so mehr Erfolg, als er seine Reichtümer sehr geschickt in den Dienst seiner politischen Bestrebungen zu stellen wußte und frühzeitig sich des taktischen, in Italien besonders wirksamen Mittels bediente, unbegüterte Parlamentarier durch „bestechende" Argumente zu gewinnen.

Selbst, wie schon gesagt aus Neigung Publizist hat Sidney Sonnino mehrfach Zeitschriften oder Zeitungen eigentümlich besessen; gegenwärtig ist er Besitzer des „Giornale d'Italia", das sich durch die Gemeinheit seiner Kriegs- und Deutschenhetze besonders auszeichnet. Im Aufsichtsrat des „Giornale d'Italia" saß übrigens auch Sonninos Gesinnungsfreund Salandra, dessen intime Beziehungen zu jenem zum guten Teil auch auf metallischem Untergrund beruhen.

Sidney Sonnino hatte um so eher Grund, sein Gold in seinen politischen Dienst zu stellen, als seine persönlichen Eigenschaften sonst nicht danach angetan sind, ihm menschliche Sympathien und politische Gefolgschaften zu gewinnen. Der kalte, verschlossene, den großen Herrn spielende Mann ist unzugänglich, um nicht zu sagen grämlich und abstoßend, und obschon er eine zeitlang in der Kammer sich zum Führer des Zentrums aufgeschwungen hatte, so besitzt er doch keine eigene Partei, weder im Parlament, noch im Lande. Sein Streben geht danach, eine politische Großtat zu vollenden, in Italien ein Bismarck zu werden. Daß seine politischen Neigungen nach London und Paris tendieren, ist nach seiner Abstammung und Erziehung selbstverständlich, wie sich überhaupt an Sidney Sonnino zeigt, welche bestimmende Rolle gerade das Blut der Mutter in einem Menschen spielt. Sympathien für Deutschland hat Sonnino sicherlich niemals empfunden, hingegen den Lockungen und Versprechungen von englischer und französischer Seite in Rom ein offenes Ohr geschenkt. Man hat Grund zu der Annahme, daß der Vertreter Sr. Großbritannischen Majestät in Rom, Botschafter Renell Rodd die

Sehnsucht Sonninos nach einer politischen Großtat sehr richtig erkannt und in seiner Einwirkung auf ihn mit den Versprechungen kolossaler territorialer und wirtschaftlicher Gewinne für Italien ebensowenig gespart hat, wie mit dem Streicheln seines Ehrgeizes. Bei Salandra sind die überzeugenden Überredungsgründe mehr vergoldeter Art gewesen, auf König Viktor Emanuel wieder wurde mit der Drohung eingewirkt, daß das Verharren Italiens in der Neutralität eine Revolution im Lande hervorrufen und das Schicksal der Dynastie Savoyen in Frage stellen könne. Auch vor einer unverhüllten Drohung ist die englische Regierung in Rom nicht zurückgeschreckt: sie hat zu mehreren Malen, wenn der König schwankend wurde die Unterbindung der überseeischen Kohlen- und Getreidezufuhr angekündigt, auf die Italien angewiesen ist, und dabei darauf hingewiesen, daß eine Hungersnot auch alle politisch indifferenten Elemente im Volke zur Revolution gegen Regierung und Königshaus treiben werde.

Bei Sidney Sonnino waren diese Gewaltmittel nicht nötig; er stand mit dem Herzen auf der englischen Seite und sein Ehrgeiz glaubte gern an den reichlich versprochenen Kriegsgewinn, der Italien unter seiner außenpolitischen Leitung zufallen und seinen Namen ruhmreich in die italienische Geschichte eintragen werde. Die gänzliche Verständnislosigkeit Sonninos für Deutschland, seine Unkenntnis der deutschen Kraft halfen dazu, die Gefahr zu unterschätzen, die Italien auf dem Kriegswege läuft. Sonnino wird den mit Notwendigkeit kommenden Zusammenbruch seiner Politik, seiner Hoffnungen hinnehmen mit Verständnislosigkeit und ohne an die eigene Brust zu schlagen: denn er ist ein Engländer.

Marchese di San Giuliano

Ein mildes, gutes Wort nimmt die Manen der Toten in Schutz: de mortuis nil, nisi bene. Antonio di San Giulianos Andenken hat keinen Anspruch darauf; er hat sein Gutes, sein unverdient Gutes im Leben gehabt, aber die rächende Nemesis der Weltgeschichte muß seinen Schatten richten. Unverdient war das Lob, das dem Lebenden die deutsche Presse oftmals und reichlich spendete, als einem treuen Hüter der Dreibundpolitik Italiens, unverdient die Kränze, die sie ihm im Oktober des vergangenen Jahres auf die Bahre legte. Ein anderer war Marchese di San Giuliano in Wirklichkeit, als er sich uns, dem verbündeten Deutschland und Österreich-Ungarn äußerlich gab, seit er die auswärtige Politik des italienischen Königreiches leitete.

Ein Süditaliener — in Catania geboren, — ein Edelmann — sein Vater war der Senator di San Giuliano — war Antonio zeitlebens ein Meister der äußeren Formen feiner Kultur und guter Gesellschaft. Verbindlich, aalglatt, geschickt und gerissen, trug er Jahrzehnte lang eine Maske, die ihm das volle Vertrauen der deutschen Öffentlichkeit einbrachte, und verbarg sein wahres Gesicht. Wie sah dieses aus? Nun: Antonio di San Giuliano betete den Erfolg an, den Gewinn, den Erwerb, und jedes Mittel dazu war ihm recht. „Right or wrong, my country", das war auch sein Grundsatz, wie er überhaupt begeistert war von englischer Kultur, englischer Art. Der äußerlich so untadelige Edelmann besann sich keinen Augenblick auch Treue und Wort und Bündnis zu brechen, sofern der Bruch Erfolg verhieß. Niemals hat di San Giuliano den Dreibund, soweit er Italien P f l i c h t e n auferlegte, als notwendig und um Italiens Ehre willen bindend angesehen; wohl aber hat er, wenn ihm dies politisch im eigennützigen italienischen Interesse opportun erschien, den Dreibund im

Munde geführt. Das Bündnis war für Marchese di San Giuliano ein Handelsobjekt und ein Instrument der Pression auf die entgegengesetzte europäische Mächtegruppe, um von dieser für Italien Vorteile herauszuschlagen. Seit er Minister des Auswärtigen war, verfolgte di San Giuliano das taktische Prinzip einer Schaukelpolitik Italiens, und dieser Edelmann ist mit Italiens Bündnisehre schachern gegangen, wie ein Krämer, ohne Gewissen. Sorgsam achtete er darauf den Schein der Wohlanständigkeit und Treuherzigkeit zu wahren; seine Reden durften jahrelang nur in gestutzter, aufpolierter Form über die Alpen in die Öffentlichkeit der Bundesgenossen Italiens gelangen, und di San Giulianos enge Beziehungen zur Presse gestatteten ihm stets, deren Äußerungen in der Färbung so zu bestimmen, wie es ihm jeweils opportun erschien.

In seinen Mitteln ein Jünger Macchiavells, war Marchese di San Giuliano in seiner Zielsetzung ein Utopist. Er träumte insgeheim wie so viele seiner Landsleute von nicht weniger, als von einer modernen Erneuerung und Wiederauferstehung des alten Imperium Romanum. Italien als die Weltmacht, das war seines Strebens letztes Ideal. Es wird überhaupt zu wenig beachtet, wie stark die Traditionen des alten Rom, so wenig dies durch die Verhältnisse des heutigen Italien berechtigt erscheint, in den Köpfen, namentlich der jüngeren italienischen Generation spuken. Ein irriger, gegenstandsloser Größenwahn, gewiß; aber einer, der als Stimmungsmoment zum Verständnis des heutigen Italien nicht außer acht gelassen werden darf. di San Giuliano war klug und zähe genug, seinem Ziele langsam und auf dem Boden des Realen zuzustreben. In einer Rede vor der italienischen Deputiertenkammer vom Februar 1913 wies er auf die zur Zeit wichtigsten Probleme der äußeren Politik Italiens hin: die Adria und das Mittelmeer. In beiden das Gleichgewicht zu erhalten, sei Italiens lebensnotwendiges Interesse und sein fester Entschluß. Es war eine bewußte, politisch-opportunistisch bedingte Lüge des Marchese. In Wirklichkeit hieß sein nächstes Pro-

gramm: die Adria italienisch und das Mittelmeer die Domäne Italiens. Eine Zielsetzung, die offen ausgesprochen Italien in Konflikt mit beiden europäischen Mächtegruppen bringen mußte; denn in der Adria stieß ein solcher italienischer Anspruch auf Österreich-Ungarns Lebensinteressen, im Mittelmeer bedrohte er Frankreich und England. Es war di San Giulianos Hoffnung beide Fragen nacheinander in seinem Sinne zu lösen, sobald die Gelegenheit dazu günstig erschien; die Adriafrage mit Hülfe Englands und Frankreichs gegen Österreich-Ungarn, die Mittelmeerfrage, wenn sich Gelegenheit dazu böte, mit Hülfe des Dreibundes gegen Frankreich, sofern England aus einem Konflikt als neutral ausschiede. Unter allen Umständen aber war di San Giuliano entschlossen, im Falle eines europäischen Konfliktes ohne Rücksicht auf Ehre und Bündnispflichten, Italien auf die Seite der stärkeren, also gewinnenden Partei zu stellen um an der Teilung der Beute zu repartieren.

So fand ihn die Julikrise des Jahres 1914. Sie kam di San Giuliano unwillkommen, verfrüht, denn er kannte die seit dem Tripoliskriege herrschende Zerrüttung der militärischen Organisation Italiens, das so nicht sofort in der Lage war, im Sinne der Giulianoschen Pläne ein gewichtiges Schwert auf die eine oder die andere Wagschale zu werfen. In Wirklichkeit kam für den Marchese von allem Anfange an nur die eine Seite, die des Dreiverbandes in Frage. Als er erfahren, daß England die Sache Frankreichs und Rußlands bewaffnet unterstützen wolle, war er vom Siege des Dreiverbandes über die Kaisermächte überzeugt und im Prinzip schon entschlossen, den Dreibund zu verlassen, und sogar den bisherigen Verbündeten in den Rücken zu fallen, um das erste seiner Ziele zu erreichen: die italienische Herrschaft in der Adria.

In der an anderer Stelle („Italiens Verrat") geschilderten denkwürdigen Unterredung des Marchese di San Giuliano mit dem britischen Botschafter Renell Rodd am Abend des 31. Juli sind darüber schon prinzipielle Verständigungen getroffen worden. Der sizilianische Edelmann di San Giuliano hat damals

sonder Zaudern und Skrupeln den Dreibundvertrag gebrochen. Die weitere Entwicklung war dann nur eine Frage mehr oder minder geschickter Technik; San Giuliano der Glatte und Gewandte konnte sein Werk nicht bis zum Ende führen, der Tod trat dazwischen. Und nun vollendete der plumpere Gesinnungsgenosse und Freund des Marchese, nun vollendete Salandra grob und diplomatisch ungeschickt die Arbeit, die die geschmeidigen, aber ehrlosen Hände di San Giulianos eingefädelt hatten.

Die Entente der Presse

Die Psychologie der Massen ist ein noch junges Forschungsgebiet; sie wird an den Vorgängen des Weltkrieges, der ungleich mehr als irgend ein früherer die Gemüter fast der ganzen Menschheit in Erregung gesetzt hat, ein wichtiges Studienmaterial finden. Sie wird dabei einem Faktor der Massenbeeinflussung vor allem ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, dessen ungeheure Bedeutung dieser Krieg besonders stark unterstrichen hat. Wir wollen und können hier nicht im allgemeinen von der Rolle sprechen, die der Presse unserer Feinde bei der Vorbereitung des Überfalls auf Deutschland-Österreich-Ungarn zufiel. Aber an einem bezeichnenden Beispiel läßt es sich veraugenscheinlichen, wie stark und eng die Fäden waren, die sich bei der Vorbereitung dieses Krieges durch unsere Feinde auch zwischen den einflußreichen Blättern ihrer Länder gesponnen haben.

Es ist kein Zufall, daß die kriegshetzerischen, deutschfeindlichen Tendenzen in England, Frankreich und Rußland je in einem journalistischen Organ einen Hauptsammelpunkt finden. Die Londoner „Times" der Pariser „Matin", die Petersburger „Nowoje Wremja" sind nicht nur Gesinnungs-, sie sind auch Geschäftsgenossen, die mit einander im engen Konnex arbeiten. Wie es dazu gekommen ist, läßt sich am Entwicklungsgang der „Times" oder richtiger an dem ihres Besitzers erkennen, des Lord Northcliff, alias Mr. Alfred Harmsworth, der sich das verruchte „Verdienst" zuschreiben darf, mehr zu der Entfesselung der jetzt wütenden Kriegsflammen beigetragen zu haben, als selbst Edward Grey. Alfred Harmsworth war ein junger Mann von einigem Vermögen, der das Streben hatte, dieses Vermögen zu verzehn-, zu verhundertfachen. Begabt mit einer riesigen Geschäftsintelligenz und nicht im geringsten beschwert durch das, was man Charak-

ter und Gewissen nennt, legte Alfred Harmswort sein Geld in einigen kleineren Zeitschriften an. Ohne originale Ideen, aber mit scharfer Witterung für das Aktuelle und Massentümliche schuf er, knapp dreißigjährig, in den beginnenden 90er Jahren ein Organ, das ausschließlich auf Massenwirkungen spekulierte. Mit riesiger Reklame eingeführt, kam das Halbpenny-Blatt „Daily Mail" in kurzer Zeit zu einer ungewöhnlich großen Verbreitung. Die geistige Kost, die Harmsworth hier seinen Lesern vorsetzte, war mit allem gewürzt, was den niedrigsten Masseninstinkten zusagt. Denn an die blindgläubigsten, stupidesten und niedrigsten Elemente der Volksseele wandte sich die „Daily Mail" und jedes, auch das schamloseste Mittel übelster Sensation wurde in ihren Dienst gestellt. Vor allem, und sicherlich nur aus Geschäftsinstinkt, machte Harmsworth in Deutschenhaß. Es war zur Zeit des bekannten Kaisertelegramms an den alten Präsidenten Krüger, als in der „Daily Mail" eine in ihrer Gemeinheit bisher unerhörte Deutschenhetze einsetzte, die für Harmsworth die Bedeutung hatte, daß sie riesige Sensation erregte, und ihm Millionen einbrachte. Er brauchte diese, denn schon damals hatte er sich nach eigenem Wort zum Ziel gesteckt, für England das zu werden, was der Zeitungskönig Hearst für Amerika ist. Nach und nach wußte Harmsworth immer mehr Zeitungen und Zeitschriften in seinen Besitz zu bringen und sein Ziel schien gesichert, als König Eduard auf den geschäftstüchtigen journalistischen Förderer seiner eigenen Pläne aufmerksam wurde, Harmsworth wiederholt zu sich nach Sandringham lud und ihn schließlich zum Pair mit dem Range eines Baronets des Vereinigten Königreiches erhob. Als Lord Northcliff, und nachdem es ihm gelang, die altangesehene „Times" in seinen Besitz zu bringen, wurde der frühere Mr. Alfred Harmsworth zum unbeschränkten Zeitungskönig von England. Außer der „Times" und der „Daily Mail" gehören ihm u. a. der „Daily Mirror," mit einer täglichen Auflage von 850 000 Exemplaren, die „Evening News", über ein Dutzend großer Provinzzeitungen und eine große Reihe

von Zeitschriften und Magazinen. Die Northcliff-Presse insgesamt bringt wöchentlich rund 30 Millionen Exemplare von Zeitungen und Zeitschriften über England und über die ganze Welt. Ihr Papierverbrauch allein beläuft sich auf jährlich rund 20 Millionen Mark.

Es ist nicht nötig, besonders zu betonen, daß ein Mann, dem solche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Masse zu Gebote stehen, politisch eine ungeheure Macht ausüben kann. Und in der Tat hat Harmsworth-Northcliff, als erst sein Hunger nach Millionen gestillt war, den nicht minder zehrenden Hunger nach Macht empfunden. Nach politischer Machtbefriedigung strebte er nun, ohne daß diese an sich eine durch politische Überzeugungen oder durch Patriotismus bedingte Zielrichtung gehabt hätte. Ja, es wäre denkbar, daß Northcliff, der sich nie durch Konsequenzen beschweren ließ, aus einem Deutschenhetzer ein Deutschland„freund" geworden wäre, hätte er bei seinem Berliner Besuch im Jahre 1907 eine ihn bestimmende Veranlassung gefunden. Jedenfalls fand Northcliff für seine „Eigenart" in Berlin keinen günstigen Boden und so ging er nach Petersburg. Hier fand er es besser; in dem Herausgeber der deutschfresserischen „Nowoje Wremja", im alten Suwarin, den man, wie Ignatiew, den „Vater der Lüge" nennen konnte, entdeckte er einen Gesinnungsgenossen, gleich an Herzen, gleich an Charakter. Es läßt sich nicht genau entscheiden, ob schon damals Northcliff sich einen finanziellen Einfluß auf die „Nowoje Wremja" sicherte. Jedenfalls wurde damals das Unternehmen in eine Gesellschaft auf Anteilscheine zu je 5000 Rubel umgewandelt, und es liegt eine gewisse Ironie darin, daß solche Anteile auch der Deutschen Botschaft in Petersburg angeboten wurden, ohne daß diese auf das Geschäft einging. Witte kaufte damals einige Anteilscheine, ebenso der jetzige russische Finanzminister Bark, damals Direktor der Wolga-Kamabank. Es ist, wie gesagt, nicht unwahrscheinlich, daß auch Lord Northcliff zum Aktionär der „Nowoje Wremja" wurde, obschon die „Times" eine solche Verbindung

bestritten hat. Jedenfalls war es sehr auffällig, daß Northcliff nach seiner Rückkehr aus Petersburg zu dem Londoner Vertreter der „Nowoje Wremja", einem übelberüchtigten Individuum namens Wesselitzky in sehr innige Beziehungen trat.

In ein enges Verhältnis trat dann Northcliff auch zum „Matin". Das ursprünglich jämmerlich schlechte Pariser Blatt war Ende der 90er Jahre in den Besitz des französischen Finanzmannes Bunau-Varilla übergegangen, der durch dunkle, sehr üble Finanzoperationen während des Panama-Skandals riesige Reichtümer erworben hatte und nun durch skrupellose, teilweise direkt erpresserische Praktiken den „Matin" in den Dienst seiner Börsenmanöver stellte. Wie Northcliff, so bediente sich Bunau-Varilla der Deutschenhetze aus Geschäftsinteresse und unter ihm wurde der „Matin" das, was er geworden ist: der Hauptträger eines unglaublich gemeinen, gehässigen, in seinen Mitteln völlig wahllosen Chauvinismus, der in einer Nummer mehr deutschfeindliches Revanchegift in die Massen goß, als sämtliche andere französischen Blätter in einem Jahr. Mit Northcliffs „Times" verband den „Matin" eine besondere Interessengemeinschaft: auf Grund eines Abkommens tauschten beide Blätter ihr Nachrichtenmaterial gegenseitig aus, eine Verbindung, die den gemeinsamen Hetzfeldzug gegen Deutschland nur noch wirksamer machen mußte.

Die „Times", die „Nowoje Wremja", der „Matin" haben das Ziel ihrer verbrecherischen Arbeit erreicht, Lord Northcliff, der Mann ohne Gewissen hat seinen Machthunger stillen können. Aber der Fluch von Millionen, das Blut von aberhunderttausenden lastet darauf, und kein Gold der Erde wäscht sie rein.

E. Fechners Buchdruckerei (H. Scholz), Guben.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 2

Das Land der Balten und der Krieg

von

Dr. Otto Helmut Hopfen

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

bestritten hat. Jedenfalls war es sehr auffällig, daß Northcliff nach seiner Rückkehr aus Petersburg zu dem Londoner Vertreter der „Nowoje Wremja", einem übelberüchtigten Individuum namens Wesselitzky in sehr innige Beziehungen trat.

In ein enges Verhältnis trat dann Northcliff auch zum „Matin". Das ursprünglich jämmerlich schlechte Pariser Blatt war Ende der 90er Jahre in den Besitz des französischen Finanzmannes Bunau-Varilla übergegangen, der durch dunkle, sehr üble Finanzoperationen während des Panama-Skandals riesige Reichtümer erworben hatte und nun durch skrupellose, teilweise direkt erpresserische Praktiken den „Matin" in den Dienst seiner Börsenmanöver stellte. Wie Northcliff, so bediente sich Bunau-Varilla der Deutschenhetze aus Geschäftsinteresse und unter ihm wurde der „Matin" das, was er geworden ist: der Hauptträger eines unglaublich gemeinen, gehässigen, in seinen Mitteln völlig wahllosen Chauvinismus, der in einer Nummer mehr deutschfeindliches Revanchegift in die Massen goß, als sämtliche andere französischen Blätter in einem Jahr. Mit Northcliffs „Times" verband den „Matin" eine besondere Interessengemeinschaft: auf Grund eines Abkommens tauschten beide Blätter ihr Nachrichtenmaterial gegenseitig aus, eine Verbindung, die den gemeinsamen Hetzfeldzug gegen Deutschland nur noch wirksamer machen mußte.

Die „Times", die „Nowoje Wremja", der „Matin" haben das Ziel ihrer verbrecherischen Arbeit erreicht, Lord Northcliff, der Mann ohne Gewissen hat seinen Machthunger stillen können. Aber der Fluch von Millionen, das Blut von aberhunderttausenden lastet darauf, und kein Gold der Erde wäscht sie rein.

E. Fechners Buchdruckerei (H. Scholz), Guben.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 2

Das Land der Balten und der Krieg

von

Dr. Otto Helmut Hopfen

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 2

Das Land der Balten und der Krieg

von

Dr. Otto Helmut Hopfen

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

An den Generalgouverneur von Belgien, Herrn Generalobersten Freiherrn von Bissing

Ungerufen zum andern Male klopfe ich an die stille Brüsseler Arbeitstube Eurer Excellenz und ich hoffe auf Einlaß. Wieder möcht' ich, da ich die Zusicherung habe, daß in Ihren Augen das freie Wort dem reifen Manne wohl ansteht, von meinen Erfahrungen und Gedanken dem streng Prüfenden ein Pack zu wägen geben. Aber nicht vom Westen gilt es mir diesmal, sondern vom Osten zu reden. Hat ja doch gen Westen, wohin seit Jahrhunderten der Blick des deutschen Volkes gewandt ist, wo sich in verspottetem Liebeswerben die Fülle deutscher Güte und deutschen Formstrebens zu bilden gesucht hat, wo jedoch unsere Harmlosigkeit für die Hoffnung friedlicher Sicherheit und Annäherung immer wieder Ströme von Blut verlieren mußte, dort hat unser Kaiserlicher Herr die von den siebenzig Jahren noch ungebeugte Gestalt Euer Exzellenz zu Wacht und Wahrzeichen gestellt. Die Liebe und das Vertrauen von Millionen mutig Einsichtvollen danken dem Kaiser dafür wie für ein wohlverstandenes Versprechen, das einstweilen der Worte entraten kann.

So sehr die Vorstellung von westlich freudbringender Ergänzung Jahrhunderte lang bis zur Stunde unsern Blick über Mosel und Maas gezogen hat, so wenig hat der Osten den meisten von uns gelächelt. Ein leiser Schauer sogar rieselte über jeden, der einen Freund die östliche Grenze überschreiten sah; aus meiner Kindheit bleibt mir der Alpdruck auf dem ganzen Volke erinnerlich, als unser greiser Kaiser in Rußland weilte, bleibt mir die Freude des Aufatmens, als man das geliebte Haupt wieder im eigenen Lande geborgen wußte. Die Phantasie, die in Verbindung mit dem Hochgestellten dort an Gift und Bomben zu denken gewohnt ist, hat überdies — u. zw. ohne dessen inne zu werden auf absichtlich russische Abschreckungskünste hin — jenseits der östlichen Grenze für jeden mit der Vorstellung von Paßschwierigkeiten, kostspieligem Bestechungszwang, Peter-Pauls-Festung oder Sibirien, Kosackenknuten und ewigem Eise Hebel genug zu schauriger Gestaltung.

Aber so wenig sich einzelne Mutige in unserer Zeit dadurch in Neugier, Abenteuer- und Gewinnlust haben abschrecken lassen, die behagliche satte Breite ungeheurer Zonen im Osten aufzusuchen, ebenso unwirksam war derlei auch in früheren Jahrhunderten. Rußlands Erbe vom deutschen Orden beweist das.

Vor zehn Jahren flüchtete ich aus Rußland, als die rückflutenden meuternden Soldaten des japanischen Krieges das gutmütige Volk aus der durch kaiserliche Schnapsbuden gemehrten Stumpfsinnigkeit aufschreckten, als unter meinen Fenstern in Riga die revoltierenden Arbeiter und Studenten samt neugierigen Massen von den Kosacken in die breite Düna gedrängt worden waren, um unter Treibeis zu verschwinden,

als mir in Moskau vor der geschlossenen Universität erregte Studenten die Liste aller gezeichneten und durch nachfolgende blutige Attentate verfolgten Würdenträger zugebrüllt hatten.

Nach jenen Monaten voll von wirklich erschütternden und furchtbaren Bildern — wie sie sich beim Zurückfluten der heutigen Heere schlimmer und massenhafter wiederholen mögen — versuchte ich meine Seele im Heiligtum des deutschen Ordens in der Marienburg zu sammeln. Und schon damals erkannt' ich trotz des Schauers, der zu leicht das Gesehene entstellt, und sprach es öffentlich aus: Die Burg des deutschen Ordens an der Nogat, Mariensburg, dieser Pfeiler des protestantischen Königreiches Preußen trägt an der Außenmauer der heiligen Jungfrau Bildnis; und die Gottesmutter mit dem Jesusknaben, aus bunten Steinen in ungeheurer Größe gefertigt, blickt gen Osten, weithin über flaches Land gen Osten.

Starnberg, im Oktober 1915.

Der Verfasser.

I.

Das Vertrauen deutscher Bischöfe in deutsche Männer und mehr noch das eigne Vertrauen dieser Ritter und ihrer Vasallen in sich selbst und in ihre Sache hat dem Deutschen Orden und dem in ihm aufgegangenen Orden der Schwertbrüder vor 700 Jahren Idee und Ausdauer verliehen, erobernd gen Osten vorzudringen und Preußen zuerst, dann die baltischen Provinzen bis nach Narva hinauf ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Die erprobte Gewißheit, durch die eigene Art und den eignen Geist das ersichtlich Vollkommenste anzustreben und anderen zu vermitteln, hat die Ordensritter von Mariens Burg so stark gemacht, daß trotz des Wandels der Zeiten und Formen die Erben heute noch von ihnen Maß empfangen oder gegen ihren Geist kämpfen müssen. Die Erben sind Rußland und Deutschland.

Esthland und Livland wurden 1721, Kurland 1795 dem russischen Staatenverbande eingefügt, das Königreich Preußen und damit ganz Deutschland übernahm mit dem preußischen Besitze des Ordens die Pflege der Marienburg. Aber wir haben nicht nur die Burg, dieses Symbol, lange und schwer vernachlässigt, sondern auch in Gedanken ihre Atmosphäre gemieden. So haben wir wieder und wieder unsere Schritte wanderfroh nicht nach Osten, sondern über die Alpen und den Rhein gelenkt, haben teils aus Not, teils aus Vorliebe unsere Blicke nach Westen, nach Süden und weiter in jener Richtung übers Meer gesandt. Wenige auch heute nur empfinden es als nationale Pflicht, zu diesen redenden Steinen unserer Vergangenheit zu pilgern, und diese wenigen verstehen selten

die gewaltige Mahnung der dort einst versammelten kühnen Kolonisatoren, die das Zeichen, das sie einte, nicht zufällig nach Osten richteten. Ja, ich entsinne mich seit meiner frühesten Jugend, mancherorten im Deutschen Reiche den Spruch gehört zu haben: Im Osten liegen für uns gar keine Aufgaben; unsere östliche Grenze ist abgeschlossen; eher zu weit schon und mit zu verlockender Angriffsfront für die Begehrlichkeit des moskowitischen dräuenden Kolosses dehnt sich der schmale Flügel Preußens nach Memel hinauf; selbst wenn wir in einem etwaigen Kriege mit dem schlafenden russischen Riesen siegten, hätten wir nichts, gar nichts von ihm zu fordern. — Und doch entsinne ich mich gleichfalls aus meiner frühesten Kindheit und mehr noch aus den Studentenjahren, daß mit innigster Anteilnahme von dem an Rußland gefallenen Erbe des Deutschen Ordens gesprochen wurde, daß wir die Hilflosigkeit der russischen Deutschen in den baltischen Provinzen gegenüber dem chauvinistischen Vorgehen moskowitischer Beamten wie eine geheime Schuld empfanden und uns im innersten Herzen schämten, den Nachfahren der Vasallen jener mit dem Glanze des Heldentumes umgebenen Ordensgestalten nichts als Mitleid entgegenbringen zu dürfen. Viele von uns redeten von dortigem Siedlungsland für unser wachsendes Volk. Aber selbst wir also Bewegten machten uns keinen rechten Begriff davon, was wir wünschen, wie wir helfen wollten.

Erst damals vor zehn Jahren, als mir die baltische Erde, nachdem ich sie lange bereist hatte, ans Herz gewachsen war, damals, als ich vor russischer Greuel und militärischer Blindwütigkeit flüchtend durch die weiten Räume der Marienburg ging, als ich mir wiedrum die Trümmerhaufen der Ordensburg zu Wenden vor die Seele stellte, wich jede Unklarheit.

Ich erkannte und schrieb folgende Sätze: „Die Ordensritter, die gleich uns anfänglich in südlicher Sehnsucht befangen waren, verzichteten auf das dort Unerfüllbare; das im Osten Mögliche aber suchten sie mit verbissener Ausdauer zu erringen. Alle Besitzungen im sonnigen Spanien, im blütenduften-

den Italien gingen dem Orden verloren; die letzte Feste im lockenden Kleinasien — Acca — fiel; der Sitz des Ordens in der Lagunen-Poesie Venedigs zeitigte den deutschen Herren kein Glück und keinen Erfolg, — nur in der Ostmark, in Oesterreich, am nordischen Meere, von Amsterdam gen Osten, immer weiter gen Osten, da nur faßten sie wirklich Fuß und konnten sich ihrer Art getreu erfolgreich ausleben, verstanden es dort, wie unterm Druck höherer Notwendigkeit als Verkünder ihrer Ideale und ihres Herrenrechtes überall aufzutreten, wohin sie Ordnung brachten und Handel und Bildung. Dort war Neuland für sie und ist es in gleichem Sinne heute für uns."

„Um aber zugleich mit deutscher Ordnung, deutschem Handel, deutschem Fleiß und deutscher Bildung deutsche Frömmigkeit, deutsches Christentum und deutsches Denken bis nach Narva hinauf tragen zu können, hieß die Devise für den Deutschen Orden Kampf gegen alle sich widersetzenden Völker, insonderheit gegen Polen, Litauer und Moskowiter. Alles was in der Richtung zum Zweck kolonisierender Eroberung geschieht, muß denen als geschichtlich begründet und unterstützenswert erscheinen, die die Ausbreitung ihrer Art und vor allem ihres eigenen Geistes zum Wohl der Menschheit und zur zukünftigen Sicherung ihres Daseins wünschen; alles Gegenteilige aber muß von ihnen, solange sie zur Logik den Mut haben, als geschichtswidrig und bedauerlich verhütet, vereitelt oder vernichtet werden."

„Sobald also durch irgendwelche äußere Verkettung oder durch die Unlogik der Leitenden einmal dies erobernde Vordringen aufhört, sodann aber und vor allem sobald die durch die Jahrhunderte zur Mission gewordene Idee verblaßt, daß die Erben des Deutschen Ordens denjenigen Geist in allen östlich eroberten Ländern zu säen, zu pflegen und zur Herrschaft zu bringen haben, der anfänglich den unterworfenen Völkern fremd, schließlich ihr Vorteil und ihr stolzes Eigentum wird, dann bleibt nur die Möglichkeit: daß die Erben des Deutschen Ordens von den nicht vollständig unterworfenen

oder innerlich nicht in ihrem Geiste zur Reife wiedergeborenen Völkern des Ostens im wilden Ansturme wie einstens unter Tschingiskan zu Boden getreten werden."

„Bei dem langsamen Gange geschichtlicher und ethnologischer Entwickelungen, bei der Ferne des Zieles und den geringen, wenn auch unbestreitbaren bisherigen Erfolgen wird diese Aufgabe den Erben des Deutschen Ordens noch für lange lange Jahrhunderte vorgeschrieben bleiben, und wird jeweils am Bestande und an der Anerkennung deutschen Geistes, an der kolonialen Ausbreitung deutschen Blutes, bis hin zum Pazifischen Ozeane zu messen sein. Nach Osten, es sei noch einmal wiederholt, nach Osten blickt das Marienbild auf der Hochburg des Deutschen Ordens."

„Das rege Gewissen vieler deutscher Männer hat denn auch die in den baltischen Provinzen geübte Vergewaltigung deutscher Art, wie sie seit 1850 schüchtern, seit 1868 aber und 1876 systematisch offiziell betrieben wird, als ein bejammernswertes Unrecht empfunden. Nur ist man sich bei der großen, vielfach absichtlich erzeugten Unklarheit, die in den gärenden Zeiten unserer Tage über viele Dinge ausgebrodelt wird, über Ursache und Folgen solchen Treibens unschlüssig gewesen. Man glaubte die mahnende Stimme des Inneren, die zum Schutz des Deutschtums in den russischen Ostseeprovinzen aufforderte, um so gerechtfertigter wie eine politische Sentimentalität betrachten oder wie eine kindliche Unreife überhören zu dürfen, als man einsah, daß ein ungerufenes politisches oder militärisches Eingreifen Deutschlands in die Verhältnisse Rußlands zu diesem Zweck unsagbaren Schaden verursachen, den baltischen Provinzen aber und dem Deutschen Reiche selbst im wahrscheinlichen Falle eines Sieges nur problematischen Vorteil brächte. Und in der Tat bliebe — so ersprießlich für das Deutsche Reich wie für die Ostseeprovinzen die Vereinigung auf friedlichem Wege wäre — jede feindliche Okkupation eine unzuträgliche Halbheit, es sei denn, daß zu gleicher Zeit ein den jetzigen Politikern ganz fernliegendes

weit gen Osten vordringendes Erobern deutscherseits erfolgreich vollführt würde."

Bis in die jüngste Vergangenheit war keine historische Notwendigkeit gegeben, solch für das russische Reich feindseliges Eingreifen von den Zinnen der Marienburg hinab zu überlegen, denn alle russischen Herrscher, die das Erbe des Deutschen Ordens in den baltischen Provinzen erstrebt und erreicht haben, waren — soweit sie fördersam und staatbildend für das russische Reich wirkten — teils aus wundervoller Einsicht, teils durch die Umstände und eigne Art veranlaßt, auch Erben der kolonisierenden Aufgabe in der Richtung des Ordens gewesen.

Heute nun ist die Stunde gekommen, um zu fragen, wie dieses Erbe verwaltet und ausgestaltet worden ist, ob es im Geiste der Erblasser fortbesteht oder ob derartig wider ihr Vermächtnis fahrlässig und absichtlich gehandelt worden ist, daß die geschichtliche Gerechtigkeit das Gut einzieht, um es neu zu verteilen.

Heute hat uns die Schwerkraft des uns vom deutschen Orden überkommenen Erbes, so vielfach wir uns selbst in dieser Stunde noch durch andere unerfreuliche Anhängsel und andere erfreuliche Strebekräfte davon möchten abziehen lassen, nach Osten gedrängt. Was ich vor 10 Jahren von der Weisheit und dem Mute unserer Regierenden nicht zu erhoffen wagte, das ist uns Pflicht der Selbsterhaltung geworden. Haben doch die russischen Erben des deutschen Ordens, diese innerlich nicht im Geiste dieser deutschen Ritter wiedergeborenen Völker des Ostens im wilden Anstürmen wie einstens unter Dschingiskan ihr Erbe, die baltischen Provinzen und Littauen nun wirklich zu Boden getreten, haben ganz Deutschland ja jedem deutschen Wesen und Empfinden die Ausrottung geschworen; damit droht sich der Sinn der Geschichte in Unsinn zu verkehren.

Wer wagt es trotz aller weltbürgerlichen Theorien und Silbenstechereien abzuleugnen, daß das, unseren früheren Politikern ganz fern liegende weit gen Osten vordringende Er-

obern deutscherseits heute notgedrungen unter geänderten Umständen zur unwiderruflichen Aufgabe geworden?! Deutschland und Oesterreich haben sie mit der natürlichen Hilfe der Türkei zu lösen begonnen. Der Lage und dem Wesen entsprechend fällt dabei uns die Hauptaufgabe im Norden zu.

Und so wiederhole ich, eine Okkupation der Ostseeprovinzen, wohl gar nur um die dortigen Deutschen und Deutschbalten zu retten, die ja schlimmsten Falles zu uns hätten kommen können, wäre ohne ein weit gen Osten vordringendes Erobern deutscherseits eine unzuträgliche Halbheit gewesen. Heute ist sie es nicht mehr.

Nicht den baltischen Baronen, den Letten, den Esthen zu Liebe, sondern um das geistige Erbe des deutschen Ordens, um Deutschlands Wachstum und Sicherheit zu retten und zu schützen, deshalb dehnen wir uns, sprengen wir dem Nußbaume gleich die Schale und werden um so leichter und fester in die baltische Erde wachsen, als sie uns günstig vorbereitet ist.

Ja, nähmen wir nicht jetzt von diesem Erdreich Besitz, wie's unter Hindenburgs Fahnen geschehen ist, schlügen wir nicht, wo längst die Wurzelfasern des Deutschtums vorgetrieben worden sind, unsere starken Wurzeln, so hätten wir das Umgekehrte zu gewärtigen. Zweimal hat uns Hindenburg davor errettet. Der Instinkt des Volkes hat ihm deshalb die blinkende Palme dieses Krieges vor allen anderen Helden gereicht, denn unser Volk schaudert vor dem Tat gewordenen Vordringen der Moskowiter gen Westen.

Ein kurzer Rückblick ist zum Verständnis erforderlich.

Ehe wir aber in ihm die drei bedeutendsten Herrscher, die das russische Erbe vom Deutschen Orden verwalteten, erwähnen, sei folgendes festgestellt.

Die Geschichte des russischen Reiches als Staat ist mehr als irgendwo sonst bis zur Stunde die Geschichte der Herrscherfamilie, die Geschichte des Willens einzelner Herrscher oder deren geringer herrschenden Umgebung. Daß diese Familie gerade in den Grenzen des heutigen Ruß-

land so erfolgreich zur eignen Größe arbeiten konnte, liegt nicht etwa an einer eigenartig geschickten Grausamkeit dieser Familie, sondern daran, daß sie gerade dort Mittel zubereitet fand, die anderswo ermangelten. Diese Mittel sind: die asiatisch-byzantinische Duldsamkeit und Gutmütigkeit der Volksmasse gegenüber den Verhängnissen, die Virtuosität des Ertragens aus eingeborenem Pessimismus, verbunden mit der Leichtigkeit, wieder aufzuleben, sobald man das Unheil hat über sich ergehen lassen, mit einem Worte: die russische Bequemlichkeit, die geführt sein will, zur heilsamen Führung aber selbst der eigensten Geschicke annoch unfähig ist. Zu diesen Mitteln gehört aber auch das Vorbild, asiatisch-skrupelloser Grausamkeit orientalischer Herrscher, das, bis in die kleinsten häuslichen Verhältnisse hinab sichtbar, über Leben und Blut von Menschen, über Bestand und Untergang ganzer Familien, Städte und Provinzen als sklavisches Eigentum bis vor 50 Jahren verfügte, und wie's trotz der Revolution — sonderlich in der Idee ungezählter Bauern — heute noch zum Begriff des Herrn und des Herrschers gehört.

Die Revolution von 1905 und die vom Zaren gemachten Versprechungen sind für das Gesagte nur Beweis, nicht Gegenbeweis, denn soweit es sich um das russische Bauernvolk handelte, das an der Revolution wenig beteiligt war, geschahs im ersten russischen Tohuwabohu ohne eigene oder klare Ideen bald abgelenkt gegen die Juden, bald gegen die Tartaren wie heute gegen die Deutschen; so weit der Zar aber anderen als russischen Kreisen, z. B. den Balten etwas versprochen hatte, war dies nur im Ingrimm gegen die von westeuropäischen Ideen Angesteckten geschehen und brauchte — wie der heutige Krieg zeigt — gegen niemand gehalten zu werden. Der Beweise hierfür liegen unzählige vor. Das wird so bleiben und damit bleibt unsere Bedrohung vom Osten. Die Verhältnisse haben sich wie auf dem Höhepunkt eines guten Dramas so zugespitzt, daß die bisher überdeckten Gegensätze nackt auf einander geplatzt sind und für die künftige Abwicklung nur

ein entweder — oder zulassen. Entweder bleibt das gesamte Erbe des deutschen Ordens in seinem Geiste erhalten oder es geht hüben wie drüben zu Grunde.

Als zweite Tatsache müssen wir betonend vorausschicken, daß die Herrscherfamilie keine russische oder auch nur russischverwandte war oder heute ist, sondern daß sie als ausgesprochene Erobererfamilie aus der Fremde erschien und in diesem Wesen und Sinne Reichsbildung und Reichsvergrößerung vornahm, verquickt allerdings nach und nach mit russischer Phantasterei, Größenwahn und Hochmut, ausgeführt jedoch — zumeist im offenen Gegensatz und erbittertstem Kampf gegen die russischen Eigentümlichkeiten — ausgeführt mit Hilfe von Nichtrussen, vornehmlich von Deutschen und Balten.

Die Ruriks waren Normänner, und normännischen Nachschubes bedurften sie, um in den wilden Kämpfen unter sich und mit den von Osten einfallenden Eroberern, den Chans, die einzelnen Throne der russischen Klein-Fürstentümer zu behaupten und schließlich unter dem von Moskau zu vereinigen. Das Blut der Ruriks floß in den Adern der Romanows; und gerade derjenige Romanow, dem das russische Weltreich seine Grundlage verdankt, Peter der Große, empfand in jungen Jahren schon — bestärkt in dieser genialen Hellsichtigkeit durch die Erziehung des Waadtländers La Harpe — die Notwendigkeit, zur eigenen Befreiung von moskowitischen Einfluß an die Quellen seiner westeuropäischen Herkunft zurückzukehren. Sein Aufenthalt in Holland und Deutschland ist bekannt. Deutsche und nochmals Deutsche suchte er danach in seinen Grenzen anzusiedeln; deutsch mußte sich der Adel seines Landes kleiden, ein Schweizer mußte sein Heer organisieren, Fremden gab er darin die Vertrautenstellungen, Holländer und Franzosen waren seine Künstler, alles setzte er daran, um die Ostseeprovinzen und damit einen ganzen Stamm deutscher Familien seinem Reiche einzugliedern. Als es ihm nach vielem Kriegführen schließlich gelang, für 2 Millionen

Silberrubel Esthland und Livland im Jahre 1721 zu kaufen und alsbald seine Nichte auf den Herzogthron nach Kurland zu verheiraten, bestätigte er den ehemaligen Besitzungen des Deutschen Ordens ohne jeden Rückhalt deutsches Recht, deutsche Privilegien, deutsche Bildung, deutschen Glauben und deutsche Sprache.

Er, der größte Vertreter der zarischen Familienpolitik und einer der unerbittlichsten Logiker, den die gesamte Weltgeschichte aufzuweisen vermag, hat aber auch sonst noch dieses Herrschen fremden Geistes und fremder Initiative so zweifellos als notwendig in allen großen Entscheidungen für seine Schöpfung betont, daß wir ohne die Gefahr des geringsten Irrtums seine Meinung dahin aussprechen können: Das russische Reich als Weltmacht ist nur möglich, wenn die herrschende Erobererfamilie als Gegner der moskowitischen Indolenz und räuberischen Bequemlichkeit dies spezifische Russentum und seine Forderungen zu Boden drückt, um sie durch fremde, vornehmlich deutsche Männer und fremde Ideen zu ersetzen und umzumodeln.

Ein Vorkämpfer also des Westens gegen den Osten, des Deutschtums gegen das Moskowitertum, also ein bewußter Erbe des deutschen Ordens war Peter der Große. Man halte dies Erstaunliche fest. Mit eigener Hand schlug er den Strelitzen (heute würden wir sie russische Nationalisten, Vertreter der historischen Lügen-Ideen vom Nationalstaate Rußland nennen) die Köpfe ab, weil sie sich wider seine Bevorzugung der Fremden empörten, ohne Zaudern stieß er den Metropoliten, der moskowitischen Einfluß ans Ruder bringen wollte, die Krone des hohen Priesters vom Kopf und setzte sie sich selber auf, 17 der höchsten Würdenträger ließ er an einem Tage enthaupten, viele andere öffentlich auspeitschen, weil sie das russisch-asiatische System räuberischen Beamtentumes — genau wie das heutige Tschinovniktum — wider alle seine unrussischen Besserungsbestrebungen festhielten; endlich verurteilte er den

eigenen Sohn zum Tode, weil er schwächlich und verderblich gegenüber dem Herrenrecht des fremden Eroberers und seiner fremden kolonisierenden Helfer die Partei und Wünsche des nationalen Moskowitertums vertrat. Der Sohn mußte sterben, weil er töricht nicht erkannt hatte, daß seines gewaltigen Vaters Werk dem Untergange geweiht war, daß das neugegründete Reich den Fuß vom Meere zurückziehen, und in viele Bestandteile wiederum zerfallen mußte, preisgegeben jedem Eroberer, wie dereinst dem Dschingiskan und dessen Söhnen, sobald russisch-nationales Unvermögen den Staat in räuberische Hände bekam.

Wem leuchtet nicht schon hieraus die Wahrheit, daß heute die Untreue des russischen Zaren gegen Peter den Großen dem Geschick verfällt, daß dies Reich den Fuß von unserer Erde und unserem Meere zurückziehen und in viele Teile wiederum zerfallen müßte, wenn die Logik im weittragenden Sinne — wie bisher noch stets — in der Geschichte waltet.

Der Sohn Peters des Großen fiel und machte so denjenigen Platz, die im Geiste Peters dessen Werk fortführten, wenngleich auch sie, genau wie Peter selbst, von dem Boden, auf dem sie lebten und von den Menschen, über die sie herrschten, vielerlei Züge — nur die duldsame Schwäche nicht — annahmen. So wurden phantastisch die Eroberungen weiter ausgedehnt, als geboten und ratsam war, so wurde gerade durch kriegerischen Ruhm und Beute die russisch — orientalisch auf Glanz und Pracht gerichtete — Seele an die fremden Herrscher gefesselt und begann sich an dem Traum der Großmacht und dereinstigen Weltherrschaft zu berauschen. Kein Wunder, daß die Moskowiter die Fremdartigkeit des herrschenden Eroberers vergaßen oder gar nicht erkannten und sich in Bequemlichkeit daran gewöhnten, daß er allein für sie dachte und sorgte, in allem, denn er führte sie wenigstens auf Augenblicke aus Pest und ewiger Hungersnot zu Siegesrausch und ergiebigem Morden und Rauben, er, der Kaiser, der Papst, der Vater; er der Erbe des deutschen Ordens als Vorkämpfer des Westens gegen den Osten.

War in dem Romanow Peter das normännische Blut der Rurik durch manche Heirat schon dem Slawentum näher gebracht gewesen, wie ja gerade er in Sinnlichkeit, Trunksucht und Grausamkeit just einige charakteristische Seiten des Moskowiters aufweist, so besaßen diejenigen Herrscher, denen Rußland nach ihm seine Größe und sein Ansehen verdankt, keinen Tropfen slawischen Blutes in ihren Adern: das sind die anhaltische Prinzessin, die unter dem Namen Katharina II. das Reich auf die Stufe einer anerkannten Großmacht emporhob, und Alexander I., der, ein Sohn Holsteins, ein Vierteljahrhundert Rußland beherrschte und entscheidend in den europäischen Staatenbund wider Napoleon einführte.

Das erste, was Katharina nach ihrer Thronbesteigung anstrebte, war, daß sie deutsche Einwanderer scharenweise herbeizuziehen suchte. Zur derartigen Kolonisation ihres Reiches gründete sie sofort eine eigene Kommission. Und bemerkenswert ist, daß diese Maßregel nicht in Übereilung maßloser Anhänglichkeit an ihr Stammland von der klugen Fürstin getroffen wurde, davon war Katharina, die sich durchaus als Vertreterin ihres Kaiserreiches fühlte, vollkommen frei, sondern nach jahrelang im Anschauen der russischen Zustände durchdachten Plänen, sehr wahrscheinlich in einsichtiger Nachfolge Peters des Großen. Ihre ins einzelne gehende achtsame Sorge für die baltischen Provinzen, bezeugen nicht nur die zu Dorpat stehende originelle Steinbrücke, die sie über den Embach schlagen ließ, nicht nur der Gedanke, die Leibeigenschaft dort — und zwar nur dort — aufzuheben, sondern auch die Tatsache, daß sie trotz Herrschsucht und unselig zentralisierender Verwaltungstendenz die baltischen Privilegien der lokalen Selbstverwaltung bestehen ließ.

Und — sehr lehrreich — zeigt sich überall in ihrer Regierung solange förderſame Sorgfalt, als sie, in deutschem Wesen von deutschen und sonderlich von baltischen Männern unterstützt, selbst bestimmte, wohingegen ihre zweite Regierungsperiode — in der sie von anderen Männern beraten

wurde — durch zwecklose Kriege, entsetzliche Erpressungen und Verarmung charakterisiert ist; damals war der entscheidende Herr des russischen Reiches nicht mehr sie, sondern ihr Günstling Potemkin, dieser Smolensker herkulische Bauer mit seiner in Liebenswürdigkeit gehüllten Brutalität und unersättlichen Bereicherungsucht.

Auch am Anfang der Regierung ihres Enkels, des Zaren Alexander I. steht in leuchtender Klarheit diejenige Tat, die ihn allen Balten für alle Zeiten des Ruhmes wert erscheinen läßt: die Ausstattung und Neueröffnung der deutschen Universität zu Dorpat. Seine Vorliebe für die Balten, sein häufiger Aufenthalt in ihren Provinzen wurde ihm von der moskowitischen Partei zum dauernden Vorwurf gemacht. Er ließ sich dadurch nicht beirren, so daß es der baltischen Initiative unter ihm gelingen konnte, das Los der Bauern zu heben und von der Leibeigenschaft zu befreien, zu einer Zeit also, in der das übrige Rußland an diese Tat noch garnicht dachte und auch damals — wie später — für die Geschenke aus zarischer Hand unvorbereitet war.

Nach diesem Verhalten von Peter, Katharina und Alexander I. begreifen wir leicht, wie sich die Balten immer als Balten und nicht als Russen fühlen konnten, trotzdem aber stets bis zur Stunde ihren kaiserlichen Herren zu Diensten standen.

Wir verstehen, wie während der Revolution von 1905 ein ganz geringes Zugeständnis — nämlich die Erlaubnis, daß die Dorpater Studentenkorps wieder Farben tragen durften — im ganzen baltischen Lande hoffnungsfroh mit dem Spruch begrüßt worden ist: „In der Not erinnert sich der Zar seiner treuen Balten." Die von den Balten damals wegen ihrer Treue errungene Erlaubnis der deutschen Vereinigungen, Schule und Religion ist nun von zarischer Seite zerrissen und verhöhnt worden. Dieser Verlauf ist tragisch, denn auch jetzt verspritzen die Balten ihr Blut für den Zaren im seelischen Konflikt gegen Deutschland. Ohne der Geschichte vorgreifen und damit auch für die Balten die Macht des Staatsgedankens und der Staats-

zugehörigkeit als letzte Instanz zu beweisen, sei nur ein typisches Beispiel dieses Krieges angeführt: Bei Mlawa machten unsere Truppen einen sterbenden Offizier — einen baltischen Adligen — zum Gefangenen, er reichte ihnen seine Hand mit dem Rufe: „Mein Blut gehört dem Zaren, mein Herz gehört Euch, Ihr Brüder gebt mir Eure Hand."

„So lange das Erbe des deutschen Ordens" — so schrieb ich gleichfalls schon vor zehn Jahren — „von russischen Herrschern wie Peter, Katharina und Alexander bewußt oder unbewußt geschützt wurde, hat das benachbarte Deutschland nichts Besseres tun können, als die traditionelle Freundschaft mit dem russischen Herrscherhause und dem russischen Reiche zu pflegen. — Seit dem Augenblick jedoch, seit dem die Herren über die Geschicke Rußlands, im Gegensatz zu ihrer Herkunft, Stellung und Geschichte, sich als Vorkämpfer des Slawentums, wohl gar des Panslawistentums, ausrufen (wie Alexander II. dies tat und Nikolaus II. das als Werkzeug der Tschinowniks und nationalen Chauvinisten erst recht tun mußte im Augenblicke, in dem sie aus dieser CWahnidee den Trugschluß ziehen, als Vorkämpfer des Ostens sich gegen den Westen, als Brüder der Tschinowniks sich gegen deutsche Art und gegen deutschen Geist wenden und zum Beweise dessen mit der Zerstörung baltischer höherer Kultur beginnen zu müssen, da heißt es für den anderen Erben des Deutschen Ordens, da heißt es für Deutschland, durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel halt zu rufen und Umkehr herbeizuführen. Das ist Deutschlands wichtigste und schönste koloniale Aufgabe, denn es ist Pflicht, unsere Pflicht gegenüber Vergangenheit und Zukunft."

Und ich wies damals — gleich vielen andern erfolglos — darauf hin, wie wichtige Dienste wir in jener Zeit dem russischen Reiche erwiesen hätten, welch neues Anrecht wir drum besäßen, Gehör zu fordern. Es gälte eine mit vielen eindrucksvollen Mitteln mögliche Beeinflussung, um das Vorwerk unserer Art und Kultur d. h. die baltischen Provinzen vor der systematisch durchsetzenden russifizierenden Beamten vor Vergif-

tung zu schützen und die Richtung Peter des Großen in den russischen Herrschern als ernstes Gebot wach zu halten. Kein Kriegswunsch sollte laut werden, wohl aber die Notwendigkeit, daß auch Rußlands Erbe vom deutschen Orden ein Bollwerk deutscher, nicht moskowitischer Art bliebe.

Der Prüfstein hierfür wäre für absehbare Zeit die Wertschätzung, deren sich die höhere Kultur der baltischen Provinzen im russischen Reiche wie ein schönes Beispiel zu erfreuen hätte.

Diese Worte, die heute noch in ihrem vollen Umfange zu recht bestehen, ja gerade dadurch, daß sie nicht erst unter Eindruck der letzten Ereignisse geschrieben sind, erhöhten Wert bekommen, künden jedem, was die jetzige Stunde fordert; denn die einstige russische und zarische Wertschätzung der höheren baltischen Kultur ist vom Goldstrom der französischen 20 Milliarden fortgespült worden, an ihre Stelle ist das von Eduard VII. kräftig gedüngte längst gesäte Unkraut des Hasses gegen den „deutschen Lehrmeister", den klügeren, den besseren, den ordnungliebenden Menschen als Fanatismus mit Unkrautkraft und Verbreitung aufgeblüht. Wir werden es in Generationen nicht mehr ausrotten können.

Das deutsche Gespräch auf der Straße, die im Familienkreis geäußerte, auf willkürlichen Dienstbotenklatsch hin von Spitzeln angezeigte Kritik genügte zu Anfang des Krieges als Vorwand, um die Balten einzusperren und zu verschicken, keine durch Jahrzehnte bewiesene Treue an den Zaren schützte selbst die mächtigsten Barone vor gleichem Schicksal, wenn sie als unerschütterliche Vertreter deutscher Art galten. Drängt sich nicht jedem mit baltischen Verhältnissen Vertrauten der Name des Katzdangener Manteuffels auf die Lippen? Als ich ihn seiner Zeit auf seinem musterhaft verwalteten Majoratsgute besuchte, traf ich ihn schwer angegriffen von den Anstrengungen, die er sich als Johanniter im russisch-japanischen Kriege fern in der Mandschurei zugezogen hatte. Auch er, der deutsche Mann, war einer jener dem Zaren treuen Balten,

der Angesehendsten einer unter den curländischen Adelsmarschallen. Die Russen verhetzten 1905 gerade seine lettischen Bauern, die er und seine Familie mit Wohltaten überhäuft hatten, so daß sie sein großes Schloß anzündeten und seine Diener erschlugen. Heute sitzt er seit einem Jahr gleich hunderten der „treuen Balten" in Sibirien.

Und warum? Mich überkommt es wie Mitschuld. — Weil dieser Mann die Idee der Kolonisierung, die ich ihm als Echo eines in Dorpat für die dortige Ritterschaft wirkenden genialen Dänen überbrachte, sofort bereitwillig ergriffen und inzwischen aus dem schwer zu verwirklichenden Versuche von kommunistischen Verbänden zu weit einsichtigerer deutscher Kolonisierungsarbeit ausgebaut hat. Er begann nämlich die Ansiedlung jener Deutschen, die weit in Rußland, als Nachkommen jener von Peter, Katharina und Alexander in den Osten gerufener Leute in Gruppen zerstreut wohnen und nach und nach vom Moskowitertum erdrückt werden.

Es soll sich dabei um nicht weniger denn 2 Millionen rein Deutschblütiger handeln. Für sie könnten die Ostseeprovinzen das rettende Eiland werden.

Solches kolonisierende Erwachen als Pflicht aus dem Erbe des deutschen Ordens, wie Manteuffel es gleich etlichen andern gezeigt und vor dem Kriege beispielmäßig — für jeden kommenden Besitzer der baltischen Provinzen vorschriftmäßig — im Kleinen bewiesen hat, brachte ihm dem gesundheitlich Schwachen, einem russischen Untertan, der russischen Untertanen half — den feinsten Ausdrucke russischer Anerkennung — Sibirien.

Daß er und andere solchem Verhängnis nicht schon früher verfielen, verdanken sie den mageren Zugeständnissen im Jahre 1905.

Mühsam nur noch atmete nämlich das Baltentum vor der russischen Revolution, es schien dem letzten Augenblicke nahe als — die Tschinovniks triumphierend den Stoß ins Herz ihrer Kultur, durch russischen Schulzwang und durch Russifizierung

der Dorpater Universität vollzogen. Eines noch fehlte damals und später, daß als Nachfolger der Horde von Tartaren und Moskowitern, die zwangsweise an die Dorpater Universität zum Studium und zur russifizierenden Verplattung gesetzt worden waren, die russischen Bauern als Heuschreckenschwarm auf die baltischen Provinzen und damit an die Tore Deutschlands gesandt würden. Der Anfang dazu war kurz vor dem Kriege gemacht. Das mögen alle bedenken, die noch immer nicht von der Marienburg nach Osten schauen wollen; der Anfang war derartig gemacht, daß der deutsche Widerstand, wie ihn im Kleinen Manteuffel und Genossen versuchten, im russischen Sinne Hochverrat wurde und daß er im Falle, daß je wieder der Zarismus national-moskowitischer Tendenz über diesen Gefilden Macht erhielte, dem Untergang und Verderben geweiht wäre.

II.

Wenn ich die Augen schließe und mir in Erinnerung die landwirtschaftlichen Bilder zurückführe, die ich in den baltischen Provinzen, in Esthland, Livland und Kurland gesehen habe, so vereinigen sie sich mir alle in dem Empfinden, als schaute ich durch weite, weite Räume, in zarteste, überall mich umgebende Helligkeit. Und dieses Kennzeichen tragen die einzelnen Bilder auch. Mochte ich nun an friedlichem Spätsommermorgen vom Finnischen Meerbusen aus die alten Mauern und Tore Revals hoch auf dem Rande der Felsenküste grüßen, mochte ich am stürmischen Herbsttage, der alle Wege grundlos machte, auf dem Eisenbahndamme nach Dünamünde hinaus wandern, mochte ich gar an milden Abenden vom Libauer, vom Windauer Strande aus die Sonne sich langsam hinter die ferne Küste des Westens oder gerade vor mir ins Meer senken sehen, mochte ich am Sylvestermittag mit pfeilgeschwindem Segelschlitten über den Stindsee, in der Neujahrnacht bei 22° R. unter Null im Gutsschlitten zu lieben Freunden fahren — zarteste Helligkeit immerdar; in ihr leuchteten die Sterne durch beschneite Waldungen, in ihr blendete kaum die volle, in niederem Bogen am Horizont hinwandelnde Sonnenscheibe.

Vielleicht ist es nur Einbildung, daß mich sogar die Nebel- und Regentage heller dünkten, als bei uns.

Ueberraschend wie mir's war, gerade diese Töne jenseits unserer östlichen Grenze zu finden, wo meine Phantasie nur Nebel wähnte und Düsterheit, so lehrten mich auch manche Seen und Flüsse, Städte, Häuser und Anlagen, daß wir von dem an das russische Reich gefallenen Erbe des Deutschen

Ordens, daß wir von unserer ältesten Kolonie nur vage und in ihrer unbestimmten Gruseligkeit oft falsche Vorstellungen hegen.

Die drei Provinzen, deren mittelste und größte, wohl auch die begünstigste, Livland ist, bedecken etwas mehr Flächenraum als die preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern, resp. etwas weniger als Hannover, Westfalen, die Rheinlande und Hessen-Nassau.

Der Charakter der Landschaft ist eben, doch sorgen nicht nur die seltenen Erhebungen von 200 und 300 Metern, sondern recht häufige Wellen- und Hügelformationen, zahlreiche Flußläufe und eine Menge kleiner und großer Seen für Abwechselung und Mannigfaltigkeit in der sonst oft öden und ermüdend weiten Fläche. Die Wasserfälle bei Narva sind berühmt, und nicht mit Unrecht bezeichnet man, wie etwas Schönes seltener Art, die um die alte Ordensburg Wenden gelagerten Höhen an der Aa, die Seen und Wälder bei Cremonen und bei Kokenhusen als die livländische Schweiz. Merkwürdig reich ist dort die Wasserflora, und die Fauna bringt seltsame Exemplare hervor, deren Zugehörigkeit und Art die Weisesten nicht kennen; in den ungeheuren Waldungen des größten kurländischen Gutes Dondangen an der Nordspitze bei Domesnäs wird heute noch das Elentier gejagt, wie überhaupt der Jagdsport in allen drei Provinzen als herrliches Vergnügen, das bei dem nicht mehr großen, aber vielseitigen Tierbestande Mühe und Lohn gibt, mit Hingabe und Würde gepflegt wird. Von den größeren Flüssen sind die beiden Aa voll schelmischer Poesie und holländischer Traulichkeit, die Düna wächst ihrer Mündung entgegen zu einem gewaltigen Strome, über den die eiserne Bahnbrücke zu schlagen ein Prachtstück der Technik war, und auf dem, wie zwischen Köln und Deutz, eine lange Schiffsbrücke und viele Dampfer den Verkehr unterstützen. Die beiden Embach schließlich, in hohen Ufern nach Osten und nach Westen fließend, sind bei Dorpat viel stattlicher als die vielgerühmte

Themse bei Oxford. — Und wie unsere Maler in die Waldungen der Havelseen, ins Isartal und Dachauer Moos pilgern, so suchen die baltischen den wundervollen schmalen Meeresstrand auf, der sich mit weißem Sand und vielen Muscheln vor einem meist etwas erhöht dahinter liegenden und von vielen Holzvillen (Datschen) belebten Streifen Kiefernwaldes ausbreitet, oder sie wandern an den Peipus- und Stindsee, wenn sie nicht lyrischer Stimmung und freundlichen Gutseinladungen folgend ihr Malgerät abseits der großen Straße vor heimlich und sorglich gehüteten Schönheiten alter Herrensitze, aufschlagen.

In ganz Rußland, so auch in den baltischen Provinzen, sind Bau und Ertrag des Bodens weitaus die Hauptsache für Beschäftigung und Gedeihen der Bevölkerung. Die Art der Bewirtschaftung ist im allgemeinen der in Großrußland geübten weit überlegen, sehr viele deutsche Verwalter suchen sowohl in Körnerbau, Waldwirtschaft, Fischkultur und Viehzucht deutsche Prinzipien zu erhalten. Es heißt aber auch hier: Des Herren Auge macht die Kühe fett, so daß gar manch einer der jetzt lange schlafenden baltischen Barone das Frühaufstehen lernen müßten, falls selber zusehende deutsche Gutsbesitzer ungehindert mit ihnen wetteifern dürften.

Nicht nur diese Erwägung, sondern auch die bequeme, von russischer Bestechungsgewohnheit und sonstigen Mitteln nicht ganz frei gebliebene Lebensauffassung etlicher baltischer Barone wird nicht jedem von ihnen, wie wir wähnen, die Uebernahme ins Reich als eine Verbesserung erscheinen lassen. Aber das kann für uns ebenso wenig ausschlaggebend sein, als es das Schicksal der Balten und Deutschen dort unter andern Verhältnissen für unsere Politik gewesen ist. Soll uns da die etwaige süß-saure Miene etlicher russifizierter Herren irre machen? Darauf können nur die verfallen, denen jeder Vorwand recht ist, nie und nirgends etwas klar zu wollen.

Eine ungemeine Erleichterung der Besitznahme und deutschen Besiedlung böte für Deutschland der verhältnismäßig

sehr große Bestand von Domänenwaldungen und Domänengütern.

Unser Stand der Ackerbürger ist dort unbekannt. Die Bauernhöfe werden in der südlichen und größeren Hälfte der Provinzen einzeln, in der nördlichen dorfartig zusammengelegt. Das Land wird endweder von ihnen aus bewirtschaftet oder von den Gutshöfen aus, in deren Nähe sich zumeist Verwaltungsgebäude, Pastorat, Doktorat und Brennerei befinden, während Scheunen- und Knechtgesinde im Umkreise teils näher, teils ferner erbaut sind.

Noch haben erst wenige **Bauern** die volle Ablösungssumme an die Gutsherren entrichtet, überall jedoch ist seit Aufhebung der Leibeigenschaft durch Abtretung gewisser Teile der Adelsgüter zwecks Errichtung von Bauernland der jedem bemessene Acker und Wald an die Bauern übergegangen. Manch einer von denen, die sich von ihrer Geldverpflichtung gegenüber dem ehemaligen Herrn bereits völlig befreit haben, hat überdies beachtenswerte Wohlhabenheit erlangt.

Dies gilt sowohl im Hinblick auf die zarisch gewährte Bauernbefreiung 1863 und 1905, als auf die jetzt nach dem Vorbilde Manteuffels begonnene freiwillige Ansiedlung im Wege der Verpachtung oder des Verkaufes.

Ein bedeutender Teil der baltischen Provinzen ist mit Wald — meist schmalstämmig — bestanden. Nadelholz überwiegt in dem Maße, je mehr man nach Norden kommt. Weite halb sumpfige Gelände sind noch von keinem Spatenstich berührt. Die Einsicht und der Wille, aus dem Boden noch mehr zu machen, als bisher, wachsen.

Wesentlich begünstigt ist der verhältnismäßig schmale Streifen dieser Länder durch seine **maritime Lage**, und gerade sie macht diese Provinzen für Rußland so lange unersetzlich, als das Zarenreich nicht seinen Schwerpunkt an indischen und chinesischen Gewässern hat oder die unbestreitbare Ausfahrt aus dem Schwarzen Meere in Händen hält. Ist doch die Nordküste des Finnischen Meerbusens, vor allem bei Petersburg und

Kronstadt, von November an sechs Monate unter Eis. Nicht viel später schließt Reval für gleiche Dauer seine Schiffahrt, wohingegen schon das nach Nordwesten gelegene Baltischport sich etwas früher aus der Starrheit löst und Riga erst um die Jahreswende — zumal wegen der zwischen Domesnäs und Oesel sich stauenden Eisschiebungen aus den nördlichen Meeresgegenden — gesperrt ist. Da kommen dann die Vorzüge der kurländischen Häfen Windau und Libau zur Geltung, in denen beiden das angeschwemmte Eis kaum einen vollen Tag im ganzen Jahre Aus- oder Einfahrt hindert. Die russische Regierung hat es sich denn auch viele Millionen kosten lassen, die ihrer Kriegsmacht und ihrem Handel hier gebotenen Gelegenheiten auszunutzen.

L i b a u, die südlichere der beiden und nur ca. 70 Kilometer Luftlinie von der preußischen Grenze entfernte Stadt, besitzt eigentlich drei Häfen, wenn man will, sogar vier, von denen der eine für den Handel offen ist und mitten durch Libau kanalartig in den zur Schiffahrt wenig geeigneten und auch leicht vereisenden großen Libauer See führt, während die anderen abgesondert und streng abgeschlossen für die Kriegsmarine vorbehalten bleiben.

Die Befestigung des Platzes war eigentlich gegen die befürchtete Invasion von Seiten Englands verstärkt und, — nach russischer Ruhmredigkeit — „ganz vortrefflich." Da man sich sogar überlegte, den Handelshafen auch noch zum Marinehafen hinzuzuziehen, entschloß man sich, das lange Zeit vernachlässigte Windau für den Handel auszubauen.

Nächst Odessa besitzt nämlich Windau den größten „Elevator," d. h. Getreidespeicher, Wiege- und Verladevorrichtung des ganzen Kontinentes, so daß dies Städtchen, dem ein eigenes Hinterland zwar fehlt, das aber durch direkte neue Eisenbahnverbindung mit Moskau den sibirischen Handel nach England, Skandinavien und Deutschland an sich lockt, eine große Bedeutung hätte haben können, wenn nicht Vetternwirtschaft, russische Mißwirtschaft und lettisch-baltische Schwierigkeiten, die

noch zu besprechen sind, die gesunde Entwicklung gehemmt hätten. Der auch in den baltischen Provinzen eingebürgerte russische Phantastengeist liebt trotzdem — von Windau als dem „kurländischen Chicago" zu sprechen; man läuft aber weiter auf entsetzlichem Pflaster, tappt bei elender Beleuchtung an schmutzigen Hafen- und Innenstraßen, an ärmlichen Häusern entlang und freut sich, daß man vielleicht später einmal eine Wasserleitung mit Trinkwasser haben werde. Nur die Hotelpreise tragen bereits der zukünftigen Entwickelung vollauf Rechnung.

Ich habe mich bei diesem Städtchen länger aufgehalten, weil es sehr charakteristisch für den jetzigen Stand der Verhältnisse — für das Wollen und Nichtkönnen — ist und weil es ungefähr die Mitte einnimmt zwischen den wenigen besser gestellten großen Städten sowie den viel zahlreicheren kleineren und armseligeren Orten, die wie Tukum, Goldigen, Wolmar, Walk, Pernau und viele viele andere gegen die bei uns durch vereintes Wirken von Staat und Stadt hervorgerufene Sauberkeit und Achtbarkeit der meisten (leider nicht aller) Provinzorte sehr betrübend absticht. — Und diese baltischen Städte und Orte erregen den Neid aller im Innern Rußlands gelegenen Gemeinwesen. Stattlich und heiterbunt und gut gehalten ist auch in ihnen stets eine — die Zahl der Bekenner um ein Vielfaches an Größe übertroffende — orthodoxe russische Kirche.

Für uns Deutsche sind aus der Zahl der größeren Städte von besonderem Interesse Mitau, Dorpat und Riga. Um Mitau schwebt für uns ein gewisser sagenreicher Nimbus. Die Hauptstadt der uns zunächst gelegenen Provinz Kurland, der Vereinigungspunkt des dortigen — dem unsrigen vielfach verschwägerten, zahlreich auf deutschen Hochschulen studierenden — Adels, der Zufluchtsort Ludwigs XVIII. und der ehemalige Herzogsitz des zur weltlichen Herrschaft übergetretenen Deutschordensmeisters der baltischen Provinzen sowie dessen späteren operettenhaften Nachfolgers, des von Byron verspotteten Za-

rinnengünstlings Herzog Biron. Und jeder auch, der diese Stadt — namentlich vom Ufer der Aa herkommend — betritt, wird den Eindruck haben, aus seiner Zeit heraus in eine ganz andere Epoche versetzt zu sein. Zu diesen niederen und weiten Häusern, zu diesem, in ein verwaschenes Rot (die „Kronfarbe") getauchten Schlosse, zu diesem schiefen Markt und diesen Kirchen, zu dem sonntäglich von argem Schmutze frei gehaltenen uralten Pflaster gehören Sänften und schwere Kaleschen, gepuderte Perücken, Hilfthorn blasende grüne Jägertrupps und begeistert für das Wohl eines Provinzfürsten sorgende Bürgergarden. Vor 100 und 150 Jahren muß die Stadt in ihren wesentlichen Teilen genau so ausgesehen haben wie heute, mäßig geschmacklos, aber freundlich, mit schiefen Holzlaternen und Oelfunzeln beleuchtet von vorsintflutlichen Gutswagen und karjohlenden, krachenden „Lohnfuhrmännern", von blonden Herren in unsagbar hohen und weiten Stiefeln, von lieblichen Fräuleins, die französisch schwätzeln, und wundernetten alten Damen, von etlichen Säbelnträgern sowie von vielen Juden lustig belebt.

Auch in Dorpat wird ständig die Erinnerung an vergangene Zeiten geweckt, ohne daß wir dort das Empfinden des Stehengebliebenen hätten. Nur an einer Stelle drängt sich solches Gefühl auf; ja, nicht nur wie augenblicklicher Stillstand, sondern wie typischer Rückgang. Am Domberge nämlich, hoch über der Stadt, führt reich an entzückenden Ausblicken eine Promenade hin und bedarf, um nicht inmitten unterbrochen zu werden, zweier Brücken. Diese wurden in „deutscher Zeit", d. h. ehe die Verwaltung aus den Händen der Ritterschaft und ihrer deutschen Beamten in russische Hände überging und zentral in Petersburg geleitet wurde, in bester Ordnung gehalten. Engelbrücke und Teufelbrücke. Die letztere nun hätte vor wenigen Jahren vorsichtshalber neu befestigt werden sollen. Die Kronbeamten aber befahlen, die Brücke einfach fortzunehmen. Ich mußte sinnend immer wieder dorthin zurückkehren und mir die leer gen Him-

mel starrenden Widerlager betrachten, die wie zwei Armstümpfe traurig in die Luft stehen und den Wanderer daran gemahnen, daß auch die Straßen des Landes, die, hoch mit guten Seitengräben aus dem Boden herausgearbeitet, einst der Stolz der verwaltenden Ritterschaft waren, jetzt langsam, aber unaufhaltsam verwahrlosen und bald denjenigen ähnlich sein werden, die — oft gar nicht mehr erkennbar — als gefürchtete Marterwerkzeuge das übrige Rußland beglücken.

Dorpat selbst mit seinen vielen Universität- und sonstigen öffentlichen Gebäuden, guten Läden, sonderlich — wie alle baltischen Städte — überraschend zahlreichen Buch- und Musikalienhandlungen, mit seinen vielen Fabriken und Werkstätten, mit seinen Villen, die sich vom Domberge hinab durch schöne Anlagen an die Ufer der Embach und dann wieder die jenseitigen Hügel hinaufziehen, kann sich würdig und lustig unseren Universitätsstädten Jena, Göttingen und Marburg anreihen. Voll romantischen, kleinbürgerlichen Reizes, sauber und gut gehalten würde es uns heimlich wie keine Stadt sonst in jenem Lande mit dem Duft der Heimat umgeben, wenn nicht seit Jahren wachsend jene artfremde russische Studentenhorde das fröhliche Leben erstickt und wenn nicht das Tschinowniktum Spitzel und Knechte gerade in dieser Stadt gezüchtet hätte.

Dieser ausgesprochen deutsche Charakter wird gewöhnlich Riga beigelegt, doch meiner Ansicht nach nur teilweise berechtigt, denn die Königin an der Düna hat ein durchaus selbständiges Gepräge, das zwar deutlich auf deutsche Art hinweist, aber doch nicht so uneingeschränkt, daß man sie sich ohne wesentliche Beschneidung innerhalb unserer Grenzen denken könnte. In ihr tritt der Kuppelbau der orthodoxen Kathedrale als Mittelpunkt der modernen Stadt mit der Berechtigung einer großen Gemeinde hervor, eine kleinere Kirche dieses Stiles steht vor dem Bahnhofe, viele mittlere sind in der großen mehr als 300 000 Einwohner zählenden Stadt zerstreut. Die hohen Stockwerke der Prachthäuser, die die lang-

gezogenen Gartenanlagen am deutschen Theater umgeben, erinnern weit mehr an moderne Wiener Bauart, denn an altdeutsche oder diejenige neuere, gleichgroßer deutscher Städte; demnach fehlen auch die bei uns unumgänglichen Scheußlichkeiten einer vielgerühmten Talmiarchitektur des Kölner Ringes u. dgl. — Bierhäuser, Cafés, Konditoreien in unserer Annehmlichkeit und Behaglichkeit gibt es in Riga nicht. Einige Keller und eine Weinstube versuchen etwas derartiges zu sein. Galt es doch bis vor wenig Jahren für eine Dame der Rigaischen Gesellschaft als unpassend, ein öffentliches Lokal jemals zu betreten. Bei der Gelegenheit sei auch erwähnt, daß die mit Recht weit gerühmte baltische und allgemein russische Gastlichkeit in Riga von den Eingesessenen dem Fremden gegenüber nicht verschwenderisch angewandt wird und in der internen Geselligkeit unter den politischen Zuständen leidet. — Die große Menge der russischen nüchternen Holzhäuser in den Vorstädten und Außenvierteln, das Vorhandensein eines großen russischen Theaters die Fülle russischer Uniformen, russischer Gespanne und Kutscher, russischer Haartracht, russischer Gesichter, und russischer Laute halten — ganz abgesehen von der russischen Schrift auf allen Firmen- und Straßenschildern — dem sonst vielfach wachgerufenen Eindruck einer deutschen Stadt vollständig die Wage.

Freilich sind Straßen- und Firmenschilder auch deutsch beschrieben, aber wenn man sich erinnert, daß es vor 35 Jahren noch kaum möglich war, eine amtliche Beglaubigung in russischer Sprache zu erhalten, und daß man nun keine Möglichkeit findet, sich mit den russischen Schutz- und Wachtleuten in seiner Muttersprache zu verständigen, auch von vielen Schaffnern der Trambahn und den meisten der Eisenbahnen, von den Droschkenkutschern sogar, sei's aus Unkenntnis, sei's aus Liebedienerei gegen die herrschende Richtung, keinen deutschen Satz herauslocken kann, so genügt auch dies Nebeneinander nicht mehr, um Riga einen ganz deutschen Charakter zuzusprechen.

Den empfangen wir rein und zwar in spezifisch norddeutschem, hansischen Sinne, wenn wir die türmereiche Stadt

von der Düna oder vom jenseitigen Ufer, dem Vororte Hagensberg aus betrachten, wenn wir ins Innere der Altstadt zum Mariendome, über den Markt am Dünaufer, zur St. Johannes- und Petrikirche schreiten. Der Platz vor dem roten Schwarzhäupterhause könnte mit seinem Roland vor der Bürgermeisterei eine entzückende Dekoration für jedes urdeutsche Festspiel abgeben. Große und kleine Gilde, Herderdenkmal und Pulverturm zeigen uns, welchen Sinn die deutschen Kolonisatoren hier lange und einzig zu erhalten wußten.

Und gerade dieser Stadtteil wird uns gern einen oft gehörten Spruch über diese Stadt bestätigen lassen, den nämlich, der sie schön nennt und wohl gepflegt.

Die dadurch wachgerufene Anerkennung wird sich noch steigern, wenn man den Hafenverkehr mit anschaut, die neue Leitung prächtigsten, aus dem Grunde gewonnenen Trinkwassers oder die städtische Elektrizitätszentrale mustert und in die Fülle der teilweise großartigen Fabriken und Handelshäusern einen Blick wirft. Dort triumphieren auch heute noch überall deutscher Geist und deutsche Köpfe.

III.

Die Ostseeprovinzen Esthland, Livland, Kurland waren ursprünglich von Völkern bewohnt, deren Namen in den Landesbezeichnungen wiederklingen; doch ist von diesen nur der finnisch-mongolische Stamm der Esthen übrig geblieben, der heute noch Esthland und die nördlichen Teile von Livland einnimmt, während Kuren und Liven vollständig verschwunden und von den Letten (Litauern), einem indogermanischen, dem altpreußischen Volke auch sprachlich verwandten Stamme, ersetzt worden sind. Letten und Esthen fangen jetzt erst an, einander friedlich zu dulden, doch überwiegt noch bis zur Stunde der uralte Haß, der keine merkliche Vermischung zugelassen hat. Die Grenze zwischen ihnen bildet heute ungefähr die Linie Salis—Walk inmitten von Livland.

Die beiden Völker hatten das Land bereits inne, als Dänen und Schweden im neunten Jahrhundert Ausflüge in diese Gebiete machten, als die Russen zu kurzem Durchzug erschienen, und als sich — von Bremer Kaufleuten geführt — die Deutschen an der Düna ansässig machten. Der deutsche Bischof Albrecht gründete Riga im Jahre 1201 und sandte von dort die ebenfalls durch ihn 1202 ins Leben gerufenen Schwertbrüder gegen die heidnischen Einwohner der baltischen Provinzen. 1237 traten die Schwertbrüder in den Deutschen Orden über und festigten somit Kraft und Mittel zur Unterwerfung des Landes. Durch sie kamen mit der christlichen Lehre die ersten Kulturbegriffe zur Verbreitung, und ihrem Beispiel folgend traten alle Einwohner der Provinzen zum lutherischen Bekenntnis über.

Die Deutschen und Balten mögen heute ungefähr 200 000 Seelen in der Provinz zählen, 900 000 die Esthen und 1100 000 die Letten. Von Fremden finden wir etliche Schweden, Dänen, Engländer und Franzosen sowie die in letzter Zeit systematisch vermehrte Menge von Russen, namentlich unter Militär, Polizei und allen sonstigen Beamten, unter Studenten und Studentinnen. Nur diese bedienen sich überall ihrer Sprache und zwingen zu deren Gebrauch im offiziellen Leben. So müssen alle Verhandlungen der Stadtverwaltung russisch geführt, zum mindesten aber russisch protokolliert werden. Letten und Esthen sprechen unter sich und mit den Herren ihre Sprache, lernen aber oft deutsch und bedienen sich dieser Sprache wie die übrigen, außer den Russen, als Umgangsprache auch außer Landes.

Die Ordensritter hatten das Gelübde der Keuschheit abgelegt und gaben dem Lande demnach keine Nachkommen. Aber mit ihnen, im weiteren Verbande, und von ihnen oftmals wieder nachgerufen, erschienen eine Menge kleiner Ritterbürtiger aus den jetzt österreichischen und deutschen Gebieten und wurden vom Orden für treue Krieg- und andere Lehndienste mit Land begabt. Auf diese „Vasallen" des Ordens ist der größte Teil des baltischen Adels zurückzuführen, denn im Gegensatz zu dem andauernden Zuzug und Abzug von Reisigen, Handwerkern, Kaufleuten, Pastoren und Lehrern hat die Ergänzung des Adels nicht namhaft durch die Jahrhunderte fortbestanden. Den vorübergehenden fremden Herrschern, den Polen, Schweden und Dänen, lag nicht viel daran, ihre Adligen dort einzudrängen, ein kleiner Bestand von Refugiés germanisierte vollständig.

Als Lehrer und Prediger kam auch Herder in diese Provinzen, wenngleich er es dort nicht lange Zeit aushielt; und kein geringerer als Richard Wagner stand mehrere Jahre am Dirigentenpulte des Rigaer Stadttheaters. Am bedeutendsten war jedoch immer das Kommen und Gehen, das kürzere Verweilen oder dauernde Niederlassen deutscher

Handeltreibender und damit in Verbindung seit letzten Jahrzehnten deutscher Fabrikanten, Ingenieure und Handwerker. Wenn es schon für das gesamte russische Reich trotz der großen französischen und belgischen sowie der geringeren englischen Fabrikunternehmungen und trotz der russischen Handelsgeschicklichkeit zutreffen dürfte, daß das meiste auf diesen Gebieten von Deutschen gegründet, geleitet und in Betrieb gehalten wird, so gilt das für die baltischen Provinzen ganz unumstößlich, wobei man von den Russen das Leben und Leben lassen angenommen hat und doch in geschlossener Begeisterung für das Deutsche Reich zusammenhält.

Diese Erkenntnis ist wohltuend und bestärkt den Hinweis für die Zukunft. Dieser Feststellung ließ ich vor 10 Jahren einen Weheruf über unsere heimischen Zustände folgen. Und ich glaube gut daran zu tun, ihn heute, nicht so sehr als Warnung für die Zukunft, wie als eine der stärksten Erklärungen des ehrlichen Kriegzustandes, gleichsam als einen historischen Beleg, wieder abzudrucken. Er lautet: „Wer die inbrünstige Verehrung erkennt, mit der die Deutsch-Russen, die Balten sich an den Segnungen deutschen Geistes, deutscher Musik, deutscher Kunst, deutschen Schrifttumes ihre Zuversicht und Lebefreudigkeit auferbauen, der wird für eine Zeitlang wiederum soweit gestärkt, um sich durch den nahen Anblick der heimatlichen Zustände nicht bis zur Verzweiflung verbittern zu lassen. Diese Abschweifung soll nicht zu weit geführt werden; jeder Deutsche aber, der erfährt, wie unsere Tugenden der Ehrlichkeit, des Fleißes und der Zuverlässigkeit, unsere kaufmännische Genialität und organisierende Kraft sich im Osten frei und schön entfalten und doch selbstbewußt deutsch bleiben, der möge alsdann in seine Umgebung blicken, wo die Fülle herrlicher Anlagen und strotzender Kräfte unseren Fleiß zur wildesten Streberei, Liebedienerei, Ueberarbeitung und Nervosität steigern; wo die Ehrlichkeit zum hochtrabenden Brüsten phrasenhafter oder frecher Ueberzeugung ausartet, wo die Stärke des Wollens zur Brutalität des Ungeschmackes

und des Geldes oder der Verhetzung aller Schichten und zur skrupellosen Ausbeutung nach unten wie nach oben führt. Zwang überall und Unduldsamkeit und Mißgunst, weil jeder, der nicht fliehen kann noch will, wider eigenstes Wünschen ducken und lauern und zerren und schlagen muß, wenn er in der großen Ueberfülle bestehen soll, weil jeder für sein und der Seinen Brot fürchtet, wenn die anderen zur Geltung kommen, zumal wenn der Begabte, Tüchtigere anerkannt wird. Einer sitzt dem anderen auf dem Nacken. Viele gleich tüchtig, viele gut geschult in Fächern, die schon überfüllt sind und zu denen sonderliche Gaben gehören. Wie soll derjenige, der sich mit solchen Gaben rühren will, nicht anstoßen, Schaden anrichten und dann schleunigst erdrückt werden. Schulemäßig falsch gerichtete Nahrungsorgen. Daher das Land ohne genügende Hände; in Industrie, Handel, Kunst und Politik aber nur gar zu oft Triumph des niedrigsten Verlust bringenden Angebotes oder des Minderwertigen, Kurzlebigen, Marktschreierisch-Frechen. Daher die Zuverlässigkeit als Streikposten und Spitzel, als Nörgelei in Schule, Haus und Partei. Daher der Mangel an sichtbar hervorragenden Persönlichkeiten; daher der sich selbst verzehrende Mißmut vieler Tüchtigen, daher das Aufblühen zersetzender Parteien und reaktionärer Gewalten, daher die gesteigerten Zulassungsschwierigkeiten zu allen ergiebigen Berufen und das unverhältnismäßige Anwachsen der Zahl der Irrsinnigen. Und unser herrlicher Unternehmungsgeist, von der Konkurrenz in undeutsches Amerikanertum gedrängt, kann kaum mehr anders, als den Menschen auspressen und dann als abgearbeiteten Ersatzteil einer Maschine auf den Kehricht werfen. Schließlich möge man noch beobachten, wie die organisatorische Kraft in Cliquenbildung, Klassenbevorzugung, Parteiverschnürungen und kirchlichen Heerlagern ruhmreich zutage tritt — — — und dann wird mancher Leser vielleicht, ohne daß ich es weiter ausführe, erkennen, weshalb ich betone, daß das Marienbild am Chor der Hochburg des Deutschen Ordens nach Osten blickt, weshalb wir unserer

Ueberfülle hervorragender Kräfte das Tor nach Osten so weit irgend möglich offen halten müssen, weshalb uns das Schicksal des Deutschtumes im russischen Erbe des Deutschen Ordens nicht gleichgültig sein kann, denn es bedeutet das Schicksal eines Teiles unseres zukünftigen Nachwuchses. Wie viel segensreicher als in Nord- und Südamerika als in Afrika und Samoa würden viele unserer Auswanderer sich dort schon heute in den Städten und hauptsächlich auf dem Lande ansiedeln können, wenn sie in Menge, unter dem Schutze der Regierung kämen."

Deutlich und bewußt haben sich in den russischen Ostseeprovinzen die bereits in der Einwanderung gebildeten Stände bis heute gesellschaftlich erhalten und scheiden sich in Adel, „Literaten", Kaufleute und Handwerker. Um die deutsche Einigkeit nicht zu verleugnen, stehen in der Kaufmannswelt seit alters her die Mitglieder der großen Gilde denen der kleinen Gilde gegenüber, im Adel seit etlichen Jahrhunderten diejenige Gruppe, die zu Zugeständnissen an russische Ansprüche bereit ist, und diejenige, die unter keinen Umständen einen Pakt mit dem Moskowiter schließen will; im Literatentum befehden sich seit letzten Jahrzehnten die Anhänger der großen Matrikel (Universität, Dorpat) und die der kleinen Matrikel (Polytechnikum, Riga). Die Künstler dagegen und, durch die baltische Leidenschaft für die Tonkunst bevorzugt, vor allem die Musiker sind in jedem Kreise gern gesehen und bilden das natürliche Bindeglied.

Die eigentlichen Herren waren von jeher die Adligen; und gerade ihre sich selbst getreue Art und Ausdauer, ihr Zutrauen in die Vortrefflichkeit ihrer Geschlechter, ihr Stolz auf deutsche Bildung, ihre bis zur Stunde rege Beschäftigung mit deutscher Kunst und deutscher Literatur, ihre einheitliche Zugehörigkeit zum Luthertume haben trotz alles politischen Lavierens und Schwankens, trotz dänischer, schwedischer, polnischer und schließlich russischer Oberherrschaft den deutschen Charakter des Landes und eines Teiles der Städte

erhalten. — Zwar soll der immer neu erfrischende Einfluß von seiten der Literaten sowie derer und der Kaufleute gleichgerichtetes deutsches Streben nicht verkannt oder verringert werden, dennoch besteht kein Zweifel, daß diese Stände hier wie anderwärts absorbiert und verdrängt worden wären, wenn die Macht des aktiven oder passiven politischen Widerstandes nicht durch einen starken, den Grund und Boden besitzenden Adels wäre gegeben gewesen. Und dieser Adel hängt trotz deutscher Wanderfreudigkeit, trotz ausgedehnten Verweilens in fremden Ländern mit dem Herzen am ererbten Besitze. Zudem ist wohl die größere Hälfte der baltischen Güter fideikommissarisch festgelegt und daher unverkäuflich.

Mit richtiger Erkenntnis von der Wichtigkeit der Schulen wurde selbst in Zeiten der schlimmsten Bedrückung das Erdenklichste von den Balten und den zahlreichen Deutschen in den Ostseeprovinzen aufgeboten, um den Nachwuchs deutsch zu erziehen. Aber der Besuch des deutschen Gymnasiums zu Riga wurde schließlich nur noch den Kindern von Reichsdeutschen gestattet und die Kosten für Privatunterricht waren für viele Balten unerschwinglich. So haben manche Familien ihre Kinder im letzten Dezennium auf russische Schulen gesandt. Daraus entwickelte sich das natürliche Streben zumal der zweiten und dritten Söhne, durch Nachgiebigkeit, ja, durch Zuvorkommen gegenüber den staatlichen Wünschen im russischen Reiche und Beamtentume genau wie der moskowitische Adel zu Macht und Vermögen zu gelangen; sie russificierten.

Hand in Hand mit der Schule arbeitete die Kirche an der Russifizierung. Die Skrupellosigkeit russischer Nationalbestrebungen verlangte schon vor längerer Zeit, daß in Littauen und teilweise in Polen, jedes zum Verkauf kommende Gut nur in die Hände orthodox griechisch-katholischer Rechtgläubiger gelange, d. h. daß die Güter um einen Spottpreis nur an Stockrussen übergingen. Heute ist in folgerichtiger Entwicklung des Systems überall und demnach auch gegenüber

allen lutherischen Einwohnern in den Ostseeprovinzen, ganz gleichgültig, ob Balten oder Letten und Esthen, ob Fideikommiß oder nicht, diese Forderung aufgestellt, d. h. aller Besitz wäre künftig dem orthodoxen Russen ausgeliefert.

Schon früher hatten die Moskowiter auf dieser Brücke die Letten zu sich herüber zu ziehen versucht. Der Gegensatz zwischen Deutschen und Letten oder Esthen hatte ihnen ja scheinbar vorgearbeitet. Aber das war ein Wahn, der nur vorübergehend ansteckend wirkt. Diese Völker wissen, daß sie ihre ganze Kultur den Deutschen, von denen sie einst im Zustand von Höhlenbewohnern angetroffen wurden, verdanken.

Ein eingeborener Adel hat weder bei Letten noch Esthen existiert. Somit war dem Adel gegenüber von vornherein eine Rivalität und Konkurrenz ausgeschlossen. Diese wagte sich aber wohl an einwandernde Landarbeiter, Handwerker, Handeltreibende, nach und nach auch an Lehrer, Pastoren, Stadt- und Staatsbeamte, Künstler und Schriftsteller heran. Ferner sind durchgehends heute noch die ersten Wärterinnen, sowie die meisten der zahlreichen Diener bei den adeligen Güterfamilien Letten oder Esthen. Und wenn man es ihnen aus Annehmlichkeitsgründen, die ich nachempfinden kann, törichterweise von Anfang an verbot, die Sprache der Herren zu erlernen, wenn man das Abhängigkeitsverhältnis auch in einzelnen Fällen brutal zu betonen versuchte, so lernten und lernen doch fast alle Glieder dieser baltischen Adelsfamilien ihrerseits eine — in den Grenzbezirken sogar beide — indigene Sprache vollkommen und gebrauchten sie täglich; für alle Begriffe höherer Kultur wurden deutsche Wörter in die lettische und esthnische Sprache eingeführt. In den unbemittelteren und notgedrungen auf die eigenen Arbeitskräfte angewiesenen Familien der anderen eingewanderten Stände dagegen, in denen zumeist die Pflege der Säuglinge und der erste Unterricht der Kinder ausschließlich von der Mutter besorgt wurde, konnten solche Bindeglieder nur selten geknüpft werden und fielen um so häufiger ganz fort, als Lehrer und

Pastoren oft schon als fertige Männer ihres Berufes aus dem Auslande von den Baronen und Magistraten verschrieben wurden und dann weder Lust noch Zeit hatten, sich die sehr schweren Sprachen anzueignen. Und noch eines muß erwähnt werden, wenn es vielleicht auch manchen nicht recht ist, auch vom Aufgehen dieser heimlichen Saat Erwähnung zu hören: Die Vermischung der indigenen Bevölkerung mit den deutschen Einwanderern hat zweifellos stattgefunden, wenn auch häufiger mit dem Adel als mit dem Bürgertume, da dazu im Laufe von sieben Jahrhunderten auf den sehr ausgedehnten Gutsbezirken — abgesehen von dem unkontrollierbaren jus primae noctis — reichliche Gelegenheit gegeben war. Viele Namen lettischer und esthnischer Bauern weisen mit naiver Verkürzung oder Veränderung sehr bestimmt auf die ehemals oder noch im Schloß angesessenen Barone hin; und sehr bezeichnenderweise erzählt man sich folgende hübsche Anekdote: Die Witwe eines jüngst verstorbenen Adligen wünschte nachträglich ein Bild ihres Gatten zu erhalten. Der Künstler, der dem Manne befreundet gewesen war, erscheint auf dem Gute und begibt sich an die Arbeit. Dazu sucht er ein Hilfmodell unter den Bauern und entdeckt bei der Gelegenheit, daß nicht nur sehr viele Glieder verschiedener Familien dem Verblichenen merkwürdig ähnliche Züge aufweisen, sondern daß sogar ein herrlicher Alter aus entferntem Knechtgesinde jenem an Wuchs und Antlitz derartig gleicht, daß er kaum mehr als Kleidung und Haartracht zu verändern brauchte, um der Witwe ein leibhaftiges Bild des dahingeschiedenen Majoratherrn überreichen zu können.

Auch auf anderen Wegen noch hat sich von allen eingewanderten deutschen Ständen aus das aktive Streben und der Bildungseifer diesen Völkern mitgeteilt. Es geschah das teils ohne Wissen und wider Willen vieler Deutschen, teils mit ihrem innigsten und bewußten Streben. Aus Initiative der Deutschen wurde schließlich die Leibeigenschaft von Letten und Esthen aufgehoben und ihnen weit früher als allen an-

deren russischen Bauern Gelegenheit gegeben, sich in ihrer Art zu zeigen und selbständig zu bewähren.

Und da nun ließ sich sofort erkennen, daß ein reich befruchtetes, dem Deutschen verwandtes Streben in ihrer wachen Intelligenz aufgespeichert lag, das ehrgeizig nichts anderes wünschte, als sich an die Seite der Deutschen empor zu arbeiten.

In diesem Stadium wurden sie törichter- und ängstlicherweise von den Deutschen — sonderlich unterm Druck der Frauen — zurückgestoßen. Ohne diese Fehler wären die Ausschreitungen in der Revolution 1905 lettischerseits nicht so zahlreich gewesen. Aber sogar dies Ereignis, in dem sie den überragenden Mut der Deutschen wieder kennen lernten, hat sie nicht den russischen Hetzern auf lange Dauer als Werkzeug ausgeliefert. Man hatte zu schlechte Erfahrungen gemacht. Waren doch früher weder Land- noch Geldspenden moskowitischerseits zum Zweck des Bundes gespart worden.

Aber das äußere Zeichen dieses Bundes war — und mußte sein —: Der Uebertritt zur orthodoxen Kirche. Da hub ein mächtiges Ringen innerhalb der einzelnen Familien an. Manche Bauern traten zwei- bis dreimal in Begehrlichkeit und Reue, in Hilfesuchen und Gewissensskrupel von einer Kirche zur anderen —, hatten sie doch alle nicht bloß äußerlich, sondern mit dem Herzen von den Deutschen den Glauben der lutherischen Kirche ergriffen. — Schließlich war es zu spät. Die Moskowiter sperrten plötzlich in einem ihnen günstig erscheinenden Augenblicke den Rücktritt (1876). Gefangen wie die Mäuse in der Falle waren alle mit Kind und Kindeskind, Angeheirateten und Verschwägerten auf ewige Zeit der orthodoxen Kirche verfallen; jeder Versuch heimlichen Rücktrittes, heimlichen Genusses des lutherischen Abendmahles, heimlicher Trauung in lutherischer Kirche bringt bis zur Stunde den Uebertretern des Gesetzes selbst und dem Geistlichen, der ihnen hilft, Kerker und Verbannung.

Die Zugeständnisse von 1905 brachten auch den Letten und Esthen nur kurze Erleichterung und sind jetzt ebenfalls verschwunden.

Wären die Letten unedle, durchgehends ihrem Innern ungetreue und unaufrichtige Menschen, sie würden das Mittel des Glaubens zum sicheren oder vermeintlichen äußeren Vorteil alle ergriffen haben. Ein Bruchteil nur fiel ab, und selbst von dem begehrten viele zurück, und üben manche heimlich die Bräuche ihrer Kindheit oder Voreltern. Die große Mehrzahl begann, kaum auf dem Plan erschienen, den aufgezwungenen Kampf gegen die Deutschen und zugleich den selbstgewählten gegen die Russen. Dies Moment allein müßte genügen, um die Deutschen in ihrem immer noch beliebten Hochmute stutzig zu machen und den dereinst Beherrschten die Bruderhand hinzustrecken. Stand und Beruf werden auch hier teilen und ordnen, ohne dem strebsamen Mutigen ewige Vorschriften zu sein. Es ist gar kein Grund vorhanden, der die jetzt schon in zweiter und dritter Generation bewährte durchaus deutsch aktiv geartete Strebsamkeit der Letten und Esthen des Zusammengehens mit den deutschen Bauern, den deutschen Arbeitern, den deutschen Geschäftsleuten, den deutschen Stadtvätern, den Lehrern und Pastoren unwert erscheinen ließe. Zweifellos werden sich einige auch zu Gutsbesitzern machen und vielleicht werden sie bei diesem Stand, mit dem sie viele Väter gemeinsam haben und der von vielen ihrer Mütter gesäugt worden ist, schnellere Aufnahme finden als die anderen Stände bei anderen Ständen.

Man glaube nach diesen Worten freilich nicht, als ob heute schon die Masse der Letten dem Durchschnitt der Deutsch-Balten an Bildung und Leistung gewachsen wäre. So weit ist es noch nicht. Wohl aber haben sie sich schon so weit Bahn gebrochen und für künftige Ausbildung die Wege geebnet, daß sie ihre Söhne in alle Zweige der Wissenschaft und Technik hineinschicken, daß sie, die von alters her einen Schatz von 100 000 Volksliedern besitzen, eine Zeitung nach

der anderen erfolgreich gründen, daß sie eigene Bibliotheken, Theater und Kirchen bauen, daß sie einen großen Teil der schönsten Häuser Rigas wie der anderen Städte in ihre Hand bekommen, daß es nach den bereits erreichten Erfolgen in Reval und Windau lediglich eine Frage der Zeit ist, daß sie in den meisten Städten — selbst Riga, wo jetzt noch einmal die Deutschen in der Gemeindewahl gesiegt haben — die Majorität im Rate und damit die Bürgermeisterstellen erobern werden.

Mit all dem, und mit der Gewohnheit sich außer Landes der deutschen, nicht aber der russischen Sprache zu bedienen, haben sie den Beweis erbracht, daß die Kolonisation des deutschen Ordens bei ihnen nicht wie bei den Moskowitern vergeblich für deutsche Art gewirkt hat.

Fassen wir das Wesentliche zusammen: Der weltgeschichtliche Schritt Deutschlands nach Osten ist in diesen Tagen geschehen. Er mußte vollzogen werden, weil Rußland das Erbe vom deutschen Orden nicht in dessen Sinn, sondern bis zum Aeußersten feindlich wider ihn gebrauchte.

Fernhin bis zum Pazifischen Ozean geht die Wirkung. Das Schwergewicht Rußlands, dem unser Meer nicht wie früher offen stehen wird, dem der Bosporus bis heute keine unbedingt freie Durchfahrt gewährt, wird gegen Osten an persische und chinesische Wasser drängen. Diese natürliche Entwicklung ist England allerdings unerfreulich. Und so wird dieser unser listigster Feind zugleich mit Rußland unserem gewaltigsten in den baltischen Provinzen getroffen.

Und dreifach stark heißt es für Deutschland angesichts dieser ihm aufgedrungenen Abrechnung sein, einmal weil der Zar der natürliche Freund der Deutschen, der den Strelitzen die Köpfe vor die Füße legte und dem Metropoliten die Krone vom Haupt schlug, zum machtarmen Werkzeug der Strelitzer-Nachkommen geworden ist, sodann weil die westliche Kultur das Moskowitertum unter dem 20 Milliardensegen Frankreichs und unter den Lehren dieses Krieges Rußland tüchtiger

und wohlgerüsteter zum Kampfe gemacht hat als irgend jemand vermuten wollte; schon jetzt ist es aller Welt klar, daß dies ungeheure Koloß des zarischen Reiches nur wie ein Bär abgewiesen und nach anderer Himmelsgegend gerichtet, nicht aber vernichtet werden kann. Diese Abwehr schließlich, nicht die Vernichtung, ist unsere und niemandes Andern Aufgabe, weil im russischen Erbe des deutschen Ordens unwiderleglich erwiesen worden ist, daß der Samen des Westens in Rußland als Haß nicht gegen die entfernten Lande Frankreich und England, sondern als der Haß an Stelle schuldiger Dankbarkeit, als Vernichtungswut gegen Deutschland und alles Deutsche aufgegangen ist. Damit hat der Zar seinen Auftrag als Erbe des deutschen Ordens geschändet, hat wie der Gang der geschichtlichen Gerechtigkeit erweist, sein Recht auf den Besitz des Erbes vom Deutschen Orden verwirkt. Der andere Erbe, Deutschland, hat damit die Pflicht, an seine Stelle zu treten, denn in ihm ist noch das Vollbewußtsein vom Willen dieses Vermächtnisses. Er sieht 2 Millionen deutsche Brüder sonst noch in Rußland, die ohne die Zuflucht im Ordensland an Leib und Leben ausgezehrt würden.

Auch bedeutet die Zeit, während deren Rußland in den Ostseeprovinzen als Erbe des deutschen Ordens berufen schien, geschichtlich eine so knappe Spanne, daß daraus kein angeblich ewiges Besitzrecht entsprießt. Schließlich, das möge niemand übersehen, stellt selbst ein weitgehendes dauerndes Vordringen im Osten für uns nur ein schmales Erweitern des Atemraumes dar, während es im Größeverhältnis zum Gesamtumfang des russischen Kolosses sehr wenig bedeutet und sich angesichts der russischen maßlosen Ländergier als maßvolle Beschränkung auf das Notwendigste erweist. Dem russischen Bären, — um den sich unsere Weltbeglücker sorgen — wird also nicht an den Nerv gegriffen, wenn man ihm etwas die Nägel beschneidet, uns aber und unsern Bundesgenossen, den Deutschbalten und den zwei Millionen im russischen

Reich versprengten Deutschen wird dadurch aus der Not geholfen. Daß es gar den abgetrennten Ländern und Völkern selbst besser gehen wird als bisher, können nur die bezweifeln, die die Segnungen der moskowitischen Orthodoxie und Beamtenbestechung herzlich lieb gewonnen, nie aber mit Ehrfurcht hinaufgeblickt haben zum Marienbild an der Burg des deutschen Ordens.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 3 Mark 1.20

Die deutschen Juden und der Krieg

von

Geh. Regierungsrat
Professor Dr. Ludwig Geiger

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Reich versprengten Deutschen wird dadurch aus der Not geholfen. Daß es gar den abgetrennten Ländern und Völkern selbst besser gehen wird als bisher, können nur die bezweifeln, die die Segnungen der moskowitischen Orthodoxie und Beamtenbestechung herzlich lieb gewonnen, nie aber mit Ehrfurcht hinaufgeblickt haben zum Marienbild an der Burg des deutschen Ordens.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 3 Mark 1,20

Die deutschen Juden und der Krieg

von

Geh. Regierungsrat
Professor Dr. Ludwig Geiger

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 3

Die deutschen Juden
und
der Krieg

von

Geh. Regierungsrat
Professor Dr. Ludwig Geiger

Berlin W 57
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

I.

Die Zeit bis 1813

Es ist nicht bekannt, wie und wann die Juden zuerst nach Deutschland gekommen sind. Sicherlich geschah dies schon sehr früh. Vermutlich sind Juden im Gefolge der Römer nach Germanien gezogen, einige möglicherweise schon vor der Entstehung des Christentums, so daß der Anspruch, den manche erheben, daß sie und ihre Nachkommen nicht die Mitschuld an Christi Tod tragen könnten, da sie ja vor diesem bereits sich aus Palästina entfernt hätten, nicht völlig ungerechtfertigt erscheinen möchte. Jedenfalls existierten vereinzelte Juden, ja sogar kleinere jüdische Gemeinden in manchen deutschen, besonders in rheinischen Städten lange bevor es ein deutsches Reich gab.

In den ersten Jahrhunderten des Mittelalters waren die Juden, wie sie es von Palästina her gewohnt waren, durchaus nicht ausschließlich dem Handelsstande ergeben. Gewiß waren auch Kaufleute in ihrer Mitte; die Mehrzahl aber dürfte, wenn auch nicht geradezu Ackerbauer, so doch Handwerker gewesen sein; Geistliche, Lehrer, Aerzte befanden sich unter ihnen. Ihre Lage war nicht schlecht, in manchen Städten erscheinen sie als Bürger, einzelne bekleideten sogar städtische Aemter. Wurden auch schon frühzeitig Stimmen der Abneigung gegen sie laut, als gegen die fremden Einwanderer und gegen die Mörder Christi, wurden sie daher auch ziemlich früh mit schweren Abgaben belegt durch entehrende Abzeichen (den gelben Fleck) gekennzeichnet, und dadurch leicht dem Gespött und rohen

I.

Die Zeit bis 1813

Es ist nicht bekannt, wie und wann die Juden zuerst nach Deutschland gekommen sind. Sicherlich geschah dies schon sehr früh. Vermutlich sind Juden im Gefolge der Römer nach Germanien gezogen, einige möglicherweise schon vor der Entstehung des Christentums, so daß der Anspruch, den manche erheben, daß sie und ihre Nachkommen nicht die Mitschuld an Christi Tod tragen könnten, da sie ja vor diesem bereits sich aus Palästina entfernt hätten, nicht völlig ungerechtfertigt erscheinen möchte. Jedenfalls existierten vereinzelte Juden, ja sogar kleinere jüdische Gemeinden in manchen deutschen, besonders in rheinischen Städten lange bevor es ein deutsches Reich gab.

In den ersten Jahrhunderten des Mittelalters waren die Juden, wie sie es von Palästina her gewohnt waren, durchaus nicht ausschließlich dem Handelsstande ergeben. Gewiß waren auch Kaufleute in ihrer Mitte; die Mehrzahl aber dürfte, wenn auch nicht geradezu Ackerbauer, so doch Handwerker gewesen sein; Geistliche, Lehrer, Aerzte befanden sich unter ihnen. Ihre Lage war nicht schlecht, in manchen Städten erscheinen sie als Bürger, einzelne bekleideten sogar städtische Aemter. Wurden auch schon frühzeitig Stimmen der Abneigung gegen sie laut, als gegen die fremden Einwanderer und gegen die Mörder Christi, wurden sie daher auch ziemlich früh mit schweren Abgaben belegt durch entehrende Abzeichen (den gelben Fleck) gekennzeichnet, und dadurch leicht dem Gespött und rohen

Angriffen preisgegeben, wurden sie auch nicht minder früh auf einzelne Gassen beschränkt, so erhob sich die Feindschaft gegen die Wucherer erst dann, als die Juden durch schwere Bedrückungen und noch schlimmere Gesetze von jeder anderen Tätigkeit ausgeschlossen und notwendig zu Geldgeschäften gedrängt wurden.

Die schwerste Zeit begann für die deutschen Juden in den Kreuzzügen, da die religiös erhitzte Menge der Kreuzfahrer und die mit jenen verbundene Masse des raublustigen Pöbels Verfolgungen wider sie begann. Diese Leiden wurden immer schlimmer während der späteren Jahrhunderte des Mittelalters, da Städte und Landesherren die Juden als die willkommensten Steuerobjekte betrachteten und da die Kaiser, die sie als Geldquelle schätzen gelernt hatten, und die sie gern als notwendige und wohltätige Aushülfe behalten hätten, sie nur mühsam zu schützen vermochten. Ihre Lage wurde immer elender, als die falschen, zwar niemals bewiesenen, aber stets und immer lauter wiederholten Anklagen von Hostienschändung, Schmähung der Christen und ihrer Glaubenssätze in den jüdischen Schriften, von Tötung christlicher Kinder zu religiösen Zwecken, von Brunnenvergiftung sich mit den zwar gerechtfertigten, aber nicht von den Juden, sondern durch eine schlimme Gesetzgebung verschuldeten Anklagen wucherischer Aussaugung zu einem üblen Chorus vereinigten.

Unter den Anklagen der judenfeindlichen Schriften während des Mittelalters und zum Beginne der neuen Zeit, die den Juden freilich wenig Neues, sondern nur Altes in veränderter Gestalt boten, erklang bisweilen auch der Vorwurf, sie, die kein Vaterland hätten, wären ungeeignet Deutschland zu verteidigen. Schon ihre Zeremonien und ihre vielen Feiertage hinderten, so behauptete man, sie, das Waffenhandwerk zu treiben, zu dem sie überdies ihre schwache Konstitution und die Feigheit, deren man sie bezichtigte, unfähig machten. Trotzdem mag es vorgekommen sein, daß gelegentlich sich auch unter den Söldnern, aus denen die Heere des Mittelalters und des 16. und 17. Jahr-

hunderts ausschließlich bestanden, ein Jude befand; als Händler folgten sie gewiß vielfach dem Trosse und nahmen so einen geringen aktiven Anteil an den Kriegen der Vorzeit, an denen sie, wie recht- und wehrlose Leute passiven Anteil dadurch hatten, daß sie von den protestantischen und katholischen Kriegsscharen, von Rittern und Bauern zu allen Zeiten als bequemes Mittel zur leichten Bereicherung angesehen und behandelt wurden.

Zu den Vorwürfen, die ihnen während der Kriege besonders im dreißigjährigen und nicht minder im siebenjährigen Kriege gemacht wurden, gehörte der, daß sie die Münzen verschlechterten, das Gold beschnitten, in Silber Blei mischten oder statt des Silbers fast ausschließlich Blei verwendeten. Aber wenn auch das Andenken an die Münzjuden unter Friedrich dem Großen (Veitel Heine Ephraim) mit diesen Vorwürfen befleckt bleibt, — unter den Kippern und Wippern, wie man die Münzverschlechterer im dreißigjährigen Kriege nannte, befanden sich gewiß weniger Juden als Christen; hatten die letzteren doch, wie schon Geiler von Keisersberg und ähnlich wenig später Luther ihnen vorzuwerfen wußten, es schnell und gründlich gelernt, Wucher und ähnliche Betrügereien „jüdischer zu treiben" als die Juden.

Bei der gedrückten Stellung, die die Juden in Preußen unter der Regierung Friedrich des Großen einnahmen, versteht es sich von selbst, daß sie während des siebenjährigen Krieges keinen sonderlichen Enthusiasmus bezeugten. Denn es waren nicht ihre Kriege, die gekämpft wurden, man gestattete ihnen nicht das Land als Vaterland anzusehen, das bedroht und von allen Seiten angegriffen war. Darum darf es nicht Wunder nehmen, daß zum Beispiel in den vertrauten Aeußerungen Moses Mendelssohns an seine Braut der Krieg nicht vom patriotischen, sondern vom ökonomischen Standpunkte aus betrachtet wird und sein Ende ersehnt wird, als ein willkommenes Ereignis, die Handelsbeziehungen wieder zu festigen und die Ruhe aufs Neue herzustellen. Trotzdem hat auch Mendels-

sohn sich während dieser Kriege als Patriot gezeigt durch Danklieder und durch eine Festpredigt.

In der Festpredigt wird besonders auf biblische Stellen hingewiesen, aber auch die Frömmigkeit Friedrichs hervorgehoben und der dauernde Sieg für ihn erfleht. In dem Dankliede für die Schlacht bei Roßbach heißt es:

Wie furchtbar stürzt der Feinde Menge
Auf deinen Friederich daher!
Doch du, der Welten Heil! Beschirmest
Den Held, den Liebling deiner Güte.
Ihn nennt der Nachruhm den Preis der Helden
Ihn leitet Gerechtigkeit und Weisheit,
Zwei Lichter, die der Herr gesendet,
Den Weg zu der Unsterblichkeit.

In dem ebenso wenig poetischen Danklied über den Sieg bei Leuthen, in dem vielfach auch Bibelstellen benutzt werden, lautet eine Strophe:

Er wird der Mittelpunkt von seinen Feinden,
Um und um drängte sich der Haufe in Reihen.
Jedoch der Herr bewachte seinen Helden
Und legte um Ihn den Blitz des hauenden Schwerts,
Der wälzt sich zum Verderben weit umher
Und vernichtet das Werk des Herrn nicht lässig.
Den stolzen Feind verzehrt sein fressend Feuer,
Da ist kein Stehen, wohin die Gluth sich wirft.

Es gibt ferner eine ganze Literatur, die für den siebenjährigen Krieg hier in Betracht kommt: jüdisch-deutsche Erzählungen und Briefe über einzelne Kriegsereignisse und die Geschehnisse des gesamten Kriegs. Aber so geschickt diese Schriften auch den jüdisch-deutschen Dialekt nachzuahmen wissen, und so sehr sie auch mit dem Namen jüdischer Verfasser sich decken, so wird man wohl annehmen müssen, daß dieses Gewand ein rein äußerliches ist, um ein gewisses Aufsehen zu

erregen; die Schriften haben ferner, selbst wenn sie, was sehr fraglich ist, wirklich von Juden herrühren sollten, mit jüdischer Gesinnung nicht das geringste zu tun.

Deutsche Dichter jüdischen Glaubens gab es in jenen Zeiten nicht. Der polnische Jude, der „deutsche Liederchen" reimte, und der auf seinen Unwert hin von Goethe geprüft wurde, (1772), steht umsomehr als er von Deutschland entfernt lebte den deutschen Ereignissen völlig fern. Der einzige, der etwa in Betracht kommt, ist der Breslauer Moses Ephraim Kuh (1731—1790), heute bekannter durch die etwas freie und der Geschichte nicht völlig entsprechende Schilderung, die Berthold Auerbach von ihm gegeben hat, als durch seine Sinngedichte, Lieder und Uebersetzungen. Aber er ist mehr ein Dichter kleiner Tändeleien als ein Sänger patriotischer Art. Wenn er „unsere Kriege" besingt, so darf man an keine Heldentaten denken, sondern es ist von Liebestaten die Rede.

Fürwahr die Helden unsrer Zeit,
Sprach Frauenlieb, sind nicht gescheit,
Daß sie sich um ein Fleckchen Land,
Um Gold und um der Ehre Tand
Ins Feld begeben, und den Leib
Zerfetzen lassen; teurer Sieg!
Ich lobe den trojanschen Krieg,
Er war doch um ein schönes Weib.

Er rühmt zwar Friedrich den Großen, aber mehr den Literaturmäzen, als den Krieger, indem er singt:

Den Szepter führet Zeus, Apoll die Leier,
Minerv' ist weis' und Mars hat Heldenfeuer:
Der Preußen Friederich vereint die Gaben,
Die des Olympos Götter einzeln haben.

Und wenn er endlich das Schreiben des Fähnrichs Trux an einen Landedelmann wiedergibt, so schildert er mehr den Mädchenjäger, den tollen Burschen, der „Juden und Philister" prügelt, als den Kämpfer und gibt als dessen Lebensprogramm:

Vom Dienst weiß ich soviel, als du. —
„Wenn aber Krieg nun wird"? — Je nu!
Mich sollen tausend Teufel reiten!
Da gibt es Mädchen zu erbeuten.

Von der Beteiligung der Juden an den Kriegen der Vorzeit sind wenig Zeugnisse übrig geblieben. Daß unter den „langen Kerlen" Friedrich Wilhelms I. etwa ein Jude gewesen, ist schwerlich anzunehmen; bei den Landsknechten und Söldnern früherer Zeit fragte man weniger nach Konfession, als nach Draufgängertum und Verwegenheit. Und mancher Abenteurer konnte wohl einen Tropfen jüdischen Blutes in sich haben. Hat man doch in neuerer Zeit ernsthaft behauptet, daß in der Räuberschar, die Schiller in seinen Räubern gewiß zum Teil nach historischen Modellen modelte, Spiegelberg ein Jude gewesen sei und dies nicht nur aus den zahlreichen biblischen Anklängen seiner Sprechweise, sondern auch aus einzelnen Anspielungen in seinen Reden (die Erwähnung des Jordan, des Josephus, den Hinweis auf die Beschneidung, die mit ihm vorgenommen worden sei) schließen wollen, so daß nach den ernsten Darlegungen mancher Forscher einzelne Schauspieler den Spiegelberg als jüdischen Typus in Maske, Gebärden und Sprechweise (Mauscheln) gaben. Diese Meinung und der dadurch veranlaßte Vorgang einzelner Künstler ist gewiß wie ich an anderm Orte nachgewiesen habe, falsch. Immerhin mag es vorgekommen sein, daß auch jüdische Muttersöhnchen ihren Eltern entliefen, um ein freies Leben zu führen und gescheiterte Existenzen das Räuber- oder das Kriegshandwerk ergriffen.

Die Frage, ob die Juden zum Kriegshandwerk geeignet seien oder nicht, wurde theoretisch wohl zum ersten Mal in den Tagen Friedrich des Großen aufgeworfen. Der große König war kein Judenfreund und hegte trotz aller Aufklärung nicht den erleuchteten Gedanken, statt des Söldner- und Konskriptionswesens die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, aber

immerhin wurde der Aufklärungsgedanke auch für die Juden erwogen, so schwere gesetzliche Vorschriften auch auf ihnen lasteten. Und eine stärkere Beteiligung der Volksgenossen an der Verteidigung des Landes stand immerhin auf der Tagesordnung.

Als daher Christian Wilhelm Dohm sein epochemachendes Buch „Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden" Berlin 1781 schrieb, konnte er nicht umhin, auch auf den Vorwurf einzugehen, den die Gegner der Judenemanzipation gern im Munde führten, daß die Juden schon deshalb zu Kriegsdiensten unfähig seien, weil ihnen durch ihr Religionsgesetz das Kämpfen am Sabbath untersagt wäre.

Seine Darlegungen sind um so wichtiger, als er auf diesem ihm fremden Gebiete nicht seine unmaßgebliche Meinung abgab, sondern die Mitteilungen wiederholte, die der ihm befreundete auf diesem Gebiete sachkundige Moses Mendelssohn ihm hatte zukommen lassen. Dohm führt gegen die Bemerkungen von J. D. Michaelis aus, daß in den Gesetzen Mosis sich von diesem Gebote, am Sabbathe den Kampf zu unterlassen, keine Spur fände. Später hätten allerdings ängstliche Gemüter die Sabbathheiligung so weit getrieben, daß sie an jenem Tage nur die Verteidigung, nicht den Angriff für erlaubt hielten, aber der Umstand, daß sowohl in den Heeren Alexander des Großen, der Ptolemäer, als der Römer Juden dienten, ferner das entschiedene Lob, das die jüdischen Soldaten durch Caesar und Pompejus erhielten, beweise, daß sie gute und tapfere Soldaten waren und ihre Pflichten genau so wie die andern taten. Daraus schließt Dohm: „Was also ein so ehrwürdiges Beispiel ihrer Vorfahren entschieden hat, was das älteste Gesetz verstattet, was die gesunde Vernunft und die Pflicht der Selbsterhaltung befiehlt, — dies müssen und werden auch die heutigen Juden sich nicht untersagt halten. Wie in griechischen und römischen Armeen werden sie auch in den unsern kämpfen und die Beobachtung ihres Sabbaths und übrigen gottesdienstlichen Gebräuche wieder so gut wie

ehemals mit dem Kriegsdienste zu vereinigen lernen." Er begründet dies besonders durch eine Stelle des Maimonides (den er fälschlich Majamonides schreibt). „Es sei die Pflicht eines jeden Juden, eine vom Feinde belagerte Stadt insofern auch nur eines Menschen Leben dabei in Gefahr ist, am Sabbath zu verteidigen und nicht erlaubt solches aufzuschieben. So ist es eines jeden Juden Pflicht, am Sabbath alle Arten von Arbeit, ohne Unterschied zu verrichten, wenn eines Menschen Leben dadurch gerettet werden kann". Er gibt ferner als Meinung Moses Mendelssohns, dem er auch die vorstehende Stelle verdankt, an, daß „kein Bedenken vorhanden sei, den Kriegsdienst so wie ehemals auch jetzt seinen Glaubensgenossen am Sabbath für erlaubt zu halten."

Gegen diese Stelle, wie gegen andere des Dohm'schen Buches machte Michaelis starke Einwendungen. Er konnte zwar die von Dohm angeführten Bemerkungen nicht entkräften, meinte aber, das Exerzieren würden die Juden am Sabbath nicht üben, und glaubte seinen Gegner abzuführen, indem er bemerkte, „unsere Regimenter würden sich doch wegen der Exerziertage nicht nach untergesteckten Juden richten, auch nicht eigene Regimenter von bloßen Juden errichtet werden sollen." Vor allen Dingen will er die Stelle des Maimonides nicht gelten lassen; er druckt sie zwar ab, schließt aber daraus das Folgende: „Das ist weiter nichts, als was wir längstens wissen, und im Mosaischen Recht gesagt ist, daß die Juden erlauben, sich am Sabbath zu verteidigen, wenn man angegriffen wird, und ihr Leben in Gefahr ist: Also wo dieser Fall nicht eintritt und der Feind so klug ist als Pompejus, da er Jerusalem belagerte, am Sabbath gar nicht anzugreifen, darf der Jude nicht fechten, nicht selbst den Angriff, nicht einen Ausfall aus der belagerten Stadt tun, wie Approchen und Belagerungswerke zu zerstören, nicht den flüchtigen Feind verfolgen, nicht marschieren, dies alles völlig der jüdischen Geschichte von Johann Kyrkans Zeit an gemäße Kasuistik. Sogar der sonst am vernünftigsten denkende Josephus, einer nicht von der

abergläubischen neupharisäischen, sondern von der bessern Sekte der alten Pharisäer, selbst Anführer der Juden im Kriege, hält es für eine Entheiligung des Sabbaths, daß die Juden, da Cestius Gallus sich mit der römischen Armee Jerusalem nähert, einen Ausfall tun, die Römer schlagen, so daß 515 Römer und nur 22 Juden bleiben und dies noch dazu, da dieser Ausfall so nahe dabei war, den Ausschlag des ganzen Krieges zu geben, denn er sagt selbst, wenn nicht die römische Reiterei eben zu rechter Zeit zu Hülfe gekommen wäre, so würde Cestius mit der ganzen Armee in Gefahr gewesen sein. Was könnten wir mit solchen Soldaten, die noch dazu durch National- und Religionsbande miteinander verbunden wären, anfangen? Besser haben wir sie gar nicht, wenn sie auch nach dieser über zweitausend Jahr alten wunderlichen Auslegung des bessern mosaischen Gesetzes dienen wollten. Hätte der gelehrte Jude, der Herrn Dohm Maimonides Stelle mitteilte, auch völlig so gedacht, wie ich im Mosaischen Recht, so hat er doch meine Meinung mit keiner ihr beistimmenden jüdischen Autorität belegen können; sie bleibt also bloß meine und ist nicht der Juden Meinung." Aber er geht weiter: Er behauptet nämlich, den Juden fehle vielleicht infolge ihrer frühen Ehen, vielleicht infolge der ungemischten Rasse das richtige Soldatenmaß.

Wider solche Ausführungen wandte sich sowohl Mendelssohn als Dohm selbst. Der erstere bemerkt ziemlich kurz: „Was Herr Michaelis von unserer Untauglichkeit zum Kriegesdienste sagt, lasse ich dahingestellt sein, will er, daß die Religion den Trutzkrieg gutheiße, so nenne er mir die unselige, die es tut. Die christliche sicher nicht. Und werden nicht Quäker und Menonisten geduldet und mit weit anderen Vorrechten und Freiheiten geduldet als wir." Aber er gebraucht in seiner kurzen Ausführung die goldenen Worte: „Soll das Vaterland verteidiget werden, so muß jeder hinzueilen, dessen Beruf es ist."

Bevor Dohm selbst das Wort ergreift, stellt er einige Aussprüche aus den Briefen seiner Korrespondenten zusammen. Unter allen diesen geht aber nur einer auf die Soldatenfrage ein, nämlich der Prediger Schwager, der die von Michaelis angeführten religiösen Bedenken wegen des Sabbath teilt und die Juden im allgemeinen für „feige Memmen" erklärt.

Dohm selbst erörtert die Kriegsfrage ziemlich ausführlich. Er bemerkt, „es bleibe also Grundsatz, daß die Juden nicht völlige Bürgerpflichten erfüllen und den Staat so gut wie andere verteidigen wollen." Dann setzt er auseinander, „Man hat also Recht, auch von den Juden ganz unbeschränkte Kriegsdienste zu fordern. Jetzt können sie dieselben freilich nicht leisten, weil die Unterdrückung, in der sie so lange gelebt, den kriegerischen Geist und persönlichen Mut bei ihnen erstickt und ihre religiösen Spekulationen auf so ungesellige Paradoxen geleitet hat. Sie hatten seit anderthalb Jahrtausenden kein Vaterland, wie konnten sie also für dasselbe fechten und sterben? Aber ich bin überzeugt, daß sie dieses mit gleicher Fähigkeit und Treue wie alle andern tun werden, sobald man ihnen ein Vaterland gegeben hat. Die Beispiele, die ich aus der älteren Geschichte angeführt, sind deutlich und ich sehe nicht, warum die Juden nicht in unseren Armeen sich ebenso gut betragen würden, als ehemals in griechischen und römischen."

Er weist sodann in Beziehung auf die neuere Geschichte darauf hin, daß in andern Ländern Juden ihre Soldatenpflicht gut erfüllt haben, daß sie 1648 Prag gegen die Schweden, 1686 Ofen gegen die Oesterreicher verteidigten, daß sie in Litthauen dem allgemeinen Aufgebote so gut wie andere unterworfen waren, daß in Surinam eine der zwölf Kompagnien aus Juden bestehe und daß 1781 in dem Kampfe zwischen Engländern und Holländern viele Juden dem Beispiele eines besonders tapferen portugiesischen Juden gefolgt seien, der auf der Flotte der Holländer mit ausnehmender Tapferkeit focht, bei den Holländern Dienste nahm. Er macht daher den Vorschlag, die Juden an körperliche Uebungen zu gewöhnen, um sie stärker

zu machen, und begegnet dem Einwande „daß der Jude nicht gegen seine Glaubensbrüder um des Zwistes der Christen willen werde fechten wollen" mit der Bemerkung, daß wenn die Juden erst Bürger wären, sie ebensogut wie andere ihre Bürgerpflicht erfüllen würden. Die Bemerkung aber wegen des geringen Körpermaßes der Juden hält er für hinfällig, weil die Ehre für das Vaterland zu sterben „auch jetzt nicht notwendig an gewisse Zolle gebunden ist und es gibt Arten von Knüppeln, die auch kleine Leute gebrauchen können."

Diese ganze Diskussion, die keineswegs eine Abschweifung, sondern von außerordentlicher Bedeutung für unser Thema ist, hatte freilich keine weiteren Folgen. Eine gesetzliche Bestimmung, die den Juden bürgerliche Rechte gewährte und sie damit zu Kriegsdiensten brauchbar, dem Soldatendienste unterworfen erklärte, erfolgte nicht. Das Religionsedikt des österreichischen Kaisers Joseph II., das nach dem Erscheinen des ersten Teils von Dohms Schrift veröffentlicht wurde (19. Oktober 1781), gewährte den Juden zwar manche Freiheit, hob viele drückende Maßregeln auf, berührte aber die Frage des Kriegsdienstes nicht.

Im eigentlichen Deutschland blieb es beim alten. Die Gesetzgebung wurde nicht geändert. Aber während bisher nur Schriftsteller die Sache ihrer Glaubensgenossen oder die Angelegenheit der Humanität verfochten hatten, traten nun die Juden mit einer eifrigen Tätigkeit selbst auf den Plan. Den Ältesten der Berliner Judenschaft, vor allem dem wackeren David Friedlaender, einem hochgebildeten Kaufmann, dem Lieblingsschüler Mendelssohns, der sich in seinen Mußestunden als eifriger Sammler auch gern mit Fragen der Kunst beschäftigte und wegen einer solchen Tätigkeit durch Vermittelung Zelters mit Goethe in Berührung kam, gebührt hauptsächlich das Verdienst unentwegt für die innere Reform der Juden und für eine bessere Gestaltung ihrer äußeren Lage eingetreten zu sein. Diese Tätigkeit setzt ein unmittelbar nach dem Tode Friedrich des Großen und findet durch das Edikt vom

11. März 1812 ihren Abschluß. Für unsere Zwecke sei nur das hervorgehoben, was sich auf die Dienstpflicht der Juden bezieht.

Während der ersten Phase der Verhandlungen übersandte das preußische Generaldirektorium am 18. Dezember 1789 eine Abschrift seines Gesamtberichts über die Judenfrage dem Oberkriegskollegium mit dem Ersuchen, wegen der Punkte, welche die künftige Militärverbindlichkeit der Juden beträfen, nach Rücksprache mit der Mobilmachungs- und Kantonskommission sich gutachtlich zu äußern. Die jüdischen Deputierten, die gleichfalls befragt wurden, lehnten es ab „eine Erklärung wegen der Uebernahme der Enrollementspflicht für ihre Kommittenten abzugeben. Diese würden ihnen mit Recht den Vorwurf machen, sie hätten sich für ihre Nachkommen Rechte und Freiheiten auf ihre Kosten erworben und wären dadurch an ihnen zu Verrätern geworden." Man muß zum Verständnis dieser Erklärung berücksichtigen, daß damals in Preußen die allgemeine Wehrpflicht nicht bestand, größere Städte und bestimmte Personenkreise von der Militärpflicht befreit waren. Die verschiedenen militärischen Behörden, die um ihr Gutachten angegangen worden waren, erklärten nach der Formulierung des Oberkriegskollegiums ihrerseits „daß die Juden wohl nicht für den Militärdienst brauchbar gemacht und dabei werden employiert werden können."

Ein neues Gesetz war dem Abschluß nahe (1792), als die Kriegsverhältnisse einen Aufschub nötig machten; die folgenden Jahre vergingen mit resultatlosen Verhandlungen. In ein weiteres Stadium gelangten die Bestrebungen erst nach dem Regierungsantritt des Königs Friedrichs Wilhelms III. Schon im Jahre 1800 war eine Aenderung der Judengesetzgebung im Prinzip entschieden. Während aber ein Reglement ausgearbeitet und mit vielen Bedenken der Juden begleitet wurde, tobte in Berlin der Schriftenkampf für und wider die Juden, der unter dem Namen des Grattenauer'schen Kampfes bekannt ist. So heftig nun Grattenauer und Konsorten

gegen die Juden auftraten, und ihnen die schlimmsten Verbrechen und abscheulichsten Taten zuschrieben, so wacker auch die Verteidiger sich der Juden annahmen, — die Frage, die uns hier im besonderen berührt, wurde verhältnismäßig wenig angeschnitten. Einer der Gegner sagte freilich geradezu: „Soldaten können die Juden nicht werden, weil kein christlicher Soldat aus Gefühl für Ehre mit ihnen dienen würde." Dagegen wagte der Freiherr v. Diebitsch eine ziemlich schwache Verteidigung, in der er freilich nichts anderes zu sagen wußte, als daß in einem wohlgeordneten Staate der Soldat nicht der Stimme seines Gefühls, sondern den Befehlen seiner Vorgesetzten zu folgen habe.

Bis zur Katastrophe Preußens von 1806 wurden nur einzelne Punkte der Reform der Judengesetzgebung, besonders das Recht „der Ansetzung des zweiten Kindes" infolge vielfacher Eingaben der jüdischen Gemeinden innerhalb des Ministeriums erwogen. Erst die Niederwerfung Preußens und die damit im Zusammenhang stehende große Reformtätigkeit brachte die Frage der Reform im allgemeinen, und der Berechtigung der Juden zum Militärdienst im besonderen wieder in Fluß. Jetzt handelte es sich indessen nicht bloß um einzelne Verbesserungen, sondern um eine grundsätzliche Regelung; die Notwendigkeit, alle Kräfte zur Hebung des Staates heranzuziehen, gab den Ausschlag.

Der Minister Schrötter, ehedem ein unbedingter Gegner der Juden, wurde ihr Fürsprecher. Früher war eines seiner Hauptbedenken die militärische Untüchtigkeit der Juden gewesen; er wurde jedoch von dem Königsberger Judenältesten, dem Bankier Caspar mit Hinweis auf einen Juden Berck, der unter Coszciusco ein Freikorps errichtet hatte, und zum Chef eines Eskadronregiments avanciert war, eines besseren belehrt. (1808). Infolgedessen unterbreitete er dem König einen Entwurf, in welchem über die Frage, die uns hier beschäftigt, folgendes ausgeführt war:

„Der Jude hat orientalisches feuriges Blut und eine lebhafte Imagination. Alles Anzeichen einer männlichen Kraft, wenn sie benutzt und in Tätigkeit gesetzt wird.

Er ist in der älteren und auch in der mittleren Zeit sehr tapfer gewesen und man hat selbst in ganz neuerer Zeit, sowohl im amerikanischen als französischen Revolutionskriege auffallende Beispiele von Juden gehabt, welche sich ausgezeichnet haben.

Die Feigheit der Juden entspringt, meiner Ansicht nach, aus der Sklaverei, in der sie gehalten und aus der Verachtung, mit der sie von allen Nationen behandelt werden.

Die Opinion der Nation hat ihnen, wie dem weiblichen Geschlecht, die Furchtsamkeit als ein Attribut ihrer Natur angedichtet und sie haben am Ende selbst daran glauben müssen; haben aber Weiber, in heroische Lagen versetzt, selbst die Opinion zu bekämpfen gewußt, wieviel mehr sollte man es unter gleichen Umständen, nicht auch von jüdischen Männern erwarten können?"

Ueberdies, so meinte er, sei die Konskriptionsfähigkeit der Juden jetzt in allen kultivierten Ländern anerkannt und da auf Schlesien, Ostpreußen und die Marken wenigstens 50 000 jüdische Seelen zu rechnen seien, könne der Staat in jetziger Zeit zur Verteidigung des Vaterlandes nicht auf sie verzichten.

Lehnte es der König nun auch ab, sich im gegenwärtigen Augenblick über die Heerespflicht der Juden zu äußern, so beauftragte er doch den Minister Schrötter, einen Entwurf dem Ministerium vorzulegen. Dieses geschah am 22. Dezember 1808.

Die auf den Heeresdienst bezüglichen Bestimmungen des Schrötterschen Entwurfs wurden in § 18—20 zusammengestellt und lauten folgendermaßen:

„§ 18. Der Militär-Konskription oder der Kantonpflichtigkeit und den besonderen Vorschriften hierüber sind die Juden ebenfalls und zwar im strengsten Sinn unterworfen.

§ 19. Sie werden daher nach Verlauf von 6 Monaten und sobald als ihre Familiennamen bestimmt sind, den Vorschriften des Kanton-Reglements gemäß, in die Kanton-Bücher und Stamm-Rollen eingetragen, und bei Aushebung der Rekruten ihrer Qualifikation gemäß eingezogen.

§ 20. Desertiert ein im Militär angestellter Jude, so müssen die Mitglieder der kirchlichen Gemeinde, zu welcher er gehört, zwei ihrer Glaubensgenossen aus ihrer Mitte statt seiner bestellen."

Dieser Entwurf wurde, nachdem Schrötter aus seinem Amte geschieden war, von dem Ministerium Dohna-Altenstein beraten. Bei den Gutachten der verschiedenen Minister und Räte, unter denen das Wilhelms v. Humboldt wohl das eigenartigste und tiefste ist, wurde auch die Heerespflicht berührt. Nach Freunds Zusammenstellung, (S. 156) ist darüber das Folgende zu sagen:

„Der Zusatz, daß die Juden der Konskription und Kantonpflicht im strengsten Sinne unterworfen sein sollten, schien dem allgemeinen Kriegsdepartement mehr nachteilig als nützlich, weil er den Nebenbegriff herbeiführte, „als ob ihnen dabei mehr aufgelegt werden sollte, wie den christlichen Staatsbürgern."

Die Bestimmung, daß für jeden jüdischen Deserteur seine Glaubensgenossen zwei Ersatzmänner zu stellen hätten, erachtete das Departement für „um so härter, als gerade für sie die Verpflichtung im Militär zu dienen, an sich ganz neu, und nach ihrer Ansicht und dem von ihnen präsumierten Charakter vielleicht die lästigste von allen ist." Auch Köhler und Humboldt sprachen sich gegen eine derartige Verpflichtung aus, weil ein neues Sozietätsverhältnis unter den Juden geschaffen würde, „wenn man die kirchliche Gemeinde in politische Anordnungen mischt", Humboldt überdies auch aus dem weiteren Grunde, „weil man den Unterschied zwischen Juden und Christen, den man beseitigen wolle, von neuem begründe, wenn man die Desertion eines Juden härter bestrafe." Daß sie

nicht häufig sei, dafür werde der Spott und die Vorwürfe der Christen sorgen. „Geschähen indes auch wirklich ein paar Desertionsfälle mehr, muß denn der Staat jeder einzelnen Kontravention so ängstlich vorbeugen?"

Die Angelegenheit gelangte indessen erst zum Schluß, als Freiherr von Hardenberg am 6. Juni 1810 die Staatskanzlergeschäfte übernahm. Unter den mannigfachen Berichten und Gutachten, die von ihm verlangt und schließlich zu dem berühmten Edikt vom 11. März 1812 benutzt wurden, befindet sich auch eine Auseinandersetzung der Polizeideputation der kurmärkischen Regierung vom 10. Dezember 1810, in der als unabweisliche Forderung aufgestellt wurde: „Kein Jude darf, wenn ihn das Los bei der Konskription trifft, einen Stellvertreter stellen, sondern er muß in Person dienen."

In den übrigen Gutachten, die Hardenberg einforderte, wurden alle sonstigen Gegenstände: Eidesablegung, Handel, deutsche Namen, Einwanderung usw. sehr breit behandelt; die Militärverhältnisse dagegen sehr gering. Der Geheime Staatsrat Sack bemerkte, daß die Juden nicht schlechthin zum Militärdienst verpflichtet werden sollten, sondern nur unter den gleichen Bedingungen wie die Christen, „ihres Wohnorts, Standes und Gewerbes". Dann fuhr er fort: „Denn solange das Kantonwesen noch besteht, würde es unbillig sein, die Juden ohne Ausnahme zum Militärdienste heranzuziehen, während den Christen so vielerlei Kantonbefreiungen zustehen. Gibt es einmal eine allgemeine Konskription für die Christen, so wird sie auch für die Juden allgemein." Nach dem schließlich von dem Minister v. Bülow ausgearbeiteten Entwurfe sollten die Juden „der Militärkonskription oder Kantonpflichtigkeit und den damit in Verbindung stehenden gesetzlichen Vorschriften" gleich den übrigen Staatsuntertanen unterworfen werden. Dafür wünsche der König indessen die Bestimmung, „der Militärkonskription usw. sind die einländischen Juden ebenfalls unterworfen." Und ferner den Zusatz: „die Art und Weise der Anwendung dieser Verpflichtung auf sie wird durch die Ver-

ordnung wegen der Militärkonskription näher bestimmt werden."

In den zahllosen Schreiben, welche von der Berliner Judenschaft und anderen Gemeinden an den König, an den Staatskanzler Hardenberg und an einzelne Minister gerichtet wurden, wird die Heeresfrage kaum berührt. Hervorhebung verdient nur der schöne Satz in dem Briefe der Berliner Judenschaft vom 1. Februar 1810, der so lautet: „Weder in unserer Religion, noch in unseren Zeremonial- oder Ritualgesetzen gibt es, oder soll es irgend ein Hindernis geben, eine noch so schwere Pflicht, welche Vaterland oder Staatsgesetze fordern, unerfüllt zu lassen."

Im Edikt vom 11. März 1812 selbst lautet die Bestimmung, die die Militärverhältnisse regelt — sie steht im § 16 folgendermaßen: „Der Militärkonskription oder Kantonpflichtigkeit und den damit in Verbindung stehenden besonderen gesetzlichen Vorschriften sind die einländischen Juden gleichfalls unterworfen. Die Art und Weise der Anwendung dieser Verpflichtung auf sie wird durch die Verordnung wegen der Militärkonskription näher bestimmt werden."

Diese Verordnung erfolgte wenig später; noch im Jahre 1812 wurde die allgemeine Wehrpflicht für Preußen eingeführt. So waren die Juden Staatsbürger geworden und als Staatsbürger hatten sie die Verpflichtung, Heeresdienst zu leisten.

II.

Die Befreiungskriege von 1813/1815

Es dauerte nicht lange, so hatten die Juden die Pflicht zu üben, als Soldaten tätig zu sein. Schon vorher hatten manche deutsche Juden unter den Fahnen Napoleons an den Feldzügen teilgenommen und sich, wenn auch nicht hervorragend ausgezeichnet, doch pflichtmäßig bewährt; sie haben interessante Schilderungen ihrer Tätigkeit hinterlassen, die neuerdings zu allgemeiner Kenntnis gelangt sind. Im Jahre 1813 begann die Erhebung gegen Frankreich, die nach zuerst wechselnden, dann nach glänzenden Erfolgen zur Befreiung des Vaterlandes führte. Die Juden kamen ihrer Pflicht in hervorragender Weise nach.

Von dem gewaltigen Umschwung in den Gemütern kann sich der Nachgeborene kaum eine Vorstellung machen. Mit einem Schlage waren Tausende von Jünglingen und Männern, die den Begriff des Vaterlandes bisher nicht gekannt hatten und nicht kennen konnten, gleichberechtigte Bürger geworden. Sie, die man bisher Fremde gescholten, mit allerlei Unnamen belegt, aus allen Gesellschaften ausgeschlossen, die Schwere helotenartigen Joches hatte fühlen lassen, und in denen man damit die Sehnsucht nach ihrer früheren Heimat erweckt hatte, durften sich nun ebenbürtig mit anderen fühlen und den teuren Namen „Vaterland" aussprechen. Bisher hatten sie nur entehrende Pflichten gekannt: sie hatten schmeicheln, sich bücken, kriechen, und vor allen Dingen — zahlen müssen. Jetzt lernten sie zum ersten Male Rechte kennen, mit denen freiwillig

übernommene Pflichten verbunden waren. Und diese Pflicht, dem Vaterlande zu helfen, und ihm zu dienen, beanspruchten sie nun als ein köstliches Recht.

Die zu Hause Gebliebenen spendeten in reichem Maße. Rahel Levin schrieb schon 20. April 1813: „Die Juden geben, was sie nur besitzen; an die wandte ich mein Geschrei zuerst." In den Gabenlisten stehen die Juden obenan. Jeder gab wirklich nach seinem Vermögen. Um von solchen Gaben einen kleinen Begriff zu erhalten, seien die nachstehenden Zahlen angeführt, zu deren Beurteilung zu bedenken ist, wie ausgesogen das Land nach den furchtbaren Zeiten war, die es durchgemacht hatte. Die Ressource der jüdischen Kaufmannschaft in Berlin gab überhaupt die erste patriotische Spende: 700 Thaler. Die Gesellschaft der Freunde in Berlin sammelte 863 Thaler, zur Bewaffnung freiwilliger Krieger. In Breslau brachte ein besonders zu diesem Zwecke errichteter Verein jüdischer Bürger die höchst beträchtliche Summe von 5079 Thalern ein. Als die Franzosen noch in Berlin waren, am 11. Februar 1813, spendete R. S. Gumpertz 300 Thaler zur Equipierung unvermögender Freiwilliger und erhielt für diesen „tätigen Beweis patriotischer Gesinnung" ein offizielles Dankschreiben. Aus der Vossischen Zeitung jener Tage läßt sich eine große Anzahl Gaben zusammenstellen, wie J. Levy dies getan hat. Besonders rührend ist es, daß Frauen und Männer silberne Gabeln, Messer und Löffel, daß ein Schlächter seinen goldenen Trauring beisteuerte, daß Kinder ihre Sparbüchsen leerten, daß nach einer religiösen Andacht in der Synagoge eine ziemliche Kollekte zustande kam.

Als Helferinnen in Hospitälern, durch mildtätige Werke zeichneten sich jüdische Frauen aus. Auch Männer beteiligten sich an derartigen Liebeswerken: der jüdische Hospitalverpfleger Sandheim in Mannheim wird in der Schrift eines Christen besonders wegen seiner Tätigkeit gerühmt.

Aber besonders stark war der Andrang jüdischer Freiwilliger und die Beteiligung solcher, die dem Rufe des Königs

folgten. Die Frankfurter Juden erinnerten den Freiherrn v. Stein später an die Beteiligung ihrer Söhne; in der Marienkirche zu Lübeck werden Namen jüdischer Krieger neben denen christlicher verzeichnet; der Todesmut des jüdischen Freiwilligen Hilsbach aus Breslau, der sich unter den Augen des Königs mit Wunden bedeckt dem Feinde entgegenwarf, wird sogar von einem Judenfeinde gerühmt. Julius v. Voß, dem man gewiß keine philosemitische Tendenz zuschreiben darf, bekannte später: „Wenn jener Zeit die reichsten jüdischen Wechsler zu Berlin ihre Söhne unter die Waffen stellten, — nicht etwa suchten sie mit Geld sich dessen zu entheben, wie ihre Frauen zu den Vereinen traten, den verwundeten Schwestern Hilfe brachten, die Spitäler täglich besuchten, worin der ansteckende Typhus herrschte." Der Staatskanzler Hardenberg schrieb am 4. Januar 1815: „Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengefährten ihrer Mitbürger gewesen und wir haben unter ihnen Beispiele des wahren Heldenmutes und der rühmlichen Verachtung der Todesgefahr aufzuweisen, sowie die Einwohner Berlins namentlich auch die Frauen, in Opfern jeder Art sich den Christen angeschlossen haben." Ein deutliches Bild des wirklichen Enthusiasmus' jüdischer Jünglinge gibt der Major Meno Burg, von dem noch später die Rede sein muß:

„Es ist weltbekannt, mit welchem außerordentlichen Enthusiasmus der Aufruf des Königs vom 9. Februar 1813 von der preußischen Jugend aufgenommen wurde, wie er die ganze Nation ohne Unterschied des Glaubens und des Standes mit sich fortriß zu einer in der Geschichte beispiellosen Hingebung und Tatkraft erhob und mit welcher seltenen Begeisterung die entflammten Jünglinge den angewiesenen Sammelplätzen zueilten, um mit dem Heere vereint Preußens Freiheit und Wiedergeburt zu erkämpfen. Ich blieb natürlich nicht zurück ... Wir waren über 200 Jünglinge, die an diesem Tage nach Breslau abreisten. Es war rührend und erhebend, den Abschied dieser begeisterten jungen Männer vor der Post von ihren

Vätern, Müttern, Geschwistern und Verwandten mit anzusehen. Es war großartig und herzergreifend, mit welcher Zuversicht, mit welchem Mut und mit welchem Enthusiasmus sich die Jünglinge den Armen ihrer weinenden Angehörigen entrissen und die offenen Wagen bestiegen, wie sie alsdann beim Abfahren dieses langen Zuges die Mützen hoch in die Luft schwingend Preußen, ihrem teuren Vaterlande ein Lebehoch und den Zurückgelassenen ein vielbedeutendes Lebewohl zuriefen und wie wir von diesen segnend entlassen wurden. Es war eine große mächtige Zeit, noch heute nach 34 Jahren steht dieser Abschied lebhaft und ergreifend vor meiner Seele, noch ist der tiefe Eindruck nicht erloschen, den die damals alles beherrschende Vaterlandsliebe, voller Poesie und Hingebung in mir erzeugten."

Nach Philippsons Zusammenstellung von Namen haben im Jahre 1813—14 392, im Jahre 1815 101 Juden als Freiwillige am Kriege teilgenommen, zusammen 493. Nach den Ermittlungen des Kriegsministeriums sogar 561, nach anderen Angaben sogar 731 Juden. Diese Zahlen erlangen erst ihre rechte Bedeutung, wenn man die Bevölkerungsziffern erwägt. in der Bevölkerung nämlich machen die Juden 0,6% aus, im Heere dagegen 0,35, also eine gewiß stattliche Zahl. Aber sie ist wohl noch größer anzunehmen, weil gar manche — aus welchen Gründen, mag dahingestellt bleiben — ihre Glaubenszugehörigkeit verschwiegen, andere wahrscheinlich ungefragt, in den übrigen sehr unvollständigen Listen, als evangelisch bezeichnet wurden.

Auch eines anderen Umstandes muß man gedenken, der das Herandrängen jüdischer Jünglinge zu den Fahnen besonders bemerkenswert machte. Gewiß war der große Krieg zunächst ein Kampf für die Befreiung Deutschlands, oder sagen wir lieber Preußens, da ja die mittel- und süddeutschen Staaten im Jahre 1813 noch völlig zur Gefolgschaft der Franzosen gehörten, aber er war auch ein Kampf gegen Napoleon. Dieser jedoch war derjenige, der als erster in Europa den Ju-

den die Freiheit gewährt hatte. Sie waren daher überall gewohnt, ihn als ihren Beschützer anzusehen und die Wendung gegen ihn bedeutet einen großen Akt des Heroismus.

Die Beteiligung wird aber geradezu staunenswert, wenn man bedenkt, daß bis 1812 eine Verwendung der Juden zum Heeresdienst gänzlich ausgeschlossen gewesen war; daß ferner bei den ungebildeten Juden sich das Ungeheure des neuen Pflichtenkreises erst allmählich Bahn brach und auch die Behörden zunächst garnicht wußten, was sie mit den Juden anfangen sollten. Noch am 1. April 1813 frug der Staatsrat Lecoq bei der kurmärkischen Regierung an: „ob nicht die Jünglinge des jüdischen Glaubens von 17—24 Jahren mit zur Rekrutierung gezogen werden können." Ferner ist es bedeutsam, daß wirklich ausgehoben, also einem Befehle folgend, nur 80 Juden wurden, alle übrigen sich also freiwillig zum Dienste stellten.

Unter den von Philippson zusammengestellten Freiwilligen befanden sich Gymnasiasten, Studenten, Handwerker, Kaufleute, Apotheker, Lehrer, Aerzte. Sehr viele davon wurden verwundet, andere gefangen, gar mancher erlitt den Tod. Von den Teilnehmern wurden mit dem eisernen Kreuz 72 ausgezeichnet, einzelne auch mit dem russischen St. Georg-Orden. Befördert wurden zum Bataillonstambour 1, zum Sergeant 1, zu Unteroffizieren 19, zu Oberjägern 4, zu Feldwebeln und Wachtmeistern je 2, zum Fähnrich 1, zu Sekondeleutnants 20, zu Premierleutnants 3, und zum Regimentsarzt 1 Jude. Auch diese Zahl dürfte noch mannigfacher Ergänzung bedürfen. So zählt Philippson unter den Freiwilligen nur 2 Aerzte auf, er selbst aber nennt an anderer Stelle eine ziemliche Anzahl anderer Aerzte und bringt ein Zeugnis des christlichen Schriftstellers Buchholz bei, das so lautet: „Tatsache ist, daß jüdische Aerzte und Wundärzte ihr Leben den Gefahren der Hospitäler aussetzten und als heilige Opfer fielen."

Eine von diesen abweichende Notiz ist die, daß in der Schlacht von Bellealliance 55 jüdische Offiziere der Land-

wehr gefallen seien. Sie stützt sich auf eine Angabe von M. Fränkel aus dem Jahre 1815, der seinerseits eine offizielle Mitteilung einer Berliner Zeitung als Quelle angibt, — eine solche hat sich aber bisher nicht finden lassen. Die Angabe ist vielfach wiederholt worden unter anderem in einem Gedichte M. M. Haarbleichers 1865 bei der Feier der fünfzigsten Wiederkehr der Schlacht bei Bellealliance.

Das allgemeine Urteil der kompetenten Behörden lautet durchaus übereinstimmend mit den Worten Hardenbergs, die schon früher angeführt worden sind. So heißt es in einer Denkschrift, die von der preußischen Regierung auf Grund von Ermittlungen des Kriegsministeriums 1847 ausgearbeitet und dem vereinigten Landtag vorgelegt wurde, folgendermaßen:

„Ueber das Verhalten der Juden im Kriege haben die Ermittelungen des Kriegsministeriums zu keinem Resultate von der wünschenswerten Vollständigkeit geführt, indem beim 1., 7. und 8. Armeekorps und bei der Artillerie wegen Mangels der Listen die Zahl der jüdischen Soldaten in den Kriegsjahren nicht auszumitteln gewesen ist, bei den Pionieren aber kein Jude den Feldzug mitgemacht hat; auch beim 4., 6. und 8. Armeekorps und bei der Artillerie in Ermangelung der erforderlichen Notizen keine Auskunft über ihre Führung hat erteilt werden können.

„Indessen hat sich doch ergeben, daß beim 2., 3. und 5. Armeekorps etwa je 40 Mann, beim 6. 60 Mann, beim 4. 80 Mann jüdischen Glaubens gedient haben, und es ist besonders angeführt, daß sie beim 2. und 3. Armeekorps fast sämtlich resp. größtenteils, beim 5. Armeekorps wenigstens die Hälfte, beim 4. Armeekorps, unter den überhaupt 80 Mann 2 Mann als freiwillige Jäger eingetreten sind, während beim 1. Armeekorps, obschon die Listen fehlen, doch als feststehend bezeichnet wird, daß sich im Kriege mehr Freiwillige als im Frieden gemeldet haben. Ihre Führung im Kriege wird beim 2. und 3. Armeekorps als gut bezeichnet, und beim letzteren wie beim 2. Armeekorps wird anerkannt, daß sie zum Teil

mit besonderer Ausezichnung gedient haben, wie denn auch beim 7. Armeekorps ihnen das Zeugnis gegeben wird, sich dem Feinde gegenüber sehr brav benommen zu haben; und vom Generalkommando des 1. Armeekorps angeführt ist, daß ihre im Kriege geleisteten Dienste gelobt würden."

Die amtliche Denkschrift kommt infolgedessen zu dem Resultat, das in den Worten formuliert wird: „Faßt man den Inhalt dieser Ermittelungen zusammen, so darf man als erfahrungsmäßiges Resultat annehmen, daß die Juden des preußischen Heeres von den Soldaten der christlichen Bevölkerung im allgemeinen nicht erkennbar unterschieden sind, daß sie im Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährt, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben, insbesondere die jüdischen Religionsverhältnisse nirgends als ein Hindernis beim Kriegsdienste hervorgetreten sind."

Ueber einzelne jüdische Kämpfer aus jener Zeit sind manche Zeugnisse aufbewahrt. Zunächst ein solches von Willibald Alexis, das so lautet: „Gedacht sei hier noch eines anderen Kameraden, an den mich die politischen Fragen der Gegenwart lebhaft wieder erinnern: Ein kleiner untersetzter schwarzer Mann, nicht schön, und in seinem Wesen nichts von einem Gentleman. Wenn er nicht die Büchse trug, waren seine Waffen Schere und Nadel, und er säumte auch nicht in jedem Quartier, wenn er vom Dienste frei war, die Beine übereinanderzuschlagen und den Faden zu wichsen. Unsere Uniformstücke verdanken ihm, daß sie noch so erträglich aushielten, wenigstens wenn sie Miene machten auseinanderzugehen, war er es, der sie zu ihrer Pflicht fürs Vaterland zurücknötigte. Aber er stand trotz seiner Unansehnlichkeit in großem Ansehen und bei den Hänseleien, die im kameradschaftlichen Leben unvermeidlich sind, wagte sich niemand ihm zu nahen; denn es war bekannt, daß er sich im vorigen Feldzuge tapfer gehalten hatte und mehrmals verwundet war, wovon seine Hand Zeugnis ablegte. Er hieß Schwarzbraun und war ein Jude." Sodann ein Zeugnis von Franz Neumann, aus dem hervorgeht,

wie schwer es den Juden gemacht wurde, ihrer Pflicht zu genügen: „Unter der Kompagnie freiwilliger Jäger, der ich 1815 angehörte, waren zwei Juden. Der eine, vielfach geneckt, warf sich bei dem ersten Kampfe mit dem größten Heldenmute auf den Feind und forderte seine Quälgeister auf, ihm dorthin zu folgen. Von mehreren Kugeln getroffen, lag er bald auf offener Straße. Er wurde gerettet, mußte aber dann sein ganzes Leben lang auf zwei Krücken gehen. Der andere, von feinem und einnehmendem Wesen, fiel bei Ligny." Ein drittes Zeugnis, erst kürzlich am 1. September 1915, von der Vossischen Zeitung aus der Nummer vom 9. Dezember 1815 wiederholt, lautet so:

„Louise Grafemus (eigentlich Esther Manuel, aus Hanau gebürtig, 30 Jahre alt, jüdischer Abkunft und Religion), Witwe des Wachtmeisters Grafemus im Regiment Konstantin Garde-Ulanen, wollte ihrem Manne, der sie und zwei Kinder verlassen hatte, im Jahre 1813 nach Schlesien nachziehen, entschloß sich aber, in der Hilflosigkeit, worin sie sich befand, als sie Berlin erreicht hatte, selbst Kriegsdienst zu nehmen, welches ihr um so leichter ward, als sie in Mannskleidern reisete. Sie trat daher in das Königsberger 2. Landwehr-Ulanen-Regiment, unter dem Major von Herrmann, machte die Feldzüge von 1813 und 1814, erst als Freiwilliger, zuletzt als Wachtmeister mit, wurde zweimal verwundet, bei Jüterbog am Fuße und in der Gegend von Metz, erhielt auf dem Marsche durch Holland im Armeekorps des Generals Grafen Bülow von Dennewitz das Eiserne Kreuz, traf unvermutet am 29. März 1814 mit ihrem Manne (der noch immer in russischen Diensten stand) bei Montmartre zusammen, verlor ihn aber schon am folgenden Tage durch eine Kanonenkugel. Mit ehrenvollen Wunden und Auszeichnungen bedeckt, mit ehrenvollsten Zeugnissen des Wohlverhaltens entlassen, ist sie seitdem vom Regiment abgegangen und kehrt nun, nach einigem Aufenthalt in Berlin, nach Erfurt oder Hanau, ihrer Heimat, zu ihren Kindern zurück. Möge sie dort ihre Mutterpflichten mit eben der Treue erfüllen, die ihr

als Krieger den Beifall Sr. Majestät des Königs und des preußischen Heeres erwarb! Möge ihr aber auch allgemeine Teilnahme werden und Unterstützung von vielen Wohlwollenden und Edeln, damit sie, ihrer vorigen Lebensbahn zurückgegeben, im Stande sey, sie zu ihrem und ihrer Kinder Glück, heiter und sorgenfrei zu durchlaufen."

Gleichfalls in neuester Zeit ist Folgendes bekannt geworden. In Gnoien, einer kleinen mecklenburgischen Stadt, wurde am 25. März zur Stellung freiwilliger Mannschaft aufgefordert. Es meldeten sich sogleich vier, unter denen sich 1 Jude befand. Der Magistrat bat den Herzog Friedrich Franz I. „daß bei Besetzung der Offiziersstellen auf die Freiwilligen Rücksicht genommen und jeder, der sich durch Kenntnisse und gute Aufführung dazu qualifiziere, ohne Unterschied der Geburt und Religion dazu fähig sein sollte. Wirklich wurde auch der Jude Salomon Rose gleich zum Unteroffizier gemacht und ihm ein Avancement in Aussicht gestellt. Daß auch die mecklenburgischen Juden sich im Kriege bewährt haben, geht aus dem Schreiben des Regierungsrat v. Lützow, 7. August 1828 hervor, in dem es heißt: „Es hat sich nirgends ergeben, daß die Juden die vollen Rechte der Staatsbürger zu erfüllen nicht imstande wären, vielmehr haben sie in Zeiten der Gefahren unter Opfern für die Erhaltung des Vaterlandes mit den Christen geeifert."

Ein anderer, ein Schlesier, Siegmund Pleßner aus Pleß muß sich besonders im Kriege ausgezeichnet haben; nach den Worten seines obersten Kriegsherrn: „Gewisser Lohn wird treffen den, der sich auszeichnet" erhielt er später im Frieden die Stelle eines Mathematiklehrers in Erfurt und bekam bei seinem Abschied den Hauptmannsrang. (Allgemeine Zeitung des Judentums 1913 S. 402).

Außer den Vielen, die eiserne Kreuze erhielten, empfing einer, der Hofagent Simon Kremser (gestorben 1851 in Breslau) den Orden pour le mérite. Indessen war er nicht Soldat,

sondern Kommissar des Fürsten Blücher. Er hatte unter großen Gefahren dem Fürsten in der allgemeinen Sache des Vaterlands große Dienste geleistet. (Kremser ist übrigens der Begründer der Berliner Omnibusse, die vom Brandenburger Tore aus Personen nach den umliegenden Dörfern befördern. Durch diese Wagen „Kremser" ist der Name des Begründers dieser Einrichtung, wenigstens in Berlin, unsterblich geworden.)

Wie kriegsbereit sich auch die Juden an anderen Orten zeigten, geht aus folgendem merkwürdigen Vorfalle hervor. Die Darmstädtische Regierung hatte den jüdischen Untertanen den Vorschlag gemacht, sich durch eine Geldablösung von dem Heeresdienste zu befreien; ein jüdischer Bezirksvorsteher gab sich zum Handlanger dieser erbärmlichen Maßregel her. Dagegen richteten die Juden des Städtchens Geseke am 12. Mai 1814 einen flammenden Protest, aus dem hier einzelne Stellen mitgeteilt werden mögen:

„Infolge der höchsten Verordnung vom 23. Januar ds. Jrs. haben wir uns gestellet und uns den Verrichtungen und sonstigen militärischen Dienstleistungen wie jeder brave Untertan ohne Murren gefügt. Wir müssen uns schämen, wenn wir als biedere Deutsche nunmehr zurücktreten und statt der Lanze, des Gewehres oder des Säbels das Hasenpanier wählen wollen. Wir sind nicht jene feigen Menschen, welche vielleicht der Vorsteher und andere sein mögen. Wir bleiben unserer Sache getreu und werden, wo es nötig wird, unser Vaterland mit Vergnügen mit unserem Blute verteidigen helfen. Wir müssen uns also diese höchste Gnade verbitten und sind überzeugt, daß Seine Königliche Hoheit, unser Großherzog, diesen Brudersinn nicht verkennen, sondern mit höchstem Wohlgefallen aufnehmen werde. Wir lassen uns daher auf den einseitig von dem Vorsteher gewagten Befreiungsvorschlag nicht ein, protestieren dagegen ausdrücklich mit der bestimmten Erklärung, daß wir nicht zahlen, sondern in Gemäßheit der vorergangenen Verordnung den einmal gewählten Militärstand nicht verlassen werden."

Auch diejenigen unter den Juden, die nicht mittun konnten, sondern zuhause bleiben mußten, erhoben ihre Stimme für die heilige Sache. Freilich, es ist kein so vollständiger Chorus, wie in den späteren Kriegsperioden, aber die Juden waren ja, wie man immer bedenken muß erst seit wenigen Jahrzehnten der deutschen Bildung gewonnen; wenige Jahre vorher gestand der spätere Altmeister der Wissenschaft des Judentums, Leopold Zunz, daß er, der in Deutschland Geborene, erst in seinem 12. oder 13. Jahre das erste deutsche Buch gelesen habe.

Gewiß wurden während der glorreichen Siegeszeiten manche begeisterten Reden auch von Juden gehalten. Eine des Oberrabbiners Weyl wird später noch erwähnt. Ganz neuerdings ist auf eine Rede hingewiesen worden, die der interemistische Rabbiner L. J. Saalschütz am 19. April 1815 bei der Einweihung der Gemeindesynagoge und der damit verbundenen Weihe der jüdischen Kriegsfreiwilligen in Königsberg in Preußen gehalten hat. Es ist eine sehr patriotische Rede, in der es unter anderm heißt: „Wir, des Vaterlandes jüngste Kinder blieben im vorigen heiligen Kriege nicht zurück und aufs Neue zeigt sich unser kindlicher Sinn, unsere Anhänglichkeit, unsere Liebe zu unserem Vater durch die Bereitwilligkeit, Gut und Blut für das Vaterland, für *unser Vaterland* herzugeben".

Bedeutender ist die Rede des Glogauer Oberrabbiners A. G. Tiktin, bei der Feier des Einzuges der Alliierten in Paris gehalten. Die Rede, hebräisch gesprochen, von der uns aber eine zeitgenössische deutsche Uebersetzung bekannt ist, wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen den Thronräuber und preist den angestammten rechtmäßigen Throninhaber, zeichnet das Schreckbild des einen und das Lichtbild des andern und jubelt darüber, daß das letzte Auftreten des Schreckens und der Geißel Europas zu Schanden geworden ist.

Die großen Dichter der Befreiungskriege sind freilich Christen, aber eine Erwähnung verdient es doch, daß Körner, als er anfing, patriotisch zu dichten, zu Wien in einem wesent-

lich jüdischen Kreise lebte und verkehrte, zu dem die schöne Marianne Saaling und die jüdischen Frauen Eskeles und Arnstein gehören. Demselben Kreise, in dem auch einige Jahre später während des Wiener Kongresses der gleichfalls patriotische Dichter F. A. Stägemann seine besten Stunden verdankte, und auch für seine vaterländischen Gedichte feurige und begeisterte Zuhörerinnen fand.

Auch einzelne jüdische Schriftsteller und Dichter können aufgezählt werden, die mit Worten wirkten, da es ihnen mit dem Schwerte dreinzuschlagen versagt war. Wenn man die Bogen durchmustert, auf denen in Gödekes Grundriß Bd. 8 die Literatur der Jahre 1813—15 verzeichnet ist, so begegnet man freilich nur einem, dessen Namen die Zugehörigkeit zum Judentum zu bekunden scheint, nämlich S. H. Friedländer, Volks- und Jägerlieder im Frühling 1813, Berlin, auf Kosten des Verfassers 1813.

Aber Börne, Heine, Robert, Beer dürfen als Zeugen angeführt werden.

Ludwig Börne, damals noch Louis Baruch geheißen, den man mit Unrecht einen Französling genannt hat, war im Herzen stets ein guter Deutscher, einer der wenigen, die in jener Zeit Preußens Führerrolle für Deutschland ahnten und wünschten. Damals war er seit 1812 Beamter des Großherzogtums Frankfurt und hatte nicht viel Zeit zu schriftstellern; eine Zeitlang aber arbeitete er an der Zeitung der Stadt Frankfurt mit. Sein einziger Artikel, der sich bestimmt nachweisen läßt, „Was wir wollen" (Neue kritische Ausgabe Bd. I S. 140 ff.) ist ein Zeugnis hochgesteigerter nationaler Empfindung. Der Verfasser gibt darin ein schönes Programm für Männer, Frauen und Kinder, weist ihnen ihre Tätigkeit an in den Kriegszeiten und für die kommenden Jahre des Friedens, und spricht als sein Programm und als das seiner gleichdenkenden Glaubensgenossen aus:

„Wir wollen freie Deutsche sein, frei in unserm Hasse, frei in unsrer Liebe. Mit dem Leibe nicht, nicht mit dem Herzen

einem fremden Volke ergeben. Tyrannei verwundet und kann nur töten; aber die Lust, die schmeichelnde, vergiftet und versiecht, jene lähmt die Kraft, diese auch den Willen. Wir wollen frei sein, nicht jenen Inselbewohnern untertan, die uns bereichern und entnerven. . . .

Wir wollen freie Deutsche sein und damit wir es bleiben, über sklavische willenlose Völker auch nicht herrschen. Mögen jene Knaben sich mit den Scherben ihres zerbrochenen Ruhms ergötzen, wir wollen ihr Spiel nicht teilen und nicht stören, wir wollen es belächeln und verachten . . .

Wir wollen Deutsche sein, ernsten ruhigen Sinns, nicht in dumpfer Gefühllosigkeit auf dem Bauche kriechen, nicht mit wächsernen Flügeln in das Reich der Sonne steigen. Wir wollen stark sein, der Gebieter in seiner Macht, im Gehorchen der Bürger."

Auch Heinrich Heine hat trotz seiner damaligen und späteren glühenden Begeisterung für Napoleon den Freiheitskämpfen nicht teilnahmslos ferngestanden, vielmehr ergriff der sechzehnjährige bald nach der Schlacht bei Bellealliance das Wort. Die Echtheit dieses Gedichtes ist freilich von manchem angezweifelt worden, da es nicht in Heines Handschrift, sondern nur in einem Abdruck des berüchtigten Fälschers Steinmann vorliegt. Das Gedicht ist erfüllt von wahrem Patriotismus.

„Und des Trugs Altäre wanken,
Stürzen ein im grausen Schlund.
Alle Deutschen Herzen danken;
Frei ist deutscher heilger Grund.

Siehst du's lodern hoch vom Berge?
Sag, was deut die Flamme wild?
'S deut dies Feuer auf dem Berge
Deutschlands reines starkes Bild.

Aus der Sünde Nacht enttauchet,
Stehet Deutschland unversehrt;
Noch die dumpfe Stelle rauchet,
Wo die schönre Form entgährt . . .

Alte Sitte, alte Tugend,
Und der alte Heldenmut.
Schwerter schwinget Deutschlands Jugend;
Hermanns Enkel scheut kein Blut . . . .

Deutschlands Töchter wie Luise
Deutschlands Söhne Friedrich gleich.
Hör im Grabe mich Luise,
Herrlich blüh das deutsche Reich.

Ein dritter, Ludwig Robert, allerdings früh zum Christentum übergegangen, veröffentlichte 1817 einen Gedichtzyklus „Kämpfe der Zeit". Ueber dies sehr selten gewordene Gedicht drückt sich Karl Gödeke folgendermaßen aus: „Es sind lang ausgesponnene lyrische Gedichte, meist in freien Rythmen, voll ehrenhafter patriotischer Gesinnung, voll entschiedner Feindseligkeit gegen Napoleon, gedankenreich, nur ohne irgend einen ergreifenden lyrischen Ton. Er will in diesem Gedicht auf der einen Seite die Masse der Nationen von dem Vernunftsinstinkt geleitet darstellen, auf der andern nur einen einzigen Vertreter thronend auf sich selbst zerstörender selbstischer Klugheit, Willenskraft und Genialität."

Als vierter und letzter darf Michael Beer hier angeführt werden, obgleich er, 1800 geboren, für die Zeit der Befreiungskriege nicht völlig in Betracht kommt. Doch wird man ihn nicht unerwähnt lassen können, weil er eben zu jenen Juden gehörte, die groß geworden in den Zeiten der politischen Erregung, sich bei aller Anhänglichkeit an den väterlichen Glauben als Deutsche zu fühlen gelernt hatten. Freilich seine Lieder — der schwächste Teil seiner poetischen Leistungen — sind fast ausschließlich der Kunst und der Liebe gewidmet. Und doch findet sich in ihnen Einzelnes, das die Stimmung jener Zeit wiederspiegelt. Da ist zunächst eine große, nicht leicht verständliche Vision zu erwähnen, „Des Kaisers Traum", in dem eebnsowenig von dem Napoleonkultus wie von jenem grimmen

Haß gegen den Tyrannen zu spüren ist, der die Freiheitskämpfer erfüllt hatte, sondern ein gewisses Mitgefühl mit dem Einsamen, der in Trauer seine späten Tage verleben mußte. In einem andern Gedichte „Kaiser Karls Wanderung" findet sich die bei den Zeitgenossen so übliche Erinnerung an Kaiser Karl und das Verlangen nach einem neuen Kaiser, der machtvoll über das neue Deutschland herrschen solle mit dem wehmütigen Schluß:

Und ruft: Ich sucht' mein Deutschland,
Und find' es nirgends mehr.
Drauf legt er wieder ins Grab sich
Und träumt von Sorgen schwer.

Und endlich ein anderes Gefühl, das gerade unter den deutschen Juden in der Zeit nach dem Befreiungskriege allgemein verbreitet war, das der Fremdheit im eigenen Lande, die Empfindung, daß die Juden trotz aller Hingabe an das Vaterland, trotz des Verlangens Deutsche mit Deutschen zu sein, zurückgestoßen wurden. Wie Michael Beer in seinem „Paria" dies herzzerreißende Weh, das die besten Kräfte zerstörte, zu so hochpoetischem Ausdruck gebracht hat, so kehrt dieser bohrende Schmerz auch in seinen Gedichten wieder. Man könnte vielleicht das folgende dreistrophige Gedicht auf eine Geliebte deuten und ihm die Erklärung geben, der in der Fremde lebende Dichter — Beer hat lange Zeit in Paris zugebracht — denke an seine Heimat, aber man geht wohl nicht fehl, wenn man den Versen, namentlich wegen der Ueberschrift „Barbarus. Hic ego sum" eine vaterländische Erklärung gibt.

Keiner weiß hier, was mir fehlet,
Keiner, was mich hoch entzückt.
Wenn mich's still im Busen quälet,
Wenn mein Auge fröhlich blickt.
Keiner ahnt's mit Freundes Sinn,
Weil ich hier ein Fremder bin.

Wenn die Augen spät sich schließen
Zu des Schlummers karger Ruh,
Wenn die bittern Tränen fließen,
Keiner fragt: Was weinest du?
Gramvoll flieht mein Leben hin,
Weil ich hier ein Fremder bin.

Und die Holde, der dies Sehnen,
All mein Leben zugehört,
Spottet meiner stillen Tränen
Und der Qual, die mich verzehrt.
Kehrt sich ab mit fremden Sinn,
Weil ich hier ein Fremder bin.

Denn die Juden bekamen in den folgenden Jahrzehnten gar sehr zu spüren, daß sie Fremde waren.

Das merkwürdigste Beispiel der Zwitterlage, in der sich die Juden befanden, zugleich aber ein denkwürdiges Vorbild von Charakterstärke bietet das Leben des schon einmal kurz erwähnten jüdischen Major Burg. Gar manche der in dem Befreiungskriege Avancierten wären gern bei der militärischen Laufbahn verblieben, andere jüdische Jünglinge würden sie mit Freuden ergriffen haben, keinem gelang es als ihm aber auch ihm nur, da er einen mächtigen fürstlichen Gönner besaß.

Meno Burg, geboren am 9. Oktober 1789, trat, wie schon erwähnt, im Jahre 1813 als Freiwilliger ein, wurde bei der Garde in Breslau nicht angenommen, aber durch Vermittlung des Prinzen August nach Neiße als Kanonier geschickt, mußte aber während des Krieges gegen seinen Willen in Spandau bleiben. Er wurde zum Unteroffizier befördert, als Lehrer der Mathematik an die Artillerieschule nach Berlin ernannt, 1815 zur Feldartillerie versetzt, konnte aber am Kriege selbst nicht teilnehmen. Am 28. August 1815 wurde er zum Sekondeleutnant ernannt, nach kurzer Tätigkeit in Danzig wieder zur Schule in Berlin berufen. Durch seine Lehrbücher, die dort ein-

geführt wurden, erlangte er großes Ansehen, mußte freilich seines Glaubens wegen manche Belästigungen erdulden. 1826 wurde er zum Premierleutnant, 1832 zum Hauptmann ernannt, erhielt 1837 bei seinem 25jährigen Jubiläum das Dienstzeichenkreuz, 1841 den Roten Adlerorden, 1845 die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft. 1847 wurde er Major, am 26. August 1853 starb er an der Cholera. Sein Leichenbegängnis bewies, welch allgemeiner Anerkennung er sich in militärischen Kreisen erfreute. Er war ein ausgezeichneter Schriftsteller, dessen Lehrbücher sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten, in fremde Sprachen übersetzt vielfach in Schulen eingeführt wurden, ein trefflicher Lehrer, der sich bei Generationen von Schülern Hingebung und Bewunderung erwarb, ein bescheidener Mann, der trotz der hohen Stellung, die er erlangt, trotz der Hochschätzung, deren er sich in ungewöhnlicher Weise bei seinen Vorgesetzten erfreute, aber auch trotz der vielen Anfeindungen, die er zu bestehen hatte, sein ruhiges, männliches Wesen niemals aufgab. Er war und blieb ein treuer Sohn seiner Glaubensgemeinschaft.

III.

1815—1870

Die folgenden Jahrzehnte waren unkriegerisch; die deutschen Juden hatten daher ebensowenig Gelegenheit, sich in Kriegen zu bewähren wie die deutschen Christen.

Schwer lastete auf allen bald nach Beendigung des Freiheitskrieges die Reaktion. Diese und die im Gefolge des hochgesteigerten Nationalgefühls einziehende Deutschtümelei wurden den Juden besonders verderblich. Die erstere um so mehr, da sie mit einer Stärkung des christlichen Bewußtseins Hand in Hand ging, und die Juden von Glaubens wegen bedrohte, die letztere, weil sie, das nationale Empfinden steigernd, die Juden als Fremde verfolgte. Zwar zu einem Versuche, ihnen die schwer erworbenen Rechte zu rauben, kam es nicht. Aber an vielen süddeutschen und in einigen norddeutschen Orten artete das Hep-Hep-Geschrei in schlimmere Verhöhnungen, ja geradezu in Ausschreitungen aus, und wäre leicht im Stande gewesen, die deutsche Gesinnung in der neuen Generation zu töten, wenn diese nicht so fest eingewurzelt gewesen wäre.

Wenn also auch die Juden fürchten mußten, von den Deutschen ausgestoßen oder als mindestens nicht gleichwertig betrachtet zu werden, so nahmen sie doch gleich den übrigen Deutschen Anteil an der kriegerischen Entwicklung der anderen Nationen. Wie sie, ähnlich ihren christlichen Landsleuten ihre Sympathie für die belgische und französische Revolution am Anfang des 4. Jahrzehnts erklärten — man denke nur an Heine und Börne, welche geradezu als diejenigen gelten

können, die den revolutionären Sinn in Deutschland begründeten und verbreiteten, — so schenkten sie ihre Sympathie den Griechen, die für ihre Befreiung kämpften, und vor allen den Polen. Den letzteren mehr als den Ersteren. Denn Griechenland war ihnen fern und fremd, hatten doch die Juden darin kaum eine Stätte, jedenfalls keine gastliche gefunden. Trotzdem haben sie gewiß bei den Sammlungen für die Griechen, die in Deutschland besonders in Berlin, auf das lebhafteste betrieben wurden, reichlich ihr Scherflein beigesteuert (für Berlin gibt es dafür bestimmte Zeugnisse). Aber Polen lag ihnen nahe. Mit diesem Lande verband sie nicht bloß die sagenhafte Geschichte des jüdischen Königs Simon Wahl, der eine Nacht lang die Krone getragen haben soll, sondern der Umstand, daß Millionen ihrer Glaubensgenossen in jenem Lande lebten, und trotz mancher Wechselfälle ein nicht übles Dasein geführt hatten.

Infolgedessen äußerte sich die Teilnahme, ja die Begeisterung der deutschen Juden für diese Kämpfe. Zwei Zeugnisse, die diesen Enthusiasmus bekunden, mögen genügen. Moritz Hartmann, der übrigens auch ein hübsches Gedicht auf Waterloo gedichtet hatte (Werke I S. 33), hat eine ganze Anzahl Polenlieder verfaßt, zum Teil in Bezug auf die früheren Schicksale Polens („Polenlied, ein Vater, Die drei"). Namentlich in dem letzteren kommt die Sympathie für Polen und zugleich die Trauer des heimatlosen Juden zum Ausdruck:

> Der zweite drauf: Bringst du's dem Vaterlande,
> So trink ich nicht — ich trinke meine Schande,
> Denn Jakob's Same ist ein fliegend Laub
> Und faßt nicht Wurzel in der Knechtschaft Staub.
>
> Laß erst des müden Armes Fessel sinken,
> Dann komm heran, dann will ich heiter trinken,
> Vergessen dann das eingebrannte Mal —
> Bis dorthin sitz ich stumm am Lustpokal.

Der zweite, der hier in Betracht kommt, ist Moritz Veit, 1808—64, Buchhändler, Politiker und Dichter, einer der wackersten jüdischen Deutschen, der unentwegt für die Befreiung seiner Glaubensgenossen gestritten und echt deutsche Gesinnung sein Leben lang bewährt hat. In seinen „Polenliedern" Hamburg 1832, blickte er mit Neid auf die östlichen Brüder, die Koszinskos Odem beseelte und klagte, daß es nun schon 18 lange Jahre her sei, daß die Deutschen auch einmal den Geist beschworen; er sprach es aus, daß er und seine Gesinnungsgenossen „deine Schlachten in heiliger Sympathie teilen." Er verkündete den Ruhm einzelner Helden und klagte Europas Nationen an, Polens Fall tatenlos zuzusehen. Deutschlands Dichtern aber rief er mit flammenden Worten zu, die kleinen Leiden, die ihre Brust erschuf, zu vergessen, und Herz und Sinn mit dem großen Schmerz zu füllen, der Europas Heldenherz zerrissen habe. Er schloß mit den Versen:

Ihr duldet nicht, ihr Lieder, daß es der Macht gelingt,
Den Heldenruhm zu schmälern, der alle Welt bezwingt.
Wohl habt ihr keine Säule, die eure Siege nennt,
Weil ihre stumme Sprache auch eure Schuld bekennt.

Ihr aber baut, ihr Lieder, das Siegesdenkmal auf
Und schreibt die Heldennamen mit Flammenschrift darauf.
Der lässigen Geschichte, die streng der Nachwelt harrt,
Entreißt den trägen Griffel für unsre Gegenwart.

Gewiß haben auch manche deutschen Juden gleich so vielen Fremden, die sich in die kämpfenden Legionen drängten, an diesem polnischen Freiheitskampfe teilgenommen; die Schilderung eines unter ihnen, der, mag er nun von Geburt Pole oder Deutscher gewesen sein, jedenfalls in Deutschland seine Bildung erlangt hatte, Joels, des Sohnes des alten Manasse, der mit voller Begeisterung an dem Kriege teilnahm, Wunder der Tapferkeit verrichtete, aber seines Judentums wegen in der Liebe zurückgestoßen wird, (ähnlich wie der jüdische Hauptmann in Börnes Skizze „Der Roman") und der auch durch

seine kriegerischen Leistungen nicht die Anerkennung findet, die er verdient und schließlich an Polen und an dem Siege der Freiheit verzweifelt, hat Heinrich Laube in seinem Romane „Die Krieger" (dem 2. Teile seiner Trilogie „Das junge Europa") mit starker Sympathie für den Helden gezeichnet.

Während in den 30er und 40er Jahren in Oesterreich die Juden in den militärischen wie in den anderen Beamtenstellen gewohnheitsmäßig vorrückten, entwickelten sich in Preußen die Verhältnisse gefahrdrohend. Man mußte geradezu fürchten, daß den Juden die Militärpflichtigkeit, die ihnen zu einem teuren Rechte geworden war, geraubt würde. Schon in den den Freiheitskriegen folgenden Jahren begannen die kleinen Beraubungen der von ihnen gewonnenen Rechte. 1833 wurde ein neues Judengesetz geplant, kam aber nicht zur Ausführung. Dagegen wurde in dem genannten Jahre eine neue Judenordnung für die preußische Provinz Posen erlassen (1. Juni), in der die Juden von der Heerespflicht ausgenommen und lediglich „den dazu moralisch und körperlich geeigneten Juden gestattet wurde, innerhalb ihres militärpflichtigen Alters freiwillig in den Militärdienst zu treten." Dafür wurden die Väter der nicht eintretenden Söhne mit einer Sondersteuer „Rekrutengeld" genannt, belegt.

Während schon diese Ausnahmestellung von den vaterländisch gesinnten Juden in Preußen sehr übel aufgenommen wurde, sah es so aus, als wenn wenige Jahre später ein entscheidender Schlag wider sie geführt werden sollte. Bald, nämlich nach der Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm IV., auf den auch jüdische Politiker ähnlich wie so viele Preußen des christlichen Glaubensbekenntnisses große Hoffnungen gesetzt hatten, verbreitete sich das Gerücht von einer geplanten neuen Judenordnung, die, wie man fürchtete, der Militärpflichtigkeit der Juden ein Ende machen würde. Gegen die geplante Maßregel versuchten die jüdischen Gemeinden in Berlin, Breslau und Königsberg mannigfache Schritte;

Moritz Veit, der uns vor kurzem als Dichter begegnet ist, entfaltete hier eine ungemein große Tätigkeit, für die er namentlich Johann Jacoby und die Vertreter anderer Gemeinden als Helfer aufrief. In einer großen Eingabe an den König wurde die Militärpflicht als ein ehrenvolles Recht gepriesen. Besonders wichtig ist eine Eingabe der Berliner Gemeinde, verfaßt von Veit an den Kriegsminister von Boyen vom 9. März 1842. Die Berliner erbaten die Mitwirkung des Ministers für die Beibehaltung der Militärpflichtigkeit der Juden. Als Zeugnis ihrer patriotischen Gesinnung übersendete Veit eine Predigt des Landesrabbiners Weyl, die dieser 1813 an die zum Heere abgehenden jüdischen Freiwilligen gehalten hatte. Veit schrieb ferner: „In Ew. Excellenz leben noch heute die Gesinnungen der gewaltigen Zeit, die jeden Kreis in ihre Dienste nahm und jedes Verdienst belohnte. In dem Jubel der allgemeinen Begeisterung verstummte das Vorurteil; im Drange großer Begebenheiten, die den Menschen über sich selbst erheben, war keine Zeit zu ängstlichem Abwägen. Ew. E. hefteten mit eigener Hand zuerst ein eisernes Kreuz an die Brust eines Juden und haben dadurch der Gesinnung die sich damals unter uns kundgab, ein dauerndes Denkmal gegründet." Boyen antwortete am 22. März, er habe die von Veit ausgedrückten Gesinnungen gerne gelesen und „werde zur Erfüllung des mir mitgeteilten Wunsches, soweit es mir die Gesetze gestatten, mitzuwirken, stets gerne bereit sein."

Trotzdem bereitete sich eine ungünstige Entscheidung vor. Der Minister des Innern Rochow antwortete den jüdischen Gemeinden am 5. Mai: Es sei die Absicht des Königs, Beschränkungen aufzuheben, aber diese müßten an Bedingungen geknüpft werden, die im Wesen des christlichen Staates lägen, „nach welchen es nicht zulässig ist, den Juden irgendeine obrigkeitliche Gewalt über Christen einzuräumen. Mit der Aufhebung der Militärpflicht würde ihnen nichts genommen werden, da ihnen der freiwillige Eintritt in das Heer gestattet

seine kriegerischen Leistungen nicht die Anerkennung findet, die er verdient und schließlich an Polen und an dem Siege der Freiheit verzweifelt, hat Heinrich Laube in seinem Romane „Die Krieger" (dem 2. Teile seiner Trilogie „Das junge Europa") mit starker Sympathie für den Helden gezeichnet.

Während in den 30er und 40er Jahren in Oesterreich die Juden in den militärischen wie in den anderen Beamtenstellen gewohnheitsmäßig vorrückten, entwickelten sich in Preußen die Verhältnisse gefahrdrohend. Man mußte geradezu fürchten, daß den Juden die Militärpflichtigkeit, die ihnen zu einem teuren Rechte geworden war, geraubt würde. Schon in den den Freiheitskriegen folgenden Jahren begannen die kleinen Beraubungen der von ihnen gewonnenen Rechte. 1833 wurde ein neues Judengesetz geplant, kam aber nicht zur Ausführung. Dagegen wurde in dem genannten Jahre eine neue Judenordnung für die preußische Provinz Posen erlassen (1. Juni), in der die Juden von der Heerespflicht ausgenommen und lediglich „den dazu moralisch und körperlich geeigneten Juden gestattet wurde, innerhalb ihres militärpflichtigen Alters freiwillig in den Militärdienst zu treten." Dafür wurden die Väter der nicht eintretenden Söhne mit einer Sondersteuer „Rekrutengeld" genannt, belegt.

Während schon diese Ausnahmestellung von den vaterländisch gesinnten Juden in Preußen sehr übel aufgenommen wurde, sah es so aus, als wenn wenige Jahre später ein entscheidender Schlag wider sie geführt werden sollte. Bald, nämlich nach der Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm IV., auf den auch jüdische Politiker ähnlich wie so viele Preußen des christlichen Glaubensbekenntnisses große Hoffnungen gesetzt hatten, verbreitete sich das Gerücht von einer geplanten neuen Judenordnung, die, wie man fürchtete, der Militärpflichtigkeit der Juden ein Ende machen würde. Gegen die geplante Maßregel versuchten die jüdischen Gemeinden in Berlin, Breslau und Königsberg mannigfache Schritte;

Moritz Veit, der uns vor kurzem als Dichter begegnet ist, entfaltete hier eine ungemein große Tätigkeit, für die er namentlich Johann Jacoby und die Vertreter anderer Gemeinden als Helfer aufrief. In einer großen Eingabe an den König wurde die Militärpflicht als ein ehrenvolles Recht gepriesen. Besonders wichtig ist eine Eingabe der Berliner Gemeinde, verfaßt von Veit an den Kriegsminister von Boyen vom 9. März 1842. Die Berliner erbaten die Mitwirkung des Ministers für die Beibehaltung der Militärpflichtigkeit der Juden. Als Zeugnis ihrer patriotischen Gesinnung übersendete Veit eine Predigt des Landesrabbiners Weyl, die dieser 1813 an die zum Heere abgehenden jüdischen Freiwilligen gehalten hatte. Veit schrieb ferner: „In Ew. Excellenz leben noch heute die Gesinnungen der gewaltigen Zeit, die jeden Kreis in ihre Dienste nahm und jedes Verdienst belohnte. In dem Jubel der allgemeinen Begeisterung verstummte das Vorurteil; im Drange großer Begebenheiten, die den Menschen über sich selbst erheben, war keine Zeit zu ängstlichem Abwägen. Ew. E. hefteten mit eigener Hand zuerst ein eisernes Kreuz an die Brust eines Juden und haben dadurch der Gesinnung die sich damals unter uns kundgab, ein dauerndes Denkmal gegründet." Boyen antwortete am 22. März, er habe die von Veit ausgedrückten Gesinnungen gerne gelesen und „werde zur Erfüllung des mir mitgeteilten Wunsches, soweit es mir die Gesetze gestatten, mitzuwirken, stets gerne bereit sein."

Trotzdem bereitete sich eine ungünstige Entscheidung vor. Der Minister des Innern Rochow antwortete den jüdischen Gemeinden am 5. Mai: Es sei die Absicht des Königs, Beschränkungen aufzuheben, aber diese müßten an Bedingungen geknüpft werden, die im Wesen des christlichen Staates lägen, „nach welchen es nicht zulässig ist, den Juden irgendeine obrigkeitliche Gewalt über Christen einzuräumen. Mit der Aufhebung der Militärpflicht würde ihnen nichts genommen werden, da ihnen der freiwillige Eintritt in das Heer gestattet

bliebe." Damit wurden die schlimmsten Befürchtungen erregt, und es kam nun darauf an, den drohenden Maßnahmen entgegen zu wirken.

Daher wurden auch von anderen Gemeinden Schritte unternommen, um der Entrechtung entgegen zu treten. Das Breslauer Obervorsteherkollegium wandte sich an den Breslauer Rabbiner Abraham Geiger, mit dem Auftrage, ein ausführliches rabbinisches Gutachten über die Frage zu erteilen: „Ob es sich mit den Grundsätzen unserer Religion und den bestehenden Ritualgesetzen vertrage, daß die jüdischen Untertanen der allgemeinen Militärpflicht nachkommen" (1. Juni 1842). Geiger kam dieser Aufforderung nach (6. Juni). Er wies nach, daß die rabbinischen Gesetze die Abwehr aller Angriffe auch am Sabbath gestatteten, ja auch den Angriff erlaubten, daß sowohl in Feindesland als im eigenen Lande während der Kriegszeiten eine Befreiung von den Ritualvorschriften stattfinden dürfte. Nach diesen Erörterungen kam er zu folgenden Schlüssen:

1. Die Geschichte spricht unwiderleglich dafür, daß die Juden zu allen Zeiten und in allen Ländern ohne irgendeinen Gewissensskrupel Kriegsdienste geleistet haben, und wo es nicht geschah, war es von den Staaten selbst, welche die Juden wider deren Willen vom Kriegsdienste ausschlossen, so angeordnet.

2. Im jüdischen Staate gab es, vom rabbinischen Standpunkte, pflichtmäßige und freiwillige, d. h. bloße Eroberungskriege; in beiden waren alle sonst geltenden Gesetze, auch die über Sabbat und verbotene Speisen, aufgehoben, sobald der Kriegszustand deren Verletzung mit sich führte.

3. Die Erfahrung lehrte, daß man die Befreiung von den bestehenden Gesetzen im Kriegszustande und zur Selbstverteidigung nicht auf das Unausweichliche beschränken dürfe, sondern auch alle Vorbereitungen und alle Handlungen zur Abwehr künftiger Gefahr der augenblicklichen Verteidigung gleichzustellen sind, und es wurde daher die Suspension der sonst gesetzlichen Bestimmungen auch auf diese Fälle ausgedehnt.

4. Der heutige Staat ist unser Vaterland und legt uns dieselben Pflichten auf wie der ehemalige jüdische. Die Kriegführung beruht nach rabbinischem Standpunkte auf der Pflicht der Selbsterhaltung, welcher alle sonstigen rabbinisch-gesetzlichen Vorschriften weichen müssen.

5. Die wenigen Beschränkungen, welche im jüdischen Staate bei Eroberungskriegen aus Rücksicht auf die rabbinisch-gesetzlichen Vorschriften galten, betrafen nur das Staatsoberhaupt und hatten ihren Grund darin, daß der ganze Staat auf jüdischen Grundsätzen beruhte; der Einzelne war jedoch den Anordnungen des Staates und der daraus resultierenden Pflicht der Verteidigung unter allen Umständen unterworfen. Der heutige Staat, nicht auf jüdischen Grundsätzen beruhend und nicht von einem jüdischen Herrscher geleitet, kennt daher auch diese Beschränkung nicht, und der Einzelne hat der Pflicht der Verteidigung alles andere nachzusetzen. Unter unseren Regenten werden aber ferner nur Kriege zur Verteidigung geführt, also pflichtmäßige Kriege, bei denen selbst im jüdischen Staate Beschränkungen nicht stattfanden. Die heutige Kriegsführung fordert endlich die mannigfachsten Vorbereitungen auch in Friedenszeiten, und diese führen dieselben Befreiungen mit sich wie der wirkliche Kriegszustand.

Es findet demnach die Uebernahme der Militärpflichtigkeit nicht bloß kein Hindernis in dem rabbinischen Judentume, sondern dieselbe ist eine religiöse Pflicht, und zwar die höchste, der alle anderen sich unterordnen müssen, so daß der fromme Jude sich ihr nicht entziehen darf. Es kann daher auch dem heutigen Staate nicht als eine Schonung der Gewissen angerechnet werden, wenn er die Juden vom Militärdienste befreit; vielmehr wäre es eine Gewissensverletzung, wenn er ihnen die Mittel zur Verteidigung ihrer selbst und des Vaterlandes entzöge."

bliebe." Damit wurden die schlimmsten Befürchtungen erregt, und es kam nun darauf an, den drohenden Maßnahmen entgegen zu wirken.

Daher wurden auch von anderen Gemeinden Schritte unternommen, um der Entrechtung entgegen zu treten. Das Breslauer Obervorsteherkollegium wandte sich an den Breslauer Rabbiner Abraham Geiger, mit dem Auftrage, ein ausführliches rabbinisches Gutachten über die Frage zu erteilen: „Ob es sich mit den Grundsätzen unserer Religion und den bestehenden Ritualgesetzen vertrage, daß die jüdischen Untertanen der allgemeinen Militärpflicht nachkommen" (1. Juni 1842). Geiger kam dieser Aufforderung nach (6. Juni). Er wies nach, daß die rabbinischen Gesetze die Abwehr aller Angriffe auch am Sabbath gestatteten, ja auch den Angriff erlaubten, daß sowohl in Feindesland als im eigenen Lande während der Kriegszeiten eine Befreiung von den Ritualvorschriften stattfinden dürfte. Nach diesen Erörterungen kam er zu folgenden Schlüssen:

1. Die Geschichte spricht unwiderleglich dafür, daß die Juden zu allen Zeiten und in allen Ländern ohne irgendeinen Gewissensskrupel Kriegsdienste geleistet haben, und wo es nicht geschah, war es von den Staaten selbst, welche die Juden wider deren Willen vom Kriegsdienste ausschlossen, so angeordnet.

2. Im jüdischen Staate gab es, vom rabbinischen Standpunkte, pflichtmäßige und freiwillige, d. h. bloße Eroberungskriege; in beiden waren alle sonst geltenden Gesetze, auch die über Sabbat und verbotene Speisen, aufgehoben, sobald der Kriegszustand deren Verletzung mit sich führte.

3. Die Erfahrung lehrte, daß man die Befreiung von den bestehenden Gesetzen im Kriegszustande und zur Selbstverteidigung nicht auf das Unausweichliche beschränken dürfe, sondern auch alle Vorbereitungen und alle Handlungen zur Abwehr künftiger Gefahr der augenblicklichen Verteidigung gleichzustellen sind, und es wurde daher die Suspension der sonst gesetzlichen Bestimmungen auch auf diese Fälle ausgedehnt.

4. Der heutige Staat ist unser Vaterland und legt uns dieselben Pflichten auf wie der ehemalige jüdische. Die Kriegführung beruht nach rabbinischem Standpunkte auf der Pflicht der Selbsterhaltung, welcher alle sonstigen rabbinisch-gesetzlichen Vorschriften weichen müssen.

5. Die wenigen Beschränkungen, welche im jüdischen Staate bei Eroberungskriegen aus Rücksicht auf die rabbinisch-gesetzlichen Vorschriften galten, betrafen nur das Staatsoberhaupt und hatten ihren Grund darin, daß der ganze Staat auf jüdischen Grundsätzen beruhte; der Einzelne war jedoch den Anordnungen des Staates und der daraus resultierenden Pflicht der Verteidigung unter allen Umständen unterworfen. Der heutige Staat, nicht auf jüdischen Grundsätzen beruhend und nicht von einem jüdischen Herrscher geleitet, kennt daher auch diese Beschränkung nicht, und der Einzelne hat der Pflicht der Verteidigung alles andere nachzusetzen. Unter unseren Regenten werden aber ferner nur Kriege zur Verteidigung geführt, also pflichtmäßige Kriege, bei denen selbst im jüdischen Staate Beschränkungen nicht stattfanden. Die heutige Kriegsführung fordert endlich die mannigfachsten Vorbereitungen auch in Friedenszeiten, und diese führen dieselben Befreiungen mit sich wie der wirkliche Kriegszustand.

Es findet demnach die Uebernahme der Militärpflichtigkeit nicht bloß kein Hindernis in dem rabbinischen Judentume, sondern dieselbe ist eine religiöse Pflicht, und zwar die höchste, der alle anderen sich unterordnen müssen, so daß der fromme Jude sich ihr nicht entziehen darf. Es kann daher auch dem heutigen Staate nicht als eine Schonung der Gewissen angerechnet werden, wenn er die Juden vom Militärdienste befreit; vielmehr wäre es eine Gewissensverletzung, wenn er ihnen die Mittel zur Verteidigung ihrer selbst und des Vaterlandes entzöge."

Auf dieses Gutachten, von dem Paul Rieger mit Recht gesagt hat, daß es Gedanken ausspricht, „die heute alle deutschen Juden zu den ihrigen gemacht und durch die Tat bewiesen haben, deren gelehrte Begründung aber ein Anrecht auf erneute Verbreitung hat", berief sich Gabriel Rießer in seiner Flugschrift „Besorgnisse und Hoffnungen für die künftige Stellung der Juden in Preußen."

Gewiß haben die mutigen Worte hervorragender Männer ihren Einfluß auf die Regierung nicht verfehlt, aber das Entscheidende tat doch die bessere Einsicht der leitenden Kreise. Infolgedessen wurden die angedrohten Maßregeln nicht ausgeführt, ja es fand sogar im Jahre 1843 die Aufhebung des bisher für die Juden geltenden Verbotes, in der Garde zu dienen, statt. Wenige Jahre später, 1845, 21. Dezember, wurde die Militärfrage einheitlich geregelt durch nachstehende Verordnung: „Auf den Antrag des Staatsministeriums vom 8. v. M. bestimme ich hierdurch, daß die Juden fortan der allgemeinen Militärpflicht auch in denjenigen Landesteilen, in welchen sie von derselben bisher noch befreit gewesen sind, unterworfen sein sollen; es soll dagegen auch das Rekrutengeld wegfallen, welches die Juden in mehreren jener Landesteile bisher zu entrichten hatten. Die Bestimmungen des § 14 der Verordnung vom 1. Juni 1833 wegen des Judenwesens im Großherzogtum Posen werden hierdurch aufgehoben."

Das neue Judengesetz vom Jahre 1847, das im wesentlichen bis zum Bundesgesetze von 1869 galt, bestimmte über die Militärverhältnisse nichts, vielmehr stellte es nur im § 1 als allgemeinen Grundsatz fest „unseren jüdischen Untertanen sollen, soweit dies Gesetz nicht ein anderes bestimmt, im ganzen Umfange unserer Monarchie neben gleichen Pflichten auch gleiche bürgerliche Rechte mit unseren christlichen Untertanen zustehen."

Mit diesem Gesetze hängt eine schon oben erwähnte Denkschrift des Ministers des Innern über die Ausdehnung der Militärpflichtigkeit der Juden zusammen, aus der hervorgeht,

daß die Juden im Krieg und im Frieden als Soldaten ihre volle Pflicht getan, und den übrigen Truppen nicht nachgestanden hätten, und daß die jüdischen Religionsverhältnisse nirgends als Hindernisse aufgetreten seien, — eine Denkschrift, die man wohl als Wiederhall der Eingaben und Broschüren des Jahres 1842 auffassen darf.

Wenn gleichwohl die Juden auch nach dem abgeschlagenen Sturm von 1842 nicht eifrig die militärische Laufbahn ergriffen, wenig oder garnicht Berufssoldaten wurden, so lag dies zunächst an dem Mangel an Gewöhnung, sodann bei den Gebildeteren, den Söhnen der Mitglieder der höheren Stände, in der Erkenntnis, daß die Erlangung höherer Stellen im aktiven Dienst ihnen schwer, wenn nicht geradezu unmöglich gemacht wurde; bereitete es doch den meisten Schwierigkeiten genug, die Stellung eines Reserveoffiziers zu erlangen.

Von großen Kriegen wurde Deutschland bis zum Jahre 1864 ziemlich verschont. An den Revolutionskämpfen und im Kriege in Schleswig-Holstein (1848/49) waren 67 jüdische Soldaten beteiligt, aus dem Kriegszuge gegen Dänemark im Jahre 1864 sind 194, aus dem preußischen Feldzuge gegen den deutschen Bund und Oesterreich im Jahre 1866: 1025 jüdische Soldaten bekannt. Von dem Ersteren brachte es nur ein einziger zum Vizefeldwebel; aus der zweiten Reihe wurden 5 zu Leutnants befördert; im Jahre 1866 wurden viele Gefreite, Unteroffiziere, Sergeanten, manche auch Vizefeldwebel, aber nur ein einziger Leutnant; dagegen wurden Viele zu Stabsärzten, 3 zu wirklichen oder stellvertretenden Oberstabsärzten, einer sogar zum Generalstabsarzt befördert.

Aus diesen geringen Beförderungsziffern einen Schluß auf die Kriegstüchtigkeit der Juden zu ziehen, wäre ungerecht. Gewiß haben manche Teilnehmer sich durch Heldenmut ausgezeichnet; als ein besonders rühmliches Zeugnis möge eine Stelle Theodor Fontanes angeführt werden, der gewiß keines besonderen Philosemitismus beschuldigt werden kann. Sie lautet so:

„Unter den Grenadieren, mit denen Lieutenant von Sydow bis zur Alt-Roggnitzer Kirche vordrang, zeichneten sich zwei Einjährigfreiwillige: Grenadier Hasenpflug und Gefreiter Samuel aus. Nur wenige von den Mannschaften der 5. und 8. Kompagnie hatten noch die Kraft gehabt, zu folgen; die meisten nach Wiedereroberung des Gehöftes, waren mit dem Rufe: „Wasser, Wasser", zusammengebrochen.

„Das Beispiel des Gefreiten Samuel steht nicht allein da. Vielfach zeichneten sich seine Glaubensgenossen während des Feldzuges aus. Es war, als ob sie sich das Wort gegeben hätten, der alten Vorstellung von ihrer Kriegs-Unlust und Untüchtigkeit ein Ende zu machen."

„Beim 1. Bataillon des Leibregiments waren drei Juden als Reservisten eingezogen worden. Einer, nicht mehr jung und korpulent, litt entsetzlich. Seine Füße waren wund. Dennoch machte er das Gefecht bei Gitschin im heißesten Sonnenbrande von Anfang bis zu Ende mit. Er war nicht zu bewegen gewesen, vorher ins Lazarett zu gehen."

Außerdem sind ruhmvolle Zeugnisse über drei andere Juden Leopold Hirschberg, der den Heldentod bei Königgrätz fand, und Steinberg und Herzfeld, die sich bei Langensalza auszeichneten, bekannt.

Ganz anders, viel günstiger, steht die Sache in Oesterreich. Im Jahre 1855 dienten im kaiserlichen Heere: 2 Majore, 5 Rittmeister, 4 Hauptleute, 13 Oberleutnants, 31 Leutnants, 19 Regimentsärzte jüdischer Konfession. Dazu eine große Zahl Oberärzte, Offiziale und Assistenten. Im Jahre 1859 erwarb sich ein jüdischer Offizier den Leopoldorden, 11 Aerzte erhielten das goldene Verdienstkreuz; die silberne Verdienstmedaille ward etwa 40 Feldwebeln, Korporalen, Gefreiten und Gemeinen zuteil. Im Laufe der Jahre haben sich diese Ziffern ungemein erhöht, Oesterreich ist das Land, in welchem Juden ungehindert die militärische Laufbahn durchmachen konnten; der Glaube bereitet hier kaum einen Unterschied, manche Juden sind zu den allerhöchsten Ehrenstellen aufgestiegen.

Doch ist ein Eingehen auf diese Verhältnisse im einzelnen deshalb nicht angängig, da wir es hier im wesentlichen mit dem Deutschen Reiche zu tun haben.

Die Literatur, soweit sie von deutschen Schriftstellern jüdischen Bekenntnisses herrührt, hat für die drei Kriegszüge kaum eine Spur hinterlassen. Das ist natürlich, denn es waren keine Kriege, die das Entflammen großen nationalen Sinnes hervorriefen; besonders der Bruderkrieg des Jahres 1866 erfüllte als ein Krieg Deutscher gegen Deutsche die meisten mit Grauen, und Schleswig-Holstein, Ort und Objekt der Feldzüge 1848 und 1864 war den deutschen Juden, zumal dort verhältnismäßig wenig Israeliten wohnten, ein fremdes Land. Doch mag darauf hingewiesen werden, daß deutsche Publizisten, unter denen vor allen A. Bernstein als Leitartikelschreiber der Berliner Volkszeitung einen hervorragenden Platz einnahm, in vaterländischer Begeisterung, wie die Entwickelung der politischen Lage überhaupt, so auch die Kriege begleiteten. Besonders mag darauf hingewiesen werden, daß in den deutschen Witzblättern, an denen jüdische Mitarbeiter in starker Weise beteiligt waren, die Feldzüge ein lautes Echo fanden, daß insbesondere die sogenannten „Gelehrten des Kladderadatsch" die vielfach dem Judentum entstammten, — in erster Linie ist David Kalisch zu nennen — in Verherrlichung der preußischen Kriegstaten mit ihren christlichen Kollegen wetteiferten. Als besonders charakteristisches Denkmal dieser jüdischen Humoristen sei auf die von Julius Stettenheim geschaffene Figur des Kriegsberichterstatters Wippchen aus Bernau hingewiesen, eines in seinem Arbeitszimmer verweilenden Korrespondenten, der in sehr witziger Weise die Kriegstaten glossierte.

IV.

1870/1871

So kam das Jahr 1870 heran. Zum ersten Mal durften sich die deutschen Juden als volle und ganze Staatsbürger betrachten. Sie nahmen an dem nationalen und populären Kriege gegen Frankreich mit voller Begeisterung teil. Ein populärer Krieg. Denn bei aller nahen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich, trotz aller Wertschätzung des französischen Geisteslebens vergangener Zeit, trotz aller Bevorzugung französischer Geistesprodukte, in Literatur, in Theater, und auch schon in der bildenden Kunst, (obgleich der Einfluß der französischen Kunst, besonders der Malerei, erst in den kommenden Jahrzehnten für Deutschland ein bestimmender wurde,) trotz des Vergnügens, das viele Deutsche im Verkehr mit Franzosen fanden, die Deutschland bereisten und trotz des Entzückens, das sie bei einem Besuche des so rauschende und lockende Vergnügungen gewährenden Seine-Babels empfanden, — Frankreich galt den Deutschen immer als der Erbfeind. Die Rheingelüste Frankreichs, die im Jahre 1841 herausfordernd aufgetreten waren, hatten nicht bloß Nikolaus Beckers berühmt gewordenes Lied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" erzeugt, sondern hatten die Stimmung gegen Frankreich in allen Kreisen Deutschlands verschärft. Noch war Deutschland staatlich nicht völlig geeint, trotz des norddeutschen Bundes, und trotz der Verträge zwischen Nord- und Süddeutschland, aber einig waren alle im Haß gegen den kleinen Napoleon, der eine seinem großen Oheim

ähnliche Rolle zu spielen gedachte und keine größere Sehnsucht kannte, als die Traditionen des Weltenherrschers Ludwigs XIV. wieder aufleben zu lassen. Die Verachtung Napoleons wurde ganz besonders durch die schon erwähnten vielfach dem Judentum angehörenden „Gelehrten des Kladderadatsch" gelehrt und allgemein verbreitet.

Als daher durch kleine nichtige Vorwände, unmittelbar durch das hochmütige Betragen des französischen Gesandten in Ems der Krieg, den wenige erwartet, den nur die Kriegspartei ersehnt hatte, ausbrach, war Deutschland plötzlich geeint. Die Spekulationen Frankreichs auf Deutschlands Zerrissenheit, auf die traditionelle Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen, auf französische Sympathien bei einem Teile der Katholiken oder bei der Partei der Fortgeschrittenen erwiesen sich als völlig verfehlt. So unsympathisch bei vielen Parteien der Krieg gegen Oesterreich gewesen war, so sympathisch der gegen Frankreich. Alle Parteien scharten sich um Preußen; die Juden, die sich vollkommen als Deutsche fühlten, standen nicht zurück.

Zur Charakteristik der damals herrschenden Stimmung genüge es, hier ein Zeugnis mitzuteilen.

Mein Vater, Abraham Geiger (vgl. oben S. 42), war stets ein guter Deutscher gewesen, hatte aber Freundschaft gehalten mit seinem völlig zum Franzosen gewordenen Pariser Freunde Josef Derenbourg, der als Jüngling von Mainz nach Paris übergesiedelt war und beim Ausbruch des Krieges auf einen fast 30jährigen Aufenthalt in Paris hinsehen konnte. Die freundschaftliche Korrespondenz wurde durch den Krieg unterbrochen; nach dem Friedensschluß ergriff Derenbourg zuerst das Wort und verstieg sich in seinem Briefe zu heftigen Angriffen gegen deutsche Barbarei und zu Vorwürfen gegen die Juden in Deutschland, denen er es nicht verzeihen konnte, daß sie sich innerlich so gänzlich von Frankreich losgesagt hätten, dem Lande, dem sie doch so viel verdankten.

Darauf antwortete Geiger in einem Briefe vom August 1871, der wohl geeignet ist, als Ausdruck der Stimmung der deutschen Juden jener Zeit zu gelten.

„Daß Du dies vermocht, hat mir um Deinetwillen tief weh getan, und ich konnte Dich nur mit dem alten Spruche entschuldigen, daß der Mensch nicht für die im Schmerze ausgestoßenen Aeußerungen verantwortlich gemacht werden könne. Angesichts der mächtigen, nach allen Seiten hin fruchtbaren, das ganze Geistesleben mit reichem Inhalte erfüllenden Geistesbewegung unter den Juden Deutschlands neben der Dürre derer in Frankreich, wo die Schätze bloß von deutschen Uebersiedlern mit deutschen Mitteln gehoben werden — bei diesem Vergleiche die Juden Deutschlands schmähsüchtig begeifern und sich als Juden Frankreichs in die Brust werfen, dazu gehört etwas starke — Französierung. Ich vergesse wahrlich am wenigsten, was Frankreich der Welt, den Juden gewesen, und noch zu sein berufen ist; nur möge auch Frankreich nicht vergessen, daß und was eine Welt noch außer ihm ist. Mit den Gesinnungen der Rache für ein Unglück, dessen Selbstverschuldung man eitel und sophistisch jetzt von sich abwälzen möchte; mit der Staatsweisheit eines Herrn Thiers, die nichts gelernt und nichts vergessen, die mit zynischer Offenheit sich noch heute zur Niederhaltung aller umgebenden Völker bekennt, um nur allein im strahlenden Glanze zu erscheinen; die heute strafbar mit dem infalliblen Papsttume, der Befestigung der Dummheit liebäugelt, wie sie 1840 nach der Rheingrenze wütend brüllte und die Juden des Orients willig dahingeschlachtet hätte, wenn die Superiorität Frankreichs und des Lateinertums damit zu erringen war — mit solcher Weisheit wird Frankreich nie an der Spitze der Zivilisation stehen, dieser Anmaßung gegenüber muß die Welt in Waffen stehen, und die Schuld fällt auf das Haupt desjenigen Volkes, welches solchen Frevel beginnt.

Daß in Deutschland sich das Mittelalter mit Zähigkeit festhalten will, daß gegen das Vorurteil, namentlich von den

Juden, mit großer Anstrengung gekämpft werden muß, gebe ich zu; aber wir erreichen das Ziel, und der deutsche Geist steht uns mit den dauerhaften Vorzügen, die er neben seinen schwindenden Schwächen in sich hegt, treulich bei diesem Kampfe bei. Darum tragen wir den Rest ererbten Unrechts ohne Groll, wenn auch rastlos dagegen ankämpfend, mit dem Bewußtsein, daß wir nicht die Schmach des Deutschtums, sondern die eines verrotteten und die Welt in Sklavenbanden haltenden Kirchentums tragen. So halten wir das Panier der Geistesfreiheit hoch gegenüber der kirchlichen Knechtschaft und freuen uns, im Schoße des Christentums — wiederum gerade fast ausschließlich in Deutschland — tapfere Bundesgenossen zu finden. Wie die Reformation auf deutschem Boden und im deutschen Geiste entstanden, wie die freie theologische Wissenschaft in Deutschland zuerst tiefere Begründung und reichste Pflege fand, erst von hier aus allmählich sich weiterhin verbreitend, wie in den vierziger Jahren hier wieder die freie religiöse Strömung einherbrauste, aber dann im Schlamme politischer Revolution und Reaktion versumpfte, so erhebt sich wiederum nur in Deutschland Wissenschaft und Gewissen gegen die Anmaßungen einer in maßlosem Dünkel die Welt zur geistigen Selbstvernichtung verdammenden Hierarchie, und wiederum wird die Geistesfreiheit von hier aus gerettet und errungen werden." —

So wichtig nun auch ein derartiges Bekenntnis zur Erklärung der Stimmung der einzelnen ist, von viel größerer Bedeutung ist natürlich die wirkliche Teilnahme der Juden am Krieg. Unmittelbar nach dem Friedensschluß ließ die Redaktion der Allgemeinen Zeitung des Judentums ein Verzeichnis der Kriegsteilnehmer erscheinen. Darin wurde berechnet, daß 3 % der jüdischen Bevölkerung am Kriege teilgenommen hätten und eine Liste aufgestellt, deren Unvollständigkeit von dem Herausgeber selbst mehrfach zugestanden wurde. Danach hätten etwa 3000 jüdische Soldaten mitgefochten und ca. 100 wären mit dem eisernen Kreuz dekoriert worden. Ent-

gegen dieser, durchaus unzureichenden Zusammenstellung sind wir jetzt durch neuere Arbeiten vollständiger unterrichtet. Nach diesen sind 4492 Juden namentlich bekannt, die an dem Kriege teilgenommen haben, von diesen wurden 485 verwundet oder getötet. Aber auch diese Namensliste ist keineswegs zureichend. Denn da 1101 Gemeinden bekannt sind, aus denen einzelne Krieger auszogen, und aus ziemlich vielen keine oder nur ungenügende Informationen den Zusammenstellern unserer Berichte zugegangen sind, so darf man ohne weiteres die Zahl der Teilnehmer viel höher berechnen, und geht gewiß nicht fehl, wenn man die Liste der jüdischen Kriegsteilnehmer in dem Feldzug von 1870/71 auf etwa 7000 beziffert, wenn auch, wie gesagt, ein namentlicher Nachweis nur über 4492 geliefert werden kann. Diese letzteren — denn über die Tätigkeit der anderen fehlt jede Nachricht — haben sich im Kriege mannhaft erwiesen, wie aus der folgenden Zusammenstellung der Beförderungen und Ordenszeichen hervorgeht. Das eiserne Kreuz I. Klasse erhielten 2, das eiserne Kreuz II. Klasse 95; den roten Adlerorden 1 jüdischer Soldat. Zu Gefreiten wurden 249, zu Unteroffizieren 348, zu Obergefreiten 6, zu Sergeanten 25, zu Feldwebeln 26, Vizefeldwebeln 28, zu Vizewachtmeistern 8, zu Leutnants 46, zu Premierleutnants 2, zu Hauptleuten 2 befördert. Zu Assistenzärzten wurden 22, zu Stabsärzten 44, zu stellvertretenden Stabsärzten 1, zu Oberstabsärzten 7 ernannt, einer wurde Generalarzt. Dazu kommen noch einige wenige als Rottmeister (3), Korporale (3), Armeegendarmen (1), Quartiermeister (1), Junker (1). Einer Anzahl wurden auch andere Orden, außer dem eisernen Kreuz zu Teil: das militärische Verdienstkreuz (2), silberne Verdienstorden mit Schwertern (1), bayrische Militärverdienstorden (3), oldenburgischer Hausverdienstorden (1), Ritterkreuz des Max-Josef-Ordens (1), zähringische Löwen- und Ritterorden (je 1 und 2), sächsisch-ernestinischer Hausorden (2), derselbe mit Schwertern (1), hessische Ludwigsorden (2) und lippischer Hausorden (1).

Ich erinnere mich nicht, daß während des Krieges irgendwelche Vorwürfe der Feigheit gegen Juden laut wurden. Nur über eine Kategorie von Menschen wurde geklagt, nämlich über die Militärlieferanten. Da der Krieg schließlich doch höchst überraschend gekommen war, die Militärverwaltung daher nicht genügend vorbereitet sein konnte, so mußte man zu solchen Händlern seine Zuflucht nehmen, die die Beschaffung des Getreides und der vielfachen Bedürfnisse des Heeres zu besorgen imstande waren. Infolge des Umstandes, daß derartige Kaufleute oder Spekulanten in ziemlicher Anzahl gerade unter den Juden vertreten waren, war es natürlich, daß viele Juden bei solchen Lieferungen berücksichtigt wurden. Es ist gewiß, daß diese ihren Vorteil machten, und daß wagemutige Lieferanten ihre Einnahmen auf Millionen bezifferten. Aber es ist ebenso gewiß, daß unter ihren Reihen keine oder sehr wenige Betrüger waren, die sich auf Kosten derer, für die sie die Waren herbeizuschaffen hatten, ungerechterweise bereicherten. Derartige Skandale, wie sie in Rußland beständig an der Tagesordnung sind. und wie sie sich während des gegenwärtigen Feldzuges in Frankreich und namentlich auch in Italien in so furchtbarer Weise gezeigt haben, daß gewissenlose Kaufleute — nicht Juden — Schundware lieferten: Stiefel mit Pappsohlen, Getreide mit Sand vermischt und vieles andere, sind in Deutschland niemals vorgekommen. Was geschah, läßt sich wohl mit dem Verfahren anständiger Kaufleute vereinigen. Wenn bisweilen minderwertige Ware gegeben und verbraucht werden mußte, so war dies mehr auf andere Umstände zurückzuführen, als auf die gewissenlose Uebervorteilung.

Das Jahr 1870 rief eine große Reihe patriotischer Dichtungen hervor. Sie bedeuteten nicht viel gegenüber dem edlen Ton und dem hohen Schwung der Kriegslyrik von 1813. Unter den Sängern sind wenig oder gar keine Juden. Eine Hervorhebung verdienen der Kladderadatsch und die anderen Witzblätter, die vor allem Haß- und Spottgedichte gegen Napoleon veröffentlichten. Julius Stettenheim ließ seine Wippchenfigur von neuem auftreten.

Vermutlich gehört hierher: Rich. Landau, Barbarossa, Kyffhäuserfestspiel und Jacobson: Ein Rückblick oder von Breslau bis Versailles. Sicher dürfen wir in diesen Kreis Julius Rodenberg rechnen. In seinem Romane „Die Granddidiers" schilderte er, anknüpfend an Geschick und Stimmung einer seit lange in Berlin ansässigen französischen Emigrantenfamilie, den Enthusiasmus der Berliner Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges und die sich immer steigernde Begeisterung der Krieger und ihrer Familien; in „Lorbeer und Palme" zwei Festspielen, wand er den Heimkehrenden Siegeskränze. Auch der damals schon hochbetagte Heinrich Schwarzschild, der es Zeit seines Lebens verstanden hatte, anstrengende wissenschaftliche und ärztliche Berufsarbeit mit dichterischer Tätigkeit zu vereinen, ein wahrhaft deutscher Mann, der sein Judentum nicht nur nie verleugnet, sondern es mannhaft den Höchsten gegenüber zu bekennen gewußt hatte, ließ „Während des Krieges Poetische Klänge aus dem Jahre 1870-71" ertönen

Es sind begeisterte und begeisternde Verse, die gelegentlich auch Haß gegen Napoleon predigen, die Frauen preisen, welche ihre Kraft den Verwundeten weihen, die über das wiedergewonnene Elsaß jubeln, die deutschen Freisinnigen tadeln, welche zum Verzichtd er Eroberung rieten, die aber vor allem die errungene Einheit verherrlichen. Als Probe mag das Gedicht „Ein deutscher Bund" dienen, das folgendermaßen lautet:

Der alte Erbfeind liegt bezwungen!
Die deutsche Einheit ist errungen!
Der Mosel und des Rheines Strand
Begrenzt das große Vaterland. —
Weit reichts ans nord'sche Meer.

Aus blut'ger Saat, im Kugelregen,
Entsproß der Einheit goldner Segen.
Im Schlachtgewühl, bei Kampf und Mord.
Vergaß der Krieger Süd und Nord,
Eins ist das deutsche Heer.

Und von dem sieggekrönten Heere
Tönt weiter die gewicht'ge Lehre:
Bleibt einig Völker, Hand in Hand!
Dann bleibst du groß, mein Vaterland,
Und eine mächt'ge Wehr!

Mag man die Größe dir mißgönnen,
Mag man entzwei'n dich gern und trennen,
Durch Kampf und Diplomatenlist, —
Bleib', Deutschland, einig, wie du bist,
Denk an der Krieger Lehr'.

Stets haben tück'sche Nachbarstaaten
Bestohlen keck dich und verraten.
Mein Vaterland, gib treulich Acht!
An deinen Grenzen halte Wacht
Für Einheit, Macht und Ehr'!

Und sollten dann mit neidscher Galle
Anfeinden sich die Völker alle,
Auf deinen Fahnen prang' das Wort
Einheit — — und diesen mächt'gen Hort
Trag vor den Völkern her!

Dann wirst du stets mit Sturmeswettern
Die Feinde ringsum niederschmettern,
Unüberwindlich stehst du da,
Ein Ein'ges Volk, Germania!
Erglänzend hoch und hehr!

Berthold Auerbach folgte in tiefster Erregung den Kriegsereignissen, eine Zeitlang im Hauptquartier des deutschen Kronprinzen, gedachte Kriegsbriefe zu schreiben, stimmte den Jubelruf „Wieder unser" über die Befreiung des wieder deutsch gewordenen Elsaß an, jubelte darüber, daß die Mainlinie endgültig gefallen sei und daß Deutschland wieder einen Kaiser besitze. In einem Briefe vom 23. März 1871 schrieb er: „Ich hätte gern meinem Elsaßbüchlein einen neuen Zusatz ein-

gefügt. Es fehlt darin offenbar der ans Wunderbare grenzende Umschlag der Stimmung durch die Schlacht bei Wörth. Wir hatten damals alle gefürchtet, nicht nur daß wir zuerst geschlagen würden, sondern sogar, was fast noch ärger gewesen wäre, daß Friede geschlossen werden könnte, bevor Süddeutsche und Norddeutsche miteinander ihr Blut vergössen. Auch inbezug auf die Juden habe ich ein gutes Wort vergessen — daß nämlich ein Elsässer Jude sagte: „Bisher waren wir Franzosen, und jetzt werden wir deutsche Juden." Am 10. Juni schrieb er: „Gestern habe ich die 3. Abteilung von Geigers Geschichte des Judentums erhalten und mit großer Erquickung schon viel darin gelesen. Welche ein in sich fester und freiwirkender Geist ist in unserem Freunde, wie beherrscht er das Detail und bewahrt sich den überschauenden Gesamtblick. Und in seinem Kampfe handhabt er den Revolver mit scharfem Visier. Dennoch ist diese Partie eigentlich nur schwer bedrükkend. Müssen wir jetzt, da wir ein vaterländisches Siegesfest ohne gleichen feiern, noch solche Gehässigkeiten abwehren." Und am 15. Juni: „Was ist der Einzelne? Da ist die große Seele eines Volkes, einer Zeit, und Volk und Zeit so groß wie noch nie vordem. In das Zentrum dieses Gesamtseins sich hineindenken, den großen Pulsschlag in der eigenen Brust fühlen, wer vermag das? Die messianischen Hoffnungen unseres Vaterlandes sind erfüllt." Auch sein Roman „Waldfried" gibt die Stimmung eines deutschen Juden, die durch den großen Krieg erregt worden sind, in gehaltvoller Weise wieder.

Berthold Auerbach hat auch ein hübsches Gedicht „Lied der deutschen Soldaten im Elsaß" gemacht, oder aus dem Munde deutscher Soldaten gehört, in dem dieser Einheitsgedanke lebendig zum Ausdruck kommt, der Gedanke, daß nun jede Trennung zwischen den einzelnen Stämmen aufgehoben und das Bewußtsein eines Vaterlandes in allen Gemütern lebendig geworden sei.

Das schon genannte „Wieder unser" ist eine Sammlung von Tagebuchblättern und Briefen, die vom 25. Juli bis 20. Novem-

ber 1870 geschrieben wurden. Sie müssen an dieser Stelle schon deshalb erwähnt werden, weil an zwei Stellen von den Juden im Elsaß gehandelt wird (S. 138, S. 194—197). In der ersten wird nur kurz die Gleichberechtigung der Juden erwähnt, in der zweiten wird sie breiter ausgeführt mit Hinweis auf die hohen Stellen, die die Juden in der Zivil- und Militärverwaltung einnehmen. Die französische Gesinnung der meisten elsässischen Juden wird zwar beklagt, aber durch die Gleichberechtigung, die sie bisher genossen, erklärt und die Mahnung hinzugefügt „Recht und Klugheit gebieten der nunmehrigen deutschen Regierung, den elsässischen Juden alsbald tatsächlich zu bewähren, daß es für sie keinerlei Ausnahmestellung gibt, daß ihnen vielmehr bei entsprechender Befähigung nach wie vor alle Aemter und Ehrenstellen offen sind."

„Waldfried" nennt sich eine vaterländische Familiengeschichte und ist eine solche, also nicht eine Darstellung des siebziger Krieges. Aber sie muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, ja gehört teilweise auch in den vorigen Abschnitt, weil sie die äußere und innere Geschichte eines im Südwesten Deutschlands lebenden Geschlechts während der Epoche von 1866 und 70 darzustellen unternimmt. Auerbach bleibt in seiner süddeutschen Eigenart. Er ist von der Gesinnung jener Süddeutschen erfüllt, die in Preußen nicht den Feind, sondern den Bruder sehen und das Heil Deutschlands im Zusammenwirken beider Bruderstämme erblicken. Wie in dem Feldzuge von 1866 die Gefolgschaft Badens zu Oesterreich an der Seele der Patrioten nagt, wie die Niederlage der eigenen Truppen in den Gemütern eine gewisse Befriedigung erzeugt, ist ebenso prächtig geschildert wie der wahrhaft patriotische Sinn entgegen den französischen Sympathien und verräterischen Versuchen einzelner bei der Land- und Stadtbevölkerung. Es wird in sehr schöner Weise dargestellt, wie die schweren Verluste an Gut und an Menschenleben wohl den Einzelnen beugen, aber die vaterländische Gesinnung nicht zu vernichten, nicht einmal zu schwächen vermögen, wie vielmehr neben dem Pflichtgefühl den Erbfeind niederzuringen und das Elsaß zu

befreien, die Herstellung der lange vergebens ersehnten Einheit alle Schmerzen übertönt.

Unter den episodischen Figuren ist ein jüdischer Rechtsanwalt Offenheimer hervorzuheben, der seinen Sohn verliert und der, wenn auch das Andenken an die Kränkung, die er selbst erfahren, in ihm fortlebt, mit Stolz auf den Sohn schaut und beglückt ist, „daß sein Sohn nur wenig mehr von dem Widerstreit der Konfessionen erfahren habe und gerade, daß er ohne Bedrückung frei aufgewachsen sei, habe ihm einen Freimut gegeben, den derjenige, der sich erst frei mache, nie gewinne." Eine wirkliche Prachtfigur ist Offenheims Schwester Annette, eine schöne Frau, die Gattin eines im Kriege von 1866 gefallenen Rittmeisters, die dem Gatten zuliebe ihren väterlichen Glauben verlassen hatte; sie, die freilich manche Unarten besitzt, wird durch die Größe der Zeit zu einer Heroine erhoben, und dann in zweiter Ehe eine würdige Genossin des Sohnes Waldfrieds, eines Professors.

Trotz mancher Fehler ein schönes Buch, das durch seine echte deutsche Gesinnung erhebt und erquickt.

Auch Fanny Lewald, die freilich frühzeitig das Christentum annahm, verdient an dieser Stelle einer Erwähnung. In ihren Romanen „Von Geschlecht zu Geschlecht" und „Haus Darner" hat sie zwar nicht den Krieg von 1870 selbst geschildert, aber unter der Einwirkung des Ringens zwischen Frankreich und Deutschland sich in die napoleonische Zeit versetzt, und mit offenbarer Anspielung auf die eigene Zeit ein Bild jener Epoche von 1789 bis 1815 und dabei auch eine Schilderung der Stellung der Juden gegeben. Sie tritt lebhaft für die Unterdrückten und Befreiten ein, und schildert Juden, treffliche Menschen, die nicht etwa durch Schachern und Betrügen, sondern durch kluge Benutzung der Personen und Verhältnisse sich große Reichtümer erwarben, von diesen aber den ausgezeichnetsten Gebrauch zu machen verstanden.

Von den tapferen Taten und dem wackeren Verhalten Einzelner haben sich manche Zeugnisse erhalten. Es gibt sehr

viele Kriegerdenkmäler in deutschen Städten, welche die Namen der Gefallenen bezeichnen, unter denen sich gar viele von Juden finden. Denn, wie die Juden in Wort und Schrift für das Vaterland eintraten, seine Einheit forderten, zum Kriege ermunterten und zu treuem Festhalten mahnten, wie z. B. der jüdische Abgeordnete Levy aus Landau, ein reicher Gutsbesitzer der Pfalz, der bei Einbruch der Franzosen Schädigung und Vernichtung seines Besitztums fürchten mußte, in der bayerischen Kammer ausrief: „Bei uns sind alle Parteien einig. Die Provinz weiß, was ihr zunächst bevorsteht, wir wollen aber deutsch sein und mit den deutschen Brüdern gehen", wie sie in den von ihnen geleiteten und mit Beiträgen versehenen Zeitungen und Zeitschriften gleich ihren andersgläubigen Genossen zündende und begeisternde Worte fanden, so ließen sie es auch an Taten nicht fehlen. Von besonders wackerem Verhalten Einzelner wird verschiedentlich berichtet. Der Sergeant Max Lövysohn befreite seinen Offizier aus den Händen französischer Marodeurs; die Füsiliere Idesheim, Schapira, Emil Salomon verrichteten tapfere Taten; der Gefreite Rosenthal, obgleich viermal verwundet, tötete einen französischen Gegner und feuerte seine Leute zu wirkungsvollem Angriffe an, der seine Kompagnie von den Feinden befreite. Siegfried Karfunkelstein entriß den Händen eines französischen Fahnenträgers die Fahne und stürmte als erster eine Barrikade, wo ihn eine Kugel traf. Der Gefreite Heinrich Harburger bewährte sich mannhaft, indem er sich stets als einer der ersten zu Patrouillen und gefährlichen Gängen meldete. Viele Hunderte fanden den Heldentod, nachdem sie sich als wackre deutsche Männer gezeigt hatten.

Als der Friede geschlossen war, hofften die Juden, nun sei jeder Unterschied verschwunden. Nun seien sie, was viele von ihnen seit Jahrzehnten erträumt hatten, voll und ganz Deutsche geworden. Sie sollten bald erfahren, wie sehr sie sich getäuscht hatten.

V.

1871—1915

Zunächst folgte für Deutschland eine lange Friedenszeit.

An den Kolonialkämpfen und dem Chinakrieg 1901, den einzigen, die in die Epoche nach 1870/71 fallen, waren verschiedene Juden beteiligt. Dem jüdischen Leutnant Bendix widmete sein Oberst einen Nachruf, in dem es hieß: „Seine hervorragende Tüchtigkeit in seinem Zivilberuf und sein gefälliges, liebenswürdiges Wesen sichern ihm ein dauerndes Andenken bei der Schutztruppe." Der in einem Kampfe gefallene Arthur Leiser wird in dem Briefe seines Oberleutnants als tapferer Soldat bezeichnet, der unverdrossen seine Pflicht erfüllte, und sein Hauptmann charakterisierte ihn in folgender Weise: „Einen Feldwebel und neun Mann habe ich nach China geschickt, aber von keinem war ich so überzeugt, daß ein ganzer Mann in dem Rock des Kaisers steckte, wie von meinem, ach so zeitig in den Tod gegangenen, Leiser. Die anderen haben sich auch brav geführt; er hat aber das Beste, was der arme Junge hatte, sein Leben, für das Vaterland hergegeben."

Wäre hier nur von Kriegen zu sprechen, so müßte ein schneller Uebergang auf den gewaltigen Weltkrieg gefunden werden. Aber da es sich auch um die innere Entwicklung in Deutschland und um die Art handelt, wie die Juden als Soldaten behandelt und betrachtet werden, muß ein kurzer Hinweis auf eine beklagenswerte Strömung an dieser Stelle folgen. Es handelt sich um das starke Wiedererwachen des Antisemitismus. Diese Gesinnung, verbunden mit einer

Wiedererstarkung der Reaktion überhaupt, war nicht, wie 1815, eine Folge erhöhter Glaubensinnigkeit, obgleich bei manchen ein intensiveres christlicheres Bewußtsein zutage trat, sondern eine Wirkung des gesteigerten Nationalempfindens, des sogenannten alldeutschen Geistes.

Das Auftreten gegen die Juden hatte aber noch besondere Ursachen. Es hing zusammen mit dem allgemeinen Niedergang des Liberalismus, es wurde gestärkt durch den Neid vieler gegen die Reichtümer, die sich die Juden in dem ungeheuren Handelsaufschwung erworben hatten, es wurde vermehrt durch Unarten, die einzelne protzenhafte, unangenehm sich hervordrängende Juden zeigten, Unarten, die man als allgemeine Untugenden der jüdischen Gemeinschaft bezeichnete. Es wurde wesentlich gesteigert durch den Gründungsschwindel, der viele, keineswegs bloß die Juden, ergriffen hatte und der einen furchtbaren Bankkrach und die Verarmung weiter in Mitleidenschaft gezogener Kreise zur Folge hatte. Als ganz besondere Momente, die hier aber nur kurz erwähnt werden können, kamen hinzu, die falsche Angabe, daß bei den Juden die Verbrechen häufiger seien, die auf unrichtiger Kenntnis beruhende Anschauung, daß die Vorschriften des mittelalterlichen, an erschwerenden Bestimmungen reichen Werkes Schulchan Aruch und des Talmud, zweier Werke, die, so hoch sie auch mit Recht geschätzt werden mögen, nur den wenigsten Juden noch heute als verbindlich gelten, daß diese ein unehrenhaftes Verfahren gegen Andersgläubige, ja geradezu Feindschaft gegen die Christen predigten; außerdem der immer wiederkehrende und ebenso oft von den größten Autoritäten widerlegte Vorwurf, daß die Schächtmethode, die auch ihrerseits nur von einem kleinen Teil der deutschen Juden für notwendig gehalten wird, eine freventliche Grausamkeit gegen die Tiere bedeutete. Und zuletzt die längst abgetane, aber immer wieder erneut auftretende Beschuldigung des Ritualmordes, d. h. der Wahn, daß die Juden zu ihrem Peszachfeste das Blut eines Christenkindes benötig-

ten, ein Wahn, der auch in Deutschland verbreitet, bis auf die Neuzeit schwere Opfer forderte.

Der Antisemitismus, als dessen Hauptverteidiger der Hofprediger Stöcker von 1879—85 betrachtet werden kann, flaute im Jahre 1895 ab, hat aber die unheilvollsten Wirkungen gehabt. Sie bestanden weniger in Pöbelaufläufen und Radauszenen, obgleich auch diese gelegentlich vorkamen, als darin, daß in Beamtenkreisen und in der Jugend eine feindliche Gesinnung gegen die Juden geradezu zur Modesache wurde, daß selbst Hochgebildete, ohne sich die Mühe zu geben, die Lehren des Judentums kennen zu lernen, den Antisemitismus als etwas Selbstverständliches und Standesgemäßes anzusehen sich gewöhnten. Die Beamtenwelt und die Jugend wurde vollständig antisemitisch verseucht und dazu geführt, die früheren Verdienste, die sich die Juden um das deutsche Vaterland erworben hatten, herabzusetzen oder geradezu zu leugnen.

Gerade in diesen Zeiten des heftigsten Antisemitismus gaben deutsche Dichter jüdischen Glaubens ihrem lebendigen Vaterlandsgefühl erhöhten Ausdruck. Sie wiesen auf die Kriegsdienste hin, die sie mit ihren Brüdern geleistet, und beklagten lebhaft, wenn sie auch bekannten, eine besondere Belohnung für ihr Tun nicht zu beanspruchen, wie schlecht ihnen ihre Treue belohnt worden sei. Als Chorführer dieser Klagen soll Jakob Löwenberg angeführt werden, der unter den Poeten dieser Art wohl der bedeutendste ist. In dem Liede „Das eiserne Kreuz“ hat er die Gefühle, die den deutschen Juden beherrschen, in schönster Weise ausgedrückt. Es lautet:

Es sitzt in niedrer Kammer ein Greis gebückt, allein.
Umflort vom Spätherbstnebel schaut trüb der Tag herein.
Des Alten Blick starrt thränend aufs Blatt in seiner Hand,
Da steht: Der Jud' bleibt Fremdling, er hat kein Vaterland.
„Kein Vaterland! Ein Fremdling! Ist das der Treue Lohn?
Der Krieg, der mitleidlose, nahm mir den einz'gen Sohn.
Bei Metz ist er gefallen, er stritt in erster Reih',

Nicht frug des Feindes Kugel, ob er ein Jude sei.
Man hat den Todeswunden noch mit dem Kreuz geschmückt,
Sie haben's dann uns Alten zum Trost hierhergeschickt.
Wer tröstet eine Mutter? Sie folgte bald ihm nach,
Da hatt' ich schwer zu tragen, daß schier das Herz mir brach.
Doch als ich sah erstehen des Reiches Herrlichkeit,
Wie hab ich mitgejubelt im tiefsten Seelenleid!
Nun packt mich bittrer Zweifel, wofür denn stritt mein Kind,
Wenn wir noch stets als Fremde verfemt, geächtet sind?
Wofür denn hat er freudig sein Leben eingesetzt?
Daß man beschimpft den Vater, die Seinen höhnt und hetzt?
Doch nein, fort Groll und Zweifel! Den Trost, den ich empfand,
Ihr sollt ihn mir nicht rauben, — er fiel fürs Vaterland.
Fürs Vaterland! Wer trennte ein Band, so fest gefügt?
Vernehmt's, ihr frechen Schelme, ihr lügt, bei Gott, ihr lügt!"

Von allen diesen Auswüchsen frevelhafter Gesinnung, die in den Herrschern des Deutschen Reiches keine Stütze fanden, — wurde doch der Hofprediger Stöcker von höchster Stelle bedeutet, seinen Abschied zu nehmen, — einer Gesinnung, die von dem edlen Herrscher, dem Kaiser Friedrich, geradezu als „Schmach des Jahrhunderts" gebrandmarkt wurde, brauchte man in diesem Zusammenhang nicht zu reden, wenn sie nicht gerade auf die Stellung der Juden im Heer, besonders in Preußen, die unheilvollste Wirkung geübt hätte. Es wurde nämlich bei einzelnen Regimentern zur Praxis, jüdische Freiwillige nicht anzunehmen, und es wurde bei fast allen zur leidigen Gewohnheit, jüdische Freiwillige trotz ihres Wohlverhaltens nicht zu Reserveoffizieren zu befördern. Gegen diese beiden Arten, der den Gesetzen widersprechenden Zurücksetzung machte seit 1903 die Freisinnige Partei Front und der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sowie der Verband der deutschen Juden traten mit kräftiger Unterstützung in diese Abwehrbewegung ein.

Freilich wurde in beiden Angelegenheiten nicht viel erreicht. In der ersten wurde zwar durch eine Verfügung des

Kriegsministers vom 10. Juni 1908 das Verfahren als ein ungerechtes, den Gesetzen widersprechendes, gemißbilligt. Aber der Kriegsminister, der solches verfügt hatte, legte kurze Zeit darauf sein Amt nieder.

Am lebhaftesten tobte der Kampf um die Offiziersstellung. Auch er begann im Jahre 1903 und zwar mit der an den Kaiser gerichteten Beschwerde eines Breslauer Justizrats wegen der Zurücksetzung seines Sohnes. Derartige Zurücksetzungen, die sogar noch dahin ausgedehnt wurden, daß in vielen Regimentern überhaupt kein Jude zum Gefreiten befördert wurde, daß in manchen Fällen Juden mit ihrem Gesuch in Unteroffiziersschulen einzutreten, abschlägig beschieden wurden, erneuten sich im Laufe der letzten Jahre an sehr vielen Orten. Sie führten dahin, daß wenige Jahre vor Ausbruch des Krieges große Versammlungen durch jüdische Vereine veranstaltet wurden, um gegen solche Verletzung gesetzlicher Vorschriften Stellung zu nehmen. Derartige Versammlungen fanden im Laufe der Jahre 1912/13 in den verschiedensten Städten statt. Die Redner wiesen zunächst darauf hin, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich seien und betonten das Recht jüdischer Freiwilliger ebenso gut wie die christlichen zum Offiziersexamen zugelassen und nach bestandener Prüfung zu Offizieren befördert zu werden; sie wendeten sich mit größter Schärfe gegen die Reserveoffizierskorps, die jüdische Kandidaten ausnahmslos abwiesen. Aber an der Omnipotenz der letzteren prallten alle Einwirkungen seitens der Minister, die deutlich kundgegebene Willensmeinung des Kaisers ab. Die Gründe, die von den Reserveoffizieren gegen die Juden laut wurden, bestanden darin, daß die Juden durch ihr Auftreten und ihr Benehmen, durch ihre Gestalt zu Vorgesetzten sich nicht eigneten, daß ihnen die Autorität fehle, daß einzelnen die Beschäftigung oder das Gewerbe des Vaters oder der Mutter die erforderliche Würde raube. So einmütig nun auch außer den Juden selbst die liberale Partei war, in Zurückweisung nicht nur der Vorwürfe, sondern auch in der Verurteilung des

ungesetzlichen Verfahrens, — gegenüber der Gesinnung der von dem Antisemitismus beherrschten Offizierkorps, ließ sich eine Remedur nicht schaffen.

Da brach der Weltkrieg von 1914 aus.

Man hätte denken können, daß die Nichtanerkennung der durch das Gesetz den Juden gewährten völligen Gleichstellung, daß die Verärgerung jüdischer Jünglinge über ihre Nichtbeförderung nun beim Ausbruch des Krieges etwa durch Teilnahmlosigkeit der Juden sich kundgegeben hätte. Aber genau das Gegenteil war der Fall. Aller Hader war und blieb vergessen, jeder Gedanke an erlittene Kränkungen wurde zurückgedrängt. Das unvergeßliche Wort unseres Kaisers: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche!" betrachteten die Juden als für sich gesprochen. Aber es bedurfte nicht einmal dieses Wortes, wiewohl man es als ein Verwischen der Vergangenheit und als frohe Botschaft für die Zukunft ansah. Das Vaterland rief, und alle seine Söhne kamen. Weder die Zionisten, noch die Sozialdemokraten hielten sich zurück. Jene, denen man nicht mit Unrecht vorwarf, daß sie, zwar von einem jüdischen Staate nur für andere träumend, sich doch als Söhne eines anderen Volkes denn des deutschen betrachteten, und diese Volksangehörigkeit, die uns den schmähend Assimilanten genannten als unwürdig und vernunftwidrig erschien, mit Nachdruck betonten, schienen diese ihre Anschauung völlig vergessen zu haben. Auch sie drängten sich begeistert und todesmutig, wie alle Nichtzionisten zu den Freiwilligen. Jüdische Vereine erschienen Mann für Mann, um sich in das deutsche Heer einreihen zu lassen. Diese, die Sozialdemokraten, die man gewiß mit Unrecht als eine wesentlich jüdische Partei von gegnerischer Seite höhnisch anzusprechen pflegt, die ehemals gegen jede Heeresvermehrung, gegen militärische Anschaffungen den stärksten Widerspruch erhoben hatten, hielten nun in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 4. August mit ihrer Zustimmung zum Kriege nicht zurück, sie widersetzten sich nicht nur nicht, was die Feinde gehofft hatten, ihrer

Einberufung, sondern taten ihre Pflicht, ja mehr als diese, — das Beispiel eines der Edelsten unter ihnen, des Rechtsanwalts Ludwig Frank, der von allen Parteien, selbst von der Regierung, hochgeschätzt wurde, der sich freiwillig zur Fahne stellte, und nachdem er die höchsten kriegerischen Ehren erlangt hatte, den Heldentod starb, wird unvergessen bleiben.

Aber nicht minder unvergessen soll sein die ungeheure Aufregung jener Tage, nachdem am 1. August die Mobilmachung erklärt worden war. Das war eine Lohe, die zum Himmel schlug; aber nicht bloß ein Aufflackern, das rasch verglomm, sondern ein ungeheures Flammenmeer, das alles verzehrte.

Von der Stimmung jener Tage habe ich wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges in der von mir geleiteten Allgemeinen Zeitung des Judentums (21. August) ein Bild zu entwerfen gesucht. Ich darf wohl einen Teil des Artikels hierhersetzen, um die Empfindung dieser Tage anzudeuten. Nachdem ich die Entstehung des Krieges zu schildern versucht hatte, und auf die Leiden der Deutschen in den feindlichen Ländern hingewiesen hatte, fuhr ich fort:

„Und hier beginnt der Anteil der Juden. Denn sowohl in Belgien als in Frankreich leben viele deutsche Juden in angesehenen Stellungen, teilweise seit Jahren. Die Gestellungspflichtigen sind, soweit sie es irgend konnten, nach Deutschland geeilt, die Militärfreien, besonders auch die Frauen, teilen das allgemeine traurige Los. Während Deutschland in der Behandlung der zurückgebliebenen Fremden sich als wahrer Kulturträger bekundet, beweisen die Bewohner der westlichen Staaten, die sich so ungemein zivilisiert dünken, einen fast undenklichen Grad von Inhumanität und Roheit. Es ist nicht bekannt geworden, daß die zurückgebliebenen Juden mehr gequält und gepeinigt worden seien als die Christen, aber da der ersteren voraussichtlich recht viele sind, so ist das Elend groß, und ihm zu steuern ist von Deutschland aus unmöglich.

Aber die Juden haben nicht nur ein vollgerütteltes Maß der Leiden, wie ja oft im Verlauf der Weltgeschichte, sondern sie genießen auch Freude und Ruhm. Freude, denn es bildet für den treuen Bürger, den wahrhaften Sohn seines Landes, keine größere Freude, als dem Vaterlande zu dienen. Zu dieser Freude gesellt sich der Ruhm, durch tapfere Taten den Mannesmut zu bewähren.

Und hier ereignet sich nun etwas Merkwürdiges und Wunderbares. Man spricht so häufig von einem jüdischen Volke. Wir nicht, denn wir kannten und kennen nur eine jüdische Glaubensgemeinschaft. Aber viele Juden haben, besonders in dem letzten Jahrzehnt, immer von dem nationalen, dem jüdischen, Volkstum gesprochen. Manche unserer christlichen Gegner haben einen doppelten Vorwurf gegen uns erhoben: den einen, wir seien ein Fremdkörper unter den verschiedenen Völkern, den anderen, wir Juden seien eine internationale Gemeinschaft, die ihre Sonderinteressen ausschließlich verfolgten, unter Vernachlässigung ihrer nationalen Pflichten.

Wie nichtig alle diese Vorwürfe sind, haben die letzten Wochen glänzend bewiesen. Dieselbe Partei, die sich als Angehörige eines jüdischen Volkes gerierte, hat in Deutschland, und gewiß ähnlich in Oesterreich und Frankreich — denn England kennt keine allgemeine Wehrpflicht, sondern besitzt nur ein Söldnerheer — das sogenannte jüdische Volksbewußtsein zurückgedrängt zugunsten einer wahrhaft deutsch-nationalen Gesinnung. Es soll den Zionisten unvergessen bleiben, aber auch sie mögen es nicht vergessen, daß sie sich in den großen Tagen groß gezeigt haben.

Unsere Gegner aber, außerhalb unserer Gemeinschaft, müssen schweigen. Diejenigen, die als Fremdkörper bezeichnet wurden, kannten, wie alle Landeskinder, nur eine Pflicht, die gegen das Vaterland. Alle Juden, nicht nur die Angehörigen des stehenden Heeres, der Reserve und Landwehr, sind dem Rufe zu den Waffen freudig gefolgt, aber auch viele Tausende haben sich freiwillig gestellt. Ohne Murren, mit einem Ge-

fühl heroischer Freude, haben Eltern ihre Kinder, Hunderte alle ihre Söhne, Gattinnen ihre Gatten hergegeben. Die Begeisterung, die heldenmäßige Gesinnung hat, wie die Nationen überhaupt, so auch die Juden ergriffen.

Und wo ist jene goldene Internationale, die in den Köpfen unserer Feinde spukte, geblieben? Der deutsche Jude, ebenso wie der französische, hat im Kriege nicht einen Augenblick daran gedacht, daß er etwa in erster Linie Jude sei, sondern er hat sich nur als Angehöriger seines Landes gefühlt. Wie er den Segen der Kultur, die Wohltaten des Geistes seines Vaterlandes in Friedenszeiten genossen hat, so will er im Kriege mit seinen Landesgenossen stehen, kämpfen und leiden für sein Vaterland.

Wir Juden verlangen keine Sonderrechte für uns, keine Belohnung für die großartigen Spenden an Gut und Geld, für die Bereitwilligkeit, mit der wir unser Blut opfern. Wir kämpfen fürs Vaterland, aber wir erwarten von ihm, wie wir es immer gefordert, — Gerechtigkeit.

Der blutige Kampf hat jetzt begonnen. Es werden unzählige Opfer gefordert werden, gar viele Zurückgebliebene sehen schon jetzt ihre Existenz bedroht, sie ahnen das Schlimmste für den Lauf der Zeiten — aber nirgends zeigen sich Sonderwünsche und Sonderinteressen. Es gibt nur einen Wunsch: Heil und Segen dem Vaterlande.

Und so vertrauen wir den Ausgang dem allwaltenden Geschick. Wir kennen die Zukunft nicht, aber das eine wissen wir: Wir deutschen Juden werden uns würdig zeigen der Vergangenheit, wir werden uns bewähren als gute, treue Söhne unseres Vaterlandes!"

Seit dem Anfang des Krieges ist eine ungeheure Literatur seitens der Juden entstanden. Mein Blatt und alle übrigen jüdischen Blätter sind voll von Kriegsartikeln, die Begeisterung und Enthusiasmus atmen. Der Bettag, der am 5. August stattfand, in den Berliner Synagogen, sowie denen aller anderen deutschen Städte, war ein helleuchtendes Beispiel der Einmütigkeit des frommen, ergebenen Sinnes in das schwere Schicksal,

dem man entgegenging. Wer diese Tage mitgemacht hat, diese Momente erhebender, alle fortreißender Begeisterung, der besitzt einen Schatz für das Leben, den er niemals verlieren kann.

Als eine der ersten Maßregeln, die im Gegensatz zur Vergangenheit stand, ist die Ernennung jüdischer Feldprediger zu erwähnen. Während des Krieges von 1866 hatte die preußische Regierung das an sie gestellte Begehren, jüdische Feldgeistliche anzustellen, mit der Begründung abgewiesen, „bei der verhältnismäßig geringen Zahl und der Verteilung der jüdischen Soldaten in der ganzen Armee sei die Anstellung von jüdischen Feldgeistlichen weder möglich noch nötig." Auch während des Krieges 1870/71 waren die Bemühungen, Rabbiner als Feldgeistliche angestellt zu sehen, nicht glücklicher, obgleich nachgewiesen werden konnte, daß die Beteiligung der Juden eine recht erhebliche war; in dem Weltkriege von 1914/15 ist bei jeder Armee ein jüdischer Prediger angestellt, eine ganze Anzahl unter ihnen ist wegen ihrer hervorragenden Tüchtigkeit durch das eiserne Kreuz ausgezeichnet worden. Von der Tätigkeit dieser Feldprediger ist höchst Rühmliches zu melden. Sie haben, wo es nur anging, Gottesdienste abgehalten, die von den großen jüdischen Organisationen hergestellten Gebetbücher und die mannigfachen zu den verschiedenen Feiertagen herausgegebenen kleinen Erbauungsschriften, verteilt und erläutert. Sie haben mit geistlichem Zuspruche nicht gekargt, die Vermittlung zwischen Kranken und Verwundeten und deren Angehörigen in der Heimat hergestellt, sie haben vor allem den religiösen Sinn der jüdischen Soldaten gestärkt und damit nicht nur für den Augenblick vielen Trost gewährt, sondern für die Zukunft vorgearbeitet. Viele Berichte dieser Feldprediger sind gedruckt; vor allem ausgezeichnet sind die des Rabbiners Dr. B a e ck in Berlin, der mit einer wunderbaren Kraft und Tiefe als ein wahrer Priester seines hehren Amtes waltet.

Ueber die Zahl der jüdischen Kriegsteilnehmer im gegenwärtigen Kriege lassen sich bestimmte Angaben jetzt noch nicht

machen. Da sich die Bevölkerung Deutschlands seit dem Kriege von 1870 zum mindesten verdoppelt, und da die Zahl der Juden durch den Ueberschuß der Geburten verhältnismäßig noch stärker zugenommen hat als die der Christen, so muß die Zahl eine ganz ungeheure sein. Trotzdem ist von Seiten der Antisemiten manch böser Scherz gegen die „Unabkömmlichen" und Reklamierten laut geworden. Aber solche Angriffe sind gewiß ungerechtfertigt.

Der schlimmste Vorwurf der „Drückebergerei", der den Juden sogar im Reichstag entgegengeschleudert, wenn auch später seitens des Anklägers loyal zurückgenommen wurde, bezieht sich auf die Kriegsgetreide-Gesellschaft. Er ist in seinem Ungrunde zum Teil von zuständiger Stelle abgewiesen worden, verdient aber auch an dieser Stelle eine kurze Erwähnung. Denn es muß, wie mir aus authentischen Zeugnissen bekannt ist, auf Folgendes hingewiesen werden. Als diese Kriegsgetreide-Gesellschaft sich bildete, wandte sie sich an die größeren Getreidefirmen und bat um Zuweisung der nötigen Arbeitskräfte. In diesem Schreiben, das mir vorgelegen hat, wurde von der Kommission den Bewerbern eine dauernde Beschäftigung in Aussicht gestellt und ausdrücklich bemerkt, daß die Kommission dafür Sorge tragen werde, diejenigen, die sich ihr zur Verfügung stellten, und damit dem Vaterlande den wichtigsten Dienst leisten würden, — denn was gibt es Wichtigeres, als die Volksernährung? — von dem aktiven Heeresdienste zu befreien. Nun ist, wie jedermann weiß, und wie selbst der Böswilligste wissen müßte, oder leicht erfahren könnte, der Getreidehandel vielfach in jüdischen Händen. Das Anschreiben der Kriegsgetreidegesellschaft richtete sich also wesentlich an jüdische Firmen. Daher waren es naturgemäß hauptsächlich jüdische Jünglinge und Männer, die sich auf das Angebot zur Verfügung stellten. Von der Genossenschaft also, nicht von den Juden, ging das Angebot aus; wenn also ein Vorwurf erhoben werden konnte — er ist aber nach der ganzen Sachlage völlig unbegründet — so

darf er nicht an die Adresse der Juden gerichtet werden. Sie taten nur ihre Pflicht, indem sie sich dem Anerbieten fügten. In gefahrvollen Zeiten nützt der dem allgemeinen Besten am meisten, der an der Stelle steht, zu der ihn seine Veranlagung oder Ausbildung befähigt.

Das immer noch in manchen Kreisen herrschende antisemitische Gefühl hat eine schmähliche Zurücksetzung der Juden erzeugt. Sie ist besonders ersichtlich bei der Beförderung der jüdischen Kriegsteilnehmer. Von maßgebender Stelle werden Ermittelungen vorgenommen über die Zahl der Juden, die zu Reserveoffizieren gemacht worden sind. Diese Ermittelungen sind sehr schwierig, da viele der sogenannten jüdischen Namen irreführen, teils weil die Träger solcher Namen wirklich christlichen Familien angehören, teils weil gar manche ohne Namensveränderung entweder selbst aus dem Judentum ausgetreten oder Mitglieder von Familien sind, die den jüdischen Glauben aufgegeben haben.

Schätzungsweise sind bis jetzt 5—600 Juden zu Offizieren ernannt, darunter 80 in Bayern. Das ist bei der großen Zahl jüdischer Freiwilliger sehr wenig. Gar viele derer, die sich zur Beförderung eignen, müssen sich mit dem Range eines Offizierstellvertreters begnügen. Diese Zurücksetzung, die nicht ihren Grund in der soldatischen Untüchtigkeit oder Feigheit hat, — der Gegenbeweis wird geliefert durch die etwa 4000 jüdischen Kriegsteilnehmer, die das eiserne Kreuz II. und 10, die das eiserne Kreuz I. Klasse haben, — ist nur hervorgerufen durch den Antisemitismus des Reserveoffizierkorps. Während nämlich die aktiven Offiziere, besonders die höheren Ranges, vom Hauptmann aufwärts, den Juden in gerechter Gesinnung gegenüberstehen, sind die Reserveoffizierkorps fast durch und durch Antisemiten. Es kommt zwar vor, wie mir aus manchen Beispielen, bei denen die Namen genannt worden sind, bekannt ist, daß Hauptleute den jüdischen Offizieraspiranten nicht nur die Taufe anraten, sondern sie geradezu als Bedingung zum Avancement fordern. Aber viel häufiger ist

es, daß gerade die höheren Offiziere sich machtlos erklären gegenüber dem Widerstande der Reserveoffiziere. Ein besonders markantes Beispiel dieser feindseligen Gesinnung, geübt gegen den Rechtsanwalt Dr. Mühlfelder, ist erst vor ganz kurzer Zeit durch die Presse veröffentlicht worden; es ist um so tragischer, als der junge Mann, dem dieses Unrecht zugefügt wurde, den Tod erlitten hat, ohne der Ehre teilhaftig zu werden, deren er würdig war.

Eine fast noch härtere Zurücksetzung erleiden viele jüdische Jüngli,nge, die es schon in Friedenszeiten zum Rang eines Vizefeldwebels oder Offizierstellvertreters gebracht haben — und zwar gleichmäßig bei der Infanterie, Kavallerie, Artillerie dadurch, daß sie bei Ausbruch des Krieges zum Train versetzt wurden. Nun ist es notorisch, daß bei den Truppengattungen, denen sie bisher angehörten, Offiziere verwendet werden können, daß dagegen beim Train keinerlei Mangel herrscht. Alle Bemühungen, dieser jungen Männer, die teilweise schon in den dreißigen sind, anderen Abteilungen eingefügt, an die Front gesendet zu werden, waren vergeblich. Mir sind Beispiele bekannt, daß manche vom Anfange des Krieges eingezogen in Festungen oder offenen Städten verweilen müssen und sich über geringfügige oder keinerlei Beschäftigung zu beklagen haben, ich weiß positiv, daß in einer süddeutschen Stadt mehrere Dutzend solcher Aspiranten auf anderweitige Verwendung harren. Sie brennen darauf, ihre Kräfte zu üben, sie haben wiederholt Eingaben gemacht, die ihre Einstellung in andere Truppenteile bezwecken, sie schämen sich ihrer gezwungenen Untätigkeit, aber sie müssen warten und sie, ihrem Berufe und ihren Familien entzogen, gern bereit, diese Opfer zu tragen und gleich ihren Kameraden ins Feld zu ziehen, leiden unsäglich unter dem Nichtstun, und unter der Last des Vorurteils, das sie während ihrer Dienstzeit durch ihr Verhalten glänzend widerlegt hatten und dessen gänzliche Unhaltbarkeit sie vor dem Feinde gern beweisen möchten.

Wir dürfen wohl hoffen, daß noch während des Krieges, dessen Dauer sich ja garnicht absehen läßt, sich diese Zustände ändern. Einzig und allein trägt an ihnen das Reserveoffizierkorps Schuld. Die höchsten Staatsbeamten und der Kaiser selbst, der durch die Tat das schöne von ihm gesprochene Wort bewährt, daß er keinen Unterschied unter den Staatsbürgern mache, daß er vielmehr nur Deutsche kenne, sind durchaus anderer Meinung. Sie wollen der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen, sie wollen die wahre Gleichstellung durchführen. Und wenn, wie zu erwarten ist, die Anerkennung tüchtiger Leistungen sich in Zukunft in weit größerem Umfange auch den Juden gegenüber vollzieht, so ist es im wesentlichen dem erleuchteten Sinne des obersten Kriegsherrn zu danken.

Neben der frohmutigen Stimmung, welche die zu Kämpfern ausgewählten jüdischen Jünglinge und Männer zeigen, geht die gehobene vaterländische Gesinnung derer einher, die durch Alter, Kränklichkeit oder Untauglichkeit zum Daheimbleiben verurteilt waren und sind. Wohltätigkeit und Wohlfahrtsstreben, die bei den Juden immer als Haupttugenden galten, haben sich auch in diesem Kriege glänzend gezeigt. Bei den öffentlichen Sammlungen stehen sie hinter ihren Volksgenossen nicht zurück, sondern spenden mit vollen Händen. In den großen Organisationen, selbst in dem „Roten Kreuz", das noch in den ersten Wochen des Krieges als antisemitisch galt, sind jüdische Männer, in dem „Nationalen Frauendienst" sind unzählige jüdische Frauen eifervoll und unermüdlich tätig. Von den nicht mehr zum Heeresdienst verpflichteten Aerzten haben sich zahllose jüdischen Glaubens freiwillig gemeldet; ältere Männer haben sich reaktivieren lassen, selbst recht alte gern zur Verfügung gestellt. Auch diejenigen, die nicht mehr durch die Tat, sondern nur durch das Wort wirken können, haben vollauf ihre Pflicht getan und üben sie noch. Die jüdischen Zeitungen, die früher einen Teil ihrer Tätigkeit, ja ihre Hauptaufgabe darin erblickten, die Parteiunterschiede innerhalb des Judentums hervorzuheben, sodaß die Liberalen

gegen die Orthodoxen und letztere gegen die ersteren stritten, die deutschnational Gesinnten gegen die Zionisten zu kämpfen hatten und von diesen befehdet wurden, haben diese Streitigkeiten vertagt, haben den auch unter anderen Parteien proklamierten Burgfrieden gewahrt. Die jüdischen Journalisten wirken als wackere Soldaten der Feder für die nationale Sache. Mit feurigen Leitartikeln, mit Schilderungen von Kriegsszenen, mit Aufrufen zu Spenden sind auch unsere jüdischen Zeitungen gefüllt. Neben den deutschen Reden allgemeiner Art findet man deutsche Reden von Juden für die allgemeine Sache gehalten. Unter den deutschen Erzählern und Dichtern finden sich gar manche jüdischen Glaubens. Eine der unzähligen Sammlungen von Kriegsliedern sind von unserem Glaubensgenossen Julius Bab herausgegeben; im „Ulk" stimmen Fritz Engel und Siegmar Mehring um die Wette patriotische Gesänge an. Zahllose Predigten von hervorragenden Rabbinern Deutschlands sind durch den Druck veröffentlicht worden, deren Ertrag meist zur Unterstützung der Verwundeten bestimmt ist, Reden, die deutlich bekunden, wie die Priester trotz ihres Friedensberufs den Sieg der gerechten Sache erflehen, zu mutigem Aushalten, zur Erfüllung der heiligen Pflicht für die gemeinsame Sache ermahnen, die Treue gegen das Vaterland, den Gehorsam und die Liebe für den Herrscher und Beschirmer des Reiches verkünden. Man müßte Bogen, ja Bände, füllen, wenn man den Versuch machen wollte, alle diese Aufsätze, Reden, Predigten, Gedichte auch nur zu nennen. Es wäre ein vergebliches Bemühen, eine Auswahl darunter zu treffen, oder gar alle zu wiederholen. Hier sei nur kurz erwähnt, daß Ernst Lissauer, der Dichter des Haßgesangs gegen England, des in der ersten Kriegszeit vielleicht am weitesten verbreitetsten Liedes von Geburt ein Jude ist.

Nur auf zwei deutsche Dichter jüdischen Glaubens sei hier kurz hingewiesen, nicht um andere nicht minder vortreffliche herabzusetzen, sondern aus dem Grunde, daß diese beiden

als tapfere Soldaten gefallen sind: Hugo Zuckermann und Walther Heymann.

Zuckermann hat ein herrliches österreichisches Reiterlied geschrieben, das folgendermaßen lautet:

Drüben am Wiesenrand
Hocken zwei Dohlen —
Fall ich am Donaustrand?
Sterb ich in Polen?
Was liegt daran?
Eh' sie meine Seele holen,
Kämpf ich als Reitersmann.

Drüben am Ackerrain
Schreien zwei Raben —
Werd' ich der erste sein,
Den sie begraben?
Was ist dabei?
Viel hunderttausend traben
In Oest'reichs Reiterei.

Drüben im Abendrot
Fliegen zwei Krähen —
Wann kommt der Schnitter Tod,
Um uns zu mähen?
Es ist nicht schad'!
Seh' ich nur unsre Fahnen wehen
Auf Belgerad!

Von demselben rührt das wundervolle Lied: „Makkabäer 555" her, das hier nicht fehlen darf:

Heute darf ich den Genossen
Makkabäerlieder sagen,
Weil ich selbst ein Schwert getragen
Und mein rotes Blut vergossen.

Heute keine Siegeslieder,
Heute keine Freudenkerzen,

Beugt euch mit zeriß'nem Herzen
Zur entweihten Erde nieder.

Noch ist nicht die Zeit vollendet,
Noch ist nicht das Land gereinigt,
Noch wird unser Volk gesteinigt,
Unsere Tempel sind geschändet.

Keiner festlich hellen Stuben
Siebenarmig Lichterschimmern,
Ueber Scherben, Schutt und Trümmern
Raufen sich zerlumpte Buben.

In den weihedunklen Schulen
Stampfen die Kosakenrosse,
Nach dem Lied der letzten Posse
Walzen zwei betrunkne Buhlen.

Unter der Granaten Pochen,
Die den Friedhof gut getroffen
— Alle Gräber gähnen offen —
Speit die Erde Totenknochen.

Darum keine Siegeslieder,
Darum keine Freudenkerzen,
Beugt euch mit zerrißnem Herzen
Zur entweihten Erde nieder.

In die harten Fäuste pressen,
Sollt ihr fest zwei Erdenbrocken,
Meine Rechte werde trocken,
Könnt ich deiner je vergessen.

Deiner Seufzen, deiner Tränen,
Deiner Schwären, deiner Schande,
Judenvolk im Polenlande,
In dem Rachen der Hyänen.

Wer ein gutes Schwert kann schwingen,
Wer noch kann die Büchse tragen,
Wer da kann die Trommel schlagen,
Soll den Arm zum Opfer bringen.

Wer die Berge kann bezwingen,
Wen ein flinkes Roß getragen,
Wer sich auf den Mast will wagen,
Soll die Beine uns verdingen.

Eure Künste, euer Streben,
Eure festen Daseinsplätze,
Eure Häuser, eure Schätze
Heischen wir und: Euer Leben.

Euer Leben, daß nicht sterbe
Väterart und Vätererbe.
Macht den Tempel wieder rein,
Laßt uns Makkabäer sein!

Neben den Oesterreicher Zuckermann tritt der Ostpreuße Walther Heymann, bei dem sich gerade die lebhafte Empfindung für die Heimat kundgibt, der er entstammt. Wie so viele derer, die während des furchtbaren Ringens ihr Leben lassen mußten, ist er erfüllt von dem Gefühl seines nahen Endes und weiß dieses in wundersamer Weise auszudrücken. Den „Hinterbliebenen" widmet er die Verse:

Mutter, es kommt nicht nach Haus
den du geboren —
Frau von allen
Männern ist deiner gefallen —
Kinder — ihr habt euren Vater verloren!

— — — — — —

Eine große Mutter
ist unser Land.
Heldentod
hat eine sanfte Hand.
Kinder —
werdet wie er,
macht ihm nicht Schand!

Und wie Todesahnung klingt sein Lied: „Heimrast“:

So feierlich ist's hier zu wohnen,
Wo Buchen sind und starker Eichen Kronen,
Wo aus den Wäldern deutsche Straßen ziehn.
Zur Vaterstadt, zur Welthauptstadt Berlin.

Und alle Straßen führen nun nach Haus,
Wo aus der alten Kirche offnen Hallen
Das Lied entspringt und strömt ins Feld hinaus.
Wie herrlich ist's fürs Vaterland zu fallen.

Dies ist die Gesinnung, die die deutschen Krieger jüdischen Glaubens, die die daheimgebliebenen Männer und Frauen belebt, stärkt, erfüllt, die sie befreiend von dem Einzelschicksal, loslösend von eigensüchtigem Begehren zum Allgemeinen emporhebt, die sie von dem Augenblick hinwegträgt zur Ewigkeit.

Die deutschen Juden, die sich, dank Moses Mendelssohns unsterblichem Wirken, als Deutsche zu erkennen gelernt haben, die mit ihrer ganzen Kultur in Deutschland wurzeln, und die durch Tat und Wort, durch Leben und Gesinnung sich in diesen furchtbar ernsten Zeiten eins fühlen mit ihren Landesgenossen, sie haben ihre Pflicht erfüllt und werden sie weiter üben, solange der Krieg auch dauern mag. Sie haben ihr Blut freudig hingegeben, haben die schwersten Opfer gebracht und werden nie ermüden, alles zu geben, was man von ihnen fordert. Sie preisen dies nicht als besonderes Verdienst, sie verlangen für ihre Pflichterfüllung keinen Extralohn, sie fordern nur Gleichberechtigung im Krieg und im Frieden, freien Raum für die Betätigung ihrer Kraft, nicht Duldung, kein Geschenk, sondern Gerechtigkeit, Anerkennung ihres Glaubens und ihrer Eigenart. Sie geloben in treuer Liebe zu Kaiser und Vaterland, in Verehrung und Heilighaltung der großen deutschen Kultur

Deutsche zu sein mit Deutschen!

Literarische Notiz.

Für die vorstehenden Ausführungen sind vielfach benutzt:

Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Wissenschaft. 2. Aufl. Danzig. 1900. A.W. Kafemann.

Die Juden im Heere. Herausg vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin. Verlag des Vereins, o. J.

Die Juden als Soldaten. Herausg. von dem Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin. 3. Aufl. Berlin 1897. S. Cronbach.

Außerdem manche einzelnen Notizen aus meinem Werk „Geschichte der Juden in Berlin". 2 Bände. Berlin 1871.

Graetz. Geschichte der Juden. Band 11.

M. Philippson. Geschichte des jüdischen Volkes in der neuesten Zeit. Band I/II. Leipzig 1912/13.

Erster Abschnitt.

Christian Wilhelm Dohm, Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden. 1. und 2 Teil. Berlin 1781/83.

Zum Siegesfeste. Dankpredigt und Danklieder. Von Moses Mendelssohn Eine Reliquie. Zum ersten Mal herausgegeben und mit Einleitung versehen von M. Kayserling. Berlin 1866.

Ismar Freund. Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Berlin 1912.

Zweiter Abschnitt.

M. Philippson. Der Anteil der jüdischen Freiwilligen an den Befreiungskriegen 1813 14. In Monatsschrift f. Gesch. und Wissenschaft des Judentums. Band 50 S. 1—21. S. 220- 247.

I. Levy. Die Juden und der Freiheitskrieg 1813. Vortrag gehalten in der Lehranstalt für Wissenschaft des Judentums. Berlin 1913 A. Unger.

Die Feldzüge Napoleons. Nach Aufzeichnungen jüdischer Teilnehmer und Augenzeugen. Herausg. von Grunwald. Wien 1913. Braumüller.

Ludwig Boerne Werke, historisch-kritische Ausgabe. Herausg. von Ludwig Geiger. Berlin 1911. Bong. Band 1, Seite 142.

Heines Werke. Herausg. von O Walzel. Leipzig. Insel-Verlag.

Ueber Ludwig Robert: Karl Gödeke, Grundriß zur Geschichte der deutschen Dichtung. Band 8, Seite 516.

Michael Beer. Gesammelte Schriften 1835.

S. Silberstein. Ohne Unterschied von Geburt und Religion. Monatsschrift f. Gesch. u. Wissenschaft d. Judentums. 59. Jahrgang. Seite 97—107.

M. Brann. Aus der Zeit von vor 100 Jahren. Monatsschrift für Gesch und Wissenschaft des Judentums. Jahrgang 59, S. 131—141.

M. Lazarus. 1814-1914. Allg. Zeitung des Judentums 1914. S. 619.

Dritter Abschnitt.

Moritz Hartmann. Werke. Stuttgart 1874. Band 1.

L. Geiger, Berlin. 1688—1840. Berlin 1897. Band II, Seite 548.

Derselbe. Laube und die Juden. Jahrbuch für jüdische Gesch. und Literatur 1914. S. 168ff

Derselbe. Zum Andenken an Moritz Veit. Monatsschrift f. Gesch. und Wissenschaft des Judentums 52. Jahrgang, S. 512ff.

Ferner sind Handschriften der Königsberger Stadtbibliothek und Studien im Archiv der Berliner jüdischen Gemeinde verwertet.

P. Rieger. Zeitschrift „Im deutschen Reich". 21. Jahrgang 1915. Heft 8 und 9.

M. Burg. Königlich preußischer Major der Artillerie. Geschichte meines Dienstlebens. Berlin. 1854. W. Behr.

Vierter Abschnitt.

Gedenkbuch an den deutsch-französischen Krieg 1870—71 für die deutschen Israeliten. Herausg. von der Redaktion der Allg. Zeitung des Judentums. Bonn 1871.

Berthold Auerbach. Wieder unser. Gedenkblätter zur Geschichte dieser Tage. 2. Aufl. Stuttgart 1871.

Derselbe. Waldfried. Eine vaterländische Geschichte. Vielfach abgedruckt, auch in gesammelten Werken.

Die angeführten Briefe Berthold Auerbachs in den Briefen an Jakob Auerbach Frankfurt a. Main. 1884. Band II, 356, 363, 368.

L. Geiger. Berliner Tageblatt. 16. September 1914. Daraus abgedruckt Allg. Zeitung des Judentums Nr 47.

Abraham Geiger. Leben und Lebenswerk. Berlin 1910.

Ueber Fanny Lewald. L. Geiger, Dichter u. Frauen. Berlin 1896. Seite 337.

Fünfter Abschnitt.

Die Literatur über Predigten, Erbauungsbücher, Reden erscheint hier nicht aufgeführt. Es sei daher kurz auf die Uebersichten über Kriegsliteratur in der Allg. Zeitung des Judentums verwiesen.

Ueber Zuckermann: Makkabäa. Jüdisch-literarische Sammlung von Louis Lamm. Berlin 1915. L. Lamm.

Walter Heymann. Kriegsgedichte und Feldpostbriefe. München. 1915. Georg Müller

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 4 Mark 1.50

Kriegslehren zur äußeren Politik

von

Dr. Otto Helmut Hopfen

Reichsvertretung und Aufgaben der äußeren Politik
Klarheit oder Blindheit gegenüber Frankreich?
Mehr Würde! (Italien) / Dira necessitas (Belgien)
Die Schweiz und die Neutralität / Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 4

Kriegslehren zur äußeren Politik

von

Dr. Otto Helmut Hopfen

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Wilhelm Schwaner

und seinem

Volkserzieher-Werke

zueigen

Inhalt.

Etliche dieser Ausführungen sind schon vor Jahresfrist im Druck erschienen; alle bilden, unter sich vielfach verknüpft, ein Ganzes und wollen die heikelste Frage des Augenblickes, nämlich unseres Vaterlandes und Volkes wünschenswertes Verhalten gegenüber dem Auslande mit Besonnenheit zu nötig scharfer oder nötig maßvoller Lösung führen.

Wenn einige Sätze und Forderungen überraschen, so glaube man, daß auch sie das Ergebnis eigener Erfahrung vor wie während der Kriegszeit sind; (nur in der Polenfrage folge ich der fremden, mir günstig scheinenden Einsicht von Kranz.)

Man wird bemerken, daß ich Schwierigkeiten nicht nur nicht zu fliehen, sondern mit Freuden anzupacken rate; denn aus Schwierigkeiten erwachsen große Aufgaben; große Aufgaben verlangen herrliche Kräfte; herrliche Kräfte — zum Werk an einem Punkte benötigt und berufen — werden bald an vielen Punkten Hemmungen von abgenutzten, minderwertigen oder schädlichen Personen und Systemen beseitigen. Nur die Freude an schweren dauernden Aufgaben bringt unseres Volkes wahre Jugendfrische zum Ausdruck. Die Scheu vor Schwierigkeiten ist Altersschwäche. Wer sich auf Entschlußlosigkeit, verknöcherter Rechthaberei und Aengstlichkeit ertappt, sollte die schwindende Jugend seiner Seele erkennen und die Bürde verantwortlicher Macht, einflußreicher Reden und Schriften Anderen überlassen. Wird doch im politischen Leben die Unzulänglichkeit in Verbindung mit Ehrgeiz und den „besten Absichten" zum Verbrechen; denn Volks- und Staatsgenossen müssen für sie mit Leben und Lebensfreudigkeit büßen.

Aehnlich denken — glaub ich — Hunderttausende von Feldgrauen; denn sie erfahren täglich, daß Ehre und Kraft

für den Einzelnen wie für das Volk um so mehr wachsen, je schwieriger die freudig ergriffenen Aufgaben sind; so dachten viele, die im Felde Blut und Leben für das überkommene Erbe deutscher Zuversicht und Stärke hingegeben haben.

Daheim nun haben sich auf oft wundersamen Wegen in der Zeit dieses Krieges Vereinzelte zusammengefunden, die ihrer unabhängig von einander erarbeiteten Klarheit des Wollens in den wichtigsten vaterländischen Fragen zu allmählicher Verbreitung verhelfen. Es ist anzunehmen, daß sie sich trotz natürlicher Anfeindung Vertrauen erwerben werden und so unter Ueberwindung der deutschen Eigenbrödelei für die Zeit des hoffentlich bald, aber nicht voreilig, kommenden Friedens einer großen deutschen Machtgruppe „Feldgrau" den Unterbau bereiten können. Wie nötig ihr rechtzeitiges frühes Auftreten war, zeigt sich darin, daß selbst in so schnell wirkenden Zeiten, wie denen dieses Krieges, die Gedanken ersichtlich lange Zeit brauchen, um vom Gehirn des Formenden in die Köpfe der Mehrzahl zu wandern. Viele der folgenden Sätze mögen nach Ablauf eines weiteren Jahres wie Binsenwahrheiten erscheinen, heute sind sie es, trotzdem sie jetzt zahlreicher als anfänglich auch in Schriften von Andern öffentlich vertreten werden, noch keineswegs. Es gibt noch über genug politisch Gleichgiltiger und genug anders denkender Rühriger, die den hier geäußerten Anschauungen mit oder ohne Nachprüfung entgegen stehen. Hat doch der Unterschied der politischen Meinungen trotz des Burgfriedens nicht einen Augenblick nachgelassen. Das ist ein Glück, denn solch Nachlassen hätte ein Erlahmen oder Versiegen der vaterländischen Heimarbeit bedeutet. Je freier allen unterschiedlichen Gruppen das Recht gegönnt wird, sich vor den schnell zu Geschichte werdenden Ereignissen als wahre oder falsche Propheten, als rechte oder schlechte Bahnweiser zu zeigen, um so besser.

Niemand, der den Nachwuchs von Politikern dem Staate nutzbar machen möchte, wird während der schnellen und scharfen Erprobung des Krieges die Regsamkeit ir-

gend einer Persönlichkeit und wäre sie noch so gegnerisch, falls sie nur sachlich überzeugt und staatfreundlich deutsch gerichtet auftritt, unterdrücken wollen. Die Frage, was das Ausland sagen oder denken könnte, ist heute ganz nebensächlich, denn heute kommt es auf die Taten an. Wir können und müssen überzeugt sein, daß die Feinde heute und noch lange ihrem erstrebten Siege zu liebe pflichtmäßig alles tun werden und tun wollen, was uns schadet.

Für den Augenblick nun, in dem das Trommelfeuer der Kanonen durch vereinte Listen der Unterhändler ersetzt werden wird, muß in Deutschland alles bereit sein. Das ist nur möglich, wenn wir wissen, daß auch dann der Krieg gegen uns, die wir rettungslos auf Jahrzehnte in der Welt verfehmt sind, unerbittlich weiter geht, wenn wir mit der Klärung unseres Wollens fertig sind und wenn wir unsere Schulung durch Berufung solcher politischer Persönlichkeiten vollendet haben, deren bisherige Leistungen Vertrauen und Bewunderung erwecken.

Mögen die folgenden Blätter ihr Teil dazu beitragen; und sie werden es, selbst wenn sie zu Widerspruch anregen. Dank diesem Kriege ist ja die Freude am Kampfe wieder erlaubt; dank ihm hat das vorher manchem schaal oder bitter gewordene Leben für weite Kreise wieder ein Höhenziel. Dies Ziel heißt: Deutschlands Volk und deutsche Art, so edel und kräftig sie sein können, zur Geltung zu bringen, jedem würdigen Deutschen und das Deutschtum, wo immer es sei, unantastbar machtvoll zu schirmen und alles, was damit verwandt ist, nach Möglichkeit zu fördern.

Starnberg, Oktober 1915.

Reichsvertretung und Aufgaben der äußeren Politik

1.

Die Land- und Machtverhältnisse zwischen den beweglichen Völkern dieser Erde sind bisher nie zum Stillstand gelangt und bedingen tägliche und periodische Aufgaben für jedes Volk, das seine Zukunft sichern will. Dieses Sichabfinden mit den Ereignissen, dieses Ausnützen, das entweder gleichzeitig oder nachträglich stattfindet, vollzieht sich selbst innerhalb der Gemeinschaft des Staates bis zu gewissem Grade instinktiv, also ungewollt abhängig von oft unerwünschten Verhältnissen; erst die aus gegebenen Anzeichen und Fähigkeiten erzeugte Voraussicht kommender Verhältnisse und ihres unabweisbaren Schwergewichtes, erst die Absicht und Macht, diese Verhältnisse möglichst erwünscht zu benutzen oder gar zu leiten, erhebt sich ins Bereich der Kunst. Sie ist's, was wir äußere Politik nennen.

Die Staatskunst nun, die von Deutschen im Verhältnis zu andern beweglichen Völkern zu treiben ist, erhält ihre Aufgaben aus der Frage: Wie behalten oder gewinnen wir diejenige Macht, die nötig ist, um deutsches Blut, deutsche Untertanen, deutschen Besitz und vor allem deutsche Art auf absehbare Zeit rings auf dem Erdenrund zu schützen und zu sichern?

Wer das zugibt, setzt sich in Gegensatz zu all denen, die die Aufgabe jeder — sonderlich der deutschen äußeren Politik darin erblicken, für die beste Entwicklung aller Völker und

aller Staaten, für allgemeine Cultur, Civilisation, Ethik, für überall gleiches Nationalstaatsprinzip, allumfassende Menschlichkeit, ewigen Frieden und andere politisch unklare oder sentimentale Verschleierungen meist deutschfeindlicher Bestrebungen zu sorgen.

Wir können auf diese Allerwelt-Schlagworte und Phrasen als auf ausgemachte Heuchelei oder politische Stümperei verzichten, denn wir sind überzeugt und erhärten an dem Beispiel des Krieges auf's Neue, daß die Bewährung reinen deutschen Wesens sich in Opfermut, Frohsinn, Güte, Ordnung und weiteren der ganzen Menschheit wohltätigen Tugenden beweist.

Bei der Wichtigkeit, die in jeder Kunst nicht nur das „was", sondern das „wie" und „wer" hat, müssen wir zunächst nach den Aufgaben persönlicher Natur im Gebiete der äußern Politik fragen. Wer hat mitzuarbeiten?

Im weitesten Kreise alle Deutschen, dann die Auslanddeutschen und die mit dem Ausland beruflich Beschäftigten, im engeren Kreise die Presse und die Volksvertreter, schließlich die dank besonderer Begabung und Vorbildung berufenen Reichsvertreter. Die internationalen Fremdwörter Diplomatie und Diplomaten geben wir von vorneherein als internationalen deutschfeindlichen Belangen dienend preis.

Die opferbereite Mitarbeit, die jeder Einzelne im Krieg, dem letzten Mittel der äußeren Politik, durch Gut und Blut zu leisten hat, ist allen Deutschen als Pflicht aufgegangen. Daß dieser notgedrungenen und unerwünschten Anteilnahme an der äußern Politik ein stärkeres tägliches Bemühen und Begreifen zur Seite gehen könnte, als bisher üblich war, ist selbst durch die Erfahrungen der letzten Zeit noch nicht genügend wachgerufen. Hoffen wir, daß ein — zumal den reichen Amerikanern gegenüber bei uns beliebtes Kniebeugen — auch in Geschäft- und Stadtväterkreisen würdigerem Gebahren Platz macht. Hoffen wir, daß die Deutschen im

Auslande und gegenüber dem Auslande von ihrer Beglückungfertigkeit, die sich wohlgemeint oder schulmeisterlich in tausend Dinge mischt, Abstand nehmen. Die übrige Welt hat gar keine Sehnsucht am deutschen Wesen zu genesen. Und man kann ihr das um so weniger verübeln, je unerbetener unser Ordnungstreben und Sauberkeitverlangen ihre geliebte Spuckerei und Lausekultur stört; man kann es ferner so lange nicht als Unliebenswürdigkeit und Grobheit für echt deutsch, gepflegt wird, als auch bei uns noch Hämlinge, Neider und Dünkelhafte in Haus, Verbänden und Staat die Geltung starker Persönlichkeiten geflissentlich hindern, als Kleinliche, Gierige und Wucherer selbst in diesen Kriegszeiten ihrem und ihrer Sippe Vorteil skrupellos fern von freudiger Gerechtigkeit und allgemeinem Wohlwollen nachjagen. Bilden, belehren und bessern wir also vorerst uns und nicht die andern.

Die Aufgaben der Allgemeinheit in- und außerhalb des Landes sind wichtiger als die Charakterlosen oder Eigensüchtigen zugeben wollen.

Immerhin haben wir Grund zur Annahme, daß es bei uns besser steht als anderwärts und daß derjenige, der sich uns anschließt und uns fördert, nicht schlecht fährt. Nur Deutschland kann sich selbst noch verbessern wollen. Aus diesem Stolz und diesem rastlosen Streben folgt für diejenigen, die durch Beruf, Besitz oder Gesundheit auf das Leben im Auslande angewiesen bleiben, vom ersten Friedenstage an zu zeigen, daß jeder Deutsche im Auslande sich bewußt ist, daß sein Vaterland nach seinem Handeln beurteilt wird.

Jeder von ihnen hat im Unterschied zu manch früherem taktlosen Bramarbasierer oder Vaterlandbeschimpfer und Vaterlandverleugner durch ruhiges und offenes völkisches Selbstbewußtsein, durch unerschütterliches Festhalten am Deutschtum dem Ansehen seines Vaterlandes zu nützen. Das wird um so leichter sein, als nach dem Kriege — abgesehen von verein-

zelten Entgleisungen, eine allgemeine Vorsicht und gesteigerte internationale Höflichkeit zu erwarten steht. Dem Renegatentum aber dürfte durch alle Völker ein gesteigertes Mißtrauen erwachsen. Für uns darf es nicht, wie leider zu oft bisher in diesem Punkte ein Dulden und Verzeihen geben. Wer uns in diesem Kriege verraten hat, bleibt als ein Judas dauernd gekennzeichnet, mag er noch so reich, noch so listig, noch so frech sein. Wer ihm wieder die Hand gibt, eint sich dem Gemeinen, statt es zu hassen.

2.

Da unsere Volksvertreter der letzten Jahrzehnte ihre Aufgabe in der äußeren Politik haben ruhen lassen, so muß man warten, bis statt der von Parteien gewählten Compromißkandidaten wirkliche Männer von Volksgruppen gekürt sind. Sie werden die Aufgabe erfüllen, in der äußeren Politik genau wie in der inneren, Rechenschaft zu fordern, ja, die Verantwortung für das Verhältnis zum Auslande in hohem Maße mitzutragen. Ihnen wird die weitere Aufgabe zufallen, zu dem Nachwuchs der Reichsvertretung, von dem die Volksvertreter so gut wie ausgeschlossen waren, reichlich beizutragen.

Machte man doch bisher weite Kreise glauben, daß, da die Volksvertreter vielfach aus dem Volke gewählt wurden, hiermit die Quellkraft der siebenzig Millionen erschöpft sei.

Aber das Volk hat bei einmütiger Absage an die bisherige Reichsvertretung die lächelnde Sicherheit, daß es selbst für die schwierigsten Aufgaben, z. B. den künftigen Friedenschluß und für die gesamte auswärtige Reichsvertretung und Staatsleitung unter seinen 70 Millionen in Bürger- und Adelstand eine Fülle von Kräften besitzt und auch für den Nachwuchs sorgen kann.

Weite Kreise, die sich der vollen Schwere der nötigen Verantwortung bewußt sind, sehen heute nicht eine einzige Aufgabe unter all den durch den Krieg möglich gewordenen, keine Schwierigkeit, die deutscher Geisteskraft zu schwer sein sollte.

Fallen muß daher das bisherige System beschränktester Auslese, fallen muß die Vorstellung, als sei der Reichsvertreter nur der möglichst unnahbare Vertreter des Fürsten bei fremdem Staatsoberhaupte, fallen muß der Wahn, als ob den Reichsvertretern im Auslande die Besetzung der viel wichtigeren und größere Ansprüche stellenden Führerstellen der Reichsleitung daheim als „avancement" zukäme. Fallen muß überdies das irrige System der Berichterstattung, das aus beschränkten Quellen nur das schöpft, was gewünscht wird und den Berichtenden angenehm macht: „Ich erhalte einen Auftrag", schreibt Friedrich der Große 1735 „soll die Dinge prüfen und darüber berichten; beginge ich da nicht Verrat am König, am Lande, an meinem Gewissen und an meiner Ehre, wenn ich nicht frei von der Leber redete und alles so sagte, wie es mir erschienen ist? . . . einerlei ob es gefällt oder nicht." — In diesem Geiste heißt es die Reichsvertretung im Auslande auf andere Grundlage stellen: Die auf Mittel- und Hochschulen, in Kaufmann-, Lehrer- und Soldatenstand, in Presse, Industrie, Politik und wo immer als Menschenkenner und Verhandlungfähige, als sach- und fachkundig, als wahrnehmungsgeschickt Erkannten und vor allem als unverknöchert lernfähig Erwiesenen, die in Ehrlichkeit und deutscher Art Erprobten sind durch Reisemöglichkeit und andere Art der Vorbereitung zu unterstützen. Allgemeiner als bisher sind geschichtliche, anthropologische, naturwissenschaftliche Kenntnisse an Stelle juristischer Prüfungen zu verlangen. Mit der Anschauung, als ob bedeutende Persönlichkeiten mehr schadeten als nützten, ist unbedingt, vor allem aber für diejenigen Stellen zu brechen, die von der Heimat aus die Leitung

der ganzen Reichsvertretung in Händen haben. Diese letzten Endes Verantwortlichen müssen Führertalente und große Persönlichkeiten sein. Denn man täusche sich doch nicht über den durch diesen Krieg gestärkten Willen des Volkes, als ob es nun weniger nach Führern verlangte als bisher. Gerade die tüchtigsten will es an einflußreichsten Stellen sehen, denn es hat am eigenen Leibe schmerzlich empfunden, wenn ihm die Führer, die es liebte, fortgeschossen wurden, wenn es für das Versagen seiner Vertretung und ungeeigneter Führer mit seinem Gut und Blut bezahlen mußte! Daher ist für die Auswahl der Reichsvertreter auch die Besetzung des Personalreferentenposten wichtiger als bisher angenommen wurde.

Sein Inhaber wird sich die Verantwortungschwere durch stetige Fühlung mit denjenigen Kreisen erleichtern, die sich bisher eigene Gesandte und Berichterstatter gehalten haben und teilweise halten. Die kräftige Entwicklung unseres Außenhandels haben wir in erster Linie der Tüchtigkeit unserer Kaufleute und Ingenieure und der Unternehmungluft unserer Banken und Schiffahrtgesellschaften zu verdanken. Von ihnen ist zu lernen.

Die soziale und sachliche Trennung von Beruf-Konsulat und Botschaft ist veraltet und beruht auf der Eselsbrücke des Geldes. Es wird die Aufgabe des Staates sein, künftig jeden, der im auswärtigen Dienst tätig ist, entsprechend aller nötigen Aufwendungen zu bezahlen, damit selbst der Anschein vermieden wird, als ob durch den für die „Diplomaten" geforderten Rentennachweis dem Staate die wichtigsten Aemter und größten Gehälter zu einem Spottpreis abgekauft werden könnten.

Ein ebenso grundsätzlicher Irrtum bestand bisher in dem Hin- und Herwerfen der beruflichen Reichsvertreter wie in dem Festkleben der unberuflichen der sogenannten kaufmännischen Konsuln.

Das Hin- und Herwerfen erfolgte zumeist unter dem Gesichtspunkt, daß die richtigen Diplomaten überall herumgekommen sein müssen. Aus dieser für staatsmännische Bildung wünschenswerten Voraussetzung zog man zwei falsche Schlüsse, einmal den, daß man heute einen Reichsvertreter, der sich z. B. in Bukarest eingearbeitet und gut bewährt hatte, morgen nach Tokio, übermorgen nach Rom, dann nach Stuttgart, schließlich nach Washington in verantwortliche Stellen setzte, und zweitens den, daß man wie schon bemerkt, die Leitung der Reichsgeschäfte in Berlin als Anwartschaften der so durchs Ausland Gehetzten anerkannte.

Dem gegenüber heißt es in Zukunft: Das ausgiebige Kennenlernen fremder Länder in unverantwortlicher Stellung bleibt als Ausbildung des Staatsmannes wünschenswert, läßt sich freilich stets ergänzen, ein gewaltsames Unterbrechen der mühselig eingearbeiteten Reichsvertretung im Auslande jedoch, sonderlich eine willkürliche, dem Vertreter selbst unerwünschte Vermengung des europäischen und grundverschiedenen überseeischen Dienstes erscheint als Fehler und schadet. Welch ein Vorteil war Barrère durch Jahrzehnte für Frankreich in Rom; welch ein Gewinn wäre es für uns gewesen, wenn Bülow dauernd im Palazzo Caffarelli geblieben wäre.

Freue man sich aber nicht nur, wenn man irgendwo einen tüchtigen Vertreter hat, sondern dulde man auch aus keiner persönlichen oder bürokratischen Rücksicht einen unfähigen, ungeschickten oder gar schädlichen. Die lauten Lehren dieses Krieges heißen: Das gesamte Korps der ausländischen Reichsvertreter ist zu überprüfen, teilweise zu erneuern und dauernd durch persönliche Fühlung zu überwachen und zu fördern. Das ist nur möglich, wenn die verantwortliche Centralstelle, nämlich das auswärtige Amt, nicht unter Leitung von „Diplomaten" steht, also großen Teiles neu geordnet wird. Ferner: Als offizielle Reichsvertreter im Auslande müssen Sachverständige und Fachtüchtige für Militär und Marine, solche für Han-

del und Industrie, für Arbeiterwohlfahrt, für Bankwesen, für Zeitungen, für deutsche Kulturstätten wie Auslandschulen, Akademien und dergl., so wie für andere Kreise ständig vorgesehen sein. Sie müssen wie Nebenstellen auf Wunsch und unter Leitung der Hauptstelle eingerichtet werden und arbeiten. Die Trennung von Diplomatie und Konsulat hat zu fallen. Wer jeweils die Hauptvertretung zu übernehmen hat, wird von der Berliner Centralstelle je nach der Persönlichkeit und je nach dem Hauptinteresse, das wir in dem einzelnen Lande haben, bestimmt. Schablonenhafte Forderungen können nur schaden.

Hiermit sei die Frage der verantwortlichen Reichsvertreter erledigt. Es erübrigt, daß wir uns den unverantwortlichen zuwenden u. zw. den feigen, den mutigen und den profitlichen.

3.

Feige erscheinen die satten Verkünder der Weisheit: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich!" — Also Flucht! Aber die Flucht, und sei sie ins eigenste Lager, steht dem Deutschen gar nicht an, sie erscheint seit den Zeiten des ver sacrum den meisten als elende Schwäche, mag sie sich selbst mit vaterländischem Mantel decken. Nicht jeder der — zumal heute — Vaterland, Nation, Patriotismus ruft, versteht etwas von Politik und wirkt vaterländisch nützlich. Geberden sich doch viele heute als Vorsänger Deutschlands, indem sie den langjährigen Wortschatz des heute wie gestern von ihnen daheim und in der Fremde verfluchten und verhöhnten Alldeutschen Verbandes bestehlen. — Vor dem Kriege klang die Melodie in ihren Zeitungen anders und morgen gibts wieder ganz allein die eigentlichen geliebten internationalen Verbrüderungs-, Ewige-Frieden-Schalmeien, die schon heute lieblich ins Konzert eingeschoben werden.

Bei der zum Schlagwort gewordenen Hetze gegen die Alldeutschen auch im Auslande, also bei ihrer Wichtigkeit für die äußere Politik sei unzweideutig ausgesprochen, daß unter denen, die selbständig die Lösungen der äußeren Politik gefunden haben, der Alldeutsche Verband mit seinem Führer Heinrich Claß an aller erster Stelle steht. Er ist weder durch die Machenschaft unserer Feinde, noch durch die wunderbare Güte unseres deutschen Volkes überrascht worden. Auf beide hat er seit seinem Bestehen in weitgehenden, jetzt der Erfüllung nahen, bisher als närrisch verhöhnten und Vielen oft unbequemen Forderungen hingewiesen. Es wäre eine — nur durch dauernde Einschüchterung von Seiten des kreischenden Auslandes oder von Undeutschen erreicht — Kraftminderung, wenn das deutsche Volk diesen völkischen Verband weiterhin beschmutzen und in seiner begeisternden Wirkung beschränken ließe.

Als Gegenstück sei hier noch ein Wort gerade über die deutschen Zeitungen gesagt, aus denen das Ausland sich bis zum Kriege über Deutschland unterrichtet hat. Vielfach, ja ausschließlich waren es die Zeitungen, die dem deutschen Leser durch die lügnerisch aufgebauschte Wichtigkeit der fünf Minuten früher anlangenden Nachrichten über Dreyfuß- oder Caillaux-Prozeß das Denken und die charaktervolle Auffassung der eigenen Würde abgekauft, die eigene Lebensstrebsamkeit Deutschlands herabgesetzt, die Fremde ekelhaft und würdelos umbuhlt oder aber, sobald ihre Sippe dort bedroht schien, beschimpft und beleidigt haben. Ihr Zweck ist es und muß es sein, Geld für die Zeitungsunternehmer zu machen und deren Privatinteresse zu fördern. Alles andere ist dagegen gleichgiltig. Zweck der vaterländischen Zeitungen ist es und muß es sein, die deutschen Belange und die Liebe zum Deutschtum zu verbreiten. Kann ein Zweifel darüber bestehen, welche Art Zeitungen und zumal gegenüber dem Auslande zu stützen, Aufgabe unserer äußeren Politik ist? Aber fragen wir im Kriege: Welche Presse stützt unsere Regierung?

4.

Bei Behandlung der Personenfrage haben sich uns ungezwungen auch die allgemeinen Aufgaben gegenüber dem Auslande ergeben: Einwandfreies mutiges Wollen, taktsicheres Benehmen des Einzelnen wie der Gesamtheit, vaterländische Haltung von Berufenen und Unberufenen, von Verbänden und Zeitungen. Zur Absicht muß aber noch die Ausführung verlangt werden, nämlich Ausdauer und Beharren.

Mag das berechtigte deutsche Streben immerhin darauf abzielen, Deutschland daheim so stark und groß zu machen, daß unsern Feinden die Lust des Angriffs an der Wahrscheinlichkeit des sicheren Mißerfolges vergeht; mag das im deutschen Reich vereinte Deutschtum noch so viele seiner verstreuten Kinder an sich ziehen, wir würden uns selbst den Kreislauf unserer Lebensluft unterbinden, wenn wir in übertriebenem Eifer Deutschland mit einer Art chinesischen Mauer absperren, alle Glieder zwangweise zusammenschnüren und uns irgend eine Bewegungmöglichkeit, irgend eine Freude an Sonne und Schönheit versagen wollten. Dann machte uns der große Krieg unfrei und arm, ärmer als wir waren. Wie viele verkünden heute schon, daß kein Deutscher mehr hierhin oder dorthin gehen dürfe, daß jedes Interesse an fremden Ländern, Verrat am eigenen sei. Die Volksweisheit warnt vor derartiger Uebertreibung, wenn sie sagt „Allzu scharf macht schartig." Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt.

Tröstet es doch unsere Feinde, daß wir — selbst bei militärischem Siege — wirtschaftlich, sozial, kulturell aus dem größten Teil der Welt hinausgeekelt sein werden. Zu diesem Zweck ist jüngster Tage ein großer Handels-Bund in England gegründet worden, und ein Arbeiterbund hat sich gegen unsere Arbeiter zusammengetan. Unsre Feinde möchten uns weismachen, wir hätten keine Aufgabe, ja keine moralische Erlaubnis, uns auszubreiten, wir müßten uns bereitwillig in Zukunft selbst verzehren, wie wir

dies teilweise vor dem Krieg unleugbar begonnen hatten, wir müßten uns in übertriebener Inzucht und Bildung-Absperrung, in ungenügender Achtung des für uns auch in der Fremde Nützlichen (gleich dem hochmütigen England) in sanftem Wahnsinn das eigene Grab graben.

Zu all dem lacht der deutsche Michel nur. Unsere Handel- und Industriekreise bereiten umsichtig für ihre Ausland- und Ueberseeunternehmungen den Fortgang vor, manchen Orts überlegt man sich sogar, ob es nicht unsere Aufgabe wäre, den Spieß umzudrehen, die Ausländer, z. B. die Italiener und Amerikaner aus Deutschland hinaus zu ekeln und dem Auslande, das auf unsere Ware angewiesen ist, mit härtesten Zöllen und sonstigen Handelsverträgen im Friedensschluß zu Leibe gehen. Aber die Ungastlichkeit und gar die Unduldsamkeit, wie sie alle unsre Feinde uns gegenüber verunstaltet, entspricht dem deutschen Wesen nicht. Deshalb aber hofft das ganze Volk auf eine klare weitblickende Sicherung durch den Friedensvertrag, um sich mit Festgesetztem abfinden zu können und weder Chikanen, Erpressungen und kleinliche Reibereien erdulden noch anwenden zu müssen. Unsern Feinden, nicht uns ist es in den Sinn gekommen, die Welt versklaven zu wollen.

Gerade bei Behandlung solcher Fragen erkennt man, ob der Politiker Künstler ist, der bis zur äußersten Folgerichtigkeit und zum Erfolge das Thema ausbaut; oder ob er ein Stümper, ein unbescheidener Eiferer ist, der durch talentlose Uebertreibung zerstört.

Am stärksten ist das naturgemäß politisch da der Fall, wo auch die Gebiete, die Grenzen von Land und Völkern, sich berühren. Und so leitet die letzte allgemeine Forderung zu etlichen schwierigen Einzelfragen über:

5.

Die einfache und geniale Lösung der Grenzgebiete als Marken mit rein deutscher Bevölkerung und Sprache also

die Anwendung eines An- und Umsiedlung-Verfahrens, das dies ermöglicht, würde unsern Schutz bewirken, würde ferner etwaige im Innern anstoßende Gebiete mit gemischter Sprache und Bevölkerung ermöglichen, und vor der Versuchung zur Felonie bewahren. An zweiter Stelle sei dem Irrtum entgegen getreten, als wäre es die Aufgabe der deutschen Reichsvertreter, in Zukunft nach jener von Rußland, Frankreich und England befolgten Weise rechts und links, vor allem in der Presse Bestechungversuche zu unternehmen. Die übereilten Schachzüge, die während des Krieges in wenig Monaten die sträfliche Versäumnis von Jahrzehnten nachholen wollten, sind aufs Kläglichste und, von Einsichtigen wider die Geschaftelhuber vorausgesagt, — gescheitert. Nicht Bestechung, sondern Aufklärung, nicht Vergewaltigung, sondern Verständigung, nicht Schlechtwerden, weil die Feinde niederträchtige Mittel gebrauchen, sondern das Beste des deutschen Wesens unbekümmert auch im Auslande zur Geltung zu bringen, das ist die Aufgabe. Es kann nicht deutsche Art sein, mit Branntwein und silbernen Kugeln zu arbeiten. Gerade die Leute, die so gern die Politik mit Ethik und rechthaberisches Gefasel mit Vernunft verwechseln, versagen in diesem Falle, spekulieren auf die — nicht vorhandene — Dummheit und Blindheit des Auslandes, drücken dadurch die Wertschätzung der heimischen öffentlichen Meinung noch mehr herab und erhöhen den blöden Hochmut derjenigen, die sich an die Bestechung kluger Leute, also an Mißbrauch der Staatsgelder, irgendwo gewöhnen und sich so in ihren Neigungen zur Willkür bestärkt fühlen. Die Bestechung darf nur eine unerwünschte seltene Ausnahme sein, wo mit anständiger Förderung von Freunden und vor allem mit eigenen Unternehmungen und eigenen Gründungen wirklich nichts erreicht werden kann, aber etwas erreicht werden muß.

Weit wichtiger als all das sind aber Sprache und Schule.

In beiden wäre nach historischen Gesichtspunkten die Kirche an erster Stelle zu erwähnen. Die von Deutschland oder für Deutschland ausgehenden Priester und Pastoren könnten zukünftig überall durch Eingliederung in das große vaterländische Bestreben Helfer, ja Träger der deutschen Schul- und Sprachbewegung im Auslande sein. Vielfach sind sie es gewesen, Protestanten und Katholiken. Manchmal sind sie es im Eifer, um für eine Konfession Vorteil zu erzielen, nicht gewesen. In unglücklichen Fällen haben sie schädigend gewirkt und drohen überall, wo sie sich als Vertreter einer nichtdeutschen Denk- und Sprachweise empfinden, uns heute als schwere Gefahr. Wir werden hierauf kurz zurückkommen.

Man braucht nicht jahrzehntelang außer Landes gelebt zu haben, um zu wissen, daß wir uns nur dort daheim fühlen, wo uns die Muttersprache als Familiensprache erklingt. Drum berührt es gerade den Auslanddeutschen so wehmütig, wenn er in deutschen Konsulatfamilien, wenn er in der Heimat Kinder und Eltern, wenn er ganze Kreise nicht nur zur Uebung, sondern in Gewohnheit und wohl gar auffällig eine fremde Sprache gebrauchen hört.

Das Volk- und Reichsbewußtsein wird im Ausland auf die Dauer nur durch die deutsche Schule gehalten.

Aus vielen Gründen werden dem Auslandschulwesen neue Schwierigkeiten erwachsen, so daß manche Bürokraten und Mutlose zum Verzicht raten mögen. Aber auch da heißt es: beharren. Schon der Friedenschluß muß unsern Deutschen draußen die Freiheit eigener Schulen sorgfältig sichern. Deren Betrieb aber wird nach gewaltsamer Störung und Zerstörung ein besonderes Maß von Geschicklichkeit und Fleiß, eine große Scheu vor der Schablone trotz möglichster Fühlung mit der Heimat verlangen. Die Auslandschule wird vielfach Schulhilfe, Unterrichthilfe sein müssen, bis sie wieder geregelter Schulbetrieb sein kann. Nur durch die streng in deutscher Sprache geführte Auslandschule ist für tausende

von Deutschen die Gewohnheit *deutscher Familiensprache* zu retten und damit der Stolz und das Bekenntnis, ein Deutscher zu sein. Die Kinder wirken auf die Eltern.

Wie segenreich die Auslandschulen nicht bloß durch die Erhaltung des Volkstums, sondern durch befruchtende Anregung auf Lehrerstand und heimische Schulbestrebungen zurückwirken können, sei hier nicht weiter ausgeführt.

In welcher *Sprache* sollen, um bei der Sprache zu bleiben, unsere Vertreter im Auslande und nun gar beim *Friedenschluß* reden? Sollen sie sich von vorneherein von den Engländern, die bereits in ihrem Bereich das Französische ausschalten, der Benachteiligung aussetzen, englisch etwa gar amerikanisch-englisch zu verhandeln, oder sollen sie sich, wie wir denken, zu dem Entschluß aufraffen, gut deutsch zu reden und die Abfassung des deutschen Friedens in deutscher Sprache zu verlangen? Werden sie, (um noch einige Einzelpunkte einzuschalten), die *Schadloshaltung* der durch fremde Regierungshetze und Pöbelwut leichter oder schwerer geschädigten *Reichsangehörigen* durchsetzen wollen und können? Ist die Vorbedingung erfüllt, nämlich Aufstellung des deutschen Besitzes im Auslande?

Werden sie Vorsorge treffen, daß die feindlichen Staaten nicht gerade durch Bedrückung und Ueberst euerung der deutschen Ansiedler beträchtliche Teile ihrer Kriegskosten erpressen, daß andererseits denen, die aus der Fremde zurückwandern wollen, weder hüben noch drüben bürokratische Chikanen erwachsen?

Werden sie schließlich den *Gefangenen, Verschleppten* (auch vorher nicht Reichsdeutschen, sondern Balten oder sonstigen Deutschblütigen), werden sie den in der Fremde *Verklagten* oder *Verurteilten* (möge das nach noch so tadellosem Rechtsverfahren geschehen sein), werden sie mit einem Worte allen, die im Vertrauen auf den Schutz des deutschen Reiches, für das deutsche Reich gelitten und gehandelt haben, völlige Bewegungsfreiheit und Sicherheit dauernd er-

wirken *wollen* und können? Diese scheinbare Abschweifung führt uns zum *Kern* dessen, was wir zu erkennen, zu lernen und zu pflegen haben; dieser Kernpunkt heißt *Vertrauen*; Vertrauen bei den eigenen besten Söhnen, Vertrauen bei den Freunden, Vertrauen bei den zögernden Neutralen, Vertrauen bei jedem, der irgendwo auf Erden der deutschen Sache zugehört oder ihr wohl will.

6.

Wie wichtig das Vertrauenerwecken auch außerhalb des eigenen Kreises ist, zeigt ein Blick auf unsere treuen Kampfgenossen. Wir wenden uns also von den allgemeinen und persönlichen zu den politischen Aufgaben. Wodurch haben wir Oesterreich-Ungarn gewonnen? Durch das Vertrauen in unsere Stärke und durch die täglich wachsende Zuversicht, daß wir es *ehrlich* mit seinem Vorteil meinen. Unser Verhältnis zu Oesterreich war bisher und ist für die Zukunft ganz von der Stärke des Vertrauens in uns erfüllt. *Unsere gesamte äußere Politik hängt von der Vorfrage ab: Wie stehen wir zu Oesterreich?"* Dies mag manchem unangenehm sein. Aber jeder, der die Lehren dieses Krieges sucht, muß zu dieser Erkenntnis kommen.

Nicht um das wohlklingende *Schlagwort der Nibelungentreue* handelt es sich gegenüber Oesterreich, denn die Nibelungentreue führte zum Untergang, sondern um die von jeder Theatralik ferne ehrliche Freundschaft des Starken, der des Zuwachses von minder starker Seite bedarf, der jeder Kraftanstrengung des Verbündeten hilft, der die Erstarkung des Freundes fördert, nicht fürchtet oder neidet, selbst wenn Geist und Gewohnheit, die diese darbringen, noch nicht in allen Stücken mit den Anforderungen, die der Empfänger an sich selbst stellt, übereinstimmen. Haben wir solchen Willen oder nicht?

Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, daß die heutige Verbrüderung der Zentralmächte im Kampfe um Sein und Nichtsein von unsern Feinden und den Nachbarn als eine Variante des Krieges von 1864, der zu 1866 geführt habe, bezeichnet und aufgefaßt wird. Die Freundschaft mit Oesterreich und die Erhaltung Oesterreich-Ungarns in diesem Kriege hat für uns allerdings die Voraussetzung, daß auf die Art durchgehends eine Bestärkung des Deutschtums sich ergebe. Täuscht uns diese Voraussicht, so werden wir die Augen nicht verschließen, werden die Folgerungen ziehen. Aber nichts, gar nichts spricht heute dafür, daß ein 1866 folgen müßte. Unsere Staatskunst wird rechtzeitig und durchgreifend handeln, kann das Entgegenkommen finden, das zum Erfolge wirtschaftlichen und politischen engeren Bundes führen wird. Es darf kein Zweifel darüber bleiben, daß von uns keine Vergewaltigung oder Verdrängung irgend eines in der österreichisch-ungarischen Völkergemeinschaft vorhandenen Untertanenverbandes in den berechtigten Ansprüchen seiner nationalen Art gewünscht wird, so lange ein solches Volk nicht deutschfeindlich ist. Andrerseits ist eine rechtzeitige Gewährleistung dafür zu erwarten und zu betreiben, daß in Ungarn und Böhmen wie überall in der Donaumonarchie die bisherige Bedrückung und Verdrängung der Deutschen einer freundschaftlichen Förderung weiche, daß Krone und Kabinett sich fürderhin nicht mißbrauchen lassen, den Deutschen die historische Führerrolle, wo sie ihnen gebührt, vorzuenthalten; es ist rechtzeitige Gewähr dafür zu erwarten, daß deutsche militärische Anforderungen, wie sie von Preußen vor Zeiten die Bayern gelernt haben, auch in Oesterreich erhoben und durchgesetzt werden.

Die Hilfe, die wir der Habsburger Monarchie geleistet und die Hilfe, die wir von ihr erhalten haben, ist zu ernst und schwerwiegend, zu sehr von der Erkenntnis, daß einer ohne den

andern verloren gewesen wäre, durchdrungen, als daß sie jemals leichter Hand weggewischt werden könnte.

Keine Verstimmung, keine Uebelnehmerei, wie sie oft zwischen Bundesgenossen nach vollzogener Arbeit Platz greift, darf große gegenseitige Dankbarkeit, darf die klare Aufgabe trüben, die zu uns strebenden und mit uns gegen den Osten kämpfenden Völker der habsburger Monarchie immer einiger und fester mit uns zu verbinden, mit Handel und Verträgen zu begünstigen, aber auch von ihnen freudiges unempfindsames Zusammenarbeiten zu heischen.

Viele von uns sowohl wie viele in Oesterreich selbst, müssen sich an den Gedanken gewöhnen, daß an der Seite des deutschen Nationalstaates ein österreichisch-ungarischer Nationalitätenstaat nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Berechtigung des Bestandes besitzt. Welche Dauer mit Deutschlands ehrlicher Hilfe diesem Bestande gegeben werden kann, steht heute nicht zur Entscheidung, sondern liegt wie der Bestand jedes Gebildes von Menschenhand im Schoße des wundersam waltenden Schicksals. Bei der Nationalstaat-Hypnose, in der sich die ganze Welt befindet, sei deren Betrachtung einem eigenen Aufsatz vorbehalten, hier aber folgendes nochmals betont:

Wir haben in Oesterreich-Ungarn nur an den Deutschblütigen ein unbedingtes, an den dem Deutschtum zu Schutz und Trutz Vereinten ein bedingtes und zwar großes Interesse. Unter welcher Staatsform dies von österreichischer und ungarischer Seite befriedigt wird, muß uns ruhig lassen. Deshalb müssen wir statt des fehlenden Nationalstaat-Prinzipes ein entsprechendes anderes Inhaltzeichen unseres Bundes mit Oesterreich-Ungarn suchen; und dies ist die Tendenz der gesamten Bevölkerung gegen den Osten, ist der gemeinsame Willen gemeinsamer Feinde und gemeinsamer Freunde. Das sei ganz einwandfrei betont zugleich mit der Hoffnung, daß die österrei-

chischen Untertanen nicht deutschen Geblütes durch diesen Krieg gelernt haben, daß ihre Anpassung und ihr Einleben in Verhältnisse, die ihrem einstigen Zug von Osten gen Westen oder von Süden gegen Norden die entgegengesetzte Richtung aufgedrückt hat, bleibenden Vorteil und Heil bedeutet. Sobald wir die Völker Oesterreichs und Ungarns mit Vertrauen in uns und mit der Tendenz gegen Osten erfüllt halten, können wir jede Abwandlung der dortigen schwierigen Staat- und Verwaltungformen getrost abwarten.

Die nicht deutschen Völker sind außer den Ungarn slavischer Blutmischung. Das zwingt uns, das Schlagwort: „Slavisch also deutschfeindlich," und umgekehrt „Deutsch, also slavenfeindlich" nachzuprüfen und — zu verwerfen.

Wer das von den Russen gebrandschatzte Ostpreußen kennt, weiß, daß dort zwar Abscheu und Entsetzen vor den Kosacken, aber trotz der Kriegsgreuel kein allgemeiner Haß gegen die Russen oder gar gegen die Slaven herrscht. Man ist sich dabei nicht einmal bewußt, daß ein beträchtlicher Teil der früheren und heutigen Reichsangehörigen, ja sogar der Vorkämpfer für das Deutschtum, rassemäßig als slavogermanisch oder als germanoslavisch anzusprechen ist, man denkt nicht daran, daß ein großer Teil Deutschlands historisch auf ehemals nicht germanischer, sondern slavischer Erde festgewurzelt ist, daß diese Eroberung einen slavischen Einschlag hervorbringen mußte. Unbestreitbar hat dagegen der Krieg in deutschen Gebieten, die der slavisch-russischen Grenze ferner liegen, durch das Auftreten und Benehmen der russischen Gefangenen das dunkle Grauen vor diesem östlichen Gesellen gemildert; die Gerechtigkeit unserer Soldaten hat die über Erwarten gute Ausrüstung, die Schanzkunst und den Mut der Russen anerkannt und von der Wildheit sibirischer, tscherkessischer und kosackischer Bestialität wohl unterschieden. — Sehr bemerkenswert brachte vor Jahren von der südlichen Berührungsfläche, aus Kärnten, ein schöner Roman von Bartsch (das deutsche Leid), obwohl er gegen die Slaven gerichtet war,

eine der lieblichsten und für die Slaven einnehmendsten Gestalten.

Wenn wir der slavischen Gefahr und Gegensätzlichkeit näher kommen wollen, müssen wir uns also vor Uebertreibungen hüten und Einschränkungen und Sonderungen vornehmen.

Die beliebte Trennung freilich in Ostslaven und Westslaven kennzeichnet sich wiederum als Schlagwort; sie ist eine Verlegenheitausflucht, um unsern Bund mit Oesterreich und Bulgariens Angliederung an unsere Sache zu rechtfertigen. Würde nämlich diese Unterscheidung stichhalten, so müßten nicht nur alle in der Habsburgermonarchie lebenden Slavenstämme jetzt zu Deutschland und dem Deutschtum neigen, sondern auch die noch westlicher als die Bulgaren sitzenden Serben müßten mit uns gehen und ihr eigenes slavischantideutsches Feldgeschrei aufgegeben haben.

Trotz des durch den Krieg gezeitigten Lobes für die mit uns sympatisierenden Slovenen und gar erst für die Kroaten hat sich aber — zumal durch die Strafedikte Kaiser Franz Josephs — aufs neue gezeigt, daß einstweilen die Czechen in Böhmen und Mähren für jeden, der politisches Empfinden und Wahrnehmungsvermögen besitzt, ein Pfahl im Fleische der habsburger Monarchie sowohl als im deutsch-österreichischen Bunde und deutschen Leben sind und sein wollen. Das Beweismaterial ist erdrückend. Was wird da geschehen? — Die befriedigende Antwort wird Oesterreich finden müssen. Auch kann niemand, der Benehmen und Wünsche der Polen ohne Voreingenommenheit prüft, den ewigen Spruch: „Ach, es wird doch nicht so sein, es dürfte, sollte doch nicht sein" nachbeten. Sowohl die tartarische Oberschicht wie die slawische Unterschicht haben ihre dauernde Abneigung gegen alles Deutsche bekundet. Auf Generationen hinaus wird das nicht durch irgendwelche Schlagworte verdeckt werden können.

Es heißt also, die einzelnen Völker einzeln bewerten und einzeln behandeln. Der machtvolle Träger der uns feindlichen Tendenz des Ostens ist bis auf weiteres der halbmongo-

lisch, halb slavische Moskowiter. Er würde wie ein gefährlich wachsender Tölpel übermächtig, wenn man ihm nicht wo immer möglich den Zuwachs abschnitte und die Fenster nach unserer Seite vermauerte. Kein Zweifel, daß ihn die Abtrennung Polens, wie der Ukraine schwächte und daß deshalb beides für uns wünschenswert wäre. Ob aber irgend etwas davon zu uns komme, oder ob etwas zu Oesterreich kommen solle, ist eine weitere nicht so drängende Frage. Ihre Entscheidung wird selbst im günstigsten Falle nicht ganz allein von uns oder ganz allein von Oesterreich abhängen. Die deutsche Politik muß mit dem unbändigen, dem deutschen gegensätzlichen Selbständigkeitsstreben Polens rechnen, sie kann anderseits die natürliche Abneigung der Ukrainer gegen die Polen wie gegen die Russen in Rechnung stellen. Daraus ergäbe sich — wie von Kranz vorgeschlagen wird — als beste Lösung eine möglichste Selbständigkeit eines von deutschem Besitz weit umgriffenen kleinen Kernlandes Polen. Wir brauchten also im Westen von Polen nur einen schmalen neuen Landzuwachs als Brücke nach Kurland und als Erweiterung unseres Posener Landes und im Osten, jenseits von Polen einen Pufferstreifen. Die Phantasien eines Polens von Meer zu Meer mit Einverleibnug jetzt preußischen Gebiets sollen nur beiläufig als Zeichen jener politischen Unfähigkeit, die einstens den Untergang Polens herbeigeführt hat, gekennzeichnet werden. Gerade so gut könnte Italien die Grenzen des römischen Imperiums und Deutschland allen Besitz Karls des Großen oder Heinrich III. als geschichtlich begründet fordern. Es ließe sich denken, daß Oesterreich für geringe, diesem Kernpolen zu leistende Abtretungen durch ukrainischen Zuwachs in jeder Hinsicht vorteilhaft entschädigt werden könnte. Eine andere Möglichkeit, die Herr Kranz als minder glücklich bezeichnet, wäre eine österreich-ungarische-polnische Trias. Wenn Gründe für uns vorliegen, diese Lösung anzunehmen, so muß doch jede feindliche Verbindungsmöglichkeit von Czechen und Polen ausgeschlossen werden, muß eine Art vierte polnische

Teilung, die uns ein Stückchen Trennungsland und die Sicherung gegen jede Irredenta bringt, vorhergegangen sein.

Heute schon ist militärisch so viel erreicht, daß in all diesen Fragen nur noch ein Mehr oder Minder zu entscheiden bleibt, sobald als eine Vorfrage die Grundlage der Freundschaft zwischen Deutschland und der Habsburger Monarchie als beständig von beiden Seiten gewünscht und durch Taten glaubhaft gemacht wird.

So förderte der gemachte Beginn eines weiten Bundes, in dem das Deutschtum zwar den Kern, aber nicht den einzigen Bestand bedeutet, die von Deutschland gewünschte Möglichkeit des friedlichen Zusammenhaltens unabhängiger Völker und Reiche überhaupt. Zur Erweiterung ist der Versuch gemacht worden, die Türkei dem deutsch-österreichischen Bunde enger hinzuzufügen, als zur kriegerischen Beihilfe unbedingt nötig gewesen wäre. Für das Gelingen dieses Versuches werden unsererseits auch im nächsten Frieden und über den nächsten Frieden hinaus immer auf der Grundlage des Vertrauens ehrliche Bemühungen stets zu finden sein. Unser Ziel des breiten Weges nach Südosten ist kein Geheimnis und deshalb sicher als „Corridor" vom Kanal zum Persischen Golf gezeichnet worden. Das Bindeglied der Bulgaren, die Frage welchen Brückenweges, seis durch ein befreundetes Rumänien, seis durch ein bezwungenes Serbien oder in einer dieser Varianten harrt naher Entscheidung.

Wie Erkenntnis und Wille zur Freundschaft durch diesen Krieg als politische Aufgabe unseres Volkes gewachsen sein müßte, so auch Erkenntnis und Wille zur Feindschaft.

Gewiß werden und sollen Stolz und Wagemut vom ersten Friedenstag an wieder in alle Welt ziehen; doch niemand darf einen Zweifel darüber haben, ob er zu Feinden oder zu Freunden kommt, wen er herzlich und wen zurückhaltend rein geschäftlich behandeln muß, um nicht Schaden zu leiden und dem vaterländischen Ansehen zu schaden.

7.

Die Würde, auf die wir im Zusammenhange mit Italien als Erfordernis unseres Gesamtverhaltens zum Auslande in eigenem Aufsatze zurückkommen, ist die einzige Möglichkeit, mit der Zeit Englands List und Grausamkeit zu einigermaßen annehmbaren Formen des Krieg- und Friedenkampfes zu bringen. Mag auch dieser Kampf nicht, wie Chamberlain weissagt, hundert und zweihundert Jahre dauern, so werden wir doch mit jeder Dauer rechnen müssen, um zu bestehen, um nicht durch deutsche Würdelosigkeit, Dummheit und Vertrauenseligkeit eine bleibende, endgiltige Niederlage vernichtender Art herauf zu beschwören.

Englands Staat und Volk hat uns einmal hinter dem Blendschild seiner kalten Heuchelei mit der Kraft seiner Weltmacht grausam den Garaus machen wollen. Das genügt. Die unbestreitbar allgemeine Furcht auf der Welt vor England, die auch bei etlichen sehr einflußreichen Deutschen leider unbezähmbar ist, erklärt sich aus der Blaubart-Rolle, die England gespielt hat und noch spielt. Irland, Frankreich, Serbien, Italien, Aegypten, die Burenstaaten, Indien und andere mehr hängen in seiner Leichenkammer. Nun packt es Griechenland an, um es zu gleichem Schicksal zu schleifen. — „Schwester, siehst du nichts? Siehst du noch immer nichts?!" In tausend Privatgesprächen mit Engländern nun gar in der äußern Politik werden wir als einzige Regel das Mißtrauen und kühle Ablehnung zu beweisen haben, die Vorsicht des gebrannten Kindes. Von englischer Seite werden scheinbar entgegenkommende — in Wahrheit listvolle Lockungen, nach dem Muster Haldanes vor dem Kriege, nicht fehlen. Es muß den Engländern darauf ankommen, uns einzulullen, um uns später entweder in neuem Umzingelungs-Kriege zur Strecke zu bringen oder uns — im nächsten Kriege Englands gegen Rußland vor den englischen Karren zum Zusammenbruch zu treiben wie jetzt Frankreich. Gerade die in England von prinzi-

piellen Kriegsgegnern jetzt schon lautgewordene Stimmen, die uns als Broschüre verdeutscht werden, also die uns günstigen haben als Inhalt unsern Verzicht auf jeden Siegespreis und überdies die Entschädigung an Belgien ausgesprochen. Es verlohnt sich, derartiges festzustellen, weil es klar beweist, daß selbst englische Regierungsgegner und internationale „Gerechte" nach englischer Art sich eine Abwicklung des Weltkrieges immer nur auf unsere Kosten ausmalen können und wollen, daß sie — bewußt oder unbewußt — England den besten Rückzugweg bereiten. Durch Verbreitung der englischen Schriften für Kultur — Zivilisation — Nationalstaatprinzip und andere Schlagworte führen diese Engländer den Krieg gegen uns wirkungsvoll in unserm eigenen Lande.

Sie finden nicht nur Einzelne, sondern sogar schon Verbände als Mitkämpfer — — —!!!

Es sei erlaubt, diejenigen Deutschen, unter diesen Bundesmitgliedern, die nur verführt, oder aus anfänglichem Irrtum unsern Feinden Dienste leisten, zu bitten, sie mögen sich noch einmal überlegen, ob sie nicht dem gesellschaftlichen oder sonstigen Zwange zum Trotz darauf verzichten wollen, ein internationales, statt ein deutsches Interesse zu verfolgen, ob sie wirklich den englischen Listen erliegen und unsere politische Aufgabe erschweren müssen. Namen seien auch hierbei verschwiegen.

Wenn ein englischer Sozialdemokrat jüngst verkündete, die Grenze von Englands Reich sei fürder nicht der Kanal, sondern die Grenzlinie von Holland und Belgien gegen Deutschland, so hat er treffender als irgend ein Deutscher es vermöchte, uns die Gegenpolitik hinsichtlich Belgiens angezeigt.

Wir behalten uns für sie, sowie für die Stellung zu Frankreich, Italien, der Schweiz und den Neutralen eigene Aufsätze in Folgendem vor. Ueber die Balten und ihr Land und die Notwendigkeit der Angliederung aller drei baltischen Provinzen an Preußen haben wir eine eigene Bro-

schüre vorausgehen lassen. Die Kolonialpolitik scheint uns ebenso wie die innere und Kirchen-Politik aus dieser Erörterung möglichst auszuscheiden. Hingegen scheint eine in ihren Schlußfolgerungen überall bei der äußeren Politik offen oder versteckt mit sprechende kirchliche Lehre dieses Krieges hier die Erwähnung zu rechtfertigen.

8.

Jeder, der die deutsche Seele im Kriege und bei den Kriegern nachzufühlen versucht hat, wird eine von dem katholischen oder protestantischen Bekenntnis unabhängige Innigkeit und Demut, der Not und Verzweiflung, der Güte und Opferwilligkeit beobachtet haben. Katholische und protestantische Priester fanden sich als deutsche Seelsorger, als Teilhaber einer bisher ungekannten deutschen Kirche, in der ihre Konfessionen als schöne Kapellen wohl Platz hatten, einträchtiglich zusammen.

Wir tun also der Kirche und der Ehrfurcht vor jeder kirchlichen, auch der römischen, Gemeinschaft keinen Zwang an, wenn unsere äußere Politik von Rom überall in unserm Reich- und Machtbereich deutsch empfindende Seelsorger, wes Grades in der Hierarchie sie auch seien, ob Pfarrer, Bischof, Erzbischof oder Kardinal, verlangen; wir müssen überall auf solche Vertreter der römisch-katholischen Macht, wie immer sie sich gestaltet, in Deutschland und im deutschen Machtbereiche um so mehr dringen, als uns — worauf hier nicht eingegangen zu werden braucht — durch katholische Priester, welche mit uns feindlichen Nationen sympathisieren, großer Schaden erwachsen ist und in sehr leicht auszudenkender Art heut und fürder droht. Nur durch Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung wird ein neuer Kulturkampf vermieden.

Bei der Ehelosigkeit und Freizügigkeit, bei der die ganze Welt umspannender Versorgung-, und Ausnutzungmöglichkeit die Rom für jeden seiner Priester hat, geschieht durch solche willenfeste Forderung deutscherseits auch den betreffenden Personen, die ja keine Politik, sondern Seelsorge zu treiben haben, und drum vielfach durch andere leicht zu ersetzen sind, kein Unrecht.

Zur äußern Politik gehört schließlich auch ein Teil der Judenfrage. Es dürfte unter allen Untertanen des deutschen Reiches, selbst unter den Juden wenig geben, die die Sättigung Deutschlands mit jüdischem Blut und jüdischer Art weiterhin vermehrt sehen möchten; die meisten Juden — zumal die seit Jahrhunderten in Deutschland ansässigen, die Deutsche geworden sind oder geworden sein wollen, würden dagegen gleich zahllosen Deutschen eine ausgiebige Verminderung sehr freudig begrüßen. Viele Juden, die an einer jüdischen Nation als Begriff und Macht festhalten, würden überdies gern auswandern oder sich zu dieser Nation bekennen, wenn sie nur wüßten, wie und wo. Ihre zionistische Bewegung wäre zu fördern.

Aus all dem ergibt sich zweierlei: Erstens darf Deutschland weder jetzt noch später in den notwendigen Landerwerbungen eine große Zahl Juden übernehmen. Das humane Mittel ihrer wie anderer Bewohner Ablösung ist gegeben. Zweitens muß die Grenze zumal gegen den Osten und Südosten gesperrt bleiben, denn sonst — daran kann niemand, der politische Begabung und Voraussicht hat, zweifeln — ziehen mit den Juden des Ostens auch die dort bisher üblichen, dem deutschen Empfinden tief bedauerlichen Pogrome bei uns ein. Wenn Deutschlands Sieg die Folge der Befreiung und menschenwürdigen Zukunft für Polen, Juden und Ukrainer des russischen Reiches hat, so sollte das von diesen und allen, die ihnen wohlwollen, bedankt und benutzt werden, ohne Befreite und Befreier in unnötige Reibungen zu bringen.

9.

Klar ist nach alledem unsere Aufgabe gegenüber unseren nahen Feinden und Freunden.

Aber wie wir heute erst nach 700 Jahren die Saat des deutschen Ordens schnittreif haben, so heißt es auch unsrerseits für spätere Erben das Saatkorn für entfernte Zeiten und Räume auswerfen. Wer kann übersehen, wann die große Abrechnung mit den Mongolen eintreten, in welcher Form sie vor sich gehen wird?! Eine erste Mahnung dieser sicher nahenden Götterdämmerung ist im russisch-japanischen Kriege und diesmal mit Tsingtau über die Erde gegangen.

Je mehr slavischen Elementen wir die Tendenz gen Osten als deutschen Vortrapp zu geben im stande sind, um so mehr Aussichten haben wir, daß die Horden Rußlands nicht auf uns, sondern auf die mongolischen Stämme stoßen und diesen gegenüber schließlich die Aufgaben übernehmen müssen, die Oesterreich und Deutschland ihnen gegenüber im nahen Osten erfüllen.

Während wir so den Blick zu weiten Fernen richten, mahnt uns die Stimme heimlicher Freunde, noch einer Aufgabe zu gedenken, die das Bindeglied zwischen nah und fern darzustellen scheint, der Erfüllung jenes Wunsches, der alle Völker germanischer Art zu einem Bunde um Deutschland zusammenschlösse.

Ist es nun wirklich nach der nachhaltigen Enttäuschung durch England und Amerika die Aufgabe unserer äußeren Politik, auf diesen gemeinsamen Bund jetzt schon hinzuarbeiten, oder muß es nicht vielmehr unsere Wirkung in günstigem Falle sein, in jenem Falle, in dem Wohlwollen und Vertrauen von Untertanen und Freunden sich dem deutschen Reiche gegenüber bewährt haben. Wenn sich die Macht Deutschlands als unerschütterlich und klug geleitet beweist, wenn Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit deutschen Wesens, wenn Zuverlässigkeit und Würde wieder von undeutschem

Amerikanismus befreit dastehen, wenn neu geweckte Liebe zu unserem herrlichen Volke den Tüchtigsten aller Stände zu Aufstieg und Führung verhilft, dann werden die verwandten Völker nachdrücklicher als bisher zu uns streben, und wir werden sie mit offenen Armen empfangen. Freude jenem Tage! Vorerst aber heißt es für uns, die Läuterungen dieses Krieges wahr erhalten, die Früchte sammeln, um dauernd und ganz so zu werden, wie wir sein möchten.

Starnberg, 1915, August.

Klarheit oder Blindheit gegenüber Frankreich? *)

Schon früher habe ich darauf hingewiesen, daß Frankreich angesichts seiner erlöschenden Kraft in Truggespinsten Trost sucht, und gleichzeitig habe ich vor der deutschen Gemüt- und Kulturpolitik sentimentaler Wünsche gewarnt. Wir laufen hinter dem Wunsche her: „Wie schön wäre es doch" oder „Sollte es nicht trotz aller Erfahrungen der letzten 44 Jahre möglich sein, Frankreich zu versöhnen" oder „Wahrscheinlich, ja sicherlich ist nur die Regierung in Frankreich gegen uns!" Und wir laufen auf solche Art, mit verbundenen Augen den Lockungen der Fremden folgend, in Schlingen und Netze.

Fremd nämlich und gefährlich sind uns nicht nur die kriegerischen Feinde, nicht nur Vermittler und Neutrale, sondern auch die Schwachherzigen unter uns und die Dummköpfe, vor allem aber diejenigen, die einen Vorteil davon haben, den Deutschen mit Phrasengetön zu benebeln, damit er nicht klar sieht, was er klar sehen müßte, damit er sich schämt, stark zu sein und sich gegen Schwächere zu sichern.

Sonst würde er endlich das lernen, was er versäumt hat, sich aufzuklären und einzusehen, und zu berücksichtigen, daß die Verhältnisse vielfach anders sind, als sein gutes Herz sie wünscht.

*) Die nachfolgende, Ende 1914 dringend nötige, Mahnung hat mir aus der Heimat und aus dem Felde so zahlreiche und herzliche Zustimmung gebracht, daß sie trotz ihres häufigen Zeitungnachdruckes auch als Teil dieses Buches willkommen sein dürfte.

Ferner würde er es als unerläßliche Pflicht empfinden, veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, würde begreifen, daß er durch Aeußerungen, die er früher unter ganz anderer Voraussetzung getan hat, nie und nimmer gebunden sein kann.

Die Sicherung Deutschlands, die Sicherung jeden deutschen Wertes gilt es in diesem Kriege, also auch in unserem zukünftigen Verhältnis zu Frankreich, ja vor allem gegen Frankreich. Zu dieser Sicherung bedarf es stündlich, bedarf es von Augenblick zu Augenblick der Erinnerung, daß Deutschland als Staat, daß alle deutschen Werte von Fremden und ebenso von listigen Entfremdern auf französischer Bahn gefährdet waren, gefährdet sind und vor tausend Gefahren stehen.

Ebenso wenig wie wir berufen oder mächtig sind, das Knutenglück Rußlands umzuschmelzen, ebenso wenig haben wir für Frankreichs künftige Seligkeit zu sorgen und uns mit Gedanken zu tragen, wie wir dies Volk versöhnen, wie wir es zu unserem einstigen Bundesgenossen machen. Die in Deutschland eingeschlichenen und groß gewordenen Weltbeglücker haben uns lange genug uns selbst entfremdet; sie sollen unsere Gutmütigkeit und Macht nicht weiterhin in den Dienst ihrer verschleierten Sondervorteile stellen. Sie sind wesentlich mit schuld an dem auch für uns furchtbaren Unglück dieses Krieges. Ja, wie schön wäre es doch, das tiefer denn je verletzte Gallien in christlicher Liebe zu umarmen, zum Einsehen zu bewegen und wie ein störrisches Kind, das im Widerstand ein Bein gebrochen hat, gesund zu machen. Gar bald würde es wie 1871 wieder erstarken, und wie rührend würde es uns danken (wie 1871, als man ihm Belfort gelassen hatte), wie anmutig würde es dann Deutschland wiederum Rußland, England, Japan, China, Turkos, Hindus usw. usw. auf den Hals locken, um seiner Schwäche Vorspann zu leisten.

Glaubt man etwa, ich ereifere mich gegen ein Hirngespinst, es dächte im weiten Deutschen Reiche kein Mensch daran, den Franzosen goldene Brücken zu bauen, und faselte niemand

davon, ihnen, die ganz anders geartet und gesinnt sind als die Oesterreicher 1866 gegen Preußen, durch scheinbar Bismarck'sche Staatskunst das Liebesbündnis mit Deutschland vorzubereiten?!

Wie viel Köpfe solche Unklarheit herumgetragen, weiß ich nicht, daß aber das Mitleid mit den erschöpften Franzosen, daß das geile Hinschielen auf ihre Reize eine Zeit ebenso zunimmt, wie der Haß gegen die sie buchstäblich in den Kampf kartetschenden Engländer. Dafür habe ich Beweise genug; und selbst wenn ich deren ermangelte, könnte ein Geschicht- und Menschenkundiger sie aus dem gutmütigen Herzen und der französisch redenden Vornehmheit unseres erblich belasteten Michel und der Michelsweiber heraushören.

Jeder Wunsch in dieser Richtung beraubt uns der Kraft, die die Wacht am Rhein an die Maas und an den Kanal vortragen muß, die Frankreich den wichtigsten Teil der Seeküsten auch im Süden auf irgend eine Art beschneiden, die die Berge und Ufer des südlichen Genfersees an die Schweiz geben und den Kolonialbesitz, die Festungen und die Flotte Frankreichs einschränken soll! Nur Hohn wird der Deutsche ernten, der Frankreich versöhnen, wohl gar ohne empfindliche Strafe durch Geld und Landverlust aus diesem Kriege herauskommen lassen will. Schon der Gedanke des Mitleids, so versicherte vor kurzem eine Französin, schon der Gedanke des Mitleids von deutscher Seite ist für jeden Franzosen eine Beleidigung. Mir sagte sie damit nichts Neues.

Für Minderunterrichtete genüge die verächtliche französische Zurückweisung unseres Reichskanzlers, nachdem er sich gegen die grande Nation nichts weiter gestattet hatte, als ihr durch Schweigen eine geringere Schuld am Kriege beizumessen als England und Rußland.

Jahre lang ist von Deutschland aus alles Erdenkbare versucht worden, um Frankreich darüber hinwegzubringen, daß wir 1870 nur das genommen haben, was uns von Ludwig XIV. gestohlen worden war; 44 Jahre lang ist alles Liebeswerben

umsonst gewesen. Hunderttausende sind von uns in Frankreich, in Paris, in Nizza, in Nancy, in Bordeaux und sonsten gewesen, haben dort Handel getrieben und gelehrt, und gelernt, mancher hat wohl persönliche Freunde erworben; aber ich behaupte kühnlich, daß kein einziger, der klar hörte und klar sah, glaubhaftes Entgegenkommen hat finden können, ohne Zugeständnisse an die französische Eitelkeit, wohl gar im Hinblick auf Elsaß zu machen oder die Versicherung der französischen Friedensbereitschaft unter der Bedingung hinzumen: „Dann, wenn einmal wenigstens Frankreich über Deutschland gesiegt haben wird.“

Nun ist die augenblickliche Wehrkraft Frankreichs — mag sie noch so gewaltig, ja mag sie selbst zu schwachen Erfolgen von einem Gemisch der Hilfsvölker gestützt werden — zum zweiten Male schwer getroffen, hat sich teilweise selbst in tapfer erneutem Anbrausen an unsere Eisenlinie die Knochen zerschlagen. Es müßte den letzten Stolz verloren haben, also wertlos geworden sein, wenn es jetzt zum Versöhnen gebracht werden könnte, selbst wenn es um Frieden bitten müßte. So wertlos ist aber Frankreich weder heute, selbst wenn es schon ermattet wäre oder bald völlig einem Ringer gleich die Arme senkte, noch wird es so bei der Stehaufnatur seines elastischen Volkes in Bälde sein.

Ueberlassen wir es daher ihm, für sich zu sorgen, es wird wahrlich wie 1815 nicht den Besiegten spielen, sondern nur unverschämter auftreten, je mehr man mit ihm französisch statt deutsch spricht und verhandelt; überlassen wir es ihm, ob die Erfahrungen ihm eine eigene Umkehr als unerhoffte Entwicklung vergönnen, ob Frankreich von sich aus uns um ein Bündnis dereinst bitten, ja dringend nicht hochmütig bitten wird, und selbst dann noch fragen wir uns: Dürfen wir dieser Wandlung trauen? Können wir nicht ohne diese Stütze stehen und gehen?

Vorderhand aber, ich wiederhole es, und ich wünschte, ich könnte es jedem Einzelnen einhämmern, vorerst heißt es

nichts weiter als: Unbedingte Sicherung Deutschlands. Die Sicherung Deutschlands — selbst gegen England — liegt an der Grenze Frankreichs. Sie liegt — fern von jedem Raub- oder Vernichtungsgelüste — in der Ohnmacht Frankreichs. So lange ein Franzose von echter gallischer Rasse lebt, so lange Französinnen ihren Schoß öffnen, haben wir mit der durch Jahrhunderte bis zur Stunde gleichen Arbeit gegen deutsche Art zu rechnen. Macht uns denn der aus Ueberschätzung erwachte Haß gegen England wahrhaftig blind, daß wir verkennen, wie schwer Frankreich, obwohl wir es nicht hassen, unsere Stellung in der Welt, unsere Leiden in diesem Kriege gestaltet hat?! Wer hat unseren Bundesgenossen Italien uns in listigster Klugheit abspenstig gemacht? — vor allem Frankreich. Wer hat Rußland umworben und mit 20 Milliarden bestochen, daß es großartig gerüstet gegen uns zu Felde ziehe? — Nur Frankreich. Wer hat die Südschweiz aufgewiegelt und in Süd- wie Nordschweiz Einfallversuche, die der Aufklärung harren, durchgeführt? — Frankreich. Wer hat Belgien seit 6 Jahren im Erfolg voraufgegangener Werbung unterm Deckmantel einer Schein-Neutralität zu einem Teile Frankreichs machen wollen und vermittels der aufgedrängten Sprache zum wahnwitzigen Vorkämpfer französischen Rachedurstes gemacht? — Frankreich. Wer hat die Elsässer und Lothringer, ja die ganze Welt durch ewige Behauptung der dort ersehnten französischen Kultur hypnotisiert, hat dies Grenzvolk durch Anzettlung von Hochverrat, durch Ueberschwemmung mit französischen Druckschriften, durch Mißbrauch der Religion nicht zur Ruhe kommen lassen? — Frankreich. Wer steckt seit Jahren hinter den Polen und den Balkanvölkern, um uns durch tausend Gift zu schädigen?! — Wer anders als dies Volk, das unter der Vorspiegelung von Kultur, Zivilisation, Nationalität, die Zustände zu verbergen sucht, die es mit der Apachenwirtschaft und sonstigen sittlichen Verderbnis, vor allem mit den venerischen Seuchen nur all zu freigebig als französischen Segen auf die eigenen

und fremden Länder, leider auch auf manchen deutschen Krieger ausgegossen hat. — Und nicht genug damit.

Ist es bei uns irgend einem Menschen eingefallen, Racine und Mollière, Shakespeare oder Dante herabzusetzen, wie die Franzosen das mit Goethe und Schiller tun? Würde es uns in den Sinn kommen, um Gounod und Bizet für uns theaterfähig zu erhalten, von ihnen zu behaupten, sie seien eigentlich in Deutschland geboren. Diese Gewaltsamkeit leisten sich die Franzosen umgekehrt bei Beethoven, Mozart und Bach; alle drei wären irgendwo in Frankreich zur Welt gekommen.

Wer hat seit Jahren in Gedichten und Romanen, in seinen Schulen, in seinen Militärzeitschriften die vergiftenden Fälschungen und die unflätigsten Herausforderungen gegen uns gehäuft, wer hat den Fürsten von Monaco zum Judas gemacht, wer in Paris, an den Küsten, in Nancy, Belfort, in Akademien und Künsten und überall bei und nach Ausbruch des Krieges, wie in früheren Jahren bei Wahrscheinlichkeit des Krieges, den aufgespeicherten Giften schändlich die Schleusen geöffnet?! Wer hat trotz mancher herzlich guten Mitbewohner nicht von der sicheren Vernichtung Deutschlands, der Zerstörung des Bismarckwerkes geschwärmt und wer hat da drüben nicht die preußische von jedem Deutschen nunmehr erlernte oder zu lernende Tüchtigkeit, das Erbe Friedrichs des Großen aus der Welt schaffen wollen? Und wer schließlich hat diesen Krieg, der dem rachegierigen Volke, nicht der vielfach die Friedensnotwendigkeit erkennenden Regierung, den Sieg, den einmaligen wenigstens bringen sollte, wer hat ihn genial und sorgfältig vorbereitet, und mit aller Welt geheim gegen unsere Diplomatie eingeleitet, indem er bis in unglaubliche Einzelheiten hinein militärische Anlagen — freilich mehr und mehr in Englands Schlingen — anlegte; wer hat diesen Krieg gewollt und erreicht? — Frankreich, immer und wiederum Frankreich, das geschlagene Frankreich, das unversöhnliche, das tapfere, das stolze, und drum fürderhin neben uns nur in beschränkter Macht zu duldende Volk Galliens.

Hoffentlich reicht der Nerv derer, die pflichtgemäß mit den Ereignissen schreitend, den neuen Kampf gegen Paris als Echo der Marneschlacht und schließlich den Frieden mit Frankreich vorbereiten, dazu aus, um gegen die diplomatischen Künste, gegen kreischende und winselnde Stimmen der Fremden und der Entfremder stark zu bleiben. Eine leichte Arbeit ist das nicht. Ließ sich doch selbst ein Bismarck davon abhalten, Belfort zu nehmen. Leider! Wie viel leichter wäre uns durch den damals entgangenen Besitz Belforts jetzt dieser Krieg geworden!

Was man immer zur Schwächung Frankreichs dem Deutschen Reiche angliedern kann, jenes Erdreich, muß ganz deutsch in jeder Beziehung werden, denn es muß unsere westliche Grenzmark sein und verträgt nur zuverlässige Einwohner. Was das sagen will, ist jedem klar. Laßt darüber wiederum alle Fremden und Entfremder deutschen Wesens, deutschen Geistes im Namen von Kultur, Zivilisation und Humanität schreien.

Wir brauchen all die fremden Werte nicht, können auch diese fremden Wörter entbehren, wollen sie den Franzosen nicht wegnehmen, denn in dem einzigen, was wir gesichert haben wollen und sichern müssen, im Deutschtum und deutschen Volk haben wir, wenn wir nur mit der Klarheit des überraschten Erkennens sehen, und mit der Klarheit unserer durchdachten, reichen Sprache arbeiten, diejenigen Werte entwickelt und entwicklungsfähig, rein und überdeckt bei einander, die uns gestatten, uns nach langer Verirrung und Entfremdung wieder lieb zu haben und zu bewundern, einander hilfreich zu sein, zu pflegen und für einander in Worten oder Gedanken zu bitten und zu beten. Deutschland gilt es zu erhalten und sein trotz aller Einwände und Verbesserungmöglichkeiten wundervolles Volk; ihm gilt es überall in der Welt Atmen und Bewegung zu sichern. Hinter jedem Würdigen muß die ganze deutsche Macht stehen. Wir wollen leben. Frankreich und seine Genossen wollten uns nicht leben lassen. An diese Klarheit halte man den Wunsch: „Es wäre doch so

schön" und „Ich möchte doch auch wieder nach Paris" und „Man muß dem Feinde goldene Brücken bauen" und „Wenn nur kein Kultur- oder Kunstwerk mehr beschädigt würde." Wahrhaftig, durch diese Worte klingen die Sätze: „Was schert es uns, ob das kommende Geschlecht der verdoppelten List des doppelt gekränkten Frankreichs zum Opfer fällt."

„Mehr Würde.“ (Italien)

Wenn wir bei den Aufgaben der äußeren Politik Italien betrachten, so wird dies nicht anders denn mit doppeltem, tiefen Bedauern sein können. Wir bedauern unsere anhaltende Weigerung, die Augen zu öffnen, für möglich zu halten, was nachher zur Tatsache wurde, wir bedauern aber nicht nur uns, sondern auch einen großen Teil dieses Volkes; aber wir bedauern es mit jenem Schrecken, den enttäuschte Verwandte unauslöschlich vor einem Familienmitgliede empfinden, das trotz glänzender Anlagen und guter Seiten ihnen wie sich selbst einen gefährlichen Streich nach dem andern gespielt hat.

Der Fall „Italien“ ist zu lehrreich, für uns, um ihn nicht nachzuprüfen.

Schon am Tage, als Italien seine Neutralität erklärte, hatte ein befreundeter italienischer Hauptmann mir die Binde von den Augen nehmen wollen, indem er auf meine Frage, was diese Neutralität zu bedeuten habe, erklärte: „In einem Worte: Die Neutralität bedeutet Krieg gegen Oesterreich.“ Ich erwiderte, solche Verdächtigung seines Vaterlandes nicht glauben zu wollen; er zuckte die Achseln. Ich versicherte ihm, daß Deutschland dann über die Alpen steigen und mit Oesterreich solchen schändlichen Verrat strafen müsse, daß Italien nur mit Deutschland und an Deutschlands Seite Gutes zu hoffen habe; er zuckte die Achseln. „Und die lange Freundschaft unserer Länder?“ rief ich. Er sagte: „Wir müssen mit Oesterreich abrechnen. Wir haben gerechten langjährigen Groll gegen die Habsburgermonarchie; kein Kind, dem er nicht in Fleisch

und Blut übergegangen wäre; wir wollen Oesterreich zerschlagen und erreichen, daß Oesterreich beim ersten Anprall auseinander berste, daß die Böhmen, Polen, Südtiroler und andere Regimenter mit fliegenden Fahnen übergehen. Die österreichischen Offiziere schätzen wir gering, Deutschland gönnen wir heute alles Gute. Wie's morgen sein wird, hängt vom Geschick ab. Deutschland mag Deutsch-Oesterreich erhalten; niemals Triest."

Andere, weniger voraussichtige italienische Freunde hielten mich damals — wie noch nach Monaten — für betört, für „aufgesessen," daß ich derartiges Gerede mit anhörte, ohne zu lachen. „Kein Mensch, der politisch halbwegs mitspricht, will etwas anderes, als strikteste Neutralität." Im Zwiespalt tat ich, was einzig übrig blieb, ich versuchte persönlich mir in Städten und Dörfern, im Gebirge und an Meeresgestaden Aufklärung über die wahre Volksstimmung und über die Regierung zu verschaffen. Dabei traf ich überall und sonderlich im Volk und Heer vorherrschend zweierlei; einmal den italienischen Wunsch, außer Spiel zu bleiben, in Ruhe sich von den Anstrengungen des lybischen Feldzuges zu erholen, um keinen Preis das Blut der Italiener und nun gar für irgendein anderes Land oder auf fremdem Kriegschauplatz zu vergießen; dagegen traf ich zweitens die französische erfolgreiche Arbeit, Italien gegen Oesterreich verhetzt zu halten und gegen Deutschland mit Haß zu erfüllen. Die moralischen Bedenken dagegen, daß ein Vertragsbruch den italienischen Namen beflecke und Italien überall in der Welt schädigen müsse, wollten freilich von Anfang an nur wenige gelten lassen. Die meisten bewiesen die Unmöglichkeit, papierne Rücksichten in Kriegzeiten ausschlaggebend zu behandeln, mit dem Hinweise auf die Rede des deutschen Kanzlers vom 4. August, in der sogar die viel schlimmere Neutralitätverletzung Belgiens als Gebot der Not gerechtfertigt sei. Uebrigens könne ja Italien den Dreibund nicht mehr brechen, da er von Oesterreich und Deutschland

durch die Art, wie sie den Krieg begonnen hätten, sonderlich durch das Ultimatum an Serbien, schon gebrochen sei. Dies Argument beschwichtigte das schlechte Gewissen, das nicht mit den Bundesgenossen gegangen war, sondern neutral bleiben wollte.

Man mußte hören, wie die zu Tausenden aus Frankreich zurückströmenden Italiener immer wieder erzählten, daß man mit aller List und Schmeichelei und Hochrufen sie, die man bis vor kurzem in Frankreich wie Menschen zweiter Klasse behandelt hatte, jetzt vor der Abreise aus Frankreich zum Uebertritt in die französische Staatsangehörigkeit und zum Eintritt in das französische Heer zu bewegen gesucht hätte. Wenn das auch nicht immer Eindruck gemacht hatte, so trugen doch zahllose Italiener als Sendboten französischer Lügen und Bosheit den dem Interesse des Landes verderblichen vorher unbekannten Haß gegen jeden Deutschsprechenden, wohl gar gegen jeden deutsch aussehenden Menschen in alle Teile, bis in die entferntesten Gebirgdörfer.

Hatten die Franzosen es in diesen Rückwanderern doch meist mit Leuten zu tun, die von Deutschland keinen Begriff besaßen, die gleich vielen Frauen und kannegießernden Männern Italiens jedem Kriege abhold waren und drum durch Phrasen und Schlagworte in eine Wut gegen das ungekannte Ungetüm Deutschland und den furchtbaren Kaiser als Schuldträger jeden Jammers hinein gesteigert werden konnten. Den Flüchtenden erschien dann aller Hochmut, alle schlechte Behandlung, die man von Frankreich und den Franzosen bis zur Neutralität-Erklärung hatte hinnehmen müssen, als kleines Uebel. — Ohne diese Erkenntnis bleibt die in Italien bis heute mangelnde Empörung gegen Frankreich und die Wut gegen Deutschland, von dem man stets Gutes erfahren, psychologisch völlig unverständlich. Geht doch die große Unbildung dieses zum überwiegenden Teile gutmütigen und hochintelligenten Volkes so weit, daß ein Priester, der heftig für das franzosenfreundliche Belgien Partei ergriff, mich naiv fragte, wo eigentlich dies

Land genau läge; ein anderer behauptete, Belgien läge im Balkan.

Was nicht auf diese Art schon in Frankreich beeinflußt werden konnte, wurde planmäßig von einem weiter und weiter von den französischen Grenzen ins Land eindringenden Schwarm von Hetzern, gegen alles Deutsche, gegen jeden Deutschen, sonderlich gegen den Kaiser, stimmungmachend, aufgewiegelt. Bald schon war es in den Grenzgebieten so weit, daß den Deutschen, Oesterreichern und Schweizern geraten werden mußte, nicht laut deutsch zu reden, ja womöglich schnell die Koffer zu packen und vor der wachsenden Franzosenwelle zu fliehen. Die in den Grenzgebieten beamteten Italiener taten anfänglich das Mögliche, um im Sinne eines strengen Regierungsediktes die Neutralität geschützt zu halten. Sie mußten aber, durch geschickt bei ihnen von Franzosen oder Franzosenfreunden vorgebrachte Verdächtigungen oft selbst dazu mithelfen, die Deutschen, die vorübergehend oder in dauerndem Besitze dort wohnten, zu ängstigen, zu verfolgen und für kurze Zeit oder für immer zum großen Schaden des Landes zu verscheuchen. Wie groß der Schaden werden kann und wohl als Gegenmaßregel werden wird, weiß jeder, der die Bedeutung der Deutschen für den gesamten italienischen Handel und Verkehr kennt.

Sehr bald aber merkte man, daß die Regierung keine strikte Neutralität mehr forderte, sondern für Frankreich günstig Partei ergriff. Wie ein Lauffeuer ging schon Mitte August durchs Land die Nachricht, daß die Grenze gegen Frankreich von Truppen entblößt, die gegen Oesterreich mehr und mehr bedrohlich besetzt würde. So war schon damals wenig Zweifel mehr an den Worten meines Hauptmanns möglich. Die Anzeichen für seine Auffassung mehrten sich täglich; kamen doch bald französische, ja belgische Hetzer, die vor den Fabriken die Arbeiter abfingen und aufklärten; in den Kinos und Theatern wurde jede franzosenfreundliche Anspielung beklatscht, die Sprache der Zeitungen schraubte sich

schrittweise von schüchternen Ideen, die Bundestreue umzudeuten, allmählich zur Aufstellung von Proskriptionslisten gegen Oesterreicher und Deutsche, schließlich gegen neutralitätfreundliche Italiener hinauf. Die Einschüchterung, Verleumdung und öffentliche Bedrohung dieser also Gekennzeichneten wurde zum Terror, dem nach und nach alles erliegen mußte, um nicht als Spion, Vaterlandsfeind oder — nach der Kriegserklärung — als Verächter des auch in Italien aufgestellten Burgfriedens der strafenden Gewalt zu verfallen. Die Zivilcourage war in Italien trotzdem anfänglich noch zu finden. 75 Parlamentglieder stimmten noch später gegen den Krieg! Aber der Terror wirkt bekanntlich nicht nur einschüchternd, sondern auch ansteckend. Unter südlichem Phrasenschwall suchte man sich in ein Recht zum Ueberfall auf den Bundesgenossen Oesterreich in sicherem Glauben auf Erfolg hinein zu steigern. Sehr bald schon hieß die Parole: „Wir sind das Zünglein an der Wage. Wenn wir gegen Oesterreich losschlagen, ist der Krieg in 4 Wochen beendet.“ Als Italien sich bereit glaubte, hieß die Parole: „Oesterreich ist völlig erschöpft; es braucht nur noch des Gnadenstoßes.“

In französischem Sinn arbeiteten natürlich jene kleinen Teile der italienischen Bankwelt, die in unverbesserlicher Kurzsichtigkeit alles Geld und ihre Hoffnung nach Paris getragen hatten.

Ferner hat der Wunsch, durch Uebertreibung und Kriegsgerassel jeden Verdacht zu bannen, als wäre man weniger national begeistert als die Männer, als die Berufenen, in erstaunlichem Maße die Frauen und sonderlich die eingeheirateten Frauen zugunsten Frankreichs mobilgemacht. Der Außenstehende wird die unbestreitbare Wirkung dieser Bewegung erst verstehen, wenn er erfährt, daß, abgesehen von verschwindenden Ausnahmen, der gesamte italienische Adel vom König angefangen und eine beträchtliche Zahl italienischer Offiziere und Seeleute ausländische Großmütter, Mütter oder Frauen meist aus Ländern hat, die mit uns im Krieg stehen.

Allen voran betätigten sich die **eingeheirateten Engländerinnen und englisch gesinnten Amerikanerinnen.** Damit komme ich zu dem erst allmählich neben den beiden bisher gekennzeichneten Strömungen sichtbar werdenden **Einfluß Englands.** Heute wird er symbolisch durch das Botschafter-Ehepaar Rodd ausgedrückt und zeigt jedem Nichtitaliener, daß Italien unter Englands harter Faust frohnden soll und frohnden muß, falls es sich nicht im letzten Augenblicke von der englischen andauernden Erpressung durch irgend eine neue Extratour retten kann.

Sobald nämlich die Laxheit der Regierung bekannt wurde, tauchten Stimmen auf, die immer wieder die ausgesprochene Angst der Regierenden und aller an dies Thema Rührenden kund gaben: „England schießt uns unsere langen Küsten zusammen, ob befestigt oder unbefestigt. Fechte irgend ein Staat mit solchen Küsten gegen die größte und die mit ihr verbündete zweitgrößte Seemacht; wir sind nicht so wahnsinnig! Der Dreibund sah Englands Gegnerschaft nicht voraus. England ist zu mächtig und kennt keine Rücksicht. England würde am ersten Tage uns von Lybien abschneiden, das bedeutete Hungertod für 50 000 Mann; England würde uns die Kohlen- und die Getreidezufuhr abschneiden."

In diesem Lichte erscheint der allmähliche Sieg französischer Angriffe auf die ängstlichen Gemüter in Italien etwas begreiflicher, als sich mancher klar machen möchte. Deshalb sollte niemand von denen, die heute noch in Deutschland die Annexion Belgiens aus unbezähmter Englandfurcht scheuen, gegen Italiens Englandfurcht einen Stein aufheben!

Mit welchen Mitteln von Ueberredung und Bestechung England diese Angst ausgenutzt hat, läßt sich nicht erkennen. Für die Regierung bildete er das ausschlaggebende Moment, um unter fremdem Druck das zu tun, was man aus Haß gegen Oesterreich gerne tat. Für das Volk wurde die Anteilnahme und der Schutz des gespenstig-mächtigen **Englands** die beruhigende und unzweifelhafte Sicherheit, daß die Partei, der

man sich anschloß, siegen müsse. Der russischen Dampfwalze gedachte man frohlockend nur als weiteren grausigen Gewichtes, das auf das Messer, das Oesterreich zerstückelte, drücken würde. Von Oesterreichs Macht haben ja selbst manche Deutsche heute noch keinen richtigen Begriff, von Deutschlands Kraft hatten die Italiener keine Ahnung. Wie sollten sie auch, da wir ängstlich erschienen und da wir selbst noch heutigen Tags von den ungeheuren Leistungen unseres Volkes immer wieder überrascht werden.

Was vermochten dagegen andere Strömungen? Der Clerus bekämpfte den Krieg nur in so weit, als er die — von deutschen Logen weit entfernten — Freimaurer als Umstürzler und Blutvergießer treffen wollte. Aber wie ein großer Teil der Beichtväter im weißen Adel auf Seite der französischen Beichtkinder stand, so war bei vielen Priestern immer noch das protestantische Preußen — Deutschland weit hinter dem — augenblicklich nur teilweise abgeirrten — katholischen Frankreich zurückstehend, also unbeliebt oder zu fürchten. Sympathie für Oesterreich durfte auch der Clerus nicht zeigen, selbst wenn er sie besessen hätte. Die Sozialisten, die anfangs gegen den Krieg waren, sahen doch in der rot bemützten Marianne gegen die Pickelhaube ein Idol. Und gerade für sie wie für die übermächtigen angeblich stark jüdischen Freimaurer wurde der Krieg gegen Oesterreich um so populärer und wirklich zur Herzenssache, weil sie in Franz Joseph und der österreichischen Kabinettpolitik den weltlichen Arm des verhaßten Papsttums zu erkennen glaubten. Ob die massoneria (Freimaurer) nicht sogar geschickt und listig etliche und zwar sehr hohe Cleriker umgarnt hat, mag heute nur als Vermutung ausgesprochen werden. Trotzdem war die Volksstimmung so sehr gegen den Krieg, daß sich erst allmählich die in d'Anunzio seit Jahren verkörperte, die Jugend hinreißende Idee der Adria als „italienisches Meer" rückhaltlos kriegerisch geberden durfte. Dann aber war kein Halten mehr, zumal die anfänglich den Franzosen und Freimaurern gegen-

sätzliche Nationalpartei unter einwandfreien Männern jedes Geschenk von Seiten Oesterreichs als entwürdigend verwarf und die einzige Möglichkeit, die Großmachtstellung zu wahren, in der Anteilnahme am blutigen Kampfe erklärte.

Heute ist es leicht, in Deutschland eine Verurteilung jedes Italieners und die Boykottierung Italiens zu fordern, ohne zu vergleichen, wie viel offener und gefahrvoller sich dieses Land mit Blut und Gut für seine Unterstützung unserer Feinde einsetzt, als Amerika dies tut, ohne daß unsere Empörung überschäumte.

Man lerne doch endlich, daß bei den Gegnern nicht stets Schurkerei und Feigheit da anfängt, wo unsere Verblendung, Angst oder gezwungene Rücksicht auf sie aufhört. Man belüge sich nicht fortgesetzt über zweierlei, erstens als ob alle Gegner gar keine uns ungünstige Behauptung über Anfang und Verlauf des Krieges glaubten, — zweitens, als ob unsere Gegner, (auch der größte Teil Italiens,) vor ihrem Gewissen nicht genau so wie wir vor unserm beständen. Auch in Italien wird die zum Allgemeingut aller Kämpfenden werdende Tapferkeit der Truppen bejubelt, auch dort wird man — und auch dann nur teilweise — an die Verirrung und Verführung zu glauben beginnen, wenn man nach blutigen Niederlagen Landverlust und Kriegsentschädigung tragen muß.

Aehnliche Wahrnehmungen, wie ich sie gemacht hatte, machten schon anfangs viele Deutsche, Oesterreicher und Schweizer. Aber anstatt, daß man die Schlußfolgerungen des italienischen Abfalls bei beendeter Rüstung in Deutschland zog, verschleierte man sie; anstatt daß man dieser Gefahr ruhig ins Auge sah, übertrieb man sie und wünschte sie nicht als möglich. Der wachsende Groll aber wurde gerade durch Unterdrückung jeder würdigen Sprache gegenüber Italien zur Vergeltungsucht, die den amtlichen Italienern nicht verborgen blieb. Sie erweckte in Italien den Anschein, als hätte man Angst, als wären schließlich die Abtretunganerbietungen nicht ehrlich. Da-

durch machte man die italienische Presse immer frecher und die italienische Regierung immer gegensätzlicher, immer zuversichtlich ergebener unter Englands hinterlistige Erpresser-Gewalt.

Schon im November warnte ich öffentlich, indem ich schrieb: „Es ist garnicht einzusehen, weshalb durch Abdruck etlicher seltener, uns günstiger Preßäußerungen gebildeter Italiener die öffentliche Meinung bei uns fast systematisch beschwichtigt wird. Die öffentliche Meinung Deutschlands braucht nicht irregeführt werden; denn sonst sind wir als Volk in Gefahr, aus Gutmütigkeit und irriger Anschauung taktlos zu werden und mehr und mehr an völkischer Würde, also vor uns selbst, zu verlieren. Damit büßen wir das Beste ein, was wir besitzen, Selbstachtung und Selbstvertrauen. Was ich hier für Italien klargelegt habe, könnten andere gewiß für andere Länder ausführen."

„Daß wir gegen französische Hetze und Lüge in Italien und anderwärts mit sachgemäßer Aufklärung wirken, ist gut. Aber uns über den Erfolg unserer Tätigkeit etwas vorzugaukeln, ist unwürdig. Wenn wir gar mit dem Gefühlston kommen und den Leuten, die in unerhörter Vergeßlichkeit und Unbildung gegen deutsche Wahrhaftigkeit, Kunst und Menschenliebe Stellung nehmen, gute Worte geben, so ist das völkisch unreif und töricht, politisch aber unwürdig."

„Wir dürfen uns nicht einbilden, nach jahrzehntelanger Versäumnis und Unzulänglichkeit jetzt die Gegner um die Früchte ihrer anhaltenden, klugen und kostspieligen Arbeit, wohl gar im Handumdrehen, bringen zu können. Wir müssen uns daran gewöhnen, das zu sehen, das zu hören und vor allem offiziell und inoffiziell das zu berichten, was unseren Wünschen auch nicht entspricht. Wir müssen erkennen, daß die Kriegerfahrung — wie an dem Beispiel Italiens gezeigt ist, — ein ganz neues Aufklärungsystem nach innen und außen mit bisher nicht vorgesehenen Mitteln und Zusammenschlüssen erheischt. Drum ist alles, was guter Wille von Berufenen jetzt leistet, zwar als sehr erwünschter Versuch zu werten; was aber auf ungepflügtem

Acker jetzt schon als Frucht angesprochen wird, muß gleich der Wichtigtuerei von Unberufenen als schädlich abgewiesen werden."

„Eine einfache deutsche Frau, die mit einem Neapolitaner verheiratet ist, schreibt: „Ich sah heute Artikel und Bilder aus guten italienischen Zeitschriften, daß einem vor Zorn die Haare zu Berge stehen. — Und dabei fliegen die deutschen Propagandaschriften von Universitätsprofessoren ins Haus, die unsere Kriegshandlungen — gleichsam entschuldigend — zu rechtfertigen suchen. Wenn doch keiner das tun wollte. — Ich verbreite sie nicht; sie erreichen bloß Achselzucken und Lächeln. Die feindliche Stimmung gegen uns ändern wir dadurch gewiß nicht; es wird nur wie ein Buhlen um die Gunst Italiens aufgefaßt, an dessen Meinung uns Deutschen so viel liegen würde. Schon die Titel dieser offenen Briefe: ai miei cari amici italiani usw. — zu töricht. Die Leute kennen die Italiener nicht. Mir ist's wirklich peinlich, solche Briefe von Deutschen zu lesen."

„Sollen wir uns durch systematisch betriebene falsche Aufklärung im Innern gegenüber Italien wie gegenüber anderen Ländern dauernd zu solchen Schritten verleiten lassen, über die wir — wie wohl jeder beim Lesen dieses Frauenbriefes — schamrot und im berechtigten deutschen Stolze tief verletzt werden müssen?"

„Weniger buhlende Angstmeierei und weniger nichtüberzeugende Liebenswürdigkeit, sondern ruhige Würde und klares Erkennen haben wir zu unserem einzig für uns maßgebenden Vorteil anzustreben. Damit ist gerechte Achtung und wirkungvolle Anerkennung fremder Art und fremden Strebens wohl vereinbar. Dann wird man seltener über uns hohnlachen und vielleicht unsere Freundschaft suchen, statt unseren Feinden derart ins Garn zu gehen und zuzujubeln, daß uns „die Haare zu Berge stehen."

Als den französierenden Italienern angesichts unserer Langmut der Kamm so sehr geschwollen war, daß der Corriere,

der natürlich über den Druck Englands unterrichtet war und selbst mehr ein französisches denn italienisches Blatt ist, frech sogar zum Schutze Belgiens auffordert, als bereits aus Sympathie für Belgien in Genua öffentlich eine deutsche Fahne verbrannt wurde, ohne daß die deutsche Regierung Einspruch erhob, erschienen immer noch bei uns Italien schonende Aufsätze und es bedurfte der rühmlichen Energie der Münchner Zeitung und der Münchner Augsburger Abendzeitung, um einige kräftige Aufsätze und folgende Zeilen von mir zu bringen: „Belgien geht den Corriere und die Italiener politisch gar nichts an, da Italien die Neutralität nicht mit garantiert hat."

„Der Bismarcksche Spruch heißt nicht: Wir Deutschen fürchten Italien oder sonst einen Neutralen, etwa Amerika. Nein, er heißt immer noch: „Wir fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!" Der ersten vielberühmten Extratour Italiens hätten wir mit jener von Frankreich stets meisterlich gegen die Schwesternation angewandten Deutlichkeit begegnen sollen. Den ersten Pressebeeinflussungen der Gegner unsere Veröffentlichungen seit Jahren entgegenstellen müssen. Für die erste Mißachtung und Unverschämtheit, die ein Reichsangehöriger als solcher, die unsere Fahne, die die österreichische Fahne in Italien erfuhr, hätte von uns oder Oesterreich aus Sühne geheischt werden müssen, wie England sie in stolzem Begriffe der Unantastbarkeit erreicht hätte. Bei der ersten offensichtlichen, von der italienischen Regierung geduldeten oder geförderten Umbiegung der Neutralität, solange das Land militärisch ungerüstet war, hätte man solchen Keim zu ersticken versuchen können."

Als aber Italien nach unverschleierter stetiger Hinarbeit auf die Auslegung der Neutralität als „Krieg gegen Oesterreich" es wagte, die nationalen Wünsche auf die Spitze des Schwertes zu legen, da ging gerade von denen, die vorher gebuhlt und geschmeichelt hatten, ein wüstes und gedankenloses Schimpfen an. Wenn nun gar jetzt Herr Dernburg nach un-

glücklichstem, deutsches Ansehen minderndem Auftreten in Amerika, wenn gar das Berliner Tageblatt als Vorkämpfer der deutschen Entrüstung gegen die Frechheit des Mailänder Franzosenblattes Corriere della Sera die billige Verrechnung der von Herrn Dernburg und Genossen in Italien verausgabten Summen prahlerisch vorbringt und witzlos ein Boykott ganz Italiens von ihren Gnaden, ausgerechnet auf fünf Jahre, diktiert, so ist das ganz gewiß nicht die richtige Einsicht und Haltung deutscher Politiker. Die Antwort kann nur Hohn sein.

Was wir aus all dem Vergangenen für die äußere Politik sonderlich gegen zweifelhafte Neutrale an Klarheit und Würde zu lernen haben, mag sich jeder selbst aufstellen und sich dann dreimal überlegen, ob Herr Dernburg und das Berliner Tageblatt in diesen Fragen ihm als seine Führer erscheinen, ob er nicht vielmehr jedesmal vor solchen Auguren Halt zu machen und zu fragen hat, ob ihn ihre Führung nicht gerade von dem Weg, den er gehen möchte, ablenkt.

Suchen wir, nach Italien Reichsvertreter zu bringen, die das Volk kennen und verstehen; lassen wir uns, — soweit wir etwas drunten zu suchen haben — nicht vom Platz an der Sonne den Engländern und Amerikanern zuliebe wegdrängen; buhlen und schimpfen wir nicht verständnislos. Bedenken wir, um das Gesagte kurz zusammenzufassen, wie schwer es ist, im Kriegszustande angesichts der fanatisierten Massen eine abweichende Meinung selbst nur privatim kund zu tun, nun gar zur öffentlichen Wirkung zu bringen, erinnern wir uns der geographisch bedrohten Lage, erinnern wir uns, daß eine große Zahl von italienischen Volksvertretern gegen Treubruch und Krieg gestimmt haben, und bedauern wir das arme, im Grunde gutmütige und hochbegabte Volk, das politisch unreif von seinen Führern verführt und verkauft, von England — Frankreich vergewaltigt worden ist. Nur wenn wir wieder einmal Italien helfen wollten, bräuchten wir es nicht bedauern.

Aber man vergesse nicht, daß Land und Volk sich die Schändung haben bezahlen, daß sie sich halbwillig oder jubelnd haben schänden lassen. Dank Italiens Schwenkung ist der Krieg für uns verlängert, sind tausende von Deutschen unnötig hingemordet worden. Dank Italiens Nachgiebigkeit ist in Genua, Mailand und anderen Orten vielen Deutschen Bedrängnis und Schaden erwachsen. Mit jeder Woche des Krieges durften die Hetzer gegen Deutschland ungehemmter in Italien schalten. Die Steigerung bis zur Kriegserklärung an Deutschland steht noch aus. Wenn nun auch nach echter Verführer Art England und Frankreich die ersten sein werden, die dem Scham beraubten Opfer ihre Verachtung ohne jedes Bedauern zuschleudern, die es im Elend nach dem Sturz von der höchsten Steigerung preisgeben werden, so wäre es doch für uns eine Würdelosigkeit sondergleichen, ja ein Verbrechen in jeder Hinsicht, wenn wir irgend etwas täten, was Italien die Reinigung durch Buße ersparte oder milderte. Ich bin in diesem Punkte nicht ohne schwere Sorgen — —! Für Italien gäb es dann kein Erwachen, keine Wiedergeburt, für Deutschland erstünden dann einstens zu den farbigen Engländern, Franzosen und Russen auch noch hunderttausend italienischer Askaris als Vorkämpfer für Kultur, Zivilisation, Menschlichkeit und Nationalstaat. Wird Italien aber die verdiente Buße leisten, so wird es auch aus den jetzt krankhaft verseuchten Zuständen Heilung finden. Das kann nur sein, wenn es von der ihm teilweise durch unsere Schuld eingeimpften Großmachtsucht zur Bescheidenheit einer seiner Kolonien ledigen Macht dritten Ranges zurückgebracht werden wird.

Klein nämlich hat es sich in diesem Kriege in allem erwiesen, in dem es die Berechtigung zur Großmacht hätte erweisen müssen; ewig unfertig zu machtvollem vielseitigen militärischen Auftreten, klein in der Organisation, kleinlich ohne sich dessen zu schämen in der Art der Geldopfer, innerpolitisch feige in Nichtveröffentlichung von Verlustlisten und Noten-

erhöhung, in strengster Absperrung der Verwundeten von Heimat und Verkehr; kindisch im ununterbrochenen Flaggenschmuck der Städte und in prahlerischer Selbstbeweiräucherung bei militärischem Mißerfolge; unzuverlässig in der Presse, treulos gegen seine alten Verbündeten, knickerig gegen seine neuen. Selbst der Hochmut war nicht großmächtig, sondern nur großspurig, er geberdete sich wie ein leicht verletzlicher kleiner Mann, der über seine Verhältnisse lebt und durch freches Auftreten sich in Stellungen zu drängeln hoffte, die ihm nachträglich gestatten, den ungesunden Aufwand auf Amtskosten zu begleichen.

Italien ist von Natur ein mittelgroßer Staat, oder es ist ein Land von drei, ja mehreren stark gegensätzlichen Kleinstaaten. Wir gehen auf diese Unterschiedlichkeit der Bevölkerung im Aufsatz über den Nationalstaat näher ein.

Wenn das Schicksal den einzelnen Menschen und Familien der Apenninhalbinsel wohl wollte, so würde es den Einheitstaat und den jetzt stark kompromittierten Zweig der Dynastie Carlo Alberto's von Savoyen ausschalten. Dann entstünde unter strengster Sonderung der einzelnen Verwaltungen ein Föderativstaat wie Ricasoli ihn gewollt hat. Dann wäre der heut noch germanisch durchsetzte Norden vom Süden auch staatlich geschieden, und ein Gebiet, das einem großen Teile des alten Kirchenstaates entspräche, legte sich als klimatisch und völkisch wohl berechtigtes Mittelglied zwischen beide. Damit verschwände der verhängnisvolle Irrtum, der das seit Jahrtausenden schwer belastete, niemals fruchtbare Rom zum Haupt- und Gärungspunkte eines neuen Imperiums erkor. Und nur so würde die jetzt atemraubende Bedrückung der questione del mezzigiocno in einer für Alle gerechten Weise behoben.

Die Politik, die hieraus für Deutschland zukünftig erwachsen könnte, ergiebt sich gewiß jedem.

Italien wird die Erkenntnis seines Heiles schwer in Bescheidenheit lernen. Ob es nach Unruhen die Kraft zur Ver-

wirklichung klarer Vorteile — die das Gegenteil von Expansion bedeuten — finden wird, ist abzuwarten.

Wirtschaftliche und Geld-Nöte werden der Lehrmeister sein.

Die heutige Verschuldung Italiens weiß vielleicht nur England. Wir ahnen sie. Langsam, langsam wird das italienische Volk — selbst im Falle eines — nicht wahrscheinlichen — Sieges — erkennen, daß der jetzige Krieg die lybischen Milliarden nicht gedeckt, dafür weitere Milliardenschulden gehäuft hat. Dann erst wird es die unbestreitbaren „Heldenopfer" seiner besten Söhne als umsonst gebracht beklagen und wird, politisch etwas gereifter, diejenigen, die ihm Ehre und Vorteil der Neutralität ans Herz gelegt hatten, als verkannte Führer und Freunde suchen. Auch sie werden ihm die unersetzlichen Märkte Deutschland, Oesterreich, Türkei nicht leicht wieder bringen, aber sie werden versuchen, Italien Deutschland wieder zu nähern. Und wir werden uns trotz aller heutigen Entrüstung dann, aber erst dann, fragen, wie weit unser und unserer Verbündeten Vorteil durch Anhörung oder Ablehnung gefördert werden kann.

Dira necessitas (Belgien)

Unsere Achtung in der Welt wird davon abhängen, wie wir die belgischen Lande und die angrenzenden Gebiete Frankreichs behandeln. Die Welt mit ihrer offenen und versteckten Feindschaft oder Sorge zeigt uns sofort in Furcht und Ratlosigkeit, daß sie voraussieht, wir könnten das tun, was uns stärkt, was als Folge die Anerkennung der Kraft und die Achtung nach sich zöge. Sie wünscht aber, daß wir eingeschüchtert durch die Drohung, als Barbaren, Hunnen, Boches, Militaristen usw. zu gelten, das tun, was uns beschränkt, schwach hält und der bleibenden Verachtung als dumme Kerle preisgibt.

Ich habe schon im Oktober 1914 die folgenden Zeilen in „Schwaners Volkserzieher" unter dem Titel „Annexion" veröffentlicht; inzwischen habe ich reichlich Gelegenheit und Notwendigkeit erfahren, das Gesagte nachzuprüfen. In der Sache bin ich bestärkt worden, das Wort „Annexion" würde ich gerne preisgeben, einmal weil es ein Fremdwort ist und zweitens, weil es einen gewalttätigen Untersinn hat. Aber falls das mildere „Angliederung" (Afiliation) staatsrechtlich nicht klar erscheint, wird man durch das Tor dieses unliebsamen Wortes zur heilsamen Tat schreiten müssen. Ohne diesen Schlußstrich stehen wir immer vor der Gefahr unserer Gutmütigkeit oder Schwäche, uns mit England über Belgien verständigen zu wollen, d. h. von England ähnlich wie Frankreich, Italien und jetzt Griechenland als Opfer gefesselt und bei Gelegenheit zum Selbstmord geführt zu werden. Es handelt sich heute nicht darum, ob die belgische Frage vor dem Kriege anders zu lenken gewesen wäre. Die Angliederung ist heute eine

dira necessitas, eine Unumgänglichkeit geworden, denn es gibt mit England keine Verständigung, sondern nur dauerndes Kampfbereitsein und Festhalten jedes Vorteils. England wird sich an uns gewöhnen, wenn es muß, aber nur dann. Jeder Pakt, jede Verständigung, jeder Papierfetzen hält dieses „Muß" auf und bindet **nur** uns. Die Verhältnisse lassen sich **nicht** wegleugnen und die Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, nicht fortwünschen. Um Belgien dem französisch-englischen Ränkespiel entrücken zu können, um zu verhindern, daß die englische Grenze jetzt oder später statt am Kanal an der Ostgrenze von Belgien und Holland liege, um zu zeigen, daß wir uns durch verleumderisch unverschämtes Geschrei der ganzen Welt nicht vom ruhigen Fortschreiten auf rechtem Wege abbringen lassen, um eine Lösung zu finden, die alle vergeblich suchen, kurz um über die jetzt von uns besetzten und verwalteten Lande heilsam bestimmen zu können, müssen wir Belgien dauernd unter deutsche Hand bekommen; das ist unmöglich ohne vorherige staatsrechtlich unzweideutige Besitzergreifung, also Annexion oder, wenn Angliederung dasselbe Bestimmungrecht ausdrückt: Angliederung.

Unser Volk — so schrieb ich vor einem Jahr — verlangt nach einer Opfervergütung durch Land; nur entspricht es der deutschen Wahrhaftigkeit, statt unerobertes, lediglich erobertes Land zu verlangen. Wie klar und zu jeder Form der Willensäußerung bereit weite Schichten unseres Volkes nach den zahllosen Opfern an Gut und Blut eine absolute, von jeder knieschlotternden Ueberweisheit ferne Annexion des kleinen, des von uns eroberten, des rasse-, religion- und teilweise sogar sprachverwandten Belgien verlangen, davon kann sich jeder überzeugen, der nicht nur das Plätschern der Talmipolitik von Großberlin an einigen Geheimratquellen erlauscht. Hat doch Herr Eduard Bernstein, dieser Führer der ehemaligen Sozialdemokratie, erst kürzlich in öffentlicher Berliner Rede enthüllt, daß selbst ein großer Teil seiner früher zur internationalen

Verschwiemelung neigenden Genossen diese Annexion wünsche; denn jeder Redliche erkennt, daß dieser Krieg wider unseren Wunsch zur Eroberung führen mußte. Liegt doch jetzt selbst dem deutschen Michel vor Augen, daß Belgiens Neutralität ein Truggespinst, ein Lügenschein war, daß sich die Bedingungen, die den milden Deutschen vor Beginn des Krieges die Zusicherung jeder Achtung und Vergütung ablockte, tausendfach verändert haben.

Ich kann aus noch nicht lange zurückliegenden Kriegsgesprächen mit Franzosen versichern, daß man in Frankreich von einem siegreichen Deutschland nicht nur die Annexion Belgiens — die in Frankreich sofort nach dem Kriegsausbruch als unvermeidlich angenommen wurde — sondern eine Einverleibung französischen Gebietes mit Einschluß von Paris befürchtet hat. Der Jubel über unseren Rückzug im Norden Frankreichs bedeutet bis zur Stunde nichts weiter als die Erleichterung in diesem Sinne, als die Wonne jedes Franzosen, der sich sagt, mögen die Deutschen auch das Land, was sie jetzt besetzt haben, behalten. Paris bleibt französisch; das wenigstens haben wir vor der Annexion gerettet . . . .

Warum auch gehen mit doppelter Rücksichtlosigkeit Belgier, Franzosen und Engländer gegen das belgische und französische Land vor, warum zerstören und verwüsten sie selbst Stadt und Ländereien oft völlig grundlos? Warum zwangen sie uns durch die Franktireur-Organisation absichtlich zur Verwüstung? Weil sie sich neben anderen Dingen sagen: Wenn die Deutschen nicht von der Eroberung dieses Landes abzuhalten sind, so sollen sie es wenigstens in einem elenden und entwerteten Zustand bekommen. Warum, wenn wir nicht die Wahrscheinlichkeit irgend welcher dauernden und nützlichen Verbindung mit diesem Lande anstellten, haben wir es nicht — wie die Russen Ostpreußen — gebrandschatzt und derart ausgeplündert, daß heilsamer Schrecken durch die Jahrhunderte von unserem Willen nachdrücklichster Abwehr Zeugnis giebt?! Ein waschechter Franzose, Russe, Italiener oder Engländer wird es gar nicht be-

greifen, daß man den Bären, den man tatsächlich erlegt hat, daß man ganze Gebiete, deren Wert dem Einfältigsten durch den Lauf der Ereignisse klar geworden ist, in irgend einer Form wieder dem Feinde preisgiebt, wenn man nicht mit den Waffen dazu gezwungen wird. Belgien aber, da hilft doch alles Leugnen nichts, haben wir erobert. Flaumacher freilich erklären, man müsse abwarten, ob es uns nicht doch vielleicht, etwa, allenfalls wieder ein wenig oder mehr mit den Waffen oder ganz oder durch Aufstand oder gar durch Englands Friedensbedingungen abgenommen wird. Für diesen Fall müssen uns die Flaumacher vor einer Blamage und dem Hohngelächter der Welt bewahren. Gegen diese an Zahl geringen, aber an Einfluß mächtigen Ueberweisen heißt es der in ganz Deutschland unerschütterlichen Siegeszuversicht doppelt deutlichen Ausdruck geben. Selbst wenn unser Lebenswille an eine Ausschaltung durch Niederlage denken könnte, müßte in umfassender Voraussicht doch das Sichbehaupten und der Sieg ausgedacht sein.

Blamieren können wir uns nur vor uns. Und wir blamieren uns vor uns, wenn wir durch Flaumacher oder durch mögliche Rückschläge oder Ungeduld erschüttert werden; wir blamieren uns bis auf die Knochen, wenn wir nicht zur Klarheit über das kommen, was wir nach allen Erfahrungen der Geschichte und dieses Krieges *wollen* müssen, um Deutschland zu sichern, zu sichern für den Augenblick, zu sichern für das nächste Menschenalter, *zu sichern gegen eigene gutmütige Schwachheit und Schwierigkeitscheu*, *zu sichern gegen fremde Niedertracht*. Zum Teufel mit der alles lahm legenden Skepsis, die uns immer wieder an rechtzeitiger Aufklärung hindert, die uns dazu verurteilt, staatsmännisch und völkisch zu spät unsere Gefahr zu erkennen, bloß weil wir nicht durch zu frühes Reden und Beraten ein Lächeln anderer über uns heraufbeschwören wollen. *Einer der albernsten Sprüche, der vom Fell des nicht erlegten Bären, entwaffnet unseren richtigen*

Instinkt, läßt unsere Pflicht des Vorausdenkens sich errötend zurückziehen. Aber Gottlob ist unserem Volke die Phantasie nicht durch Skepsis und Gelehrsamkeit auszudorren. Kaum haben wir Belgien erobert, so schwimmen, fliegen, fahren und springen wir schon alle nach England hinüber. Was schert es uns, ob die ganze Welt lacht, wenns nicht glückt?

Aber wir müssen auch für den Fall, daß diese in allen Herzen kichernde Zuversicht nicht recht behält, Belgien behalten wollen. Denn ohne diese Sicherung droht das wenig getroffene England bald oder sehr bald mit einem neuen Kriege, den wir ganz gewiß nicht wollen, den wir mit allen Mitteln vermeiden wollen, für dessen Möglichkeit aber wir nicht die kleinste Sicherung aus der Hand lassen dürfen. Nach den ungeheuren Opfern edelsten deutschen Blutes, würde ein baldiger ähnlicher Krieg den Rassentod Deutschlands herauf beschwören. Darum heißt es: Belgien ist ein mächtiges Bollwerk. Belgien war das größte Bollwerk England-Frankreichs gegen unsere Sicherheit, Belgien muß das unzweideutig und einwandfrei sicher gestellte Bollwerk Deutschlands gegen England und natürlich auch gegen Frankreich sein. Diese Forderung ist so selbstverständlich, daß man nach allem, 44 Jahre hindurch vollzogenen, vergeblichen Liebeswerben um Frankreich ein Versöhnenwollen durch Abtreten eines Teiles von Belgien an Frankreich nur mit dem Ausbruch der Verzweiflung und mit Tränen der Wut beantworten kann. Das schwerer als je gekränkte stolze Gallien wird auch durch ganz Belgien nicht versöhnt werden, wird aber unter Höllenlachen auf jedem ihm zufallenden Fetzen dieses Landes, das unserer Sicherheit dienen könnte — mögen wir Verträge machen wie wir wollen — ein Bollwerk gegen uns oder eine Pestbeule unmittelbar an unserem Leibe machen. (Es sei auch hier auf die im Aufsatz über die Schweiz angeführten Sätze aus der Schrift des Schweizer Pastors Blocher über belgische und schweizerische Neutralität hingewiesen.).

Belgien bis Ostende ist in unserer Gewalt und muß in unserer Gewalt bleiben ganz und gar; in jeder Zerstückelung bricht man tausend neue Gefahren für die Sicherheit Deutschlands auf: hoffentlich kommen noch Calais und Boulogne hinzu. Sind aber von dort die Engländer nicht zu vertreiben, so wächst noch die Notwendigkeit, daß wir bleiben, wo wir sind.

Eine sofortige oder baldige Besitz-Erklärung kann die Wut und Verleumdung gegen uns augenblicklich (Oktober 1914!) nicht steigern — die sind schon auf dem Höhepunkte. Später wird bei der Enthüllung dieser Absicht der Weltskandal von neuem gegen uns, just, wenn wir Frieden wollen, losgehen.

Aber weil wir einen Fehler begangen haben, brauchen wir nicht rechthaberisch den zweiten größeren begehen und überhaupt nicht angliedern, oder ganz oder teilweise verzichten. Zwischen beiden Fehlern droht die Gefahr einer Halbheit: die sogenannte Beschränkung auf die militärischen Wünsche. Es ist ja leicht und begreiflich, daß Staatsmänner die maßgebenden, für andere Volksgenossen unzugänglichen, Feldherrn während der Kriegszeit einseitig unterrichten und die eigenen Wünsche in irgend einer Art als die einzig möglichen bei den Feldherren anbringen. Danach richten sich die Mindestforderungen der sonst nicht politisch tätigen Soldaten. Und diesen „Wünschen des Heeres" unterwerfen sich dann wieder die Staatslenker, wobei sie den Vorteil haben, daß etwaige Mißstimmung nicht sie, sondern die Generale trifft.

Bei Belgien handelt es sich nicht nur um Mindestforderungen etlicher Militärs des Augenblicks, sondern um Zukunftslebensfragen des Volkes und Reiches, über die der Instinkt des Volkes und die Voraussicht vieler an politisches Denken Gewöhnter einig geht.

Und da der Krieg etwas anders verlaufen ist, als viele Deutsche wähnten, dieweil sie von der uns in der ganzen Welt

bereiteten Schwierigkeit und Vernichtungdrohung nichts ahnten, so wird auch der Frieden nicht ganz nach ihren Phantasien diktiert werden. Drum gut, daß man hält, was man erobert hat. Was wir nicht mehr haben — die Kolonien — hat England — nicht erobert — sondern gestohlen, kann neue leicht wieder stehlen. Also — — —!!!

Herr Eduard Bernstein, Englands dankbarer Gast aus der Zeit des Sozialistengesetzes, hat, um seine Theorie zu retten, zum Fenster hinaus zu den internationalen, also auch den belgischen und französischen und englischen Genossen, nicht zur bewußt deutsch gewordenen Arbeiterwohlfahrtgruppe zu sprechen versucht, ähnlich wie Caligula-Quidde, wie auch ein anderer Herr, der sich in jetzt wohl bedauerter Fahrlässigkeit bei den italienischen internationalen Sozialisten persönlich in Mailand wegen der vaterländischen Haltung unserer deutschgebliebenen entschuldigend zu rechtfertigen versucht hat. Aber verantwortlich für die Geschicke Deutschlands sind sie nicht. Und Deutschlands Sicherheit muß ihnen weniger am Herzen liegen, als ihre internationale Parteiführerrolle. Dafür kann es ihnen nicht verborgen bleiben und muß ihnen als ein leidlicher Gewinn auf alle Fälle willkommen sein, daß, wenn die Verantwortlichen ihrem Rat Gewicht beilegten und einem siegreichen Deutschland die westliche Eroberung in Belgien und Frankreich mehr oder minder vorenthielten, alles, was im deutschen Lande geblutet hat, eine Haltung einnehmen würde, die den jetzt truppenarmen Führern der alten lendenlahmen Sozialdemokratie der Liebknechtschen Färbung ein mächtiges Heer zuführen würde.

Wer anfänglich noch weniger Gewicht auf Belgiens Erwerb gelegt hat, ist durch den Blick auf den Kolonialbesitz umgestimmt worden. Ist doch für alle Völker jeder Kolonialbesitz problematischer geworden, seitdem die Schwarzen gegen Weiße von Weißen geführt worden sind, seitdem die Gelben gegen Weiße durch unendliche Uebermacht zum Siege schreiten durften, und seitdem vor den Augen der Schwarzen in Afrika die Weißen

einander niederschossen. Von den indischen und ägyptischen Zukunftereignissen gar nicht zu reden. Um so stärker verlangen wir also nach der natürlichen Erweiterung durch uns angrenzendes, — in anderer Hand uns Tod drohendes — uns trotz aller Schwätzerei vielfach verwandtes Land, verlangen Belgien als „Neu-Deutschland", als ein kleines von Deutschen zu durchsetzendes und durchaus mit deutscher Sprache vom ersten Tage an zu behandelndes Vorwerk, als eine Mark des Deutschen Reiches.

Um keinem Mißverständnisse Raum zu geben, sei die Forderung der deutschen Sprache als durchgehende Verwaltung-, Recht-, Unterricht- und als einzige Umgangsprache in den Grenzgebieten eigens betont. In den übrigen, dahinter liegenden Bezirken ist zum mindesten die Kenntnis des Deutschen zu verlangen, dadurch wird weder für die Flamen noch für die Wallonen eine Beeinträchtigung ihrer Mundart, sondern eine Bereicherung ihrer Bildung und Deutschfreundlichkeit bewirkt.

Die Form, unter der all das zu geschehen hat, braucht um so weniger beredet werden, als die einmal rechtsgiltig unzweideutig ausgesprochene Angliederung die dauernde militärische Sicherung Deutschlands sofort bringt, und als die augenblickliche deutsche Verwaltung vorhanden ist. Dieser wohl noch für Jahre notwendige Diktatur-Zustand würde dann zum Recht, während er dem Volk des bisher belgischen Gebietes heute als Unrecht, als vorübergehendes Unglück erscheinen muß. Auf die Art gewinnt man Zeit zu planmäßig stufenweisem Ausbau. Man muß sich hüten 1916 entscheiden zu wollen, was erst 1936 oder 1956 zur Entscheidung heran gereift sein kann. Durch diese Form ist bindend nur eines ausgesprochen, daß trotz ruhiger Fürsorge ein Reichstagwahlrecht und eine baldige gleichberechtigte Behandlung der Einwohner dieses Landes mit den Untertanen des bisherigen deutschen Reiches jetzt unter keinen Umständen gewährt werden soll. Wir müssen uns das Recht zur Ge-

duld und zum Werden-Lassen, auch vor uns selbst, wahren. Aus all dem erwachsen neben den Momenten der Beruhigung und des geordneten Zusammenlebens mit den altdeutschen Siedlern solche des Ansporns zur Gutwilligkeit und zur möglichst schnellen Erfüllung derjenigen Forderungen, die im Hinblick der deutschen Art-Betonung und der deutschen Sicherung, sprachlich, kirchlich, wirtschaftlich, richterlich und soldatisch zu stellen sind.

Die Angliederung geschieht am besten bald, denn dann können wir sofort — ohne Zeit, Kraft und Gelegenheitverlust — bleibende Arbeit tun, können es um so leichter, als heute schuldbewußt oder verbittert ein großer Teil der Bevölkerung Belgiens, der nicht mit uns leben will, nicht den Segen deutscher Gemeinschaft genießen darf, außer Landes ist. Kommt diese Gesellschaft trotzdem aber als Verstärkung der uns feindlich im Lande Gebliebenen wieder, so wird ihnen allen nur durch die Angliederung das innere Hohngelächter genommen und die endgültige Entfernung bereitet. So lange jeder Mann und jede Frau sich sagen darf, die gehaßten dummen Deutschen bleiben ja doch nicht, so lange wird für sie jeder öffentliche und geheime Widerstand gegen uns, ja selbst das Verbrechen im tiefsten Herzen nur zur Treue und Hilfe für das vergewaltigte, sicherlich bald dankbare Belgien und für die lieben Verbündeten Frankreich und England. Im Augenblick der Angliederung wird all das Hochverrat, wird das Verhalten eines Kardinales Mercier und der gleich ihm als Belgier deutschfeindlich gesinnten Priester für deutsche Begriffe strafbar, wird ein Verbleib im Lande Vielen ihrer Gesinnung, ihren Worten und Taten nach unmöglich. Man erleichtere ihnen auf jede Art den Abzug, mit sie gleich ihrem Sänger Maurice Maeterlink Franzosen werden und so unsere bleibenden Nachbarn, auch zu unserem Vorteil, etwas davor bewahren, in nächsten Jahren im Mischblut von Senegalesen, Turkos, Hindus und englischen Sträflingen ein ähnliches Verderben zu finden wie Portugal in Mestizentum. Sie werden für ihr „geliebtes" Frankreich überdies eine Wohl-

tat sein; denn dies menschenarme Land kann ohne belgischen (ebenso wie italienischen) Zuzug seit Jahren nicht leben. Eine günstige Ansiedlung und Entschädigung in Frankreich liegt nahe. Und nach unseren Erfahrungen wird ja auch sonst in der Welt manch schmerzliche Heimverschiebung durch diesen furchtbaren Krieg überwunden werden müssen. Drum heißt es aus vielen Gerechtigkeiten: Wer nicht deutsch sein, nicht mit Deutschland zusammen gehen will, mag in Ehren Belgien verlassen. Wer im Lande bleibt, muß sich zu Deutschland und nach absehbarer Zeit zum Deutschtum bekennen, restlos. Einer überraschend großen Zahl von Flamen wird es gar nichts ausmachen — wie jüngst in einem Soldatenbriefe berichtet wurde — deutsch zu werden, das heißt sich dem starken Deutschland anzuschließen.

Die Vorstellung aber, als ob plötzlich von den Flamen, die sich gegenüber den Franzosen Jahrzehntelang als politisch unfähig oder wie Verhären, de Costes und Maeterlink als abtrünnig und schwach erwiesen haben, des Rätsels Lösung kommen werde, ist kindisch. Man macht doch einen anscheinend unmusikalischen, falsch gedrillten und widerborstigen Schüler nicht alsbald zum Chorführer! Diese Deutschblütigen müßten erst zu deutschen und zu klaren, weitsichtigen uns wohlwollenden Politikern heranreifen und erzogen werden. Heute kann von dieser Seite nur Unreifes oder Egoistisches kommen; wenn nicht gar wie von wallonischer Seite Feindseliges zu erwarten steht. Von uns, den Eroberern und Befreiern ist drum die uns, den Befreiten und den Unterworfenen zugleich nützliche Form der Hausordnung von Anfang an jeweilig zu bestimmen. In jedem Zweifel entscheidet die Sicherheit und der Vorteil Deutschlands.

Für viele Flamen und für etliche einsichtige Wallonen bedeutet die rechtsichere Angliederung die erste kaiserliche Gnade, das Ende unnatürlichen Hasses und grauenvoller Zukunftsorgen. Beide werden wieder in Liebe hoffen lernen und sich der klugen Führung fügen. Die Flamen werden sich durch die Probejahre von welscher Tyrannei und welscher

Ansteckung zu ihrer freien — wenngleich nicht leicht zu behandelnden — niederdeutschen Art zurückführen lassen. Das von Frevlern gegen deutsche Soldaten, von Hassern deutscher Art, von Verderbten und Zubehör gesäuberte, ausgekaufte, frei gewordene Erdreich sei Deutschen gegeben, in erster Linie denen, die dafür geblutet haben, oder aber ihren Angehörigen. Wie schnell wird es deutsch sein, teilweise wiederum deutsch, wie es einst gewesen. — Und hoffentlich sind wir stark, nicht nur mit dem Schwert, sondern auch in staatsmännischer Klärung, Vorbereitung und Verhandlung. Halbheit und Unentschlossenheit in diesen großen Tagen des deutschen Geschickes wird zum folgenschweren Unrecht am vergossenen Blute.

Die Schweiz und die Neutralität

Jede grobe Zwiespältigkeit innerhalb der Schweiz, jedes Nachlassen des schießtüchtigen Grenzschutzes würde die von Italien heute noch überlegte, von Frankreich gewiß oft bedachte Ueberrumpelung der Schweiz und die Zerstörung der wirklichen Neutralität ins Bereich der Möglichkeit rücken.

Gerade die wiederholten aufdringlichen Versicherungen Italiens, die Neutralität der Schweiz achten zu wollen, beweisen jedem, daß man zum größten Bedauern das unterläßt, was man einstweilen nicht durchführen kann, obgleich es Deutschland gegenüber Luxemburg tun durfte und England-Frankreich gegenüber Griechenland zu wagen begonnen hat.

Es gehört neben dem Willen zur Neutralität, auch die Macht, jede Verletzung der Neutralität, selbst den Durchmarsch zu hindern.

Wer lange in der Schweiz gelebt hat, wird heute erkennen, daß die Schweiz, und zwar in allen Teilen, sich dieser dauernden Gefahr bewußt ist.

„Ich will Deutschland nichts Schlechtes wünschen und will Frankreich nichts Schlechtes wünschen, den Italienern aber gönne ich die gerechte Strafe."

So ungefähr redet der einfache Mann in der ganzen Schweiz; die Regierung übt die weitaus stärkste Vorsicht — entsprechend dem großen Mißtrauen — gegen Italien.

Aber auch sonst werden die 400 000 Tellschützen sich derart bewähren, daß der erste Staat, der den Boden der Schweiz kriegerisch betritt, sie zum Gegner haben wird.

Für den Kenner der Schweiz, der nicht nur aus Kellers

Novellen und Romanen die Schützenfeste als Belustigung anzusehen wußte, sondern der die andauernde Schießübung und Manövrierfähigkeit dieses Bergvolkes lange bei jung und alt beobachtet hat, kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Schweiz fähig sein würde, ihre Neutralität zu wahren oder ungeheuer schwer bezahlen zu lassen; sie hatte schon im Frieden den unzweideutigen Wunsch dazu bekundet, und man glaubte ihr.

Wer denkt nicht zum Vergleiche an Belgien, an dieses Land, dessen angebliche Neutralität ein Schweizer, Eduard Blocher, zum Gegenstande einer eingehenden Studie macht, um, ohne für Belgien oder Deutschland Partei zu ergreifen, den Unterschied vom Wesen schweizerischer und angeblicher belgischer Neutralität festzustellen.

Um die noch immer bei uns aufgetauchte Versöhnung- und Sympathiefaselei mit Franzosen und französisierenden Belgiern zu beschämen, sollte diese Broschüre in Hunderttausenden von Exemplaren bei uns Verbreitung finden. Sie stützt sich lediglich auf Material, das vor dem Kriege gesammelt ist, betont gegenüber der schweizerischen Vaterlandsliebe die Tatsache, daß die sogenannten Belgier wirkliche Vaterlandsliebe vor dem Kriege kaum kannten (!!); sie schließt hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Neutralität mit folgender zusammenfassender Frage:

Wie aber stand es damit an der Maas, in dem Lande, wo manche Bürger „stolz und glücklich wären, ihr Blut zu Frankreichs Verteidigung zu vergießen", wo höhere Amtspersonen erklären: „nous n'avons qu'une patrie, la Belgique et la France", wo die Schulkinder auf ihre Hefte zu schreiben haben: tout pour la France, wo ein staatlicher geheimer fonds spécial pour la Belgique dankbare Abnehmer findet, wo unter der hohen Gönnerschaft französischer Minister und Generale Amtspersonen und Behörden feindselige Beschlüsse über innere Zustände Deutschlands fassen, in dem Lande, das von Franzosen in öffentlicher Stellung gelegentlich als pays ami et allié bezeichnet wird, dessen Generalstabsoffiziere ein Militärabkom-

men für zulässig und nicht neutralitätwidrig erklären, dessen Bevölkerung dem französischen Heere Flugzeuge schenkt, in dem Lande, wo man auf einen Wink der französischen Regierung eine Wehrvorlage einbringt, wo man sich fortwährend Einmischungen von französischen Ministern und Diplomaten in innere Landesangelegenheiten wie etwas Selbstverständliches gefallen läßt?"

Ist nun aber der im Frieden schon durchgedrungene Wille zur Neutralität in der Schweiz wirklich so zuverlässig oder gar schlackenlos wie er dem Ideal entspricht? Ganz gewiß nicht. Die Schweizer müßten nicht Menschen, nicht dazu solche von verschiedener Blutmischung und Sprache sein; aber sie versuchen es allgemein, eine kalt zuschauende, völlig auf die eigene Unverletzlichkeit beschränkte Haltung als Musterneutralität anzustreben.

So ist es ihnen — wir denken dabei an Amerikas Auffassung von Neutralität — gelungen, die aktive Unterstützung der e i n e n Krieg führenden Staatengruppe von Anfang an zu verpönen. Die Lieferungen an beide kriegerische Gruppen halten sich unter dem Gewinne der Friedenszeit; von eigens erstehenden Munition- und Waffenfabriken wie in Amerika kann keine Rede sein. Die schwer zu dämmende ungeheure Kundschafter- und Spionen-Tätigkeit, die Ueberläufer und Drückeberger finden verschärfte Gesetze; die Ausdrücke von Hoffnungen und Befürchtungen für diese oder jene Seite sind nach Ablauf der auch dort elementar aufbrausenden ersten Wochen mehr und mehr in ruhige Formen gebannt worden. Leicht ist das nicht gewesen, und es wird noch manche schwere, anhaltende Arbeit kosten. Denn — täuschen wir uns darüber nicht — dasselbe Vergiftungwerk, die gleiche skrupellose Frechheit der Einmischung, die nämliche List witzelnder Verspottung und Herabsetzung alles Deutschen, die wir von Frankreich aus in Belgien, in Elsaß-Lothringen, in Polen, auf dem Balkan, am schamlosesten in Italien wider uns am Werke geduldet haben, dieselben Kräfte untergraben

seit Jahren einen Teil der Schweiz. Scharfe deutsche Wachsamkeit kann daher diejenigen schweizer Bestrebungen nur unterstützen, die dem französisierenden und englischen, die Neutralität absichtlich untergrabenden Einfluß, offen entgegenzuarbeiten wagen.

Und es war zu Anfang des Krieges, sonderlich in den Jahren v o r dem Kriege, in der Tat so weit, daß es für einen Schweizer ein Wagnis bedeutete, vor Frankreichs Verhetzung zu warnen, nun gar gerecht oder freudig Deutschland anzuerkennen.

Für Deutschland gilt es überall die reifen Wahrheiten in diesem Kriege zu pflücken. Eine dieser Früchte ist die schweizerische Neutralität, wie wir sie hier betrachten. Wenn darum etliche wähnen, diese schweizerische Neutralität sei zum großen Teile ein versteckter Wunsch aller Schweizer, allen Kriegführenden, also auch uns Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, sie sei wohl gar bei vielen Schweizern die Hoffnung auf unsern unzweideutigen allgemeinen Sieg, so irren sie in jeder Hinsicht und wirken schädlich.

Zum ersten Punkte sei zweierlei bemerkt: Heute noch werden von den französisierenden Schweizern — so sorgfältig sie jeden Zusammenstoß und jede deutliche Unhöflichkeit gegen Deutsche und Deutschschweizer im persönlichen Verkehr vermeiden — Schriften geschrieben, gedruckt und gelesen, die uns verleumden und kränken und befehden; heute noch hilft diesen (wohl nicht ohne englisches und französisches Geld) meistens zu Lausanne fabrizierten Beeinträchtigungen die deutsche, auch bei den Deutschschweizern eingebürgerte bequeme Untugend, die wir und sie Gutmütigkeit zu nennen belieben. Sie vernachlässigt aber im sentimentalen Streben, um Gotteswillen dem Feind oder Gegner eher zu viel als zu wenig Gerechtigkeit zu erweisen, den Schutz der eigenen Art und der eigenen Sache, sie wird also doppelt ungerecht, da ja dieser Schutz Pflicht wäre. Die schlimmste Verirrung in diesem Felde hat der alte Spitteler begangen. Er glaubte ein Beispiel solcher Uebergerechtigkeit

zur Aufmunterung allseitiger, vollendeter Neutralität zu geben, aber die welschen Schweizer fuhren in jeder Verunglimpfung der Deutschen fort, statt nun die Franzosen unter die Lupe zu nehmen, und fetteten überdies den verirrten Epiker rettunglos vor ihren Karren. Von irgendwelcher Gutmütigkeit, Duldsamkeit und Schonung — wenn wir das doch endlich begriffen — ist eben nirgends die Rede, wo Frankreich oder französisches Wesen die Hand im Spiele hat. Entgleisungen im Fremdenverkehr und Fremdenbehandlung finden — als Ausnahmen — nicht in der Deutschschweiz gegen Franzosen, sondern eben nur in der französischen Schweiz gegen Deutsche statt.

Erst kürzlich ist den Deutsch-Schweizern die Geduld, auf die die Franzosen und Französlinge frech lossündigten, so weit gerissen, daß sie durch Zensurverfügungen und durch Verweisung strittiger Fälle vor deutsch-schweizerische Berufungsgerichte Einhalt erwirkten. Aber die Sünder wissen nach wie vor, daß gerade die Deutschschweizer die Hauptvertreter des Schweizer Gedankens und der Neutralität sind. Die Welschschweizer dagegen spielen sich auf, als ob sie gerade so gut Franzosen sein würden. Die Deutschschweizer bringen, indem sie ihre stille Sympathie für Deutschland schweigen machen, ihrem Staate ein Opfer. Die anderen wissen, daß sie nach dem Kriege auch ohne Opfersinn für die Schweiz, auch wenn sie ihre Sympathie für Frankreich orgienhaft bewiesen haben, Amnestie, Vergessen und beispielmäßige Verbrüderung von „germanisch-romanisch" erwarten dürfen. — D e u t s c h e G u t m ü t i g k e i t!! —

Vom reichsdeutschen Standpunkte aus ist diese Sicherheit tief bedauerlich, denn es kann kein Zweifel sein, daß nicht nur für deutsche Anerkennung im allgemeinen, sondern für die zuverlässige Neutralität der Schweiz im besonderen ein energischeres, weniger Versöhnlichkeit versprechendes Draufankommenlassen nützlicher wäre. Wir werden abwarten, ob die wenigen Deutschschweizer, die diese Anschauung teilen, wenigstens nach dem Kriege die große Abrechnung durchführen wollen und können.

Denn was bedeutete die schweizerische viel gerühmte Mustervereinigung, wenn sie nur unter Nachgiebigkeit gegen stete Drohung der welschen Hitzköpfe möglich wäre? „So Ihr Deutschschweizer", hieß es, „eure deutschen Sympathien nicht bescheiden unterdrückt, während wir unsere französischen fanatisch und unduldsam ausbilden, so pfeifen wir Euch auf die schweizer Eidgenossenschaft und suchen unseren politischen Anschluß dort, wohin uns unsere Neigung und unsere Sprache treiben."

Mit dieser unverhohlenen Drohung, die frech und unwahr ist, da ja auch die Welschschweizer am liebsten Schweizer und nicht Franzosen sind, mit dieser Drohung wird ein öffentlicher und heimlicher Druck auf die übrige Schweiz im deutschfeindlichen Sinne ausgeübt. Und das geschieht geschickt und nicht ganz mit Unrecht. Statt der politischen und Rassenparole wird nämlich seit Jahr und Tag die wirtschaftliche gebraucht. „Deutschland bedroht uns wirtschaftlich. Deutsche Unternehmungen arbeiten selbst mit Einbußen so lange in der Schweiz, bis sie schweizerische Konkurrenz tot gemacht haben; Deutsche unterbieten in unerlaubter Art in der Schweiz die anständigen Angebote; Deutsche drücken durch Schund die Warengüte. Mit einem Worte: sie bedrohen uns wirtschaftlich aufs schwerste, ja haben viele von uns schon schwer geschädigt. Von Frankreich haben wir das nicht zu fürchten. Diese wirtschaftliche Schädigung wird um so größer werden, je stärker Deutschland politisch ist."

Welcher Deutsch-Schweizer sollte bei solchen Worten nicht auch an ihn bewegende Sorgen denken? Und in der Tat droht solch wirtschaftliche Schädigung, aber sie droht nicht nur ihnen, nicht nur anderen fremden Ländern, sondern auch uns Deutschen selbst. Von wem?!! Gewiß nur ganz ausnahmsweise von Deutschen, von entarteten Deutschen, von versklavten, von Deutschen, die des Lebensunterhaltes wegen tun, was sie nicht gerne tun, im allgemeinen aber von einem internationalen, geldgierigen Gesindel, das gerade so gut in der Schweiz, wie

in Frankreich, England, Amerika und überall seinen Sitz und seine Macht hat.

Anstatt daß die Deutschschweizer das geständen, und durch solche Erkenntnis und Abwehr sich und uns nützten, gehen sie guten Teils den Welschen in diese Falle. Und so können wir, ohne Furcht, Widerspruch zu erfahren, feststellen, daß kein Schweizer heute einen so überlegenen, gewaltigen Sieg Deutschlands wünscht, wie wir selbst ihn wünschen, und zur Sicherheit brauchen. Mit wahrem Schrecken ist das entschiedene Auftreten Bassermanns dort beobachtet worden, mit unzweideutigem Wohlwollen wird aber jede deutsche Kundgebung, die Deutschland nicht zu mächtig werden läßt, die wie Selbstbeschränkung, Verzicht usw. aussieht, begrüßt. Wir dürfen das nicht — wenn wir wirklich gerecht sein wollen — verübeln, dürfen von den wahrhaft Neutralen nicht verlangen, daß sie, ohne rechts und links zu sehen, reichsdeutscher seien, als viele Sentimentale, Weltbeglücker und Internationale unter uns; wir dürfen denen unsere Achtung nicht versagen, die opferbereit ihre Sympathie, und wär's auch die für uns, nur gemäßigt ausdrücken, weil sie ihr eigenes vaterländisches Interesse dadurch — vielleicht irrtümlich — zu fördern glauben. All das müssen wir gelten lassen und die stille Freundschaft, wie sie ja trotz der Unparteilichkeit so ziemlich aus allen deutschschweizer Zeitungen und Kinos für uns spricht, gern verstehen — aber eines dürfen wir nicht, wir dürfen diese letzten Endes wie gezeigt auf französische und französierende Freundschaft, Unduldsamkeit und Drohung zurückgehende Politik des Verzichtes und der Gutmütigkeit nicht billigen oder gar zu der unseren machen. Diejenigen in der Schweiz wegen ihrer hohen Moral gerühmten, deutschen Staatsmänner aber, die den Schweizern die gewünschte Sicherheit geben, daß Deutschland nicht zu stark werde, sollten ob solcher krassen Wirkung und Deutung ihrer Persönlichkeit erschrecken. Was würden Franzosen zu französischen Politikern sagen, wenn das Ausland sie deshalb rühmte,

weil sie durch ihre ganze Art und Rede die Gewähr böten, daß Frankreich nicht die ihm nötig scheinende Stärkung erhielte?! Diese Franzosen würden vermutlich von der Bildfläche verschwinden.

Wenn wir nun das Thema von der Schweiz und der Neutralität erledigen wollen, können wir gerade aus letzten Tagen den Beweis für den Satz finden: Deutschlands Sicherheit und Stärke hilft sowohl den Schweizern wie allen kleinen Staaten in Freiheit neutral zu bleiben. Als Parallele zeigt sich, daß ja nur Deutschlands Siege auch den Polen, Balten, Ukrainern die Möglichkeit in Aussicht stellen, in dieser oder jener Form von moskowitischer Unkultur befreit zu werden, daß sie den Flamen die Befreiung vom französischen Lügen- und Unterdrückungsystem schon gebracht haben und selbst denjenigen Belgiern, die ihr Vaterland nicht Belgien, sondern Frankreich nannten, die rechtmäßige Möglichkeit bieten, wirklich Franzosen zu werden, indem sie abwandern, mit Ersatz von Hab und Gut abgelöst und abgeschoben werden. Ich sagte: in letzten Tagen sei dies erwiesen worden. Richteten sich doch die andauernden Versuche Englands und auch Frankreichs dahin, gar keine Neutralität mehr anzuerkennen, und nicht nur das bereits vergewaltigte Griechenland, das betrogene Italien, das mißbrauchte Belgien, das geknebelte Schweden, das umbuhlte Rumänien, das bedrohte Holland, das erkaufte Portugal usw. usw. vor den Verzicht auf die Neutralität, sondern vor die Entscheidung lediglich zu Englands Gunsten zu stellen. Und damit nicht genug. Was ist unseren Feinden nicht alles in Amerika gelungen?! Munition und nun gar die silbernen Kugeln holten Frankreich-England sich dort. Selbst gegen die Schweiz hat England seine Handelsschikanen tyrannisch gerade jetzt in einer Weise geltend gemacht, die nicht mehr viel mit Anerkennung der Neutralität zu tun hat. Würde es ihm gelingen, die größte neutrale Macht, Amerika, zum Kriege zu bringen, so könnte es heuchlerisch ausrufen: Vor dem Gewicht solcher Tatsache muß sich selbst englische Weltbeglückung dahin bekehren, daß in diesem großen

Ringen überhaupt keine Neutralität bestehen kann, daß also jede aufzuhören hat. Dahin geht ersichtlich der Plan — siehe die zynische Behandlung Griechenlands. Und nur Deutschlands Macht und Ansehen stehen den ganz wenigen Staaten, die auf jeden Fall neutral bleiben wollen, ohne Lockung, ohne Drohung, hilfreich zur Seite.

Mögen also die Schweizer in Sympathie und Antipathie sich selbst, wie sie tun, ihrem Gemeinwesen zuliebe zügeln, mögen sie das Ihre leisten, um schußgewandt jeden Angriffslüsternen mit berechtigter Sorge zu erfüllen, mögen sie uns selbst mit dem Hinweis auf unerfreuliche Handelselemente wachsam gegen Schädiger deutschen Geschäftsgebarens machen, aber mögen sie auch zur Erkenntnis kommen, daß sie weder allein auf sich, noch auf England und seine französisch-italienischen Trabanten angewiesen Aussicht auf Erfolg hätten. Die Nur-Schweizer und sonderlich die Deutschschweizer sollten einsehen, daß die Anerkennung fremder Art und Staatsform, also auch der schweizerischen, den besten Fortbestand haben wird, wenn deutsches Wesen und deutsches Blut selbst vor deutscher Gutmütigkeit geschützt wird, wenn Deutschland den veränderten Verhältnissen entsprechend mächtiger und stärker aus diesem „deutschen" Kriege hervorgeht, als es vor dem Kriege gewesen ist.

Starnberg, 1915, September.

Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Fragen, die uns unbequem sind, pflegen wir mit der Bezeichnung „überflüssig", „voreilig" oder „unverschämt" abzuweisen.

Die Frage des Nationalstaates, die für unsere Feinde in diesem Kriege den Inhalt der ganzen äußeren Politik zu bilden scheint, ist für viele heute ein Schlagwort oder ein Dogma, dessen sie sich um so eifriger bedienen, je weniger sie sie durchzudenken für wünschenswert oder erlaubt halten.

Dies Schlagwort unserer Gegner, aber auch vieler Neutraler und einer großen Mehrheit in Deutschland und Oesterreich-Ungarn lautet: Nur ein Nationalstaat hat Daseinsberechtigung. Weniger häufig, aber im Notfalle ergänzt man: Der Nationalitätenstaat, die Vereinigung mehrerer stammesfremder Völker zu Schutz und Trutz und Staatsgemeinschaft hat in unserer Zeit keine Berechtigung mehr, er muß verschwinden.

Schon diese Ergänzung wird heute manchen stutzig machen; ist doch das Reich unseres Verbündeten, für das wir kämpfen, ein Nationalitätenstaat, bedeutet doch sein Verschwindenlassen das Ziel unserer Feinde. Mehr Grund, stutzig zu werden, erhalten wir aber, wenn wir hören, daß unsere Feinde das Nationalprinzip nicht nur durch die Aufteilung Oesterreich-Ungarns, sondern auch Deutschlands verwirklichen wollen. Ihnen gilt es, die Nationen der Bayern, Sachsen, Mecklenburger, Hannoveraner, Schwaben, Hessen, Polen, Dänen, Lothringer usw. wieder zu befreien und den bisher aus einem Teil

dieser Nationen gebildeten Nationalitätenstaat zum Verschwinden zu bringen, die unnatürliche Anschauung, als ob Deutschland ein Nationalstaat sei, zu zerstören.

Neben diese logische Folgerung aus dem Nationalprinzip von seiten der Feinde und auf unsere Kosten stellt man die Doktrin vom unverjährbaren Rechte staatlicher Zusammengehörigkeit aller irgendwo zerstreuten Glieder der Nation. Drum erhob Italien im scheinbar günstigsten Augenblick Ansprüche auf größere Gebiete seines und unseres Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn, und deutet halblaut an, daß es bei weiterer günstiger Gelegenheit seine sonstigen unverjährbaren Rechte aus der Nationalkanone auf Freund und Feind abfeuern werde. Das zielt auf die von Italienern durchsetzten Gebiete der angeblichen Schwesternation Frankreich und des Nationalitätenstaates der Schweiz. Aber auch auf Tunis und Malta, auf das slavische Dalmatien und Istrien, auf das deutsche Nordtirol bis zum Brenner richtet sich diese nationale Erbschaftpflicht; sie erhofft überdies die griechischen Inseln zu ersitzen und freut sich am sudanischen Erythräa und arabischen Libyen!

Italien handhabt also, ähnlich wie andere, das Nationalprinzip sehr geschickt, um seinen Staat nach allen Seiten bei Gelegenheit zu erweitern, und es hat im allgemeinen das Glück, daß alle, welche sowohl im Lande, als außerhalb der grün-weiß-roten Grenzpfähle die Frage der unverjährbaren nationalen Rechte nachprüfen wollen, von Fanatikern niedergebrüllt oder von Bürokraten als voreilig und unverschämt kaltgestellt werden.

Wir haben hiermit sogleich den Fingerzeig dafür, daß die Frage des Nationalstaates heute brennend geworden ist, weil sie nach Erschöpfung der dynastischen und religiösen Mittel heute eine brauchbare Möglichkeit gibt, unbequeme Nachbarn oder feindliche Staaten zu schädigen, wohl gar aufzuteilen und durch so entstehende Erweiterung des eigenen Landes nicht nur geschickten Wich-

tigtuern rein persönlich zu dienen, sondern auch dem Volke mit dem Gewinn aus unverjährbaren Rechten die jahrelang gehäuften Schulden erträglich zu machen.

Das Dogma vom allein seligmachenden Nationalstaat charakterisiert sich also auf den ersten Blick nicht nur als Wille, sondern auch als Mittel zur Macht; und es ist ein erprobtes Wundermittel, da es mit der Kraft des Glaubens den Beweis unnötig erscheinen läßt.

Nun erweist sich im Verlaufe dieses Krieges, daß durch das Prinzip des Nationalstaates gerade die kleinen und zwar die unsern Feinden voraussichtlich günstigen kleinen Nationen künstlich gestützt werden sollen. Ferner erweist der Krieg in den großen Staaten, in Deutschland, in England, in Rußland, auch in Italien anderseits die natürliche, vom Staate absehende landsmannschaftlich gebundene Eigenart und Sonderliebe kleinerer Teile. Damit kommen wir unbestritten auf verschiedenen Wegen zur beschränkten Möglichkeit, zur Kleinheit des nationalen Verbandes. Der Lokalpatriotismus, der lokale Gegensatz von Nord und Süd, von England und Irland, von Sizilien und Lombardei, Preußen und Bayern kann durch Ehrgeiz gerade so gut staaterhaltend wirken, indem einer es dem andern im gemeinsamen großen Staate an Liebe, Tapferkeit und Hingebung zuvortun will, wie staatmindernd, indem einer den andern ausnützen oder verdrängen, sich selbständig absondern möchte.

Auch auf diesem Wege zeigt sich also keine einwandfreie Möglichkeit, den modernen großen Staat, also den einzigen, der im strengen Sinne Staat ist, auf dem Nationalstaatprinzip aufzubauen.

Das sieht man so recht an der zweiten Ergänzung, die zu dem Dogma gemacht wird, daß nämlich alle von Nationalgenossen in beträchtlicher Anzahl früher oder jetzt bewohnten Länder zu dem Hauptlande der Nation hinzuzuschlagen seien. Somit würde jeder Auswanderer zum Pionier künftiger Eroberung in anderen Ländern, somit würde jeder Reisende

zum Spion. Und wirklich ist es im Zeitalter des Verkehrs zu der Merkwürdigkeit gekommen, daß selbst in den an Auswanderung und Fremdenverkehr stark beteiligten Ländern die Spionenriecherei und Ausländerhetze mit und ohne Kriegszustand grotesken Umfang angenommen hat. Aber das ist eine Krankheit.

Woran erkennt man nun die grundlegende Vorbedingung zum Nationalstaat, woran eine Nation und die ihr gebührenden und ihr verfallenen Glieder?

Die meisten werden antworten: An der Sprache. Die anderen am Blut, an der Geburt, wonach jeder, der z. B. in England geboren ist, Engländer ist; die dritten am Wohnsitz, die vierten am Geist, die fünften am eigenen Bekenntnis, am gleichbleibenden Willen zur völkischen Solidarität, die sechsten am Namen, der siebente wird, entrüstet über diesen Unsinn der Teilung, auf den Tisch schlagen und erklären: Die zusammenwohnende, nach Abstammung und Sprache sich selbst als zusammengehörig bezeichnende Volksgemeinschaft mit staatlicher Macht und historisch begründeter Einigkeit ist eine Nation. Aber der achte kann ihm einwerfen, daß damit, trotz aller Militär- und Konsulatregister, die in anderen Land- und Erdteilen versprengten Glieder abgeschnürt wären, daß die in die Nation eingeheirateten, eingezogenen, eingeschlichenen Glieder unterschiedlicher Völker wieder abzuschneiden wären. Dieser Zwischenrufer kann sich auf die Praxis in Rußland, England und Frankreich beziehen, wo jetzt die nationalisierten Deutschen und Oesterreicher entnationalisiert werden, also gar keine Nationalität haben. Parallel damit würde der restlose Antisemitismus und der chauvinistische Nationalismus als Wegweiser zur Nation und als elementarer Schutz gegen Gefährdung der Nation erscheinen. Dazu sei folgende Abschweifung gestattet: In der ganzen Welt mischen sich heute die Deutschen ein, sie reisen, handeln und siedeln überall. Dabei macht es aus doppeltem Grunde nichts in der Haßwirkung gegen uns aus, ob die Deutschen trop

allemand bleiben oder sich dem Gastvolke ganz anschließen, denn gerade die Renegaten — man hat das wieder in Belgien und im Elsaß erfahren — beweisen sich als unsere grimmigsten Feinde, ohne daß sie für ihre Person die germanische oder deutsche Ueberflutung wettmachen können. Schon vor Jahrzehnten las man in einem Pariser Brief über die Deutschen: nous en sommes empoissonnés jusqu'aux racines des cheveux. Der Vater der Briefschreiberin war ein in Frankreich naturalisierter Berner. Und so würde bei den Einwürfen gegen die Definition der Nation ein Zehnter recht haben, der darauf hinwiese, daß gerade die national noch kaum voll zu zählenden Elemente sich unter den chauvinistischen Vorkämpfern für die Eigenart und Gesamtrechte ererbten Bodens und ererbter Art hervortun und darum das ganze Prinzip schädigen. Machen wir das Dutzend voll und fragen gegenüber denen, die das Bekenntnis und die Anerkennung der Nationalität als Wesensmerkmale fordern: Wie viele Deutsche, Franzosen, Italiener, Iren halten wie viele Staatsgenossen bei wirklich genauer Prüfung auf Körper und Geist als echte Deutsche, Franzosen, Italiener, Iren, als Nationvertreter? Vermutlich wird jeweils eine große Zahl, wohl gar manch lauter Schreier als nicht vollnational, als halbnational, als antinational, als international abgewiesen werden. Was ist doch alles international: Die Kunst, die Wissenschaft, heute noch vielfach die Religion, die Börse in Anleihen, der Handel, die Herrscherfamilien, der Adel, die Diplomaten, die Sozialdemokraten (bis gestern), ja vielfach die Sprachen, die wir nicht nur kennen, sondern oft statt der Muttersprache einmütig gebrauchen und uns wohl gar damit brüsten. Bliebe also untrüglich nur der erwähnte Eintrag im Standesamt, Militär- oder Konsularregister? Und wäre das beim Nationalstaate ein anderes Erkennungzeichen als beim Nationalitätenstaate?!

Mit all diesen unbestreitbar berechtigten Einwürfen wäre die Frage nach der Nation ad absurdum geführt, wie sich

tausendfach in der Praxis gebührt, wenn wir nicht das hinzufügten, was die Vertreter vom alleinseligmachenden Dogma des Nationalstaates vergessen, das lautet: Die Nation — ein nach Sprache, Abstammung und Geist erkennbares, ideales und ideelles Volksganzes — braucht weder unbedingt die Bindung zu einem Staate, noch die in einem einzigen Staate, noch die Umfassung aller Glieder. Der Nationalstaat gar ist nicht für jede Entwicklungstufe dieser erkennbaren Menschengruppe die glücklichste, ja ist — gerade von streng völkischem Standpunkte aus — niemals eine einwandfreie bleibende Form, so lange Verkehr und Freizügigkeit — selbst wenn sie morgen aufhörten — ihre Folgen zeigen. Werden doch durch den Verkehr und die mit der Freizügigkeit von alters wandernde Liebe die Grundbedingungen untergraben: Die Seßhaftigkeit in beschränktem Raum, die Unzugänglichkeit und die stets gewahrte Rassenreinheit.

Auch Begriff und Bestand der Nation nimmt sich nicht vom allgemeinen Werden und Wechseln aus, nicht vom Teilen und Neubilden und Wiedersichvermehren. Wo Teile von Nationen zu Nationalstaaten werden, geschieht es nicht im hefenteigartigen Aufgehen der gleichgebliebenen Massen, im Aufplustern einer Völkerschaft und Nationalität (das widerspricht schon dem Gesetze der Inzucht), sondern aus dem Gemisch verschiedenartig verwandter, oft gar nicht verwandter Nationalitäten und Nationalitätchen. Dieses Neue strebt korallenartig zu fester Verbindung und Abschleifung, es kann, besten Falles, mit der Zeit einen Nationalstaat bilden; Kriege, Blutvergießen und Heeresdienst, langes Zusammenleben geben den Kitt, ebenso wie gleiche Erziehung, gleiche Vergnügungen, gleiche Wirtschaft und Religion. Unverträgliches wird ausgeschieden. So trägt jeder Nationalitätenstaat den Keim zum Nationalstaat in sich.

Im allgemeinen aber verliert, wie wir bereits an Beispielen dieses Krieges vermutet haben, die wirklich nationale Gemeinschaft um so mehr an restlos erfüllbarem Sprach-,

Geburt-, Geist- und Blutvereinigung je größer, je jünger, je künstlicher das Staatsgebäude ist, das ausgefüllt werden soll und muß.

Bejahung oder Verneinung der Ersprießlichkeit, der Freudigkeit und Brauchbarkeit entscheiden letzten Endes für Einzelne und für die Allgemeinheit. Gegenüber dieser Nützlichkeitspolitik bedürfen unsere Gegner und scheinbar auch viele unserer Führer heute als Würze einer Portion Ethik, und drum muß der Nationalstaat nicht nur der einzig berechtigte, sondern der gute, moralische gegenüber dem schlechten, unmoralischen Nationalitätenstaate sein.

Unbeeinflußt von dem großen Fragezeichen, das der Menschenfreund hinter jede Verbindung von zwei und mehr Menschen macht, hieße es also, um vom Wesen zum Werte des Nationalstaates oder Nationalitätenstaates zu kommen, ergründen, ob die menschlichen Gegensätze der Partei, Wirtschaft, Stände, Kultur, Religion und Vermögen in einem möglichst rein nationalen Staate glücklicheren Zustand und größere männliche Kriegsbereitschaft, moralisch feinere Züge gewährleisten, als die mit verschiedener Sprache und Abstammung belasteten Nationalitätenstaaten aufweisen. Richten wir unser Auge, Antwort suchend, einerseits auf Frankreich, Italien und Deutschland, andererseits auf die Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Großbritannien und Irland, auf die vereinigten Staaten von Amerika und trotz seiner gegenteiligen Ansprüche auf Rußland. Welcher Gruppe, welchem Prinzipe, neigt man nach Betrachtung ihrer Zustände zu? Sobald man den natürlichen Vorzug für sein Land ausschaltet, wird man verlegen lächeln, wenn nicht gar Erfahrungen, sowie historische und politische Kenntnisse die Unzulänglichkeit als überall Gemeinsames feststellen. Es geht augenscheinlich so und geht auch anders. Dies wäre das Ergebnis allgemeiner Betrachtungen. Von größerem Interesse und entschiedener Wichtigkeit wäre die Lehre aus den schon am Anfang herangezogenen, sich praktisch gegenüber stehenden Musterbeispielen Italien und Oesterreich-Ungarn.

Den meisten muß der sehr weit gereifte Zustand Italiens als Nationalstaat um so vorteilhafter erscheinen, als dort angeblich (ebenso wie in Frankreich) die einzige eine Sprache alle Glieder vereint. Wer aber weit im Lande herumgekommen ist, weiß, daß von vielen Sprachen diejenige Toskanas durch Dantes Vorgehen zwar als Bindemittel vorhanden ist, daß aber noch heute ein Sizialianer einen Romagnolen, Piemontesen oder Venezianer viel weniger versteht, als der Mecklenburger einen belgischen Flamen, als der Bürger von Marseille einen Bretagner Bauern, falls jeder redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Aehnliche Gegensätze finden wir unter dem Deckmantel der Sprache der comédie française in Frankreich, des Castilianischen in Spanien, geringere unter dem des Hochdeutschen bei uns.

Noch weniger als auf eine einzige Sprache kann Italien, und das ist das auffallendste, auf eine völkische Grundlage hinweisen.

Fast scheint es, als suche man im Begriffe Nation einen Ersatz; als bilde sich für die verlorene reine Rasse, eine Vorstufe, eine werdende neue Rasse. Freilich erledigt sich mit dieser Folge aus dem langlebigen Staate nicht die Voraussetzung und Forderung des Nationalstaates.

Auch die örtlichen klimatischen Bedingungen und kulturellen Anforderungen zeigen sich so unterschiedlich, daß selbst die zweite Generation eines künstlichen Einheitstaates wie Italien, weit entfernt von dem den meisten Deutschen heute angeborenen Einheitbewußtsein, noch immer den Willen zur Föderation nicht gefühlsklar mitbringt, sondern ihn sich mit dem überlauten Gerede und Geschrei der Nation und des Nationalstaates terroristisch aufzwängt.

Denn wenn es schon erstaunlich ist, daß dieses immer wieder gemischte, freilich im Norden auch immer wieder germanisch durchsetzte Volk mit amalgamierender Kraft stets wieder markante gleiche Züge sowohl körperlichen wie geistigen Typs, also Rasse, hervorgebracht hat, so be-

achte man doch aufs schärfste eines: diese typischen Italiener sind gerade deshalb Vertreter ihrer Halbinsel, weil sie die typischen Toskaner, Romagnolen, Römer, Neapolitaner oder Sizilianer, also eine lokal gebundene Sonderart, darstellen, und auch da wieder den scharf geschiedenen edlen oder unedleren Typus, der sich seit Jahrhunderten in dieser Landschaft wiederholt, lokal unterschiedlich hervorbringen.

Erst das durch den Einheitstaat ermöglichte Uebergreifen von Nord nach Süd und von Süd nach Nord droht die Rassenerhaltung und Eigenverwaltung der Stämme zu zersetzen. Der Krieg zerstört auch hier (in den Alpini-Regimentern) am gründlichsten das nordische weil kriegtüchtigste Element.

Man vergißt so leicht, daß nicht die törichten, sondern hervorragend kluge Leute wie Ricasoli bei der Bildung des neuen Italien gegen einen Einheitstaat für die Bundesstaatsform gewesen sind, daß noch heute, sobald man sich vor nationalen Chauvinisten sicher weiß, die staatliche Vereinigung von Nord- und Süditalien vielfach wie ein Unglück schlimmster Art beklagt wird.

Wie steht es nun mit dem Paradebeispiel fürs Gegenteil des Dogmas vom allein seligmachenden Nationalstaate, mit Oesterreich-Ungarn?

Diesem Staatswesen ist der Verfall vielfach von Gegnern und eigenen Untertanen als unvermeidlich nahe bevorstehend prophezeit worden.

Nun haben wir fünfzehn Monate Krieg, und Oesterreich-Ungarn ist noch nicht zerfallen. Der Staatsgedanke, die Fahne, das Heer, die Wirtschaft, die Dynastie, die Religion, die Kultur, Ehrgeiz und Stolz wirken eben genau so zusammenhaltend in Oesterreich-Ungarn wie in Italien.

Unbestreitbar ungünstiger sieht es aber mit dem Willen zur Solidarität aus und vor allem mit der Sprache. Ein Ersatz für die verbindende über alle Idiome an Reichtum und Verständigungsmöglichkeit ausgezeichnete, allen geläufige Sprache Dantes und in Amerika des ameri-

kanisch-englischen Idioms fehlt. Ist dieser Mangel nun mit dem Prinzip des Nationalitätenstaates unlöslich verknüpft oder kennzeichnet er sich etwa nur als Baufehler des österreichisch-ungarischen Gebildes?

Helfen wir uns vergleichsweise mit einem Hause, in diesem Falle mit einem von mehreren Teilhaber-Parteien bewohnten Hause. In ihm würden wir mit Wahrscheinlichkeit eine gemeinsame Haupttreppe vermuten dürfen und wir werden dieses erprobte Verbindungsmittel um so seltener fehlen sehen, je größer das Haus, je mehr Parteien in den Stockwerken wohnen.

Selbst in den kleineren mehrsprachigen Nationalitätenstaaten Schweiz und Belgien konnte man vor dem Kriege feststellen, daß die drei offiziellen Sprachen, nämlich deutsch — französisch — italienisch hier, deutsch — französisch — flämisch dort, von zweien oder gar von einer als Verbindungsprache außer Gebrauch gesetzt oder beeinträchtigt worden sind.

Der größte Nationalitätenstaat — nämlich Rußland —, in dessen Häuserblock 100 und mehr Nationen mit ebensoviel verschiedenen Sprachen wohnen, hat die Notwendigkeit solcher allgemein als Verbindungsmittel verständlichen Sprache, das Bedürfnis nach solcher Haupttreppe ganz richtig geahnt. Aber, beschwert durch die Ueberfülle und im Wahn, ein Nationalstaat sein zu müssen, sieht es das Heil in der Gewalt, glaubt es gut zu tun, alle Neben- und Hintertreppen, alle Nationalsprachen zu zerstören; es verwechselt listig die gewaltsame Russifizierung und unmögliche Entnationalisierung zugunsten der Moskowiter mit dem alleinseligmachenden Nationalstaate.

Auf den zweifellos erst auf dem Umwandlungwege zum Nationalstaate sich befindenden Nationalitätenstaat Amerika sei nochmals hingewiesen. Oesterreich-Ungarn wäre auch morgen noch ein Nationalitätenstaat, wenn neben den anerkannten Sprachen innerhalb der einzelnen Nationalitäten die allen ge-

läufige deutsche Weltsprache verlangt und wirklich erreicht würde. Daß derartige Erkenntnis auch bei unseren Verbündeten nichtdeutscher Nationalität wach ist, beweisen die in der Flugschrift Pálgis (bei Hirzel) wiedergegebene Erklärung des calvinischen Bischofs Dr. Desid. Baltazár: „Ich werde auch der Apostel dafür sein, daß ein jeder Ungar deutsch lernen soll. Von der Kenntnis der deutschen Sprache befürchte ich nicht das geringste für unsere nationale Individualität." Außer der einen Verbindungsprache fehlt aber, wie gesagt, Oesterreich-Ungarn noch etwas, was dem Nationalitätenstaat zur Last gelegt wird, anstatt bloß diesem Staate als einstweiliger Mangel nachgefühlt zu werden, nämlich der begeisterte Wille zum Bunde, der Ersatz für die unerfreulichen Momente, für die Opfer, die jeder Bund verlangt. Auch hier bringe ein Blick auf die Schweiz Klarheit. Dort schwebt über Teilen und Gruppen von Nationen und Rassen die Idee der gegenseitigen Verkettung auf allen Gebieten. Und wenn auch — wie der vorhergehende Aufsatz zeigen soll — dort keine unanfechtbare Einigkeit und Einheit erzielt ist, so zeigt sich doch die Feindschaft der Teilnationen geringer als die Freundschaft. Das Vertrauen in den Staat ist als Bindung vorhanden. Dasselbe könnte in Oesterreich-Ungarn sein, ja ist nach den durch den Krieg als unumgänglich gezeigten Reformen zu erwarten, und auch in einem möglichst verkleinerten oder doch in Teilgruppen zerlegten Rußland. Wird es doch in noch größerem Maßstabe — bei betonter Selbständigkeit der Teile — durch die internationalen Staatsverbände während des jetzigen Krieges angestrebt, ist es doch im großen gesehen die Voraussetzung neuen Lebens im Frieden und eines durch die Geschichte vermutlich kommenden wirtschaftlichen und militärischen Zusammenschlusses großer Staaten von ganz verschiedener Bevölkerung.

Hiermit könnten wir zum Schluß kommen, indem wir wiederholen, im vielförmigen Leben geht es so und geht es anders, es ist je nach dem Grade der Teilung oder Angliederung Platz

für den Nationalitätenstaat, der die Pflicht hat, mehreren Nationalitäten Macht zu geben, wie für den Nationalstaat, der eine vorhandene oder werdende Nationalität zur Geltung bringen will. Beide Formen sind weder nach Ursprung noch heutigem Aussehen als ungemischt und absolut gegensätzlich zu betrachten, sondern Verzweigungen eines Stammes, die sich immer wieder durchflechten.

Eines aber ist angesichts dieses Krieges noch zu erläutern: Die Stellung Deutschlands zum Nationalstaate. Halten wir uns gegenwärtig, daß die Feinde Deutschlands, daß ferner die bis zum Kriege internationale deutsche Sozialdemokratie heute mit der Forderung des allgemeinen und überall zur Geltung zu bringenden Nationalstaatsprinzips arbeiten. Und dann fragen wir, ob diese ganze Theoretisiererei für uns einen Zweck hat und nicht viel mehr als ein Hineintappen in eine der vielen uns von den Feinden gestellten Fallen zu vermeiden ist.

Ich für meine Person lehne überall, wo es nicht auf bequeme Rederei, sondern auf scharfe Gedankenarbeit ankommt, den prinzipiellen Gebrauch von Nation, Nationalstaat, nationalistisch und die Entscheidung für die Nation gegen den Staat ab; denn ich sehe gerade durch den Krieg die überwiegende Kraft des Staates von neuem bewiesen und vermute, wir Deutschen würden auch in diesen Fragen jedesmal klarer denken und sprechen, wenn wir das bequemere Fremdwort, also Nation, national usw. möglichst — und es ist in vielen Fällen möglich — vermieden. Deutsches Blut, deutsche Sitte, deutsche Sprache, deutsche Wirtschaft schützen und zu Ansehen zu bringen, Deutschlands Macht zu festigen, jeden Deutsch-Erwiesenen zu halten und zu heben, das zeigt uns der Krieg als unsere Aufgabe. Drum wird der, der alle guten Kräfte deutschen Wesens und deutscher Menschen zur Sammlung bringen will, vor allem die Macht des deutschen Reiches und Staates, wird die Gesundheit und Schönheit der deutsch Geborenen und deutsch

Gewillten heute und künftig fördern. Für die Vaterlandsliebe des Einzelnen genügt das frohe Bewußtsein, zu seinem bescheidenen Teile dem edlen Deutschtum keine Schande zu machen.

Bei solcher Willenrichtung kann es uns kalt lassen, ob wir uns dem „Nationalstaat" als dem *für uns passenden Ideal* augenblicklich genähert haben, oder ob wir uns wieder einmal den wechselnden Machtforderungen gemäß etwas von ihm entfernen müssen.

Die bewegliche Flut politisch-völkischen Lebens läßt sich nicht in steinernen Formen auffangen. Wir sollten diese Streitart begraben und uns bemühen, daß der deutsche Staat dem deutschen Volke, die Bevölkerung Deutschlands dem Deutschtume nützen und Ehre machen.

München, 1915, April.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 5 Mark 1.20

Die nationale Organisation Oesterreichs

von

E. V. Zenker
Mitglied des österr. Reichsrates

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 5 Mark 1.20

Die nationale Organisation Oesterreichs

von

E. V. Zenker
Mitglied des österr. Reichsrates

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 5

Die nationale Organisation Oesterreichs

von

E. V. Zenker
Mitglied d. österr. Reichsrates

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

I.

Für eine wissenschaftliche Genesis des Weltkrieges, für eine kritische Prüfung und Durchdringung der ursächlichen Zusammenhänge, aus denen dieses Fürchterlichste entstanden, ist jetzt und voraussichtlich noch lange nicht die Zeit. Der diplomatische Klatsch, der seit Ausbruch des Krieges die europäische Publizistik beherrscht, ist weder geeignet, noch dazu bestimmt, die wahren Ursachen des Weltkrieges aufzudecken. Rasende Leidenschaft raubt auch den Ruhigsten die Besinnung, und die erschütternde Gewalt der äußeren Geschehnisse lenkt die Gedanken von dem Wesen des Krieges ab. Man braucht nur die Schriften zu lesen, die während des Krieges auch von sehr namhaften Gelehrten der verschiedenen Völker verbrochen wurden, und man wird zugeben, daß die Zeit des Krieges selbst einer ernsten und klaren Erkenntnis seiner Ursachen wohl sehr unfreundlich ist.

Das ist im Grunde selbstverständlich. Und dennoch ist es eine Tatsache, mit der man sich nicht so einfach abfinden kann. Die Männer der Tat freilich, die jetzt das Wort haben, werden es für kein so großes Unglück ansehen, daß das Federvolk augenblicklich nicht im Rennen ist; sie werden finden, daß es jetzt den Blick nicht rückwärts, sondern vorwärts zu richten gilt. Aber — und das verstehen die Federmenschen wieder besser als die Schwertmenschen — das Vorwärts ist trotz des furchtbaren Schnittes, den der Krieg gemacht hat, nicht ganz loszureißen von dem Rückwärts, und die Zukunft ist immer positiv oder negativ von der Vergangenheit bestimmt. Nach dem Kriege kommt der Wiederaufbau, und das praktische Urteil,

das diesen Bau leiten soll, wird nur dann nicht irren, wenn es sich auf die unbefangene Erkenntnis der Ursachen stützt, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben. So wenig wir auch jetzt den Krieg ganz zu erkennen vermögen, so wissen wir doch Eines, daß seine Ursachen tiefer liegen, als in den niedrigen Ränken einzelner Personen, und daß selbst der Völkerhaß nur eine sekundäre Erscheinung ist, die nicht erklärt, sondern selbst erst zu erklären wäre. Die wahren Ursachen dieser Weltkatastrophe liegen gewiß nicht bloß in äußeren Gegensätzen, mögen diese auch noch so gewichtig sein, sondern ebenso sehr oder noch viel mehr in inneren Konflikten, die unsere europäische Kultur gleichzeitig mit ihren Segnungen großgezogen hat, in der ganzen Entwicklung, die unser staatliches, wirtschaftliches und selbst unser geistiges Leben im letzten Jahrhundert genommen hat. In diesem über Gut und Böse hinwegsehenden Sinn tragen alle Völker einen Teil der Weltenschuld, und alle werden bei dem Wiederaufbau nach dem Kriege das vermeiden müssen, wodurch sie — wollend oder nicht — an dem Ausbruch der Katastrophe mitgewirkt haben. Eine Art Gewissenserforschung — und das soll ja die Geschichte sein — ist also auch für die Zwecke der praktischen Politik nicht bloße Zeitvergeudung, sondern die denkbar würdigste Vorbereitung für die ungeheuren Aufgaben der neuen Zeit, der wir sehnend und hoffend entgegengehen.

Auch in Oesterreich-Ungarn wird man sehr gut tun, eine solche ernste Gewissenerforschung nicht von der Hand zu weisen, und den eigenen Schuldanteil an den katastrophalen Ereignissen möglichst genau abzuwägen. Ich will damit nicht etwa sagen, daß der österreichisch-serbische Konflikt und das Ultimatum vom 23. Juli 1914 die wirkliche Ursache des Weltkriegs gewesen sei. Gewiß liegen auch die Gründe dieses Konfliktes tief in der Struktur unseres Reiches gebettet, und selbst die diplomatischen Fehler, die begangen wurden, sind fast ebenso sehr Versager von Einrichtungen als Fehler von Personen. Aber es wäre ja ohne Zweifel auch ohne den serbischen Kon-

flikt zum allgemeinen Kriege gekommen, und wer die inneren Vorgänge des europäischen Theaters genau kennt, weiß auch, daß der Zusammenschluß der gegnerischen Mächte nicht etwa durch die sittliche Entrüstung über Aehrenthals und Berchtolds Politik bewirkt, sondern daß umgekehrt der österreichisch-serbische Knoten während der Annexionskriege 1908/09 und während der Balkankriege 1912/13 durch den damals schon kriegsentschlossenen Dreiverband geknüpft wurde. Es kann daher nur der Oberflächlichkeit beikommen zu sagen, Oesterreich habe durch die Note vom 23. Juli den Weltkrieg verursacht.

Wohl aber wäre die ganze Gestaltung unserer Balkanpolitik eine andere geworden, wenn die inneren Zustände in unserem Reiche nicht so wären, wie sie eben sind, und nicht nur Serbien würde nie einem so verhängnisvollen Größenwahn verfallen sein, auch die Großmächte würden etwas weniger frivol zu Werke gegangen sein, wenn man nicht ganz allgemein Oesterreich-Ungarn für einen durchaus kernfaulen Staat gehalten hätte, der sich bei einem ernsten Anprall von außen sofort in seine nationalen Elemente auflösen würde. Diese verhängnisvolle Annahme bildete eine der wichtigsten Positionen in der Berechnung unserer Gegner. Daß diese die Macht Deutschlands unterschätzt hätten, glaube ich nicht. Aber die innere Kraft und Festigkeit Oesterreichs haben sie unterschätzt und damit die Gesamtmacht des mittelstaatlichen Bündnisses. König Eduard von England glaubte vorerst, dieses ganz zerrüttete und bestandsunfähige Oesterreich wie einen kleinen indischen Radschputenstaat „retten" und auf diese Weise die Einkreisung Deutschlands auf unblutigem Wege bewirken zu können. Er mag wohl in tiefster Seele empört gewesen sein, als er in Ischl nicht das erhoffte dankbare Verständnis für sein gnädiges Entgegenkommen fand, und damals dürfte der Wunsch zum Vater des Gedankens geworden sein, daß man Oesterreich mit Hilfe der nationalen Frage einfach in die Luft sprengen könne. Diese Möglichkeit schloß nicht nur die Vereinzelung Deutschlands in sich, sie reizte auch die brutale Be-

gehrlichkeit aller Jener, die einen Fetzen des im Geiste schon auf der Anatomie befindlichen Staatskörpers einstecken zu können hofften. Dieses alte Reich war für die Entente nachgerade nur noch der provisorische Sammelplatz der Beute geworden, aus der die ganze buntgemischte Gesellschaft entschädigt werden sollte, die man zur Niederringung Deutschlands benötigte und heranziehen wollte.

So wurde die in Europa beliebte Auslegung der österreichischen Zustände eines der wichtigsten, wenn nicht überhaupt das wichtigste Vehikel des Kriegsgedankens. Und wir müssen leider bekennen, daß wir Oesterreicher allesamt an dem Zustandekommen einer solchen Meinung mitschuldig waren, die einen durch Begehungs-, die anderen durch Unterlassungssünden. Es war kein Wunder, daß Fern- wie Außenstehende für Zersetzung hielten, was in Wahrheit Werdenswehen waren, wenn in Oesterreich selbst mit dem „finis Austriae" ein frevelhaft leichtfertiges Spiel getrieben wurde. Daß es in Oesterreich nicht bloß eine Irredenta gab, sondern mehrere, fast so viele, als es Nationen gibt, das ist eine Tatsache, die zu verkennen oder abzuleugnen, ebenso verfehlt wie verhängnisvoll wäre; aber ebenso falsch war die Schlußfolgerung, die Oesterreichs Feinde aus dem Vorhandensein solch irredentistischer Strömungen gezogen haben. Der unversöhnte, ungelöste nationale Streit und die dadurch bedingte Schwäche des gesamten Staatslebens bildete für die Dreiverbandsstaaten die große Ermutigung, ohne die sie vielleicht nie wider uns das Schwert gezogen hätten. Sie hielten unser Reich nur noch für eine mechanische Einheit, die sich sofort auflösen würde, wenn sich der nationale Egoismus an den Flammen eines Weltkrieges vollends zur Siedehitze steigern würde. Darin haben sich nun die Ententepolitiker trotz des offenbaren Verrates einzelner österreichischer Politiker und kleinerer Gruppen, gründlich getäuscht. Die erwartete und angesagte Selbstvernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie ist nicht erfolgt, das gemeinstaatliche Empfinden hat sich dem nationalen Egoismus

überlegen erwiesen, und diese in den trübsten Stunden zu Anfang des Jahres 1915 sich bekundende Treue hat das damals schwankende Kriegsglück entschieden zu Gunsten der Mittelmächte gewendet.

Der Glaube an den Zerfall Oesterreichs war der größte Rechenfehler der Entente, der nur durch ein vollständiges Mißverstehen des österreichischen Problems zu erklären ist. Nun gibt es aber bei uns Leute und Kreise, die aus dem Kriege nichts gelernt haben und dem entgegengesetzten Irrtum verfallen scheinen, der Meinung nämlich, daß durch diesen Krieg nicht nur die Notwendigkeit des Donaureiches und die innere Berechtigung seines staatlichen Bestandes, sondern auch die Vortrefflichkeit aller seiner bisherigen Einrichtungen erwiesen wurde. Rund heraus gesagt, es gibt Leute und Parteien in Oesterreich, welche nach dem Kriege gemütlich dort fortfahren möchten, wo sie am 2. August 1914 aufhören mußten, bei dem alten staatsrechtlichen Chaos, bei den erkünstelten Konstruktionen, bei der nationalen Anarchie, kurzum bei dem alten grauen Elend, das uns diesen furchtbaren Krieg als eine wahre Erlösung erscheinen ließ. In ihren Augen hat sich der ganze staatliche Apparat glänzend bewährt und wird sich mit Hilfe des aus der Versenkung gehobenen Staatsbewußtseins auch in alle Ewigkeit bewähren. Ich muß ausdrücklich hinzusetzen, daß dies keineswegs die Ansicht des österreichischen Volkes, sondern nur die gewisser einflußreicher Kreise ist, die allerdings heute dank der Zensur allein zu Worte kommen. Das österreichische Volk, sagen wir die österreichischen Völker sind vielmehr von tiefster Sehnsucht nach einem neuen Leben erfüllt. Eben weil der vordem fast versunkene Staatsgedanke in ihnen heute mächtig erwacht ist, eben weil die Zweifel, die ja so viele erfaßt hatten, heute geschwunden sind, sehen die Oesterreicher auch eine europäische Aufgabe und eine heilige Pflicht vor sich: Die innerliche und moralische Begründung des Staates, der für Europa eine Unerläßlichkeit ist und die Ausgleichszone der nationalen Spannungen sein muß, die Einrichtung eines Staa-

tengebildes höherer Ordnung, das nicht auf Gewalt und nationaler Herrschaft, sondern auf dem freien Zusammenwirken verschieden und auch gegensätzlich gerichteter Interessen beruht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Entscheidung darüber, welche von beiden Richtungen Oberhand erhalten wird, ganz ohne Kampf herbeizuführen sein wird. Nur der Burgfriede schützt uns heute noch vor diesem Kampf, der nach dem Kriege kommen muß, der aber nur kurz sein und mit dem glänzenden Siege derjenigen enden muß, die das neue Oesterreich auch auf eine vollständig neue festere Grundlage stellen wollen.

II.

Das mangelnde Verständnis für das österreichische Staatsproblem kommt in sehr entgegengesetzten Anschauungen zum Ausdruck und zwar — wie ich hinzusetzen muß — bei Oesterreichern selbst nicht weniger als bei Ausländern, bei Freunden ebensogut wie bei Feinden. Die Einen sprechen dem Reiche als solchem die inneren Voraussetzungen der Staatlichkeit überhaupt ab und halten jeden Versuch, aus Oesterreich einen Staat zu machen für aussichtslos und verloren; die anderen unterschätzen die Schwierigkeiten der österreichischen Politik und legen der Unfähigkeit und Unwilligkeit der österreichischen Völker zur Last, was in Wirklichkeit Tücke des Objektes ist.

Die Ersteren sagen, das Habsburger Reich sei nicht eine organische, sondern bloß eine mechanische Einheit, durch rein dynastische Interessen gekittet und obendrein aus Teilen, die jeder natürlichen Affinität entbehren; ein solches Gebilde wäre im Mittelalter und allenfalls noch in der Zeit des persönlichen Regimentes, der monarchischen Allmacht möglich gewesen, im Zeitalter der Demokratie aber wider die Natur; der moderne Staat sei der geschlossene Nationalstaat, der naturgemäß seine „unerlösten" Volksteile aufzunehmen trachte und damit einen Nationalitätenstaat, wie es die österreichisch-ungarische Monarchie ist, verneine. Ich bin natürlich nicht in der Lage, hier das politische Geschichtsproblem Oesterreichs aufzurollen, muß mich vielmehr mit einigen Streiflichtern begnügen, um das Ungeschichtliche dieser Auffassung zu beleuchten.

Daß Oesterreich als Hausmacht, als ein dynastisches Gebilde entstanden ist, leugnet Niemand; aber von welchem älteren

Staate in Europa gilt nicht das Gleiche? Daß sich aber diese dynastische Zusammenfassung scheinbar disparater Elemente, wenn auch unbewußt als Mittel zur Erfüllung einer europäischen Notwendigkeit vollzogen, das zeigt ein ganz flüchtiger Blick über die Geschichte Europas in den letzten vier Jahrhunderten. Man hat diesen Krieg den „Weltkrieg" schlechthin genannt. Das ist nicht richtig. Jedes der letzten vier Jahrhunderte hatte seinen großen Krieg (das XVII. den dreißigjährigen, das XVIII. die Erbfolgekriege, das XIX. die napoleonischen Kriege), der die Gestalt Europas für eine Reihe von Jahrzehnten feststellte und an dem wie heute mehr oder weniger alle in Betracht kommenden europäischen Staaten beteiligt waren. Diese Kriege hatten die verschiedensten Anlässe und wiesen die verschiedensten Machtgruppierungen auf, aber sie hatten alle einen gemeinsamen Zug: immer waren es die Länder der habsburgischen Krone, um die sich das Spiel der eisernen Würfel drehte, immer sollte die Kompensation für die kämpfenden Mächte aus dem Leibe Oesterreichs geschnitten werden, weil man offenbar diesen für den Ort des geringsten Widerstands hielt, und immer ging dieses für unmöglich gehaltene Reich in seinem Grundstock unversehrt und innerlich neugekräftigt aus der Katastrophe hervor. Jeder Weltkrieg seit vierhundert Jahren hat die europäische Notwendigkeit Oesterreichs neu bewiesen, das ist eine geschichtliche Tatsache, die eindringlicher spricht, als jede Geschichtsphilosophie. Mag diese Notwendigkeit in welchem Gewande immer erschienen sein, mag sie welche Ideologie immer angenommen haben, mag sie meinetwegen auch rein negativer Natur gewesen sein — feststeht, das Eine, daß die Teilung Oesterreichs seit vierhundert Jahren sich immer als unmöglich erwiesen hat und daß es daher das dynastische Interesse allein nicht sein kann, was die Völker Oesterreichs auf eine staatliche Gemeinschaft verweist.

Das starke Argument, welches man in diesem Kriege gegen die Bestandesfähigkeit Oesterreichs ins Feld geführt hat, ist der Satz von der inneren Unmöglichkeit und Ungerechtigkeit

des Nationalitätenstaates, der notwendig zum Kerker für seine Völker werden müsse und damit nicht nur der nationalen Gerechtigkeit, sondern auch seiner staatlichen Aufgabe nicht nachkommen könne. Daß aber bei dieser Folgerung der Nationalismus vielleicht nur den ideologischen Vorwand für ganz andere, keineswegs modernstaatliche Wünsche abgegeben, zeigt der Umstand, daß unter der Fahne der nationalen Erlösung Frankreich das ganze linke Rheinufer, Italien einen großen Teil des urdeutschen Tirol und reinsüdslavisches Gebiet, Serbien den Besitz des bulgarischen Mazedoniens anstrebte, daß der Sieg der Entente die weitere nationale Bedrückung Polens durch Rußland und im erhofften Schlußerfolg die Vernichtung des deutschen Nationalstaates bedeutet hätte. Das Prinzip der nationalen Gerechtigkeit ist in diesem Kriege nur ein heuchlerischer Vorwand für nackte Machtinteressen.

Der reine geschlossene Nationalstaat ist eine Idee, die vielleicht verwirklicht werden kann und einmal verwirklicht werden wird, keinesfalls aber durch den Staat, wie er heute noch durchwegs besteht und voraussichtlich noch recht lange bestehen wird. Der Wesenskern des positiven Nationalismus ist die uneingeschränkte Autonomie eines Volkes; der Staat, wie er ist, kann als ein Weg zur Autonomie aufgefaßt werden, aber er selbst ist doch ein Herrschaftsgebilde und als solches immer auf die Gewalt als ultima ratio angewiesen. Das soll kein Vorwurf, sondern bloß die Feststellung einer ausnahmelosen soziologischen Tatsache sein. Der positive Nationalismus räumt die Autonomie, die er für sich beansprucht, eben so uneingeschränkt allen anderen Völkern ein. Er will nicht von Anderen beherrscht sein, aber auch nicht andere beherrschen. Der Staat, der seinem Wesen nach ein Militärstaat sein muß, kann diesen Standpunkt nicht teilen. Wenn man Europa auf rein nationaler Grundlage umbauen wollte, wie es unsere Feinde zum Scheine fordern, dann müßte man die staatlichen Grenzen den Sprachgrenzen folgen lassen. Nun nehme man einmal eine Sprachenkarte Europas her und versuche auf diese Weise die

neue staatliche Einteilung des Kontinents auf national gerechter Grundlage! Das ist einfach lächerlich. Der Staat, so wie er heute nun einmal ist, braucht Grenzen, die sich schützen und verteidigen lassen, die gewissen strategischen Anforderungen entsprechen, und nicht zuletzt auch den wirtschaftlichen Kreislauf nicht unterbinden. Auch der Freihandel ist ja vorläufig nur ein wirtschaftspolitisches Ideal; unter den gegebenen Verhältnissen gibt es für den Staat oft kein anderes Mittel, um sich ein gewisses Wirtschaftsgebiet oder einen Handelsweg zu sichern, als die staatsrechtliche Angliederung. Der Staat, der nach nationaler Einheit und Abrundung strebt, wird daher von allem Anfang an aus rein staatlichen Rücksichten gezwungen, entweder Teile des eigenen Volkes „unerlöst" zu lassen oder auch fremdnationale Elemente aufzunehmen, das heißt sein eigentliches Lebensprinzip von allem Anfang an zu verleugnen. Die friedliche Unlösbarkeit des Balkanproblems wurzelte in dieser Parodoxie. Kurz gesagt: Das Prinzip der nationalen Gerechtigkeit ist im „geschlossenen Nationalstaat" gar nicht zu verwirklichen und im europäischen Staatsleben auch tatsächlich nirgend verwirklicht. Und warum bloß in Europa? Sind denn die außereuropäischen Nationen nicht auch Nationen? Wie viel Nationen gibt es denn überhaupt, die in ihrer Gänze durch ein Staatengebilde von rein nationalem Charakter zusammengefaßt sind? Ist nicht fast ausnahmslos entweder die Nation auf verschiedene Staaten verteilt und sonach nicht geschlossen, oder der sogenannte Nationalstaat auch von fremdnationalem Element bewohnt, also kein wirklicher Nationalstaat?

Es könnte fast lächerlich erscheinen, die erst jüngst wieder von Bonar Law vertretene Forderung, die Welt müsse nach dem Nationalitätenprinzip neu geordnet werden, ernsthaft zu erwägen. Denn Bonar Law dürfte der letzte sein, der auch nur den Iren ihre staatliche Autonomie als Morgengabe des Weltfriedens schenken würde. Da es aber auch unter uns genug Leute gibt, die im Rahmen der heutigen Staats- und Ge-

sellschaftsorganisation die nationale Abgrenzung der Staaten für möglich halten, will ich die englische Forderung nicht etwa in ihren äußersten Folgerungen, sondern in jenem sehr eingeschränkten Sinne, den unsere Feinde selbst in sie legen ,einmal zum Ausgangspunkt einer Betrachtung machen. Was die Engländer und Russen unter der Neuordnung der Welt nach dem Nationalitätenprinzip verstehen, ist ja ganz klar: Die Aufteilung Oesterreichs und die Schaffung kleiner Nationalstaaten an dessen Stelle. Welches würde das Ergebnis sein?

Zunächst würden 12½ Millionen Deutsche an das Deutsche Reich fallen, was England gewiß nicht gerne sehen, aber angesichts des heiligen Nationalitätenprinzips kaum verhindern könnte. Rund 5½ Millionen Serbokroaten und 1—3 Millionen Slovenen, zusammen also fast 7 Millionen Südslaven würden mit den übrigen Serbokroaten einen südslavischen Kleinstaat bilden; die 3·2 Millionen Rumänen fielen an das Königreich Rumänien, das, falls auch Rußland Bessarabien beisteuerte, 11 Millionen Einwohner hätte. Wenn man alle Polen vereinigte, käme ein nationaler Staat von 19 Millionen Seelen zustande. Der magyarische Kleinstaat würde 10 und der tschechische mit den Slovaken 9 Millionen Einwohner haben. Wie sich das nationale Prinzip den Ruthenen gegenüber ohne Selbstverstümmelung Rußlands und ohne Unterdrückung der 4 Millionen österreichischer Ruthenen durchführen ließe, ist mir ganz schleierhaft. Rußland „beherbergt" nämlich nicht weniger als 25.5 Millionen von den 29.5 Millionen Ukrainern.

Was beweisen nun diese, aller Welt zugänglichen und doch so wenig beachteten Ziffern? Daß, wenn man Oesterreich-Ungarn aufteilen und mit dem Nationalitätenprinzip wirklich Ernst machen, d. h. nicht wieder einzelne Nationen unter fremdes Joch beugen wollte, Rußland allein zur Durchführung dieses Prinzipes rund 11 Millionen Polen, 25.5 Millionen Ukrainer und etwa eine halbe Million Rumänen, zusammen also 37 Millionen Menschen oder genau ein Viertel seiner bisherigen europäischen Bevölkerung beisteuern müßte, weil sonst das ge-

heiligte Nationalitätenprinzip zum Teufel ginge. Mit anderen Worten die von England gewünschte Aufteilung Oesterreichs würde den stärksten Machtzuwachs für Deutschland und für Rußland eine Einbuße bedeuten, die weit über die faktischen Verluste dieses Krieges hinausginge. Und was würde an Stelle Oesterreichs treten? Eine Gruppe von nationalen Kleinstaaten, die folgende Bevölkerungsziffern aufwiesen:

Ukraine	mit	29.5	Magyarien	mit	10
Polen	„	19	Tschechovien	„	9
Rumänien	„	11	Serbien	„	9

Millionen Einwohnern.

Dazu kämen dann noch unmittelbar an diese anschließend: ein kleines Bulgarien mit 4,5 Millionen, Griechenland mit 5 Millionen Seelen, und zuletzt — schrecklich zu denken — ein ganz unabhängiges Albanien.

Ob sich jemals ein englischer Staatsmann dieses Ergebnis vorgestellt hat, weiß ich natürlich nicht. Jedenfalls denken aber die Herren in London und wahrscheinlich auch in Petersburg so: je mehr Kleinstaaten und je ärger der nationale Haß derselben untereinander und gegen einander, desto sicherer können wir diese kleinen Staaten beherrschen und sie unter das britische beziehungsweise russische Imperium beugen. Das Nationalitätenprinzip wäre also in diesem Fall nur bestimmt einen Durchgangszustand zu etwas ganz Anderem zu bilden, was mit nationaler Unabhängigkeit nicht sehr zusammenhinge. Denn wie gerade England mit den Kleinstaaten umzuspringen beliebt, davon kann in diesem Kriege Belgien, Serbien und zuletzt Griechenland ein äußerst rührendes Lied singen. Eben darum könnte und müßte es nach der von unseren Feinden gewünschten Teilung Oesterreich-Ungarns auch anders kommen. Die neuen, dicht beieinander lebenden 9 Nationalstätchen müßten sich, um nicht einzeln von den Großstaaten erdrückt und verschluckt zu werden und nicht zuletzt auch um sich gegenseitig die wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen, nach Schweizer Muster zu

einer Eidgenossenschaft verbinden, die sich, wie ein Blick auf die ziffernmäßige Kraftverteilung der einzelnen ethnischen Gruppen zeigt, kaum zu einem bloßen Werkzeug der Ententepolitik hergeben würde. Dann aber hätten wir an Stelle des alten Donaureiches ein allerdings der deutschen Kulturführung beraubtes und nach dem Osten verschobenes neues — Oesterreich, einen neuen nationalgemischten Großstaat, mit rund 97 Millionen Einwohnern, der seine Lebensfähigkeit auch erst wieder durch eine entsprechende staatliche Integration nachweisen müßte.

Ich will gewiß nicht mit diesem Beispiel sagen, daß eine solche Neuordnung an und für sich absurd wäre. Aber absurd ist es doch, wenn gerade England und Rußland, diese beiden Staaten, die hunderte Millionen fremdnationaler Menschen beherrschen, zuerst im Falle Oesterreichs das Nationalitätenprinzip durchgeführt wissen wollen, und absurd ist es in jedem Falle, unter allgemeiner Aufrechterhaltung der europäischen Großstaaten überhaupt von einer Neuordnung der Welt nach dem Nationalitätenprinzip zu sprechen. Ein bloßer theoretischer Versuch, Oesterreich aufzuteilen, würde die Landkarte Europas in einer Weise verändern, die den Feinden Oesterreichs und Deutschlands am allerwenigsten genehm wäre. Und weit entfernt, Oesterreichs Ueberflüssigkeit, ja Unmöglichkeit zu beweisen, demonstriert ein solcher Versuch erst recht sonnenklar die Notwendigkeit der österreichisch-ungarischen Monarchie. Gerade im Lebensinteresse der kleinen, hier an der Schwelle des Ostens zusammengedrängten Nationen, ist ein starkes Oesterreich notwendig, ja unerläßlich. Die Geschichte der kleinen balkanischen Nationalstaaten liefert den empirischen Beweis für die Unerläßlichkeit von Nationalitätenstaaten. Vielleicht wäre die gegenwärtige Weltkrise nie zu solchem Umfang angewachsen, wenn die Voraussicht und eine gewisse Selbstsucht der europäischen Diplomatie an die von der türkischen Herrschaft geräumte Stelle von allem Anfang einen nationalgemischten Staatenbund

oder Bundesstaat, eine Ausgleichszone gesetzt hätte. Der nationale Größenwahnsinn der kleinen Balkanvölker, der von den Großstaaten in gewissenlosester Weise gezüchtet wurde, um dadurch selbst Hand auf diese Völker legen zu können, hat Europa in Flammen gesetzt, aber alles andere eher als den idealen Nationalstaat geschaffen.

Einen großen Teil der Schuld tragen daran die Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie, und damit kehren wir wieder zu unserem Ausgangspunkte zurück. Das Donaureich war der berufene Staat, das Erbe der Türkei allerdings auf einer höheren sozialen Stufe zu übernehmen; seine geschichtliche Entwicklung, seine geographische Lage und Beschaffenheit und vor allem sein natürlicher Aufbau als Nationalitätenstaat verwies es auf den Weg nach Osten. Die großen Herrscher und Staatsmänner Oesterreichs haben das auch zu allen Zeiten erkannt. Allein, um in einer demokratischen Zeit, wie es die Gegenwart ist, diese Aufgabe zu erfüllen, hätte es nach jedem Schritt ostwärts, zunächst die neuaufgenommenen Völker sich nicht bloß äußerlich, sondern auch innerlich organisch einverleiben, es hätte das nationale Problem in einem modernen demokratischen Sinn lösen müssen. Dieses versäumt, oder das Problem doch mindest aus einem ganz veralteten Gesichtspunkt angesehen und angefaßt zu haben, ist die Schuld der österreichischen Politik, eine Schuld, die ich nicht etwa auf einzelne Personen schieben will, die vielmehr uns alle trifft. Nicht darin lag die europäische Gefahr, daß Oesterreich ein Nationalitätenstaat war und ist, sondern einzig darin, daß es die Form des Nationalitätenstaates nicht gefunden und damit — statt auf die Balkanvölker wie ein Magnet zu wirken — innerhalb und außerhalb des Reiches Zweifel an dem Beruf, der Fähigkeit zur Erfüllung dieses Berufes und damit an der moralischen Berechtigung des Staates groß gezogen hat.

Das ist nun wohl vorüber. Die Notwendigkeit Oesterreichs ist heute wieder einmal erwiesen. Das Donaureich als Nationalitätenstaat gehört nicht der Vergangenheit, sondern

der Zukunft an. Ein außerordentlich schwieriges Stück Anbeit liegt vor uns, eine Arbeit, die nicht nach den überlieferten staatsrechtlichen Schablonen zu lösen ist. Aber auch eine große und stolze Aufgabe. Wenn dies heute Niemand noch in Oesterreich erfassen sollte, so begreifen es wir Deutsche, die wir mit dem freudigen Bekenntnis zu unserem alten, lieben Oesterreich das größte nationale Opfer bringen, dessen irgend eine Nation fähig war, zugleich aber auch vor den Jahrtausenden unser edles Volk von dem Vorwurf reinigen, daß der Deutsche ein Unterdrücker fremden Volkstums sei. Die Idee Oesterreichs ist unsere Idee, ist eine deutsche Idee, und sie bedeutet das Hinauswachsen des nationalen Gedankens über sich selbst zur Idee der nationalen Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens der Nationen untereinander.

III.

Ich habe gesagt, daß das österreichische Problem nicht nach einer bekannten und erprobten staatsrechtlichen Schablone zu lösen, sondern ein Problem eigener Art sei. Und deshalb irren Jene, die der Meinung sind, die ganze Schuld liege an unserer Unfähigkeit und Untüchtigkeit. In der Tat hat man es in Oesterreich mit allen Rezepten aus den bewährtesten politischen Apotheken versucht, immer mit dem gleichen Erfolg, das heißt mit dem gleichen Mißerfolg.

Die so gern angerufene Macht des Absolutismus hat jahrhundertelang Zeit gehabt, das österreichische Problem zu lösen und hat es nicht gelöst. Auch nicht aus purer Unfähigkeit. Unter den österreichischen Monarchen waren Charaktere wie Josef II. und unter den Staatsmännern Leute wie Kaunitz, die sich neben den Größten Europas sehen lassen konnten. Josef II. wollte einen mächtigen Einheitsstaat unter deutscher Hegemonie schaffen; an Willenskraft und Nüchternheit des Denkens hat es ihm gewiß nicht gefehlt; das Ergebnis seines Wirkens war — eine Tragödie. Ueber fünfzig Jahre hat man an seiner Staatsidee mit Zähigkeit festgehalten und beim Ausbruch der Revolution 1848 zeigte es sich daß trotz des jahrhundertelangen absolutistischen Druckes keines der nichtdeutschen Völker mit dem Zentralismus versöhnt worden war.

Die glühend begehrte Verfassungsmäßigkeit kam, aber sie mußte um den Preis einer Zweiteilung des Reiches erkauft werden. Aber auch diese doppelte Verfassungsmäßigkeit brachte die Lösung der österreichischen Grundfrage nicht. In Ungarn versuchten es die Magyaren mit dem Majoritätsprinzip

einfach über die Existenz der anderen Nationen hinwegzukommen; das Ende war, daß die Serbokroaten sich der Gegenrevolution anschlossen und daß die Ungarn, die ihre Freiheit mit Niemandem hatten teilen wollen, mit allen die Knechtschaft teilen mußten. Die Deutschen im österreichischen Reichstag waren nicht so unduldsam wie die Magyaren, sie versuchten kein parlamentarisches Oktroy zu ungunsten der Slaven, aber — es ging auch nicht; der konstituierende Reichstag verbrachte mit ungelenken Versuchen eines nationalen Ausgleiches die beste Zeit, und als er endlich im Kremsierer Entwurf eine Formel gefunden hatte, die auf die Zustimmung aller österreichischen Nationen zählen konnte, wurde er — aufgelöst.

Der Absolutismus trat wieder in Kraft und versuchte es abermals mit dem äußerlich germanisierenden Zentralismus bei gleichmäßiger Unterdrückung jeder nationalen Regung bei Deutschen, Magyaren, Italienern und Slaven. Man kann sich politisch zur Concordatspolitik stellen, wie man will, daß die Schmerling, Stadion, Schwarzenberg, Bach, Thun, Bruck nicht Dutzendbureaukraten ohne tiefere politische Einsicht waren, ist wohl anerkannt. Gleichwohl führten sie Oesterreich zu Solferino und Königgrätz.

Als man unter dem Eindruck dieser Katastrophen wieder zur Verfassungsmäßigkeit schritt, reckte sich das ungelöste nationale Problem aufs Neue unheimlich riesenhaft empor. Man versuchte es nun mit einem ganz neuen Rezept, mit dem Dualismus. Nachdem es dem zentralistischen Absolutismus und den „Bachhusaren" nicht gelungen war, Frieden zu schaffen, schob man die Last der Aufgabe auf die Schultern der beiden Hauptnationen, auf die Deutschen und Magyaren. Man teilte die Monarchie in zwei staatsrechtlich von einander unabhängige Teile und überließ es der führenden Nation in jedem Staate, auf verfassungsmäßigem Wege Ordnung zu machen, so gut es ging. In Ungarn, wo die 1848er Verfassung wieder hergestellt worden war, die in der magyarischen Hegemonie wurzelte, schritt man tatkräftig und rücksichtslos ans

Magyarisieren. Nur mit Kroatien konnte man nicht so rasch umspringen. Man mußte mit den Kroaten 1868 einen Sonderausgleich schließen, der diesen eine gewisse staatliche und nationale Autonomie auch im Rahmen des magyarischen Nationalstaates sichern sollte. Allein Ungarn hat diesen Vertrag von Anbeginn nicht gehalten und hat seine Magyarisierungsbestrebungen gerade in Kroatien mit rücksichtsloser Energie betrieben. Man kann also hier von sträflicher Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der kleinen Nationalitäten ganz gewiß nicht sprechen. Der schließliche Erfolg dieser „schneidigen" Politik war die südslavische Irredenta, dieser Funke, der das europäische Pulverfaß in die Luft gesprengt hat. In Oesterreich lagen die Dinge ganz anders. Die Deutschen, dachten von Anfang an nicht mehr an eine parlamentarische Neubelebung der zentralisierenden Politik im engeren Kreise, konnten daran, schon aus Rücksicht auf die Polen, mit denen sie die Majorität bildeten, auch gar nicht denken; sie hatten auch nicht wie die Magyaren eine auf ihre Hegemonie zugeschnittene „atavistische" Verfassung, zur Verfügung, sondern mußten auf Grund einer oktroyierten, den nationalen Verhältnissen gar nicht, dem Länderföderalismus aber nur allzu sehr Rechnung tragenden Verfassung arbeiten. Sie waren so weit von jeder offensiven Nationalpolitik gegen die anderen Völker entfernt, daß sie es nicht einmal wagten, für die österreichische Reichshälfte die deutsche Staatssprache festzulegen; sie gewährleisteten die Gleichberechtigung aller Nationen, ja für die Polen mit Rücksicht auf ihre geschichtliche Rolle sogar eine Ausnahmestellung. Trotz alledem bezogen die Tschechen von allem Anfang an Kampfespositionen, kamen nicht in den Reichsrat und ruhten nicht eher, bis sie die gesamten nichtdeutschen Völker gegen die deutschen „Bedrücker" mobilisiert hatten. Die zunehmende Demokratisierung kam den Nichtdeutschen immer mehr zustatten, die Deutschen verloren die Mehrheit im Reichsrate, sie wurden aus den Zentralstellen der Verwaltung hinausgedrängt, sie richteten ihre ganze Politik auf die Defen-

sive ein; aber das alles befriedigte die Slaven nicht. Während sie ein Zugeständnis nach dem anderen auf Kosten der Deutschen und des Staates einsteckten, während sie mit willfährigen Ministern (Taaffe, Badeni) über den Kopf der Deutschen hinwegregierten, jammerten sie zum Steinerweichen über die Unerträglichkeit des deutschen Joches und entfernten sich immer weiter von dem österreichischen Staatsgedanken. Ungezählte Male hat man sich an den Ausgleichstisch gesetzt, bald über Initiative der Regierung, bald aus eigenem Antrieb; man hat das Ausgleichsproblem — wenigstens über den umstrittensten Punkt, Böhmen — auch wirklich theoretisch so weit gefördert, daß es nur eines Stückchens guten Willens bedurft hätte, um den Frieden im Hause Oesterreich zu stiften. Der Ausgleich scheiterte aber jedesmal knapp vor dem Hafen an der nationalen Demagogie. Es gab zu allen Zeiten in beiden Lagern genug Leute, welche die Einsicht besaßen, wie der nationale Streit beizulegen; aber es gab nie unter diesen Politikern einen Horatius Cocles, der für den Frieden Oesterreichs den Sprung von der sublizischen Brücke gewagt hätte. Die Ausgleichsvermittler fürchteten die nochnationaleren, die nochdeutscheren und nochtschechischeren Parteien, die hinter ihnen lauerten, um den Friedensschluß als nationalen Verrat hinzustellen. Und so hatten diejenigen, die zu sagen wußten, wie man sich einigen könnte, nie den Mut, durch ein Opfer des eigenen Mandates die Einigung auch zu vollziehen. Und nach jedem gescheiterten Ausgleich brach der Kampf mit gesteigerter Wut wieder hervor. So sank denn das Verfassungsleben in Oesterreich und im ganzen Reiche unter dem nationalen Hader von Stufe zu Stufe. Zuletzt waren fast alle österreichischen Landtage, wie auch der bosnische obstruiert, die böhmische, die steirische, die kroatische Landesautonomie ausgeschaltet, der österreichische Reichsrat gleichfalls obstruiert und vertagt, und der ungarische Reichstag war nur durch einen parlamentarischen Staatsstreich vor dem gleichen Schicksal bewahrt worden. Der Parlamentarismus hat die Grundlage unseres Reiches, seine

nationale Organisation nicht zu lösen vermocht, wohl aber hat der toll gewordene Nationalismus das Verfassungsleben erschlagen.

Ich habe diese flüchtige Skizze nur gezeichnet, um Jene zu widerlegen, die da meinen, uns Oesterreichern fehle es am guten Willen oder am hinreichenden Verstand, Ordnung im eigenen Hause zu machen. Insbesondere können aus dem Gesagten Jene sich eine Lehre nehmen, die das nationale Problem gern mit „Schneid" und nach Alexanderart gelöst sehen möchten. Es hat von Josef II. bis Tisza nicht an sehr bedeutenden und willensstarken Personen gefehlt, die des Uebels Wurzel mit starker Hand ausrotten wollten. Was sie erreicht haben, das haben wir jetzt gesehen. Der Versuch Badenis, eine nationale Entscheidung über den Kopf der Deutschen hinweg zu fällen, hat zu einem regelrechten Aufstand in Wien geführt. Seither hat es in Oesterreich als unanfechtbarer Grundsatz gegolten, daß in nationalen Dingen jede Majorisierung ausgeschlossen sei, und sehr angesehene Staatsrechtslehrer Deutschlands haben die Richtigkeit dieses Grundsatzes unbedingt zugegeben. In der Tat hat noch jeder Versuch, den Gegner in nationalen Fragen zu überstimmen, unfehlbar die Obstruktion ausgelöst. Und wer mit der Psychologie des nationalen Kampfes vertraut ist, wird dies auch ganz begreiflich finden. Eine Minderheit kann ein Steuergesetz, eine Rechtsreform oder dergleichen, auch wenn diese Vorlagen nicht nach ihrem Geschmack sind, passiv zulassen, indem sie sich mit der Abstimmung begnügt und die volle Verantwortung der Majorität überläßt; oft genug würde die Opposition sogar um keinen Preis die Gesetzwerdung einer Vorlage ernstlich gefährden wollen. Wenn es sich aber um Sein oder Nichtsein handelt, — und in nationalen Dingen werden nun einmal alle, auch die kleinsten Form- und Kanapeefragen zu schweren Prinzip- und Lebensfragen — dann nützt alle nachherige Rechtsverwahrung nichts, dann wird man die Gesetzwerdung eben mit allen Mitteln zu verhindern suchen und nötigenfalls auch

zu den Mitteln der gewalttätigen Obstruktion greifen. Ein konservatives Mitglied des österreichischen Herrenhauses hat einmal die Obstruktion das ungeschriebene Minoritätengesetz genannt. Und es liegt etwas Wahres darin. Man kann die Sache besehen, wie man will, zum Schlusse ist der Grundsatz, daß man nationale Fragen nicht per majora entscheiden könne, wirklich der einzige praktische Fortschritt, den die Entwicklung des nationalen Rechtes in Oesterreich während der Verfassungsaera gemacht hat. Es wäre ein großer, in seinen Folgen unabsehbarer Fehler, wenn man die Giltigkeit dieser Erfahrung nach dem Kriege nicht mehr anerkennen würde.

IV.

Was die Lösung der nationalen Frage in Oesterreich aber gar so schwierig macht, ja was sie eigentlich erst so recht zu einer Lebensfrage des Staates macht, ist der Umstand, daß diese nationale Frage keineswegs eine bloße Sprachenfrage, sondern vor Allem auch eine staatsrechtliche Frage ist, hinter der sich allerlei berechtigte und unberechtigte Wirtschafts- und Sozialfragen verbergen. Die Regelung des Sprachenrechtes in der Schweiz ist vorwiegend deshalb so friedlich und leicht erfolgt, weil der staatsrechtliche Aufbau der Schweiz außerordentlich klar und einfach ist. Eine Anzahl kleiner Republiken hat sich hier nach und nach um einen festen Grundstock, die Urkantone zu einer „Eidgenossenschaft" vereinigt, die, wie schon der Name sagt, ursprünglich mehr völkerrechtlicher als staatsrechtlicher Natur war und erst später, erst in sehr junger Zeit zu moderner Staatlichkeit erwachsen ist. Immer noch bildet aber die weitestgehende Autonomie der Kantone das eigentliche Fundament des Schweizer Staatsrechtes und der Bewußtseinsinhalt des berühmten Schweizer Patriotismus ist der eines freien Bündnisses. Die Kantone sind aber bis auf vier national ungemischt, so daß sich die Schwierigkeit des nationalen Ausgleiches auf die Ordnung in vier Kantonen beschränkte.

In Oesterreich liegen die Dinge ganz anders und viel schwieriger. Dieses Reich ist auf herrschaftlichem Wege durch die Vereinigung mehrerer selbständiger staatlicher Gruppen entstanden, der alten Erblande mit vorwiegend aber keineswegs reindeutscher Bevölkerung, der Länder der böhmischen Krone mit vorwiegend tschechoslavischer Bevölkerung aber mit einer

kulturtragenden deutschen Minderheit und der Länder der ungarischen Krone, in welchen die Magyaren das herrschende Volk waren, die aber selbst wieder keine restlos verschmolzene Staatseinheit bildeten; insbesondere waren Kroatien und Slavonien, obwohl der ungarischen Krone angeschlossen, doch immer regna paria sed non subjecta; außerdem hat Ungarn zahlreiche geschlossen lebende Rumänen, Deutsche, Ruthenen und Slovaken, so daß die herrschende Nation selbst heute nur etwa 45% der Gesamtbevölkerung bildet. Zu diesen drei beziehungsweise vier staatsrechtlichen Gruppen traten dann später die Polen, die das Gefühl ihrer eigenen nationalen Staatlichkeit nie vergessen hatten, und endlich das serbokroatische Bosnien, das sich national mit den übrigen Südslaven mehr oder weniger solidarisch fühlte. Diese Gruppen sind nun entweder durch dynastische Verträge oder durch das Schwert mit einander vereinigt worden, und die Herrscher aus dem Hause Habsburg haben es zu allen Zeiten versucht, aus diesen sehr verschiedenen Teilen einen Einheitsstaat zu schaffen. Diese Vereinheitlichung ist aber nie bis zu einer restlosen staatlichen Verschmelzung gediehen. Die Tschechen haben ihr böhmisches Staatsrecht, das in der Schlacht am Weißen Berge verwirkt worden war, doch nie vergessen, die Ungarn ihre durch zahlreiche Krönungseide verbürgte Eigenstaatlichkeit jederzeit, wenn es galt auch mit den Waffen verteidigt, die Kroaten auf das regna paria sed non subjecta zu allen Zeiten gepocht. Der kräftige Zentralismus, der von Ferdinand II. bis zum Jahre 1848 und über dieses hinaus bis 1867 herrschte, hat an diesen Ansprüchen nichts zu ändern vermocht, und nach dem Kriege von 1866 mußte sich die Krone dazu verstehen, die staatsrechtliche Selbständigkeit Ungarns anzuerkennen.

Dieser Schritt war wohl das wichtigste Ereignis der neuen Geschichte unseres Reiches, eine wahre Schicksalswende, denn er hat jede weitere staatsrechtliche und nationalpolitische Entwickelung des Gesamtreiches in ganz bestimmte Bahnen gelenkt. Der alte Zentralismus, der in Josef II. seinen größten

und wissendsten Vertreter gefunden hatte, war damit ein für allemale erledigt, aber auch die Idee aller Jener von Palacky bis Aurel Popovici, welche das Reich in nationale Kantone nach Art der Schweiz zerlegen wollten. Ueber die selbständige Staatlichkeit Ungarns könnte man nur durch mehrere gewonnene Feldschlachten hinwegkommen, und auf das wird es kaum Jemand ankommen lassen, dem es um das Donaureich nur einigermaßen ernst ist. Durch den Dualismus waren die meisten Nationen ein für allemal auseinander gerissen: die Slovaken, die Ruthenen, die Rumänen, die Deutschen und die Südslawen. Durch den Dualismus war auch in den staatsrechtlichen Aufbau der Monarchie eine gewisse Künstelei gekommen: die nächste Wirkung des Ausgleiches von 1867, war der des Jahres 1868 zwischen Ungarn und Kroatien, der letzterem wieder im Rahmen des magyarischen Nationalstaates eine gewisse nationalstaatliche Autonomie sichern sollte. Nun gehörte zu dem ehemaligen dreieinigen Königreiche neben Kroatien und Slavonien auch Dalmatien, das staatsrechtlich auch im 1868er Ausgleich als zu Ungarn gehörig anerkannt wurde, in Wirklichkeit aber im Verbande der österreichischen Länder blieb, ein Zustand, der auf der Welt ziemlich vereinzelt dastehen dürfte. Natürlich hat der Erfolg der Magyaren und Kroaten auch die Tschechen nicht ruhen lassen, und sie kramten daher auch ihr verwirktes böhmisches Staatsrecht aus; den Polen haben die Deutschen aus den schon erwähnten Gründen eine staatsrechtliche Sonderstellung eingeräumt, die sich praktisch in einer fast vollständigen Unabhängigkeit des galizischen Statthalters von der Zentralregierung ausdrückte. Auch unter den deutschen Ländern regte sich der alte Länderföderalismus, besonders in Tirol und Steiermark. Ganz voll wurde das staatsrechtliche Chaos aber erst, als Bosnien und die Herzegowina okkupiert und später annektiert wurde. Da keiner der beiden Reichshälften ein Verlangen danach zeigte, einige neue Millionen von Slaven sich einzuverleiben, aber auch keiner dem anderen einen solchen Machtzuwachs gönnen konnte, wurde

unbekümmert um das dualistische Prinzip ein dritter Staat im Reiche geschaffen, der in gewisser Hinsicht tatsächlich souveräne Rechte genoß, andererseits aber wieder auf Schritt und Tritt von der Zustimmung beider Staatsregierungen abhängig also autonom und doch wieder an Händen und Füßen gebunden war. Die schlimmste Folge dieser gequälten staatsrechtlichen Konstruktion war aber, daß nunmehr die Serbokroaten in drei Teile zerrissen und auf drei staatsrechtliche Sphären verteilt waren.

Das Schlußergebnis des staatsrechtlichen Aufbaues vor dem Krieg war also: Zwei Staaten, Oesterreich und Ungarn, die wohl gemeinsame Angelegenheiten (Heer und Auswärtige Vertretung), aber keine gemeinsame Vertretung (die Delegationen sind dies nicht), keine gemeinsame Gesetze und de lege auch keine gemeinsame Wirtschaft, kein Zollbündnis, sondern nur einen Handelsvertrag allerdings ohne Zwischenzollschranken hatten. In Ungarn neben dem ungarischen ein kroatisches Staatsrecht, in Oesterreich Sonderstellung Galiziens und daneben die staatsrechtlichen Aspirationen der Tschechen. Zwischen beiden Staaten stehend einerseits Dalmatien, das rechtlich zu Ungarn, praktisch zu Oesterreich gehört und andererseits Bosnien, das autonom und zugleich von drei Regierungen von der österreichischen, von der ungarischen und von dem gemeinsamen Finanzminister abhängig war, welche drei Faktoren eigentlich voneinander ganz unabhängig sind. Man sieht wie erkünstelt diese staatsrechtliche Konstruktion war.

Und dennoch hätte all das nicht zu so großen Schwierigkeiten geführt, wenn jede einzelne dieser staatsrechtlichen Gruppen national einheitlich und geschlossen wäre. Dann wäre ja die nationale Autonomie sehr leicht im Rahmen der Länderautonomie durchzuführen und die Umgestaltung des Reiches zu einem national gegliederten Staatentum möglich gewesen. In Wirklichkeit liegt aber die Sache so, daß in jeder einzelnen staatsrechtlichen Gruppe sich die nationale Vielgestaltigkeit des Reiches wiederholt, und das nationale Problem aufs Neue auftaucht.

Der Dualismus hat nicht etwa den nationalen Kampf eingeschränkt, sondern verschärft; ebenso hat die Sonderstellung Galiziens und die Omnipotenz des galizischen Staathalters nur bewirkt, daß die Ruthenen und Polen umso ingrimmiger aneinander gerieten; daß die Tschechen das böhmische Staatsrecht nur deshalb begehren, weil sie dann in der staatsrechtlichen Isolierung die deutsche Minderheit einfach nach berühmten Mustern entrechten könnten, ist sonnenklar. Andererseits verlangt die Gerechtigkeit auch die Feststellung, daß der Länderföderalismus der Tiroler und Steirer hauptsächlich in dem Wunsche der Deutschen begründet ist, den italienischen beziehungsweise slovenischen Minderheiten im Lande ebenso den Herrn zu zeigen, wie es die Slovenen in Krain oder die Tschechen in Böhmen der deutschen Minderheit gegenüber tun.

An den staatsrechtlichen Ansprüchen hängen aber auch noch andere als rein nationale Interessen. Im Rahmen der Staatsrechtlerei vermochten sich die alten feudalen und landständischen Privilegien und andere Klassenrechte, welche der Hauch des modernen Staatslebens längst verscheucht hätte, noch zu erhalten und eine späte Nachblüte zu erleben. Der privilegierte Adel braucht nur die vom nationalen Größenwahnsinn geblähten Segel des Staatsrechtes zu hissen, und er darf der zartesten Schonung auch seiner Privilegien sicher sein. Es ist gewiß kein bloßer Zufall, daß gerade Böhmen, das Land der höchsten Kultur und der fortgeschrittensten Bevölkerung im Reiche, die rückschrittlichste Landesverfassung, ein fossiles Wahlrecht und eine unerhört willkürliche Verwaltung besaß. Man hat nicht mit Unrecht den böhmischen Hochadel die dritte Nation im Lande genannt. Er hat sich den Tschechen durch seine warme Befürwortung des böhmischen Staatsrechtes, unter dem er wörtlich die alte Ständeordnung verstand, unentbehrlich gemacht und war der einzige Nutznießer des fruchtlosen nationalen Kampfes. Eine Aenderung der veralteten Landesordnung in demokratischem Sinn können aber die Deutschen insolange ihr nationales Recht nicht gesichert ist, nicht zuge-

ben, weil sie dann noch mehr ein Raub der brutalen Ziffer würden. So blieb denn das veraltete Wahlrecht zum Nutzen einer einzelnen Klasse solange bis die Landesverfassung überhaupt gestürzt und auf den Trümmern der deutschen und der tschechischen Volksrechte eine bureaukratische Landesverwaltungskommission errichtet wurde. Ebenso hat der nationale Streit in Galizien fast alle mittelalterlichen Vorrechte der Schlachta bis in die unmittelbare Gegenwart erhalten, und mehr noch hat der nationale Hochadel und die magyarische Gentry in Ungarn den unglaublichsten Klassenvorteil aus ihrer chauvinistischen Betonung des nationalen Staatsrechtes gezogen.

Nichtösterreicher mögen nun sehr schwer oder gar nicht die ungeheure Bedeutung verstehen, die man in Oesterrich und Ungarn dem historischen Staatsrecht beilegt. Es mag sie wie eine Don-Quixotterie anmuten, die so gar nicht zu dem ansonst gewiß sehr fortschrittlichen Geiste der österreichischen Völker paßt. Hinter diesen staatsrechtlichen Schnurren verbergen sich aber die nationalen Kampfinteressen der Völker und mächtige Klasseninteressen sozialer Schichten, die nur am Herde der nationalen Leidenschaften sich vor der unvermeidlichen Erstarrung zu retten vermögen. So wucherte denn das historische Staatsrecht immer üppiger und erstickte immer mehr den Sinn und das Bewußtsein für das Recht des modernen Staates; unter dem dichten staatsrechtlichen Unkraut mußte das wirkliche Staatsrecht verdorren. Diese Interferenz der nationalen und der staatsrechtlichen Frage in Oesterreich ist es erst, was das Problem so schwierig macht und einen Vergleich mit der Schweiz ganz ausschließt.

Wie sich diese Schwierigkeit in praxi zeigt, das sehen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Bei uns werten die höchsten Rechte am geringsten und die kleinsten am schwersten. Die „Amtssprache" des Nachtwächters von Leitomischl kann zu einem höchsten Gut werden, um dessen willen Deutsche und Tschechen ruhig das Parlament zerbrechen und die Verfassung stürzen sehen. Um die Rechte irgend eines

Landtages zu wahren, hat man zu ungezähltenmalen die Rechte des Reichsrates ausgeliefert. Ein Verfassungsbruch regt Niemanden mehr auf. aber wenn in einem Amte ein paar deutsche oder tschechische Beamte mehr oder weniger ernannt wurden, als sich die eine oder andere Nation ausgerechnet hatte, so ist dies hinreichender Grund, die betreffende Regierung zu stürzen. Ueberhaupt ist die nationale Frage immer mehr zu einer Beamtenfrage geworden. Es hat sich der wahnwitzige Grundsatz herausgebildet, daß jede Nation, um in den Vollgenuß der „Gleichberechtigung" zu gelangen, soviele Staatsbeamte in allen, auch in den Zentralstellen haben müsse, als im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl auf sie entfallen. Gesetzlich ließ sich das natürlich nicht machen; so wurde denn diese sonderbare Gleichberechtigung via facti — wie man bei uns sagt — durchgeführt, d. h. wenn ein tschechischer oder polnischer Ressortminister im Amte war, sah er seine einzige Aufgabe zunächst darin, sein Ministerium möglichst mit tschechischen beziehungsweise polnischen Beamten anzufüllen (siehe den Fall Kaizl). In den Provinzen wurden die Beamtenstellen ausschließlich nach nationalen Gesichtspunkten besetzt. Die Frage der Qualifikation trat vollständig in den Hintergrund, der nationale Gesichtspunkt war der einzig entscheidende. Wie weit das ging, beweist das Vorgehen bei der Verstaatlichung der großen Privatbahnen (Nordbahn, Staatseisenbahn-Gesellschaft); da waren die großen nationalen Parteien des Hauses für die Verstaatlichung nur unter der Bedingung zu gewinnen, daß einer jeden Nation sozusagen eine gehörige Ration von Beamten zugesichert wurde. Daß die große Mehrzahl dieser Beamten gar nicht oder nur sehr mangelhaft Deutsch verstanden und daß selbst in den Zentralstellen Hofräte amtieren, die mit ihrer Unkenntnis des Deutschen kokettieren, das ficht Niemanden an; und wenn die deutschen Parteien auf die Gefahren dieses Zustandes für die Verwaltung hinwiesen, so wies man ihre Stimme als befangen zurück, weil sie angeblich nur die deutsche „Staatssprache" einführen wollten.

Ganz aus denselben Gesichtspunkten wurde die Frage der Aemtersprache im Allgemeinen behandelt. Auch hier nur Rücksicht auf das nationale und „staatsrechtliche" Interesse und nirgend ein liebevoller Gedanke für den Staat. Ich kann hier natürlich nicht auf diese verwickelte Frage des Langen und Breiten eingehen. Ich will nur einen einzelnen Fall anführen, die tschechische Auffassung von Gleichberechtigung in der böhmischen Aemtersprache. Die Tschechen fordern klipp und klar, und bezeichnen dies als ihr letztes Wort, daß in ganz Böhmen, also auch in den rein deutschen Bezirken jeder Tscheche (sie sagen klugerweise „Böhme") tschechische Amtshandlung bei Verwaltungsbehörden und Gerichten finden müsse. Das geht weit über das hinaus, was die national gewiß duldsame Schweiz jemals für möglich gehalten hat. Die Schweiz kennt in den einsprachigen Kantonen nur einsprachige Amtshandlung, und selbst in den gemischtsprachigen Kantonen sind es wieder nur die gemischtsprachigen Bezirke, in welchen in beiden Sprachen geamtet wird. Wenn aber z. B. ein rhätoromanischer oder italienischer Gräubündener in einen deutschen Ort seines eigenen Kantons kommt, so muß er vor Amt und Gericht deutsch sprechen oder sich durch einen Dolmetsch vernehmen lassen. Man stelle sich das Chaos vor, das in die ganze Verwaltung käme, wenn in einem so großen Lande wie Böhmen, überall bis in den kleinsten Ort hinab eine zweisprachige Amtsführung bestünde, und man stelle sich den Zustand der Staatsverwaltung vor, wenn dieser Grundsatz in allen Ländern und in Bezug auf alle die vielen Sprachen durchgeführt wäre.

Am schlimmsten wütete aber dieser innerlich ausgehöhlte und negative Nationalismus im Parlamente. Da fühlten sich die Abgeordneten und Parteien nicht mehr als Vertreter der Staatsinteressen, sondern als Kämpfer für ihr respektives nationales Staatsrecht; die Tschechen und Polen nannten sich immer nur die tschechische oder polnische „Delegation", um anzudeuten, daß sie auf diesem Reichsrat nur als Gesandte ihrer Nation erschienen. Daß es auch Gemeininteressen gäbe,

die hoch über jedem Nationalinteresse stehen, wurde absichtlich nicht anerkannt. Die Nationen mochten immerhin wirtschaftlich verarmen, wenn nur irgend ein Fetzen des fiktiven tschechischen Staatsrechtes hoch im Winde flatterte. Mehrheitsgruppierungen auf rein wirtschaftlicher oder politischer Grundlage waren ausgeschlossen, weil ja jede wirtschaftliche oder politische Parteiung national gefurcht war. Es gab deutsche Agrarier, Industrialisten, Sozialisten, Freisinnige, Klerikale usw. und tschechische Agrarier, Industrialisten, Sozialisten, Freisinnige, Klerikale; dieselben Schattierungen wiesen alle anderen Nationen auf. Das ganze Haus zerfiel in einen Haufen von Bröckel und Brösel, aus denen eine halbwegs grundsätzlich geeinte Mehrheit nicht zu machen war. Die Regierungen arbeiteten daher mit Zweck- und Zufallsmehrheiten, deren Teilnehmer durch nationale Zugeständnisse, oder was noch schlimmer war, durch Partei- und Klüngelvorteile entschädigt wurden. Jede Staatsnotwendigkeit mußte durch ein Stück Gemeininteresse und Gemeinrecht erkauft werden. Anfangs glaubten die Regierungen stark zu sein, wenn das Haus so seine Kraft zersplitterte und Stück um Stück seiner Rechte preisgab. Später aber zeigte sich, daß unter solchen Verhältnissen auch eine starke Regierung nicht möglich sei, daß jede Regierung nur so lange leben konnte, als sie Trinkgelder an die Parteien zu zahlen vermochte und daß sie verloren war, wenn sie sich vielleicht aus ehrlicher Rücksicht auf den Staat außer Stande sah, noch weitere Zugeständnisse zu machen.

Schwach waren aber diese Regierungen vor allem der anderen Reichshälfte gegenüber, wo ein, freilich nur infolge einer rückschrittlichen Verfassung starkes Klassen-Parlament auch die Regierung stark machte. Der alle zehn Jahre sich wiederholende Ausgleich ward immer mehr ein ungleicher Kampf zum Nachteile der österreichischen Regierung, die sich nie auf ihr Parlament berufen konnte. Wie viel wirkliche Reichsinteressen dadurch preisgegeben wurden, vermag ich hier im engen Rahmen nicht darzustellen. Aber daß die oft mit Staunen wahrge-

nommene Unsicherheit und Unzweckmäßigkeit unserer äußeren und Handelspolitik auf diesen Uebelstand, auf den Mangel einer wirklichen Reichsregierung und eines Reichsparlamentes zurückzuführen war, ist wohl allgemein bekannt.

Der nationale Streit und die damit eng verknüpften staatsrechtlichen Sonderungsbestrebungen haben das ganze Reich krank gemacht, sie haben alle wichtigen Lebensinteressen der Völker zerfressen und damit natürlich auch die einzig berechtigten nationalen Interessen, die Voraussetzungen der materiellen und kulturellen Wohlfahrt zerstört. Denn welchen Sinn hätte noch nationale Gesinnung, wenn ich mein Volk verhungern lasse und das Gerippe des Verhungerten stolz mit der nationalen Trikolore zudecke? Wer aber dies vor dem Kriege sagte, der wurde mit dem großen nationalen Bannfluch belegt und als Feind seines Volkes geächtet. Der nationale Gedanke war schließlich in Oesterreich, wie übrigens in ganz Europa, rein negativ geworden und lebte sich ganz in dem Bestreben aus, dem nationalen Gegner weh zu tun. Vergeblich und vergeudet war jedes Wort der Vernunft und des Friedens. Ich habe es seit Jahren hinausgerufen, daß nur eine ungeheure Katastrophe den Völkern Oesterreichs das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit zurückgeben und den Beweis von der staatlichen Notwendigkeit Oesterreichs erbringen könnte. Diese Vorhersage ist eingetroffen. Ein Meer von Blut ist über Europa hingeströmt; die ganze Welt ist aufgestanden, um dem kranken Mann Mitteleuropas den Todesstoß zu versetzen. Aber der kranke Mann hat allen äußeren und inneren Gefahren siegreich widerstanden. Das alte Donaureich wird weiter bestehen und muß weiterbestehen im Interesse des europäischen Friedens, als der Zufluchtsort gerade für jene Nationen, die seiner so leicht entraten zu können meinten, und die ihre nationale Eigenart sofort verlieren würden, wenn Oesterreich-Ungarn ein Raub seiner begehrlichen Nachbarn geworden wäre. Die große blutige Probe ist bestanden. Die Deutschen werden wie bisher treue aufopferungsvolle Söhne Altösterreichs blei-

ben, und die nicht deutschen Völker wissen nun, daß Oesterreich ihr Heim ist und daß sie sich dieses Heim nicht selbst über dem Haupt anzünden dürfen. Der Strom von Blut wird verrauschen und mit ihm hoffentlich all der Haß, Neid und die Kurzsichtigkeit, die uns vor eine so fürchterlich harte Probe gestellt hat, und für Oesterreich wird eine neue Zeit anbrechen, an deren Toren die Worte des griechischen Tragikers stehen sollten:

Οὔτοι συνέχθειν, ἀλλα συμφιλεῖν ἔφυν.
(Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.)

V.

Daß das neue Oesterreich, das sich jetzt in blutigen Geburtswehen durchringt, nicht mehr das alte Oesterreich sein wird, ist eine Naturnotwendigkeit, an die nur Einer zu zweifeln vermag, der keine Ahnung von der Naturgesetzlichkeit des Gesellschaftslebens hat. Ich weiß ganz ernst, daß es bei uns in Oesterreich Leute und Kreise gibt, die da meinen, die Hunderttausende hätten nur deshalb geblutet, damit die alten abgekrachten politischen Firmen ihr Geschäft geruhsamer weiterführen können, Leute, die sich auf das Ende des Krieges freuen, um dann die alte nationale Hatz in verschärfter Tonart zu beginnen, und wieder andere Leute, die an dem Feuer der nationalen Leidenschaften ihr Süppchen zu kochen gedenken. Ich weiß auch, daß es nicht die einflußlosesten Elemente sind, die sich mit solchen Hoffnungen und Plänen tragen. Aber ich weiß auch, daß die Weltgeschichte nicht ausschließlich durch die Torheit und den üblen Willen Einzelner bestimmt wird. Die Nachwirkungen dieses Krieges müssen eben so tief eindringend und nachhaltig sein, wie seine Eindrücke auf die Gesamtheit und jeden Einzelnen erschütternd waren. Das wirtschaftliche und kulturelle Schlachtfeld wird erst, wenn der Krieg zu Ende ist, seine Schrecken enthüllen, und kein Leichtsinn wird sich über die ungeheuren Pflichten hinwegzusetzen vermögen, die nach dem Kriege an die ausgeblutete Gesellschaft herantreten werden. Die Völker werden hart arbeiten, und der Staat wird alle schaffenden Kräfte zusammenhalten müssen, um zu verhindern, daß nicht nach dem offenen Feldkrieg der wirtschaftliche Zusammenbruch und das soziale bellum omnium contra

omnes komme. Die Völker werden es satt haben, gegen einander zu kämpfen und es vorziehen, mit einander und für einander zu kämpfen.

Ich bin daher nicht der Meinung, daß nach dem Kriege der unfruchtbare Nationalitätenkrieg in Oesterreich eine unselige Auferstehung feiern werde; ich bin allerdings auch nicht der Meinung, die jüngst der Rektor der Wiener Universität in seiner Inauguralrede ausgesprochen hat, daß der Nationalismus überhaupt aufhören werde, eine treibende Kraft im politischen Leben unseres Staates zu sein. Der negative Nationalismus, der nackte Haß gegen den Anderen hat sich in diesem Kriege allerdings ausgetobt und ausgelebt, aber an seine Stelle wird der positive Nationalismus, die hingebende Liebe zum eigenen Volk treten. Diese Liebe kann sich aber nicht in Aeußerlichkeiten, am allerwenigsten in der bloßen Verneinung anderer Völker betätigen. Sie wird und muß vielmehr zu der durch die harten Tatsachen erzwungenen Erkenntnis führen, daß sein Volk wahrhaft lieben heißt, ihm Brot geben, es am Leben erhalten und ihm die geistigen Mitel verschaffen, damit es im Wettbewerb mit den anderen Völkern bestehe. Diese Möglichkeiten sind aber im nationalgemischten Staate mehr als im Nationalstaat nur durch die sozialen Hilfen der Gesamtheit gegeben. Gerade die kleinen, vom Größenwahnsinn geschüttelten Nationen werden am meisten gelitten haben, sie werden sich nach dem Kriege in einem Zustand befinden, der zu ihrem kulturellen und nationalen Ruin führen müßte, wenn sie nicht in staatlicher Gemeinschaft mit größeren, reicheren und widerstandsfähigeren Nationen lebten. Sie werden von ihrem kindischen Trotz abkommen und nach unserer Hand greifen, wie der Ertrinkende nach der Hand des Retters. Und wir Deutsche werden uns in diesem Augenblicke der höheren sittlichen Pflichten erinnern, die eine höhere Kultur auferlegt; wir werden die stolze wenn auch schwere Kulturaufgabe, die wir in diesem Reich zu erfüllen haben, nicht von uns weisen und den Staat, den

wir mit unserem Blut aufs Neue gekittet haben, nach Krieg und Sieg nicht verdorren lassen. Wir werden die uns gebührende Stellung in diesem Staate fordern und Bürgschaften für diese Stellung, aber wir werden auch die Hand, die sich uns entgegenstreckt, nicht zurückstoßen, weil sich vielleicht diese Hand in der Stunde der Verbitterung nicht nur zum Schwertstreich erhoben hatte. Und so wird sich gleichzeitig mit der Läuterung des Nationalgefühles und durch sie auch der österreichische Staatsgedanke vertiefen und läutern. Der Staat wird leben wollen durch den Willen der Völker, die ihn bilden, weil diese erkennen werden und schon erkannt haben, daß er leben muß.

Und mit dieser schmerzgeborenen Erkenntnis ist eigentlich die allergrößte Schwierigkeit des österreichischen Problems beseitigt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und wenn man früher durchaus nicht den Weg finden wollte, so lag es doch hauptsächlich daran, daß man den Willen, ihn zu sehen, nicht hatte. Je nüchterner, je freier von Sentimentalität und Romantizismus die Ursachen dieses Friedenwillens sein werden, desto verläßlicher wird er selbst sein. Und wer immer Oesterreich liebt, oder sagen wir auch ohne Sentimentalität, wer die Notwendigkeit dieses Staates einsieht, der wird sich hüten, diesen Friedenswillen wieder in sein Gegenteil zu verkehren, oder doch zuzulassen, daß mit den alten Methoden die früheren Gefahren aufs Neue heraufbeschworen werden. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß man dies versuchen werde, aber das müßte unfehlbar zu neuen Kämpfen führen, die aber nicht mehr wie früher Kämpfe gegen den Staat, sondern Kämpfe für und um den Staat sein würden.

Daß allerdings auch die Verwirklichung des guten Willens auf große Schwierigkeiten stoßen wird, will ich nicht in Abrede stellen. Das österreichische Problem, so sagten wir, ist ein europäisches Problem. Es handelt sich darum, hier im Herzen Europas, die hart aneinander stoßenden, ethnisch und kulturell so verschiedenen Nationen zu einer staatlichen Gemeinschaft zusammenzufassen und dadurch einen dauernden fried-

lichen Ausgleich der einander bedrohenden Expansivkräfte zu bewerkstelligen. Es handelt sich also einerseits um eine Zufriedenstellung der kulturell begründeten und berechtigten nationalen Wünsche, andererseits aber auch um die Sicherstellung der höheren staatlichen Einheit. Das nationale Problem und das reinstaatliche Problem fallen hier in Eins zusammen. Der starke Einheitsstaat, von dem Josef II. geträumt hatte, muß erfüllt werden; Inhalt und Form dieses neuen Oesterreich freilich hat sich begreiflicherweise geändert. Die Zusammenfassung der verschieden gearteten Kräfte kann in der demokratisch gerichteten Welt, in der wir leben, nicht mehr auf mechanischem, sondern nur auf organischem Wege erfolgen. Aber der Gedanke eines großen einheitlichen Donaureiches hat sich doch mächtig durchgerungen. Mit einer losen Zusammenfassung kleiner unabhängiger Nationalstätchen unter einer gemeinsamen Dynastie wäre dem Frieden Europas nicht gedient. Die Erfahrungen dieses Krieges haben gelehrt, daß die kleinen nationalen Staatsgebilde mit oder gegen ihren Willen leicht ein Raub der Großstaaten werden, und rein äußerliche Bindemittel, wie eine gemeinsame Armee und die gemeinsame auswärtige Vertretung würden einer erneuten ernsten Gefahr gegenüber kaum besser Stand halten, als die völkerrechtlichen Verträge in diesem Kriege.

Schließlich hat sich in diesem Kriege auch die Ueberzeugung durchgerungen, daß die Waffenbrüderschaft der beiden Mittelmächte, wenn sie eine dauernde Bürgschaft des europäischen Friedens bleiben soll, auch in einer höheren überstaatlichen Gemeinschaft nach dem Kriege fortwirken müsse, daß das Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und dem Donaureich von all den Zufällen und Fährlichkeiten der Tagespolitik unabhängig gestellt und in einer engen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft verankert werden müsse. Das wird aber nicht gut möglich sein, wenn Oesterreich nicht für sich ein fester starker Organismus, sondern ein bloßes Konglomerat einander innerlich fremder Körper oder — was eben so gefährlich wäre

— eine künstliche, gequälte Konstruktion wäre, die mit dem Versagen irgend einer Feder oder Schraube ihren Dienst versagen würde, wie es vor dem Krieg so oft geschehen ist. Schon im Interesse unserer Bündnisfähigkeit und im Hinblick auf unsere erhöhten Bundespflichten nach dem Kriege, muß daher die Frage nach der inneren Staatwerdung in den Vordergrund gestellt werden.

Wir müssen hier noch einmal das wiederholen, was wir schon oben über die bisherige Konstruktion des Reiches gesagt haben: Zwei von einander ganz unabhängige Staaten, Oesterreich und Ungarn, die außer Dynastie, Heer und auswärtigen Angelegenheiten nichts miteinander gemeinsam haben, und in allen wirklich organischen Belangen eher von einander abzurücken statt sich zu nähern streben. In Ungarn neben dem ungarischen ein kroatisches Staatsrecht, neben dem Reichstag der Sabor, der auf den Reichstag seine Delegierten schickt; in Oesterreich die Sonderstellung Galiziens, welche die vollständige Unabhängigkeit Galiziens von der Staatsverwaltung bedeutet, dabei aber den polnischen Abgeordneten das Recht gibt auf alle österreichischen Angelegenheiten bestimmend einzuwirken und uns die Pflicht auferlegt, die Kosten der galizischen Landeskultur zu bestreiten; daneben die staatsrechtliche Deklaration der Tschechen. Zwischen Oesterreich und Ungarn stehen einerseits Dalmatien, das rechtlich zu Ungarn gehört und von diesem jederzeit reinkorporiert werden kann, de facto aber bei Oesterreich ist und seine Abgeordneten in den österreichischen Reichsrat schickt; andererseits Bosnien, das autonom ist und weder zu Oesterreich noch zu Ungarn gehört, zugleich aber von drei von einander ganz unabhängigen Regierungen, der österreichischen, der ungarischen und dem gemeinsamen Finanzminister abhängt. Nun wird infolge der kriegerischen Erfolge diese an und für sich qualvoll erkünstelte Maschine noch durch neue Gebiete aus dem ehemaligen Bestande Russisch-Polens und Serbiens kompliziert werden. War es schon unmöglich, dem dualistischen Reiche das alte Okkupationsgebiet

organisch anzugliedern, so wird es noch schwerer sein, die neuen Landerwerbungen in dem alten Rahmen unterzubringen, ohne an Stelle eines lebendigen Staatswesens einen aus Retorten herausgequälten Homunkulus zu machen.

Und wie würde die nationale Ordnung in einem solchen Staate ausschauen? Kann ein ernster Politiker wirklich einen Augenblick glauben, daß das nationale Problem, wenn es in drei oder vier Teilprobleme gerissen wird, sich leichter lösen lassen wird, als wenn es als Einheitsproblem aufgefaßt wird? Ist die Erfahrung, die wir mit dem Dualismus gemacht haben, noch nicht überzeugend genug? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, daß die Ruthenen, oder Serbokroaten sich einem großen Einheitsstaate, der auch die Sicherheit ihrer materiellen Entwickelung verbürgt, viel leichter und lieber einordnen werden, als irgend einem Teilstaate, dessen herrschende Nation nicht bloß als der nationale Gegner, sondern nur allzu oft auch als der wirtschaftliche Ausbeuter erscheint?

Nein! Die Völker der Monarchie haben nicht aus Millionen Wunden geblutet, um ein loses Bündel von Vaterländern sondern um ein großes gemeinsames Vaterland zu erhalten, und Europa braucht an seinem empfindlichsten Punkt einen starken Staat und Deutschland braucht einen festen Bundesgenossen, der auch innerlich ein Hort des Friedens ist, wie er es nach außen sein soll. Deshalb muß der Nationalitätenstaat Oesterreich als Einheitsstaat, als ein Friedensmal der versöhnten Völker Europas hervorgehen, oder dieser Krieg ist umsonst geführt und all dies Blut ist nutzlos vergossen worden.

VI.

Die Grundbedingung der nationalen Neuordnung in der Donaumonarchie ist daher, daß mit den historischen Staatsrechten, mit den sogenannten „historisch-politischen" Individualitäten aufgeräumt werde, oder daß diese doch an die zweite Stelle gerückt werden, wie es bloß historischen Existenzen gebührt, und daß das einzig gegenwartgemäße, das einzig lebendig notwendige gemeinsame Staatsrecht in den Vordergrund gestellt werde. Mögen die alten Länder und Provinzen, diese Rudera einer längst überwundenen sozialen Entwickelungsstufe meinetwegen als Organe der staatlichen Verwaltung und der lokalen Autonomie immerhin weiterbestehen, als politische Individualitäten haben sie ihre Daseinsberechtigung verloren, seit die ständische Verfassung ins Grab gebettet wurde. Das neue Oesterreich kann nicht von der Erinnerung an die glorreiche Zeit der hochmögenden Landstände, es muß vielmehr ausschließlich in dem lebendigen Gedanken an seine schwierige Gegenwartssendung leben. Seine organischen Elemente sind nicht „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" — wie man unsere Reichshälfte bis vor wenigen Monaten nannte — sondern seine Völker. Es ist genug, daß die österreichischen Völker losgetrennt von ihrem Mutterstamm leben, sie brauchen nicht auch noch in dem Nationalitätenstaate selbst zwischen zwei oder drei Staatsrechte geklemmt und in einzelne Stücke zerdrückt zu werden. Das ist eben so grausam als sinnlos. Der Staat hat die Aufgabe, das, was organisch zusammengehört, auch zu vereinigen, und die natürlichen Verschiedenheiten, die individuellen Anlagen nicht etwa auszutilgen oder

gegen einander auszuspielen, sondern in einem dem Gemeininteresse dienlichen Sinn zu fördern.

Ich sehe schon voraus, daß man mir einwenden werde, dies sei graue Theorie. Aber alle Oesterreicher, die ernsthaft über die Zukunft Oesterreichs nachgedacht haben, sind immer wieder zu demselben Schluß gekommen: einen großen starken Einheitsstaat und in dessen Rahmen die autonomen Nationen. Männer der verschiedensten Weltanschauung, Nationalität und politischen Richtung haben dies für die letzte praktische Möglichkeit einer Lösung des österreichischen Problems erklärt: Graf Franz Stadion wollte trotz aller Feindschaft gegen die Revolution und den konstituierenden Reichstag doch am Schluß eben dort hinaus, wo der Kremsierer Verfassungsentwurf — dieser einzige aus dem versöhnten Geist aller Völker geborene Verfassungsgedanke — stehen geblieben war; Der „Vater des tschechischen Volkes" Palacky ebensogut wie der deutsche Fischhof und der Rumäne Aurel Popovici, der Sozialdemokrat Renner in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem klerikalen Lueger, sie alle haben, wenn auch auf grundverschiedenen Wegen und durch grundverschiedene Mittel die Ersetzung der jetzigen „historisch-politischen Invidualitäten" durch eine nationale Gliederung des Staates als den einzigen Ausweg aus dem staatsrechtlich-nationalen Chaos bezeichnet. Daß einzelne dieser Männer später ihre nationalautonomistische Gesinnung abgestreift und verleugnet haben, beweist nichts gegen diese Gesinnung, sondern allenfalls nur etwas gegen ihre Person.

Es ist mir wohlbekannt, daß der Kampf gegen die Länderautonomie in Oesterreich schon seit Jahrhunderten geführt wird ohne den erwünschten letzten Erfolg, daß der Kampf zwischen Einheitsstaat und Territorialherrschaft in Oesterreich nicht wie anderwärts mit der vollständigen Ausmerzung der letzteren endete. Aber dieser Kampf ist auch gar nie stille gestanden und muß zuletzt mit dem Siege des Staatsgedankens enden, wenn dieser Staat selbst bestehen soll. Die Demokratisierung des Wahlrechtes, die so vielen falschen Patrioten ein so großer

Stein des Anstoßes ist, muß — was auch Bismarck erkannte — notwendigerweise in der Richtung eines verstärkten Gemein- und Staatsbewußtseins wirken, weil das Privilegienwahlrecht ja gerade jenen Gruppen dienlich wäre, die in der Erhaltung der Länderautonomie die festeste Bürgschaft für die Befriedigung ihrer Klasseninteressen erblicken. Die Absicht, Oesterreichs Wiedergeburt mit einer Einschränkung des Wahlrechts zu beginnen, scheint mir daher nichts weniger als glücklich. Daß das allgemeine Wahlrecht in den kaum sieben Jahren, die es wirklich in Kraft war, nicht sofort Wunder gewirkt hat, sondern zunächst einmal eine heftige Reaktion der bedrohten Interessen hervorrief, ist doch gar nichts, was überraschen könnte. Nein, die Demokratisierung des Wahlrechtes war ein Schritt zur Vereinheitlichung des Staates und zur Niederlegung der alten staatsrechtlichen Schlagbäume, und wenn sie gar nichts gewirkt hätten, als daß sie die Unwirksamkeit der ganzen staatsrechtlichen Maschinerie durch die Lahmlegung fast aller auf diesen veralteten staatsrechtlichen Anschauungen aufgebauten Vertretungskörper dargetan hätte, könnte man ihr ein großes Verdienst um das Zustandekommen eines neuen Oesterreich nicht absprechen. Denn urteilen wir einmal ganz unbefangen: wie viel war kurz vor dem Kriege von der heiligen Länderautonomie in Oesterreich, von dem kroatischen Staatsrecht in Ungarn und von den respektiven Verfassungen in beiden Staaten wirklich noch übrig geblieben? Wahrhaftig außer dem 67er Ausgleich, der sich aber auch fast bis zur Unkenntlichkeit verwandelt hat — nichts als ein wüster Haufe toter Buchstaben.

Und diesen letzten Rest aus längst überlebter Zeit muß der Krieg hinwegfegen. Schon die traurigen wirtschaftlichen Erfahrungen, die wir im Kriege mit der gefeierten Landesautonomie gemacht haben, die abscheuliche Absperrung der Länder gegeneinander, die differenzielle Versorgung der verschiedenen Länder mit den notwendigsten Lebensmitteln, vor allem aber die mehr als sonderbare Auffassung von Solida-

rität, die sich Ungarn in allen Approvisionierungsfragen Oesterreich gegenüber zurecht gelegt hat, alle diese Dinge, welche uns das Durchhalten so fürchterlich erschwert haben, können nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung geblieben sein; sie haben die im Frieden vielfach verdeckte wundeste Stelle der innerstaatlichen Gliederung bloßgelegt und Kräfte frei gemacht, die man nach dem Kriege nicht so einfach mit ein paar nationalen und staatsrechtlichen Redensarten wieder bannen und binden wird. Auch die Notwendigkeit einer engen Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland, die der Krieg ins Bewußtsein gebracht hat — ich spreche von Notwendigkeit und nicht von Möglichkeit — schließt ein Beharren bei den früheren Zuständen schlechthin aus. Mögen sich sogenannte „Realpolitiker" immerhin den Kopf zerquälen, wie man den Pelz waschen kann, ohne ihn naß zu machen, die Schaffung dieser Gemeinschaft ist die unabweisliche Folgerung des Krieges, und es hieße den ganzen Erfolg und praktischen Sinn dieses Krieges aufopfern, wenn man diese Gemeinschaft durch offenen oder versteckten Widerstand illusorisch machen wollte. Wie aber denkt man sich einen österreichisch-deutschen Zollverein, wenn sich mitten durch unser Reich eine neue Zwischenzollschranke ziehen würde, wie es die Ungarn in Konsequenz ihrer staatsrechtlichen Stellung tun wollen? Also auch durch das Verhältnis zu dem uns verbündeten Reiche nach dem Kriege wird die Beseitigung gewisser innerstaatlicher Schranken unabweislich geheischt werden.

Nicht zuletzt aber wird die Frage, wie das neueroberte Gebiet unserem Reiche angegliedert werden soll, zu einem Bruch mit den bisherigen staatsrechtlichen Velleitäten notgedrungen führen. Auch mit dieser Frage sind unsere kurzsichtigen Nationalpolitiker rasch fertig: Militärdiktatur für das erweiterte polnisch-ruthenische Gebiet und für die südslavischen Länder, Ausschließung derselben vom Reichsrat und Reichstag und ebenso von den Delegationen, mit einem Worte vollständige, restlose Entrechtung. Das ist allerdings sehr einfach. Ob es

aber ein Weg zum Frieden ist, ob es überhaupt möglich ist, und ob diese Idee auch nur die Zustimmung irgend eines verantwortlichen österreichischen oder ungarischen Staatsmannes finden würde, ist doch mehr als fraglich. Daß man über diese Länder wenigstens für einige Zeit eine Art Ausnahmezustand werde verhängen, daß man in ihnen vielleicht die Militärverwaltung einige Jahre wird erhalten müssen, räume ich ein. Aber man vergesse nicht, daß auch dann schon mit der alten galizischen Autonomie und dem kroatischen Staatsrecht, wie mit der eigentümlichen bosnischen Landesverfassung gebrochen werden muß, daß man also das Odium, dem Staate zulieb die staatsrechtlichen Heiligtümer zu verletzen unter allen Umständen auf sich nehmen muß. Aber ganz entrechten wird man alle diese Völker doch nicht können, und endlich wird die Zeit kommen, wo man ihnen die volle staatsbürgerliche Gleichheit nicht wird versagen können. Man wird den Fehler, den man dem Dualismus zuliebe bei Bosnien begangen, nicht wiederholen und vierzig Jahre eine so wichtige Frage offen und unentschieden lassen wollen, um sie dann in einer augenblicklichen Zwangslage auf eine so unbefriedigende Weise zu lösen. Etwas muß man aus den bösen Erfahrungen doch lernen. Wie man aber die Eingliederung der neuen Gebiete sich immer denkt, unter Wahrung der früher bestandenen „historisch-politischen Individualitäten" und staatsrechtlichen Rücksichten wird es nicht gehen. Der Krieg hat die letzten Reste der alten innerstaatlichen Formen hinweggefegt; sie haben sich alle, die Staatsverfassungen nicht weniger als die sogenannten Landesverfassungen als durchwegs unbrauchbar erwiesen. Man ziehe die realpolitischen Folgerungen aus dieser Tatsache. Wir selbst, und unser Verbündeter und Europa braucht hier an unserer Stelle einen starken Einheitsstaat und nicht ein Museum interessanter Staatsrechte.

Gemeinsame Hilf in gemeinsamer Not
hat Reiche und Staaten gegründet;
Der Mensch ist ein einsamer nur im Tod,
Doch Leben und Streben verbündet.

Es müßte mit Wundern zugehen, wenn diese Worte unseres Grillparzer, dieses urechtesten Oesterreichers durch diesen gewaltigsten aller Kriege Lügen gestraft würden. —

Freilich Kampf und kraftvolles Auftreten wird es kosten, den Gedanken des Einheitsstaates gegen den alten Länderpatriotismus zum Sieg zu verhelfen, selbst in den alten deutschen Erbländern, mehr noch bei den anderen Nationen und am allermeisten Ungarn gegenüber. Der ungarische Ausgleich von 1867, dieser folgenschwerste Schritt in der neueren Geschichte des Habsburgerreiches, ist etwas, über das besonders die Dynastie nicht leicht hinwegkommen wird, und schon diese Rücksicht allein muß uns davor bewahren, allzuradikale Maßregeln in Erwägung zu ziehen. Wir denken daher nicht daran, die den Magyaren durch den Ausgleich von 1867 gewährleistete staatliche Autonomie als durch die Verhältnisse überholt erklären zu wollen. Bei dem starken Selbstbewußtsein der Magyaren, das gerade im Verlauf dieses Krieges, wie mir scheint, nicht ganz mit Recht ins Ungeheuerlichste gewachsen ist, würde schon der bloße Versuch, diesen Ausgleich in seinem Wesenskern anzugreifen, einer offenen Kriegserklärung an Ungarn gleichkommen, und eine solche kann Niemand, der es mit Oesterreich ehrlich meint, beabsichtigen.

Andererseits kann und darf es allen übrigen Nationen der Monarchie nicht zugemutet werden, daß sie in ihrem Verlangen, den Bestand dieses Reiches für immerwährende Zeiten sicherzustellen, sich ausschließlich durch die Rücksicht auf die Ungarn und ihr Staatsrecht hemmen lassen sollen. Ich werde mich hüten, mich in das dornige Gestrüpp der staatsrechtlichen Scholastik zu begeben, mit welchem die Ungarn ihre Ansprüche zu umgeben verstanden. Nur Weniges möchte ich sagen, was Jedem, der juristisch nicht ganz verbildet ist, unmittelbar einleuchten muß. Ein Staat, und besonders ein so empfindsamer Staat wie der unsrige, ist ein Lebendiges, das nie und nimmer in den Panzer eines Vertrages für ewige Zeiten eingezwängt werden darf. Es ändern sich die Gesetze des Staates selbst,

sogar das Grundgesetz, die Verfassung, ist dem Wandel unterworfen, und noch weniger können Verträge zwischen Staat und Staat sub specie aeternitatis aufgefaßt werden. Diesen Standpunkt scheint auch Ungarn bezüglich der Verträge, die es an den Gesamtstaat binden, durchaus anzuerkennen, wenn es sich darum handelt, die Entwickelung, der ungarischen Macht von den Fesseln des toten Wortlautes frei zu machen. Nicht Oesterreich und nicht die Krone, wohl aber die Ungarn haben dem 67er Ausgleich einen stets wechselnden Inhalt unterlegt, um die Selbständigkeit Ungarns zu erweitern; man braucht nur an die von Dekade zu Dekade wachsende Verschiedenheit des faktischen Rechtszustandes zu dem durch den ursprünglichen Ausgleich geschaffenen ins Auge zu fassen, um zu erkennen, daß Ungarn gar nicht am Wortlaut des Vertrages hängt, wenn sein Vorteil dessen zeitgemäße Auslegung verlangt. Noch viel krasser liegt der Fall bei dem 68er Ausgleich mit Kroatien, der schließlich in der vollständigen Vernichtung der kroatischen Autonomie und im Regime Cuvaj endete. Die Ungarn kleben nur dann an dem Wortlaut der Verträge, wenn es gilt, ihnen aus einer höheren gemeinstaatlichen Rücksicht, Pflichten aufzuerlegen, die sich nicht strikte aus ihrem Staatsrecht ableiten lassen.

Nun hat aber gerade die Erfahrung dieses Krieges solche Rücksichten wachgerufen; er hat in der Tat Verhältnisse geschaffen, die bei Abschluß des 67er Vertrages nicht vorhergesehen wurden und vorhergesehen werden konnten; ja das Donaureich, das aus diesem Krieg hervorgehen muß, wird tatsächlich ein ganz anderes sein, als es nach dem unglücklichen Krieg von 1866 war. Und wenn es nun schon im privaten Rechte anerkannter Grundsatz ist, daß Verträge nur unter den Voraussetzungen gelten, unter denen sie geschlossen wurden, um wie viel mehr muß diese Rechtsregel erst von Staatsverträgen gelten. Nicht nur die Gesamtmonarchie ist heute in gründlich veränderten Verhältnissen, auch Ungarn ist nicht mehr in derselben Lage wie 1867. Wenn es bei Ausbruch dieses

Krieges eine Nation im Bereich der Monarchie gab, die in ihrem Bestande auf das Aeußerste gefährdet war, so waren es die Magyaren, und wenn eine Nation sich dessen bewußt war, so waren es wieder die Magyaren. Sie vor Allem hatten die slawische Umklammerung nicht als eine ferne, mittelbare Gefahr, sondern als die unmittelbare Lebensgefahr seit jeher empfunden. Und deshalb haben sie in diesem Krieg mit all der kriegerischen Leidenschaft und Hingebung ihrer Rasse gekämpft. Aber daß diese drohende Lebensgefahr an ihnen vorüberging, daß unser Kampf zum Siege führte, das haben sie doch ganz gewiß nur dem Umstande zu danken, daß sie im Verbande eines großen militärisch einheitlich organisierten Staates und im Bündnis mit Deutschland fochten. Mehr als bei jedem anderen Volk hat sich bei den Magyaren der Gesamtstaat geradezu als der Retter erwiesen, und es muß einmal gesagt werden, daß die Art, wie gewisse ungarische Politiker gerade jetzt im Kriege von Ungarn wie von einem ganz isolierten mit Deutschland verbündeten Staate sprechen und des Gesamtstaates immer geflissentlich vergessen, den denkbar ungünstigsten Eindruck in Oesterreich macht. Man möge doch in Ungarn nicht ganz über die historische Tatsache hinweggleiten, daß es vorwiegend, ja nahezu ausschließlich ungarische Konflikte, die Auswüchse des ungarischen Souveränitätsgefühles waren, was zum Kriege geführt hat, daß die Gesamtheit des Reiches für diese ungarische Politik aufkommen mußte, und daß der Gesamtstaat es war, der Ungarn vor schweren Gefahren rettete.

Die Idee des Einheitsstaates hat in diesem Kriege eine ungeheure Kräftigung erfahren und er steht heute dem ungarischen Staatsrecht nicht mehr so aussichtslos und schwach gegenüber wie nach der Niederlage von 1866. Die Verhältnisse haben sich geändert, und auch Ungarn hat ein sehr lebhaftes Interesse, diesen geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. An eine Aufhebung des 67er Ausgleiches denkt niemand; die magyarische Autonomie soll unangetastet bleiben, aber gewissen Anforderungen wird sich Ungarn anpassen

müssen, weil es sonst das gefährden würde, was soeben erst seinen Bestand und seine Unabhängigkeit gerettet hat. Diese Forderungen aber sind:

1. Der Einheitsstaat als solcher muß leben, er darf kein abstraktes Verhältnis sein; es muß zu allermindest jener faktische Zustand erhalten, beziehungsweise wiederhergestellt werden, der 1867 bestand, d. h. die wirtschaftliche Gemeinschaft darf nicht zerrissen werden und diese wirtschaftliche Gemeinschaft muß auch staatlich organisiert werden, d. h. sie muß in der Einrichtung gewisser gemeinstaatlicher Verwaltungseinrichtungen zum Ausdruck kommen. Damit ist nicht ein Jota des 67er Ausgleichs aufgehoben, die ungarische Autonomie nicht im geringsten verletzt. Ich will nur, um jedem Verdachte zu entgehen, hinzufügen, daß ich diese Forderung ganz ausschließlich im Interesse des Gesamtstaates und unseres dauernden Bündnisses mit Deutschland stelle und keineswegs als Deutschösterreicher; als solcher würde ich von meinem Standpunkt aus eher die entgegengesetzte Forderung nach vollständigster Unabhängigkeit erheben, weil uns dieser Zustand frei von Einmischungen aller Art machen würde.

2. Der Einheitsstaat verlangt eine einheitliche politische Organisation, Legislative und gemeinsame Vertretung. Das steht gewiß im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des 67er Ausgleichs; aber der bisherige Zustand hat sich als eine Gefahr für das Reich erwiesen und darf daher nicht weiter bestehen. Es ist ein Lebensinteresse Ungarns, das einzusehen und daraus die Folgerungen zu ziehen, umsomehr, als auch dadurch an der Freiheit Ungarns de facto gar nichts geändert wird. Ein Staat, der keine Regierung, keine Verwaltungsorgane und keine parlamentarische Vertretung hat, ist kein Staat, und kann weder nach innen noch nach außen seine Rechte vollständig geltend machen. Auch dieser Uebelstand hat sich in der bosnischen Frage furchtbar gerächt. Das ganze Unheil der bosnischen Verfassungsfrage ist ausschließlich dem Umstand zuzuschreiben, daß man ein Reichsland konstruieren wollte, wo es

doch kein Reich gab, das als Rechtssubjekt hätte auftreten können. Es brauchten die heute bestehenden faktischen Gemeinsamkeiten nicht wesentlich erweitert zu werden, aber staatlich organisiert müßten sie werden in einer gemeinsamen Regierung und in einem gemeinsamen Vertretungskörper; in allen übrigen Belangen könnte die staatliche Autonomie Ungarns, wie sie der 67er Ausgleich begründet, weiter bestehen.

3. Ungarn müßte vor die Wahl gestellt werden, entweder die kroatische Autonomie anzuerkennen und deren strenge Einhaltung unter den Schutz der Krone, beziehungsweise der gemeinsamen Regierung und des gemeinsamen Parlaments zu stellen, oder sein Verhältnis zu Kroatien überhaupt für gelöst zu erklären und die Verfügung über diese Länder der Entscheidung der gemeinsamen Faktoren zu überlassen. Als eine offene Wunde kann aber die südslavische Frage nicht fortbestehen, und die einfache Aufsaugung der Südslaven durch die Magyaren kann, weil eine offensichtliche Unmöglichkeit, auch nicht als eine Lösung betrachtet werden.

4. Ungarn hat im Rahmen seines eigenen Staatsrechtes den nichtmagyarischen Nationen (Rumänen, Ruthenen, Deutschen, Slovaken) eine nationale Autonomie zu gewähren und deren Schutz der Krone, der gemeinsamen Regierung und dem gemeinsamen Parlamente anheimzugeben.

5. endlich, ein dauernder Anspruch, daß die Monarchie immer nur aus zwei staatlich gleichgeordneten Teilen bestehen müsse, entspringt aus dem 1867er Ausgleich nicht. In dem ganzen Ausgleichsinstrument kommt das Wort „Dualismus" oder ein denselben Sinn bergendes Wort nicht vor, es ist vielmehr immer nur von den Ländern der ungarischen Krone einerseits und von „den übrigen Ländern und Provinzen Seiner Majestät" oder von „den übrigen unter der Regierung des gemeinsamen Monarchen stehenden Ländern" u. dergl. die Rede, wobei aber nirgends gesagt wird, daß diese eine einheitliche staatsrechtliche Gruppe bilden müssen. Wo der Vertrag die praktischen Folgerungen aus seinen grundsätzlichen Bestimmun-

gen auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse zieht, nimmt er allerdings immer nur zwei Parlamente, zwei Quotendeputationen, zwei Delegationen als existent an, aber aus dieser den augenblicklichen Tatsachen entsprechenden Aufnahme ist keineswegs der Schluß zu ziehen, daß das Hinzutreten neuer Teilnehmer ausgeschlossen und der Dualismus für ewige Zeiten festgelegt sei.

Das Wesen des 1867er Ausgleichs ist die staatliche Autonomie der Länder der ungarischen Krone und nicht der Dualismus. Dieses Wesen würde durch zeitgemäße und von dem gemeinstaatlichen Interesse unabweislich gebotene Neuerungen nicht gekränkt und verkürzt werden. Wohl aber wäre damit die Bahn frei gemacht für eine gründliche Neuregelung der nationalen Verhältnisse im Reich und insbesondere für eine ungezwungene, alle Teile befriedigende Angliederung der neuen Gebiete.

Die Beseitigung der staatsrechtlichen Schwierigkeit im engeren Oesterreich ist angesichts der durch den Krieg geschaffenen Lage nur eine Frage des guten Willens und entsprechender Energie. Die staatliche Autorität hat in diesem Kriege die unglaublichsten Kraftproben bestanden, sozwar, daß es die Weltgeschichte niemals für entschuldbar halten würde, wenn diese Staatsautorität sich gerade vor ihrem erbittertsten Gegner, der Länderautonomie zurückziehen würde. Da heißt es, jetzt oder nie. Hat man die Kraft gehabt, über die Verfassung des Reiches hinwegzugehen, muß man auch die Kraft haben, mit den historisch politischen Individualitäten endlich einmal aufzuräumen, und die Landesregierungen und Landesvertretungen zu dem zu machen, was sie in einem modernen Staat allein zu sein haben: jene zu Instanzen der staatlichen Verwaltung, diese zu Organen der lokalen und territorialen Autonomie.

VII.

Ist erst einmal dieser Kaiserschnitt gemacht, dann ist die Lösung des ganzen nationalen Problems leicht. Die praktische Arbeit des nationalen Ausgleiches ist fast in allen Verhältnissen viel weiter gediehen, als man im Ausland und selbst im Inlande vielfach annimmt. Der Gedanke der nationalen Autonomie hat sich in den letzten Jahrzehnten allmählich bei allen Nationen durchgerungen; die Slovenen, Italiener und Ruthenen haben sich als kleine Völker diesen Gedanken zuerst zu eigen gemacht; die Deutschen haben wenigstens für die Sudetenländer, wo sie die Minderheit bilden, die nationale Autonomie für sich in Anspruch genommen, allerdings in den Alpenländern sich gesträubt, diese Autonomie den Slovenen und Italienern zu gewähren; die Polen haben sich in letzter Zeit zu ziemlich weitgehenden Zugeständnissen an die nationale Autonomie der Ruthenen bereit gefunden; das einzige Volk, das von einer solchen Autonomie grundsätzlich nichts wissen wollte, waren die Tschechen. Das, was den Ausgleich auf dieser Grundlage praktisch unmöglich machte, war die Rücksicht auf die Unteilbarkeit der Landesverwaltung, d. h. die durch wirkliche oder fiktive staatsrechtliche Stützen gekräftigte Aussicht im kleineren Kreise den schwächeren nationalen Widerpart niedertreten zu können. Fallen diese Stützen, so fällt damit auch das größte Hindernis der nationalen Verständigung.

Die nationale Autonomie bedeutet nicht etwa die Zerlegung Oesterreichs in eine Vielheit nationaler Kleinstaaten, sondern die Einsetzung der Nationalitäten zu Trägern gewisser öffentlicher Rechte und in gewissen Belangen auch zu

Organen der öffentlichen Verwaltung. Damit soll vermieden werden, daß die eine Nation mit Gewalt, und wäre es auch nur mit der Gewalt der parlamentarischen Mehrheit in die kulturellen Lebensinteressen der anderen Nation störend oder hemmend eingreife und daß die ständige nationale Reibung die Entwicklung der gemeinsamen Staatsinteressen schädlich beeinflusse. Ansätze in dieser Richtung gibt es auch dermalen schon in Oesterreich genug. In Mähren z. B. bilden in jedem Wahlkreise die tschechischen und die deutschen Wähler je eine Art Wählergenossenschaft, die durch den nationalen Charakter festgelegt ist. Jede dieser Wählergenossenschaften verfügt über ihr eigenes Mandat, wodurch zumindest der Wahlkampf zwischen Tschechen und Deutschen ausgeschlossen ist. In Böhmen wieder ist der Landesschulrat und der Landeskulturrat in zwei nationale Kurien geteilt, so zwar, daß alle deutschen Schulangelegenheiten von der deutschen, alle tschechischen von der tschechischen Kurie ressortieren. Nach den letzten Ausgleichsplänen sollte diese Teilung fortgesetzt und folgerichtig ausgebildet werden durch die Idee des nationalen Steuerkatasters, welcher jede Nation in den Stand setzen sollte, die Kosten der Befriedigung ihrer nationalen Bedürfnisse (Volksbildung, Volkswohlfahrt, Volkswirtschaft) aus eigenen Mitteln zu decken. Zu diesem Zwecke sollten alle Gemeinden und dann auch das Land einen bestimmten Teilbetrag aller eingelaufenen Steuern für nationale Zwecke, d. h. für die Zwecke der Nation, zu welcher die Steuerträger sich bekennen, reservieren, und das Verfügungsrecht über diese nationalen Steuermittel sollte dann den nationalen Kurien des Landesausschusses, des Landesschulrates, des Landeskulturrates u. s. w. zustehen. Auf diese Weise würde verhindert werden, daß die Kulturbedürfnisse derjenigen Nation, welche die Landtagsmehrheit hat, aus den kumulativen Steuereingängen, d. h. auf Kosten der in der Minderheit befindlichen Nation bestritten werden. Damit würde aber eines der schwersten Gravannina des nationalen Zusammenlebens beseitigt werden. Wie man sieht, würden auch hier die Natio-

nen als öffentlich rechtliche Genossenschaften auftreten, die gewisse Rechte besitzen und einen gewissen Teil der Verwaltung ausüben.

Wo es immer möglich wäre, würden die Grenzen der autonomen, wie der staatlichen Verwaltung so zu berichtigen sein, daß möglichst das national Zusammengehörige nicht getrennt wäre und also national ungemischte Bezirke und Kreise entstehen. Wo dies nicht möglich ist, wäre durch den nationalen Kataster noch immer die Möglichkeit geboten, auch den versprengten Minderheiten die genossenschaftlichen Rechte ihrer Nationalität zuzuwenden, ohne damit die andere Nation finanziell zu belasten. Der wundeste Punkt des nationalen Ausgleichs ist eben die Sorge um das Minoritätenrecht, in den Fragen der nationalen Kulturpflege nicht weniger als in der Sprachenfrage. Die Minderheiten sind die vorgeschobenen Posten der nationalen Expansion, und der Minoritätenschutz, der von der einen Seite als die heiligste nationale Pflicht aufgefaßt wird, wird von der anderen Seite als das bitterste Unrecht empfunden, als eine feindliche Aktion, deren Kosten sie obendrein noch aus dem eigenen Säckel bezahlen muß. Um diese Fragen, insbesondere um die Minoritätsschule entbrennt der heißeste Streit, und wenn es gelingt, diese Frage in der angeregten Weise zu beseitigen, ist wohl das gefährlichste Kampfobjekt beseitigt. Denn unzweifelhaft wird es sich jede Nation überlegen, Schulen bloß aus agitatorischen Gründen zu errichten, wenn sie die Kosten selbst zu bezahlen haben wird. Die Fürsorge für die Minoritäten wird dadurch auf das durch die kulturellen Bedürfnisse wirklich gebotene und damit auch berechtigte Maß eingeschränkt und die wilde nationale Propaganda eingedämmt werden.

Ebenso wird die gefeierte Länderautonomie diese ärgste Feindin der staatlichen Autorität für die Mehrheitsnationen ihre Reize in dem Augenblick verlieren, da sie nicht mehr dazu dienlich sein wird, den nationalen Gegner zu majorisieren und die Landesfinanzen ausschließlich für einseitig nationale Zwecke

auszubeuten. Die endlose Erweiterung der Landeskompetenzen, der Landesgrößenwahnsinn, der mit einer horrenden Verschulschuldung der Landesfinanzen Hand in Hand geht, würde ihren innersten Antrieb verlieren, und die Landesverwaltungen und Landesvertretungen könnten gerade dank den nationalen Genossenschaften das werden, was sie sein müssen, Organe der lokalen Autonomie und der staatlichen Verwaltung. Die nationale Autonomie würde also die Kraft des Einheitsstaates keineswegs beeinträchtigen, sondern von den unleidlichen Fesseln der alten Ständeverfassung befreien.

Gewiß gehört zur nationalen Autonomie auch das Recht einer jeden Nation, daß sie auf ihrer Scholle sich uneingeschränkt also auch vor Amt und Gericht ihrer Sprache bedienen kann. Was man aber nicht zugeben kann ist, daß die Aemtersprache ausschließlich eine nationale und nicht auch eine rein staatliche Angelgenheit wäre. Solange es sich um die sogenannte „äußere Amtssprache" d. h. um die Dienstsprache der unteren Instanzen im Parteiverkehr handelt, ist die Frage nicht allzu schwierig. Das Vorbild des Schweizer Sprachenrechtes kann hier als mustergiltig nachgeahmt werden. Im einsprachigen Verwaltungsgebiet herrscht Einsprachigkeit, im nationalgemischten Mehrsprachigkeit. Jede Gemeinde (Bezirk, Kreis) bestimmt ihre nationale Zugehörigkeit, wobei auf entsprechend große Minderheiten Rücksicht zu nehmen wäre. Die Sprache des Bezirks (Kreises) ist auch die Amtssprache der autonomen und staatlichen Behörden, die in dem Bezirk (Kreis) ihren Sitz haben. Dieses Schema ist ebenso einfach als gerecht; mehr zu verlangen, entspricht nicht den wirklichen Bedürfnissen der Nation, sondern lediglich der nationalen Propaganda und allenfalls noch den gewissen staatsrechtlichen Velleitäten, die eben aufs Heftigste zu bekämpfen sind.

Auch für den sprachlichen Verkehr der unteren Instanzen miteinander, sowie der niederen landesfürstlichen Behörden mit den autonomen wird sich leicht ein Schlüssel finden lassen, ja er ist bereits in den zahlreichen Ausgleichsverhandlungen

gefunden worden. Auch hier können die staatlichen Interessen durch eine weitgehende Berücksichtigung der nationalen Wünsche eher gefördert als beeinträchtigt werden. Dagegen ist die Einheitlichkeit der Amtssprache bei den Zentralbehörden (und Obergerichten), sowie auch die sprachliche Einheitlichkeit des zwischenamtlichen Verkehrs gewisser Verwaltungszweige eine unbedingte Notwendigkeit. Ob man die Sprache, die in Oesterreich nur die deutsche sein kann, die Staatssprache nennen will oder nicht, ist eine reine Prinzipfrage; besser ist es, aus der staatlichen Verkehrsfrage keine nationale Streitfrage zu machen, weil sie in erster Linie eine Frage der staatlichen Notwendigkeit ist. Die traurigen Erfahrungen dieses Krieges im Post- und Eisenbahnwesen, die auch bereits zu einer teilweisen Neuordnung geführt haben, ließen uns erkennen, daß auch gewisse Gebiete der zivilen Verwaltung vom Sprachenchaos ebenso frei gehalten werden müssen, wie die Armee, in der selbst der Dualismus an der deutschen Sprache vergeblich gerüttelt hat — zum Glück für das Reich. Ist es schon eine durch gar nichts gerechtfertigte Auslegung, daß jede Nation sozusagen nach ihrem Prozentsatz an allen möglichen Stellen der staatlichen Verwaltung beamtet sein müsse, so folgt doch noch weniger aus diesem sonderbaren Prinzip, daß dann diesen nationalen — allzuoft nur nationalen — Beamten zu Ehren der ganze Dienstbetrieb nach dem Muster des babylonischen Turmbaues eingerichtet werden müsse. Das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht auf öffentliche Stellungen, die Amterfähigkeit soll gewiß keiner, auch der kleinsten Nation nicht bestritten werden, aber diesem Rechte steht eben die Pflicht gegenüber, die Sprache des staatlichen Betriebes zu lernen, eine Pflicht, deren Erfüllung keinem Tschechen oder Slovenen persönliche Nachteile bereitet und ihn auch ganz gewiß nicht zu einem minder wertvollen Mitglied seiner Nation machen wird.

Zu den Zentralorganen des Staates gehört auch das Parlament. Die Erfahrungen der letzten Jahre werden wohl in Jedermann die Ueberzeugung gefestigt haben, daß das lächer-

liche Sprachengetue im österreichischen Reichsrat nach dem Krieg nicht aufs Neue beginnen kann. Wenn man bisher zur Rechtfertigung eines toleranten Standpunktes anführte, es wäre ein ungerechter Zwang, den Wählern vorzuschreiben, daß sie nur des Deutschen kundige Wahlwerber ins Parlament schicken dürfen, so kann darauf geantwortet werden, daß in Wirklichkeit nur ein ganz verschwindend kleiner Bruchteil aller nicht deutschen Abgeordneten auch faktisch des Deutschen nicht mächtig sei; das Bezeichnende ist ja, daß für gewöhnlich in friedlichen Zeiten alle Slaven deutsch sprechen, mitunter auffallend gut sprechen, und daß sich dieselben Leute ihrer Muttersprache nur zu Obstruktionszwecken bedienen. Es liegt also hier ein offener Mißbrauch des nationalen Gedankens zum gewollten Nachteil des Gesamtstaates vor, und daher liegt in der Einsetzung des Deutschen als Verhandlungssprache des Reichsrates und seiner Ausschüsse nicht die geringste Verkürzung der nationalen Rechte der Nichtdeutschen. Man könnte ja immerhin noch ein Zugeständnis an das wirkliche Unvermögen machen, indem man jedem Nichtdeutschen erlaubte, in der Debatte eine einmalige, den Zeitraum von fünf Minuten nicht überschreitende Erklärung in seiner Muttersprache abzugeben, Anträge und Anfragen auf schriftlichem Wege in dieser Sprache zu stellen, die dann für das Haus zu übersetzen wären; weiter dürfte man nicht gehen.

VIII.

Mit den Einzelheiten des nationalen Ausgleichs will ich die weite Oeffentlichkeit nicht befassen, weil sie nur das Verständnis der großen Frage trüben würden, und weil — vor allem, die technische Durchführung des einmal anerkannten Grundgedankens in fast jedem Lande eine andere wird sein müssen. Dagegen ist die allerwichtigste Frage noch zu beantworten: Wie soll die Neuordnung erfolgen, und wer soll sie machen? Es wird dringend geboten sein, sich bei der Beantwortung dieser Frage, von jedem Doktrinarismus frei zu halten. Ich habe schon vor Jahren in meinem Buch über den „Parlamentarismus" den Standpunkt vertreten, daß in einem Staate wie Oesterreich schon die Frage nach dem Parlamente selbst die Lösung des nationalen Problems voraussetzt. Der Parlamentarismus beruht auf der freien Kooperation, und er muß unbedingt da scheitern, wo diese staatliche Kooperation oder doch deren Formen selbst verneint werden. Kein Ding kann die Voraussetzungen seiner eigenen Existenz selbst schaffen, also auch nicht das Parlament. Es kann doch kein Zweifel sein, daß die Tschechen, wenn sie seit 1848 so oft das Parlament absichtlich zerschlugen, damit die Form des staatlichen Beisammenseins selbst treffen wollten; sie machen ja auch gar kein Hehl daraus. Wenn man in Oesterreich und besonders auch in Deutschland meint, mit einer einfachen Geschäftsordnungreform sei da gedient, so verrät man damit die tiefste Unkenntnis des Gegenstandes. Die Geschäftsordnung des österreichischen Parlamentes ist nicht bloß eine Geschäftsordnung sondern eigentlich das nationale Minoritätenrecht, weil sich

jede einzelne Nation mit Hilfe dieser Geschäftsordnung in legaler Weise gegen die Majorisierung in nationalen Fragen schützt. Deshalb ist eine wirksame, jede Obstruktion ausschließende Aenderung der Geschäftsordnung auch immer unterblieben, und die Deutschen haben eine solche Aenderung nicht weniger gescheut als die anderen Nationen. Wollte man aber die Geschäftsordnung im Wege des Oktroy wesentlich ändern, so hieße dies den Reichsrat entweder von allem Anfang an zu einem Rumpfparlament machen oder an Stelle der technischen die lärmende Obstruktion, den nackten Kampf hervorrufen.

Mit Gewalt geht es nicht! Ein Parlament arbeitet entweder aus freien Stücken, oder es arbeitet überhaupt nicht; und solange nicht wenigstens die Grundmauern des nationalen Ausgleiches gelegt sind, arbeitet der Reichsrat eben nicht. Weiter warten, bis nach jahrzehntelangem Streite die Parteien entweder vom heiligen Geiste erleuchtet, oder endlich doch einmal von der Nutzlosigkeit ihres Kampfes überzeugt sein werden, — das können die Völker Oesterreichs nicht mehr, nach dem Kriege viel weniger als früher. — Schließlich kommt die parlamentarische Erledigung der großen prinzipiellen Fragen schon deshalb nicht in Frage, weil es sich dabei ja um eine Angelegenheit des Gesamtstaates handelt und ein gemeinsames Parlament wenigstens bis dato garnicht besteht. Die Delegationen sind bekanntlich kein solches Parlament.

Noch weniger Aussicht auf Erfolg verheißt die Lösung der Aufgabe durch ein Oktroy, obwohl die Materie vollständig ausgearbeitet und von den Parteien vorbereitet daliegt und sozusagen nur des Schöpferwortes harrt. Aber der Schöpfer findet sich nicht. Die Regierung besitzt seit fast zwei Jahren unumschränkte Macht, aber — wie mir scheint — nicht die geringste Neigung, diese Macht zur Oktroyierung des Ausgleichs zu gebrauchen. Der Absolutismus hatte ja auch bis 1867 wohl reichlich Zeit, aber nie den Willen, die nationale Frage zu lösen. Und was er mit dem 1867er Ausgleich nach dieser Richtung geleistet hat, ist nicht darnach, daß man diese

Kraft zum zweitenmal als Retter in der Not anrufen möchte. Schließlich stellt sich aber auch hier wie bei Erwägung des parlamentarischen Weges ein Bedenken ein: es handelt sich in dieser Angelegenheit zuerst um die Frage des Gesamtstaates, und hierfür ist die österreichische Regierung allein nicht kompetent; aus dem sogenannten „Einvernehmen" mit der ungarischen Regierung würde aber noch weniger eine befriedigende Lösung hervorgehen.

Es bleibt sohin nur die einzige Möglichkeit offen, daß wenigstens die grundlegenden Fragen eines realen Einheitsstaates, der Beseitigung aller staatsrechtlichen Velleitäten und des Prinzips der nationalen Autonomie Hand in Hand mit jenen Angelegenheiten gelöst werden, die sich auf das künftige Verhältnis Neuösterreichs zu dem verbündeten Deutschen Reiche beziehen. Damit brauchte das deklarative Recht der verfassungsmäßigen Faktoren nicht ausgeschlossen zu werden. Die konstitutive Macht der Rechtsbildung können wir aber nur dort sehen, wo sich die wirkliche Macht, das Reich zu erhalten, gezeigt hat. Ich würde vielleicht Bedenken getragen haben, einen so kühnen Gedanken auszusprechen, wenn nicht vor einigen Wochen ein führender ungarischer Staatsmann ausdrücklich erklärt hätte, die Frage des künftigen Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn werde Hand in Hand mit den Friedensverhandlungen zur Entscheidung kommen. In der Tat kann die Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn nicht mehr als eine streng innerstaatliche Angelegenheit Oesterreichs aufgefaßt werden; denn wenn die beiden verbündeten Staaten diesen Krieg gemeisam zu einem gemeinsamen Zweck geführt haben, dann ist es auch ein überstaatliches Interesse, daß nicht etwa die Früchte dieses gemeinsamen opfervollen Ringens durch separatistische Bestrebungen auf der einen oder anderen Seite wieder aufs Spiel gesetzt werden. Es spricht aber noch eine andere Erwägung für diesen Vorschlag, die nämlich, daß die Angliederung der neuen Gebiete durch den Frieden ja gleichfalls nur aus einer friedlichen Auseinander-

setzung der beiden verbündeten Mächte hervorgehen kann, da es sich bei all diesen Gebieten (Polen, Serbien) um Kollektiverwerbungen handelt. Da man nun — um den bei Bosnien gemachten Fehler nicht zu wiederholen — gleichzeitig mit der völkerrechtlichen auch schon die staatsrechtliche Angliederung wird vornehmen müssen, und diese staatsrechtliche Form entscheidend die nationale Organisation des Gesamtstaates beeinflussen wird und muß, ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, die Fundamentalartikel der Neukonstituierung Oesterreichs feierlichst beim Friedensschluß zu verkünden. Ist einmal der Schutt des alten österreichischen Staatsrechtes oder besser gesagt, der unzähligen Staatsrechte hinweggefegt, dann werden die auf einander angewiesenen Nationen, umso rascher den Weg zu einander finden, je weniger Zeit zu kleinlichem Formelstreit ihnen die schreienden Lebensnöte der Völker lassen werden, und je weniger man die Begehrlichkeit und den Trotz einzelner Nationen durch Aussicht auf Sonderzugeständnisse neuerlich ermutigen wird.

Nach dem Kriege wird die Luft gereinigt sein von den Miasmen, die uns alle zu vergiften drohten. Alle Völker, die Ungarn gewiß nicht weniger als die anderen, haben nach langen verhängnisvollen Irrungen zurückgefunden zu der Idee eines großen, mächtigen Einheitsstaates, eines Staates, dessen unbesiegbare Kraft aus der Freiheit strömen muß, in welcher die durch ihn vereinten Völker ihre vielgestaltige Eigenart ausleben können. Die Einheit des Staates ist neubegründet im Blute seiner Völker. Der Krieg war die schwere Krise eines unendlich komplizierten Organismus, der in den Fesseln und Klammern einer unzweckmäßigen, weil veralteten Form zu ersticken drohte. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß es diese alten Formen gewesen sind, die sich bewährt und uns zum Siege geführt haben. Bewährt hat sich in diesem fürchterlichen Sturm die Urkraft von Oesterreichs Völkern, ihre, wenn auch zeitweilig ins Unterbewußtsein verdrängte, doch nie erloschene Ueberzeugung von der großen

Kulturaufgabe des gemeinsamen Vaterlandes, und bewährt hat sich das Bündnis mit dem mächtigen Deutschen Reich.

Wir Deutsche in Oesterreich, denen die Führung dieses Staates anvertraut ist, haben nicht immer voll und ganz unsere Pflicht erfüllt, indem wir uns durch kleinlichen inneren Zwist gegenüber den anderen Völkern selbst zur Schwäche verurteilten. Das müssen wir schon selbst reuig bekennen. Aber wenigstens in einem Punkte haben wir geführt und, Gottlob, auch richtig geführt, als wir unbeirrt durch Verlockungen, denen alle anderen Völker wenigstens vorübergehend unterlagen, an dem Bündnis mit Deutschland in unerschütterlicher Treue festhielten. Dieses Bündnis ist im Krieg zu einer organischen Lebensbedingung beider Staaten erwachsen. Der große Gedanke, den Völkern Mitteleuropas die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den aufsaugenden Bestrebungen des östlichen westlichen Imperialismus zu erhalten, ihnen den Weg ins Freie offen zu halten und damit die materiellen Voraussetzungen jeder nationalen und kulturellen Entwickelung zu sichern, dieser Gedanke kommt nicht bloß uns Deutschen, sondern allen Nationen, die uns angeschlossen sind, auch den kleinsten, zugute. Die vielgelästerte deutsche Hegemonie hat Polen und Ungarn, Bulgaren und Türken vor der Vernichtung errettet. Das müssen und werden auch die österreichischen Nationen als Lehre aus dem Kriege mitnehmen.

Und so wie sich unser Reich durch dieses Bündnis im Kriege unüberwindlich erwiesen hat, so muß es auch über den Krieg hinaus ein festes Glied der neuen mitteleuropäischen Kraftgruppe bleiben, um selbst die Früchte der gemeinsamen Siege und Opfer zu ernten und sie allen unseren Bundesgenossen zu erhalten, die mit ihrem Blute das neue Oesterreich gekittet haben. Alles in der Welt wächst einmal über sich hinaus; aus den kleinen Territorialherrschaften wurden die Staaten, und in diesem Kriege hat sich gezeigt, daß auch der isolierte Staat nicht für sich und durch sich bestehen könnte; daß auch er wie das Individuum nur durch andere lebt, daß es

überstaatliche Interessen gibt, die wohl auch überstaatliche Pflichten auferlegen, aber deshalb die Freiheit der staatlichen Individualität nicht aufheben. Wir haben nach dem Kriege eine große Pflicht zu erfüllen, die eine Pflicht gegen uns ebenso wie gegen alle unsere Freunde ist, die Pflicht, unser eigenes Hauswesen einmal zu bestellen und unsere innere Organisation durchzuführen.

Aeltere historische Werke des Verlages.

Briefe Friedrich des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz, bearb. v A. Kluckhohn (Herausgeg. durch die Histor. Kommission bei der Kgl. Bayr. Akademie der Wissenschaften). 3 Bde. (früher M. 26.—) M. 15.—

Eckart, die Fürsten des Welfenhauses in ihren Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft. M. 2.—

Eckermann, Religionsgeschichte und Mythologie der slawischen oder nordischen Stämme (1. Slawen und Finnen, 2. Slawen und Preußen). 2 Bde. (Früher M. 10.—) M. 7.—

Lindner, Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel. 2 Bde. (Früher M. 17.—) M. 10.—

Nippold, Wilhelm III., Prinz von Oranien, Erbstatthalter von Holland, König von England. Mit Porträt. Eleg. geb. M. 7.80

Nitzsch, die Sagenpoesie der Griechen. 2 Bde. (Früher M. 11.—) M. 6.—

Noellner, Das monarchische Prinzip und die deutsche Staatsverfassung der neueren Zeit. (Früher M. 7.—) M. 4.—

Planck, das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter. Nach dem Sachsenspiegel und verwandten Rechtsquellen. 2 Bde. (Früher M. 24.—) M. 12.—

Voigtel-Cohn, Stammtafeln zur Geschichte der Europ. Staaten. 1. Deutschland und die Niederlande. M. 15.—

Wachsmuth, Geschichte deutscher Nationalität. 3 Bde. (Früher M. 16.—) M. 10.—

——, Geschichte politischer Parteiungen alter und neuer Zeit. 3 Teile. (Früher M. 25.—) M. 12.—

——, Hellenische Altertumskunde. 2 Bde. (Früher M. 24.—) M. 10.—

Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 6/7 Mark 2.50

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.

Von

Konrad Haenisch,

Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zweite unveränderte Auflage.

Zu neuen Ufern
Lockt ein neuer Tag
Goethe.

Berlin W. 57

C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 6/7 Mark 2.50

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.

Von

Konrad Haenisch,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zweite unveränderte Auflage.

Zu neuen Ufern
Lockt ein neuer Tag
Goethe.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 6/7

Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.

Von
Konrad Haenisch,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zu neuen Ufern
Lockt ein neuer Tag.
Goethe.

Mit einem Anhang:
Zur Bibliographie der sozialistischen Kriegsliteratur.

Zweite, unveränderte Auflage.

Berlin 1916
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

I. Teil.

Die äußeren Erlebnisse der Sozialdemokratie im Krieg.

1. Ein paar Vorbemerkungen.

Es ist allmählich ein Gemeinplatz geworden, daß der Krieg, in dem wir stehen, sich als der gewaltigste Revolutionär aller Zeiten erwiesen hat. Auf seinem eigensten Gebiete hat er tausende von alteingewurzelten Glaubensartikeln wie Kartenhäuser über den Haufen geworfen. Strategische wie taktische Grundsätze hat er umgestürzt, militärische Möglichkeiten hat er erschlossen, die man vor zwei Jahren noch ganz allgemein für krasse Unmöglichkeiten gehalten hatte. In der Bewertung sowohl einzelner Waffengattungen wie in der Bewertung der Offensiv- und Defensivkraft ganzer Länder hat er das Unterste zu oberst gekehrt. Die in aller Geschichte ganz beispiellosen Marschleistungen der Truppen, die vorher nie für denkbar gehaltene seelische und körperliche Widerstandskraft, die die Soldaten den furchtbaren Erlebnissen des Schützengrabenkrieges, dem Grauen des Trommelfeuers entgegen zu setzen vermögen, der Minenkrieg tief drunten im Schoße der Erde, der Alpenkrieg hoch auf den schneebedeckten Berggipfeln, der Krieg unter Wasser und der Krieg in den Höhen der Luft, die Bewegung und Verpflegung ungeheurer Millionenheere: das alles widerspricht so sehr jeder bisherigen Erfahrung, daß man wahrlich schon genug damit zu tun hätte, nur diese ungeheure Revolutionierung unserer ganzen Vorstellungswelt auf dem rein militärischen Gebiete geistig zu verarbeiten.

Nun aber wirken von allen Seiten her derartige Erschütterungen gewaltigster Art auf uns ein. So auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Folgeerscheinungen des Krieges wie auf dem seiner weltwirtschaftlichen Auswirkungen. Man denke nur an die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation Englands im Beginne des Krieges und an die Lage, in der es — dank nicht zum Wenigsten dem kleinen U-Boot, dem großen Revolutionär — aus dem Kriege hinausgehen wird. Man denke an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Lande, die eine geradezu beispiellose Revolutionierung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Inselreiches bedeutet.

Nicht geringer sind die Erschütterungen alles Altgewohnten auf dem Felde der diplomatischen Verwickelungen und Entwickelun-

gen, die — auf dem Balkan und anderswo — der Weltkrieg gezeitigt hat — und so könnten wir die Liste fortsetzen ins Unendliche hinein! Vielleicht am stärksten sind die Ausstrahlungen des gewaltigen Erdbebens da, wo seine psychologischen Wirkungen auf die im Felde Stehenden und auf die daheim Gebliebenen, auf das Inland und auf das Ausland, das verbündete, das feindliche wie das neutrale, in Frage kommen.

Es versteht sich von selbst, daß von diesem ungeheuren Prozeß der allgemeinen Umwälzung auch die innere Politik und das Parteiwesen nicht unberührt bleiben konnten. Die seelische Grundstimmung der einzelnen Parteien, ihre Stellung zu einer ganzen Reihe von wichtigen Problemen, ihr Verhältnis zu einander und zur Regierung: das Alles mußte der Krieg mächtig beeinflussen. Er tat das in allen Ländern und er tat es nicht in letzter Linie auch in Deutschland. Keine Partei aber wurde gewaltiger durch den Krieg aufgewühlt als die Sozialdemokratie. Und zwar gilt das von den sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt.

Dabei weist nun diese innere Krise des internationalen Sozialismus, die weitaus schwerste, die er je durchlebt hat, in den sozialdemokratischen Parteien fast aller kriegführenden Staaten eine höchst verblüffende Aehnlichkeit auf; bis in unscheinbare Einzelheiten hinein wiederholen sich, äußerlich ganz unabhängig von einander, besonders in der französischen und in der deutschen Sozialdemokratie gewisse psychologische und die ihnen entsprechenden politischen Vorgänge — neue interessante Belege für das bekannte Gesetz von der Parallelität der Ereignisse, das in Wirklichkeit natürlich nichts anderes bedeutet als die Bestätigung des alten Erfahrungssatzes, daß ähnliche Ursachen auch ähnliche Wirkungen zu haben pflegen.

Es wäre höchst interessant, diese Ursachen und Wirkungen in den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder im Einzelnen miteinander zu vergleichen. Doch dazu ist heute die Zeit noch nicht gekommen. Das zu einer gründlichen vergleichenden Betrachtung aller dieser Vorgänge und zu ihrer Beurteilung notwendige Tatsachenmaterial liegt erst sehr lückenhaft vor. So müssen wir uns denn hier darauf beschränken — und zu dieser Begrenzung des Themas zwingt auch der uns zugemessene Raum — uns ausschließlich mit der deutschen Sozialdemokratie zu beschäftigen. In gewissem Sinne und mit gewissen Einschränkungen dürfte sich dabei übrigens ganz von selbst ein Spiegelbild der inneren Krise des internationalen Sozialismus überhaupt ergeben. Denn wie die

deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten an der Spitze der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder marschierte, so hat auch diese Krisis sie mit doppelter und dreifacher Wucht gepackt. Nirgends sind ihre Symptome so heftig, nirgends wird der Parteikörper von so wilden Fieberschauern durchschüttelt wie hier. Und deshalb darf man die Vorgänge in Deutschland — mit einem gehörigen Körnchen Salz — zugleich auch als eine Art Schulbeispiel betrachten.

Warum ein Sozialdemokrat überhaupt im Rahmen dieser in einem nichtsozialdemokratischen Verlage erscheinenden Schriftenfolge und damit in erster Linie wohl auch zu einem nichtsozialdemokratischen Publikum über diese Dinge reden will? Nun, er will es, weil es sich um alles andere eher handelt als um Interna einer politischen Partei, die keinen Draußenstehenden etwas angehen. Solche „Interna" spielen bei einer Krisis von so weltgeschichtlicher Größe überhaupt nur eine ganz untergeordnete Rolle. Und auch soweit es wirklich derartige „Interna" gibt, haben sie in dieser Schrift — das versteht sich von selbst — nicht das Mindeste zu suchen. Es ist ganz und garnicht der Ehrgeiz des Verfassers, „Enthüllungen" irgend welcher Art zu geben und wer etwa allerlei Personalklatsch oder sonstige Pikanterien ähnlicher Art auf den folgenden Blättern suchen sollte, wird bitter enttäuscht sein. Es kommen hier nicht in erster Linie die äußeren Begleitumstände der sozialistischen Krise in Betracht, sondern der innere Gehalt dieser Krise selbst. An ihm aber sind keineswegs nur die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei interessiert, sondern in letzter Linie das ganze deutsche Volk. Handelt es sich doch nicht um die Krisis irgend einer gleichgültigen Sekte, sondern um die Krisis der weitaus stärksten politischen Partei Deutschlands, die zugleich die stärkste und am besten organisierte politische Partei der Welt ist. Das Wohl und Wehe dieser Partei und ihre Schicksale greifen weit hinaus über den Kreis ihrer Mitglieder, sie gehen schließlich jeden Mann und jede Frau in Deutschland, sie gehen die ganze Nation an. Von dem Ausgang der Krise, in der sich heute die deutsche Sozialdemokratie befindet, wird in den nächsten Jahrzehnten zu einem guten Teil die Gestaltung der inneren und äußeren Politik Deutschlands abhängen. Hat bisher schon — es sei hier nur an ein bekanntes Wort des zweiten Reichskanzlers erinnert — die Sozialdemokratie den Gang der Politik direkt und indirekt stark beeinflußt, so wird sich dieser Einfluß nach dem Kriege noch vervielfachen. Ohne Ueberhebung darf der Sozialdemokrat es sagen: mit der Zukunft der deutschen Sozialdemo-

kratie fällt im gewissen Sinne die Zukunft des deutschen Volkes zusammen. Und eben deshalb hat dieses deutsche Volk geradezu ein Recht darauf, auch soweit es nicht sozialdemokratisch ist, über das Wesen und den Verlauf der gegenwärtigen Krisis in der Sozialdemokratie unterrichtet zu werden. Zu dieser Orientierung genügen aber die Polemiken der Tageszeitungen und der Zeitschriften mit ihrem Hin und Her von Erklärungen und Gegenerklärungen, mit ihrem wirren und verwirrenden Durcheinander der Details keineswegs. Dem außenstehenden Leser wird begreiflicherweise von alledem oft so dumm als ging' ihm ein Mühlrad im Kopfe herum . . . Deshalb wird eine zusammenfassende Darstellung, die sich von aller Polemik nach Möglichkeit frei hält, willkommen sein. Einen Versuch nach dieser Richtung hin stellt die vorliegende Schrift dar. Ihr Verfasser wird sich bemühen, so leidenschaftslos zu berichten, wie es einem Manne nur immer möglich ist, der selbst an den Kämpfen innerhalb der Partei starken Anteil genommen hat. Daß diese durch den Zweck des Schriftchens gebotene Objektivität den Verfasser nicht dazu zwingen kann und nicht dazu zwingen wird, mit seiner eigenen Beurteilung der Dinge scheu hinter dem Berge zu halten, versteht sich von selbst.

---

2. Die deutsche Sozialdemokratie im Augenblick des Kriegsausbruchs.

Betrachten wir zunächst ganz kurz die politische Situation, in der sich die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit des Kriegsausbruchs befand. Seit langen Jahren waren die innerpolitischen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und der Gesamtheit der übrigen Parteien und der Regierung auf der anderen Seite nicht so scharf zugespitzt gewesen wie in den Monaten, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangingen. Man erinnere sich nur der Szenen, mit denen im Frühsommer 1914 der Schluß des Reichstages vor sich gegangen war! Gerade damals hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als Antwort auf die schroff sozialistenfeindliche Haltung der Regierung eine besonders starke Hervorkehrung ihrer oppositionellen Gesinnung für notwendig gehalten. Statt sich wie bisher bei dem Schlußakt des Kaiserhochs zu entfernen, war zum ersten Mal die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion im Saale verblieben, um durch ihre demonstrative Nichtbeteiligung an dieser Kundgebung der Regierung und ihrer monarchischen Spitze das Mißtrauen in schroffster Form zum Ausdruck zu bringen. Diese Demonstration hatte das preußische Herrenhaus wiederum zu lebhaften antisozialdemokratischen Kundgebungen veranlaßt und der preußische Justizminister Beseler tat der Welt kund und zu wissen, daß die Justizbehörden allen Ernstes den Plan eines Riesenprozesses gegen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — auf Grund des Majestätsbeleidigungsparagraphen erwogen hätten!

Mit noch ungleich heftigeren Sturmszenen als die Reichstagstagung hatte die Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses geendet. In seiner letzten Sitzung noch hatte dies Parlament entgegen allem Herkommen die Auslieferung eines sozialdemokratischen Abgeordneten zur Disziplinarverfolgung beschlossen, ein Vorgang, der die sozialdemokratische Fraktion zu stürmischen Gegenkundgebungen herausgefordert hatte. Kurz vorher hatte Herr von Löbell, der neue Minister des Innern, eine schroffe Absage an den Gedanken der preußischen Wahlreform ins Land hinausgehen lassen. Die Antwort darauf waren riesige Protestkundgebungen in allen Teilen

des Landes gewesen. Viel ernsthafter als je zuvor wurde damals überall der Gedanke erwogen, nun endlich zur Anwendung der letzten schneidigsten Waffe im Wahlrechtskampf, zum politischen Massenstreik zu greifen. Der Kampf der Polizei und sonstigen Verwaltungsbehörden gegen die freie Jugendbewegung hatte Formen angenommen, die an Schärfe kaum noch zu überbieten waren. Ein vom preußischen Kriegsministerium angestrengter politischer Monstreprozeß gegen eine sozialistische Führerin, zu dem Tausende von Zeugen vorgeschlagen waren, hatte in Berlin zu spielen begonnen und war wenige Wochen vor dem Kriegsausbruch vertagt worden. Andere politische Prozesse hatten mit schweren Verurteilungen der Angeklagten geendet.

Zu alledem kamen, sowohl in den Parlamenten wie draußen, die Nachwirkungen der Affäre von Zabern. — Durch Verwaltungsmaßnahmen aller Art war das Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr eingeengt worden und in den Kreisen der Gewerkschaften, auch ihrer Führer, hatte eine so verbitterte Stimmung Platz gegriffen, wie sie seit den Tagen der Zuchthausvorlage, das heißt seit dem Jahre 1899, nicht mehr erlebt worden war. Auf der ganzen Linie rüstete man sich in der Arbeiterwelt zu schweren Zusammenstößen mit Unternehmertum und Staatsgewalt. Diese Radikalisierung in der Stimmung der deutschen Gewerkschaften kam zum deutlichsten Ausdruck auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß vom Hochsommer 1914. — Die Nachwahlen zum Reichstage im Frühling und Sommer 1914, besonders die in Jerichow, Borna-Pegau und Coburg waren mit einer gegenseitigen Erbitterung durchgekämpft worden, wie schon seit Jahr und Tag keine Wahlkämpfe mehr in Deutschland.

Es versteht sich, daß wir an alle diese Dinge nicht deshalb erinnern, um alte Wunden aufzureißen, sondern nur weil wir dem Leser die schwüle Stimmung ins Gedächtnis zurückrufen möchten, die unmittelbar vor dem Beginn des großen Völkerringens über der inneren Politik Deutschlands lagerte. Es war eine ausgesprochene Konfliktstimmung. Alle Zeichen standen auf Sturm und Gewitter.

Und in diese Stimmung hinein schlug nun die plötzliche Zuspitzung aller Verhältnisse der *äußeren Politik!* Eben noch hatten Friedensglocken geläutet, deutsch-englische Verbrüderungsfeste waren gefeiert worden, das Kolonialabkommen zwischen Deutschland und England stand unmittelbar vor seiner Unterzeichnung und die deutsche Sozialdemokratie glaubte in dieser Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Völkern einen ersten

großen Erfolg ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Verständigungsaktionen buchen zu dürfen. Denn je mehr der Weltfrieden seit den ersten großen Marokkokrisen um 1905 herum gefährdet schien, desto mehr war *die Verhinderung des Krieges* zum Angelpunkt der ganzen sozialdemokratischen Politik geworden. Die internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart vom Jahre 1907 und in Kopenhagen vom Jahre 1910 hatten durchaus unter diesem Zeichen gestanden — ganz zu schweigen von dem Baseler Friedenskongreß vom Herbst 1912, der, als außerordentlicher Sozialistenkongreß, zusammentrat, als die Balkankrise einen besonders gefährlichen Höhegrad erreicht und — schon damals — den Frieden Europas auf die Schneide des Messers gestellt hatte. Auch für den Wiener Internationalen Kongreß, der für den September 1914 geplant war, hatte man die internationale proletarische Friedensaktion als Hauptstück der Verhandlungen vorgesehen. Ebenso hatten sich auch *die Maikundgebungen* der internationalen Arbeiterschaft in jenen letzten Jahren immer mehr zu großen Friedensdemonstrationen ausgewachsen und hinter diesem ihren neuen Charakter war ihre eigentliche Bestimmung, der Herbeiführung des gesetzlichen Achtstundentages zu dienen, allmählich ganz in den Hintergrund getreten. So war der internationale Sozialismus und wahrlich nicht zum Wenigsten die deutsche Sozialdemokratie, vor dem Kriege immer mehr zur *eigentlichen Friedensbewegung* geworden. Die Parole: „Krieg dem Kriege!" war von Jahr zu Jahr mehr in den Vordergrund des ganzen politischen Denkens aller Sozialisten getreten.

Auch jetzt noch, als sich im letzten Drittel des Juli 1914 das schwarze Gewölk im Südosten Europas zusammenzuziehen begann, tat die Sozialdemokratie Alles, was nur irgend in ihren Kräften stand, um noch in letzter Stunde das drohende Unheil von Europa abzuwenden. In Brüssel trat das Internationale Bureau, dem Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder angehörten, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, an Stelle des Internationalen Kongresses, der, wie eben erwähnt, Mitte September in Wien hatte zusammentreten sollen, wurde schon für die ersten Augusttage ein Kongreß nach Paris hin eingeladen, dessen einziger Verhandlungsgegenstand die sozialistische Aktion zur Verhinderung des Krieges sein sollte. Sozialistische Friedensdemonstrationen gewaltigsten Umfanges fanden überall in Europa, fanden vornehmlich auch in allen Gauen Deutschlands statt. Von Tag zu Tag steigerte sich diese

Aktion gegen den drohenden Krieg, immer leidenschaftlicher wurden in Presse und Versammlungen die Anklagen gegen Diejenigen, in denen man die Schuldigen oder doch die Mitschuldigen an dem kommenden Verhängnis sah.

Da nahm — über Nacht gleichsam — das Gespenst furchtbarstes Leben an. Was eben noch bange Ahnung gewesen war, was man — trotz alledem — für möglich zu halten sich bis zum letzten Augenblick gesträubt hatte, in zweimal vierundzwanzig Stunden war es blutige Wirklichkeit geworden. Die Kosaken hatten die Grenze Ostpreußens überschritten — der Krieg war da.

3. Die große Frontänderung.

Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem ersten und vierten August 1914 zu durchleben hatte. Aus der denkbar schroffsten innerpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen alle übrigen Parteien, wie wir sie eben kurz zu skizzieren suchten, mußte sie sich im Sturmgebraus wildester Ereignisse innerhalb weniger Stunden hineinfinden in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes. Und auf der anderen Seite: noch waren Papier und Federn nicht trocken von den flammenden Aufrufen für den Frieden, noch war die Luft durchzittert von den leidenschaftlichsten Protestreden der Arbeiterführer gegen den Krieg, als das furchtbare Gebot des Augenblicks dieselben Federn, dieselben Redner zwang, das deutsche Volk in nicht weniger feurigen Worten aufzurufen zum Kampfe gegen die von Osten wild heranflutenden Horden des Zarismus. Kaum jemals in der Geschichte hat die zermalmende Wucht einer welthistorischen Tatsache in so kurzer Zeit das ganze Denken und Fühlen von Millionen von Menschen so von Grund aus revolutioniert, wie in diesem Falle. An einer späteren Stelle dieser Schrift wird untersucht werden, ob der vielfach erhobene Vorwurf berechtigt ist, daß mit diesem in seiner Art schlechterdings beispiellosen Frontwechsel der ersten Augusttage die deutsche Sozialdemokratie sich selbst untreu geworden sei, daß sie schnöden Verrat geübt habe an ihren heiligsten Grundsätzen, daß sie die besten Ueberlieferungen ihrer Vorkämpfer, daß sie ihre ganze Vergangenheit mit Füßen getreten habe. Hier soll nur gezeigt werden, welches Moment in erster Linie die ungeheure Kraft und die Schnelligkeit dieses Stimmungs- und Frontwechsels erklärt, den in jenen Augusttagen die deutsche Sozialdemokratie durchmachte. Es war, um es mit einem Worte zu sagen, die Tatsache, daß die Gefahr von Osten her drohte, daß dem gesamten deutschen Volke Rußland als der Angreifer und Hauptfeind erschien. Wäre etwa drei Jahre früher, im Hochsommer 1911, als die Marokkokrise im Zeichen des Panthersprunges nach Agadir ihren letzten Höhepunkt erreicht hatte und der Friede Europas an einem Haare hing, wäre, sagen wir, damals der Krieg ausgebrochen, so hätte sich seine Hauptfront gegen

Westen gerichtet. Ein Krieg aber, der vornehmlich aus kolonialen Konflikten mit den Westmächten herausgewachsen wäre, hätte nimmermehr in ähnlicher Weise gezündet wie dieser Krieg, bei dem von Osten her die Lebensinteressen Deutschlands unmittelbar bedroht erschienen, bei dem der Stahl des Feindes gegen das Herz des Landes selbst gezückt war.

Wie war die Stimmung der deutschen Arbeitermassen den drei als Feinden hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern gegenüber? In England verehrte bis zum Beginn des Krieges nicht nur der deutsche Liberalismus, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie, die zum guten Teil sein geistiges Erbe angetreten hatte, das alte Mutterland der Demokratie, die Geburtsstätte des modernen Parlamentarismus, den Hort aller persönlichen Freiheit — kurz den liberalen Musterstaat schlechthin. Mit Frankreich aber verband uns deutsche Sozialisten seine große revolutionäre Tradition. Wir sahen bis zum Kriege in Frankreich in erster Linie das Land von 1789 und 1793, das Land des Bastillensturmes und des Ballhausschwures, das Land der Julirevolution von 1830, des Februarsturmes von 1848 und das Land der Pariser Kommune. Wir liebten und wir lieben in Frankreich — jawohl, wir lieben in ihm auch heute noch! — das Land Voltaires und Rousseaus und das Land der großen Enzyklopädisten, das Land Robespieres und Dantons, das Land Emile Zolas und das Land Jean Jaurès, des Unvergeßlichen. Wir liebten und wir lieben in Frankreich das Land der schönen Form und des klaren logischen Geistes, dessen kristallene Reinheit sich der gährenden und drängenden Unrast unseres eigenen Wesens so wunderbar vermählt. Wir liebten und wir lieben in Frankreich das Land der reichen Plastik, das Land der wärmenden Flamme und des leuchtenden Feuers. Gewiß kennen wir die schwere Mitschuld der in der französischen Republik Regierenden an dem furchtbaren Unheil, das jetzt den Erdball heimsucht; wir wissen, wie sie ihr schönes und stolzes Land, das Vaterland der Revolution und der Republik, mit goldenen Ketten an das zaristische Rußland fesselten, bis es dessen gehorsamer Sklave wurde. Aber ohne für das Alles blind zu sein, ohne blind zu sein auch für die großen Schwächen des französischen Volkscharakters und für die schlimmen Mängel der staatlichen Organisation des Landes liebten und lieben wir in Frankreich alles das, was uns selbst fehlt. Wir liebten und lieben in ihm die harmonische Ergänzung unseres Ich. Wir sahen es und wir sehen es trotz all der Bitternis dieser letzten beiden Jahre auch heute noch

mit den Augen Heinrich Heines und den Augen Wilhelm Liebknechts. In unser Aller Herz stand und steht tief die Sehnsucht geschrieben nach jener Zeit, von der Arno Holz in seinem prächtigen „Buch der Zeit" vor 30 Jahren schon sang:

„. . . Dann schlägt kein Tambour mehr Alarm
Dann steht die Welt voll goldner Halme
Und Frankreich ringt dann Arm in Arm
Mit Deutschland um dieselbe Palme!
Drum juble, juble: Vive la France!
Honny soit, qui mal y pense!"

Und das erscheint uns die furchtbarste Aussicht, die im Hintergrunde dieses entsetzlichen Krieges lauert, daß er vielleicht für weitere Generationen noch die Kluft offenhalten, sie wahrscheinlich sogar noch ungeheuer vertiefen wird, die zum Unheil der Menschheit zwischen diesen beiden größten und so tausendfach aufeinander angewiesenen Kulturnationen des europäischen Festlandes klafft. Eine Kluft, an deren Ueberbrückung die Besten diesseits wie jenseits der Vogesen das beste Stück ihrer Lebensarbeit gesetzt hatten, ein Heinrich Heine, der Bürger beider Länder, ein Jean Jaurès, ein Ludwig Frank, den ein tragisches Geschick nun gerade durch eine französische Kugel den Heldentod finden ließ.

Doch das Alles führt uns schon weit hinaus über das, was wir in diesem Augenblick kennzeichnen wollten. Hier kam es uns nur darauf an, die Grundstimmung zu skizzieren, mit der am Vorabend des Krieges die sozialdemokratischen Massen in Deutschland jenen Mächten gegenüberstanden, mit denen unser Vaterland nun die Klinge kreuzen mußte. Den Westmächten gegenüber war, um das Gesagte noch einmal kurz zusammenzufassen, diese Stimmung so: Bewunderung und Hochachtung, wenn auch etwas kühle Bewunderung und Hochachtung, gegenüber England, wärmste Sympathie, das Gefühl innigster Wahlverwandtschaft gegenüber den Franzosen, Liebe zu dem schönen Genius ihres Volkstums.

Ganz anders war die Stimmung gegenüber Rußland. Wir werden später noch zeigen, wie alle großen Sozialisten der Vergangenheit, Karl Marx und Friedrich Engels nicht weniger als Wilhelm Liebknecht und August Bebel, in Rußland von jeher den eigentlichen Feind der europäischen Demokratie im allgemeinen und der deutschen Demokratie, zumal der deutschen Arbeiterbewegung im Besonderen gesehen hatten. Ein Jahrhundert lang, seit den Tagen der Heiligen

Allianz, hatte Rußland wie ein Alp auf dem Deutschland gelastet, das unablässig nach Fortschritt und Freiheit rang. Jede Errungenschaft der deutschen Demokratie schien auf Sand gebaut, jeder noch so bescheidene Schritt nach vorwärts schien bedroht, solange der finstere Hort des Despotismus jenseits der Weichsel unerschüttert dastand. In Rußland verkörperte sich Alles, was uns bekämpfenswert und des tiefsten Hasses würdig erschien. Grade darum verfolgten wir deutschen und österreichischen Sozialisten vor einem Jahrzehnt die Heldenkämpfe der russischen Revolutionäre mit so heißem inneren Anteil, weil jeder einzelne von uns fühlte: auch unsere Sache ist es, um die da gerungen wird! Und weit tiefer als die Sozialisten der Weststaaten empfanden deshalb wir mitteleuropäischen Sozialisten den Schmerz und die Enttäuschung darüber, daß die revolutionären Kräfte damals wohl stark genug gewesen waren, die Zwingburg des Zarismus ins Wanken zu bringen, daß sie sich aber noch als viel zu schwach erwiesen hatten, diese Zwingburg ein für alle Male zu stürzen. So blieb auch nach den Jahren 1905 und 1906 noch trotz aller seiner „Modernisierung", trotz Duma, Agrarreform und großkapitalistischer Entwicklung, Rußland für uns der Todfeind der europäischen Demokratie, dem in zahllosen Versammlungen, in ungezählten Artikeln, auf den Tribünen unserer Parlamente und unserer Kongresse Worte der Verachtung, des Hasses und des Abscheues ins Antlitz geschleudert wurden, wie sie schärfer nicht gedacht werden konnten. Und Keinem unter uns sind solche Worte aus tieferem Herzen gekommen, Keiner unter uns hat solche Worte in früheren Tagen schärfer und schneidiger zu formen gewußt als Karl Liebknecht ....

Also: so innig uns die Bande heißester Sympathie mit den russischen Revolutionären vereinigten, so sehr wir die Leiden der unglücklichen Völker mitfühlten, die unter der Knutenherrschaft Nikolais des Zweiten dahinkeuchten, so tiefe Achtung wir vor manchen schätzungswerten Eigenschaften der russischen Volksseele empfanden, so sehr wir die Kunst eines Dostojewsky und eines Gogol, eines Tolstoi und eines Gorki bewunderten und so hoch wir den Einfluß dieser Großen Rußlands auf die Entwicklung der deutschen Literatur auch stellten: politisch und kulturell blieb uns Rußland dennoch der Feind. Und all der Haß und all der Abscheu, den wir seit Jahrzehnten gegen dies Rußland des fluchwürdigsten Despotismus in uns aufgespeichert hatten und der immer von Neuem genährt worden war durch die grauenvollen Schilderungen, die aus den

Grüften der Peter-Paulsfestung, der Schlüsselburg, der Warschauer Citadelle, aus den Eiswüsten Sibiriens, aus der Kartorga zu uns gedrungen waren, all die wilde Empörung, die immer wieder aufgepeitscht worden war durch die zahllosen Nachrichten über die Herrschaft des weißen Schreckens im Zarenreiche, der nur noch mit Standrecht und Galgen, mit Meuchelmord und mit den Schurkereien seiner Agents provocateurs sich seiner lieben Untertanen zu erwehren gewußt hatte: alles das machte sich nun gewaltsam Luft, als in den ersten Augusttagen 1914 vielmillionenstimmig der Ruf durch die deutschen Lande brauste: Es geht gegen Rußland! Nieder mit dem Zarismus!

Diese Parole war es, die damals den Krieg mit einem Schlage in unserem ganzen Lande so ungeheuer volkstümlich machte. Sie war es, die auch Millionen sozialdemokratischer Volksgenossen mit heller Begeisterung zu den Fahnen trieb, die in dem Zeitraum weniger Stunden alles Das bei uns tief ins Unterbewußtsein hinabdrängte, was uns eben noch von den anderen Klassen und Parteien des Reiches getrennt hatte.

4. In den ersten Augusttagen.

Dieser gewaltige und zugleich gewaltsame Umschwung, der sich in jenen Augusttagen in der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeitermassen vollzog, und der am 4. August seinen klassischen Ausdruck in der Bewilligung des von der Regierung geforderten Kriegskredits von fünf Milliarden durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fand, wird gut illustriert in einem Artikel, den der westfälische Bergarbeiterführer Johann Leimpeters in Heft 12 der Zeitschrift „Die Glocke" vom 15. Februar 1916 veröffentlicht hat. In diesem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Was uns die Politik des vierten August brachte" heißt es:

> „Ich habe am zweiten Mobilmachungstage Söhne, Freunde und Bekannte, alles gute Parteigenossen, zu ihren Sammelstellen begleitet und alle stellten an mich die bange Frage: Wie wird unsere Fraktion morgen stimmen? Wenn wir nur wüßten, daß sie die Kredite bewilligte, könnten wir beruhigt hinausfahren; nicht unseretwegen, sondern euretwegen und wegen unserer Frauen und Kinder. Man bat mich, befreundete Abgeordnete noch schriftlich zu bitten, ja für die Kredite zu stimmen, und was damals fast einmütig von allen Genossen im ganzen Lande mit Sehnsucht gewünscht wurde, hat die Fraktion getan!"

Dieselbe Erfahrung, die Leimpeters hier aus dem Ruhrgebiet berichtet, haben in jenen Tagen überaus zahlreiche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in allen Teilen des Reichs gemacht. Ganz allgemein war die Ueberzeugung und sie traf auch zweifellos das Richtige; wenn sich jemals die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in vollster Uebereinstimmung mit dem Fühlen und Denken der Massen befunden hat, dann an jenem in der Geschichte unseres Volkes unauslöschlichen vierten August.

Aus der Erklärung, mit der, unter jubelnden Kundgebungen des gesamten deutschen Reichstages, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion damals durch den Mund ihres Vorsitzenden Hugo Haase ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründen ließ, mögen die markantesten Sätze auch hier eine Stelle finden:

„Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Blutes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicher zu stellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich."

Nach außen hin ist es damals nicht bekannt geworden, daß dem Beschlusse, die Kredite zu bewilligen, am dritten August im Schoße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stundenlange heftige Kämpfe vorangegangen waren und daß schließlich 14 Abgeordnete in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten. Im Plenum des Reichstages kam dieser Widerspruch nicht zum Ausdruck. Alle anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten — und es waren mit zwei oder drei Ausnahmen sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten zur Stelle — stimmten, entsprechend dem Beschlusse der Fraktion einmütig für die von der Regierung geforderten Geldmittel. Auch Karl Liebknecht. Nur ein einziger Abgeordneter, Fritz Kurnert-Halle, entfernte sich im Augenblick der Abstimmung aus dem Saale, um ihn unmittelbar nach der Abstimmung wieder zu betreten. Der Vorgang blieb damals völlig unbemerkt, erst mehr als anderthalb Jahre später hat Kunert selbst ihn erzählt und erklärt, seine sozialistische Gewissenspflicht habe es ihm schon am 4. August verboten, auch nur einen Pfennig für kriegerische Zwecke zu bewilligen.

Wie die Massen draußen im Lande, und besonders auch die Millionen der ins Feld rückenden Sozialdemokraten, so billigte auch das wichtigste Sprachrohr der Partei, die sozialdemokratische Presse, fast ohne Ausnahme das Verhalten der Fraktion. Nur der „Vorwärts" und zwei oder drei andere Blätter hielten sich wenn auch nicht oppositionell, so doch reserviert, in allen übrigen sozialdemokratischen Tageszeitungen und auch in der gesamten Gewerkschaftspresse kam jubelnde Zustimmung zu dem Beschluß der Fraktion zum Ausdruck, zu einem Beschlusse, den noch eine Woche vorher kaum ein Mensch für möglich gehalten hätte. Es wird weitere Kreise, denen die sozialdemokratische Presse nicht zugänglich ist, interessieren zu hören, welche Stimmung damals in den deutschen Arbeiterzeitungen machtvoll emporbrandete. Auch für den Geschichtsschreiber künftiger Tage wird es wertvoll sein, wenn wir hier eine Reihe von

Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse aus den Tagen des Kriegsbeginnes wiedergeben. Was wir hier anführen, ist nicht zu einem polemischen Zweck sorgfältig ausgesucht, es bietet vielmehr ein durchaus typisches Stimmungsbild aus den sozialdemokratischen Zeitungen jener Tage. Soweit von einer Tendenz in dieser Auswahl überhaupt die Rede sein kann, so besteht sie höchstens darin, daß wir solche Blätter bevorzugt haben, die seit Jahren, teilweise sogar seit Jahrzehnten, auf dem linken Flügel der Partei, auf der Seite der sogenannten „Radikalen", gefochten hatten. Daneben haben wir nur drei oder vier Aeußerungen aus dem Lager des alten „Revisionismus" Raum gegeben.

Das „Hamburger Echo" vom 6. August erklärte:

„. . . In Allen lebt das Bewußtsein des furchtbaren Ernstes der Situation, in der es sich tatsächlich eventuell um Sein oder Nichtsein des Reiches, um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes und um die Erhaltung oder Vernichtung deutscher Kultur handelt. Das sind Güter, an deren Erhaltung und Schutz auch die Arbeiterklasse und mit ihr die Sozialdemokratie ein lebhaftes Interesse hat, die sie nicht vernichten lassen darf, wenn sie nicht auch ihr eigenes Klasseninteresse schwer schädigen will."

Die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung" vom 5. August schrieb:

„Es ist berechtigt, und es ist notwendig, und es ist gut, wenn Deutschland sein Schwert zieht, wenn Deutschlands Söhne nun überall bereitstehen, um das Land ihrer Väter, das Fortbestehen ihres Volkes zu verteidigen. Entweder untergehen, nachdem wir das Letzte gewagt haben, oder siegen und ganz Europa befreien, das ist nunmehr die Losung....

Unter solchen Umständen tritt die deutsche Sozialdemokratie rückhaltlos auf die Seite der Regierung, an die Seite des übrigen Volkes..."

Die „Essener Arbeiterzeitung" vom gleichen Datum sagte:

„Verteidigung unseres Landes! Niederschlagen seiner Feinde! Zwar ist es eine grausame Ironie der Weltgeschichte: Wir Sozialdemokraten, die „vaterlandslosen Gesellen", wir, die

wir die grimmigsten Gegner des Krieges sind, wir, die wir gern alles aufgeboten hätten, ihn zu verhüten, wir sind heute die Hoffnung, der Stolz, die Freude unserer Patrioten! Froh und stolz verkünden die leitenden Männer im Reichstag, daß auch die grundsätzlichen Gegner des Krieges alle erforderlichen Mittel bewilligen ..."

Die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg äußerte sich so:

„Es gilt, alles daran zu setzen, die vielen Feinde unseres Landes niederzuringen, jeden Fußbreit deutschen Bodens zu sichern, daß er nicht in die Gewalt eines fremden Machthabers komme. Wer nicht will, daß Königsberg und Danzig, daß Stettin und Breslau russisch, daß Köln und Düsseldorf, daß Mainz und Speyer französisch werden, der muß, so sehr er auch ein Feind des Krieges sei, alles daran setzen, den Feind so weit als möglich von unseren Grenzen fernzuhalten."

Und das gleiche Blatt an einer anderen Stelle:

„Unser Volkstum wollen wir uns bewahren, den Boden, auf dem wir kämpfen für ein besseres und freieres Deutschland, wollen wir dem deutschen Proletariat sichern. Das erfüllt uns in diesen bitteren Stunden ... Wir wollen nicht, daß der Zar, an dessen Friedensliebe selbst am Tag des Erlasses seines Friedensmanifestes die Sozialdemokratie nicht geglaubt hat, der der ärgste Feind des russischen Volkes ist, über einen gebietet, der deutschen Stammes ist."

Das „Volksblatt für Halle" sagte unter dem 5. August:

„.... Wenn es richtig ist, daß wir von Rußland angegriffen wurden — und alle Meldungen haben das bisher so zu erkennen gegeben —, so ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alle Mittel für die Verteidigung bewilligt. Der Zarismus muß mit aller Kraft aus dem Lande geworfen werden! Das ist bei aktueller Bedrohung die wichtigste Aufgabe der Nation."

Die „Königsberger Volkszeitung", die fast unmittelbar vor den Toren Rußlands erscheint, brachte damals an leitender Stelle Tag für Tag donnernde Sturmrufe gegen den Zarismus. Eine Stelle (vom 5. August) statt vieler:

„. . . Jetzt wäre die Verweigerung der Mittel zur Kriegführung gleichbedeutend mit einer Eroberung deutscher Landesteile, vor allem Ostpreußens, durch die Truppen Nikolaus des „Herzlichen“ gewesen . . .“

„. . . In dieser ernsten Stunde hat der Reichstag bewiesen, daß das ganze deutsche Volk einig und geschlossen gegen seine Feinde zusammensteht. Jetzt handelt es sich darum, die deutsche Kultur, die deutsche Ehre, auch alle organisatorischen Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft gegen die Feinde zu verteidigen. Das wird und muß jedem Soldaten zum Bewußtsein kommen und sein Vertrauen heben . . .“

Und an einer anderen Stelle der gleichen Nummer:

„In der Not des deutschen Volkes denken wir nicht an die Unbill und Ungerechtigkeit, die wir zu dulden hatten; wir stehen treu zu den Volksgenossen bis zum Tod. Das Wehen eines neuen Geistes geht durch Deutschland! Es liegt in der Luft, es liegt im Gefühl. Anders ist es schon jetzt, und mehr noch wird kommen, muß kommen.“

Der „Stettiner Volksbote“ vom gleichen Tage erklärte:

„. . . Ein Wald von Feinden, bis an die Zähne bewaffnet, umgibt uns. Da gilt es denn, nicht die Haut einfach zu Markte zu tragen, sondern einen energischen Abwehrkampf aufzunehmen, der unsere Gegner in Angst und Schrecken versetzt. Gut und Blut unserer Brüder und Klassengenossen, das Wohl und Wehe unserer Familien, ja die gesamte deutsche Kultur, die den Neid mancher unserer Feinde schon erregt hat, steht jetzt auf dem Spiele. Sollen wir da Gewehr bei Fuß stehen, sollen wir das drohende Unglück in seiner großen, schrecklichen Gestalt ruhig über uns kommen lassen? Das kann und darf nicht sein!!“

Und die „Chemnitzer Volksstimme“:

„Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja! . . . Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt gegen einen schonungs-

losen und barbarischen Feind. Nicht mit Hurra und nicht mit Haß gegen die russischen Arbeiter, nicht mit Gott für den König, aber für die deutsche Freiheit und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes werden unsere Genossen in den Kampf ziehen!"

Die „Weimarische Volkszeitung" (6. August) stellt die Sachlage so dar:

„Der Sachverhalt ist von entsetzlicher Einfachheit. Das Unfaßbare ist Wirklichkeit geworden. Die Bewilligung der notwendigen Verteidigungsmittel durch die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse ist nur die selbstverständliche Konseqeuenz dieser ungeheuren Tatsache."

Die „Münchner Post" schrieb (6. August):

„. . . Nun ist die zarte, von den Freunden des Volkes und der Freiheit gehegte Pflanze des Rechts und der Freiheit, nun ist das Volk selbst bedroht von den Horden des Blutzaren, denen sich das irregeführte Frankreich, das kapitalistische England zugesellt. Ein Kampf auf Leben und Tod hat begonnen. Wir müssen, wir werden ihn mit Ehren bestehen."

In der „Rheinischen Zeitung" in Köln vom 5. August heißt es im Leitartikel:

„. . . Gegen diesen Zarismus kämpfen wir. Mit seinen Bärentatzen will er die Kultur ganz Westeuropas zerstampfen und seine barbarischen Völkerschaften auf unsere Frauen und Kinder hetzen. Jahre hindurch hat er auf der Lauer gelegen und den Ueberfall vorbereitet. Ohne die Hilfe Frankreichs, dessen Anschluß an Rußland sich vielleicht hätte vermeiden lassen, würde er sich niemals getraut haben. Der Zweifrontenkrieg sollte uns aufgezwungen werden und der gekrönte Henker scheute nicht davor zurück, den ruchlosen Mord von Serajewo in den Dienst seiner Verbrecherpläne zu stellen.

Ueber Nikolaus den Zweiten komme das Blut der Opfer dieses entsetzlichen Krieges! Er hat den höllischen Brand gewollt und soll dafür gestraft werden. Der russische Bär lastete auf Westeuropa wie ein fürchterlicher Alp. Wenn unsere Soldaten in den Kampf ziehen und ihr Blut vergießen, wenn unsagbares Elend Millionen von Menschen heimsucht, so wissen wir doch, daß all dieses Fürchterliche

getragen werden muß um der endlichen Erlösung willen. Tut eure Pflicht, ihr Freunde, gleichviel, wohin das Geschick euch stellt! Ihr kämpft für die Kultur Europas, für die Freiheit eures Vaterlandes und euer eigenes Wohlergehen."

Und Tags darauf schließt dasselbe Blatt einen „Dafür kämpfen wir" überschriebenen Artikel mit den Worten:

„Das Volk bringt jetzt furchtbare Opfer, aber es bringt sie nicht für Einzelne oder für eine Minderheit, es kämpft für sich selbst, für seine Freiheit nach außen und innen. Die schlimmste Gefahr droht jetzt seiner Freiheit aus dem barbarischen Osten und solange diese Gefahr nicht abgewehrt ist, gibt es nur einen Willen, nur eine Pflicht: Wir wollen keine Knechte sein, am wenigsten aber Knechte des Zaren und seiner Vasallen!"

Zwei Wochen nach Kriegsausbruch, am 16. August schrieb die „Magdeburger Volksstimme":

„Das politische wie wirtschaftliche Interesse der Arbeiterschaft verlangt, daß Deutschland in dem fürchterlichen, blutigen Ringen Sieger bleibt. Deshalb erfüllen die mehr als zwei Millionen Sozialdemokraten, die ins Feld gezogen sind, ihre Pflicht bis zum letzten Atemzuge!"

In der „Mannheimer Volksstimme" vom 5. August war zu lesen:

„. . . So umschloß denn auch Kaiser, Regierung, die Vertreter des Bürgertums und nicht zuletzt das Proletariat zum erstenmal das gemeinsame Band der restlosen Einmütigkeit und des ernsten Willens das Letzte dranzugeben für Deutschlands Freiheit, Deutschlands Größe."

Das „Norddeutsche Volksblatt" in Rüstringen schrieb am 8. August:

„Rückhaltlos setzen wir alles ein für unser bedrohtes Vaterland. Wir haben gezeigt und werden zeigen, daß wir internationale Sozialisten Patrioten sind im besten Sinne des Wortes."

Den gleichen Artikel druckte am nächsten Tage noch eine ganze Anzahl weiterer sozialdemokratischer Blätter ab, auf deren Aufzählung wir verzichten.

Zwei Tage vorher, am 6. August, las man im Leitartikel der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“:

„Wir sprechen die feste Zuversicht aus, daß sich in den nächsten Tagen die ganze Größe und Macht Deutschlands der Welt offenbaren möge.“

Aus der vorhin schon zitierten „Rheinischen Zeitung“ in Köln sei noch ein etwas späteres Zitat (vom 17. September 1914) hier eingefügt, da es sehr charakteristisch für das Friedensziel ist, wie es sich damals fast die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands vorstellte und wie es auch heute noch in den Herzen zahlloser deutscher Proletarier lebt. Die Stelle lautet:

„Auch die deutsche Arbeiterklasse kann einen Frieden nicht wünschen, der nichts anderes sein würde als bloßer Waffenstillstand. Die Unsicherheit Europas würde fortdauern, das Wettrüsten noch verschärft weitergeführt werden, die Staaten würden gierig auf den Augenblick der endgültigen blutigen Abrechnung warten. Nach wie vor würde Europa einem Pulverfaß gleichen. Einen solchen Frieden kann niemand wünschen. Dem deutschen Volke hat bittere Notwendigkeit das Schwert in die Hand gedrückt. Dieser Krieg ist grausam über alle Maßen, er fordert furchtbare Opfer von uns allen, aber das Blut unsrer Volksgenossen wäre umsonst hingegeben worden und alle Opfer wären vergebens gebracht, wenn jetzt ein fauler Friede zustande käme.

Erst muß Rußland niedergerungen werden. Solange das Moskowitertum nicht gefesselt am Boden liegt, darf ein Krieg nicht beendet werden, der Europa von Asien befreien, Rußland aus der europäischen Politik ausschalten soll und eine Annäherung der wirklichen Kulturstaaten anbahnen muß. Das Antlitz Europas muß gründlich verändert werden. Wenn Frankreich einen ehrlichen Frieden will, so wird Deutschland die dargebotene Hand um so weniger ausschlagen, als dem westlichen Kulturvolk dieser

Krieg nur als Verbündeter Rußlands gilt. In die französischen Sozialisten innerhalb des Ministeriums, namentlich in einen Mann wie Marcel Sembat, setzen wir das Vertrauen, daß dort noch früh genug das erlösende Wort gefunden und wuchtig in die Wagschale geworfen wird. Mit Rußland jedoch muß die blutige Abrechnung unerbittlich vollzogen werden."

Endlich noch eine Stelle aus einem Artikel der „Erfurter Tribüne" aus den ersten Augusttagen:

„Es gibt in Deutschland keine Partei, keine Gruppe und keinen Menschen, der in diesem Krieg eine Niederlage Deutschlands will. Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle. Und unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben es unzählige Male für eine Verleumdung erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr im Stich lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den „Patrioten" in keiner Weise übertreffen lassen."

Damit sei es genug. Hinderte uns nicht der beschränkte Raum daran, so könnten wir viele Seiten lang in dem gleichen Sinne weiter zitieren.

So bot also die deutsche Arbeiterbewegung zu Kriegsbeginn ein ganz einheitliches, geschlossenes Bild: so gut wie restlos hatten sich die Massen, ihre parlamentarischen Vertreter und ihre Wortführer in der Presse eingeordnet in die große Schlachtreihe des für seine Existenz und für seine Zukunft kämpfenden deutschen Volkes.

Die Wirkung dieser großen historischen Tatsache war ungeheuer: sie war gleich groß in moralischer wie politischer und militärischer Hinsicht. Alle Staatsmänner und Heerführer stimmen darin überein: mit einer sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Rücken, die — und sei es auch nur durch mürrisch-passives Beiseitestehen — dem Kriege Schwierigkeiten bereitet hätte, oder die gar die Flamme der Zwietracht in das zum Kampf auf Leben und Tod herausgeforderte deutsche Volk geworfen hätte: mit einer solchen sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Rücken hätten nun und nimmermehr jene

ungeheuren Leistungen vollbracht werden können, die vollbracht worden sind. Man überlege nur: in welcher Stimmung, unter was für Gewissensqualen wären die sozialdemokratischen Arbeiter ins Feld gezogen, wenn sie sich hätten sagen müssen: wir sollen die ungeheuersten Anstrengungen erdulden, wir sollen bluten, wir sollen unser Leben einsetzen für eine Sache, die dort in der Heimat von den Unseren mit dem Aufgebot aller Kraft bekämpft wird! Wie hätte solche Stimmung von Millionen von Kämpfern daheim und wie hätte sie auf den Geist der Ausmarschierten gewirkt! Nimmermehr hätte jene wundervolle, Alles mit sich fortreißende Augustbegeisterung, die Keiner jemals wieder vergessen wird, der sie miterleben durfte, durch das ganze deutsche Volk gehen können, jene Stimmung, die, einer gewaltigen Woge gleich, unsere Heere bis dicht vor die Tore von Paris trug, wenn die Sozialdemokratie damals teilnahmslos bei Seite gestanden hätte!

Wir sagen das Alles hier keineswegs, um daraus für die Sozialdemokratie einen besonderen Ehren- und Ruhmestitel herzuleiten, oder für das deutsche Volk eine besondere Dankespflicht gegenüber der Sozialdemokratie daraus zu folgern. Was die Sozialdemokratie damals und was sie während des ganzen Krieges getan hat, das tat sie nicht ihren Gegnern, das tat sie nicht der Regierung und den herrschenden Parteien zu Liebe, das tat sie in erster Linie im Interesse der von ihr vertretenen deutschen Arbeiterklasse selbst, das unauflöslich verbunden ist mit dem Interesse des ganzen deutschen Volkes. Doch darüber, über all diese inneren Zusammenhänge, wird an anderer Stelle dieser Schrift noch Manches zu sagen sein. Hier kommt es uns nur auf die Darstellung *der Vorgänge selbst* an. Und da ist es einfach die Konstatierung einer historischen Tatsache, wenn wir aussprechen: wäre damals nicht die deutsche Sozialdemokratie so einmütig und so vorbehaltlos auf den nationalen Boden getreten, so wäre das große Augusterlebnis des deutschen Volkes, dessen Zeugen wir Alle waren, *niemals möglich geworden.*

Selbstredend ist es eine abgeschmackte Verleumdung, wenn in gewissen Zeitungen des deutschfeindlichen Auslandes im Herbst 1914 zu lesen war, die deutsche Sozialdemokratie habe sich die Zustimmung zu den Kriegskrediten *von Herrn Bethmann Hollweg* durch *allerlei Zugeständnisse auf innerpolitischem Gebiete abkaufen lassen.* Davon ist natürlich keine Rede. Für einfache Pflichterfüllung läßt man sich nicht bezahlen. Wohl aber zogen die Behörden und die bürgerlichen Parteien aus der

durch den vierten August geschaffenen neuen Lage von selbst eine Reihe von Konsequenzen: der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie stellte sofort nach Kriegsausbruch seine Tätigkeit ein, der Militärboykott über sozialdemokratische Lokale wurde aufgehoben, die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse sowie alle anderen Erzeugnisse der sozialdemokratischen Literatur durften von Ende August 1914 an ungehindert im Heere verbreitet werden. Preußische Minister und Polizeipräsidenten (sogar Herr von Jagow in höchsteigener Person!) statteten sozialdemokratischen Volkshäusern, Gewerkschaftszentralen und Konsumvereinseinrichtungen feierliche Besuche ab, sozialdemokratische Schuldeputierte und Beigeordnete wurden bestätigt, in den Betrieben der Eisenbahnverwaltungen wurden stillschweigend zu Tausenden auch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter eingestellt, in Preußen wurde die berüchtigte lex Arons de facto außer Kraft gesetzt und Württemberg erlebte den ersten sozialdemokratischen Hochschullehrer; der Kampf gegen die freie Jugendbewegung wurde eingestellt, alle gegen die Gewerkschaften schwebenden Prozesse wurden niedergeschlagen, eine, wenn auch zunächst noch recht schwächliche Teilrevision des Vereinsgesetzes von 1908 wurde in die Wege geleitet, eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts kündigte man wenigstens formell an und eine Neuorientierung unserer gesamten inneren Politik wurde zwar noch nicht durchgeführt, wohl aber mehrfach vom Bundesratstische im Reichstage und von der Ministerbank des Preußenparlaments her in Aussicht gestellt.

Auf der anderen Seite wieder stellten die Arbeiterorganisationen, vornehmlich die Gewerkschaften, ihren ganzen Apparat und einen sehr beträchtlichen Teil ihres Vermögens in den Dienst der Kriegsfürsorge und des wirtschaftlichen Durchhaltens. Nach vielen Millionen zählen die Summen, die sie als Unterstützungen an die Familien ihrer ins Feld hinausziehenden Berufsangehörigen auszahlten. Ohne ihre tätige Mithülfe hätte sich die Neuordnung des beim Ausbruch des Krieges in volle Desorganisation geratenen Arbeitsmarktes, die Bergung der Ernte von 1914 und die Umstellung unserer ganzen Industrie auf die Zwecke des Kriegsbedarfs nimmermehr so verhältnismäßig glatt vollzogen, wie wir es erlebt haben. Daß die Gewerkschaften sofort beim Ausbruch des Krieges alle im Gange befindlichen Streiks und Lohnbewegungen abbrachen und — trotz stärkster Anreize, die die wirtschaftliche Konjunktur vielfach ergab, — neue Bewegungen dieser Art nicht einleiteten, versteht sich nach dem Gesagten von selbst.

5. Die positive Arbeit der Sozialdemokratie in der Kriegszeit.

Bevor wir auf den äußeren Verlauf und das innere Wesen des sozialistischen Parteikonfliktes im Einzelnen eingehen, möchten wir hier in aller Kürze wenigstens auch der bedeutungsvollen positiven Arbeit in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht gedenken, die trotz aller Lähmung durch die innere Krise die sozialdemokratische Partei in engster Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften während des Krieges geleistet hat. Denn was wir davon am Schlusse des vorigen Kapitels andeuteten, Mithülfe bei der Sicherung der Ernte von 1914, bei der Regelung des Arbeitsmarktes nach seiner ersten großen Erschütterung, bei der Umorganisierung unserer gesamten Industrie): das war nur die Einleitung zu einer umfassenden inneren Kriegspolitik größten Stils, die die deutsche Sozialdemokratie während dieser verflossenen anderthalb Jahre getrieben hat. Nur einiges Wenige sei aus dieser inneren sozialistischen Kriegspolitik, die ihr Gebiet ständig und konsequent erweiterte, hier herausgegriffen: Allerorts traten sozialdemokratische Frauen und Männer in die bei Kriegsausbruch sogleich gebildeten Kriegshilfskommissionen ein. Sie leisteten dort nicht nur durch Kritik und unablässiges Vorwärtstreiben sondern auch durch regste Mitarbeit die wertvollsten Dienste, Dienste, die naturgemäß nicht nur den Parteiangehörigen selbst sondern den weitesten Schichten der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung zugute kamen. Sozialdemokratische Gemeindevertreter, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsbeamte, Parteisekretäre usw. konnten da infolge ihrer langjährigen Praxis und ihrer intimen Kenntnis des Lebens und der Lebensnöte der kleinen Leute ihren Mitarbeitern aus bürgerlichen Kreisen in den Kommissionen in wirksamster Weise mit Rat und Tat an die Hand gehen.

Was in dieser Richtung nicht nur in den Großstädten sondern auch in vielen tausenden von kleineren Orten und auch weit draußen auf dem flachen Lande von Sozialdemokraten geleistet worden ist, widerlegt — wenn es einer solchen Widerlegung überhaupt noch bedürfte — aufs Wirksamste das alte törichte Märchen von der lediglich negierenden, zersetzenden Tätigkeit der modernen Arbeiter-

bewegung. Hier ist, unbemerkt von der großen Oeffentlichkeit, in der Stille kleiner Beratungszimmer, in zahllosen Einzelakten sozialer Hilfstätigkeit überaus Wertvolles geleistet worden.

Und was überall im Reiche im Kleinen geschah, das taten die leitenden Körperschaften der Partei und der Gewerkschaften, der Parteivorstand und die Generalkommission, im Großen. Von den ersten Kriegswochen an bis auf den heutigen Tag haben sie in ständiger Fühlung mit der Regierung und den leitenden Behörden gestanden, um dort mit aller ihrer großen Sachkenntnis und zugleich mit stärkster Energie die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Volksmassen wahrzunehmen. Immer wieder haben sie in ausführlich begründeten Eingaben, mit deren Abdruck wir ganze Bogen dieser Schrift füllen könnten, wie in persönlichen Vorstellungen ausreichende und durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, zur zweckmäßigen Verteilung der vorhandenen Vorräte, zur Verhütung des verbrecherischen Wuchers mit Lebensmitteln gefordert. An der zu Beginn des Jahres 1915 durchgeführten Beschlagnahme der Getreidevorräte und der Einführung von Brot- und Mehlkarten, d. h. an einer der wenigen inneren Kriegsmaßnahmen der Regierung, mit denen man vollauf zufrieden sein kann, gebührt den leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung ein nicht geringer Teil des Verdienstes und nicht ihre Schuld (übrigens ebensowenig die Schuld des Bundes der Landwirte) ist es, wenn diese Maßregeln um etwa ein halbes Jahr zu spät ergriffen wurden. Von den führenden Männern der Arbeiterbewegung sind in diesem Zusammenhange, ohne die Verdienste der anderen irgendwie schmälern zu wollen, in erster Linie Fritz Ebert und Robert Schmidt zu nennen. Leider haben ihre Bemühungen in der Kartoffelfrage, in der Frage der Fettverteilung und der Fleischversorgung, in der Zuckerfrage, in den Fragen der Verteilung von Kohlen an die minderbemittelte Bevölkerung, der Erhöhung und besseren Regelung der Kriegsunterstützung und in manchen anderen Dingen nicht den gleichen Erfolg gehabt, wenn sie auch keineswegs ganz erfolglos geblieben sind. Denn hier waren zum Teil die Widerstände der Interessenten so groß, zum Teil arbeitete der bureaukratische Apparat so schwerfällig und unsicher, daß auch der größte Eifer der sozialistischen Vertreter rechtzeitige und gründliche Maßnahmen nicht durchzusetzen vermochte. — Wie in solchen Eingaben und in zahllosen Konferenzen, so haben die sozialistischen Wortführer auch in den Kommissionen des Reichstages und in seinem Plenum,

nicht weniger auch in allen einzelstaatlichen Parlamenten Alles was in ihrer Macht stand getan, um den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Massen Geltung zu verschaffen.

Selbstredend haben auch in allen Angelegenheiten, die das Wohl der zu den Fahnen Einberufenen selbst betreffen (Behandlung, Besoldung, Verpflegung, Urlaubserteilung usw.) die sozialdemokratischen Vertreter sich der Interessen der Feldgrauen aufs Wärmste angenommen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch überall dort — und diese Fälle waren wahrlich nicht vereinzelt — wo die Zensur über die Schranken hinaus ging, die ihrer Tätigkeit durch die Interessen der militärischen Sicherheit des Reiches gezogen waren, oder wo andere auf Grund des Belagerungszustandes verhängte Maßnahmen zu Unzuträglichkeiten geführt hatten, die sozialdemokratische Parteileitung mit Eingaben und persönlichen Vorstellungen bei den Regierungsvertretern eingriff. Auch Blätter wie die „Tägliche Rundschau" haben wiederholt rückhaltlos anerkannt, daß keine andere politische Partei sich im Parlament wie außerhalb des Parlaments so energisch der staatsbürgerlichen Rechte nicht nur ihrer eigenen Parteigenossen angenommen hat, wie die Sozialdemokratie.

Endlich noch eins: der Endzweck des Krieges kann nur einer sein — die möglichst rasche Herbeiführung eines ehrenvollen und gesicherten Friedens. Diese Aufgabe fällt — das liegt im Wesen des Krieges — in erster Linie der bewaffneten Macht zu. Aber nicht ihr allein! Wie der Krieg nach Clausewitzens seit dem August 1914 zu Tode gehetzten Wort nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, so muß die Politik auch dem Kriege selbst Richtung und Ziel geben. Das hat die sozialdemokratische Partei in ihren leitenden Körperschaften vom August 1914 an keinen Moment aus dem Auge verloren. Unaufhörlich und ohne sich durch die zahlreichen Mißerfolge, die ihr dabei beschieden waren, irgendwie entmutigen zu lassen, hat die deutsche Sozialdemokratie schon während des Krieges sich bemüht, die Grundlagen für die kommende Verständigung der Völker zu schaffen. Sie hat deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit angekämpft zwar nicht gegen etwa notwendige Grenzsicherungen, wohl aber gegen die phantastischen Welteroberungspläne gewisser Kreise, die nicht nur den Kampfeswillen der Feinde trotz aller ihrer schweren militärischen Niederlagen immer wieder bis zum Aeußersten auf-

stachelten, sondern auch im neutralen Auslande der deutschen Sache den denkbar schwersten Schaden zugefügt haben. Immer wieder hat ferner die deutsche Sozialdemokratie auch nach Wegen gesucht, um mit den sozialistischen Parteien des feindlichen Auslandes zu einer Verständigung über die Grundlagen des kommenden Friedens zu gelangen und um eine gemeinsame Aktion für die schnelle Herbeiführung dieses Friedens ins Werk zu setzen. Wie der deutsche Parteivorstand sich noch in den Tagen des Kriegsausbruchs selbst durch die Entsendung eines seiner Mitglieder, des Parteisekretärs Hermann Müller, nach Paris bemüht hatte, ein einheitliches Vorgehen der deutschen und französischen sozialistischen Parlamentsfraktionen sicherzustellen, so beginnen schon im September 1914, also wenige Wochen nach Kriegsausbruch, seine Anstrengungen, die nun doch zerrissenen Fäden zwischen der deutschen und französischen Sozialdemokratie wieder anzuknüpfen und damit zugleich wenigstens die Grundlagen für die kommende Verständigung auch der ganzen Völker zu schaffen. Diese Bemühungen, die im Einzelnen zu schildern uns hier viel zu weit führen würde sind später dann immer von neuem aufgenommen worden, so schroffer Ablehnung sie auch besonders auf französischer Seite begegnet sind. Ebenso sind alle von den Sozialisten neutraler Staaten ausgegangenen Versuche, eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien der kriegführenden Länder anzubahnen, von der deutschen Sozialdemokratie stets mit der gleichen freudigen Bereitwilligkeit unterstützt worden, während sie bei den Sozialisten der Weststaaten, besonders bei den französischen Sozialisten, keinerlei Echo fanden. Auch in zahlreichen sonstigen Kundgebungen — wir erinnern nur an ihr bekanntes Friedensmanifest vom 23. Juni 1915 — hat die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie, teils für sich allein, teils in Gemeinschaft mit der österreichischen Bruderpartei, sich für eine möglichst rasche Beendigung des furchtbaren Krieges eingesetzt. Und weder die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses haben irgend eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne in der deutlichsten Weise dem Friedenswillen des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, der keineswegs einer Stimmung der Schwäche entstammt, sondern nichts anderes ist als der selbstverständliche Ausdruck des mit dem Gefühl der sicheren Stärke und Ueberlegenheit gepaarten Abscheues vor einer zwecklosen Fortsetzung des entsetzlichen Blutvergießens. Ihren vorläufigen Höhepunkt dürfte diese nicht nur im Interesse unseres deutschen

Volkes sondern damit zugleich auch im Interesse der ganzen Menschheit liegende Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie in der großen Interpellationsdebatte des Reichstages vom 9. Dezember 1915 gefunden haben. In mustergiltiger und für die Sozialisten aller Länder geradezu vorbildlicher Weise haben da die Abgeordneten Scheidemann und Dr. Landsberg in ihren Reden die Bekundung des ernstesten Friedenswillens mit der Bekundung des Willens zum unerschütterlichen Durchhalten — wenn es denn nun einmal sein muß — zu vereinigen gewußt.

Also auch nach dieser Richtung hin, in der Arbeit für die schnelle Herbeiführung eines Friedens, wie er den Lebensinteressen des deutschen Volkes und damit zugleich auch den höchsten Interessen der ganzen Kulturmenschheit entspricht, hat die deutsche sozialdemokratische Partei getan, was nur irgend in ihren Kräften stand. Will man ihr durchaus hier einen Vorwurf machen, so könnte man höchstens die Frage aufwerfen, ob sie nicht — angesichts der unaufhörlichen schroffen Zurückweisungen ihres Strebens durch die Sozialisten des feindlichen Auslandes — die äußerste Grenze des Möglichen und Zulässigen schon überschritten hat. Aber schließlich: etwas zu viel ist in diesem Falle immerhin besser als zu wenig! Niemand soll dereinst der deutschen Sozialdemokratie nachsagen und niemand wird es ihr nachsagen können, daß es an ihr gelegen habe, wenn das schauerliche Morden auch nur einen Tag länger fortgesetzt wurde als die bittere Notwendigkeit es gebot.

Auch den kommenden großen Aufgaben, besonders der unumgänglich notwendigen Neuregelung unseres ganzen deutschen Steuerwesens, der Schaffung von Staatsmonopolen usw. arbeitet heute schon die sozialdemokratische Partei literarisch wie in Konferenzen von wissenschaftlichen und parlamentarischen Fachleuten und in anderer Weise vor. Ganz besonders hat sie ihr Augenmerk auch auf die Neugestaltung unserer wirtschaftspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, auf die Frage: „Mitteleuropa" gerichtet. So fand am 9. Januar 1916 im Reichstage eine etwa achtstündige, diesen Fragen gewidmete und in ihrem Verlaufe hochbedeutsame Konferenz statt, an der auch hervorragende Vertreter der österreichischen Arbeiterbewegung beteiligt waren.

---

6. Der äußere Verlauf der sozialistischen Krisis.

Im vierten Kapitel schilderten wir, wie sich nicht künstlich, sondern ganz natürlich, aus der Notwendigkeit der Dinge selbst herauswachsend beim Beginn des Krieges in Deutschland das durchsetzte, was wir seitdem den „Burgfrieden" nennen. Burgfrieden herrschte damals nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien, sondern auch innerhalb jeder Partei selbst. Der Richtungsstreit, der, was die bürgerlichen Parteien angeht, früher besonders unter den Nationalliberalen und den Zentrumsleuten getobt hatte schwieg ebenso wie der alte Konflikt zwischen „Radikalen" und „Revisionisten" in der Sozialdemokratie. Waren doch in jenen Tagen, als die ganze Zukunft des deutschen Volkes aufs Schwerste gefährdet erschien, alle diese innerpolitischen und innerparteilichen Streitfragen weit in den Hintergrund gedrängt worden von der einen großen Notwendigkeit der nationalen Selbstbehauptung. In anderen Ländern, besonders in Frankreich, war es genau so; was man bei uns den Burgfrieden nannte, nannte und nennt man dort die „heilige Einigkeit".

Es ist hier nicht der Ort, im Einzelnen zu schildern, wie es kam und wie es wohl auch kommen mußte, daß jener Burgfrieden unter den einzelnen Parteien und zwischen ihnen und der Regierung, der in den ersten Kriegswochen herrschte, nicht in der absoluten Weise von damals aufrechterhalten werden konnte. Es war zu viel schöner Ueberschwang, zu viel an sich ja recht lobenswerte Ideologie und auch zu viel Utopismus dabei, als daß es so hätte bestehen bleiben können. Die Gegensätze der Klassen, aus denen sich verschiedene politische Interessen und damit auch gegensätzliche politische Anschauungen von selbst ergeben, treten während des Krieges gewiß weit zurück hinter die allen Klassen und allen Parteien gemeinsamen nationalen Notwendigkeiten, sie sind dadurch aber natürlich durchaus nicht restlos ausgeschaltet. Man denke nur an die Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern in der Frage der Lebensmittelversorgung, Gegensätze die keineswegs ausschließlich in Raffgier und Wuchergelüsten der einen Seite begründet zu sein brauchen sondern zu einem guten Teil im Wesen der Sache selbst liegen!

Außerdem schafft der Krieg auch allerlei neue Gegensätze. Neue Gegensätze zwischen den Parteien, neue Gegensätze zwischen ihnen und der Regierung (man denke an die Frühjahrskämpfe 1916 zwischen der Regierung und der Rechten!) und auch neue Gegensätze innerhalb der Parteien.

Und schon in der Einleitung zu diesem Schriftchen wiesen wir darauf hin, daß diese neuen Gegensätze nirgends so schroffe Formen angenommen haben und nirgends mit so großer Erbitterung durchgefochten werden wie in der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Kapitel soll nun zunächst der Verlauf dieser Kämpfe innerhalb der Sozialdemokratie in großen Umrissen rein äußerlich geschildert werden. Wir werden uns dabei auf das beschränken, was zum Verständnis des inneren Wesens der Krise, von dem später ausführlich geredet werden wird, absolut erforderlich ist.

* * *

In den ersten zwei, drei Kriegsmonaten war in der Partei der Widerstand gegen die Politik der Reichstagsfraktion und der Parteileitung nur sehr gering und nach außen fast garnicht bemerkbar. Der Schreiber dieser Zeilen kann aus eigener Erfahrung mitteilen, daß damals selbst bei der Arbeiterschaft Groß-Berlins die Zustimmung zu der offiziellen Parteipolitik durchaus überwog. Es waren nur ganz kleine vornehmlich von Literaten gebildete Kreise, die schon in jenen Tagen in bitteren Worten ihrem Unmut und ihrer Empörung über die Politik der leitenden Parteikörperschaften Luft machten. Dagegen kam in der Sitzung des Parteiausschusses, einer aus Vertretern der Parteiorganisationen des ganzen Reiches zusammengesetzten Körperschaft, und bei den Verhandlungen einer Konferenz von Redakteuren aller sozialdemokratischen Zeitungen des Reiches die Opposition nur ganz schwach zum Ausdruck. Und wie bei diesen beiden Tagungen, die noch in den September 1914 hinein fielen, so war es auch bei der Tagung der preußischen Parteivertreter, der preußischen Landeskommission, im Oktober 1914. Abgesehen von einigen der sozialistischen Landtagsabgeordneten selbst herrschte auch dort nur eine Stimme über die absolute Notwendigkeit der Politik des vierten August und ihrer Fortführung.

Erst mit Ende Oktober setzt in weiteren Parteikreisen allmählich ein Umschwung ein. Die Ereignisse in Frankreich, die der Schlacht an der Marne gefolgt waren, die langwierigen Kämpfe in Nord-

flandern, die zeitweiligen Rückschläge in Russisch-Polen hatten die Hochstimmung und den Siegesrausch der ersten Kriegswochen verfliegen lassen, sie hatten gezeigt, daß die einfache Uebertragung des Schemas eines ununterbrochenen Siegeslaufes aus den Jahren 1870 und 1871 auf die gigantischen Verhältnisse dieses Weltkrieges denn doch nicht angängig gewesen war. Der Eintritt der Türkei in den Krieg, die unerwartet große Widerstandskraft der Russen und auch der Serben und viele anderen Beobachtungen ließen eine sehr lange Dauer des Krieges immer wahrscheinlicher werden. Alle diese und manche anderen Momente trugen dazu bei, den Boden vorzubereiten, auf dem eine stärkere Opposition weiterer Arbeiterschichten gegen die Haltung der Partei erwachsen konnte, in der Kurzsichtige ja nun eine „Mitschuldige" an dem ganzen Kriegselend erblicken zu dürfen glaubten. Diese Opposition machte sich im Laufe des Herbstes zuerst wohl in einer ganzen Reihe von Sitzungen und Versammlungen in Berlin und seinen Vororten bemerkbar, sie erhob ihr Haupt dann in Gotha, Bremen, Leipzig, einigen Orten am Niederrhein und Hamburg, wo etliche Literaten, ohne allerdings viel Anklang bei den Massen zu finden, das Banner der Opposition entrollten. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der Partei, das sich anfänglich recht reserviert gehalten hatte, schwenkte immer erkennbarer in das Lager der Opposition ab. Der kurzen Herbsttagung des preußischen Abgeordnetenhauses gingen innerhalb der kleinen Zehn-Männer-Fraktion sehr harte Kämpfe voraus, bei denen sich zunächst ein Gleichgewicht der Kräfte ergab.

Zum offenen Ausbruch kam der Konflikt zuerst in W ü r t t e m b e r g, wo jahrelange außerordentlich schwere innere Parteikämpfe eine besonders starke gegenseitige Verbitterung erzeugt hatten. Der Landesvorstand, der rückhaltlos die Politik der Reichstagsfraktion verfocht, stand hier im unversöhnlichem Gegensatz zu dem führenden Parteiorgan des Landes, der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart. Der Konflikt nahm schließlich im November 1914 so schroffe Formen an, daß der Landesvorstand sich zu einer Art Staatsstreich genötigt sah: er entfernte die oppositionellen Redakteure Crispin, Hoernle und Walcher kurzerhand von ihren Posten und besetzte die politische Redaktion mit Anhängern der Mehrheit.

Im R e i c h s t a g e trat die Opposition zum erstenmal während der Dezembertagung ans Licht. Innerhalb der Fraktion allerdings war die Minderheit seit dem August kaum gewachsen, sie hatte sich nur um drei Mann, von 14 auf 17 Stimmen, vermehrt. Dagegen

wagte sie sich jetzt auch im Plenum des Reichstages an die Oeffentlichkeit: einem ausdrücklichem Fraktionsbeschlusse zuwider stimmte Karl Liebknecht am 2. Dezember als einziger Abgeordneter gegen die geforderten neuen Kriegskredite von fünf Milliarden. Zugleich reichte er dem Präsidenten des Reichstages eine schriftliche Motivierung seiner Abstimmung ein, in der er den Krieg als einen imperalistischen Eroberungskrieg in den schärfsten Worten brandmarkte. Herr Kaempf weigerte sich, diese Erklärung in die Akten des Reichstages aufzunehmen; sie wurde dafür von Liebknechts Freunden in großen Massen im Lande verbreitet. Der Fraktionsvorstand und kurz darauf auch die Reichstagsfraktion selbst veröffentlichten einen fast einstimmig gefaßten Tadelsbeschluß gegen Liebknecht. Auch die Parteipresse ließ es in ihrer übergroßen Mehrheit an scharfen Zurückweisungen von Liebknechts Vorgehen nicht fehlen, das allgemein als schwerer und in der Partei bisher ganz unerhörter Disziplinbruch gekennzeichnet wurde.

Der Schauplatz des nächsten Aktes im inneren Parteikrieg war zwei Monate später das preußische Abgeordnetenhaus. In seiner Sitzung vom 9. Februar gab der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Paul Hirsch eine Erklärung ab, die in der Fraktion nur mit einer Stimme Mehrheit zu Stande gekommen war. So unbedingt selbstverständlich alle Fraktionsmitglieder den politischen und wirtschaftlichen Forderungen zustimmten, die in dieser Erklärung aufgestellt worden waren, so war es doch jenen Abgeordneten, die fest auf dem Boden der Politik des vierten August standen, unmöglich gewesen, die Gesamterklärung zu akzeptieren, weil sie sich ihrem ganzen Geist und ihrem Tone nach sehr wesentlich von den Kriegskundgebungen der Reichstagsfraktion unterschied. Ein vom Verfasser dieser Schrift ausgearbeiteter Erklärungsentwurf, der ein rückhaltloses Bekenntnis zu dieser Politik des vierten August zum Ausdruck brachte, hatte nicht die Zustimmung der Fraktion gefunden. Die Gegensätze nahmen allmählich eine solche Schärfe an, daß sie auch auf offener Parlamentstribüne hervortraten, zumal in den Reden, die am 2. März 1915 der Abgeordnete Liebknecht zum Etat des Ministeriums des Innern und Tags darauf, am 3. März, der Schreiber dieser Zeilen zum Etat des Kultusministeriums hielten. Zur Frage der Zensur und des Belagerungszustandes konnte der in Aussicht genommene Redner, der Abgeordnete Ströbel, schließlich überhaupt nicht sprechen, weil die Fraktion sich über die Grundzüge seiner Rede beim besten Willen nicht zu einigen vermochte.

Auch die Märztagung des **Reichstages** brachte neue innere Parteikämpfe. Diesmal forderte die Regierung nicht fünf sondern zehn Milliarden Mark Kriegskredite. Im Gegensatz zu den beiden früheren Kreditforderungen, die die Form von Nachtragsetats gehabt hatten, war diesmal die verlangte Summe in den Reichsetat selbst hineingearbeitet worden. Die Zustimmung zu diesem Etat aber war durch frühere Parteitagsbeschlüsse der Fraktion streng untersagt. Und zwar war dies Verbot, das in der ganzen Partei bis dahin als selbstverständlich gegolten hatte, im Wesentlichen immer damit begründet worden, daß der Reichsetat im Gegensatz zu den Etats der Bundesstaaten nur geringe Aufwendungen für Kulturausgaben enthalte, daß die in ihm geforderten Summen vielmehr fast ausschließlich von den Aufwendungen für Militärzwecke verschlungen würden. Und nun auf einmal sollte die Fraktion **gerade wegen dieser selben** Militärausgaben, die zudem durch den Krieg noch ins Phantastische gesteigert waren, dem Etat zustimmen! Es war durchaus kein Wunder, daß dieser Schritt, der rein äußerlich betrachtet in der Tat einen schroffen Bruch mit der ganzen Vergangenheit der Partei und mit den Beschlüssen ihrer obersten Instanz bedeutete, manchem alten Kämpen sehr sauer werden mußte. Obgleich der wieder zusammengetretene Parteiausschuß vorher die Zustimmung zu diesem Kriegsetat mit gewaltiger Majorität ausdrücklich gebilligt hatte, stieg denn auch die Opposition innerhalb der Fraktion im Vergleich mit der Dezembertagung des Reichstages stark an. Ein Antrag, statt der geforderten 10 Milliarden auch diesmal nur 5 Milliarden Kriegskredite zu bewilligen, vereinigte 34 gegen 64 Stimmen auf sich. Die **gesonderte** Bewilligung der gesamten 10 Milliarden wurde dann mit 77 gegen 23 Stimmen beschlossen. Gegen die Zustimmung **zum Etat selbst** aber sprachen sich 30 gegen 69 Stimmen aus. Bei der Abstimmung im Plenum am 20. März stimmte außer Liebknecht auch der Abgeordnete Otto Rühle gegen den Etat, 30 andere Abgeordnete, denen sich später noch ein 31. durch eine besondere Erklärung anschloß, verließen vor der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal. Liebknechts und Rühles Verhalten wurde von der Fraktion mit 67 gegen 17 Stimmen scharf getadelt.

Auch in den der Abstimmung vorhergehenden Debatten hatte es am 20. März im Reichstage noch einen innerfraktionellen Zusammenstoß gegeben, die Desavouirung einiger Aeußerungen des Abgeordneten Ledebour durch die Fraktion, in deren Namen Scheidemann sprach.

Im Laufe der nächsten Monate gestaltete sich die Lage unseres Vaterlandes noch ernster, da der Hinzutritt Italiens zum Bund der Feinde in immer bedrohlichere Nähe rückte. Die unmittelbar bevorstehende Kriegserklärung Italiens an Oesterreich war denn auch das Zeichen, unter dem die kurze Maitagung des Reichstages stand. Das kam auch in der Rede zum Ausdruck, die damals, am 28. Mai, der Partei- und Fraktionsvorsitzende Ebert hielt. Ein paar charakteristische Sätze aus dieser Rede mögen auch hier Raum finden. Ebert sagte:

> „In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltlos zu dem, was wir am vierten August und später hier erklärt haben. Wir stehen zu unserm Volk! Einmütig wird das deutsche Volk seine ganze Kraft einsetzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden und unser Land zu schützen."

Nachdem der Redner dann in markanten Worten den innerpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben hatte, erklärte er:

> „Entschlossen, unser Vaterland in diesem Sinne zu einem wohnlichen Hause für alle auszubauen, wehren wir jede Gefahr von außen mit allen Kräften ab. Niemals haben wir Sozialdemokraten einen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit unserem Volke für unsere wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung Alles einsetzen werden. Das gilt besonders heute, wo durch den Beitritt der letzten europäischen Großmacht zur Koalition unserer Feinde dieser Krieg ein Riesenkampf für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes geworden ist."

Hatte die durch den Abfall Italiens gesteigerte Gefahr für einen Augenblick die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie in den Hintergrund treten lassen, so erhob sie im Laufe des Juni ihr Haupt umso ungestümer. Um die Mitte dieses Monats herum wurden in ganz Deutschland Unterschriften gesammelt zu einem Offenen Brief an Parteileitung und Reichstagsfraktion. In diesem Offenen Brief, der bald an tausend Unterschriften zählte, forderte man in schärfsten Worten den sofortigen Bruch mit der Politik des vierten August. Diese Politik, so hieß es da, bedeute nicht nur „das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick", sondern zugleich auch eine „immer schroffere

Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen". Die Partei treibe heute „eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel." Die Anerkennung des Burgfriedens sei „das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes" gewesen. Die Maitagung des Reichstages habe „die Vollendung des Zusammenbruchs" gebracht. Die Politik des Durchhaltens bedeute nichts anderes als das Gutheißen der „hemmungslosen Völkerzerfleischung." Die Reichstagsfraktion habe jeden Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Es sei höchste Zeit, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion nun endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen, und auf der ganzen Linie den Klassenkampf wieder eröffnen. Geschehe das nicht, so falle die Verantwortung für alles was sonst komme, denen zu, „die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und sie ferner darauf erhalten wollen." Die Alternative laute schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung.

Diesem massenhaft im Lande verbreiteten Offenen Briefe folgte unmittelbar das berühmte Pronunciamento der drei Parteiführer Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky mit dem sensationellen Titel: „Das Gebot der Stunde." Wenn auch weniger schroff in der Form so kam doch in der Sache dies Pronunciamento ungefähr auf dasselbe hinaus wie jener Offene Brief. Die Verfasser des Pronunciamentos stützten sich vornehmlich auf gewisse höchst unkluge Redewendungen bekannter politischer Persönlichkeiten und auf die viel beredete Eingabe der sechs großen Wirtschaftsverbände. Der Grundgedanke ihres Manifestes war, daß der Krieg aus einem Verteidigungskrieg nunmehr zu einem Eroberungskriege vom reinsten Wasser geworden sei und daß deshalb die Sozialdemokratie zu ihm jetzt eine grundsätzlich andere Haltung einzunehmen habe als am vierten August.

Diese beiden Kundgebungen erregten die politische und gewerkschaftliche Arbeiterpresse aufs Tiefste. Auch die Parteiorganisationen im ganzen Reiche nahmen zu ihnen Stellung. Am 30. Juni und 1. Juli trat abermals der Parteiausschuß in Berlin zusammen und hieß mit überwältigender Mehrheit von Neuem die von der Partei seit dem vierten August innegehaltene Politik gut. Er brandmarkte die „offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit", die darauf hinauslaufe, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Haases Unterzeichnung des Gebotes der

Stunde stehe „nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei." —

Der August brachte eine hochwichtige gemeinsame Tagung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß. An drei aufeinander folgenden Tagen, vom 14. bis 16. August, beschäftigten sich diese beide Körperschaften mit der Frage der Kriegsziele. Für die Mehrheit hatte David, für die Minderheit Bernstein Leitsätze ausgearbeitet, die sie ihren einleitenden Referaten zu Grunde legten. Mit sehr großer Mehrheit wurden die Leitsätze Davids unter geringen Aenderungen zum Beschlusse erhoben. Die wichtigsten Thesen daraus mögen hier wiedergegeben sein; es heißt da:

„Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner.

Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird . . . .

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen."

In einer anderen These wurde die Annektion volksfremder Gebiete verworfen, da durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen schwer geschädigt würden. Ein weiterer Absatz des Davidschen Entwurfs, in dem Garantien dagegen gefordert wurden, daß Belgien auch künftig ein militärisches Vorwerk und politisches Machtinstrument Englands bleibe, wurde, da über diese Fragen in der Fraktion vorläufig noch keine Klärung zu erzielen war, vom Referenten vor der Abstimmung zurückgezogen.

Am 20. August bewilligte die Fraktion abermals, nach einer warmherzigen, von starkem nationalen Empfinden durchglühten Rede Davids, die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Es waren wiederum zehn Milliarden. Neunundzwanzig Abgeordnete der Partei hatten diesmal vor der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal verlassen, Liebknecht blieb als einziger auf seinem Platz sitzen. In den Fraktionsverhandlungen, die der Plenarsitzung des Reichs-

tags vorausgegangen waren, hatten diesmal sechsunddreißig Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt.

Auf die lebhaften Kämpfe in der Tagespresse der Partei, ihren Zeitschriften und ihrer Broschürenliteratur, die alle diese parlamentarischen Aktionen begleiteten, werden wir im nächsten Kapitel im Zusammenhange zurückkommen. Hier sei zunächst die Darstellung der parlamentarischen Vorgänge selbst zu Ende geführt.

Der Dezembertagung des Reichstages, deren erstes Hauptstück, die sozialdemokratische Friedensinterpellation, wir schon im vorigen Kapitel behandelten, ging ein außerordentlich lebhaftes Vorspiel voraus: Der Herausgeber der „Neuen Zeit", des wissenschaftlichen Wochenblattes der Partei, Karl Kautsky, veröffentlichte in dieser Zeitschrift in den Nummern 5 und 6 vom 29. Oktober und 5. November zwei Artikel, in denen er rundheraus zu einer parlamentarischen Sonderaktion der Minderheit aufforderte. Nicht mehr wie bisher solle die Minderheit sich dem Mehrheitsbeschlusse entweder fügen oder doch nur durch Verlassen des Saales gegen ihn stillschweigend protestieren, sie solle jetzt vielmehr durch gesonderte Erklärung und Abstimmung zu einer offenen Auflehnung gegen die Politik der Mehrheit übergehen. Das sei gewiß etwas Außergewöhnliches, aber auch die Situation der Partei sei ganz außerordentlich. Zudem sei unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen die Reichstagstribüne der einzige Ort, von dem aus noch frei geredet werden könne. Es würde eine schwere Unterlassungssünde der Minderheit sein, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen.

Dieser Vorschlag Kautskys wurde von der Parteipresse und den Parteiorganisationen je nach ihrer Stellung mit lebhafter Genugtuung oder mit Aeußerungen des stärksten Unwillens aufgenommen. Aus dem Bureau des Parteivorstandes, in dem man sehr wohl erkannte, daß eine solche in der bisherigen Parteigeschichte ganz beispiellose parlamentarische Schilderhebung der Minderheit gegen die Mehrheit die ernstesten Gefahren auch für die Einheit der Partei im Lande nach sich ziehen könne, erging noch in letzter Stunde ein eindringlicher Appell an die Genossen im Reiche, ihre Vertreter von einem derartig verhängnisvollen Schritte abzuhalten . Es war umsonst: am 21. Dezember kam es im Reichstage in der Tat zu dem Schauspiel getrennter Aktionen von Mehrheit und Minderheit.

Im Namen der ersten gab wiederum Ebert die vorher von der Fraktion formulierte Erklärung ab. Ihre wichtigsten Sätze heißen:

„Die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, solange nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber diesen Tatsachen ist es unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und geschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie dienen dem Schutze von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an der Front auch weiterhin zu halten...

Der Reichskanzler hat in der Sitzung vom 9. Dezember ausgesprochen, daß er jederzeit bereit ist, in die Diskussion über Friedensangebote einzutreten die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen. Er hat die Verantwortung abgelehnt für die Fortsetzung des entsetzlichen Elends, das Europa und die Welt erfüllt. Wir wünschen aufs Dringlichste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwilligst wahrnimmt. Deutschland ist durch seine Stärke über jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft erhaben. Indem wir so den unveräußerlichen Geboten der Menschlichkeit dienen, dienen wir zugleich den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes."

Die weder ihrer Form noch ihrem Inhalte nach irgendwie aufregende Gegenerklärung von zwanzig sozialdemokratischen Abgeordneten der Minderheit trug Fritz Geyer, der Abgeordnete für Leipzig-Land, vor. In ihr wurde unter Hinweis auf das verhängnisvolle Treiben der Annektionspolitiker, dem der Reichskanzler indirekt Vorschub leiste, die Kreditablehnung kurz begründet.

Die Fraktion ließ es zwar an einer entschiedenen Verurteilung dieses Sondervorgehens der Zwanzig nicht fehlen, ein aus ihrer Mitte gestellter Antrag jedoch, diese zwanzig Mitglieder künftig als außerhalb der Fraktion stehend zu betrachten, vereinigte nur achtzehn Stimmen auf sich. Die große Mehrheit wollte eine Aktion von so schwerwiegenden Folgen der höchsten Parteiinstanz, dem Parteitage, vorbehalten wissen.

Diesen Vorgängen im Reichstage folgte in der Presse und in den Organisationen des ganzen Landes eine außerordentlich erregte Debatte. Zustimmungserklärungen zu der Sonderaktion der Zwanzig und herbe Tadelnsvoten wechselten mit einander ab. Ihren vorläufigen Abschluß fand die Erörterung durch die Beschlüsse des Parteiausschusses, der am 7. und 8. Januar 1916 von Neuem in Berlin zusammentrat. Mit etwa Dreiviertel-Mehrheit faßte er den folgenden Beschluß:

„Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die, entgegen dem Fraktionsbeschluß, die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein schroffer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde“ gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts“ seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts“ die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts“ jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.“

Erwähnt sei schließlich noch, daß infolge der Dezembervorgänge im Reichstage die beiden der Minderheit angehörenden Abgeordneten Haase und Hoch ihre Aemter im Fraktionsvorstande niedergelegt hatten. Der Abgeordnete Ledebour war ihnen darin schon im Januar 1915 vorangegangen.

Die Abgeordneten Liebknecht und Rühle sind inzwischen aus dem sozialdemokratischen Fraktionsverbande des Reichstages ausgeschieden. Sie gehören zur Zeit keiner Fraktion an. Gegen die von Liebknecht entgegen wiederholten Fraktionsbeschlüssen in Szene gesetzte Aktion der Ueberschüttung des Reichstages mit sogenannten Kleinen Anfragen über alle möglichen und unmöglichen mit dem Kriege in loserem oder engerem Zusammenhange stehenden Dinge hatte die Fraktion vorher schon mehrfach aber stets vergeblich Verwahrung eingelegt und zugleich jede Mitverantwortlichkeit für diese Aktion weit von sich gewiesen.

Auch die Eröffnung der neuen Session des preußischen Abgeordnetenhauses im Januar 1916 sollte nicht ohne schwere abermalige Zusammenstöße innerhalb der Partei von statten gehen. Die bei der ersten Lesung des Etats abgegebene Fraktionserklärung war erst nach heftigsten Kämpfen innerhalb der kleinen Fraktion und innerhalb der preußischen Landeskommission zu Stande gekommen. Sie unterschied sich ihrem ganzen Geiste nach so sehr von den bei ähnlichen Anlässen abgegebenen Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß die Landeskommission ausdrücklich und mit gewaltiger Mehrheit beschloß, gegen die Abgabe dieser Erklärung öffentlichen Protest zu erheben. Ebenso lehnten die vier unterlegenen Fraktionsmitglieder, die Abgeordneten Braun, Hué, Leinert und der Verfasser dieser Schrift, in öffentlichen Kundgebungen jede Gemeinschaft mit dieser Erklärung ab. Die Mehrheit der Fraktion ihrerseits, der, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Karl Liebknecht nach wie vor angehört, ließ für die Dauer der laufenden Tagung meine Wenigkeit zu keinerlei Mitarbeit im Plenum und in den Kommissionen des Hauses zu.

Im Partei-Vorstande der deutschen Sozialdemokratie stehen drei Vertretern der Opposition neun Anhänger der Mehrheit gegenüber.

* * *

Zur Ergänzung und zum Abschluß dieser dem äußeren Verlauf des sozialistischen Parteikampfes gewidmeten Schilderung muß noch

auf die internationale sozialistische Konferenz der Opposition hingewiesen werden, die in den Tagen vom 5. bis 8. September 1915 zu Zimmerwald bei Bern in der Schweiz getagt hat. Außer der italienischen war die Partei keines der kriegführenden Länder auf der Konferenz offiziell vertreten. Die deutsche Delegation, hinter der nur verhältnismäßig schwache Gruppen aus einigen Großstädten standen, umfaßte im Gegensatz zu der nur aus zwei Genossen bestehenden französischen Delegation zehn Mitglieder und spaltete sich auch ihrerseits wieder in zwei einander scharf befehdende Fraktionen. Wie denn überhaupt die Minderheit alles andere eher als ein einheitlich-geschlossener Körper ist! Schließlich einigte sich die Zimmerwälder Konferenz auf ein Anti-Kriegsmanifest, das in der Folge in Deutschland sehr stark verbreitet wurde und das im Namen der deutschen Delegationsmehrheit Ledebour und Adolf Hoffmann unterzeichnet hatten. Das Manifest fordert in scharfen Worten zur sofortigen Aufnahme des internationalen Klassenkampfs gegen den Krieg auf.

Die Zimmerwälder Linke, die unter der geistigen Leitung Karl Radeks steht, trat auch an ihrem Teile mit einem Sondermanifest an die Oeffentlichkeit. Ihre Anhänger haben sich in Deutschland auch zu einer Sonderorganisation zusammengetan; sie nennen sich: Internationale Sozialisten Deutschlands. Als das Organ dieser Sondergruppe innerhalb der Opposition wurden in der Presse die Borchardtschen „Lichtstrahlen“ genannt, von denen weiter unten noch die Rede sein wird.

7. Der literarische Aufmarsch und die augenblickliche Gruppierung.

Seit dem Frühjahr 1915 hatte der Kampf innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur in den Parlamenten, in Versammlungen und in geschlossenen Sitzungen sondern auch in der Presse, in den Zeitschriften und in der Broschürenliteratur immer schärfere Formen angenommen. In einem Anhang zu dieser Schrift werden wir eine möglichst vollständige Uebersicht der bisher vorliegenden sozialistischen Kriegsliteratur zu geben versuchen. An dieser Stelle sei zunächst nur auf drei besonders wichtige Schriften zur Vertretung des Mehrheitsstandpunktes aufmerksam gemacht: wir meinen Eduard Davids im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienenes Buch: „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg", Heinrich Cunows Schriftchen: „Parteizusammenbruch" und die Studie von Dr. Paul Lensch: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg". Auch diese beiden zuletztgenannten Arbeiten sind im Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgekommen. Daneben gaben die Parteiverlage in Hamburg, Chemnitz, Dresden und einige andere eine Reihe von Broschüren zur Verteidigung der Mehrheitspolitik heraus. Auch ein besonderer Verlag wurde zu diesem Zwecke gegründet: Der Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister in Berlin-Karlshorst). In diesem überaus rührigem Verlage erscheinen außer der sehr reichhaltigen Halbwochenzeitschrift „Internationale Korrespondenz" zwei fortlaufende Serien aktueller und populärer Zehn-Pfennig-Broschüren; die eine heißt: „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse", die andere: „Sozialistische Dokumente des Weltkriegs." Der Herausgeber der zuletzt genannten Serie ist der bekannte langjährige englische Korrespondent der deutschen sozialistischen Presse, M. Beer, an der erstgenannten Broschürenfolge arbeiten Carl Severing, Hermann Kranold, August Winnig, Hugo Poetzsch, Richard Woldt, M. Beer, Anna Blos, der Schreiber dieser Zeilen und zahlreiche andere Autoren mit. In diesem Verlage der Internationalen Korrespondenz erschien auch ein sehr bemerkenswertes von Wilhelm Jansson herausgegebenes gewerkschaftliches Kriegsbuch: „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis." Hier

untersuchen sechzehn hervorragende Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung an der Hand eines überaus reichen Tatsachenmaterials aus ihrer jeweiligen Berufsgruppe, was für die deutsche Arbeiterklasse bei diesem Kriege auf dem Spiele steht. Dieses „Buch der Sechzehn", wie man es getauft hat, gibt Veranlassung auch das berühmte „Buch der Zwanzig" wenigstens zu nennen, ein im Verlage von S. Hirzel in Leipzig erschienenes Sammelwerk, das „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" heißt und zu dessen Herausgabe sich Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und Friedrich Thimme, der Bibliotheksdirektor des preußischen Herrenhauses, vereinigt haben. Je zehn hervorragende deutsche Hochschullehrer und sozialdemokratische Arbeiterführer haben sich da zusammengefunden, um das gestellte Thema von den verschiedensten Seiten her zu beleuchten. Ein Zusammenwirken, das noch vor zwei Jahren völlig undenkbar gewesen wäre!

Erwähnt sei schließlich noch — als bemerkenswerteste Aeußerung der heutigen extremsten Rechten in der Partei — die in Karlsruhe erschienene Schrift des bekannten badischen Revisionistenführers Wilhelm Kolb: „Die Sozialdemokratie am Scheidewege". In ihr fordert der temperamentvolle Autor kurzerhand die „reinliche Scheidung" nicht nur der Geister innerhalb der Sozialdemokratie sondern auch des Parteikörpers selbst.

Als Gegenstück von der äußersten Linken, die naturgemäß in ihren literarischen Kundgebungen zur Zeit weit weniger frei ist als die Mehrheit, nennen wir die in deutscher Sprache in der Schweiz erschienene Schrift des auch in Deutschland allgemein bekannten und geachteten russischen Sozialisten Leo N. Trotzky „Der Krieg und die Internationale". Diese Schrift stellt eine zweifellos aus echter Ueberzeugung geborene und mit flammender Leidenschaft vorgetragene Anklagerede an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie dar.

Soeben, bei Abschluß dieser Arbeit, kommt noch eine zweite programatische Schrift der Minderheit heraus: „Die Krise der Sozialdemokratie". Ihr Autor, der sich Junius nennt, geht davon aus, daß der vierte August den vollendeten Bankerott der bisherigen Politik der Sozialdemokratie bedeute. Es ist ihm unzweifelhaft, daß dieser Krieg ein wohlüberlegter und wohlvorbereiteter Eroberungskrieg des deutsch-österreichischen Imperialismus ist. Indem die Sozialdemokratie diesen Krieg unterstütze, habe sie ihren eigenen tausend-

fach beschworenen programmatischen Verheißungen schamlos ins Gesicht gespieen. Nur ein Mittel noch gebe es: sofortige Wiederaufnahme des rücksichtslosesten internationalen Klassenkampfes. Die Schrift gipfelt in der Formulierung eines besonderen sozialistischen Aktionsprogramms.

Daß die Sozialdemokraten der anderen kriegführenden Länder garnicht an die Wiederaufnahme des rücksichtslosesten Klassenkampfes jetzt mitten im Kriege denken, das ficht unseren Autor nicht weiter an. Und glaubt er daran — nun, so glaubt er eben an eine Fiktion. Wie sich denn überhaupt seine ganze Schrift auf einer einzigen großen Fiktion aufbaut — auf jener alten Fiktion von der gewaltigen, unmittelbar in revolutionäre Taten umsetzbaren Macht der Arbeiterklasse; eine Fiktion, die, sollten wir meinen, seit dem August 1914 doch allseitig eben als — Fiktion erkannt sein müßte. In einem historischen Faktum sieht Junius eine wieder gut zu machende historische Schuld. Im Uebrigen ist die mit großer dialektischer Schärfe und leidenschaftlichem Ernste niedergeschriebene Arbeit sehr lesenswert. Sie bietet die beste bisher vorliegende Begründung des Minderheitsstandpunktes.

Diese knappen Hinweise auf die sozialistische Kriegsliteratur, die an dieser Stelle genügen müssen, leiten über zu einem Hinweise auf die Gruppierung der sozialistischen Zeitschriften und Tageszeitungen in diesen Kämpfen. Die Sache der Mehrheit wird literarisch in erster Linie von den wie stets musterhaft redigierten „Sozialistischen Monatsheften" unter der Führung Joseph Blochs und der ständigen Mitarbeiterschaft von Wolfgang Heine, Wilhelm Kolb, Max Schippel, Paul Kampfmeyer u. a., und dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" unter der Leitung von Paul Umbreit und Wilhelm Jansson verfochten. Zu diesen beiden Zeitschriften hat sich seit dem letzten Spätsommer noch die in München erscheinende Wochenschrift „Die Glocke" gesellt. Ihr Herausgeber ist der bekannte sozialistische Publizist Dr. A. Helphand (Parvus), ihr Redakteur der Verfasser dieser Schrift. In der „Glocke" kommen neben vielen anderen Autoren besonders Paul Lensch, Wilhelm Jansson und August Winnig zum Wort, von denen der erste die Politik der Parteimehrheit vom großen historischen Standpunkte aus vertritt, während die beiden anderen das gleiche vornehmlich vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen aus tun. Das Programm der neuen Zeitschrift besteht im Wesentlichen in dem

Bestreben, alle wirklich lebendigen Kräfte sowohl der früheren Linken wie der früheren Rechten in der Partei auf dem durch den 4. August geschaffenen Boden zu positiver sozialistischer und demokratischer Reformarbeit zusammenzufassen.

Eine äußerst wertvolle Ergänzung aller dieser Zeitschriften stellt die schon kurz erwähnte „Internationale Korrespondenz" (kurz J. K. genannt) dar. Sie bringt ein reiches Tatsachenmaterial über die Verhältnisse und Stimmungen des sozialistischen Auslandes und will die deutschen Sozialisten die Dinge jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzen endlich einmal so sehen lehren wie sie wirklich sind.

Die Minderheit wird publizistisch in erster Linie von der „Neuen Zeit" vertreten, in welcher deren Redakteure Karl Kautsky und Gustav Eckstein mit großem Eifer und rücksichtsloser Konsequenz die These verfechten, daß die Politik des vierten August einen schroffen Bruch mit allen Traditionen der Sozialdemokratie bedeute und für die Arbeiterklasse die verhängnisschwersten Folgen nach sich ziehen werde. Möge sie auch den nächstliegenden Interessen insbesondere der deutschen Arbeiterklasse dienen, so schädige sie doch umso mehr die dauernden Interessen des Gesamtproletariats. Der Schaden überwiege also den Nutzen ganz ungeheuer. Vor Allem hat es sich die „Neue Zeit" zur Aufgabe gestellt, die sozialistische Internationale auch im Kriege und über den Krieg hinaus lebensfähig zu erhalten oder doch sie wieder lebensfähig zu machen. In der gleichen Richtung wie die „Neue Zeit" ist die reichhaltige Monatsschrift der österreichischen Sozialisten, „Der Kampf" in Wien tätig. In ihr wirken in teilweise sehr lesenswerten Aufsätzen die klugen sogenannten „Austro-Marxisten" Rudolf Hilferding, Max und Friedrich Adler, Strasser und andere. Noch einen guten Schritt weiter links stand die im Frühjahr 1915 gegründete Zeitschrift: „Die Internationale", zu deren Herausgabe sich der jetzt siebenzigjährige aber immer noch jünglinghaft streitbare Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Klara Zentkin und einige begabte Schüler dieser hervorragenden Marxisten zusammengefunden hatten. Leider ist von dieser literarisch sehr bedeutenden Zeitschrift nur das erste Heft erschienen. Dann setzte die Zensur den Schlußpunkt. In außerordentlich scharfer, in der Form aber glänzender Polemik hatte jenes erste Heft der „Internationale" den Kampf gegen die von ihr so genannte „Instanzenpolitik" und deren Wortführer eröffnet und auch wer wie der Schreiber dieser Zeilen und so mancher andere

in diesem Heft mit kräftigen Hieben bedacht worden war freute sich auf den Fortgang der schneidigen Fehde. Das zweite Heft wird, wie die Herausgeber ankündigen, erst am Tage nach dem Friedensschlusse erscheinen. . . .

Als eine Art Ersatz für die „Internationale“ geben seit dem Januar 1916 der bekannte kluge, leider aber reichlich weltfremde Sozialist Anton Pannekook aus Holland (bis zum Kriegsausbruch war er in Deutschland tätig) und seine gescheite Landsmännin Henriette Roland-Holst die Monatsrevue „Vorbote, Internationale Marxistische Rundschau“, heraus, die zu Bern in deutscher Sprache erscheint. Wenn auch in allerlei Nuancen von der „Internationale“ scharf unterschieden, so tummeln doch auch die Herausgeber und Mitarbeiter des „Vorboten“ ihr polemisches Schlachtroß mit Geschick und Feuer. Am Besten kennzeichnet man den „Vorboten“ wohl, wenn man ihn als das Organ der Linken der Zimmerwälder Konferenz auffaßt, von der im vorigen Kapitel schon kurz die Rede war.

Schließlich müssen noch die von dem früheren preußischen Landtagsabgeordneten Julian Borchardt in Berlin herausgegebenen „Lichtstrahlen“ genannt werden, eine ganz „radikale“ kleine Monatsschrift, deren Artikel sich allerdings mehr durch allzuweit getriebene (sagen wir:) Gemeinverständlichkeit als durch wissenschaftliche Tiefe auszeichnen. Lesenswert sind in den „Lichtstrahlen“ fast nur die Beiträge des kenntnisreichen, klugen und sehr scharfsinnigen aber maßlos fanatischen polnischen Sozialisten Karl Radek. Seit dem 1. April 1916 sind die „Lichtstrahlen“ verboten; an ihrer Stelle läßt Julian Borchardt als sogenanntes Bildungsorgan den „Leuchtturm“ erscheinen.

Daneben geben beide Richtungen noch Leitartikelkorrespondenzen, Informationsmaterial und Aehnliches heraus.

Was die sozialistischen Tageszeitungen betrifft, so wird die Sache der Mehrheit am konsequentesten, zähesten und schneidigsten vom „Hamburger Echo“ und von der „Chemnitzer Volksstimme“ verfochten. Neben ihnen sind als führende Blätter der „Volksfreund“ in Karlsruhe, die „Volksstimme“ in Mannheim, die „Volkswacht“ in Bielefeld, die „Volkswacht“ in Breslau, die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart, die „Schleswig Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel, die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund und das „Volksblatt“ in Bochum zu nennen. Von anderen größeren Blättern kämpfen, wenn auch weniger polemisch zugespitzt, so doch der Sache nach die „Münchener Post“, die „Volksstimme“ in Magdeburg, die „Rhei-

nische Zeitung" in Cöln, die „Dresdener Volkszeitung" und die „Volksstimme" in Frankfurt a/M. in derselben Schlachtreihe.

Auf der Seite der Minderheit fechten im Vordertreffen außer der von Grimm und Radek (Parabellum) geleiteten, „Berner Tagwacht", Ströbels „Vorwärts", das nominelle Zentralorgan der Partei, die „Leipziger Volkszeitung" unter Hans Block, die „Bremer Bürgerzeitung" unter Leitung des linksradikalen Reichstagsabgeordneten Alfred Henke, der „Braunschweiger Volksfreund", dessen Redaktion ein anderer Wortführer der äußersten Linken, A. Thalheimer, innehat, die „Duisburger Volkszeitung" und die sozialistischen Blätter von Elberfeld und Solingen (leitender Redakteur der Reichstagsabgeordnete Dittmann!). Weniger pointiert vertreten die Blätter von Erfurt, Essen und Halle, ganz im Gegensatz zu ihrer Haltung beim Ausbruch des Krieges, denselben Standpunkt. Eine vermittelnde Haltung sucht durch ihre sehr ruhige Tonart, wenn auch mit deutlicher Hinneigung zur Minderheit, die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg, das Organ des klugen Marxisten Dr. Adolf Braun, einzunehmen. (Seit dem Erscheinen der ersten Auflage ist infolge Redaktionswechsels die eben genannte „Duisburger Volkszeitung" in das Lager der Mehrheit übergegangen).

Was nun die Haltung der Parteiorganisationen selbst betrifft, so ist ein völlig klares Bild in diesem Augenblick unter den einschnürenden Verhältnissen des Belagerungszustandes natürlich nicht zu gewinnen, zumal ein sehr großer, vielfach der größte Teil der organisierten Parteimitglieder zur Fahne einberufen ist. Und gar Manches wird sich da noch ändern. Im Allgemeinen aber wird man sagen dürfen, daß in Groß-Berlin, am Niederrhein und in großen Teilen Thüringens und Sachsens die Opposition zur Zeit wenigstens über eine starke Mehrheit in den Parteimitgliedschaften verfügt. Gut ausgebaute Positionen besitzt sie auch in Bremen, einzelnen Teilen Württembergs und vielleicht auch noch Nordbayerns. Im ganzen übrigen Reich aber steht die Mehrheit auch heute noch unerschüttert. Ihre Hochburgen sind Hannover, das östliche Westfalen mit dem Vorort Bielefeld, das westliche Westfalen mit Dortmund und Bochum, ferner Hamburg und nahezu das ganze Süddeutschland.

Fast durchweg ist zu beobachten, daß die Haltung der Parteimitgliedschaften korrespondiert mit der Haltung der Parteiblätter der in Frage kommenden Bezirke. Besonders drastisch zeigt sich das im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet mit seinen gewaltigen

Arbeitermassen: während in den Wahlkreisen Hamm-Soest, Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen entsprechend der Haltung der örtlichen Parteiorgane die Parteimitglieder fast ausschließlich auf dem Boden der Mehrheit stehen, ist es in den benachbarten beiden Wahlkreisen Essen und Duisburg-Mühlheim mit ihren radikalen Parteiorganen genau umgekehrt. Und dabei weisen alle die genannten fünf Wahlkreise in ihrer ganzen sozialen und politischen Struktur (abgesehen von einem kleinen Teile des Wahlkreises Hamm-Soest) die denkbar größte Uebereinstimmung auf! Diese Beobachtung ist ein neuer Beweis für die ungeheure Macht, die in unseren Tagen d i e P r e s s e über die Gemüter der Menschen ausübt . . .

Weit weniger als die Haltung der örtlichen Parteiblätter hat die Haltung ihrer eigenen Reichstagsabgeordneten Einfluß auf die Stellungnahme der Parteiorganisationen. Hüben wie drüben gibt es eine ganze Reihe von Abgeordneten, die nicht auf die Gefolgschaft ihrer Wahlkreise zählen können. Von Wahlkreisen, die auf dem Boden der Minderheit stehen, während ihre Abgeordneten zur Mehrheit halten, nennen wir Düsseldorf, Hagen-Schwelm, Solingen, Braunschweig, Berlin II, Berlin III, und Berlin V, die durch die Abgeordneten Haberland, König, Scheidemann, Blos, Richard Fischer, Pfannkuch und Robert Schmidt vertreten sind. Dasselbe gilt von dem Verhältnis der in Groß-Berlin gewählten preußischen Landtagsabgeordneten Hué, Braun und Haenisch zu ihren Wahlkreisen. Auf der anderen Seite stehen den zur Minderheit haltenden Abgeordneten Eduard Bernstein, Herzfeld, Erdmann und Hofrichter ihre auf dem Boden der Mehrheit stehenden Wahlkreise Breslau-West, Rostock, Dortmund und Köln gegenüber. Unsicher und unübersichtlich scheinen die Mehrheitsverhältnisse vorläufig noch zu liegen in Elberfeld-Barmen und Erfurt, deren Abgeordnete Fritz Ebert und Heinrich Schulz zu den Führern der Mehrheit gehören und in Bremen, dessen Abgeordneter Henke bei der Minderheit tonangebend ist. Hier in Bremen hat die sehr starke örtliche Minderheit, die auf dem Boden der Parteimehrheit steht, sich seit Anfang dieses Jahres entschlossen, ein Gegenorgan gegen die radikale „Bürgerzeitung" herauszugeben, das unter dem Titel: „Bremer Korrespondenz" wöchentlich einmal erscheint. Das böse Beispiel hierzu war übrigens von der andern Seite gegeben worden: in Stuttgart läßt seit Jahr und Tag schon unter Crispins und Westmeyers Führung die Opposition ein Wochenblatt „Der Sozialdemokrat" gegen die seit dem November 1914 fraktionstreu geleitete „Schwäbische Tagwacht" er-

scheinen. Das kampfdurchwühlte Württemberg ist auch der Boden, auf dem zuerst eine formelle Spaltung der Parlamentsfraktion eingetreten ist, die eine gleichartige Spaltung in der sozialistischen Stuttgarter Rathausfraktion nach sich gezogen hat. Die ausgeschiedenen Dissidenten firmieren als „sozialistische Vereinigung."

Neuerdings ist die Opposition leider mit besonderem Eifer in die Kreise der noch wenig urteilsfähigen aber desto leichter entflammten proletarischen Jugend hineingetragen worden. Dieser unheilvollen Aufgabe widmen sich vornehmlich zwei eigens zu diesem Zwecke gegründete Zeitschriften, das „Morgenrot" in Stuttgart und die in Zürich herausgegebene „Jugend-Internationale." Von Mitte Juli an soll ein weiteres in Braunschweig erscheinendes oppositionelles Jugendorgan hinzukommen.

Außer den Jugendlichen sind es besonders die Frauen, die zu dem Heere der Opposition ein beträchtliches Kontingent stellen. Kein Wunder! Sind sie es doch, die durch den Verlust ihrer Nächsten zu allermeist unter dem Kriege zu leiden haben! Wozu dann das Vorherrschen des Gefühls und der Stimmung bei ihnen das Uebrige tut. Das politische Organ der sozialistischen Frauen, die „Gleichheit", ficht denn auch entschieden auf dem äußersten linken Flügel. Erst in jüngster Zeit ist ihr in der gewerkschaftlichen „Arbeiterinnenzeitung" ein Gegengewicht erstanden.

Von einer Scheidung der Mehrheit und Minderheit nach Berufsgruppen wird man im Großen und Ganzen nicht reden dürfen. Höchstens könnte man sagen, daß die infolge der Kriegskonjunktur sehr gut beschäftigten Bergleute und Metallarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit die Haltung der Reichstagsfraktion unterstützen, während umgekehrt die Textilarbeiter, die besonders in Sachsen schwer unter der durch Rohstoffmangel, Exportunterbindung, Herstellungsverboten, Beschlagnahmen und dergl. hervorgerufenen wirtschaftlichen Krisis zu leiden haben, stark zur Opposition hinneigen. Auch ihre parlamentarischen Vertreter, die Reichstagsabgeordneten Jäckel und Krätzig, sind neuerdings zur Minderheit abgeschwenkt.

Was die Haltung weniger der organisierten Parteigenossen als die der Massen der sozialdemokratischen Wähler betrifft, so ist über sie naturgemäß noch sehr viel schwerer ein einwandfreies Urteil zu gewinnen. Einen Fingerzeig gibt höchstens die Tatsache, daß diejenigen sozialistischen Tageszeitungen, die

von Anfang an eine auch später konsequent durchgeführte nationale Haltung eingenommen haben, unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Abonnentenziffer im Allgemeinen weniger gelitten haben als die anderen. Als solche gut abschneidenden Blätter, die zum Teil sogar erfreuliche Abonnenten**gewinne** zu verzeichnen haben, zum Teil relativ nur geringe Verluste, nennen wir die Blätter von Breslau, Chemnitz, Hamburg, Magdeburg, Dortmund und Bochum. Einen **sicheren** Maßstab für die Massenstimmung geben diese Beobachtungen aber, wie gesagt, nicht.

* * *

Unvollständig wäre das von uns in diesem und dem vorhergehenden Kapitel entworfene Bild von den inneren Parteikämpfen, die zur Zeit den Körper der deutschen Sozialdemokratie durchwühlen, wenn wir nicht ganz kurz wenigstens auch **die anonyme und pseudonyme Flugblattliteratur** erwähnen wollten, die von den Anhängern der Opposition in großen Massen gegen die Parteimehrheit verbreitet wird. Da haben wir die in der Form einer fortlaufenden Kontroverse zwischen links und rechts gehaltene Flugblattsammlung: „Was sagt die Mehrheit?" „Was sagt die Minderheit?", da haben wir die Folge der Spartakusbriefe, die vom Standpunkt der alleräußersten Linken aus (Liebknecht, Rühle) nicht nur die Parteimehrheit, sondern kaum weniger schroff auch die „schwankenden Gestalten" der Parteiminderheit (von der Richtung Ledebour, Geyer usw.) angreift, da haben wir die Borchardtbriefe, die sich nicht minder schroff die allzu weichmütigen Opponenten wie Haase, Kautsky und Bernstein vornehmen. Da ist weiter das Flugblatt: „Friede auf Erden", ferner ein „An die Frauen des arbeitenden Volkes" gerichtetes Flugblatt, eine Flugschrift: „Krieg und Proletariat", eine weitere, die den Titel trägt: „Unter dem Belagerungszustand" und verschiedene andere, die sich ganz allgemein: „An die Parteigenossen" wenden. Das berühmte Zimmerwalder Manifest wird unter der Aufschrift „Proletarier Europas!" in großen Massen als Flugblatt verbreitet. Eine besondere Gruppe dieser Oppositionsflugblätter bilden diejenigen, die sich mit den Ursachen des Krieges befassen („Wer hat die Schuld am Kriege?" „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" u. a.) Eine weitere Gruppe beschäftigt sich mit den Kriegszielen („Gegen den Annexionswahnsinn!) Wieder ein anderes Flugblatt stellt die Forderung auf: „Ein Ende dem Winterfeldzuge!" (verbreitet im Januar 1916).

scheinen. Das kampfdurchwühlte Württemberg ist auch der Boden, auf dem zuerst *eine formelle Spaltung der Parlamentsfraktion* eingetreten ist, die eine gleichartige Spaltung in der sozialistischen Stuttgarter Rathausfraktion nach sich gezogen hat. Die ausgeschiedenen Dissidenten firmieren als „sozialistische Vereinigung."

Neuerdings ist die Opposition leider mit besonderem Eifer in die Kreise der noch wenig urteilsfähigen aber desto leichter entflammten proletarischen *Jugend* hineingetragen worden. Dieser unheilvollen Aufgabe widmen sich vornehmlich zwei eigens zu diesem Zwecke gegründete Zeitschriften, das „Morgenrot" in Stuttgart und die in Zürich herausgegebene „Jugend-Internationale." Von Mitte Juli an soll ein weiteres in Braunschweig erscheinendes oppositionelles Jugendorgan hinzukommen.

Außer den Jugendlichen sind es besonders die *Frauen*, die zu dem Heere der Opposition ein beträchtliches Kontingent stellen. Kein Wunder! Sind *sie* es doch, die durch den Verlust ihrer Nächsten zu allermeist unter dem Kriege zu leiden haben! Wozu dann *das Vorherrschen des Gefühls und der Stimmung* bei ihnen das Uebrige tut. Das politische Organ der sozialistischen Frauen, die „Gleichheit", ficht denn auch entschieden auf dem äußersten linken Flügel. Erst in jüngster Zeit ist ihr in der gewerkschaftlichen „Arbeiterinnenzeitung" ein Gegengewicht erstanden.

Von einer Scheidung der Mehrheit und Minderheit *nach Berufsgruppen* wird man im Großen und Ganzen nicht reden dürfen. Höchstens könnte man sagen, daß die infolge der Kriegskonjunktur sehr gut beschäftigten *Bergleute* und *Metallarbeiter* in ihrer überwältigenden Mehrheit die Haltung der Reichstagsfraktion unterstützen, während umgekehrt die *Textilarbeiter*, die besonders in Sachsen schwer unter der durch Rohstoffmangel, Exportunterbindung, Herstellungsverboten, Beschlagnahmen und dergl. hervorgerufenen wirtschaftlichen Krisis zu leiden haben, stark zur Opposition hinneigen. Auch ihre parlamentarischen Vertreter, die Reichstagsabgeordneten Jäckel und Krätzig, sind neuerdings zur Minderheit abgeschwenkt.

Was die Haltung weniger der organisierten Parteigenossen als die der *Massen der sozialdemokratischen Wähler* betrifft, so ist über sie naturgemäß noch sehr viel schwerer ein einwandfreies Urteil zu gewinnen. Einen Fingerzeig gibt höchstens die Tatsache, daß diejenigen *sozialistischen Tageszeitungen*, die

von Anfang an eine auch später konsequent durchgeführte nationale Haltung eingenommen haben, unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Abonnentenziffer im Allgemeinen weniger gelitten haben als die anderen. Als solche gut abschneidenden Blätter, die zum Teil sogar erfreuliche Abonnenten**gewinne** zu verzeichnen haben, zum Teil relativ nur geringe Verluste, nennen wir die Blätter von Breslau, Chemnitz, Hamburg, Magdeburg, Dortmund und Bochum. Einen **sicheren** Maßstab für die Massenstimmung geben diese Beobachtungen aber, wie gesagt, nicht.

* * *

Unvollständig wäre das von uns in diesem und dem vorhergehenden Kapitel entworfene Bild von den inneren Parteikämpfen, die zur Zeit den Körper der deutschen Sozialdemokratie durchwühlen, wenn wir nicht ganz kurz wenigstens auch **die anonyme und pseudonyme Flugblattliteratur** erwähnen wollten, die von den Anhängern der Opposition in großen Massen gegen die Parteimehrheit verbreitet wird. Da haben wir die in der Form einer fortlaufenden Kontroverse zwischen links und rechts gehaltene Flugblattsammlung: „Was sagt die Mehrheit?" „Was sagt die Minderheit?", da haben wir die Folge der Spartakusbriefe, die vom Standpunkt der alleräußersten Linken aus (Liebknecht, Rühle) nicht nur die Parteimehrheit, sondern kaum weniger schroff auch die „schwankenden Gestalten" der Parteiminderheit (von der Richtung Ledebour, Geyer usw.) angreift, da haben wir die Borchardtbriefe, die sich nicht minder schroff die allzu weichmütigen Opponenten wie Haase, Kautsky und Bernstein vornehmen. Da ist weiter das Flugblatt: „Friede auf Erden", ferner ein „An die Frauen des arbeitenden Volkes" gerichtetes Flugblatt, eine Flugschrift: „Krieg und Proletariat", eine weitere, die den Titel trägt: „Unter dem Belagerungszustand" und verschiedene andere, die sich ganz allgemein: „An die Parteigenossen" wenden. Das berühmte Zimmerwalder Manifest wird unter der Aufschrift „Proletarier Europas!" in großen Massen als Flugblatt verbreitet. Eine besondere Gruppe dieser Oppositionsflugblätter bilden diejenigen, die sich mit den Ursachen des Krieges befassen („Wer hat die Schuld am Kriege?" „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" u. a.) Eine weitere Gruppe beschäftigt sich mit den Kriegszielen („Gegen den Annexionswahnsinn!) Wieder ein anderes Flugblatt stellt die Forderung auf: „Ein Ende dem Winterfeldzuge!" (verbreitet im Januar 1916).

Ganz neuerdings beginnt eine größere oppositionelle Flugblattfolge unter dem Titel „Lose Blätter" zu erscheinen.

Die Form der Flugschriften geht vom kleinen Handzettel über das vier-, acht- und sechzehnseitige Flugblatt hinweg bis zu stattlichen Brochüren, von denen die umfangreichste: „Klassenkampf gegen den Krieg!" betitelt ist. Dutzende sind durch den Rotari-Apparat oder auf ähnliche Weise vervielfältigt, eine mindestens ebensogroße Zahl aber ist gedruckt. Das Verbreitungsgebiet dieser Literatur dürfte im wesentlichen zusammenfallen mit dem vorhin geographisch flüchtig umrissenen Herrschaftsgebiet der Parteiopposition.

Es gibt unter diesen Flugschriften einige, die im Ton zwar leidenschaftlich, aber trotzdem anständig und sachlich gehalten sind, die weniger verhetzen als überzeugen wollen. Das gilt z. B. von einem in den letzten Wochen in Berlin und im Reiche draußen vielfach verbreiteten Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „Parteigenossen" und das die Organisationen im Lande auffordert, das Vorgehen der zwanzig Dissidenten im Reichstage kräftig zu unterstützen. Dies Flugblatt beginnt mit den Worten: „Es häufen sich die Anzeichen, daß die internationale Arbeiterbewegung, nach einem schweren Zusammenbruch, wieder ihren historischen Pflichten gerecht wird." Die Schlußsätze des Flugblattes lauten:

> „Und nun frisch ans Werk, Parteigenossen! Nutzt in euren Organisationen die Abstimmung der Minderheit aus, um den proletarischen Klassenkampf zur alten Höhe und einstigen Schärfe zu erheben. Denn vor dem Richterstuhl der Geschichte seid am letzten Ende *ihr* verantwortlich und nicht eure Vertreter."

Andere Flugblätter dagegen leisten an Gehässigkeit des Tons und Inhalts das Menschenmögliche. So heißt es am Schlusse einer dieser gegen einige namhaft gemachte Mehrheitsführer gerichteten Schmähschriften:

> „*Ist denn kein Arbeiter in Deutschland, der diesen Lumpen ins Gesicht speit, hat man keine Hundepeitsche, um solche Verräter zu allen Teufeln zu jagen?* Sind die Proletarier so aller Selbstachtung und Würde bar, daß sie sich solche *Judasleistungen* von ihren Führern auch nur einen Tag, nur eine Stunde noch gefallen lassen?"

Wieder andere Flugblätter ergehen sich in mehr oder minder geschmacklosen Reimereien gegen die Mehrheit. Besonders stark

verbreitet wurde eine übrigens keineswegs ungeschickt gemachte Parodie auf den Sozialistenmarsch.

Den Gipfel der Gehässigkeit erreicht wohl das illustrierte Flugblatt „Bilder ohne Worte." Oben sieht man da zwei düstere Gefängniszellen abgebildet. In der einen schmachtet Rosa Luxemburg, in der anderen Klara Zetkin bei Wasser und Brot. Der untere Teil des Flugblattes aber stellt eine Momentaufnahme aus der bekannten Reise der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten David, Ebert, Scheidemann und Schöpflin an die Westfront dar. Man sieht sie dort im Gespräch mit einigen (entsetzlich!) Offizieren und im Hintergrunde steht (man denke!) ein — Automobil. Das Ganze ist sehr dumm, aber in der denkbar gehässigsten Weise aufgemacht.

Es ist gewiß nicht erfreulich, auch diese wenig angenehmen sozialdemokratischen „Familienangelegenheiten" hier vor einem größeren Kreise zu behandeln. Aber einmal sind die weitaus meisten der hier zuletzt berührten Einzelheiten doch schon in der einen oder in der anderen Form durch die Tagespresse bekannt geworden, zweitens aber ist diese ganze Auseinandersetzung, wie wir schon in dem einleitenden Kapitel darlegten, im Grunde eben durchaus keine reine Familienangelegenheit der Sozialdemokratie, sondern eine Angelegenheit, an deren Verlaufe und an deren Ausgang das ganze deutsche Volk im höchsten Maße interessiert ist.

II. Teil.

Das innere Erlebnis.

8. Keine Mißverständnisse!

Zwei große Irrtümer vor Allem sind es, vor denen sich der Außenstehende zu hüten hat, der über die gegenwärtigen Vorgänge in der Sozialdemokratie zu einem klaren Urteil kommen will. Zum Ersten verzichte er von vornherein darauf, die Anhänger der oppositionellen Richtung in Bausch und Bogen als „Vaterlandsfeinde", „Vaterlandsverräter" und dergleichen zu brandmarken! Die Sozialdemokratie als Ganzes hat zu lange und hat zu schwer unter derartigen unwahren und ungerechten Vorwürfen zu leiden gehabt, als daß sie es heute unwidersprochen zulassen dürfte, eine immerhin nicht unbeträchtliche Gruppe aus ihrer Mitte dem gleichen Vorwurfe ausgesetzt zu sehen. Es gibt unter den Wortführern der Minderheit mehr als einen, der zur deutschen Geschichte und Literatur, zur ganzen Kultur unseres Volkes ein starkes inneres Verhältnis hat. Wir nennen nur Franz Mehring; in seiner Weise gehört auch Georg Ledebour hierher, dessen im vorigen Jahr im Reichstage ausgesprochenes Bekenntnis, er fühle sich als guter Deutscher, sicher durchaus ehrlich gemeint war. Wir werden weiter unten sehen, daß es nur eine verschwindend kleine Zahl unter den Wortführern der Minderheit ist, die den Gedanken der Vaterlandsverteidigung *grundsätzlich* ablehnt. Wenn das politische Verhalten auch der *übrigen* Führer der Opposition die Interessen unseres Landes in diesem Kriege schwer schädigt (und daß es dies tut, ist auch unsere Ueberzeugung), so handelt es sich hier nur um eine *objektive Wirkung*, nicht aber um eine *subjektive Absicht*. — Auch sonst lasse man Bemakelungen der oppositionellen Führer und sittliche Werturteile über ihren Charakter aus dem Spiele. Es handelt sich um Gegensätze der ökonomischen Erkenntnis und des politischen Urteils, es handelt sich um verschieden starke Aufnahmefähigkeit für neue Eindrücke und Erlebnisse, es handelt sich auch — und gewiß nicht zuletzt! — um Unterschiede im Fühlen und Empfinden, aber nicht, oder doch so gut wie nicht, um Unterschiede *des Charakters*! *Einzelne* der oppositionellen Wortführer mögen immerhin wenig erfreuliche Eigenschaften offenbart haben; dafür zeichnen sich andere — bei aller Querköpfigkeit — durch einen hohen Grad von ehrlicher Konsequenz und von achtenswertem Mut aus. Nicht zum Wenigsten gilt das von *Karl Liebknecht*.

Im Uebrigen sind alle die Probleme, um die es sich hier handelt, zu ernst und zu wichtig, als daß man an sie mit kleinlichen Verdächti-

gungen Andersdenkender herantreten sollte. Nie wieder darf es geschehen, und heute darf es am Allerwenigsten geschehen, daß man in Deutschland von „vaterlandslosen Gesellen" redet. Solche Art der Polemik, die sich ja keineswegs immer nur gegen die Sozialdemokratie richtete, hat in der Vergangenheit unser ganzes politisches Leben derart vergiftet und hat so vielen tüchtigen Frauen und Männern jede Beteiligung an der politischen Arbeit überhaupt verekelt, daß wir in Deutschland davon, scheint uns, ein für alle Male genug haben sollten!

Zum Zweiten: man suche sich von allen altgewohnten Vorstellungen, die den Gegensatz zwischen sogenannten Radikalen und sogenannten Revisionisten betreffen, ganz frei zu machen. Gewiß spielen diese alten Gegensätze auch in die heutigen Parteikämpfe hinein. In welcher Weise, das werden wir später zeigen. Aber sie sind nicht das, was in ihnen heute den Ausschlag gibt. Das ergibt sich schon rein äußerlich bei einer noch so flüchtigen Musterung der in beiden Lagern führenden Persönlichkeiten: in der Minderheit fechten die beiden grimmigsten Gegner von ehemals Karl Kautsky und Eduard Bernstein Schulter an Schulter, Edmund Fischer, früher der Rechteste unter den Rechten, kämpft in derselben Schlachtlinie mit Franz Mehring, seinem alten Todfeinde von anno Dresden her, Dr. August Erdmann steht heute an der Seite seines früheren Antipoden Dr. Heinrich Lauffenberg. Und umgekehrt ists nicht anders: Hermann Wendel, der radikale Stürmer, Arm in Arm mit dem Gewerkschaftspraktiker August Winnig, der alte Revolutionär Parvus in engster Kampfgemeinschaft mit Heinrich Peus, dem Reformisten vom reinsten Wasser, der strenge Marxist Cunow in treuer Waffenbrüderschaft mit dem alten Wortführer der Revisionisten Eduard David, der hochbegabte deutsch-österreichische Marxist Karl Renner Hand in Hand mit dem Bergarbeiterführer Hué, Paul Lensch, der einstige Leiter der linksradikalen „Leipziger Volkszeitung", neben Südekum, dem Spezialisten für Gemeindepolitik, Max Grunwald, früher der „kleine Kautsky" oder auch „die männliche Ausgabe von Rosa Luxemburg" genannt, neben Wolfgang Heine, Heinrich Schulz, ehemaliger Leiter der stets auf dem äußersten Flügel der Partei fechtenden „Bremer Bürgerzeitung" neben Legien, dem bedachtsamen Führer der Gewerkschaften, Max Cohen, den erst vor wenigen Jahren der Wahlkreis Reuß ältere Linie in einer Nachwahl zur Verstärkung des ganz zielbewußten Radikalismus und zu besonders energischer Bekämpfung des

Militarismus in den Reichstag sandte, neben Gustav Noske, den seine Gegner in der Partei wegen seiner allzu patriotischen Reden nicht genug schmähen können! Und so fort! — Mit den Zeitungen ist's kaum anders. Oder wer hätte noch vor zwei Jahren an die Möglichkeit geglaubt, Blätter wie das „Hamburger Echo" und die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in Kiel, die stets im Lager des alten Radikalismus gestanden hatten, nun plötzlich auf dem Flügel der Partei kämpfen zu sehen, den seine Gegner gern den äußersten rechten nennen? Also: alle diese alten Maßstäbe lasse man ruhig zu Hause! Sie helfen uns heute kaum einen Schritt weiter! Und wenn auch — wir werden es gleich sehen — die heute hüben und drüben Zusammenstehenden keineswegs zwei kompakte Massen mit einheitlichen Anschauungen und Zielen bilden, so hat doch gewiß schon die eben gegebene flüchtige Gegenüberstellung dem Leser gezeigt, daß mit den alten Einteilungen heute nichts mehr anzufangen ist. Der unbefangene Beschauer gewinnt viel eher den Eindruck: rechter Hand, linker Hand — Alles vertauscht! . . . .

Wie ist diese ungeheure Wirrnis innerhalb der Sozialdemokratie, diese Umwertung aller Werte zu erklären? Nun, eben dadurch, daß wir es in diesem Kriege mit einem Elementarereignis von ungeheurer Stärke zu tun haben, gegen das, in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung, historische Geschehnisse wie der dreißigjährige Krieg und die französische Revolution klein erscheinen, mit einem Elementarereignis, das alle Voraussagen, die früher darüber gemacht worden waren, mit einem einzigen gewaltigen Ruck über den Haufen geworfen, das alle Theorien, die man aus diesen Voraussagen abgeleitet, wie Kartenhäuser umgeblasen hat.

Wir werden später zeigen, welche Vorstellungen man sich in der deutschen Sozialdemokratie in der dem Kriegsausbruch vorhergehenden Zeit von dem kommenden Weltkrieg gemacht hatte, und wie grausam dann die Wirklichkeit mit diesen Vorstellungen umgesprungen ist. Bevor wir das aber tun, müssen wir für kurze Zeit das Kriegsthema im engeren Sinne fallen lassen und — um festen Boden unter die Füße zu bekommen — uns erst einmal in aller Kürze vergegenwärtigen, wie sich der deutsche Sozialismus im Laufe seiner Entwicklung zum Staatsgedanken im Allgemeinen und zum deutschen Staatsgedanken im Besonderen gestellt hat.

Es ist unvermeidlich aber lohnend, dabei etwas weiter auszuholen.

9. Der nationale Gedanke in der deutschen Sozialdemokratie.

Unter den großen Denkern und politischen Bahnbrechern des neunzehnten Jahrhunderts hat der Staatsgedanke — nehmen wir ihn zunächst einmal absolut — keinen beredteren Anwalt, keinen feurigeren Propheten gefunden als Ferdinand Lassalle, der „gewappnet mit der ganzen Bildung seines Jahrhunderts", die deutsche Arbeiterklasse zum selbständigen politischen Leben erweckte. In allen Reden und Schriften Lassalles wird gegenüber den damals vorherrschenden individualistischen Anschauungen des Manchester-Liberalismus der Staatsgedanke mit all dem Pathos, mit all dem hinreißenden Schwung verfochten, der Lassalle zu Gebote stand. Als Aufgabe des Staates stellt Lassalle es hin, den Einzelnen in den Stand zu setzen, „eine solche Stufe des Daseins" zu erreichen, wie er, eben als Einzelner, sie niemals erreichen könne, ihn zu befähigen, eine derartige „Summe von Bildung, Macht und Freiheit" zu gewinnen, wie sie der Einzelne auf sich allein gestellt nimmermehr zu erlangen vermöge. Auch sonst steigert sich Lassalles Schilderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben des Staates an mehr als einer Stelle zu einer Apotheose des Staatsgedankens selbst. Und wie Lassalle den Staatsgedanken an sich verherrlicht, so verherrlicht er auch den deutschen Staatsgedanken im Besonderen. Dafür ließen sich aus seinen Werken unzählige Belege herbeibringen und es hätte nicht erst des Zeugnisses bedurft, das Bismarck in den siebziger Jahren im Reichstage einmal dem starken nationalen Empfinden Lassalles ausgestellt hat, um dies Empfinden über allen Zweifel zu erheben. So falsch die oft gebrauchte Gegenüberstellung des „internationalen" Karl Marx und des „nationalen" Ferdinand Lassalle" in ihrer vulgären Aufmachung auch immer sein mag (und daß sie in dieser Aufmachung unrichtig ist hat die Mehringsche Ausgabe von Lassalles Briefen an Marx schlagend bewiesen): ein Körnchen Wahrheit steckt schon darin. Lassalle stand eben, da er mitten in Deutschland lebte und mitten im Strome der deutschen Bewegung selbst schwamm, die gegen Ende der fünfziger Jahre neu einsetzte, allen diesen Dingen

auch seelisch ganz anders gegenüber als Marx, der von der hohen Warte seines Londoner Exils aus die weite Welt, ihre Wirtschaft und ihre Politik mit Alles umfassendem Blicke umspannte und eben dadurch daran gehindert wurde, der besonderen deutschen Entwicklung — mochte sie ihm auch noch so sehr am Herzen liegen — innerlich so nahe zu bleiben wie sein großer Freund und Schüler Lassalle.

Wäre diese Schrift, was sie nicht ist und was sie nicht werden soll, in erster Linie eine Zitatensammlung, so wäre es uns, wie angedeutet, ein Leichtes, sie anzufüllen mit Belegen des starken nationalen Empfindens Lassalles, den nicht etwa nur ein bloßer Zufall dazu gebracht hat, gerade Franz von Sickingen zum Helden seines einzigen Dramas zu machen. So aber begnügen wir uns damit — ohne irgendwie auf die dort behandelten Gegenstände selbst und Lassalles Stellung zu ihnen einzugehen — aus zwei seiner heute am Wenigsten bekannten Arbeiten ein paar Stellen hier abzudrucken, aus denen uns Lassalles nationales Fühlen heiß entgegenschlägt. In der einen dieser Arbeiten, der am 19. Mai 1862 von Lassalle zur Feier des fünfzigsten Todestages Johann Gottlieb Fichtes gehaltenen Festrede, die er später unter dem Titel „Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes" veröffentlichte, heißt es am Schlusse:

> „Kaum sind 50 Jahre verflossen seit Fichtes Tod, und bereits ist jenes philosophische „Sich-mit-Bewußtseinmachen", das er sich damals in der philosophischen Einsamkeit seines Denkens sagte, ohne Verständnis und Teilnahme dafür in der Außenwelt — bereits ist es zur Religion geworden und durchbebt heute unter dem populären und dogmatischen Namen der deutschen Einheit jedes edlere deutsche Herz.
>
> An dem Tage, wo alle Glocken läutend die Fleischwerdung dieses Geistes, das Geburtstagsfest des Deutschen Staates, verkünden werden, — an diesem Tage werden wir auch das wahre Fest Fichtes, die Vermählung seines Geistes mit der Wirklichkeit feiern."

Aus der drei Jahre zuvor, 1859, erschienenen Schrift Lassalles „Der italienische Krieg", in deren Vorrede (zur zweiten Auflage) Lassalle schon „die nationale Wiedergeburt Deutschlands" als sein Hochziel feiert, seien die folgenden Sätze, die für sich selbst sprechen mögen, wiedergegeben:

„. . . Die preußische Regierung hat erklärt, in dem italienischen Kriege einstweilen neutral bleiben zu wollen. — Seitdem wir denken können, ist dies fast die erste Maßregel einer preußischen Regierung, mit der wir uns einverstanden fühlen können. Aber dies Einverständnis wäre erst dann ein wirkliches, wenn dieser rein negativen Haltung auch die positive Seite folgte, die erforderlich ist, um das Nationalgefühl zu heben, zu stärken und durch eine große Tat nationalen Interesses der Najeder etwaigen Vergrößerungstendenz des Bonapartismus im tion eine begeisterte Kraft einzuflößen, welche Voraus alle Gefährlichkeit rauben müßte . . .

Die einzige, würdige und große, eben so sehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegene Haltung wäre folgende Sprache Preußens:

„Revidiert Napoleon die europäische Karte nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein!"

Und mit dieser Proklamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet! . . .

. . . . Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintriguen — möge sie erst mit dem fait accompli des erklärten Krieges vor den Bund treten und, durch diese imposante Haltung hingerissen, wird der Bund ihr folgen. Und wagten intriguante Kabinette eine undeutsche Gesinnung an den Tag zu legen, so wäre der Augenblick da, daran zu erinnern, daß schon einmal ein König von Preußen die feierliche Erklärung unterschrieben hat: „Jeder deutsche Fürst, der dem Aufruf zur Befreiung des Vaterlandes nicht Folge geben wird in einem fixierten Zeitraum, wird mit dem Verlust seiner Staaten bedroht werden."

Der politische Testamentsvollstrecker und Erbe Lassalles war Johann Baptist von Schweitzer, der Vielverkannte und Vielverleumdete, ein genialer Arbeiterführer, dessen außerordentlichen geistigen Qualitäten leider auf der anderen Seite große Mängel des Charakters gegenüberstanden. An seiner Ehrenrettung — und die verdient er trotz jener Mängel — arbeiten seit Jahren besonders

eifrig Dr. Franz Mehring und Dr. Gustav Mayer. Von diesem heute viel zu wenig gekannten Arbeiterführer sei hier — statt vieler — nur ein kleiner Aufsatz herangezogen, der die starke nationale Stimmung, die die deutsche Arbeiterbewegung in ihrer Jugendzeit beseelte, gleichfalls trefflich kennzeichnet. Wohlgemerkt: nur auf die Vermittelung dieser Stimmung selbst kommt es uns hier an, nicht auf irgendwelche politischen Wertungen!

Der Aufsatz stammt aus dem Jahr 1865, und heißt „Armes Preußen"; sein Zweck war — — das Ministerium Bismarck zu einer aktiveren nationalen Politik voranzutreiben! Hier der Wortlaut des kleinen aber überaus charakteristischen Artikels, den Schweitzer selbst in seinem Blatte, dem „Sozialdemokrat", durch besonderen Druck stark hervorheben ließ:

> „Du warst groß in der Geschichte Europas, du durftest kühne Pläne haben, als das Schwert des Heldenkönigs deine Schlachten focht, als der Philosoph von Sanssouci auf deinem Throne saß!
>
> Damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Roßbach weiß davon!
>
> Und noch einmal, Preußen, warst du groß in der Geschichte Europas. Es war damals, als begeistert deine Freiheitskämpfer hinauszogen.
>
> Auch damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Waterloo weiß davon!
>
> Ach, das war damals, damals!
>
> Und nun kommt auf einmal die böse Welt und will behaupten, du habest wiederum große Pläne und wolltest wiederum europäische Geschichte machen!
>
> Wirklich? Und was glaubt sie weiter, diese böse Welt? Glaubt sie, du wolltest es darauf wagen, ob ein Roßbach und Waterloo oder ob ein — Jena komme?
>
> Jena! Jena! War es nicht dort, wo das stolze Frankreich deine übermütigen Junker spielend in den Staub trat? Ja! Ja! Dort war es — und jetzt käme die böse Welt und glaubte, du wolltest ein neues Jena wagen?
>
> Ach nein! Das glaubt sie nicht! Das wäre ja so boshaft nicht! Diese böse, garstige Welt meint, du nähmest dein Jena im voraus für gewiß und eiltest, deiner großen Pläne voll, fürsichtlich gen Paris, dir um den Kaufpreis deutschen Landes die Gunst von Frankreichs Herrscher zu erkaufen!
>
> Armes Preußen!"

Nicht weniger stark national als Lassalle und als Schweitzer empfand **Friedrich Engels**, der große Mitarbeiter von Karl Marx, der sich seine militärischen Sporen einst mit der Waffe in der Hand im badisch-pfälzischen Aufstande von 1849 verdient hatte und den, seiner außerordentlich großen Vorliebe und seines ungewöhnlichen Verständnisses für militärische Dinge wegen die näheren Freunde bis zu seinem Tode im August 1895 den „General" zu nennen pflegten.

Etwa das gleiche Thema wie Lassalles vorhin erwähnte Schrift „Der italienische Krieg" behandeln Engels Arbeiten: „**Po und Rhein**" und „**Savoyen, Nizza und der Rhein**" (1859 und 1860). Diese Autorschaft der ersten dieser beiden Schriften, die zunächst anonym erschienen war, wurde sehr charakteristischer Weise dem — — **bekannten preußischen General Pfuel** zugeschrieben!! Daß Engels in diesen Schriften die politische Situation jener Tage und die aus ihr der deutschen Demokratie erwachsenden Aufgaben ganz anders beurteilt als Lassalle tut jetzt nichts zur Sache. Hier kommt es uns nur darauf an, zu zeigen, in wie flammenden Worten Engels besonders im Schlußkapitel der zuletzt genannten Arbeit alle die tausendfältige Schmach brandmarkt, die Deutschland im Laufe der ersten sechs Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts von Rußland zu erdulden hatte; er rollt das ganze Register dieser Schmach auf und sagt dann:

> „Das ist es, was wir seit dem Anfang dieses Jahrhunderts den Russen zu verdanken haben **und was wir Deutsche hoffentlich nie vergessen werden**... **In diesem Augenblick noch droht uns die russisch-französische Allianz, Frankreich selbst kann uns nur in einzelnen Momenten gefährlich werden, und dann auch nur durch die Allianz mit Rußland.** Aber Rußland bedroht und insultiert uns stets, und wenn Deutschland sich dagegen erhebt, dann setzt es den französischen Gendarmen in Bewegung durch die Aussicht auf das linke Rheinufer. **Sollen wir es uns noch länger gefallen lassen, daß dies Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir fünfundvierzig Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellsten Provinzen fortwährend zum Köder dient, den Rußland der**

Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als von Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. Wir hoffen, daß Deutschland sie bald mit dem Schwert in der Hand beantwortet. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kapuschtschiks schon heimleuchten."

Die Schrift schließt mit folgenden Worten, auf die wir deshalb hier besonderes Gewicht legen, weil sie treffend die Genesis jener antirussischen Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie illustrieren, die — wie wir im dritten Kapitel dieser Schrift dargetan — in den Augusttagen von 1914 von so ungeheurer Bedeutung wurde:

„Wie es den Anschein hat, ist es Deutschland vorbehalten, diese Tatsache (daß die auswärtige Politik des alten Rußland fallen müsse) den Russen nicht nur mit der Feder sondern auch mit dem Schwert klarzumachen. Kommt es dahin, so ist das eine Rehabilitation Deutschlands, die Jahrhunderte politischer Schmach aufwiegt."

Engels ahnte damals nicht, daß noch mehr als ein halbes Jahrhundert vergehen mußte, bevor sein prophetisches Wort zur Wahrheit wurde ... Von Interesse ist auch die Haltung Engels beim Ausbruch des siebenziger Krieges, auf den wir weiter unten noch kurz zurückkommen werden. Engels äußerte sich damals in einem Briefe an Marx (und dieser stimmte der Auffassung seines Freundes durchaus bei) so:

„Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet (Napoleon) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich in ganz anderem nationalen Maßstabe als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regie-

rung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes, alle Klassen haben eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. . . . Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen!"

Womöglich noch zeitgemäßer als die vorhin zitierte Aeußerung von Engels aus dem Jahre 1860 ist ein von ihm im Jahre 1892 für den Kalender der französischen Arbeiterpartei geschriebener Aufsatz, in dem Frankreich auf das Nachdrücklichste vor den Gefahren der russischen Allianz gewarnt wird. Treibe es diese unheilvolle Allianz so, so führt Engels den Franzosen in diesem Aufsatz zu Gemüte, wie leider zu erwarten sei, über kurz oder lang zum Kriege mit Deutschland, dann kämpfe Deutschland „einfach um seine Existenz" und es sei das höchste Interesse gerade auch der deutschen Sozialisten, in einem solchen Existenzkampfe ihr Vaterland nicht im Stiche zu lassen.

Wörtlich heißt es in dem Artikel, der seit anderthalb Jahren in den inneren sozialdemokratischen Parteidiskussionen eine sehr bedeutende Rolle gespielt hat:

„Wird Deutschland besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Ambos, so verliert es an Rußland Altpreußen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Versöhnt diese beiden großen Länder und es ist aus mit der Vorherrschaft Rußlands in Europa. . . . Ein so zerstückeltes Deutschland aber wäre außerstande, die ihm in der europäischen geschichtlichen Entwicklung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt auf den Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben erhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Krieges zur Wiederherstellung seiner nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügige Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — gegen Frankreich.

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei der „Feind“ ist. . . .

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien.

Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie.“

Ebensowenig wie die bisher genannten sozialdemokratischen Vorkämpfer stand Wilhelm Liebknecht dem Staatsgedanken an sich und insbesondere dem deutschen Staatsgedanken feindlich gegenüber. In mehr als einer Rede hat er im Reichstage besonders bei Beratung von Arbeiterschutzgesetzen beinahe mit Lassalle'schem Schwung die sittliche Kraft und Größe des Staatsgedankens ideologisch gepriesen. Und von seinen jungen Studententagen an, in denen er als Gießener Korpsbursche und badischer-pfälzischer Freischärler für die deutsche Einheit ebenso wacker streitet wie für die deutsche Freiheit bis in seine letzten Lebenstage hinein ist er eigentlich ein Großdeutscher (wenn auch sicher kein Alldeutscher im heutigen parteipolitischen Sinne!) gewesen. Der Schreiber dieser Zeilen hat Liebknechts letzte beiden Reden in und bei Dresden Ende Juli 1900, wenige Tage vor des „Alten“ Tode mitangehört und erinnert sich noch lebhaft des bei aller scharfen Kritik an der offiziellen Regierungspolitik überaus warmen nationalen Untertons in diesen Schwanengesängen des wackeren alten Kämpen. Ein paar gerade

heute in den Tagen des werdenden „Mitteleuropa" wieder sehr zeitgemäße Sätze aus jener — später auch im Druck erschienenen — Dresdener Rede Wilhelm Liebknechts mögen hier Platz finden:

„Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Arndtsche Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedelungsland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. welcher Widerspruch: Oesterreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in dem Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer nach Konstantinopel, wird einer undeutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! Was wir vor unseren Türen hatten, das suchen wir in der Ferne, wo nichts zu suchen ist. . . . Am deutschen Volk ist es, zu verlangen, daß unsere Politik unter allen Umständen aus dem russischen Fahrwasser herauskommt. . . .

„. . . Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt —, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Oesterreich durch den fluchwürdigen Bruderkrieg von 1866 den Slaven ausgeliefert hat."

Die schließlich einmal unvermeidliche kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland hat Liebknecht nicht weniger bestimmt vorausgesagt als Engels. Ja, man kann sagen, daß der antirussische Gedanke der Kompaß von Liebknechts ganzer auswärtiger Politik sein Leben lang gewesen ist. Noch ein paar Belege dafür!

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei der „Feind" ist. . . .

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien.

Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie."

Ebensowenig wie die bisher genannten sozialdemokratischen Vorkämpfer stand Wilhelm Liebknecht dem Staatsgedanken an sich und insbesondere dem deutschen Staatsgedanken feindlich gegenüber. In mehr als einer Rede hat er im Reichstage besonders bei Beratung von Arbeiterschutzgesetzen beinahe mit Lassalle'schem Schwung die sittliche Kraft und Größe des Staatsgedankens ideologisch gepriesen. Und von seinen jungen Studententagen an, in denen er als Gießener Korpsbursche und badischer-pfälzischer Freischärler für die deutsche Einheit ebenso wacker streitet wie für die deutsche Freiheit bis in seine letzten Lebenstage hinein ist er eigentlich ein Großdeutscher (wenn auch sicher kein Alldeutscher im heutigen parteipolitischen Sinne!) gewesen. Der Schreiber dieser Zeilen hat Liebknechts letzte beiden Reden in und bei Dresden Ende Juli 1900, wenige Tage vor des „Alten" Tode mitangehört und erinnert sich noch lebhaft des bei aller scharfen Kritik an der offiziellen Regierungspolitik überaus warmen nationalen Untertons in diesen Schwangesängen des wackeren alten Kämpen. Ein paar gerade

heute in den Tagen des werdenden „Mitteleuropa" wieder sehr zeitgemäße Sätze aus jener — später auch im Druck erschienenen — Dresdener Rede Wilhelm Liebknechts mögen hier Platz finden:

„Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Arndtsche Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedelungsland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. welcher Widerspruch: Oesterreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in dem Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer nach Konstantinopel, wird einer undeutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! Was wir vor unseren Türen hatten, das suchen wir in der Ferne, wo nichts zu suchen ist.... Am deutschen Volk ist es, zu verlangen, daß unsere Politik unter allen Umständen aus dem russischen Fahrwasser herauskommt....

„... Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt —, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Oesterreich durch den fluchwürdigen Bruderkrieg von 1866 den Slaven ausgeliefert hat."

Die schließlich einmal unvermeidliche kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland hat Liebknecht nicht weniger bestimmt vorausgesagt als Engels. Ja, man kann sagen, daß der antirussische Gedanke der Kompaß von Liebknechts ganzer auswärtiger Politik sein Leben lang gewesen ist. Noch ein paar Belege dafür!

Auf dem Nürnberger Arbeitertage von 1868 sagte Liebknecht:

„Auch ich bin für die allgemeine Entwaffnung. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte Haupt abgeschlagen ... ist der Despotismus aus seinem Schlupfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger."

Im gleichen Sinne schreibt Liebknecht zehn Jahre später in seiner heute völlig verschollenen Schrift: „Soll Europa kosakisch werden?":

„Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade soviel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd zur Seite stellen kann ... dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann."

Und abermals zehn Jahre später, 1888, am 28. November, sagt Liebknecht im Reichstage:

„Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Und nach dieser Richtung hin — das kann ich Ihnen versichern — ist

von unserer Seite bei einflußreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls er vorhanden war, beseitigt worden: Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren!"

Das war — wohlgemerkt — noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes!

Von einem Siege Deutschlands über Rußland erwartet Liebknecht, wie er bei anderer Gelegenheit auseinandersetzt, nicht nur eine Befreiung der unter dem Joche des Zarismus schmachtenden Völker sondern zugleich auch „den Umschwung in ganz Europa", von einem Siege Rußlands aber fürchtet er „den Tod der Freiheit in Europa und vor Allem in unserem Deutschland."

Und auf dem Erfurter Parteitage im Jahre 1891 sagte der Vater Karl Liebknechts:

„. . . Ich habe wiederholt erklärt, wenn wir angegriffen würden, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen . . . Das ist etwas Selbstverständliches, das tut jeder von uns. Erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht?"

* * *

Zahllos sind die in demselben Sinne gehaltenen Aeußerungen August Bebels. Wir wüßten keinen Führer irgend einer deutschen Partei, der Jahrzehnte hindurch — sei es im Reichstage, sei es außerhalb des Parlaments — in gleich energischer Weise den Gedanken der nationalen Verteidigung verfochten hätte wie August Bebel.

Immer von Neuem betont Bebel, daß die Sozialdemokratie gegen jeden Angreifer „gerade so gut Front machen werde wie jede andere Partei" (1880), daß wir Sozialdemokraten in einem solchen Kriege „uns selbst und das Land verteidigen, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen" (im gleichen Jahre), daß „an der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert sind wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und daß das arbeitende

Auf dem Nürnberger Arbeitertage von 1868 sagte Liebknecht:

„Auch ich bin für die allgemeine Entwaffnung. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. *Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte Haupt abgeschlagen* . . . ist der Despotismus aus seinem Schlupfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „*Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger.*"

Im gleichen Sinne schreibt Liebknecht zehn Jahre später in seiner heute völlig verschollenen Schrift: „*Soll Europa kosakisch werden?*":

„*Rußland* — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade soviel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. *Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd zur Seite stellen kann* . . . dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, *aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann.*"

Und abermals zehn Jahre später, 1888, am 28. November, sagt Liebknecht im Reichstage:

„Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist *ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk.* Und nach dieser Richtung hin — das kann ich Ihnen versichern — ist

von unserer Seite bei einflußreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls er vorhanden war, beseitigt worden: Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren!"

Das war — wohlgemerkt — noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes!

Von einem Siege Deutschlands über Rußland erwartet Liebknecht, wie er bei anderer Gelegenheit auseinandersetzt, nicht nur eine Befreiung der unter dem Joche des Zarismus schmachtenden Völker sondern zugleich auch „den Umschwung in ganz Europa", von einem Siege Rußlands aber fürchtet er „den Tod der Freiheit in Europa und vor Allem in unserem Deutschland."

Und auf dem Erfurter Parteitage im Jahre 1891 sagte der Vater Karl Liebknechts:

„... Ich habe wiederholt erklärt, wenn wir angegriffen würden, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen ... Das ist etwas Selbstverständliches, das tut jeder von uns. Erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht?"

* * *

Zahllos sind die in demselben Sinne gehaltenen Aeußerungen August Bebels. Wir wüßten keinen Führer irgend einer deutschen Partei, der Jahrzehnte hindurch — sei es im Reichstage, sei es außerhalb des Parlaments — in gleich energischer Weise den Gedanken der nationalen Verteidigung verfochten hätte wie August Bebel.

Immer von Neuem betont Bebel, daß die Sozialdemokratie gegen jeden Angreifer „gerade so gut Front machen werde wie jede andere Partei" (1880), daß wir Sozialdemokraten in einem solchen Kriege „uns selbst und das Land verteidigen, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen" (im gleichen Jahre), daß „an der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert sind wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und daß das arbeitende

Volk nicht gewillt ist, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren: die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten und selbst die Aeltesten!" (1893).

Die bekannte Wendung, daß er selbst als alter Knabe, wenn es gegen Rußland gehe, noch die Flinte auf den Buckel nehmen werde, hat Bebel im vollen Ernste und mit sehr großem Nachdruck wohl ein halbes Dutzend Mal gebraucht, im Reichstage wie auf Kongressen und er hat diese Gesinnung auch sonst immer wieder bekräftigt. So 1904 im März:

„Wir werden jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen!

Und im Herbst des gleichen Jahres:

„Verlangen wir die allgemeine Volkswehr, die allgemeine Volksbewaffnung etwa zum Spaß? Nein, weil wir meinen, daß gegenüber einer äußern Gefahr die Notwendigkeit besteht, daß auch der letzte waffenfähige Mann die Möglichkeit haben muß, für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes einzutreten, gerade deshalb! Ich und meine Freunde, wir treten kein Stück deutschen Bodens an das Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick, wo Deutschland zerstückelt würde, mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauert, vernichtet würde."

Aus dem Jahre 1907 stammen diese Worte Bebels:

„Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich, das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. Das Kulturleben und die Kulturentwickelung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln. . . . Jedes Volk, das unter der Fremdherrschaft steht, kämpft zuerst für seine Unabhängigkeit. . . Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehöre, ist absurd."

Hervé, der wilde „Antipatriot" von damals ist der noch wildere französische Chauvinist von heute, der zu Beginn dieses Jahres sein Blatt „La guerre sociale" umtaufte in „La victoire". . . .

Insbesondere die antirussische Orientierung, die Bebels Politik nicht weniger beherrschte als die von Marx, Engels und Liebknecht, kommt immer wieder in seinen Reden zum Durchbruch. Am drastischsten wohl in einer Dresdener Rede Bebels vom Jahre 1886 über die Balkanfragen. Da heißt es:

„Jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel ist eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwickelung. Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. . . .

Gelingt es Rußland, Oesterreich zu einem Angriff zu provozieren, dann braucht es nur in der Herzegowina und in Serbien sein Hetzerhandwerk wieder aufzunehmen — so ist das deutsch-österreichische Bündnis für Oesterreich ohne Wert. Das Bündnis gilt nur, wenn Oesterreich angegriffen wird. Wird in einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland ersteres geschlagen, dann ist Rußland Herr auf der Balkanhalbinsel, dann gibt es keine Macht mehr, die ihm dort den Rang streitig machen kann. Hat aber Rußland dieses Ziel erreicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo es mit Deutschland abrechnen kann. Und für diesen Fall hebt es sich das Bündnis mit Frankreich auf; Frankreich wird Rußland jede Eroberung im Osten Deutschlands gönnen, und umgekehrt wird Rußland bereit sein, Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer und Belgien annektieren zu lassen. . . .

Der Versuch Rußlands zur Eroberung unserer Ostseeprovinzen wird nur eine Frage der Zeit sein. Rußland hebt sich den Schlag gegen Deutschland bis zuletzt auf, und bei diesem Schlag kann es auf die Hilfe Frankreichs sicher rechnen."

In dem gleichen Sinne äußerte sich Bebel auf dem Erfurter Parteitage von 1891:

„Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu

zerstückeln, und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen und werden dem entgegentreten. . . . *Rußlands Sieg bedeutete unsere Niederlage als Sozialdemokraten.*"

Zum Schluß wie vorhin aus Wilhelm Liebknechts so hier auch aus August Bebels *letzter Rede* noch ein paar Sätze! Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß die *beiden* „vaterlandslosen Gesellen" bei ihrem letzten öffentlichen Auftreten ihrer Partei und ihrem Volke für seine auswärtige Politik gewissermaßen *ein durch schärfste Frontstellung gegen Rußland gekennzeichnetes politisches Testament* hinterlassen haben. Bebel hielt seine letzte Rede ein paar Wochen vor seinem Tode, im Sommer 1913, in der Budgetkommission des Reichstages bei der Beratung der großen Wehrvorlage; da sagte er:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt *namentlich auch von der Sozialdemokratie*, der ihre Gegner, die zum Teil unverständig, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit" gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, *namentlich von Osten her.* Wenn auch das russische Volk in seinen großen Massen bestimmt friedliebend ist und andere Sorgen hat als die Betreibung eines Ueberfalls auf Deutschland, so ist das gleiche nicht mit der gleichen Sicherheit von denjenigen Kreisen zu sagen, die die zaristische Willkürherrschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen.

Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen: *er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen.* Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur

die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht."

Wer nennt uns einen deutschen Politiker von stärkerem nationalen Empfinden als diesen „vaterlandslosen Gesellen"? . . . .

* * *

Aber, so hören wir einwenden, steht mit diesen nationalen Bekenntnissen Liebknechts und Bebels nicht ihre antinationale Praxis in Widerspruch? Wie stimmt zu diesen Worten ihre Tat von 1870, ihre Nichtzustimmung zu den damals von der Regierung geforderten Kriegskrediten? Da ist zunächst Folgendes festzustellen: es saßen im Jahre 1870 im Reichstage des Norddeutschen Bundes im ganzen fünf Sozialdemokraten, zwei der sogenannten Eisenacher Richtung (eben Liebknecht und Bebel) und drei Lassallaner (der vorhin schon genannte Johann Baptist von Schweitzer, Fritzsche und Hasenclever). Diese drei letzten stimmten im Juli 1870 bedingungslos für die von Bismarck geforderten Kriegskredite, während Bebel und Liebknecht sich der Stimme enthielten, also nicht etwa mit Nein stimmten. Und zwar — so paradox es klingen mag — die beiden nahmen diese Haltung in erster Linie ihrer großdeutschen Gesinnung wegen ein, deren ärgsten Feind sie in Bismarck erblickten. Bismarck schoben sie — ob mit Recht oder Unrecht mag hier ganz dahingestellt bleiben — die Hauptschuld zu an dem von ihnen mit Aufgebot aller Kräfte bekämpften preußisch-österreichischen Krieg von 1866; Bismarck werde, so fürchteten sie, aus dem neuen Kriege ein Großpreußen, aber nur ein Klein-Deutschland, nicht das von ihnen so heiß ersehnte Groß-Deutschland als Ernte hereinbringen, ein Großdeutschland, das sie sich nur mit Einschluß Oesterreichs denken konnten. Dieser grundsätzlich verschiedenen Orientierung ihrer Politik wegen (Großdeutschland wider Großpreußen!) standen Liebknecht und Bebel seit 1866 im schroffsten Kampfe gegen Bismarck; sie konnten ihm deshalb nicht das Vertrauen entgegenbringen, das nach ihrer Meinung zur Bewilligung von Kriegskrediten unerläßlich war. „Hätte damals", so erklärte Liebknecht später wörtlich, „eine Regierung an der Spitze unserer Geschäfte gestanden, der wir Ver-

trauen geben konnten, so *hätten wir mit Freuden die Gelder für den Krieg bewilligt.*" Von einer Stimmenthaltung oder gar von einer Ablehnung der Kriegskredite *aus sogenannten prinzipiellen Gründen* war also bei den Beiden im Jahre 1870 keine Rede. Daß sie *später*, nach Sedan, als Napoleon erledigt war und die Regierung der französischen Republik sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hatte, die *Fortführung* des Krieges, der jetzt nach ihrer Meinung aus einem Verteidigungskriege zu einem Eroberungskriege geworden war, entschieden mißbilligten und nunmehr gleich den übrigen sozialistischen Abgeordneten zu einer *Verweigerung* der weiter geforderten Summen übergingen, steht auf einem ganz anderen Blatte.

Nebenbei bemerkt: sowohl Marx, Engels und Johann Philipp Becker wie auch die offizielle Leitung der Eisenacher Partei (der „Braunschweiger Ausschuß") haben damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie es lieber gesehen hätten, gleich Schweitzer, Fritzsche und Hasenclever hätten im Juli 1870 *auch Bebel und Liebknecht* die Kriegskredite *bewilligt*, statt sich der Stimme zu enthalten. Auch Franz Mehring ist dieser Meinung. Und wie wenig Bebel und Liebknecht *selbst* daran dachten, mit ihrer Haltung etwa *den Feinden des Vaterlandes* Vorschub leisten zu wollen, das zeigen deutlich diese von Liebknecht am 20. Juli 1870 in seinem „Volksstaat" niedergeschriebenen Sätze:

> „Fällt Napoleon, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie vernichtet. Aus diesen Tatsachen ergibt sich: *Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes!*"

Noch ein paar Zitate aus den offiziellen Aufrufen der sozialdemokratischen Parteileitungen und ihrer Blätter aus den Sommertagen von 1870 werden hier interessieren. So schrieb der „Socialdemokrat":

> „Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus. Und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher (Napoleon) entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit."

In dem ersten Kriegsmanifest des Braunschweiger Ausschusses wird die Hoffnung ausgedrückt, daß „*Begeisterung und Mut unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen*",

die „hinausziehen, von unserem Segen und unseren Wünschen begleitet"; an einer anderen Stelle des Manifestes heißt es:

„Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einheit ist berechtigt, haben sich die Deutschen bei der augenblicklich gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen und vielleicht entsteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat.."

Die Schlußworte dieses Manifestes aber lauten: „Es lebe Deutschland! Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

In einem zweiten Kriegsmanifest desselben Braunschweiger Ausschusses ist zu lesen:

„. . . Ein Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartiger Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören."

Die Leser sehen, daß sich im Lichte der geschichtlichen Wahrheit die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Kriege 1870-71 denn doch ganz wesentlich anders ausnimmt als im Zwielicht der landläufigen Legende.

* * *

Nach dieser kurzen, aber notwendigen historischen Abschweifung kehren wir noch einmal für einen Augenblick zurück zu unserer Skizzierung der grundsätzlichen Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur nationalen Frage. Von Lassalle, Engels, Schweitzer,

Liebknecht und Bebel sprachen wir schon. Wir übergehen gleichartige Erklärungen Singers, Auers, Bernsteins, Noskes und zahlreicher anderer sozialdemokratischer Parteiführer, wir übergehen auch die immer wiederholten im selben Sinne gehaltenen Erklärungen der sozialdemokratischen Programmschriften, Handbücher, Wahlaufrufe und Flugblätter. Wir könnten sonst noch viele, viele Seiten mit ihnen füllen. Nur einige hervorstechende Sätze aus einer Rede Georg von Vollmars vom Jahre 1891 wollen wir noch wiedergeben, weil auch in ihnen wieder der antirussische Grundgedanke der sozialdemokratischen Politik besonders scharf und klar hervortritt:

„Ich anerkenne die Gefahr, die von seiten Rußlands kommt, so gut wie irgendeiner, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesem Kampfe mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen, es hat Menschen und Naturkräfte gerade genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trotzen zu können. Die Zeche bei der Geschichte würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosaken anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathien beraube, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt."

Endlich lese man noch diese Worte Vollmars:

„Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben. Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen

Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken."

So sprach Vollmar im Namen der gesamten deutschen Delegation auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von Stuttgart im Jahre 1907 und alle Wortführer der sozialistischen Internationale, der Italiener Costa, wie der Schwede Branting, Emile Vandervelde, der belgische Staatsminister von heute, wie der anfangs dieses Jahres verstorbene alte Communekämpfer Vaillant und nicht zuletzt Jean Jaures, den ein grausiges Geschick seinem Lande und der Menschheit gerade in dem Augenblick entriß, da er am wenigsten zu ersetzen war, sie alle stimmten Vollmar unbedingt und voll Enthusiasmus zu. . . .

Auch die sozialistische Wissenschaft hat den nationalen Gedanken wiederholt rückhaltlos anerkannt. Am unzweideutigsten wohl in dem bekannten Werke des Wiener Marxisten Otto Bauer: „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie". Nur ein paar Sätze aus diesem Buche:

> „Werde ich mir bewußt, daß ich einer Nation angehöre, so erkenne ich, daß mich enge Charaktereigenschaft mit ihr verknüpft, daß ihr Schicksal mich, ihre Kultur mich bestimmt, daß sie selbst in meinem Charakter wirkende Kraft ist. Nicht ein Fremdes ist mir die Nation, sondern ein Stück meiner selbst, das in dem Wesen der anderen wiederkehrt. . . .
>
> An den Sieg des Sozialismus ist die Verwirklichung des Nationalitätsprinzips geknüpft. . . . Der Sozialismus verheißt allen Nationen die Verwirklichung ihres Verlangens nach Einheit und Freiheit. Das gilt auch für die deutsche Nation."

Der diese Sätze niedergeschrieben hat schmachtet seit Jahr und Tag nun als österreichischer Offizier in russischer Gefangenschaft. . . .

* * *

Daß die frühere Ablehnung von Militärforderungen durch die Sozialdemokratie durchaus nicht im Widerspruch stand zu den hier festgestellten Bekundungen ihres im besten Sinne des Wortes nationalen Geistes, ist oft genug auseinandergesetzt worden. Diese Ablehnung hat niemals dem Gedanken

der nationalen Wehrhaftigkeit *an sich* gegolten sondern stets nur dem bis zum Ausbruche des Krieges in unserem Heerwesen herrschenden *System, dem Geiste*, der weite Kreise der Armee beseelte und der Art, in der (durch indirekte Steuern und durch Zölle auf notwendige Lebensmittel) *die Kosten* für das Heerwesen aufgebracht wurden. Näher möchten wir, um nicht in alten kaum vernarbten Wunden zu wühlen, auf alle diese Dinge hier nicht eingehen — weder auf die Aeußerungen des Kastengeistes, der früher vielfach in der Armee herrschte, noch auf die vielen Reden, in denen von der Verwendung der Truppen gegen den sogenannten „inneren Feind" gehandelt wurde, (Reden, die heute von uns in der gemeinsamen Not des Vaterlandes *vergessen* sein, die ein für alle Male *der Vergangenheit angehören* sollen und die hoffentlich nie wieder Wirklichkeit werden!) Nur eben *hindeuten* mußten wir auf diese Gespenster einer trüben hinter uns liegenden Zeit, um die frühere ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen Militärforderungen zu erklären. Auch die Befürchtung, die unaufhörliche wechselseitige Steigerung der Rüstungen werde anstatt — nach dem Wunsche ihrer Befürworter — den Krieg zu verhindern, seinen Ausbruch nur noch beschleunigen, spielte bei der Militärpolitik der Sozialdemokratie bekanntlich eine große Rolle. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, inwieweit die Ereignisse diese sozialdemokratischen Befürchtungen wahr gemacht haben. —

Und daß jene frühere Verweigerung der Heeresforderungen auch keineswegs gleichbedeutend gewesen ist mit einer *militärpolitischen Abstinenztaktik*, das weiß ja heute Jedermann — heute, wo unter dem eisernen Zwange der Notwendigkeit so viele alte sozialistische Militärideale in die Tat umgesetzt werden — wenn auch vorerst leider noch manchmal in recht unzulänglicher Weise. Wir erinnern nur an die von der Sozialdemokratie Jahrzehnte lang vergeblich in Wort und Schrift gepredigte Einführung der *militärischen Jugenderziehung* und an die *feldgraue Uniform — System August Bebel 1891!*

* * *

Um Mißverständnissen vorzubeugen, schließlich noch eine Bemerkung: die oben gebrachte Aneinanderreihung aller der nationalen Aussprüche hervorragender Sozialisten soll ganz und garnicht etwa „beweisen", daß die Sozialdemokratie kraft ihrer ganzen Vergangenheit am 4. August 1914 so handeln mußte wie sie gehandelt hat. Mit

Zitaten und Gegenzitaten kann man bekanntlich Alles „erhärten", was ebenso viel ist wie nichts. Wäre der 4. August eine glatte und platte Selbstverständlichkeit gewesen — wie hätte er dann intra et extra muros solche ungeheure Ueberraschung hervorrufen können? Nein — so wenig kompliziert liegen die Dinge wirklich nicht, daß man ganz neuer historischer Situationen einfach mit alten Zitaten Herr werden könnte! Wir werden weiterhin sehen, daß gerade auch so durchaus national empfindende Sozialdemokraten wie August Bebel sich die politischen Folgen eines Weltkrieges ganz, ganz anders vorgestellt haben als wir sie nun erlebten. Es liefen bei uns Allen in diesen Fragen eben die verschiedensten Gedankenreihen und Empfindungsreihen nebeneinander her und teilweise auch durcheinander. Die eine dieser Reihen, die nationale, haben wir eben dargestellt. Aufgabe der folgenden Kapitel wird es sein, nun auch die anderen Gedanken- und Empfindungsketten dem Leser verständlich zu machen.

10. Strömungen und Gegenströmungen.

Die Pflicht der Objektivität gebietet uns, mit derselben Offenheit, mit der wir vorhin das *nationale* Moment in der deutschen Sozialdemokratie behandelt haben, nun auch diese *Gegentendenzen* zu erörtern. Die wichtigste von ihnen, die, gleich jener nationalen Strömung, auch ihrerseits durch die ganze Geschichte der Partei hindurchläuft, möchten wir kurz wenn auch nicht erschöpfend und ohne damit ein Werturteil aussprechen zu wollen als *staatsfeindliche* Strömung bezeichnen.

Die Quellen dieser zweiten Strömung gehen zurück bis in die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, d. h. bis in jene Zeit, als unter den das westliche Ausland durchwandernden deutschen Handwerksgesellen zuerst die Lehren der großen sozialistischen Utopisten Frankreichs und Englands, die Lehren eines Robert Owen, noch weit mehr aber die Lehren eines Charles Fourier, eines Cabet und eines Saint Simon Wurzel schlugen. In jenen Tagen hatten die deutschen Arbeiter *in der Tat kein Vaterland*. Die Luft der Heimat, der diese wandernden Handwerksburschen entronnen waren, mußte ihnen im Vergleich mit den freieren staatlichen und gesellschaftlichen Instituten Frankreichs und der Schweiz, die sie nun kennen lernten, vorkommen wie die drückende und dumpfige Atmosphäre *einer einzigen großen Polizeiwachtstube*. Vergessen wir nicht: es ist die Zeit *Metternichs*, es ist *die Zeit des vormärzlichen Deutschlands*, von der wir hier reden! Es ist die Zeit der Burschenschaftshetze und der Demagogenverfolgungen, die Zeit, da die Zensurwirtschaft blühte und das „Junge Deutschland" geknebelt wurde. Insbesondere die Arbeiter standen damals wirtschaftlich, politisch und kulturell ganz außerhalb des Lebens ihrer Nation. Ein noch so dürftiges Wahlrecht zu irgend einer gesetzgebenden Körperschaft besaßen sie ebenso wenig wie die Preßfreiheit oder Vereins- und Versammlungsrecht. Die wirtschaftliche Ausbeutung, der sie schutzlos und widerstandslos preisgegeben waren, läßt sich kaum beschreiben, das verruchte Trucksystem (Entlohnung der Arbeiter durch Waren statt durch bares Geld) feierte wüste Orgien, Frauen- und Kinderarbeit zehrten besonders in den großen Industriebezirken von West- und Mitteldeutsch-

land am Mark des Volkes. So war es denn kein Wunder, daß die Lehren des westeuropäischen Sozialismus, die jene wandernden deutschen Handwerksgesellen als frohe Erlösungsbotschaft gierig in sich hineinsogen, in ihren Köpfen und Herzen sehr bald eine entschieden staatsfeindliche und vaterlandsfeindliche Gestalt annahm. Hatte sich doch das deutsche Vaterland diesen armen Proletariern gegenüber nur als Stiefvaterland im schlimmsten Sinne des Wortes gezeigt. Besonders deutlich tritt dieser Zug hervor in den Schriften des Genialsten unter ihnen, des Schneidergesellen Wilhelm Weitling aus Magdeburg. „Solange die Gesellschaft", ruft er einmal aus, „in Ungleichheit lebt, solange ein Volk aus Herren und Knechten besteht, solange ist es auch völlig gleich, wer die Herrschaft ausübt, ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus, wir Arbeiter müssen unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen, wie unter dem anderen. . . . Jetzt haben wir kein Vaterland; wir werden nur dann eins haben, wenn die Gesellschaft für den Unterhalt aller ihrer Glieder auf gleiche Weise sorgt."

Diese Auffassung vom Verhältnis des Arbeiters zum Vaterland findet ihren Niederschlag auch noch in dem gegen Ende des Jahres 1847 entstandenen kommunistischen Manifest, in dem es heißt:

> „Den Kommunisten ist vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. . . . Die Proletarier haben nichts . . . zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Wer wollte leugnen, daß diese Theorie, so überlebt sie heute auch immer sein mag, in jenen Tagen nichts anderes war als das getreue Spiegelbild der wirklichen Klassenlage des deutschen Proletariats?

Es kamen die Tage von 1848, in denen sich nicht nur bei dem deutschen Bürgertum, sondern auch bei der politisch interessierten Vorhut der deutschen Arbeiterklasse Freiheits- und Einheitsstreben in so wunderbarer Weise mischten. Aus den Arbeiterblättern jener Tage ließen sich dafür ebenso interessante Belege beibringen wie aus den Reden und Beschlüssen des ersten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin.

Doch diesem kurzen nationalen Frühling folgten die trüben fünfziger Jahre mit ihrem Flüchtlingsleben so vieler tüchtiger Achtund-

vierziger, insbesondere auch der bewußten Sozialisten unter ihnen. Teils in der Schweiz, teils in Frankreich, teils in den Vereinigten Staaten, zum größten Teil aber in England fanden die aus der Heimat Vertriebenen eine gastliche Stätte. Man denke nur an einen Karl Schurz, an Marx, an Engels, an Ferdinand Freiligrath und Wilhelm Liebknecht. Diese Männer konnten teilnehmen am geistigen und öffentlichen Leben ihrer neuen Heimat — was aber aus Deutschland zu ihnen drang, das waren immer wieder nur Nachrichten über Verfolgungen und Drangsalierungen aller fortschrittlich Gesinnten, Berichte, einer immer trostloser als der andere, von wüsten Ausschreitungen der neugefestigten Reaktion. Wer darf unter solchen Umständen darüber erstaunen, daß in vielen dieser Männer eine zwar gewiß nicht undeutsche Gesinnung, wohl aber eine Gesinnung emporwuchs, die dem deutschen Staatswesen als solchem mit tiefstem Mißtrauen und offener Feindschaft gegenüberstand? Und daß, als automatische Gegenwirkung gewissermaßen, ihr Herz sich erfüllte mit einer mehr oder minder kritiklosen Bewunderung aller öffentlichen Einrichtungen und Gebräuche der Weststaaten?

Ein typisches Beispiel für diese Stimmung, die ihn sein ganzes Leben lang nicht wieder verlassen hat, bietet Wilhelm Liebknecht. Er fühlte — das glauben wir vorhin schlagend bewiesen zu haben — so deutsch wie nur einer, so antirussisch wie nur einer und in der Verherrlichung des Staatsgedankens an sich stand er oft kaum hinter Lassalle zurück. Zugleich aber gab es keinen grimmigeren Hasser der besonderen staatlichen Einrichtungen Deutschlands und insbesondere Preußens als eben diesen Wilhelm Liebknecht. Sprach man dagegen mit ihm von Frankreich oder von der Schweiz: ha, wie konnten da seine alten Augen aufleuchten, und schilderte er nun gar die Tage seines englischen Exils, dann bekamen seine Worte oft einen geradezu dichterischen Schwung — wie denn überhaupt in dem Alten Zeit seines Lebens ein gutes Stück von einem Poeten gesteckt hat. Selbst wenn er einmal einen Abstecher nach Holland gemacht hatte, flossen seine Reiseberichte über von Lobpreisungen der dortigen Zustände gegenüber den deutschen; Italien, das er erst gegen Schluß seines Lebens kennen lernte, erschien ihm nicht nur landschaftlich als eine Art Paradies und von einer Reise, die ihn in den achtziger Jahren nach den Vereinigten Staaten von Amerika geführt hatte, brachte er in seinem Büchlein: „Ein Blick in die neue Welt" geradezu dithyrambische Hochgesänge mit heim. Je minderwertiger und hassenswerter ihm alle deutschen Zustände

erschienen, in umso helleren Farben erstrahlte ihm alles weststaatliche Wesen. Selbst das Graueste sah er da vom Goldglanz der „Freiheit" durchflimmert . . .

Diese in ihren Wurzeln auf die bitteren Flüchtlingsjahre zurückgehende Stimmung Wilhelm Liebknechts, der dreiundeinhalbes Jahrzehnt lang der allverehrte und von vielen Hunderttausenden auch rein menschlich so warm geliebte Führer der deutschen Sozialdemokratie war, hat nun begreiflicherweise auf die Stimmung der Partei selbst den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt. In unzähligen Artikeln, die er als leitender Redakteur der wichtigsten Blätter der Partei, erst des Leipziger „Volksstaat", später des Berliner „Vorwärts", als Mitarbeiter vieler anderen Blätter in diesen langen Jahrzehnten geschrieben hat, in tausenden von Reden in allen Teilen des Reiches, in Dutzenden von Broschüren hat er diesen Geist den Massen mitzuteilen gewußt. Und wie ihm diese Stimmung aus vollem Herzen kam so ging sie auch seinen Lesern und Hörern zu Herzen. Zumal immer wieder die politische Haltung der deutschen Regierung, die Verwaltungspraxis insbesondere der nord- und mitteldeutschen Behörden, die Kurzsichtigkeit und reaktionäre Engherzigkeit der in Deutschland maßgebenden Parteien der Auffassung Liebknechts ja vollauf recht zu geben schienen!

Denn wie nach dem nationalen Aufschwung von 1848 die dumpfe und stumpfe Reaktionsära der fünfziger Jahre gekommen war, so waren auch dem neuen nationalen Aufschwung aus den Tagen der Reichsgründung in den siebenziger und achtziger Jahren die bösesten innerpolitischen Rückschläge gefolgt. Wir haben im vorigen Kapitel gezeigt, wie ausgesprochen national in jenen Jahren von 1866 bis 1870 gerade auch die deutschen sozialistischen Arbeiter und ihre Führer empfunden hatten. Anstatt diese Stimmung nun dem Staatsganzen nutzbar zu machen, die Arbeiter ungeachtet aller nun einmal vorhandenen Klassengegensätze und Klassenkämpfe seelisch einzugliedern ins neue Reich, stieß eine beschränkt reaktionäre Politik sie gewaltsam zurück. Polizeiliche und gerichtliche Drangsalierungen der Arbeiterbewegung, Schikanen der kleinlichsten Art nahmen von der Mitte der siebenziger Jahre an immer mehr überhand. Und dies ganze System der Tessendorferei, wie es nach seinem berüchtigsten Vertreter genannt wurde, fand schließlich seine Krönung in dem Sozialistengesetz unseligen Angedenkens. Was in den zwölf Jahren der Herrschaft dieses Gesetzes von 1878 bis 1890 an deutscher Staatsgesinnung in der

Arbeiterschaft zerstört wurde, ist geradezu unermeßlich. Weit über tausend Jahre Gefängnis, Haussuchungen und Verhaftungen ohne Zahl, der Belagerungszustand über viele wichtige Städte und über ganze Gebiete verhängt, Dutzende von Zeitungsunternehmungen zu Grunde gerichtet, über vierzehnhundert periodische und nichtperiodische Druckschriften verboten, an die tausend sozialistische Arbeiter ausgewiesen, ihren Familien entrissen und von Ort zu Ort gehetzt: der Leser mag sich selbst ausmalen, welche Unsumme von Haß und Erbitterung, von Haß gegen den Staat und Erbitterung gegen seine Organe, in diesen Ziffern eingeschlossen liegt! Wieder mußte so mancher Brave den deutschen Staub von seinen Füßen schütteln und sich in der Schweiz, in England und Amerika eine neue Heimat gründen. Ihr wundert euch, daß ein sozialistischer Wortführer von so großer Begabung und von so unzweifelhaft redlichem Wollen wie Eduard Bernstein sich auch in diesen Tagen des Krieges nicht loszureißen vermag von seiner tiefen Sympathie für England und alles englische Wesen? Denkt daran, daß England es war, wo, wie vier Jahrzehnte zuvor Wilhelm Liebknecht, während des Sozialistengesetzes auch Bernstein ein Asyl fand, und daß er dort, als nach dem Falle dieses Gesetzes die Heimat sich ihm noch ein volles Jahrzehnt lang verschloß, auch weiterhin gern gewährtes und freudig angenommenes Gastrecht genoß! Nicht darauf kommt es an, über diese und jene Erscheinung, die uns heute im Kriege mißfallen mag, zu schelten; es gilt, ihre Quellen zu erkennen und diese Quellen zu verstopfen für alle Zukunft!

Was das Sozialistengesetz gesündigt hatte, ließ sich natürlich auch dann, als es eines unrühmlichen Todes gestorben war, nicht von heute auf morgen wieder gutmachen. Die Summe von Mißtrauen, Verbitterung und Haß, die sich in jenen zwölf Jahren aufgehäuft hatte und die auch der Verfasser noch in ihrer ganzen Härte und Schärfe kennen lernte, als er Anfangs der neunziger Jahre zur Arbeiterbewegung kam, diese aufgespeicherte Summe von Haß und Mißtrauen war zu groß, als daß der gute Wille des Kaisers, als er nun um 1890 herum den „neuen Kurs" einzuschlagen versuchte, sie von heute auf morgen hätte beseitigen können. Der Abgrund, der sich in den achtziger Jahren zwischen dem deutschen Staat und der deutschen Arbeiterklasse geöffnet hatte, gähnte viel zu tief, als daß die milde und versöhnliche Stimmung eines Einzelnen sie im Handumdrehen hätte überbrücken können. Umso weniger als jene milde und versöhnliche Stimmung dann, als aus begreiflichem Mißtrauen

heraus die dargebotene Hand nicht auf der Stelle ergriffen wurde, nur allzu schnell wieder ins Gegenteil umschlug! Nicht nur guter Wille, auch Geduld, sehr viel Geduld wäre zum Werke der Versöhnung zwischen der Arbeiterklasse und dem deutschen Staatsgedanken notwendig gewesen. Diese Geduld aber fehlte und so folgte denn den Kaiserlichen Februarerlassen von 1890 die Umsturzvorlage von 1894 und die Zuchthausvorlage von 1899. Wo eben erst zarte und schwache Keime des wiedererwachenden Vertrauens ins harte Erdreich der deutschen Arbeiterschaft gesenkt waren, da wurden sie auch gleich wieder brutal zertreten. Zu dem Allen kamen noch Dinge wie die Wahlrechtsverschlechterungen in Hamburg, Sachsen und einigen Thüringischen Bundesstaaten sowie die hartnäckige Verweigerung jeder ernsthaften Wahlreform in Preußen, die lex Arons, die lex Recke und was dergleichen Akte einer kurzsichtig-verstockten Reaktionspolitik noch mehr waren. So entstand besonders seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den Kreisen der sogenannten Intelligenz jene berühmte „Simplicissimus"-Stimmung, es verbreitete sich weit ins Land hinaus das, was man damals die „Reichsverdrossenheit" nannte, die ausgesprochen antistaatliche und antideutsche Grundstimmung Friedrich Nietzsches drang durch tausend und abertausend Kanäle ins Volk und fand hier einen durch die Verhältnisse nur allzu gut vorbereiteten Nährboden, und die Arbeiter, die unter der ganzen verkehrten Politik am meisten zu leiden hatten, wurden auch von dieser neuen Hochflut der staatsfeindlichen Strömung weitaus am stärksten erfaßt. Welche verhängnisschweren Folgen dieser ganze innerdeutsche politische Kurs im Auslande gezeitigt hat, das haben wir Alle seit dem 4. August 1914 zu unserem schweren Schaden erleben müssen. Unsere allgemeine Unbeliebtheit kommt gewiß nicht ausschließlich, aber ebenso gewiß auch nicht zum geringsten Teil auf dies Konto! Die bitteren innerpolitischen Früchte jener Zeit aber bekommen wir heute zu schmecken in dem starken Anwachsen der Opposition in der deutschen Arbeiterschaft! Was da einst gesät wurde, das schießt jetzt üppig in die Halme! Wir wollen ganz gewiß die ausgesprochen antistaatliche Strömung, die wir heute in einzelnen deutschen Arbeiterschichten erleben, nicht entschuldigen. Aber wir wollen sie erklären. Wo soll die deutsche Staatsgesinnung plötzlich herkommen, wenn man vorher so viel getan hat, um sie zu ersticken? Nicht das ist das Wunderbare, daß diese antistaatliche Stimmung da ist, sondern daß sie — trotz alledem — so verhältnismäßig bedeutungs-

los geblieben ist! Wie tief muß die Liebe zum Vaterlande den deutschen Arbeitern im Blute gesessen haben, wenn sie auch durch die hahnebüchensten Pferdekuren nicht herauszutreiben gewesen ist!

In ein mehr oder minder „wissenschaftliches" System gebracht wurde die von oben her unbewußt gezüchtete antistaatliche Gesinnung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie im Lauf der letzten Jahrzehnte in erster Linie durch einige in ihr tätige Ausländer, wie Rosa Luxemburg, Karl Radek und Anton Pannekook. Es kann Niemanden ferner liegen als dem Schreiber dieser Zeilen, diese Männer und Frauen, mit denen ihn zum Teil langjährige nahe Beziehungen verbanden, hier schmähen zu wollen und auf sie mit dem Finger zu zeigen nach dem bekannten Wort Heinrich Heines:

> Ausländer, Fremde sind es meist,
> Die unter uns gesät den Geist
> Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
> Gottlob, sind selten Landeskinder!

Im Gegenteil haben wir uns ja gerade eben bemüht zu zeigen, daß dieser staatsfeindliche Geist das legitime Kind gewisser deutscher Zustände war. Aber die Systematisierung dieses Geistes ist vornehmlich das Werk jener ausländischen Sozialisten. An ihrem großen, leider nur allzu abstrakten und wirklichkeitsfremden Scharfsinn, der manchmal so scharf zugespitzt ist, daß die Spitze oben abbricht, an ihrer Tapferkeit, an der Reinheit ihres Wollens, an ihrer aufrichtigen Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse ist nicht der leiseste Zweifel erlaubt und die vielfach gegen diese Männer und Frauen in Szene gesetzte Hetze ist unwürdig und geschmacklos. Aber so hoch wir sie auch immer stellen mögen: Eines konnten und können alle diese zumeist aus dem Osten zu uns herübergekommenen Sozialisten naturgemäß nicht haben: deutsches Nationalgefühl und deutsche Staatsgesinnung! Das feinste, intimste Verständnis auch für die leisesten Schwingungen der deutschen Arbeiterseele mußte und muß ihnen abgehen — bei aller ihrer dialektischen Klugheit. Niemand ist berechtigt, diesen Männern und Frauen, die zum Teile lange Jahre hindurch literarisch und als hochgeschätzte Lehrkräfte an den bedeutungsvollsten Institutionen der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt haben, aus dem Fehlen dieser Eigenschaften einen Vorwurf zu machen. Bleibt doch umgekehrt auch uns das Nationalgefühl anderer Völker trotz

allen rein-logischen Hineindenkens innerlich fremd! Aber die Tatsache selbst, ohne jeden Vorwurf, einfach festzustellen: das muß erlaubt sein!

Soweit die Sozialisten, von denen wir hier sprechen, aus Rußland und Polen stammten, sahen sie zudem meist alle deutschen Dinge durch die Brille ihrer heimischen Zustände und übertrugen daher unwillkürlich die aus den russischen Verhältnissen geborenen taktischen Grundsätze ohne Weiteres auch auf die deutsche Arbeiterbewegung. Es gibt allerdings auch Ausnahmen; so den russischen Sozialdemokraten Parvus, der seit fast dreißig Jahren in Deutschland lebt, der in der deutschen Kultur und deutschen Geisteswelt ganz heimisch geworden ist, der — wenn auch gewiß nicht ohne allerlei Schwankungen und Irrtümer im Einzelnen — seit Langem den deutschen Arbeitern eine aus den deutschen Zuständen selbst abgeleitete konsequente Realpolitik empfiehlt, der auch jetzt im Kriege entschlossen und folgerichtig die Politik des vierten August vertritt und nur in ihr das Heil der deutschen Arbeiterklasse, das Heil des internationalen Proletariats und in letzter Linie auch das Heil für sein russisches Volk selbst erblickt. Aber solche Erscheinungen wie Parvus sind in der Welt der sozialistischen Emigranten aus Rußland und Polen seltene Ausnahmen. Die weitaus meisten von ihnen denken und fühlen wie Rosa Luxemburg. Das heißt: bewußt staatsfeindlich, insbesondere ohne jedes innere Verhältnis zum deutschen Staat und zum deutschen Wesen. Sie sehen in dem Staat im Allgemeinen nur den Klassenstaat und sie sehen speziell im preußisch-deutschen Staate den Todfeind des internationalen Proletariats, den Hort der europäischen Reaktion. Er ist ihnen das womöglich in noch höherem Maße sogar als ihr von Väterchens Kosaken niedergeknutetes russisches „Vaterland" selbst. Wenn trotz dieser Auffassungen jene ausländischen Sozialisten in der deutschen Arbeiterschaft grade in der Zeit vor dem Kriege zu so großem Einfluß gelangen konnten, so zeigt das nur, wie stark durch die in Deutschland betriebene innere Politik der Boden vorbereitet war für die von ihnen vertretenen Stimmungen und Gedanken.

* * *

„Strömungen und Gegenströmungen" haben wir dies Kapitel genannt. Wie schon angedeutet laufen in dieser ganzen inneren Entwicklungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, von

der wir jetzt reden, so viele Tendenzen nebeneinander her und durcheinander, daß nur Der zu einem klaren Urteil über alle diese Dinge kommen kann, der sich liebevoll in das hinein versenkt, was bei den geistig regsamsten Schichten der deutschen Arbeiterklasse in diesen letzten Jahrzehnten unter der Oberfläche vorgegangen ist.

Sehr viel weniger geräuschvoll und in der großen Oeffentlichkeit daher auch sehr viel weniger beachtet als diese zuletzt gekennzeichnete staatsfeindliche Strömung hatte in der deutschen Arbeiterbewegung nämlich im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte auch eine genau *entgegengesetzte Strömung* an Stärke und Einfluß immer mehr gewonnen. Der Schreiber dieser Zeilen selbst hat vor einiger Zeit an anderer Stelle einmal (in seinem kleinen Schriftchen: „Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland", Verlag der Internationalen Korrespondenz, A. Baumeister Berlin-Karlshorst) versucht, diese Strömung zu kennzeichnen. Vielleicht ist es gestattet, daß wir an dieser Stelle ausnahmsweise einmal uns selbst zitieren. Wir vergleichen in jenem Schriftchen im letzten Kapitel die Lage der deutschen Arbeiter in den vierziger und fünfziger Jahren mit ihrer Lage von heute und versuchen, klar zu machen, wie sich allmählich *aus dem proletarischen Paria von damals der selbstbewußte, klassenbewußte und staatsbewußte deutsche Arbeiter von heute* entwickelt hat. Wir sagen da: „. . . Und nun nehmen die Arbeiter den Kampf gegen dies Vaterland ihrer Ausbeuter und Unterdrücker auf; um ihn wirksam führen zu können, erobern sie sich, unter steten Verfolgungen, unter unaufhörlichen erbitterten Kämpfen, ein Recht nach dem anderen. Sie erringen sich Preßfreiheit, Koalitionsfreiheit, Versammlungsrecht, Wahlrecht. Sie gründen Zeitungen, sie schaffen Organisationen und Institutionen aller Art, sie rufen Versicherungs- und Unterstützungseinrichtungen größten Umfanges ins Leben. Es entstehen Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitersekretariate in großer Zahl, es breitet sich ein weitverzweigtes und vielgestaltetes besonderes Arbeiter-Beamtenwesen aus. In unsäglicher Mühe und unter ungeheuren Opfern schaffen die Arbeiter sich großangelegte und sicher fundierte Druckerei-, Volkshaus- und andere Unternehmungen, in denen heute viele Millionen an Werten (lauter mühselig aufgebrachte Arbeitergroschen!) angelegt sind. In alle Parlamente des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden, in alle Körperschaften der Versicherungsgesetzgebung und der gewerblichen Rechtsprechung bringen sie Männer ihres Vertrauens hinein, die in zahllosen Depu-

tationen und Kommissionen unermüdlich zum Wohle ihrer Klasse tätig sind. In unaufhörlichem Kampfe mit sehr einflußreichen Schichten des Staates ringt sich unter dem stets steigenden Druck der Arbeiterbewegung eine sozialpolitische Gesetzgebung durch, die den Proletarier mit tausend Fäden an die Einrichtungen eben dieses Staates knüpft.

Ein überaus mannigfaltiges Bildungswesen breitet sich aus, mit Arbeiterbildungsschulen und Parteischulen, mit Gewerkschaftsschulen und mit Wanderkursen aller Art. Ein Stab wissenschaftlich und pädagogisch gleich geschulter Lehrkräfte steht im Dienste dieses Unterrichtswesens, das keineswegs nur der Parteipolitik im engeren Sinne, sondern ebenso sehr der kulturgeschichtlichen Bildung, der naturwissenschaftlichen Aufklärung und der künstlerischen Schulung dient. Das Lichtbild wird durch eine besondere Zentrale in mustergültiger Weise in den Dienst dieses Bildungswesens gestellt, Arbeiterbibliotheken entstehen überall und erstrecken ihren oft nach Zehntausenden zählenden Bücherbestand über alle Zweige des Wissens. Museumsführungen unter wissenschaftlicher Leitung werden eingerichtet, Arbeiter-Wandervereine beflügeln machtvoll im Proletarier die Liebe zu den tausend innigen Reizen deutscher Landschaft und führen ihn hinaus aus der dumpfen Stickluft der Kneipe. Sportvereine aller nur denkbaren Art entstehen, Volkschöre erscheinen, die die großen Schöpfungen der Tonkunst in hervorragender Wiedergabe weiten Arbeiterkreisen vermitteln. Man gründet freie Volksbühnen, ja, man fängt an, große eigene Theaterhäuser zu bauen, um in mustergültigen Aufführungen die Meisterwerke der Weltliteratur den Arbeitern zugänglich zu machen. Konsumvereine blühen auf, deren Gesamtmitgliederziffern hoch in die Millionen gehen. Diese Konsumvereine gehen zur Eigenproduktion über, es entstehen nicht nur eigene Fleischereien und Bäckereien, sondern auch eigene Teigwaren- und Seifenfabriken. Der Bau von genossenschaftlichen Wohnungen beginnt. Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam zeugen das weitausgreifende Versicherungsunternehmen der Volksfürsorge. Und so fort ins Unendliche."

So weit unsere Skizzierung des Entwickelungsganges in dem genannten Schriftchen. Es versteht sich, daß wir dort nicht im Traume daran dachten und daß wir auch jetzt nicht daran denken, das Los der deutschen Arbeiter von heute als glücklich und beneidenswert hinzustellen. Niemand weiß besser und Niemand fühlt tiefer als wir, wie unendlich viel auch heute noch dem deutschen

Arbeiter zu seiner vollen Menschwerdung fehlt. Wir werden darüber im letzten Kapitel dieser Arbeit noch Einiges zu sagen haben. Aber daß der deutsche Arbeiter von 1916 dem Staate und seinen Einrichtungen seelisch ganz anders gegenübersteht, als sein Vorfahr etwa um 1846 herum, das kann niemand bezweifeln! „Mehr als ihre Ketten", — diese Folgerung haben wir auch in der genannten Broschüre aus der Gegenüberstellung des Einst und des Heute gezogen — „haben die Arbeiter auch heute schon zu verlieren", und es ist ein unendlich weiter Weg zurückgelegt worden von den Tagen jener Parias der vierziger Jahre bis zu unseren Tagen, da Berliner Arbeiter — es war zur Kriegsweihnachtsfeier 1914 — Berlins größten Theaterpalast, das stolze Haus am Bülowplatz, als ihre Kunststätte, die Kunststätte der vereinigten Freien Volksbühnen einweihten . . .

In diesem langen Zeitraum ist ebensowenig wie der Arbeiter der Staat der gleiche geblieben. Gewiß ist er auch heute noch Klassenstaat, Herrschaftsinstrument der Besitzenden. In wie hohem Maße er das auch heute noch ist, haben wir vorhin ja selbst geschildert und seine Wirtschaftspolitik wie seine Staatsrechtpolitik, seine Verwaltung wie seine Rechtspflege liefern auf tausend Seiten den Beweis dafür. Aber der Staat ist nicht mehr nur Klassenstaat, er ist nicht mehr nur Herrschaftsinstrument der Besitzenden. Grade durch den Klassenkampf der Arbeiter ist er auch, wie Heinrich Peus das kürzlich einmal ausdrückte, in hohem Maße bereits zu einem Staat der Gemeinnützigkeit geworden, an dessen Bestehen auch die Arbeiter und gerade die Arbeiter ein hohes Interesse haben. Haben sie doch in das zähe Erdreich dieses Staates in unendlicher Mühe hineingesenkt die mächtigen Quadern und Grundmauern des stolzen Baues ihrer eigenen Zukunft, wollen sie doch den Klassenstaat von gestern durch Demokratie und Sozialreform, durch Staatshygiene und Staatsschule immer mehr umhämmern, ihn immer mehr umschmieden in den sozialen Staat von morgen!

Dies ist die große Wandlung, die sich langsam und unmerklich vollzog: früher sah der Arbeiter im Staate nur seinen Feind, der ihn mit Polizisten und Gendarmen, mit Staatsanwälten und Gefängnisaufsehern verfolgte. Heute hat der Arbeiter begonnen, sich selbst als Teil — und wahrlich nicht als den unwichtigsten und schlechtesten Teil — dieses Staates zu fühlen! War ihm

früher der Staat gleichsam eine von außen her zu berennende und nach Möglichkeit niederzuwerfende Festung, so ist heute sein Sinnen und Trachten vielmehr auf die Umwandlung des Staates von innen heraus gerichtet. Aus dem Kampf gegen den Staat wird ein Kampf um die innere Neugestaltung des Staates. Die Arbeiterbewegung beginnt, den Staat und seine Institutionen mit ihrem Geiste zu durchdringen, ihn ihren Interessen dienstbar zu machen.

Diesen werdenden Arbeiterstaat, diesen sozialen Staat der Zukunft, dessen Fundamente heute schon gelegt sind, ihn verteidigen die deutschen Arbeiter heute vor Verdun und in Flandern, in Kurland und in Polen mit ihrem Herzblut!

Nebenbei bemerkt: Kaum Einer wohl hat diese langsame und keineswegs nur auf Deutschland beschränkte innere Umwandlung der Verhältnisse zwischen Staat und Arbeiter früher und klarer erkannt als Jean Jaures, das erste Edelopfer dieses Krieges. . .

* * *

Wie ihr Verhältnis zur eigentlichen Staatsgewalt selbst, so hatte sich in den letzten Jahren vor dem Kriege das Verhältnis der deutschen Arbeiter auch zur vaterländischen Industrie, zum vaterländischen Gewerbe allmählich von Grund aus geändert durch die Einführung von Tarifverträgen in den einzelnen Berufsgruppen, die Einsetzung von Tarifämtern usf. August Winnig, der begabte junge Führer der deutschen Bauarbeiter hat kürzlich einmal sehr hübsch geschildert, wie die Arbeiter in den letzten Jahren nach und nach ganz unbewußt anfingen, ihre Sprache zu ändern, wenn sie von ihrem Verhältnis zu den Unternehmern ihres Berufes redeten und daß Wendungen wie: „Unser Gewerbe" in den Versammlungen erst ungewohnt, dann aber immer häufiger an das Ohr der Teilnehmer zu dringen begannen.

* * *

So ergibt sich also dieses Bild: auf der einen Seite eine im Wesentlichen ideologisch betonte stark-nationale Note, die in der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie immer wieder durchklingt. Demgegenüber eine gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege an Stärke zunehmende bewußt antistaatliche und antinationale Strömung. Und endlich als Gegengewicht gegen diese wiederum eine neue sich gleichfalls stets stärker ausbreitende Tendenz, die nicht ideo-

logisch wohl aber durch die Praxis des Tageskampfes den Arbeiter immer fester mit dem nationalen Staat, der nationalen Industrie und ihrer Interessen verknüpft.

* * *

Diese zuletzt genannte innere, psychologische Aenderung des Verhältnisses zwischen Staat und Arbeiter, die sich fast durchweg unter der Schwelle des Bewußtseins auch der Nächstbeteiligten selbst vollzog, ging auch nach außen hin ganz lautlos von Statten. Sie wurde jedenfalls viel weniger bemerkt, als jene andere vorhin geschilderte Strömung bewußter Staatsfeindschaft, bewußter Staatsnegation, die einen großen Teil der Presse und des öffentlichen Lebens der Arbeiterschaft beherrschte. Welche dieser beiden Richtungen, die beide ihre Kraft aus Verhältnissen der Wirklichkeit sogen, die stärkere sein, welche von beiden der deutschen Arbeiterbewegung der Zukunft ihren Stempel aufdrücken würde: wer konnte es voraussagen? Erst der Krieg — und damit kommen wir endlich nach langem, aber unvermeidlichem Umwege wieder zu unserem eigentlichen Thema zurück — erst der Krieg brachte die Antwort! Erst jetzt wurde es Millionen von deutschen sozialdemokratischen Arbeitern klar, daß sie selbst sich in jahrzehntelangem opfervollen Ringen Heimatrecht in diesem Deutschland erstritten hatten, daß sie sich ein gutes Stück deutscher Kultur erobert hatten, wie umgekehrt sie selbst zu einem Stück deutschen Kulturlebens geworden waren! Erst die große gemeinsame Not ließ die Arbeiter ihr Vaterland finden, wie auch diese Stunde der Not erst das Vaterland seine Arbeiter finden ließ. Es war — um ein vielleicht nicht ganz treffendes Bild zu gebrauchen — wie die plötzlich ins Bewußtsein tretende Liebe zwischen lange entfremdeten Eltern und Kindern. Und wenn der seit Kriegsbeginn im Felde stehende deutsche Arbeiterdichter Karl Bröger, der zugleich Redakteur einer sozialdemokratischen Tageszeitung ist, die Worte gefunden hat:

> Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
> Doch haben wir sie nie mit Namen genannt,
> Und erst deine allergrößte Gefahr
> Zeigte, daß dein ärmster Sohn auch dein treuester war —
> Denk es, o Deutschland! —

so war das Millionen deutscher Proletarier aus dem Herzen gespro-

chen und wir möchten nur wünschen, daß auch die letzten vier Worte dieser Strophe nicht umsonst gesprochen sind!

Wie das Erwachen aus einem langen wüsten Traum war es in jenen Augusttagen. Wir schlugen die Augen auf und siehe da: wir hatten plötzlich, aus tiefster Not und aus höchster Gefahr geboren, ein deutsches Vaterland! Und dieses deutsche Vaterland hatte uns . . .

* * *

Diese plötzlich mit so elementarer Gewalt hervorbrechende Liebe zu Deutschland hat manchen deutschen Sozialdemokraten in der Stunde, als er sich ihrer bewußt wurde, — sagen wir es ganz offen — mit jähem Schrecken erfüllt. Man kam — wir erinnern hier auch an die im zweiten Kapitel geschilderte besondere innerpolitische Situation in Deutschland zur Zeit des Kriegsausbruchs — in einen Wirbel des furchtbarsten Stimmungswiderstreits, ja noch mehr: man kam in das Höllenfeuer der schwersten Gewissenskonflikte hinein. Ja — durfte man denn überhaupt deutsch empfinden, durfte man so deutsch empfinden, durfte man mit den Klassenfeinden von gestern nun heute Schulter an Schulter zusammenstehen, zu Blutsbrüderschaft geeint im Leben und im Sterben — zusammenstehen gegen die Klassen- und Kampfgenossen jenseits der Grenze, denen man vor drei Tagen noch das Gelöbnis der Treue erneut hatte? Das war der dem Nichtsozialisten wohl kaum ganz faßbare fürchterliche innere Konflikt, vor dem sich am vierten August die Sozialisten nicht nur Deutschlands, sondern umgekehrt die Sozialisten auch der Weststaaten, besonders die französischen und belgischen Sozialdemokraten, gestellt sahen. Und überall die gleiche Lösung: überall zog es mit Allgewalt die Arbeiter auf die Seite ihres Volkes, auf die Seite ihres Vaterlandes!

Wie beharrlich hatte ein Jules Guede, der alte starre Marxist und Antiministerialist, seit Jahrzehnten gepredigt, daß alle nationalen Fragen zu vollster Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft seien gegenüber der einen, großen, Alles beherrschenden sozialen Frage! Und nun, da die Stunde der furchtbaren nationalen Not gekommen war, trat er selbst ein in das Ministerium der nationalen Verteidigung, ward er selbst zum Ministerkollegen der von ihm so oft als Verräter gebrandmarkten Viviani und Briand! Und wie er so Sembat, so Thomas, so der Belgier Vandervelde, der Präsident und die Verkörperung der Arbeiter — Internationale! Allüberall stellten

sich die Sozialisten, wie von einer unsichtbaren Macht vorwärts gepeitscht, ohne Wanken und Schwanken an die Seite ihres Volkes. Eine tiefe innere Notwendigkeit vollzog sich da, die hoch erhaben ist über Vorwurf und Spott, und vor ihr zersplitterten wie Glas alle Theorien und Theoreme, die uns beweisen sollten, und zum Teil (man lese Radeks Artikel im „Vorboten") selbst jetzt noch beweisen wollen, der Arbeiter habe auch heute noch kein Vaterland . . . .

Gewiß gab es Einzelne, die sich in jenem furchtbaren inneren Konflikt zwischen einer für den Augenblick gegenstandslos und deshalb auch sinnlos gewordenen internationalen Klassensolidarität und dem Zusammenstehen mit der Volksgemeinschaft in Not und in Tod für das Erste entschieden, die sich als Einsame der ungeheuren tragischen Notwendigkeit entgegenstemmten. Was sie taten war gewiß objektiv falsch und soweit ihr Tun Schaden stiftet, verdient es rücksichtsloseste Bekämpfung. Auch wir lassen es daran nicht fehlen. Aber man verachte deshalb diese Frauen und Männer nicht! Auch sie folgten ihrem Gewissen — genau wie wir anderen. Begeifert zu werden haben sie nicht verdient. War ihr Tun ein Irrtum (und es war ein Irrtum!) so war es doch ein ehrenhaftes Irren, dem sie erlagen. Fehlten sie, (und sie haben gefehlt), so war es ein heroisches Fehlen, dessen Opfer sie wurden.

Doch auch wir Anderen, die wir uns — oft erst nach inneren Kämpfen, die uns Tage und ganze Wochen marterten — fest und entschlossen zum deutschen Volke stellten, auch wir dürfen jeden Vorwurf der seelischen Schwachheit und des feigen Verrats an unseren Grundsätzen zurückweisen. Als in uns das lebendige Deutschland über eine tote Ideologie des Internationalismus (nicht über den internationalen Gedanken an sich!) siegte, da siegte — wenn wir die Dinge einmal personifizieren dürfen — der alte großdeutsche Wilhelm Liebknecht in uns über den Flüchtling Wilhelm Liebknecht, dem England zur zweiten Heimat geworden war, der lebendige Bebel wurde Herr in uns über die tote Rosa Luxemburg!

Leicht ist dies Ringen zweier Seelen in der einen Brust wohl keinem von uns geworden. Darf der Autor hier einmal eine gewisse innere Scheu zu überwinden suchen und einen Augenblick von sich selbst reden und darf er dabei aus dem unpersönlichen „wir" übergehen in das unmittelbarer von Herzen kommende „ich"? Nun.

dann möchte ich hier sagen: um Alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben! Dieses drängendheiße Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um Einen herum brauste und brandete, und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon Besitz ergriffen hatte! Diese Angst: wirst Du auch nicht zum Halunken an Dir selbst und Deiner Sache — darfst Du auch so fühlen, wie es Dir ums Herz ist? Bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein was man doch war, bis man — allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz — zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über Alles, unbekümmert um den schnöden Mißbrauch, der so lange mit diesem schönen Liede des wackeren alten Demokraten Hoffmann von Fallersleben getrieben worden war!

11. Sozialistische Illusionen und kapitalistische Wirklichkeiten.

Die Tatsache, daß die Arbeiter aller beteiligten Staaten im Augenblick des Kriegsausbruchs mit einem Schlage sich ihres längst tot geglaubten Nationalgefühls mit jener ungeheuren Elementargewalt bewußt wurden, die wir eben zu schildern versuchten, war eine der großen Ueberraschungen, die der Krieg den Sozialisten brachte. Aber es war nicht die einzige Ueberraschung. In engstem Zusammenhange nämlich mit jenem Bewußtwerden des Nationalgefühls und des Staatsgedankens im Proletariat stand die erschütternde Erkenntnis, daß man auf der anderen Seite sich selbst über das Gewicht, das die Arbeiter-Internationale gegen den Krieg in die Wagschale zu werfen haben würde, den abenteuerlichsten Illusionen hingegeben hatte. Liest man heute noch einmal die Reden und Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse durch, besonders die von Stuttgart, Kopenhagen und Basel, so wird man sich zwar immer noch freuen an dem großen Ernst, der dort alle Verhandlungen über das Kriegsproblem beherrschte; man wird sich auch heute noch freuen an der aus tiefstem Abscheu vor der schauerlichen Barbarei der modernen Massenschlachten geborenen Begeisterung, die alle Teilnehmer durchglühte, als sie in Basel ihr Feldgeschrei erschallen ließen: Krieg dem Kriege! Zugleich aber schüttelt man doch erstaunt den Kopf über die im Lichte des seither Geschehenen geradezu verblüffende Naivität, mit der wir Alle damals die im heutigen Völkerleben wirksamen Kräfte und Gegenkräfte beurteilt und in ihrem Stärkeverhältnis gegeneinander eingeschätzt hatten. Was ist auf einigen unserer internationalen Kongresse, besonders von holländischen, englischen und französischen Delegierten, nicht alles zusammenphantasiert worden über die Möglichkeit, durch Massenstreiks internationalen Charakters, vornehmlich durch Streiks der Bergleute, der Transportarbeiter und der Arbeiter in Waffen- und Munitionsfabriken den Krieg zu verhindern! Und was ist aus allen diesen Illusionen dann in der rauhen Wirklichkeit geworden! Statt der von Vaillant, Hervé und Anderen erwarteten allgemeinen Insurrektionen gegen den Krieg erlebten wir von dem Augenblicke an, wo der Feind an den Grenzen stand, allüberall

begeisterte Kundgebungen auch der sozialistischen Arbeiterschaft **für** den Krieg! Statt der erhofften Arbeitsverweigerung in den für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken — massenhafte freiwillige Angebote für Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit! Statt der Dienstverweigerung die Meldung vieler Millionen von Kriegsfreiwilligen in allen Ländern! Und statt der „Internationale“ sangen die französischen Arbeiter Rouget de l' Isles unsterbliche Marseillaise, das große nationale Sturmlied gegen die „Horden der fremden Eroberer“, deren Fuß nicht der Heimaterde heiligen Boden besudeln dürfe, — die deutschen Arbeiter aber sangen die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland über Alles“! Die Internationale brach — darüber hilft uns heute kein Klagelied und kein Tränenlied mehr hinweg — grade in dem Augenblick zusammen in dem sie zum ersten Mal ihre Lebenskraft hatte beweisen sollen! **Auch das** war eine der großen Ueberraschungen dieses Krieges und wer wollte bestreiten, daß es für viele Millionen **eine tief, tief schmerzliche Ueberraschung** gewesen ist?

Wie aber die Arbeiter-Internationale sich entgegen manchem Hoffen als ohnmächtig erwiesen hatte, den Krieg zu verhindern, so erwies sich auf der anderen Seite **die kapitalistische Wirtschaftsordnung** den Kriegsstürmen gegenüber **in ganz ungeahnter Weise als widerstandsfähig.** Kaum ein Sozialist hatte es für möglich gehalten, daß sie den ungeheuren Erschütterungen des Krieges auch nur wenige Monate werde standhalten können. Es sei nur daran erinnert, wie **August Bebel** auf dem Jenaer Parteitag von 1911 die Folgen des kommenden Weltkrieges ausmalte. Ein paar Sätze aus seiner damaligen Rede seien hier nach dem stenographischen Protokoll wiedergegeben. Bebel schildert **da die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen einer Mobilmachung** so:

> „Dieses Aufgebot (der Truppen) ruft **eine förmliche Revolution in unseren gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen** hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu beißen und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung). Hunderttausende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankerott ansagen, weil ihnen alle Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlen. (Lebhafte Zustimmung). Die Kurse aller Wertpapiere erleiden einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Probe gehabt haben [bei der Börsenpanik und dem

Sparkassensturm von 1911 aus Anlaß der Marokkokrisis jenes Jahres. Der Verfasser] und durch den Zehntausende von wohlhabenden Familien zu Betelleuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Der Ausfuhrhandel stockt und unser gewaltiger Welthandel wird unterbrochen. Zahllose Fabriken und gewerbliche Unternehmungen, soweit sie nicht für Kriegsbedarf arbeiten, kommen zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Ecken! Die Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum großen Teil auf. Die Preise der Lebensmittel erreichen eine unerschwingliche Höhe obwohl sie heute schon kaum erschwinglich sind (hört, hört). Das wird tatsächlich **die allgemeine Hungersnot bedeuten**....

Die Arbeiter verlangen dann Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industrie und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten kann. Wer wird die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Dazu ist kein Geld da. Die Kassen der Gewerkschaften stehen vor dem Bankerott, (sehr richtig!), sie können die verlangten Unterstützungen nicht leisten, **auch die Gemeinden, auch der Staat und das Reich nicht**, der Staat und das Reich, dem seine Armee und Flotte jeden Tag der Mobilmachung 45 Millionen Mark kostet (Bewegung, hört, hört!), 1350 Millionen Mark in einem Monat. [Daß alle diese Ziffern, die Bebel damals gab, durch die Wirklichkeit noch weit überholt worden sind, wissen die Leser. Der Verfasser.] Und nun stellen Sie sich den Krieg selbst vor, mit der ungeheuren technischen Entwickelung seit 1870, den Millionenheeren hüben und drüben, den Repetiergewehren, den Schnellfeuergeschützen, den Maschinengewehren, mit den modernen Sprengstoffen usw....

Wenn ein großer Krieg kommt, steht die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiel."

Soweit Bebel im Jahre 1911. Er war also davon überzeugt, daß die bürgerliche Gesellschaft den Krieg nicht werde überleben können. Schon einige Zeit vorher hatte Bebel im Reichstage erklärt:

„Dann (beim Kriegsausbruch) kommt **die Katastrophe**. .... **Hinter dem großen Generalmarsch steht der große Kladderadatsch.... Die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft** ist im Anzuge. Seien Sie sicher, sie **ist** im Anzuge!"

Uebrigens hielt Bebel auch rein militärisch eine längere Kriegsdauer für ganz ausgeschlossen. In seinem bekannten Buche „Die Frau und der Sozialismus" führte er darüber u. a. Folgendes aus:

„Die Kriegs- und Mordwerkzeuge werden in einemfort verbessert, sie haben eine Vollkommenheit in bezug auf Schnelligkeit, Ferntragfähigkeit und Durchschlagskraft erlangt, die sie für Freund und Feind furchtbar macht. Wird eines Tages dieser ungeheure Apparat in Tätigkeit gesetzt, so wird sich zeigen, daß er unregierbar und unlenkbar geworden ist. Es gibt keinen General, der solche Massen kommandieren kann; es gibt kein Gebiet, groß genug, um sie zu fassen und aufzustellen; keinen Verwaltungsapparat, der sie auf die Dauer zu ernähren vermag. Und im Fall von Schlachten fehlen die Hospitäler, um die Zahl der Verwundeten unterzubringen, wird die Beerdigung der zahlreichen Toten fast zur Unmöglichkeit. . . ."

Noch weit entschiedener als Bebel haben andere bekannte Sozialdemokraten angekündigt, daß Weltkrieg und Ende der bürgerlichen Gesellschaft gleichbedeutend sein würden. So setzte in der wissenschaftlichen Wochenschrift der Partei, der „Neuen Zeit", der im vorigen Kapitel schon genannte Sozialist Anton Pannekoek im Jahre 1912 in einer längeren Artikelserie über „Massenstreik und Revolution", besonders im vierten Kapitel dieser Serie, betitelt: „Der Kampf gegen den Krieg" (Nummer 43 der „Neuen Zeit" vom 26. Juni 1912, Seite 609 und folgende) darüber das Nachstehende auseinander:

„Ein europäischer Krieg, sei es ein Landkrieg, der mehrere Millionen junger Männer auf die Schlachtfelder ruft, oder ein Seekrieg, der den Handel und damit die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln für die gesamte Industrie hemmt, bedeutet eine ökonomische Krise von ungeheurer Wucht, eine Katastrophe, die bis in die entferntesten Landesteile die Quellen des Lebens der weitesten Volkskreise verschüttet; unser hochentwickelter Gesellschaftsorganismus wird gelähmt. . . . Der Schrecken eines solchen Krieges ist nicht beschränkt und kaum konzentriert auf das Gebiet, wo die Schlachten geschlagen werden. Auch wenn der Feind draußen

bleibt, ist die Katastrophe im eigenen Lande nicht weniger groß."

Der aufs Höchste entwickelte Kapitalismus unserer Tage habe so erläuterte Pannekook das Gesagte weiter, das ganze Wirtschaftsleben in einen überaus feinem, kunstvoll ineinandergreifenden Mechanismus verwandelt. Drohe ein Krieg, so werde „das ganze ökonomische Leben mit einem Schlage stillgesetzt." Gegen die Zustände aber, die eine solche Stillsetzung nach sich ziehe, würden die Arbeiter in allen Ländern ganz spontan, ohne jede äußere Einwirkung, sich revolutionär erheben. Es handele sich dabei um eine Lebensfrage des Proletariats. Massenstreiks würden überall aufflammen, die Aktionen gegen den Krieg würden „die weitesten Kreise aufklären, sie mobilisieren und sie in den Kampf ziehen", sie würden die Macht des Kapitals nicht nur sondern auch die Macht der Staatsgewalt „aufs Empfindlichste schwächen, die Macht des Proletariats dagegen aufs Höchste steigern." So werde der Kampf um den Krieg „zu einer Episode in dem Prozeß der Revolution, zu einem wesentlichen Teil des proletarischen Kampfs um die Eroberung der Herrschaft." Wörtlich sagt Pannekook:

„Ein europäischer Krieg bedeutet eine europäische Revolution . . . Die gesteigerte Leidenschaft wird sich in einem Proletariat, in dem die sozialistischen Lehren fest wurzeln, nicht in nationalistische Erregung, wie bei unaufgeklärten Massen, sondern in revolutionäre Entschlossenheit umsetzen und sich bei der ersten Gelegenheit gegen die Regierung wenden."

Gegen die von Kautsky damals in der „Neuen Zeit" und auch sonst mehrfach aufgestellte und inzwischen als durchaus zutreffend erwiesene Annahme, beim Ausbruch eines Krieges werde das ganze Volk geschlossen zusammenstehen, um den Feind von den Landesgrenzen fern zu halten und um so dem eigenen Lande die Schrecken einer feindlichen Invasion zu ersparen, weiß Pannekook nicht schroff genug zu polemisieren. Es ist, sagt er, überflüssig, nachzuweisen, „daß diese (Kautskys) ganze Darstellung mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat." Und in der weiteren Fortsetzung der Polemik, die sich nunmehr in die „Leipziger Volkszeitung" hinüberzog, erklärt Pannekook wiederum kategorisch:

„Das Proletariat wird nicht nach Kautskys sondern nach unseren Erwartungen handeln. — Es wird nicht zurück-

fallen zur nationalistischen, es wird emporsteigen zur revolutionären Leidenschaft."

Dem Proletariat werde es dann ein Leichtes sein, einmal zur Herrschaft gelangt, innerhalb zweimal 24 Stunden einen fertigen Apparat zur Leitung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu schaffen. . . .

In einer parteioffiziell in den letzten Jahren vor dem Kriege sehr stark verbreiteten Flugschrift „Imperialismus und Sozialdemokratie" war prophezeiht worden:

„In dem Blut und in der Gewalt eines Weltkrieges wird die kapitalistische Welt in der Geschichte versinken. Die historische Stunde wird die Arbeiterklasse bereit finden und bereit sein ist Alles."

In einer im Jahre 1911 in Leipzig erschienenen Schrift „Krieg, Zusammenbruch und Revolution" heißt es:

„Wir zweifeln nicht, daß sofort beim Ausbruch eines Krieges die bekannten Führer der Sozialdemokratie . . . hinter Schloß und Riegel gebracht würden. Woran wir aber zweifeln, ist, ob bei einer solchen Situation die Unterdrückung des Aufruhrs auch gelingen würde. Das Heer ist auf dem Kriegsschauplatze, im Lande bleiben die Reserven. . . . Ob diese Männer wohl bereit wären, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn das Kommando erschallt? Man bedenke: diese Männer wissen, daß das Volk im Aufruhr ist . . . Und diese Männer sollten sich zu Henkern ihrer Volksgenossen hergeben? Wohl kaum. Aber vielleicht würde sich der Klassengegensatz in den Regimentern selbst geltend machen und dann könnte es zu mörderischem Kampfe der Bewaffneten untereinander kommen. Aus diesem entsetzlichen Chaos gäbe es nur ein Entrinnen: Die soziale Revolution, die Diktatur des Proletariats."

Schließlich noch zwei Sätze aus dem Artikel eines sehr bekannten sozialdemokratischen Publizisten, der unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges selbst, in den letzten Julitagen 1914, geschrieben wurde.

Der Artikel schildert die ungeheure wirtschaftliche Panik jener Tage und zieht daraus diese Schlußfolgerung:

„Es ist, als wenn angesichts der Kriegsgefahr der Todesschauer die kapitalistische Gesellschaft durchzuckt. Sie weiß, daß der Krieg, den sie durch den Imperialis-

mus und die Rüstungshetze heraufbeschworen hat, schließlich das Ende ihrer Herrlichkeit bedeutet, daß er zur sozialen Revolution führen muß."

Auch sonst erschienen in jenen Julitagen von 1914 in zahlreichen sozialdemokratischen Blättern Artikel, die beim Kriegsausbruch „die Götterdämmerung des Kapitalismus" herannahen sahen.

Uebrigens waren es nicht nur sozialdemokratische Politiker und Volkswirtschaftler, die in ihren Voraussagen der kommenden Dinge den Krieg unmittelbar in die soziale Revolution umschlagen ließen, einzelne Schriftsteller aus dem bürgerlichen Lager urteilten nicht anders. So schrieb noch wenige Monate vor dem Kriegsausbruch, im Frühjahr 1914, der Leipziger Unternehmer-Syndikus Martin Schneider in seinem Schriftchen, „Hungersnot nach der Mobilmachung":

> „Eine Mobilmachung wird in drei bis vier Tagen die Hungersnot in unsere Großstädte bringen. Hungersnot aber bedeutet den Ausbruch von Hungeremeuten, so daß wir nach meiner Meinung auch nach glücklich geführten ersten Schlachten mit einer derartigen Beunruhigung unseres Staatslebens rechnen müssen, daß der Zusammenbruch der Großstädte die Heeresleitung in der Durchführung ihrer taktischen Maßnahmen hindern wird. . . . Die Gefahr, daß mit dem Tage der Mobilmachung Hungersnot in den Großstädten ausbricht, ist die größte, die unser Wirtschaftsleben und unsere Kultur überhaupt laufen kann. . . . Moabit oder Essen in Hungersnot, das gibt die Kommune von 1871! . . . Hungersnot bedeutet aber weiter den Zusammenbruch unserer empfindlichsten Rüstung, der Währung. Auch unsere besten Münzgesetze, das vorzügliche System der deutschen Reichsbank, die Geldmittel unserer Großbanken und Sparkassen, das beste Genossenschaftswesen können dann ein Zusammenbrechen unserer Währung nicht verhindern, wenn sprunghaft die Lebensmittelpreise vom Tage der Mobilmachung an in die Höhe gehen. . . . In unseren großen Steinhaufen, Großstädten, ist . . . für die hungernde Menge nichts zu holen und nichts zu finden, und auch die Gewerkschaften, als die Stelle, bei der in der Not angeklopft werden wird, können dem Asphalt kein Brot abringen. Neben dem Zusammenbruch unserer Währung

und unseres Staatslebens würde ferner Hungersnot auch die Unmöglichkeit bedeuten, die gesamte notwendige Mannschaft zu mobilisieren. Auch wenn die ersten Schlachten für uns günstig ausfallen sollten und wir das Glück hätten, den Krieg sofort in das Land des Angreifers hineinzutragen, so bessern sich dadurch die Verhältnisse für das Inland nicht, und der mag kommen, der heute mit Demagogengeste die Mittel nennt, aus hungernden Arbeiter-Vororten Mannschaften auszuheben! All' dies muß eintreffen mit der Sicherheit eines Naturgesetzes."

Die Leser sehen, daß zwischen den Vorstellungen, die sich der nationalliberale Syndikus Martin Schneider und der sozialdemokratische Schriftsteller Anton Pannekoek von der Revolution als unmittelbarer Folge des Weltkrieges machten, gar kein so großer Unterschied bestand. Was Herr Schneider in den zitierten Sätzen schreibt, das hätte mit ein bischen anderen Worten von der Gegenseite her eben so gut Pannekoek schreiben können.

12. Revolutionäre Ideologie und revolutionäres Erlebnis.

Heute, nach fast 20 Kriegsmonaten, bedarf es keiner Auseinandersetzungen mehr darüber, daß alle diese Prophezeihungen einfach in sich zusammen gefallen sind. Es bedarf keiner längeren Erörterungen mehr über die schon im vorigen Kapitel festgestellte Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise eine Elastizität, eine Anpassungsfähigkeit gezeigt hat, die weder hüben noch drüben ihr irgend Jemand zugetraut hätte. Man braucht — um nur dies Eine anzuführen — sich blos des Ergebnisses der deutschen Kriegsanleihen zu erinnern, um zu begreifen, wie falsch die früher allgemein verbreiteten Vorstellungen gewesen sind, die bürgerliche Gesellschaft werde schon nach ganz kurzer Kriegsdauer auf dem letzten Loche pfeifen.

Also: die Revolution, die wir als Folge des Krieges erwartet hatten, ist nicht gekommen. Diese Revolution, die wir — seien wir doch offen — uns immer mehr oder minder nach dem Schema der alten bürgerlichen Revolutionen vorgestellt hatten, wenn auch etwas proletarisch modernisiert, diese Revolution, die wir uns als Mischung der großen französischen und der großen russischen Revolution gedacht hatten, als ein Ineinanderfließen von Riesendemonstrationen und Aufständen, Massenstreiks und Barikadenbau, diese Revolution ist ausgeblieben, gründlich ausgeblieben!

Aber ist der Krieg deshalb etwa kein revolutionärer Faktor geworden? O doch! Nur daß die Revolution, in die wir durch den Krieg hineingeführt worden sind, so gigantische Dimensionen angenommen hat, daß alle unsere alten, überlebten Revolutionsvorstellungen weit dahinter zurückgeblieben sind. Was wir uns als revolutionäre Kriegsfolgen erträumt hatten, erscheint uns heute wie ein Sturm im Glase Wasser im Vergleich zu Dem, was wir wirklich erleben. Oder vielmehr: es müßte uns so erscheinen! Aber merkwürdiger Weise gibt es eine große Zahl von deutschen Sozialdemokraten, die vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen, denen es noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher ungeheuren revolutionären Umwälzung wir mitten drin stehen. Oder wie Dr. Paul Lensch es in seinem aus-

gezeichneten kleinen Schriftchen: „Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis" (Hamburg, Verlag von Auer & Komp. 31 Seiten) treffend ausgedrückt hat: „Keine Partei hat die Revolution so oft vorausgesagt, keine hat sich selber mit solchem Stolz als revolutionär bezeichnet wie die Sozialdemokratie. Jetzt, wo die Revolution da ist, gleicht sie der törichten Jungfrau, die kein Oel auf der Lampe hat, wenn der Bräutigam plötzlich kommt."

Es würde uns hier viel zu weit führen, und es würde über die Grenzen des Themas, das wir uns in diesem Buche gestellt haben, stark hinausgehen, wollten wir an dieser Stelle die ungeheure Umwälzung, in die uns der Krieg gestürzt hat, im einzelnen schildern. Wir müssen da auf die eben genannte Schrift von Dr. Paul Lensch und daneben auch auf unsere eigene kurz vorher erschienene kleine Arbeit: „Zur Lage der Partei" (Hamburg, Verlag von Auer & Komp.) verweisen. An dieser Stelle muß es genügen, nur die allerwichtigsten Momente ganz flüchtig anzudeuten.

Wir Alle sind Zeugen davon gewesen, wie der Krieg gerade das scheinbar starrste und unbeweglichste Herrschaftsmittel des heutigen Staates, das Militärwesen, von Grund aus revolutionär gewandelt hat. Mögen es die leitenden Kreise des Heeres nun gern sehen oder nicht: die allgemeine Demokratisierung der Armee als Folge dieses Weltkrieges ist nicht mehr aufzuhalten! Noch im Jahre 1870 hat der Kriegsminister Roon die Einberufung größerer Kontingente nicht nur des Landsturms, sondern sogar der Landwehr zu den Fahnen als eine revolutionäre Gefahr auf das Hitzigste bekämpft. Heute aber steht außer der gesamten Landwehr und dem gesamten gedienten Landsturm, der längst restlos zu den Fahnen einberufen worden ist, auch der unausgebildete Landsturm des ersten und zweiten Aufgebotes seit Langem schon unter den Waffen. Damit hat sich von unten herauf die Zusammensetzung der Armee und auch ihres Unteroffizierkorps von Grund aus geändert. Wir haben heute tatsächlich das Volk in Waffen vor uns, was da draußen in Ost und West unsere Grenzen verteidigt, ist ein Volksheer, — daran läßt sich nicht drehen und deuteln! Daß es in seinem ganzen Aufbau und nach vielen anderen Richtungen hin noch lange kein Volksheer ist, wie es dem sozialdemokratischen Ideal entspricht, versteht sich von selbst. Aber die Richtung dahin ist einmal eingeschlagen, die Grundsteine zum demokratischen Volksheer der Zukunft sind in diesem Weltkriege

gelegt worden. Der Geist der Armee ist auch abgesehen von den rein militärischen Eindrücken des großen Krieges heute schon auch politisch von Grund aus verschieden von ihrem Geiste vor etwa zwei Jahren! Und die Tatsache, daß die Schlachten dieses Krieges im Zeichen der alten Bebelschen Forderung nach glanzlosen Uniformen, daß sie, wenn man so sagen darf, im Zeichen des sozialdemokratischen Feldgrau geschlagen werden, darf man wohl als eine Art Symbol für diesen revolutionären Umwälzungsprozeß ansehen, in dem unser Heerwesen heute mitten drin steht. Ebenso die weitere Tatsache, daß eine der frühesten Kriegsmaßnahmen zwar noch keineswegs die Durchführung, wohl aber der erste Schritt zur Durchführung der alten sozialdemokratischen Forderung: „Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit" gewesen ist. Wir wiesen darauf ja schon in anderem Zusammenhange hin.

Noch weit bedeutungsvoller aber als diese militärische Revolution ist die Revolutionierung unseres gesamten Wirtschaftslebens durch den Krieg. An einer anderen Stelle hat der Verfasser dieser Schrift den hier vor sich gehenden Umwälzungsprozeß so zu skizzieren versucht: „Daß wir uns in einem ungeheuren Prozeß der Umorganisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens mitten drin befinden, steht außer Frage. Und ebenso unzweifelhaft ist es, daß sich dieser Prozeß der Umorganisierung in der Richtung auf den Sozialismus hin bewegt. Selbst bürgerliche Nationalökonomen von Ruf und führende Blätter der Großbourgeoisie vom Range der „Kölnischen Zeitung" haben das unumwunden zugeben müssen. Mögen Brotkarten und Milchkarten, Fettkarten und Höchstpreise aller Art, mögen Einrichtungen wie die riesige Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums in der Hedemannstraße in Berlin, mögen die zentralen und lokalen Preisbestimmungskommissionen noch so ausschließlich im Interesse der siegreichen Durchführung dieses Krieges ins Leben gerufen sein, und mag man an ihrer Wirksamkeit mit vollem Rechte noch so Vieles auszusetzen haben; es gehört doch eine unglaubliche Engstirnigkeit dazu, in dem Allen nicht zum mindesten Meilensteine auf dem Wege zum Sozialismus zu erkennen! Die Anarchie des privatkapitalistischen Erzeugungs- und Verteilungssystems, die ganze unorganisierte Produktion von Waren für einen unbekannten und unbestimmten Markt: Das Alles hat in den Stürmen und Wettern dieses Weltkrieges schmählich bankrott gemacht. Und die Ironie

der Geschichte hat es gefügt, daß gerade die ausgesprochensten Vertreter des bürgerlichen Herrschaftssystems, die Militärbehörden, die ersten sein mußten, die in der Not der Stunde zu Maßnahmen gezwungen waren, die ganz dem Arsenal der sozialistischen Gedankenwelt entstammten. All diese kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sind nun einmal getroffen worden, nichts kann sie mehr aus der Welt schaffen. Niemand vermag später mehr aufzutreten und zu sagen: es geht nicht — denn alle Welt weiß jetzt, daß es in den Jahren des Weltkrieges eben gegangen ist! Mit rein kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätzen wäre in dieser Kriegszeit Deutschland geradewegs in den Abgrund hinein gesegelt. Sozialistische Gesellschaftsprinzipien waren es, die allein das Vaterland vor dem Schlimmsten bewahrten! Das Wort sie sollen lassen stahn! Und wenn es trotzdem durchaus noch nicht so geht, wie es gehen sollte, wenn es trotzdem noch an allen Ecken und Enden hapert: nun wohl, so liegt das eben daran, daß unser ganzes Wirtschaftsleben noch lange nicht genug durchorganisiert ist, daß wir erst ganz schwache, zaghafte Ansätze von Sozialismus haben, Ansätze, deren Wachsen und Wirken durch die kapitalistische Interessenwirtschaft immer wieder gehemmt wird. An der Tatsache selbst aber, daß sozialistische Gedanken es waren, die sich als Retter erwiesen, ändert das alles nicht das Mindeste.

Und je länger der Krieg dauert, je schwieriger die finanziellen und wirtschaftspolitischen Probleme, das Wiederaufbauen der Friedenswirtschaft sich gestalten, desto mehr erweisen sich staatssozialistische Unternehmungen allergrößten Umfanges als der einzig mögliche Ausweg. Um die Schaffung riesenhafter Monopole, um den allmählichen Ausbau unseres ganzen Wirtschaftssystems zur Bedarfs- und Vorratswirtschaft kommen wir in Deutschland nicht mehr herum!"

Wie der Krieg unsere nationale Wirtschaft von Grund aus revolutioniert, wie er vor Allem auch ein ungeheurer Hebel der Kapitalskonzentration ist und so auch auf diesem Wege dem Sozialismus vorarbeitet, so revolutioniert er auch die Weltwirtschaft. Die bedeutungsvollste Tatsache in dieser Hinsicht ist die Umwandlung Amerikas aus dem Schuldner der alten Welt zu ihrem bedeutendsten Gläubiger, ist die Verlegung des wirtschaftlichen Schwergewichts über den Ozean hinüber, ist die Ersetzung Londons in seiner Stellung als „Bankier der Welt" durch

Newyork. Mit einem Worte: die Entthronung Englands, das Karl Marx schon vor nahezu 70 Jahren „den Despoten des Weltmarkts" genannt hat. Mag der Krieg ausgehen wie immer er will: Großbritanniens Stellung in der Welt hat einen Stoß erlitten, von dem das Inselreich sich niemals mehr erholen kann! Und nicht weniger sind — im engsten Zusammenhange damit — die inneren Verhältnisse Englands erschüttert worden. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England, die staatlichen Eingriffe in die durch jahrhundertelange Tradition altgeheiligten „Freiheiten" des englischen Bürgers, besonders auch auf dem Gebiete des Produktionsprozesses: das Alles bedeutet für England eine Revolution von so durchgreifender Art, wie wir Kontinentalen es uns kaum vorstellen können. Das prophetische Wort von Karl Marx geht heute in Erfüllung: „Das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg!"

Diesen Weltkrieg aber hat wiederum Karl Marx vor mehr als 67 Jahren so prognostiziert: „England wird wie zu Napoleons Zeit an der Spitze der kontrarevolutionären Armeen stehen, aber durch den Krieg selbst an die Spitze der revolutionären Bewegung geworfen werden und seine Schuld gegen die Revolution des achtzehnten Jahrhunderts einlösen."

Die endliche Verwirklichung dieser Marxschen Voraussage ist es, die sich heute vor unseren Augen vollzieht! Denn das ist das weitaus Wichtigste, aber leider noch keineswegs überall in seiner ungeheuren Bedeutung Erkannte in diesem Weltkrieg: Die grandiose Dialektik der Geschichte hat es so gefügt, daß das in aller Welt als reaktionär verschrieene Deutschland in diesem Kriege die Sache des großen historischen Fortschritts vertritt, während das überall als freiester Staat der Welt gepriesene England, genau wie in den Tagen der Napoleonischen Kriege, die Sache des historischen Rückschritts führt. England vertritt in diesem Kriege durchaus das reaktionäre, Deutschland aber das revolutionäre Prinzip! Den zurückgebliebenen Formen des kapitalistischen Wirtschaftsbetriebes, wie sie in England herrschen, steht in und mit Deutschland die höher entwickelte Form des modernen, organisierten Kapitalismus gegenüber! Und im engsten Zusammenhange damit: dem England, in dessen Arbeitermassen noch kaum der leiseste Hauch des sozialistischen Gedankens hineingedrungen ist, steht gegenüber das Deutschland der stärksten sozialdemokratischen Arbeiter-

bewegung der Welt! So wäre also der Sieg der englischen Koalition der Sieg veralteter Formen des Kapitalismus über seinen modernsten Typus und zugleich der Sieg proletarischer Rückständigkeit über den proletarischen Sozialismus! Nachdrücklichst hat besonders Paul Lensch darauf hingewiesen und diese These eingehend begründet: erst die Stunde der englischen Niederlage in diesem Kriege wird zur Geburtstunde der modernen Arbeiterbewegung in England werden und damit auch für England selbst die Bahn frei machen zu höheren Formen des Wirtschaftslebens!

Von welcher Seite her man also auch die Dinge betrachten mag (und wir konnten hier, wie gesagt, nur ein paar ganz knappe Andeutungen machen): immer ergibt sich, daß auf der Seite Deutschlands in diesem Kriege das einzige Recht steht, das vor dem Richterstuhle der Geschichte Gehör finden wird: das Recht des historischen Fortschritts!

Der Verfasser dieser Arbeit selbst hat das schon wenige Monate nach Kriegsausbruch in seiner kleinen Broschüre: „Krieg und Sozialdemokratie" (Hamburg, Verlag von Auer & Comp.) so umschrieben: „Wie die politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen des deutschen Proletariats den Sieg Deutschlands gebieterisch erheischen, so erheischen ihn die Zukunftsinteressen des internationalen Sozialismus. Wir handeln — allen Mißverständnissen zum Trotz — in letzter Linie auch im Interesse unserer Arbeitsbrüder in allen Ländern, wenn wir das Aeußerste daran setzen, daß das Land siegreich aus dem Kriege hervorgeht, in dem der Kapitalismus am weitesten entwickelt ist und in dem zugleich auch die stärksten Arbeiterorganisationen sich entfaltet haben, Arbeiterorganisationen, in denen der sozialistische Gedanke lebendiger ist und tiefer wurzelt als in den Arbeiterorganisationen irgend eines anderen Landes. Die Zukunft des deutschen Kapitalismus und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung gefährden, das heißt: auch die Zukunft des internationalen Sozialismus gefährden! .... So ergibt sich, daß wir grade aus Marxistischen Gedankengängen heraus mit derselben Hingabe, mit der wir früher für den Frieden kämpften, heute für den deutschen Sieg kämpfen müssen. Das verlangt das Interesse der deutschen Arbeiter, das verlang das Interesse des internationalen Sozialismus!"

* * *

Diese letzten Bemerkungen haben uns über den Gedankengang dieses Kapitels hinausgeführt. Was wir hier klar stellen wollten, war dies: hat der Krieg auch alle sozialistischen Illusionen über die aus ihm hervorwachsende Revolution Lügen gestraft, so hat er dafür eine Revolution ganz anderer Art, eine Revolution von geradezu gigantischer weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung eingeleitet, eine Revolution, deren Tragweite und deren Folgen noch garnicht abzusehen sind. Der Krieg hat sich, wie wir das früher einmal ausdrückten, erwiesen als „ein gewaltiger Revolutionär wider Willen, als ein machtvoller Hebel des sozialistischen Fortschritts, als die ungeheure Lokomotive der Weltgeschichte." Der Krieg hat uns über Nacht die Revolution gebracht. Und diese Revolution ist es, die auch die große Krise im Sozialismus gezeugt hat.

13. Der sozialistische Augustblock und seine Gegner.

Damit sind wir nun endlich zu dem Thema zurückgekommen, das wir am Beginn des zweiten Teils dieser Abhandlung, im achten Kapitel, anschlugen. Wir setzten dort auseinander, daß alle bisher gebräuchlichen Maßstäbe für die Beurteilung der heutigen Krise in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr zulangten, daß sie wie dürre Zweige zerbrochen seien. Inzwischen glauben wir durch das in den letzten vier Kapiteln Ausgeführte einiges Material zur Bildung neuer Maßstäbe herbeigebracht zu haben. Wir haben erstens die wichtigsten der in den letzten Jahrzehnten in der deutschen Arbeiterbewegung zur Reife gekommenen Tendenzen kennen gelernt, die — ihren Trägern selbst mehr oder minder unbewußt — die großen Gegensätze dieser Tage vorbereitet haben. Zweitens haben wir uns, soweit das im Rahmen dieser Arbeit möglich war, die durch den Krieg geschaffene, völlig neue geschichtliche Situation und damit die ganz neuen Aufgaben klar zu machen versucht, vor die der Weltkrieg plötzlich die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands gestellt hat. Damit haben wir die beiden wichtigsten Grundelemente zum Verständnis der großen sozialistischen Krise der Gegenwart gewonnen. Um aber auch dem nichtsozialdemokratischen Leser diese Krise als Teilerscheinung der ganzen sozialistischen Entwicklung verständlich zu machen, ist es unvermeidlich, daß wir auch hier noch einmal etwas weiter ausholen, früher Gesagtes zusammenfassen und ergänzen.

* * *

Was war eigentlich der alte vielerörterte Gegensatz zwischen den sogenannten Radikalen und den sogenannten Revisionisten? Er war durchaus nicht, wie man vielfach angenommen hat, eine in unversöhnlichen Widersprüchen der prinzipiellen Anschauungen begründete absolute Kategorie, er war vielmehr — um einen von Karl Marx gern gebrauchten Hegelschen Ausdruck anzuwenden — eine historische Kategorie. Das heißt: er war der politische Ausdruck und die ideologische Widerspiegelung einer ganz bestimmten geschichtlichen Situation. Die in den Schlagworten

Revisionismus und Radikalismus gekennzeichneten Gegensätze bildeten keineswegs die ersten in der Arbeiterbewegung durchkämpften Streitfragen und sie werden auch keineswegs die letzten sein.

Wie aus den wechselnden geschichtlichen Bedingungen heraus in der Arbeiterbewegung derartige Strömungen und Gegenströmungen entstehen und einander abwechseln, das haben wir oben an der Stellung der Arbeiter zum Staat erläutert. Ausführlicher hat es der Verfasser dieser Arbeit vor Jahresfrist im „Hamb. Echo" durch einen historischen Rückblick klarzumachen versucht. Wir sprachen dort von den auch in dieser Schrift schon in anderer Beleuchtung flüchtig berührten Kämpfen zwischen der Lassalleanischen und der sogenannten Eisenacher Richtung in der deutschen Sozialdemokratie, Kämpfen, die von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebenziger Jahre angedauert haben. Diese Kämpfe — so führten wir damals aus — waren mit Naturnotwendigkeit herausgewachsen aus der politischen Situation Deutschlands in der Zeit der Reichsgründung. Die ihnen — sehen wir von untergeordneten Dingen ab — zu Grunde liegende Frage war die, auf welche Weise die nach dem Winterschlafe der fünfziger Jahre neu sich entfaltende deutsche Arbeiterbewegung das alte Programm von 1848/49 „Freiheit und Einheit des Vaterlandes" verwirklichen könne. Lassalle und nach ihm Johann Baptist von Schweitzer, die beide tief im Boden der besonderen preußischen Politik wurzelten, glaubten, das alte revolutionäre Programm der Märztage könne — wie die Dinge einmal lägen — nur dadurch verwirklicht werden, daß die deutschen Arbeiter wenigstens zeitweise gemeinsame Sache machten mit der preußischen Regierung, die damals durch die historischen Notwendigkeiten in eine durchaus revolutionäre Rolle gedrängt worden war. Auf der andern Seite waren Bebel und Liebknecht (die „Eisenacher") der Meinung, daß eine ihrem Wesen nach reaktionäre Kraft niemals revolutionäre Politik machen könne; sie suchten deshalb — zu einer völlig selbständigen Aktion war die Arbeiterklasse damals noch zu schwach — Anlehnung an die Reste der alten stark partikularistisch orientierten bürgerlichen Demokratie in Sachsen und Württemberg. Zeitweilig mit Bismarck oder unter allen Umständen gegen Bismarck: so stand damals die Frage und mehr als zehn Jahre — vor und nach 1870 — bewegte sie die Gemüter der deutschen Sozialdemokraten so leidenschaftlich, daß weder ein gemeinsames Marschieren noch ein gemeinsames Schlagen möglich war.

Schließlich aber hat die Zeit selbst, die große Lehrmeisterin, die Frage gelöst: sie öffnete einmal den Bebel und Liebknecht die Augen über die kleinbürgerliche politische Ohnmacht der süd- und mitteldeutschen Demokratie jener Tage, sie zeigte auf der andern Seite aber auch den Lassalleanern, daß Bismarck, als ein so starker revolutionärer Faktor er sich in der Tat erwies, doch den alten Traum von Deutschlands Einheit in wesentlich anderer Gestalt verwirklichte, als er einst geträumt worden war. Es kam eine ganz neue Zeit mit ganz neuen Problemen, ganz neuen Fragestellungen, ganz neuen Gegensätzen. Alle die alten Differenzpunkte verschwanden nach und nach, die leidenschaftlich bewegten Gegensätze ebbten ab, wenn sich auch fanatische Lassalleaner-Sekten trotz der in Gotha 1875 erfolgten Einigung der Partei und sogar trotz des Sozialistengesetzes bis in die achtziger und teilweise sogar in die neunziger Jahre hinüberretteten. Der Verfasser erinnert sich selbst noch lebhaft einiger solchen alten Lassalleaner, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Leipzig sehr häufig in Versammlungen das Wort ergriffen und deren ceterum censeo immer wieder war: „Und die (Lassalleschen) Produktivassoziationen mit Staatshilfe sind doch das einzige Richtige!" Auch in Hamburg hat eine Gruppe sektenmäßig organisierter Lassalleaner mit nicht den gleichen, aber ähnlichen Gedankengängen bis weit über die Jahrhundertwende hinaus ihr Leben gefristet. Aber aus der Massenbewegung der Arbeiter selbst waren alle jene alten Gegensätze verschwunden, sobald die historische Situation verschwunden war, aus der sie hervorgewachsen und in der allein sie existenzfähig gewesen waren.

Ebenso war es — um die Parteikonflikte, die in die Tage des Ausnahmegesetzes fielen, hier zu übergehen — bei den Auseinandersetzungen zwischen den „Jungen" und „Alten" in der Sozialdemokratie um das Jahr 1890. Auch dieser Konflikt war durch eine ganz besondere historische Situation hervorgerufen, so sehr es auch allen Beteiligten scheinen mochte, als stießen da zwei ewig unversöhnliche „Prinzipien" aufeinander: das Prinzip der Revolution und das Prinzip der Reform, die in Wahrheit jedoch beide nur zwei Seiten derselben Entwicklung sind, von denen je nach den geschichtlichen Umständen einmal die eine und dann wieder die andere in den Vordergrund tritt.

Wie also sah die Situation aus, aus der der „Unabhängigen"-konflikt von 1890 hervorwuchs? Er war bedingt einmal durch die

besondere psychologische Atmosphäre, die durch den Druck des Sozialistengesetzes, das zwölf Jahre auf ihnen gelastet hatte, besonders bei den großstädtischen Arbeiterscharen erzeugt worden war und die es diesen Kerntruppen der Partei äußerst schwer machte, sich nun plötzlich in den ganz neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Dazu kam dann die Tatsache, daß das riesige Emporschnellen der Partei bei den Februarwahlen von 1890 die Bewegung mit einem gewaltsamen Ruck zur Massenbewegung hatte werden lassen, deren Tätigkeit naturgemäß wesentlich anders orientiert sein mußte als die größtenteils unterirdische Tätigkeit der im Wesentlichen noch sektenhaft organisierten Partei zur Zeit des Ausnahmegesetzes. Scharen von kleinbürgerlichen Elementen schlossen sich damals der Partei an, sie faßte Fuß in weiten Distrikten des platten Landes, und dies alles erzeugte in der Uebergangszeit jene Reibungsflächen, die dann in den Krisen anfangs der neunziger Jahre zutage traten. Als die Uebergangszeit überwunden war, als sich die neuen politischen Verhältnisse und auch die Verhältnisse in der Partei selbst konsolidiert hatten, da verschwanden allmählich auch jene Gegensätze, die sich, genau wie einst die Gegensätze zwischen Eisenachern und Lassalleanern, verkleidet hatten in das Gewand „absoluter" Gegensätze, in das Gewand „prinzipieller" Differenzen. In Wahrheit waren auch sie, wie gezeigt, aus ganz bestimmten historischen Situationen herausgewachsen und verschwanden, sobald jene Situation selbst überwunden waren.

Das gleiche gilt nun selbstverständlich auch von den großen Revisionistenkämpfen der letzten anderthalb Jahrzehnte. Auch sie entsprangen nicht absoluten, ewigen Prinzipien, die da miteinander rangen. Auch hier wieder waren es vielmehr eine Reihe von Gegensätzen in der Welt der ökonomischen und politischen Wirklichkeit, die sich in dem Hirn der Beteiligten als solche gegensätzlichen Prinzipien widerspiegelten. Da war einmal der alte tatsächliche Gegensatz, der sich aus der verschiedenartigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Nord- und Süddeutschlands ergab. Dazu gesellten sich die Widersprüche, die aus den Erfordernissen der immer vielgestaltigeren praktischen Gegenwartsarbeit auf der einen Seite und den bei dem gewaltigen Wachstum der Bewegung nicht minder dringlichen Erfordernissen der grundsätzlichen Aufklärungsarbeit auf der andern Seite resultierten. Allzu optimistische Hoffnungen auf das, was — unter dem Einfluß der seit 1895 herrschenden Hochkonjunktur — an positiven

Verbesserungen der Arbeiterlage unmittelbar praktisch zu erzielen sei, wechselten ab mit schweren Enttäuschungen, als die internationale Teuerung jene positiven Errungenschaften zum großen Teil wieder aufhob. Ebenso lösten überschwängliche Hoffnungen nach großen Wahlsiegen und Katzenjammerstimmungen einander ab, wenn die wirklichen Erträge der Parlamentsmühlen sich als gar zu mager erwiesen. Dazu kamen die psychologischen Einwirkungen der großen weltpolitischen Ereignisse des letzten Jahrzehnts, der riesige seelische Eindruck der russischen Revolution auf das Proletariat Mitteleuropas, und noch vieles, vieles andere. Das alles nun fand seinen parteipolitischen Niederschlag in den Kämpfen um die Budgetbewilligung, in den Kämpfen um die Gestaltung der Maifeier, in den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften, in den Debatten über das Verhältnis von Massen und Führern zueinander, in der Erörterungen über Massenaktionen.

Die Frage, wer in diesen alten Kämpfen zwischen Radikalen und Revisionisten „recht" und wer „unrecht" gehabt habe, ist beinahe ebenso belanglos wie die heute an allen Philisterstammtischen der Welt mit Vorliebe erörterte Frage, wer die „Schuld" an diesem Weltkrieg trage. Genug: unter die revisionistischen Anschauungen hat die Entwicklung in ungefähr ebensovielen Punkten ihr historisches Siegel gedrückt, wie unter die radikalen Anschauungen. Um — auch hier folgten wir unserer Anfang Februar 1915 im „Hamburger Echo" veröffentlichten Arbeit — einiges Wenige hervorzuheben: mit ihrer Beurteilung der Widerstandskraft und der Anpassungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, mit ihrem Skeptizismus in bezug auf die der Arbeiterklasse heute schon mögliche politische und wirtschaftliche Machtentfaltung, mit ihrer hohen Bewertung gewisser Zweige unserer Gegenwartsarbeit — besonders in erzieherischer Hinsicht — haben die Revisionisten recht behalten, ebenso mit ihren Anschauungen über die Wirkungen dieser Gegenwartsarbeit auf die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und nationalem Staat. Unrecht dagegen haben sie gehabt, wenn sie, wie Bernstein, aus der praktischen Betätigung der Arbeiter im Gegenwartsstaate allgemeine Tendenzen zur „Humanisierung und Ethisierung des Klassenkampfes" ableiteten, wenn sie bei der Frage der Verelendungstheorie nur die aufwärtstreibenden Faktoren erblickten (Lohnsteigerungen, Verkürzungen der Arbeitszeit), während sie die niederdrückenden Gegentendenzen (Steigerung der Arbeitsintensität, Teuerung, viel schnelleres Steigen des Wohlstandes der Besitzenden usw.) mehr oder minder übersahen.

Unrecht hatten sie auch in ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Krisen, unrecht hatte David, wenn er von der langsam-friedlichen „Aushöhlung" des Kapitalismus ausschließlich durch die demokratische und soziale Reform, verbunden mit der Selbsthilfe der Arbeiter, träumte — alles Dinge, die er ebenso sehr überschätzte, wie sie von der Gegenseite vielfach unterschätzt worden sind. Gerade die ungeheuren Ereignisse unserer Tage, in denen die Not der Zeit auf Wegen, die wahrlich revolutionär genug sind, nicht nur gewaltigste weltpolitische, sondern auch gewaltigste soziale Umwälzungen vorbereitet, haben da manche alte revisionistische Illusion Lügen gestraft. . . . .

So ist es durchaus verständlich, daß viele der alten Revisionisten heute, da alle ihre Vorstellungen von der friedlich-gemütlichen Hinüberentwicklung in die neue Zeit durch die Weltrevolution unserer Tage so grausam zerstört worden sind, ganz und gar die Orientierung verloren haben. Der bekannteste Vertreter dieser Kategorie ist Eduard Bernstein, den überdies gewisse alt-demokratische Illusionen und Ideologien völlig beherrschen und dem auch noch seine in ihren Quellen vorhin blosgelegte unheilbare Anglomanie einen bösen Streich nach dem andern spielt.

Noch hilfloser — und das ist eine grausame Ironie der Weltgeschichte — stehen freilich viele der Radikalen alten Schlages der großen Weltrevolution unserer Tage gegenüber. Diese Revolutionäre der bloßen Theorie hat kürzlich einmal Paul Lensch im „Hamburger Echo" in glänzender Weise wie folgt verspottet:

> „Die furchtbarste Katastrophe brach herein und bestätigte nur, was vor dem Kriege die marxistische Schule über die Rolle von Gewalt und Oekonomie in der gesellschaftlichen Entwicklung gesagt hatte. An die Stelle der friedlichen Philisteridylle war jetzt die Weltrevolution getreten, noch grandioser, noch umfassender und aufrüttelnder, als es sich die Radikalen je hätten träumen lassen. Doch was zeigte sich jetzt? Dieselben Radikalen, die vor dem Kriege so gern mit dem Gedanken der gewaltsamen Revolution gespielt, die mit Massenstreik gedroht und die Diktatur des Proletariats an die Wand gemalt hatten, sie wurden auf einmal die sanftesten Heinriche, die vor jedem Gewaltakt zitterten und an Legitimitätsbedenken einen Metternich beschämten. Jetzt, wo die Revolution da war, sollte plötzlich kein Steinchen in Europa verrückt, kein noch so verschimmelter

Vertrag zerfetzt, kein noch so offenbarer Schaden abgestellt werden. Es war wie ein symbolischer Akt, daß die Weltrevolution von deutscher Seite begonnen wurde mit einer bewußten Insurrektion, mit dem Zerreißen der belgischen Neutralität. Man konnte darüber streiten, ob dieser Akt taktisch klug war. Was aber taten unsere Radikalen? Sie jammerten über das gebrochene Recht! Ein Moabiter Staatsanwalt konnte es nicht schöner machen. Und was war das für ein „Recht", dessen Bruch man der deutschen Regierung vorwarf? Hatte das internationale Proletariat bei seiner Festsetzung mitgewirkt? Hatte es an seiner Aufrechterhaltung irgend ein Interesse? — Nichts davon. Lediglich die Geldsackinteressen des weltbeherrschenden Englands sowie die Profitbedürfnisse der belgischen Bourgeoisie hatten hier eine Karikatur auf ein modernes Staatswesen zurechtgeschneidert, vor dem man meinetwegen bei reaktionären Staatsrechtslehrern, niemals aber bei revolutionären Sozialdemokraten Respekt verlangen durfte. Dieses „Recht" war schon tausendmal durchlöchert, war von der belgischen Regierung selber schamlos prostituiert worden, wie die aufgefundenen Aktenstücke inzwischen klärlich bewiesen haben — und da behandelten radikale Sozialdemokraten dieses durch die Verhältnisse längst überholte Zeugnis aus dem Zeitalter des vormärzlichen Absolutismus wie den Beschluß eines deutschen Parteitages, auf dessen Bruch der große Bann steht.

Wie oft sind uns nicht in der Geschichte der großen französischen Revolution ähnliche Rechtsbrüche, wenn sie die französische Republik am Körper des Deutschen Reiches beging, als glorreiche Bekundungen des revolutionären Fortschritts gefeiert worden, der das Morsche und Verfaulte im deutschen Reich vollends in Trümmer legte und so Platz schuf für neue Bildungen. Worin besteht der Unterschied zwischen damals und heute? Die damaligen Weltkriege sind heute allgemein als Ausflüsse der Revolution anerkannt worden und finden daher bei den heutigen Radikalen historisches Verständnis. Der heutige Weltkrieg dagegen gilt ihnen immer noch als die Ausgeburt finsterster Reaktion, und deshalb ist in diesem Kriege nicht recht, was in jenen billig war. Sie merken nicht, daß alle die Redensarten, mit denen sie den heutigen Krieg verurteilen, auch im revolutionären Frankreich vor 120 Jahren gebraucht werden konnten: daß das Volk Not leide, daß der Krieg nur einer

handvoll Kapitalisten zu gute komme und nur in deren Interesse geführt werde. So hat dieses mangelnde historische Verständnis unsere Radikalen in eine komische Situation gebracht. So lange die Verhältnisse friedlich waren, waren sie revolutionär; jetzt, wo die Verhältnisse revolutionär sind, sind sie friedlich. Sie befinden sich in einem ewigen Protest gegen die Gegenwart. Sie sind die Theoretiker der Revolution. Vordem schien es so, als protestierten die Tatsachen gegen diese Theoretiker, jetzt haben die Tatsachen den Theoretikern recht gegeben, nun protestieren die Theoretiker wieder gegen die Tatsachen. Sie sind die geborenen Impossibilisten."

Für die von Lensch hier festgenagelte Tatsache, daß dieselben „Radikalen", die der revolutionären Gegenwart so ganz verständnislos gegenüberstehen, den revolutionären Kern vergangener geschichtlicher Vorgänge auch dann sehr gut herauszuschälen wissen, wenn diesen Kern eine nationale Schale verdeckt, möchten wir auch unsererseits noch einen interessanten Beleg beibringen. Der an geschichtlichem Wissen und an geschichtlicher Urteilskraft weitaus bedeutendste unter den Wortführern der Minderheit ist heute Franz Mehring. Trotzdem hat er für die Politik des vierten August nur kalte Ablehnung. Derselbe Franz Mehring aber hat vor einigen Jahren in einer Verteidigung Ferdinand Freiligraths gegen die albernen Vorwürfe, er sei im Jahre 1870-71 mit seinem Liede „Hurra Germania" und mit anderen Schlachtgesängen zum Verräter an seinen revolutionären Idealen von einst geworden, Folgendes geschrieben:

„In den Gedichten, die Freiligrath in den Kriegsjahren 1870 und 1871 veröffentlichte, ist er sich durchaus treu geblieben; sie stehen in keinem inneren Widerspruch zu seinen Revolutionsliedern von 1848 und 1849.... In dem deutsch-französischen Kriege trat ihm wieder ein Stück Revolution im Geklirr der Waffen entgegen; trotz aller diplomatischen Machenschaften und trotz reaktionärer Tendenzen Bismarcks war der Krieg insofern ein Volkskrieg, als die Massen der deutschen Nation zu ihm strömten, um endlich einmal Herren im eigenen Hause zu sein. Diesen Massen hat Freiligrath seine Lieder gesungen, und das war im wesentlichen die gleiche Auffassung

des Krieges, wie sie auch Marx in den Manifesten der Internationale dargelegt hat, nur freilich in kritischer Prosa und nicht im poetischen Schwunge."

* * *

So haben wir also heute — um das Gesagte noch einmal kurz zusammenzufassen — diese Situation vor uns: einzelne der Wortführer des alten Revisionismus stehen den Vorgängen unserer Tage mit derselben inneren Verständnislosigkeit gegenüber, wie die meisten Wortführer des alten Radikalismus. Alle diese ehemals feindlichen Brüder haben sich heute zusammengefunden in der Revolte der Minorität der Partei gegen die Politik des vierten August. Bei einzelnen von ihnen kommt noch ein anderes, an sich gewiß durchaus achtenswertes Motiv hinzu. Sie können sich — ganz besonders gilt dies von Karl Kautsky und von Eduard Bernstein — nicht an den Gedanken gewöhnen, daß die alte Internationale tot ist und daß kein Wundertrank der Welt sie mehr zu neuem Leben zu erwecken vermag. So verschließen sie vor der grausamen Tatsache gewaltsam beide Augen und versuchen krampfhaft, durch allerlei kleine Mittelchen aus der homöopathischen Hausapotheke von anno dazumal Das wieder zur Gegenwart zu machen, was nun doch einmal unwiederruflich Vergangenheit geworden ist. Versuche mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt! Heilmittel obendrein, die das doch unheilbare Leiden nur noch verschlimmern und schmerzhafter machen!

Daneben spielen in der Opposition ehrliche Ideologen von der Art des hochbegabten Kurt Eisner, des früheren leitenden Redakteurs des „Vorwärts", eine Rolle, die sich unabläßig das Hirn zermartern, um herauszubekommen, auf welcher Seite in diesem Kriege „das Recht" und „die Wahrheit" sei. Und da sie nun (wer möchte ihnen das wohl verdenken!) an der Art und Weise, wie im Juli 1914 Oesterreich-Ungarn seine Ultimatum-Aktion gegen Serbien betrieb, Allerlei auszusetzen haben und da ihnen auch sonst bei ihrem rastlosen Studium aller der zahllosen Orange-, Geib- und Rotbücher manchmal ganz grün und blau vor Augen wird und sie dann die Zentralmächte nicht mehr nur im blütenweißen Gewande der Unschuld und den Vierverbande nicht mehr nur als pech-raben-schwarzen Teufel zu erblicken vermögen, so ziehen sie sich verzweifelt in die Beschaulichkeit einer rein ethischen Verdammung dieser schlechten Welt zurück. — Andere wieder sind durch all' das Furchtbare dieses Krieges seelisch derartig mitgenommen, daß sie — ohne klare

logische Ueberlegungen — rein stimmungsgemäß zur Opposition abgeschwenkt sind in der höchst unklaren Vorstellung, sie könnten damit an ihrem Teile zur schnelleren Beendigung der blutigen Greuel beitragen. Wieder andere sehen wohl den Krieg gegen Rußland keineswegs ungern, sie kommen aber innerlich nicht darüber hinweg, daß dieser Krieg sich zugleich auch gegen die sogenannten „Demokratien" des Westens richtet. Auch dies gilt vornehmlich wieder bei Eduard Bernstein. — Abermals andere werden in ihrem Denken völlig von der kleinbürgerlich-demokratischen Phrase vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" beherrscht, das sie durch den Krieg gefährdet glauben, von der Redensart vom Eroberungskrieg und von der Angst vor sogenannten Annexionen. Wieder eine andere Spielart der Opposition bilden Sozialisten vom Charakter der in ihrer Weise ganz prächtigen, der Sache der Arbeiter mit voller Seele ergebenen Klara Zetkin und der Frau Käte Duncker, Frauen, die mit ehrlichstem Fanatismus die doktrinäre These verfechten, daß „dieser Krieg nicht unser Krieg" sei und daß deshalb die Sozialdemokratie grundsätzlich unter keinen Umständen für eine der kriegführenden Gruppen Partei ergreifen dürfe. — Die, die mit Karl Liebknecht den Gedanken der Vaterlandsverteidigung p r i n z i p i e l l ablehnen und — um mit ihrem Wortführer selbst zu reden — nur „in der Internationale ihr Vaterland erblicken" bilden selbst innerhalb der Minderheit nur eine ganz verschwindend kleine Gruppe.

Bei den weitaus meisten derer, die heute in der Minderheit kämpfen, während sie am 4. August mit der Mehrheit gingen, war das ausschlaggebende Moment für ihre Schwenkung das Versagen der Regierung in so vielen Fragen der Lebensmittelpolitik, das Ausbleiben ernsthafter demokratischer Reformen, der schwindende Glaube an die feierlich verheißene innere „Neuorientierung." D a s m ö g e n a l l e d i e s i c h s e h r e r n s t z u H e r z e n n e h m e n, d i e d i e V e r a n t w o r t u n g z u t r a g e n h a b e n!

Dieser buntgemischten Gesellschaft der Opposition steht a u c h i n d e r M e h r h e i t durchaus keine innerlich völlig einheitliche Phalanx gegenüber. Auch die Wortführer der Mehrheit können und wollen ihre geistige Herkunft aus verschiedenen Lagern keineswegs verleugnen. Zwischen dem in erster Linie wohl parlamentarisch orientierten Eduard David und dem ganz und gar ökonomisch denkenden Heinrich Cunow sind auch heute die früheren Gegensätze in der Art des Empfindens und in der Methode des Denkens durchaus nicht restlos ausgelöscht. Und ebenso trennt den romantischen Idealisten

Anton Fendrich und einen rein kritischen Kopf wie Paul Lensch, der jeglichem Gefühlsüberschwang abhold ist, auch heute noch gar Vieles. Der sehr stark national empfindende Wolfgang Heine darf auch heute nicht ohne Weiteres in einen Topf geworfen werden mit einem die Dinge von hoher internationaler Warte aus betrachtenden Publizisten großen Stils wie Parvus. Aber Eines verbindet sie heute alle: der klare und gesunde Blick für die ehernen Notwendigkeiten der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Sie alle, die den einen großen Augustblock von Wendel bis Winnig und von Parvus bis Peus bilden, sind tief innerlich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in diesem großen Völkerringen das Interesse der deutschen Arbeiterklasse mit ehernen Ketten geschmiedet ist an das Interesse der deutschen Waffen. Sie sind davon durchdrungen, daß die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft des deutschen Proletariats, das zugleich Vorhut und Preisfechter des internationalen Proletariats ist, bei einem Siege der Feinde Deutschlands vor der furchtbarsten Katastrophe stände. Aus dieser klaren Erkenntnis heraus, aber völlig frei von irgendwelchen mystisch-verzückten nationalistischen Verstiegenheiten, stehen deshalb alle diese Sozialdemokraten fest und unerschütterlich zu den Fahnen Deutschlands. Und ohne im Mindesten den großen Menschheitsidealen der Kultur und des Sozialismus untreu zu werden, ohne je sich zu Beschimpfungen und Verleumdungen fremder Völker zu erniedrigen, sind sie nicht nur mit der Kühle ihres Verstandes, sondern auch mit der vollen Wärme ihres Herzens bei der Sache Deutschlands. Denn — wie Anton Fendrich das neulich einmal ausdrückte —: mit halbem und lauem Herzen kann man alles Mögliche auf der Welt tun, „nur keinen siegreichen Krieg führen." Und wir möchten unsererseits dem hinzufügen, daß das von uns Sozialdemokraten so oft wiederholte Wort Saint Simons: „Erinnere dich, mein Sohn, daß man begeistert sein muß, wenn man große Dinge vollbringen will", wie für den großen sozialistischen Befreiungskampf, so auch hier gilt. Deshalb weisen wir jene zaghafte Schwachherzigkeit weit von uns, die wohl den Pelz waschen will, aber ihn nicht naß zu machen wagt. Nichts wollen wir zu tun haben mit jener weichmütigen Inkonsequenz, die zwar die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung „prinzipiell" anerkennt, die aber in der Praxis durch ihr parlamentarisches und außerparlamentarisches Tun und Lassen diese Vaterlandsverteidigung aufs Aeußerste erschwert und gefährdet. Da ist uns beinahe jenes kleine (wirklich nur ganz kleine!) Häuflein derer um Liebknecht noch

lieber, die *auch grundsätzlich* von der Vaterlandsverteidigung unter den heutigen Verhältnissen nichts wissen wollen und als deren *einzige* parlamentarische Vertreter uns kürzlich die Presse die *vier* (es sind *wirklich* nur ganze vier!) Reichstagsabgeordneten Liebknecht, Rühle, Henke und Herzfeld vorstellte.

Gerade als alte, in tausend Schlachten erprobte Vorkämpfer im großen Ringen der *Klassen* sind sich die Wortführer der sozialistischen Mehrheit darüber klar, daß auch im Kampfe der *Nationen*, wenn die Dinge nun einmal ohne unser Zutun und gegen unsern Wunsch und Willen zur blutigen Entscheidung herangereift *sind*, nicht mehr sentimentale Redensarten den Ausschlag geben, sondern *einzig und allein die größere militärische Macht*. Der einmal *zur Tatsache* gewordene Krieg folgt nicht mehr allen möglichen ethischen Wünschen, sondern nur noch *seinen eigenen Gesetzen*. Bei allem unserem Abscheu vor der blutigen Barbarei des Krieges können wir deshalb nur wünschen, daß er — einmal ausgebrochen — nun auch mit *der* Entschlossenheit und mit *den* Mitteln zu Ende geführt werde, *die den raschesten und gründlichsten Sieg herbeiführen*, um so die Menschheit so schnell wie möglich von allen den Schrecknissen dieser Tage zu befreien und die Wiederkehr solcher Schrecknisse für immer unmöglich zu machen.

* * *

Damit dürfte im Wesentlichen Das umschrieben sein, was die Wortführer der sozialistischen Mehrheit heute denken und fühlen. In dieser Mehrheit steht geeinigt vor uns, was jung, lebenskräftig und zukunftsfreudig im alten Radikalismus war *und* im alten Revisionismus, Alles, was den Mut hat, den alten bequemen Gedankenschablonen zu entsagen und — unbekümmert um alle altehrwürdig vergilbten Theoreme und um alle eingerosteten Systeme der Welt — es wagt, die neue Zeit mit *eigenen* Augen zu sehen! Hinter den *Wortführern* dieser Mehrheit aber steht als kompakte Masse *das Millionenheer der deutschen Gewerkschaften*. So gut wie *geschlossen* billigen diese Massen — und *sie* sind es, die den festen Kern der deutschen Arbeiterbewegung bilden — die Politik des vierten August. Und an diesem ehernen Wall werden schließlich alle Wogen der Opposition ohnmächtig zerschellen.

Auf diese Massen der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter, die mit klarem Blick und fester Entschlossenheit das Funda-

ment der Mehrheitspolitik bilden, gründen wir auch unsere durch nichts zu erschütternde Zuversicht, daß auch künftig die deutsche Arbeiterbewegung **nicht zerfallen** wird. Eine zersplitterte, in zahlreiche sich befehdende Gruppen und Grüppchen aufgelöste Arbeiterbewegung würde **geradezu ein Verhängnis bedeuten für die Zukunft Deutschlands!** Nicht nur für die nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen des Proletariats selbst, dem nach dem Kriege — daran zweifelt Niemand — Kämpfe ernstester Art um seinen Anteil am Arbeitsertrag bevorstehen, sondern auch für die demokratische Neugestaltung unserer ganzen inneren Verhältnisse, die die Vorbedingung sein wird auch für die künftige **weltpolitische** Geltung Deutschlands! Nur eine machtvoll-geschlossene und damit auch aktionsfähige Arbeiterdemokratie kann die soliden Tragbalken abgeben für das werdende neue Deutschland! Das wissen die deutschen Arbeiter in ihrer ungeheuren Mehrzahl auch viel zu gut, als daß sie blind das Spiel ihrer ärgsten Feinde treiben sollten! Und das täten sie, wenn sie den Sirenengesängen der Spaltungspolitiker um Liebknecht und Rühle herum folgen würden!

Nein! Es wird über kurz oder lang zwar aller Wahrscheinlichkeit nach zu mehr oder minder belanglosen **Absplitterungen** unter der Führung von unbelehrbaren und hemmungslosen Sektenfanatikern kommen, die überwältigend große Mehrheit der sozialistischen Arbeiter aber wird der einheitlich geschlossenen Massenbewegung des deutschen Proletariats treu bleiben! Eingeschlossen die weitaus meisten Derer, die heute den falschen Propheten der Opposition nachlaufen!

Die letzten Bemerkungen haben uns schon zu der Frage hinübergeführt: **Was wird nach dem Kriege werden?** Darüber noch einige Worte!

14. Ein Ausblick.

Zu einem der beliebtesten Schlagworte ist heute die Wendung vom „Umlernen" avanciert. Auf der einen Seite ist dies Wort zum gerngebrauchten Deckmantel für alle Diejenigen geworden, die in charakterloser Wankelmütigkeit oder auch in haltloser, von jedem Windhauch hin und her bewegter Schwäche ihre Gesinnung wechseln wie ein altes Hemd, die jeder Tagesmeinung und Modeströmung willenlos nachgeben. Auf der anderen Seite aber werden mit dem gleichen Schlagwort vom Umlernen auch Solche gebrandmarkt, die offenen Auges durch die Welt gehen, die sich neuen Tatsachen und neuen Erkenntnissen nicht ängstlich verschließen, die sich, wenn auch oft genug erst nach schweren inneren Kämpfen, nicht scheuen, rundheraus einzugestehen: in diesem und jenem Punkte habe ich mich getäuscht.

In diesem zweiten, guten Sinnen des Wortes müßte eigentlich jeder Sozialdemokrat stolz darauf sein, ein Umlerner genannt zu werden. Hat sich doch die Sozialdemokratie von jeher stolz gerühmt, die Partei der Wissenschaft zu sein, und kennt doch die Wissenschaft keine ewigen Wahrheiten! Am wenigsten die Gesellschaftswissenschaft, auf deren Grundlage allein die Kunst der Politik möglich ist.

Auf die Gefahr hin, von den revolutionär vermummten reaktionären Lobpreisern des ewig Gestrigen wieder einmal verächtlich in die Wolfsschlucht der Umlerner geworfen zu werden, sagen wir: **die deutsche Sozialdemokratie wird aus diesem Weltkriege ganz anders heraus gehen, als sie in ihn hinein ging.** Sie wird **nicht** dort wieder anfangen, wo sie am dritten August 1914 stehengeblieben ist. Der ganze alte Kreislauf von Agitieren und Organisieren, von Protestieren und Demonstrieren wird sich in den alten, nun fehlerhaft und überlebt gewordenen Formen **nicht** wiederholen. In dem Einerlei der sorgfältig und gewissenhaft ausgeführten büreaukratischen Tagesarbeit, in der prompten Erledigung des vorgeschriebenen Pensums treuer und in ihrer Art auch **künftig** notwendiger Kleinarbeit in den Organisationen und in den Parlamenten wird sich das Wesen der deutschen Sozialdemokratie künftig **nicht mehr in dem Maße** erschöpfen wie vor dem Kriege. Jahrzehntelang aufgespeicherter Kraftvorrat

wird sich in ganz anderer Weise als bisher in fruchtbare Tat umsetzen können. Die neue Zeit wird im neuen Deutschland auch eine neue Sozialdemokratie gebären. Versuchen wir das früher darüber hier und da zerstreut in dieser Schrift schon flüchtig Angedeutete zusammenzufassen und zu ergänzen, und so in ein paar großen, allgemeinen Umrissen aufzuzeichnen, worin die deutsche Sozialdemokratie durch diesen Krieg umgelernt hat und worin sie nichts umzulernen hatte!

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die großen Grundanschauungen des Sozialismus durch den Krieg nicht nur nicht erschüttert worden sind, sondern daß die Erfahrungen dieser zwei letzten Jahre jene Grundanschauungen in unseren Herzen und Hirnen nur noch fester verankert haben. Wohl aber erscheinen sie uns heute vielfach im Lichte neuer Tatsachen, im Lichte früher ungeahnter Erkenntnisse. Sind die Ziele auch die alten geblieben, so sehen wir doch die Wege, die zu diesen Zielen hinführen sollen, heute vielfach anders als in der Zeit des Vor-August.

So hat man — um von den Einzelfragen nur das Wichtigste herauszuheben — uns Sozialdemokraten neuerdings mit feierlichem Ernst vor die Gewissensfrage gestellt: Seid ihr bereit, den Klassenkampf „abzuschwören"? Niemand von uns denkt daran! Ebensogut könnten wir die Sonne „abschwören", die am Himmel leuchtet, oder das Meer, das an unsere Küsten brandet! Denn wie diese so ist auch der aus den Gegensätzen der Klassen mit Notwendigkeit entspringende Klassenkampf keine Theorie, keine Hypothese, kein wissenschaftliches System, sondern eine Tatsache der rauhen Wirklichkeit. Nicht die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf erfunden, sondern die wirtschaftliche Entwicklung selbst hat ihn erzeugt und er ist genau so alt wie die geschriebene Geschichte der Menschheit. Ob er sich nun abspielte zwischen Freien und Sklaven im alten Griechenland, ob er sich abspielte unter Patriziern und Plebejern im alten Rom oder zwischen den Leibeigenen und Feudalherren des Mittelalters, unter dem Landadel und dem städtischen Bürgertum der Zeit vor 1789 und vor 1848, oder ob er wie heute vornehmlich aber keineswegs ausschließlich ausgefochten wird zwischen der Großbourgeosie und dem industriellen Proletariat: das Alles macht in der Sache selbst natürlich keinerlei Unterschiede aus. Also: von uns Sozialdemokraten zu verlangen, wir sollten den Klassenkampf abschwören, ist eine vollendete Sinnlosigkeit! Der

Klassenkampf wird auch nach dem Kriege bestehen bleiben, so lange die Bedingungen bestehen bleiben, die ihn erzeugen.

Was sich aber nach dem Kriege in Deutschland ändern kann und hoffentlich auch ändern wird, das sind die Formen dieses Klassenkampfes. Aus dem Arsenal dieses Kampfes verschwinden müssen die elenden vergifteten und vergiftenden Waffen, mit denen sich vor dem Kriege bei uns zu Lande die Wortführer der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und politischen Anschauungen zu befehden pflegten. Diese Formen, die so beliebte persönliche Verunglimpfung und sittliche Infamierung des Meinungsgegners, die gesellschaftliche Boykottierung und politische Verfehmung der Andersdenkenden, die polizeiliche und gerichtliche Drangsalierung der Opposition — diese ganzen alten kulturlosen Methoden des politischen Kampfes, die nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Nordeuropa völlig unbekannt sind, dürfen nach dem Kriege nicht wiederkehren! Zumal sie mit dem Wesen des Klassenkampfes selbst ja nicht das Allermindeste zu tun haben. Selbst in Süddeutschland ist in dieser Hinsicht ja heute schon Manches besser als in Nord- und Mitteldeutschland und wie der Süden vieles von uns angenommen hat, so sollten wir im Norden uns nicht scheuen, in den Formen der politischen Auseinandersetzungen vom Süden zu lernen.

Diese dringend erforderliche Abschleifung der Methoden unseres politischen Kampfes wird wesentlich durch ein Moment erleichtert werden: im Kriege haben wir neu gelernt, was wir vorher fast ganz vergessen hatten, daß es außer den Klassengegensätzen innerhalb einer Nation auch etwas gibt, was allen Klassen dieser Nation gemeinsam ist. Mögen die, die an theoretischen Haarspaltereien selbst in diesen Tagen noch Vergnügen finden, sich so viel sie wollen darüber streiten, wie dieses Etwas entstanden sei, wie man es definieren und katalogisieren müsse — uns Anderen genügt, daß es eben da ist! Und fasse man den Begriff der Nation nun so oder so, fasse man ihn eng oder weit, denke man über seine Beziehungen zum Rassenbegriff und zum Staatsbegriff wie immer man darüber denken wolle: wir deutschen Sozialdemokraten haben uns in diesem Kriege nun einmal wieder als Teil, und wahrlich nicht als den schlechtesten Teil der deutschen Nation fühlen gelernt und dieses Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke wollen wir uns von Niemandem mehr rauben lassen. Weder von rechts noch von links! Und damit basta! Wir kehren auf einer neuen

Windung der großen historischen Spirale zurück zu dem gesunden deutschen Nationalgefühl des wackren alten Demokraten Ludwig Uhland, zu dem Nationalgefühl der revolutionären Freiheitsänger Georg Herwegh und Ferdinand Freiligrath und zu dem guten deutschen Fühlen eines Hoffmann von Fallersleben. Die Herzen aller dieser Männer glühten nicht nur für die Freiheit, sie glühten auch für Deutschland, wie denn überhaupt in den Tagen um Achtzehnhundertachtundvierzig herum die beiden Begriffe Freiheit und Deutschland einen schönen vollen Akkord gaben. Dabei wollen wir natürlich die deutschen Gefühle eines Uhland und Freiligrath nicht etwa sklavisch kopieren — wir wissen sehr gut, daß heute das deutsche Nationalgefühl im Zeitalter des Imperialismus seelisch wesentlich anders fundiert ist als damals in den Zeiten des werdenden Nationalstaates — aber ebensowenig wie jene alten bürgerlichen Revolutionäre wollen wir uns künftig unseres Deutschtums noch schämen! Wir wollen aus ihrem Beispiel lernen, daß revolutionär empfinden und deutsch empfinden einander nicht ausschließt! Was an uns liegt, wollen wir tun, daß wir künftighin mit Freude und Stolz bekennen dürfen: civis germanus sum — ich bin ein deutscher Bürger! Denn zwar gewiß nicht von der Achtung, wohl aber von der kritiklosen Ueberschätzung alles fremden Wesens, an der wir deutschen Sozialdemokraten vor dem Kriege so arg krankten, haben uns die letzten beiden Jahre hoffentlich ein für alle Male geheilt! Und ebenso von der nicht minder kritiklosen Unterschätzung unseres eigenen Volkstums! Wer an dieser kritiklosen Unterschätzung auch nach dem Kriege noch festhalten sollte, dem ist nicht zu helfen. Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen. . . . .

Wie wir im nationalen Fühlen zurückgehen werden auf die großen revolutionären Patrioten wie Freiligrath und Herwegh, so werden wir in unserem Verhältnis zum deutschen Staatsgedanken zurückgehen müssen auf Lassalle und Schweitzer! Oder besser gesagt: wieder vorwärts gehen in der Richtung auf Lassalle und Schweitzer! Auch dies natürlich abermals mit dem nötigen Körnchen Salz und mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß der deutsche Staatsgedanke in unseren Tagen, da die Umrisse des werdenden Mitteleuropa sich immer deutlicher aus den brauenden und wogenden Nebeln dieses Weltkrieges abheben, einen ganz anderen Inhalt haben muß, als in den Tagen, in denen Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schuf und zu-

gleich mit Bismarck über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verhandelte! Wir sind uns in diesem Kriege bewußt geworden, wie sehr sich die deutsche Staatsidee trotz aller ihr anhaftenden Schönheitsfehler und schwereren Gebrechen politisch, organisatorisch und militärisch **bewährt** hat. Wir haben die innere Abneigung gegen diese deutsche Staatsidee, die uns Jahrzehnte lang bewußt oder unbewußt, eingestanden oder nicht eingestanden beherrscht hat, **aufgegeben**, weil wir sie ehrlicher Weise nicht mehr aufrecht erhalten konnten.

In Verbindung damit sind wir uns auch **der ungeheuren Macht der Staatsgewalt** erst in diesem Kriege völlig bewußt geworden. Weil uns ihre Betätigung oft nicht gefiel, hatten wir uns daran gewöhnt, diese Staatsgewalt mitsamt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als innerlich schon völlig verfault und vermorscht anzusehen. Auch davon hat uns der Krieg gründlich kuriert . . . .

Zugleich aber sind wir uns der tiefen inneren Verwandtschaft der besten Seiten des deutschen Staatsgedankens mit den besten Eigenschaften unserer deutschen Arbeiterbewegung selbst bewußt geworden in diesem Kriege! Der auch von den Franzosen und Engländern in früheren Tagen so oft gepriesene Idealismus des Volkes der Dichter und Denker (damals waren wir noch keine Boches und Barbaren!) der Sinn unseres Volkes für Theorie und Abstraktionen, sein Sinn für Ordnung und Organisation, für Disziplin, Unterordnung und Opferwilligkeit: hat das Alles nicht, so weit es verloren gegangen war, in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seine schönste Auferstehung gefeiert, und soweit es noch lebendig ist im deutschen Staatswesen: spiegelt es sich da nicht am Herrlichsten wider abermals in der deutschen Sozialdemokratie? In allen seinen Lichtseiten, aber auch in allen seinen Schattenseiten! — Nicht zum Wenigsten ist die deutsche Arbeiterbewegung ein echtes Kind des deutschen Geistes auch in ihrem **Internationalismus**, in ihrem offenen Sinn und in ihrem empfänglichen Herzen für die nationale Eigenart auch anderer Völker, in ihrer freudigen Aufnahmefähigkeit für alles Gute und Große, woher es immer kommen möge. Daß auch in dieser Richtung die deutsche Arbeiterbewegung vielfach über das Ziel hinausgeschossen ist, deuteten wir eben schon an, aber auch diesen Fehler teilt sie mit den Deutschen überhaupt.

Das führt uns zu einer zweiten unsinnigen Forderung, die man heute vielfach an die deutsche Sozialdemokratie stellt: wie den Klassen-

kampf, so soll sie auch den Internationalismus abschwören. Auch das wird sie nicht tun! Ebensowenig wie der Klassenkampf ist auch der Internationalismus eine Erfindung der Sozialdemokratie. Höchstens hat sie wie jenen so auch diesen in eine Art wissenschaftliches System gebracht. Der Internationalismus ist uns nicht bloß — in der Form des Weltbürgertums — überkommen von den großen deutschen Dichtern und Denkern um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts herum, er ist auch — in seinen modernen Formen — das legitime Kind des Kapitalismus. Wie dieser auf der einen Seite den nationalen Gedanken zu höchster Blüte emporgetrieben hat, so hat er auf der anderen Seite zahllose Schranken niedergerissen, die bis dahin die Länder und Völker von einander getrennt hatten. Das Verkehrswesen und das Nachrichtenwesen, Finanz und Industrie, Handel und Wandel, Technik, Wissenschaft und Kunst: Alles hat der moderne Kapitalismus internationalisiert. Und wie die katholische Kirche, wie die Börsen nach dem Kriege ihre internationalen Beziehungen wieder aufnehmen werden, wie die Banken das Gleiche tun werden, die Universitäten und Akademien aller Art, so wird es auch die Arbeiterbewegung tun, weil sie es tun muß. Die Gewerkschaften werden auch künftig international zusammen arbeiten, die Genossenschaften werden es tun und über kurz oder lang werden, wenn auch gewiß viel schwerer, und wenn auch sicher in ganz anderen Formen als früher, schließlich auch die politischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen versuchen. Daß dieser Internationalismus der Arbeiterbewegung, dessen Wesen wir in einer anderen Arbeit („Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland") zu umschreiben versucht haben, mit „Vaterlandsverrat" nicht das mindeste zu tun hat, dürfte nach dem Erlebnis dieser letzten zwei Jahre auch dem Blödesten klar geworden sein.

So werden wir also auch den Internationalismus der Arbeiterbewegung nicht abschwören. Und ebensowenig schwören wir ihr letztes internationales Kulturziel ab, nur, daß wir uns inzwischen bewußt geworden sind, welche ungeheuren Hemmnisse die verschiedenartige kulturelle Entwicklungshöhe der einzelnen Völker seiner Verwirklichung für lange, lange Zeit hinaus noch in den Weg stellen wird! Es wird nicht so gehen, wie wir es uns in unseren Träumen so oft ausgemalt hatten: in wenigen Jahrzehnten alle modernen Kulturvölker diesseits und jenseits des Ozeans ein einziger großer Wirtschafts- und Bruderbund! Wir wissen heute, daß das Alles langsam, sehr, sehr langsam von Statten gehen wird (viel zu

langsam für unsere Ungeduld!) und daß wir um die Zwischenglieder der Schaffung großer Imperien im Sinne von Mitteleuropa sicher nicht herumkommen werden. Der Weg, der uns einst so nah und einfach schien, sieht sich heute weit beschwerlicher und weiter an. Der Gipfel des hohen Berges, den wir fast schon mit Händen greifen zu können glaubten, ist in weite Ferne gerückt. Trotz alledem aber bleibt dieser Gipfel das Ziel, das nicht unsere Willkür sich gesteckt hat, sondern das von den ehernen Notwendigkeiten der Geschichte selbst der menschlichen Entwicklung vorgezeichnet erscheint.

Auch unseren Abscheu vor dem Kriege schwören wir nicht ab. Ganz im Gegenteil! Grade all das Furchtbare, was die Menschheit in diesen letzten zwei Jahren hat durchleben müssen, hat nicht nur unseren, der Sozialisten, Abscheu vor dem Kriege noch vertausendfacht, er hat diesen Abscheu auch allen fühlenden Menschen ohne jeden Unterschied der Partei mitgeteilt. Mag der Krieg noch so viele Einzelne zu ungeheuren sittlichen Leistungen emporreißen, an das Märchen, daß er ganz allgemein die Menschen veredele, glaubt heute Niemand mehr und das alte Wort, der Krieg sei „ein Element der göttlichen Weltordnung" klingt uns heute — nach fast zwanzig Kriegsmonaten — wie freche Blasphemie. Wo in dieser Weise Millionen von Menschen durch den Krieg zu fanatischen Friedensfreunden erzogen worden sind, da sollten ausgerechnet wir Sozialisten durch ihn zu Kriegsschwärmern geworden sein? Nein und dreimal nein! Es wird vielmehr eine der Hauptaufgaben der Völker sein, wenn einmal dieses furchtbare Gemetzel beendet sein wird, auf Mittel und Wege zu sinnen, diesen Krieg wirklich zum letzten aller Kriege zwischen europäischen Kulturvölkern zu machen. Aber wir wissen heute auch, daß das nicht allein in unserer Hand liegt und keineswegs in erster Linie von unserem guten Willen abhängt. Und so werden wir auch nach dem Kriege dafür sorgen müssen, daß unser Volk nicht wehrlos dasteht und wir werden versuchen müssen, dieses Bedürfnis der Wehrhaftigkeit nach Möglichkeit in Einklang zu bringen mit unseren sozialdemokratischen Militärforderungen. Außerdem werden wir Alles daransetzen müssen, schon im Kriege und durch den Krieg Verhältnisse zu schaffen, die uns eine bessere Gewähr gegen feindliche Angriffe bieten, als sie bisher bestanden hat. Daß solch Streben durchaus nicht unsozialistisch ist, kann man bei Lassalle, bei Marx und bei Engels auf hundert Seiten nachlesen — und außerdem sagt es uns unser gesunder Menschenverstand.

Im Uebrigen aber haben wir in diesem Kriege gelernt, den Krieg nicht nur, wie wir das in den letzten Jahren allzu ausschließlich getan hatten, von der Seite seiner ethischen Furchtbarkeit aus anzusehen. Der Krieg bedeutet nicht nur Wunden und Tod, Grauen und Verwüstungen, er bedeutet nicht nur Verzweiflung, Jammer und Tränen — wir haben gelernt, auch die andere Seite seines Janus-Antlitzes zu sehen, die Seite, auf der uns der Krieg als ungeheurer Hebel des historischen Fortschritts erscheint. Darüber sprachen wir ja schon.

Auch ihre theoretischen Ansichten über die besten Verfassungsformen des Staatswesens wird die Sozialdemokratie nicht abschwören, wenn auch die frühere Begeisterung zahlloser deutscher Arbeiter für die bürgerliche Republik ganz beträchtlich abgekühlt worden sein dürfte durch das, was wir heute über die schwere Mitschuld der Herren Poincaré und Genossen an der Entfachung dieses Weltbrandes wissen. Ebenso durch allerlei Beobachtungen unserer Feldgrauen in den okkupierten französischen Gebieten! Auch das, was wir seit dem Sommer 1914 in den Vereinigten Staaten von Amerika erleben, hat sicher die Begeisterung der deutschen Arbeiter für die bürgerliche Republik durchaus nicht gehoben. — Welche Formen das sozialistische Staatswesen der Zukunft aufweisen wird, ist dabei durchaus eine Frage für sich. Niemandem darf es verwehrt sein, nach wie vor rein gedanklich die Republik für die bessere und rationellere Staatsform zu halten und Niemand darf — das gilt auch für diese Dinge — seiner Ueberzeugung wegen künftig geächtet und verfolgt werden. Auch mancher Nichtsozialdemokrat würde ja sogar schon für die Gegenwart die Einrichtungen der französischen Republik denen des russischen Zarismus trotz alledem weit vorziehen! — Aber was die Hauptsache ist: mit der praktischen Politik im neuen Deutschland haben alle diese theoretischen Erwägungen nicht das Mindeste zu tun. Wie sich da in den nächsten Jahrzehnten das Verhältnis zwischen Monarchie und Arbeiterklasse gestalten wird, das wird von der ersten mindestens ebensosehr abhängen wie von der zweiten. Unbedingte Voraussetzung dafür, daß sich dies Verhältnis in der Zukunft erträglicher gestaltet als in der Vergangenheit ist allerdings, daß die Monarchie sich den unumgänglich notwendigen demokratischen Reformen unseres Staatswesens, besonders in Preußen, künftig nicht mehr hemmend in den Weg stellt.

Die Durchführung solcher Reformen wird der Sozialdemokratie Gelegenheit geben, noch in ganz anderer, in weit umfassenderer Weise als vor dem Kriege und auch noch in weit größerem Umfange als während des Krieges selbst auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens praktisch mitzuarbeiten. Immer wird dabei — wir verweisen auf das, was wir eben über den Klassenkampf gesagt haben — das Interesse der Arbeiterklasse der Kompaß ihres Handelns sein, genau wie für die Politik der Konservativen das Interesse der ländlichen Besitzer ausschlaggebend ist. Doch wird die Sozialdemokratie in dieser ihrer Vertretung der Arbeiterinteressen künftig manches von ihrem bisherigen Doktrinarismus aufgeben — unbeschadet der Energie, mit der sie diese Interessen auch in den kommenden Tagen verfechten wird. So wird sie besonders in den Fragen der Steuer- und der Handelspolitik vorurteilslos an eine Prüfung der neuen hier auftauchenden Probleme herangehen, oder vielmehr: sie steht in einer solchen Prüfung schon mitten drin. Besonders in der durch die Kriegserfahrungen in eine ganz neue Beleuchtung gerückten Frage, wie die Sorge für die einheimische landwirtschaftliche Produktion in besseren Einklang als bisher zu bringen ist mit den Interessen der Konsumenten wird die Sozialdemokratie um eine sehr ernste Selbstprüfung nicht herumkommen; sie wird zu entscheiden haben, ob sich ihre bisherige Haltung da in allen Einzelheiten noch wird aufrecht erhalten lassen.

Daß bei dieser Entscheidung die Lebensinteressen der Arbeiter und der anderen großen Massen der werktätigen Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als Konsumenten nach wie vor in erster Linie werden berücksichtigt werden müssen und daß deshalb keine Gefahr vorliegt, die Sozialdemokratie werde je in das Lager der Hochschutzzöllner abschwenken, das versteht sich am Rande. Im Uebrigen bleibt die Prüfung aller dieser sehr schwerwiegenden Probleme am besten den kommenden ruhigeren Zeiten vorbehalten. Hier sollte nur ganz generell auf ihre künftige große Bedeutung auch für die Sozialdemokratie aufmerksam gemacht werden. —

Die unendlich erweiterte praktische Mitarbeit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, die der Sozialdemokratie nach dem Kriege harrt, wird ganz von selbst auch eine Aenderung des taktischen Verhältnisses zwischen ihr und einzelnen Gruppen der anderen Parteien herbeiführen. Man miß-

verstehe uns nicht: die Sozialdemokratie wird sich nicht etwa nunmehr dogmatisch für ewige Zeiten auf die allein seligmachende parlamentarische Methode festlegen! Nichts wäre unhistorischer gedacht als solches einseitige Einschwören auf ganz bestimmte Formen des Kampfes! Und wer weiß, welche großen revolutionären Erschütterungen auch im Schoße der Zukunft noch schlummern! Aber unbefangener, innerlich freier, seelisch weniger beengt von gewissen Wort-Zwangsvorstellungen als bisher wird in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie die parlamentarischen Waffen handhaben können. Keine bindenden Parteitagsresolutionen werden ihr in Zukunft mehr mit der Kraft eines Konzilbeschlusses vorschreiben, unter allen Umständen taktisch so und nicht anders bei Wahlen und im Parlament zu verfahren. Die bloße Wortangst vor Wahlbündnissen und Kompromissen wird verschwinden, ebenso auch die aus Schwäche resultierende und daher früher ganz berechtigte, heute aber sinnlos gewordene Angst vor zeitweiligen parlamentarischen Arbeits„blocks" und die hysterische Furcht vor der Uebernahme politischer Verantwortlichkeit. Man wird nicht mehr aus knieschlotternder Angst um die „Reinheit" des Prinzips die besten Möglichkeiten ungenutzt vorübergehen lassen, dem Prinzip in der Welt der Wirklichkeiten nun auch tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen — was doch schließlich das Wichtigste ist. Wir werden nicht mehr so viel wie früher mit aufgeblasenen Backen und großen Worten revolutionär schwätzen — dafür aber desto durchgreifender, im Parlament wie draußen, revolutionär zu wirken suchen. Aufs Handeln kommt's an, nicht darauf, sich an seinen eigenen Phrasen zu berauschen und sich selbst in eine phantastische Traumwelt hineinzusteigern! Das hat die feldgraue sozialistische Kerntruppe in diesen schweren Jahren draußen an der Front gelernt und, von aller bloßen Wortgläubigkeit ein für alle Male gründlich geheilt, wird sie diese Erkenntnis nach dem Kriege der ganzen Partei mitzuteilen wissen. Standen wir bisher in unserer ganzen praktischen Politik noch allzu stark unter den ideologischen Nachwirkungen der Jahre 1789 und 1848, so werden uns künftig weit mehr die „Ideen von 1914" (wie man sie genannt hat) beherrschen — die Ideen der großen Um- und Neugestaltung durch die Kraft der Organisation, Ideen, die uns gewiß nicht erst der Krieg zu bringen brauchte, die aber bisher im Kampfe mit der revolutionären Phraseologie von anno dazumal immer wieder unterlagen.

Soviel wird man über diese Dinge wohl **heute schon** sagen dürfen, ohne in den schlimmen Ruf eines leichtherzigen und leichtfertigen Propheten zu geraten.

In weit höherem Maße noch als bisher wird die Sozialdemokratie in Zukunft über den Rahmen einer **bloßen** proletarischen Interessenvertretung hinaus zu einer **großen deutschen Kulturpartei** werden. Sie wird da an ihre guten Traditionen aus den Tagen der Kämpfe um die lex Heinze anknüpfen können. Für Millionen von Männern und Frauen, die **zwischen** den großen wirtschaftlichen Interessentenschichten stehen, für alle diese Männer und Frauen aus der sogenannten „Intelligenz", aus dem neuen Mittelstande der Techniker, Ingenieure, Industrieangestellten und sonstigen Privatbeamten, aus den Kreisen des Beamtentums und der Lehrerschaft wie aus den freien Berufen, für alle sie war es bisher das Odium der „Vaterlandslosigkeit", das sie vom Anschluß an die Sozialdemokratie fernhielt. Dieses Odium ist jetzt beseitigt — dem Anschluß steht nichts mehr im Wege. Daß ein derartiger riesenhafter Zustrom, wie er aus diesen Kreisen nach dem Kriege zu erwarten ist, auf das Wesen der Sozialdemokratie nicht ohne Einfluß bleiben kann versteht sich von selbst. Sie wird immer mehr aus dem „Turm" der geistigen und politischen Isolierung herauskommen, sie wird auch die letzten Ueberbleibsel ihres alten Sektencharakters ablegen. So wird der Sozialdemokratie, im politischen Leben des neuen Deutschlands eine ganz andere Rolle zufallen, als ihr im alten Deutschland beschieden war.

Aber sie wird darum nicht aufhören, eine **sozialdemokratische** Partei zu sein, deren klar erkanntes und bewußt erstrebtes Endziel **die sozialistische Neugestaltung unseres gesamten Gesellschaftslebens** ist! Um noch einmal auf das Thema vom „Abschwören" zu kommen: ebensowenig wie den richtig verstandenen Klassenkampf und ebensowenig wie den richtig verstandenen Internationalismus wird die Sozialdemokratie **ihre großen gesellschaftlichen Zukunftsideale** abschwören — **heute nicht und niemals!** Aus diesen Idealen, die nicht von Träumern und Phantasten spielerisch erfunden, die nicht von weltfremden Stubengelehrten am Studiertisch ausgeheckt worden sind, sondern die nichts anderes bedeuten als den lebendigen Ausdruck großer geschichtlicher Notwendigkeiten der Zukunft, aus ihnen hat die deutsche Arbeiterbewegung von jeher ihre beste Kraft gesaugt, durch sie allein hat sie vielen Millionen das Leben erst lebenswert

gemacht. Und wie der Krieg selbst, dieser gewaltigste Revolutionär aller Zeiten, mit dem verglichen unsere alten Revolutionsträume uns heute fast kindlich anmuten, wie er selbst die Heilsamkeit und Unentbehrlichkeit sozialistischer Gesellschaftsprinzipien tausendfach in grandiosester Weise dargetan hat, das haben wir ja an anderer Stelle dieser Schrift schon gezeigt. — Nur gilt auch hier wieder das schon mehrfach Gesagte: wir sehen die Wege zur Verwirklichung unserer Ziele heute vielfach anders als noch vor zwei Jahren. Vieles ist jetzt schon handgreifliche Wirklichkeit geworden, was uns damals noch weit entfernt schien. Die „Not" hat hier, um mit dem Dichter zu reden, wieder einmal revolutionär „an einem großen Tag" das vollbracht, was sonst nur „Jahrhunderten gelingt". Anderes dagegen wieder erscheint uns heute weit in die Ferne gerückt, was uns früher ganz nahe dünkte. Aber gleichviel: das Ziel selbst, das große und im besten Sinne revolutionäre Ziel der endlichen vollen Menschwerdung der Menschheit durch den Sozialismus bleibt das alte: S'ist der Geschichte ehernes Muß! Und heute so wenig wie jemals in früheren Tagen denkt auch nur ein Sozialdemokrat daran, dieses hehre und stolze Hochziel all seines Strebens feige zu verleugnen!

* * *

Damit sind wir am Ende. Wir haben den Boden gezeichnet, auf dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands bereit ist, im neuen Deutschland und am neuen Deutschland freudig mitzuarbeiten. Noch einmal hat die Stunde geschlagen, in der — ungeachtet aller Klassengegensätze und Klassenkämpfe — eine innere Einigung des deutschen Volkes, eine Eingliederung auch der deutschen Arbeiterschaft in das Staatsganze möglich ist. Mehr als einmal sind solche günstigen Stunden versäumt worden. Wer daran Schuld hatte, darüber zu reden ist in diesem Augenblick müßig. Genug: noch einmal, und gewiß zum letzten Mal, ist eine solche Stunde gekommen. Möge man sich in allen Lagern bewußt sein, daß es eine historische Stunde ist, die wir erleben! Soll wirklich abermals die Rückständigkeit preußischer Herrenhäusler Alles wieder verderben? Soll Mißtrauen und Aengstlichkeit gewisser Schichten der Bureaukratie den eben aufgehenden Samen abermals zertreten? Wird man die noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter, die jetzt zu vielen Hunderttausenden ihre Treue

zu Deutschland mit ihrem Herzblut besiegelt haben, abermals brutal zurückstoßen? Dann würde aus dieser offenen Hand von Neuem die geballte Faust werden — und zwar von Rechts wegen! Geht nicht eine sehr ernste und gründliche „Neuorientierung" auch auf der anderen Seite vor sich, dann ist auch die große innere Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit geworden! Es gibt hüben und drüben Elemente, die nichts sehnlicher erwarten als einen solchen Ausgang! Darüber möge man sich nicht täuschen!

Und schon haben diese Elemente manchen Erfolg erzielt. Das Ausbleiben großzügiger innerer Reformen, gewisse schwere Fehler in der Nahrungsmittelversorgung und Anderes haben, wie wir früher schon schilderten, der Opposition in der Sozialdemokratie ganze Ströme von Wasser auf ihre Mühlen geleitet. Die Zusammenstöße zwischen Stroebel und der äußersten Rechten im preußischen Abgeordnetenhause waren ebenso nach dem Herzen Derer um Liebknecht wie sie nach dem Herzen Derer um Pappenheim gewesen sind. Ein Hand-in-Handarbeiten, wie es verhängnisvoller nicht gedacht werden kann! Soll es so weiter gehen? Sollen abermals, genau wie nach 1848, die Toten den Lebenden die Donnerworte entgegenschleudern müssen: „Was unser Tod Euch zugewandt — verlottert und verloren"?

Das kann, das darf nicht sein! Trotz aller trüben Erfahrungen gerade der letzten Wochen leben wir noch immer der frohen Hoffnung und der festen Zuversicht: das deutsche Volk wird alle diese Zettelungen von rechts und von links elend zu Schanden machen, es wird die Gunst dieser seltenen, dieser einzigen Stunde zu nützen wissen. Ungeheures, Uneinbringliches steht auf dem Spiele! Eine Weltenwende auch unserer inneren Geschichte ist herangebrochen! Und so gewiß es ist, daß die weitaus bedeutungsvollste Arbeit auch für diese große Neuwerdung im Inneren die Wackeren leisten, die dort draußen auf den Schlachtfeldern für uns kämpfen und bluten, so tief wir davon durchdrungen sind, daß ihrer Tat gegenüber alle unsere Worte nichts anderes sind als ein armseliger Notbehelf, so kommen doch auch die Daheimgebliebenen um die Pflicht nicht herum, auch an ihrem bescheidenen Teile dazu mitzuhelfen, daß heute schon das Morgen vorbereitet werde. Einen Baustein zu dem großen Werke möchten auch diese Blätter beitragen. Es gilt die deutsche Zukunft! Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

15. Die Spaltung vom 24. März 1916.

Seit Wochen war diese Arbeit abgeschlossen, eben sollte ihr letzter Bogen in die Presse gehen, als ein Ereignis eintrat, das zwar lange genug in der Luft gelegen hatte, auf dessen Möglichkeit auch in dieser Schrift hingewiesen wurde, das aber schließlich doch, besonders wegen der begleitenden Umstände, mit der Wucht einer schmerzlichen Ueberraschung wirkte: die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 24. März 1916. Die Vorgänge selbst sind bekannt: Ohne die Fraktion oder auch nur den Fraktionsvorstand rechtzeitig von ihrer Absicht zu unterrichten, lehnte gegen ausdrücklichen Fraktionsbeschluß eine aus achtzehn Mann bestehende Minderheit der Reichstagsfraktion an jenem Tage das Etatnotgesetz ab. Da dies Notgesetz nach allgemeiner parlamentarischer Auffassung keinerlei politische, sondern ausschließlich formelle Bedeutung hat, so stellte sich schon rein äußerlich das Vorgehen der Minderheit als eine mit voller Absicht herbeigeführte Provokation der schwersten Art dar. Diese Provokation wurde noch wesentlich verschärft durch Ton und Inhalt der Rede, mit der der frühere Fraktionsvorsitzende Hugo Haase im Namen der achtzehn Dissidenten die Aktion begründete. Seine Rede war von Anfang bis zu Ende der Sache nach nichts anderes als eine schroffe Kritik an der ganzen bisherigen Kriegspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in deren Namen Scheidemann es denn auch an einer ebenso würdigen wie scharfen Antwort nicht fehlen ließ. Es kam zwischen Mehrheit und Minderheit der Fraktion vor versammeltem Reichstag zu wüsten Lärmszenen, wie sie in der Geschichte aller Parlamente in dieser Art beispiellos dastehen. In der unmittelbar folgenden Fraktionssitzung wurde zwar noch von einer Seite ein ganz schüchterner Versuch gemacht, die formelle Konstatierung der äußeren Spaltung, die innerlich ja längst vollzogen war, etwas hinauszuzögern. Aber dieser Versuch stieß hüben wie drüben auf Ablehnung. Allgemein fühlte man: es geht nicht mehr weiter! Das Geschwür war überreif geworden — es mußte geschnitten werden. In einer sehr deutlichen Resolution erklärte die Fraktionsmehrheit, gegen den Widerspruch von fünfzehn zwar mit der Minderheit sympathisierenden, der alten Fraktion aber auch weiterhin angehörenden Mitgliedern, Haase und seine näheren Freunde nicht nur des Disziplinbruchs,

sondern auch **des Treubruchs** für schuldig und sprach ihnen die Rechte ab, die aus der Fraktionsgemeinschaft erwachsen. Daraufhin traten diese achtzehn Abgeordneten zu einer **neuen Fraktion** zusammen, die sich in unbeabsichtigter Selbstverspottung „Sozialdemokratische Arbeits**gemeinschaft**" nennt. Der Berliner Volkswitz aber hat für diese neue Fraktion auf der Stelle einen anderen Namen gefunden — den Namen: „Fraktion Falscher Haase". . . .

Die Mitglieder der neuen Fraktion sind die Abgeordneten Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil. Zum Vorstand der neuen Fraktion wurden die Abgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann gewählt. Später schloß sich der Arbeitsgemeinschaft noch der sächsische Abgeordnete Ryssel an.

Neben den zwei sozialistischen Fraktionen gibt es im Reichstage jetzt **noch eine dritte Gruppe** sozialistischer Abgeordneter — die Gruppe Liebknecht—Rühle. Diese beiden sind sozialdemokratische „Wilde" — um nicht zu sagen: wilde Sozialdemokraten . . .

Am 25. März legte Hugo Haase dann endlich auch sein Amt **als Vorsitzender der Partei** nieder, nachdem der Parteivorstand nahezu einmütig sein und seiner Gefolgschaft Verhalten aufs Schärfste verurteilt hatte. Für Montag den 27. März wurde telegraphisch der Parteiausschuß nach Berlin zusammenberufen, um die politischen und organisatorischen Folgerungen aus den jüngsten Ereignissen zu ziehen.

* * *

In diesem Augenblick steht wie jeder andere Sozialdemokrat so auch der Verfasser dieses Buches noch so stark unter dem frischen Eindruck dessen, was uns die letzten Tage gebracht haben, daß es ihm unmöglich ist, in ruhiger Darstellung die Folgen und die Tragweite aller dieser Vorgänge abzuschätzen. Deshalb nur ein paar Worte:

Wir haben uns in dieser Schrift nach Kräften bemüht, der sozialdemokratischen Minderheit und ihren Führern **alle nur denkbare Gerechtigkeit** widerfahren zu lassen. Immer wieder haben wir sie gegen die Verdächtigung ihrer Motive und gegen die Verunglimpfung ihrer Person in Schutz genommen. **Dennoch** müssen wir sagen: so tief schmerzlich diese letzten Ereignisse sind — **es ist gut, daß es so gekommen ist!** Für den **Augen-**

blick wirkt die Fraktionstrennung wie ein reinigendes Gewitter. Die sozialistische Luft war seit Monaten überladen mit elektrischer Spannung, die Atmosphäre war schlechterdings unerträglich geworden — die Entladung kam, weil sie kommen mußte! Es war ein durchaus unmöglicher Zustand, in dem wir zuletzt lebten, und nirgends vielleicht fühlte man das tiefer als im preußischen Abgeordnetenhaus. Immer wieder ist es da dem Schreiber dieser Zeilen so gegangen, daß, sobald Kriegsfragen und die große Not des Vaterlandes behandelt wurden, er innerlich sich trotz aller gewaltigen Gegensätze der Weltanschauung und der politischen Grundauffassung — den Weinhausen und Pachnicke, den Campe und Friedberg, ja sogar noch weiter rechtsstehenden Gegnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte als den Liebknecht und Ströbel, den Adolf Hoffmann und Hofer. Da hat man denn wohl mehr als einmal den Sitzungssaal verlassen, um nicht auch offen den Gegnern gegen die eigenen Fraktionskollegen recht geben zu müssen. . . . Das war ein unwürdiger und innerlich unwahrer Zustand, dem so oder so ein Ende gemacht werden mußte. Nun ist die Zeit der faulen Kompromisse vorbei, nun hat jeder Teil seine volle Aktionskraft erlangt und kann, ungehemmt durch die nervenzermürbenden inneren Reibungen der hinter uns liegenden Tage, seine Politik treiben, die Politik, wie sie Pflicht und Gewissen vorschreiben. . . .

Trotz alledem sind wir auch heute noch fest von Dem durchdrungen, was wir am Schlusse des 13. Kapitels sagten: die Spaltung der Führerschaft wird vielleicht eine zeitweilige, wird gewiß aber keine dauernde Spaltung auch der Arbeitermassen nach sich ziehen. Mögen ihnen zunächst auch in einzelnen Großstädten Scharen mißleiteter Proletarier nachlaufen — gar bald werden die Dissidenten ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten sein! Fanatiker und Dogmatiker, wie sie die Führerschaft der neuen Fraktion bilden, sind nicht die Männer, mit denen sich eine große Massenbewegung machen und auf die Dauer aufrecht erhalten läßt! Die Führer einer solchen Massenbewegung müssen aus ganz anderem Holze geschnitzt sein als die Haase und Herzfeldt, Stadthagen und Bernstein! Ihre Klasseninteressen werden, dessen sind wir gewiß, die Massen doch schließlich wieder zusammen führen!

Käme es anders, so wäre das ein schweres Unglück, vor dem unser Land und seine Arbeiterklasse der gute Genius des deutschen Volkes bewahren möge!

Zur Bibliographie der sozialistischen Kriegsliteratur

Max Adler: Prinzip oder Romantik? Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt.
Paul Axelrod: Die Krise und die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie. Zürich, Genossenschaftsdruckerei.
M. Beer: Sozialistische Dokumente des Weltkrieges, Heft 1—4.*)
—, Jean Jaures.*)
Erwin Belger: Die Sozialdemokratie nach dem Kriege: Berlin - Concordia.
Eduard Bernstein: Die Internationale oer Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen, J. C. B. Mohr.
Anna Blos: Krieg und Schule.*)
spondenz (A. Baumeister).
Julian Borchardt: Vor und nach dem vierten August. Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtstrahlen.
Adolf Braun: Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Tübingen J. C. B. Mohr.
Heinrich Cunow: Die Türkei und Ägypten. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
—, Parteizusammenbruch? Ebenda.
Eduard David: Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung. Bielefeld, Buchhandlung der Volkswacht.
—, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
Ernst Drahn: Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler. Gautzsch bei Leipzig, Verlag Felix Dietrich.
K. Eichhorn: Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege. Hildesheim, August Lax.
Kurt Eisner: Treibende Kräfte. Berlin, Neues Vaterland.
Anton Fendrich: Der Krieg und die Sozialdemokratie. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
Germanicus: Der springende Punkt. Zürich, Grütliverein.
Hermann Greulich: Krieg und Internationale. Zürich, Gewerkschaftsdruckerei.
Konrad Haenisch: Krieg und Sozialdemokratie. Hamburg, Auer & Komp.
—, Deutsche Sozialdemokraten — sozialdemokratische Deutsche! Chemnitz, Landgraf & Komp.
—, Wo steht der Hauptfeind.*)
—, Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland.*)
— Zur Lage der Partei. Hamburg, Auer & Komp.
— Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. 2. Aufl. Berlin, Verlag C. A. Schwetschke & Sohn.
Wolfgang Heine: Kultur und Nation. Chemnitz, Landgraf & Komp.
—, Gegen die Quertreiber! Dessau, Verlag des Volksblattes.
— und Karl Hildebrand: Zwei Reden. Stuttgart, Verlag der Schwäbischen Tagwacht.

Hugo Heinemann: Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit. Chemnitz, Landgraf & Komp.

Junius: Die Krise der Sozialdemokratie. Zürich, Verlagsdruckerei Union.

Karl Kautsky: Die Internationalität und der Krieg. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

—, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt.

—, Ueberzeugung und Partei. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei, A. G.

— Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.

Wilhelm Keil: Das deutsche Volk im Kriege. Ulm, Ulmer Volksbuchhandlung

Wilhelm Kolb: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Karlsruhe, Geck & Komp.

Hermann Kranold: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe.*)

—, England — unser Feind für immer? Tübingen, Buchhandlung Kloeres.

Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim: Imperialismus und Demokratie. Hamburg, Verlag von Heinrich Laufenberg.

—, Demokratie und Organisation. Ebenda.

— und Karl Herz: Organisation, Krieg und Kritik. Ebenda.

Karl Legien: Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Berlin, Verlag der Gewerkschaftskommission.

Paul Lensch: Das englische Weltreich. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

—, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Ebenda.

—, Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis. Hamburg, Auer & Komp.

—, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und Glück Leipzig, S. Hirzel.

Hugo Poetzsch: Der Friede und die Internationale.*)

Ludwig Radlof: Vaterland und Sozialdemokratie. Leipzig, Duncker und Humblot.

Karl Renner: Österreichs Erneuerung. Wien, Volksbuchhandlung Brand & Co.

Erich Rother: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Berlin, Heinemann & Sohn.

Philipp Scheidemann: Es lebe der Friede! Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Carl Severing: Sozialdemokratie und Völkerhaß.*)

Friedrich Stampfer: Sozialdemokratie und Kriegskredite. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Leon Trotzki: Der Krieg und die Internationale. Zürich, Verlag der Kampf.

Hermann Wendel: Weltkrieg und Sozialdemokratie. Dresden, Kaden & Komp.

August Winnig: Der Weltkrieg vom Standpunkt des deutschen Arbeiters, Hamburg, Deutscher Bauarbeiterverband.

—, Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft.*) Korrespondenz (A. Baumeister).

—, Zur Neuorientierung der Sozialdemokratie Ebenda.

Richardt Woldt: Großindustrie und Kriegswirkungen. Ebenda.

Luise Zietz: Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg. Stuttgart, J. W. Dietz.

Waldemar Zimmermann: Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Jena, Gustav Fischer.

Sammelwerke.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. Verlag S. Hirzel, Leipzig.

Zum inneren Frieden des deutschen Volkes. Herausgegeben von Friedrich Thimme. 2 Bände. Verlag von S. Hirzel, Leipzig.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Herausgegeben von Wilhelm Jansson.*)

Anonyma.

Der Krieg und die Sozialdemokratie. Zürich, Grütliverein.

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Für die Einheit der Partei!*)

Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren.*)

Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit. Berlin SW. 68, Fritz Ebert.

Zeitschriften.

Die Neue Zeit. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.

Der Kampf. Wien, Erste Wiener Volksbuchhandlung.

Sozialistische Monatshefte. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte.

Die Glocke. München, Verlag für Sozialwissenschaft.

Der Leuchtturm. Berlin-Lichterfelde, Verlag von Julian Borchardt.

Correspondenzblatt. Berlin, Verlag der Generalkommission.

Internationale Korrespondenz.*)

Vorbote. Bern, Unionsdruckerei.

Arbeiterpolitik. Bremen.*)

Sozialdemokratische Feldpost.*)

---

*) Die mit einem Stern bezeichneten Publikationen sind sämtlich erschienen im Verlag Internationale Korrespondenz (A. Baumeister), Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 8 Mark 1.20

Deutschlands Aufgaben für Handwerk und Gewerbe nach dem Kriege.

Von

Hermann Fuchs.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Sammelwerke.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien. Verlag S. Hirzel, Leipzig.
Zum inneren Frieden des deutschen Volkes. Herausgegeben von Friedrich Thimme. 2 Bände. Verlag von S. Hirzel, Leipzig.
Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Herausgegeben von Wilhelm Jansson.*)

Anonyma.

Der Krieg und die Sozialdemokratie. Zürich, Grütliverein.
Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.
Für die Einheit der Partei!*)
Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren.*)
Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit. Berlin SW. 68, Fritz Ebert.

Zeitschriften.

Die Neue Zeit. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.
Der Kampf. Wien, Erste Wiener Volksbuchhandlung.
Sozialistische Monatshefte. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte.
Die Glocke. München, Verlag für Sozialwissenschaft.
Der Leuchtturm. Berlin-Lichterfelde, Verlag von Julian Borchardt.
Correspondenzblatt. Berlin, Verlag der Generalkommission.
Internationale Korrespondenz.*)
Vorbote. Bern, Unionsdruckerei.
Arbeiterpolitik. Bremen.*)
Sozialdemokratische Feldpost.*)

*) Die mit einem Stern bezeichneten Publikationen sind sämtlich erschienen im Verlag Internationale Korrespondenz (A. Baumeister), Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 8 Mark 1.20

Deutschlands Aufgaben für Handwerk und Gewerbe nach dem Kriege.

Von

Hermann Fuchs.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 8

Deutschlands Aufgaben für Handwerk und Gewerbe nach dem Kriege.

Von

Hermann Fuchs.

Berlin 1916
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Inhalt:

Das deutsche Handwerk und Kleingewerbe zu Beginn des Krieges.

Das deutsche Handwerk und Kleingewerbe, d. h. der kleingewerbliche Mittelstand, erlitten in den letzten zehn Jahren vor Ausbruch des Krieges einen Niedergang, wie wohl kaum unter ähnlichen Verhältnissen zu einer früheren Zeitepoche.

Die hierfür in Frage kommenden Ursachen sind mannigfacher Natur. In erster Linie kommt die rapide Entwicklung der Großindustrie in Betracht, die einen Teil handwerksmäßiger Betriebe aufgesaugt hat, wie beispielsweise die Handweberei, Nagelschmiederei usw. Viele dieser kleinen Meister haben sich mit Aufbietung ihrer letzten Kräfte gegen den unaufhaltsamen Verfall gewehrt, bis sie schließlich dem Polypen „Großkapitalismus" erlagen. So hat beispielsweise das Schuhmacher*gewerbe* seit etwa zwanzig Jahren immer mehr an Boden verloren und ist jetzt dem *fabrik*mäßigen Betriebe fast vollständig gewichen. Schuhmachermeister, die sich mit Neuarbeit befassen, machen nach ungefährer Schätzung etwa den vierten Teil der Gesamtheit aus, und hierbei kommt noch in Betracht, daß es sich im wesentlichen um Anfertigung von Artikeln handelt, die als „Spezialitäten" angesprochen werden müssen, z. B. Schuhwaren für Fußkranke usw.

Als weiterer Faktor, der das Gedeihen des Handwerks ungünstig beeinflußte, kommen u. a. noch in Betracht die *Gefängnis- und Zuchthausarbeit*, das *Warenhauswesen* und die *Abzahlungsgeschäfte*.

Alle von Seiten der Handwerkerorganisationen *gegen die Zuchthausarbeit* an die zuständigen Stellen gerichteten Proteste sind *ergebnislos* geblieben. Bezüglich der *Warenhäuser* kann man allerdings den Handwerker- und Arbeiterstand *ganz besonders* nicht von Schuld freisprechen, an deren Aufblühen zu einem erheblichen Teil

selbst beigetragen zu haben. Vornehmlich sind es die Handwerker- und Arbeiterfrauen, die die schwer erworbenen Groschen in die Warenhäuser tragen, um sie dort für häufig höchst preisunwürdige Waren anzulegen. So hatte der Unfug in Berlin einen derartigen Umfang angenommen, daß der Oberbefehlshaber in den Marken sich im Februar 1916 veranlaßt sah, die sogenannten „Weißen Wochen", „Sonderausverkäufe" usw. zu verbieten. Viel helfen wird das allerdings nicht, die dazu „veranlagten" Frauen werden auch außerhalb dieser „billigen" (??) Tage genügend Zeit und Gelegenheit finden, für zweifelhafte Waren Geld zu verschwenden. Leider gibt es kein Mittel, diese törichten Frauen zur Vernunft zu bringen, daß sie nicht nur den Mittelstand, d. h. die Erwerbsgemeinschaft, unter deren ungünstigen Existenzbedingungen sie selbst zu leiden haben und der sie selbst angehören, aufs Empfindlichste schädigen und sich somit ins eigene Fleisch schneiden, sondern, daß sie für ihr gutes Geld, das sie — was ganz selbstverständlich ist — beim Kauf sofort in bar erlegen müssen, vielfach Sachen erstehen, die hauptsächlich auf „Aufmachung", d. h. auf das Aeußerliche zugeschnitten sind, sich demnach auf ihren reellen Wert schlecht taxieren lassen und häufig kaum die Hälfte des gezahlten Preises wert sind, wie z. B. Kleidungsstücke, Hüte usw. usw.

Zur Erheiterung der Leser möchte ich nachstehenden Fall anführen. Ein Gewerbetreibender bestellte in einem Warenhause — die Warenhäuser haben seit mehreren Jahren auch den Druckereibetrieb aufgenommen — 1000 Rechnungen zu einem Preise, wie ihn kein Buchdrucker zu liefern vermag. Als er die Ware erhielt und benutzen wollte, fand er, daß das Papier aus gewöhnlichem satinierten Zeitungspapier bestand und die Tinte darauf „auseinanderlief." Auf seine energische Reklamation erhielt er den Bescheid, „dann möge er mit Bleistift schreiben, diese Schrift zerlaufe nicht. Für den gezahlten Preis könne er besseres Papier nicht erhalten usw."

Ich könnte eine ganze Reihe ähnlicher Beispiele anführen, wie Leute sich in Warenhäusern „bekauft" haben, doch mag es

an dem obigen sein Bewenden haben. Die Moral von der Geschichte ist die: man ärgert sich, daß man wieder einmal hineingefallen ist, gelobt hoch und heilig, nie mehr etwas im „Warenhause“ zu kaufen und hält dies Gelöbnis bis — zum nächsten Mal. Genau wie beim Lotteriespiel.

Trifft dies auf die Großstädte zu, so sind für die Kleinstädte die „Versandgeschäfte“ ein ähnlich schädigender Faktor, die dem Handwerker- und gewerblichen Mittelstand mehr oder weniger das Wasser abgraben.

In Stolp i. P. befinden sich eine Anzahl Möbeltischlereien, die auf ihrem Gebiete ganz Hervorragendes leisten. Eine dieser Firmen ist Lieferantin einer allerersten Firma der Möbelbranche in Berlin. War da in der Nähe ein Rittergutsbesitzer, der seine Tochter an einen höheren Offizier verheiratete und die aufs Vornehmste gehaltene Wohnungseinrichtung bei dieser Berliner Firma bestellte. Einige unwesentliche Stücke waren noch notwendig zur Ergänzung, und das wollte man dem heimischen Handwerker zukommen lassen. Nicht wenig erstaunt war der Herr Rittergutsbesitzer, bei dem Tischlermeister die gleiche Einrichtung zu finden, wie er sie aus Berlin bezogen hatte. Auf seine bezügliche Frage erhielt er die verblüffende Auskunft, daß der Meister seit Jahren an die betreffende Firma lieferte. So hatten die Möbel auf Umwegen wieder den Weg in die Heimat gefunden, unter Zuschlag der nicht unerheblichen Fracht- und Verpackungsspesen, des auf den Berliner Händler entfallenden, jedenfalls nicht unerheblichen Verdienstes usw. Sind reiche Leute so töricht, nur dem Wert beizumessen, was „von weit her“ oder von „großen“ Firmen kommt, so können sie sich dies für ihr gutes Geld leisten, im Mittelstande sollte man doch wohl vernünftigeren Anschauungen Raum geben.

So lange demnach unsere Frauen (und vielfach auch die Männer) in dieser Beziehung nicht zur Einsicht zu bringen sind, wird sich hierin wohl kaum je Wandel schaffen lassen. Die Regierung kann da selbstverständlich nichts tun, denn wir genießen ja die Segnungen der — Gewerbefreiheit .....

Nun noch ein par Worte zu den Abzahlungsgeschäften. Die Ausdehnung dieser „Institute", die an dem Niedergang des deutschen Handwerks, besonders der Möbelindustrie, zum nicht geringen Teil schuld sind, wuchs in den letzten zehn Jahren ins Riesenhafte. Millionen über Millionen wurden für schwülstigste Reklamen der verschiedensten Art ausgegeben, um das unerfahrene und wirtschaftlich schwache Publikum anzulocken und systematisch auszubeuten. Arbeiten doch diese Geschäfte durchschnittlich mit 150—200% Verdienst und darüber. Wieviel Unheil durch diese Art Geschäfte angerichtet worden, das mag hier unerörtert bleiben. Die Gerichtsverhandlungen gegen „Abzahler", die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, wurden geradezu eine Kalamität für die Gerichte. Leute, die ihre Waren nahezu beglichen hatten, und mit einigen Raten im Rückstande blieben, wurden diese, nachdem sie deren reellen Wert häufig bereits mehr als doppelt und dreifach bezahlt hatten, unter Umständen vollständig los und hatten obendrein noch eine Menge Gerichtskosten zu bezahlen. Ließ sich ein armer Teufel durch Notumstände womöglich dazu verleiten, einen Gegenstand zu veräußern, so wurde er obendrein noch wegen strafbaren Eigennutzes zur Verantwortung gezogen und in den meisten Fällen zu Gefängnis verurteilt.

Zwar wurden durch Gesetz die krassesten Auswüchse dieses Unwesens einigermaßen zurückgedrängt, aber das Grundübel blieb bestehen und das deutsche Handwerk sah dem Treiben untätig zu. Hin und wieder wurden Versammlungen abgehalten, „Resolutionen" gefaßt, und im übrigen — blieb alles beim alten.

Hoffentlich besinnt sich der Handwerkerstand auch in dieser Beziehung auf sich selbst und sucht Mittel und Wege, sich nach dem Kriege diese unwürdige Konkurrenz vom Leibe zu halten. Solche zu finden dürfte bei einigem guten Willen — Einigkeit der entsprechenden Kreise bleibt natürlich erste Voraussetzung — schließlich nicht schwer halten.

* * *

Wirkten somit die verschiedensten Umstände zusammen, den gewerblichen Mittelstand in seiner Existenzfähigkeit zu beeinträchtigen, so kommen noch weitere Momente hinzu, die eine gedeihliche Entfaltung hemmen. Hierzu ist nicht ohne große Bedeutung zu rechnen das „Pumpsystem", wie es bis zum Ausbruch des Krieges sich so unangenehm fühlbar machte. Ganz besonders hatten unter diesen unwürdigen Verhältnissen die Bauhandwerker zu leiden, die mehr oder weniger — besonders in den Großstädten — auch dem Bauschwindel ausgesetzt waren. Unzählige zumeist gut situierte Leute sind durch den Bauschwindel ruiniert und vielfach an den Bettelstab gebracht worden.

Ein mir bekannter Malermeister aus der Provinz zog vor Jahren, nachdem er durch Erbschaft und Heirat ein Kapital von ca. 80 000 M. beisammen hatte, nach Berlin, weil hier angeblich der Verdienst „größer" sei und es sich in Berlin „angenehmer leben" läßt. Mit den großstädtischen Verhältnissen nicht vertraut, beteiligte er sich an einer Anzahl sogenannter „Spekulationsbauten", d. h. solchen, die lediglich dazu errichtet werden, um dem „Bauherrn", der häufig über keinen Pfennig eigenen Vermögens verfügt, vielfach aber beträchtliche Kapitalien besitzt, die der Frau, dem Großvater, der Muhme oder dem Säugling in der Wiege gehören, die Möglichkeit zu geben, sich entweder von vornherein an den Bauraten, die ihm von Bankinstituten oder sonstigen Geldgebern zur Durchführung des Baues zur Verfügung gestellt werden und von denen er einen erheblichen Teil in die eigene Tasche fließen läßt, „gesund zu machen," oder zweitens solchen Bauten, die dazu dienen, nach Fertigstellung unerfahrene Käufer hineinzulegen.

In knapp drei Jahren war der Mann, obgleich er tagaus tagein von früh bis spät gearbeitet und sich keine Stunde Erholung gegönnt hatte, nicht nur sein gesamtes Vermögen los, sondern hatte noch eine Menge Schulden am Halse, die er naturgemäß nicht bezahlen konnte. Von seinen Lieferanten, die bei ihm noch große „Reserven" vermuteten, zum Offenbarungseid gedrängt, verfiel er immer mehr dem wirt-

schaftlichen Ruin, ergab sich infolge dessen dem Trunke und ging in der Blüte des Lebens in Armut und Elend an der Schwindsucht zugrunde.

Es ließen sich unzählige solcher Fälle nachweisen. Doch soll der Zweck dieser Zeilen nicht sein, die Schäden, die am Mark des deutschen Handwerks zehren, aufzudecken, denn dies ist übergenug bekannt, sondern die Mittel und Wege zu zeigen, wie dem Uebel abzuhelfen sei und dies wird weiterhin dargelegt werden.

Die zur Sicherung von Bauforderungen der Bauhandwerker erlassenen Gesetze, wie Nachweis genügenden Betriebskapitals, Hinterlegung von Kautionen usw., haben sich in vielen Fällen als unzulänglich erwiesen. Die „Bauschieber" finden immer noch irgend ein Hintertürchen in dem sonst so soliden Bau deutscher Gesetze, durch das sie entschlüpfen können.

Ebenso wie im Bauleben ist das mitunter jahrelange Kreditgeben ein Schmerzenskind aller andern Handwerkszweige. Hier kann jedoch einzig und allein die Selbsthilfe erträgliche Zustände schaffen.

Ihr könnt es durchsetzen, ihr deutschen Handwerker und Gewerbetreibende, daß — von einzelnen Ausnahmen, wo es sich um kurzfristige Kreditgewährung handelt, abgesehen — eure Waren und eure Arbeit bar bezahlt werden, damit auch ihr euren Verpflichtungen nachzukommen in der Lage seid; ihr könnt es, wenn ihr nur wollt, ernstlich wollt. Unser Kaiser äußerte zu Beginn dieses uns leider aufgezwungenen fürchterlichen Krieges die unvergänglichen Worte: „Deutschland ward noch nie überwunden, wenn es einig war!" Wendet diese beherzigenswerte Mahnung auch auf euch an: schließet euch enger zusammen auch inbezug auf das Borgunwesen und setzet diesem einen unerschütterlichen Damm entgegen, und ihr werdet sehen, es muß gehen und es wird gehen. Das seid ihr eurem Stande und eurer eigenen Existenz schuldig und die Segnungen eures festen Willens werden bald herrliche Früchte tragen.

* * *

Lagen die Verhältnisse des deutschen Handwerks und Kleingewerbes vor Ausbruch des Krieges bereits sehr im Argen, so wurden sie von dem Zeitpunkt ab, wo die höchste Pflicht für das Vaterland die Bürger zu den Waffen rief, womöglich noch trostloser. Tausende und abertausende Betriebe wurden mit einemmale stillgelegt, oder konnten nur mit Hilfe teilwese unbrauchbaren, schwer zu habenden und zu teuer zu bezahlenden Personals aufrecht erhalten werden. Es ist erwiesen, daß von Hundert zum Heeresdienst eingezogenen Handwerkern fünfzig Betriebe derselben geschlossen werden mußten. So wurden beispielsweise im Bezirk der Handwerkskammer zu Hildesheim nicht weniger als 1654 selbständige Handwerker einberufen, von denen 893 ihren Betrieb vollständig einstellen mußten; im Handwerkskammerbezirk Kassel haben sogar von 2368 eingezogenen selbständigen Handwerksmeistern 1635 ihren Betrieb schließen müssen. Vielfach versuchten allerdings d i e F r a u e n einberufener Handwerker, um den in Friedenszeiten mühsam aufgebauten Betrieb aufrechtzuerhalten, ihn wenigstens notdürftig fortzusetzen, soweit sie sich einige technische und kaufmännische Fähigkeiten angeeignet hatten, und es muß zum Lobe dieser Handwerkerfrauen gesagt werden, daß sie sich, soweit hat festgestellt werden können, vorzüglich bewährt haben. Wurde es in früheren Zeiten als Kuriosum hingestellt, wenn irgendwo in irgend einem Handwerk, das seiner Art nach nur dem Manne zukommt (?), sich ein weibliches Wesen betätigte, so fand man das in der Kriegszeit, durch die Not der Stunde geboren, als ganz selbstverständlich. Vor etwa dreißig Jahren erregte es in einem Städtchen Ostpreußens ungeheures Aufsehen, daß sich daselbst e i n e u n v e r h e i r a t e t e U h r m a c h e r i n selbständig machte. Von den Frauen als „Emanzipierte" verschrien und gemieden, von den Männern mit lüsternen Seitenblicken verfolgt — denn sie hatte obendrein noch das Unglück, jung und hübsch zu sein, — fristete sie ein klägliches Dasein, bis ein Berufskollege sich ihrer annahm und sie — heiratete. Da hörte aller Klatsch und Tratsch mit einemmale auf. Als „richtiggehende Bürgerse h e f r a u" war sie „gesellschaftsfähig" geworden. Heutzutage würde sich kein

Teufel darum scheren, womit ein Mensch, gleichviel ob Mann oder Weib, sich ernährt, wenn dies in rechtschaffener Weise geschieht. Immerhin gibt auch dies Moment zu denken, und es ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß sich späterhin eine Anzahl Mädchen Handwerken zuwenden werden. Wir sehen es ja jetzt in der Kriegszeit am besten, daß diese Handwerkerfrauen die Feuerprobe im allgemeinen bestanden haben, nicht nur in „leichten" Berufen, sondern auch in solchen, deren Ausübung größere Körperkräfte voraussetzen lassen, wie z. B. das Maurer-, Steinsetzer-, Schmiedegewerbe usw., in denen sie sich, wenn auch nicht zahlreich, betätigen. Werden einzelne Handwerksberufe den Frauen zugängig gemacht, so bietet sich ihnen nicht nur die Aussicht, nach beendeter Lehrzeit guten Erwerb zu finden, sondern sie haben auch Gelegenheit, falls sie aus ihrem Berufskreise heiraten, ihrem Manne im wahren Sinne des biblischen Wortes eine „Gehilfin" werden zu können. Gewiß werden die arbeitnehmenden Handwerker die zur Zeit zwar notwendige, späterhin aber als lästig empfundene weibliche Konkurrenz nach Kräften zu bekämpfen suchen und zwar hauptsächlich deshalb, weil Frauen bei etwa gleichen Leistungen erheblich geringer entlohnt werden. Wir sehen dies beispielsweise bei der Postbehörde in Berlin, wo verheiratete Frauen, die mitunter noch Kinder zu ernähren haben, einen Tagelohn von M. 2,70 erhalten, junge Leute im Alter von 16 Jahren dagegen einen solchen von M. 3,75. Hier müßte ein Ausgleich geschaffen werden nach dem Grundsatz: „Jeder Arbeiter — gleichviel ob männlich oder weiblich — ist seines Lohnes wert."

Wie und in welcher Weise sich diese Fragen werden regeln lassen, das bleibt der weitern Zukunft vorbehalten. Unsere Aufgabe ist zunächst: „Wie ist dem Handwerker- und kleingewerblichen Mittelstande, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege aufzuhelfen, um sie wieder existenzfähig zu machen und vor wirtschaftlichem Ruin zu bewahren?"

Die Regelung der Arbeitsvermittelung.

Die Notwendigkeit, die heimkehrenden Kriegsteilnehmer und die durch sie freiwerdenden Aushilfskräfte tunlichst bald in geeigneten Arbeitsstellungen unterzubringen, wird die Arbeitsnachweise und namentlich die gemeindlichen Arbeitsämter vor eine schwere Aufgabe stellen.

Fast überall im Reiche wird dieser wichtigen Frage die weitgehendste Beachtung zuteil. So hat u. a. das bayerische Staatsministerium des Innern deshalb schon vor längerer Zeit Anlaß genommen, im Benehmen mit dem Verband bayerischer Arbeitsnachweise zu prüfen, ob die bayerischen Arbeitsämter so verteilt und eingerichtet sind, daß sie der kommenden Aufgabe gerecht zu werden vermögen. Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, daß zwar im Allgemeinen die Zahl und Verteilung der Arbeitsämter dem Bedürfnis entspricht, daß sie aber zum Teil des äußern Ausbaues und der innern Ausgestaltung bedürfen. Zu dem Behufe sind unter dem 24. Januar 1916 eingehende Weisungen an die Regierungen ergangen.

Dabei wird u. a. angeregt:

1. Die Aufstellung von hauptamtlichen Leitern für die größeren, von nebenamtlichen Arbeitsvermittlern aus den in Betracht kommenden Berufszweigen bei den kleinern Arbeitsämtern; für die weibliche Arbeitsvermittlung die Aufstellung von Frauen.
2. Die vermehrte Bildung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und jedenfalls die Bildung von besonderen Männer- und Frauenabteilungen bei den größern Arbeitsämtern.
3. Die grundsätzliche Bildung eines paritätischen Arbeitsausschusses bei allen Arbeitsämtern. Dem Ausschuß sollen unter dem Vorsitz des gemeindlichen Vertreters

Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl angehören, die auf Vorschlag der beteiligten Berufsorganisationen den beteiligten Berufszweigen (Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft) entnommen werden sollen. Dem Ausschuß ist nicht die eigentliche Arbeitsvermittlung, sondern die Aufgabe zugedacht, die Gemeindeverwaltung bei der Ausgestaltung des Arbeitsamtes und der Aufstellung der Leiter und Arbeitsvermittler zu beraten, die allgemeinen Grundsätze festzulegen, nach denen die Arbeitsvermittlung zu erfolgen hat, und gegebenenfalls Beschwerden gegen das Arbeitsamt und seine Leiter und Arbeitsvermittler anzubringen.

Auch die Erörterungen über die Kriegsinvalidenfürsorge nahmen im Ausschuß der bayerischen Reichsratskammer einen breiten Raum ein. Der Referent Reichsrat v. Buhl legte als Ziel dieser Fürsorge dar, die Beschädigten müßten vor allem den Mut und die durch entsprechende Heilbehandlung zu schaffende Möglichkeit erhalten, sich wieder einer Erwerbstätigkeit zuzuwenden, nicht aber sollten sie in sogenannten Invalidenheimen im steten Anblick des eigenen und fremden Elends verkümmern.

Der Regierungsvertreter erklärte hierzu u. a.: „Die Fürsorge ist in Bayern von Anfang an staatlich geregelt worden, allein nicht gesetzlich, sondern freiwillig. Was die Zuziehung von Vertretern der Berufsorganisationen anlangt, so sind die Kreisstellen angewiesen, zu ihren Ausschüssen solche Vertreter heranzuziehen und, soviel ich unterrichtet bin, wird auch allenthalben darnach verfahren. Im einzelnen begegnet die Durchführung der Berufsberatung, wie der Antrag sie im Auge zu haben scheint, gewissen naheliegenden Schwierigkeiten. Man kommt um diese Schwierigkeiten damit herum, daß Vertreter von Berufsverbänden bei Bildung der Ausschüsse, die an den Regierungen bestehen, angemessen berücksichtigt werden. . . . Bayern regte ursprünglich an, das Reich möchte die Invalidenfürsorge selbst in die Hand nehmen. Die Reichsleitung hat diesem Wunsche keine Folge gegeben. Daraufhin

ist der freiwillige Zusammenschluß der Haupteinrichtungen der Kriegsinvalidenfürsorge im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge erfolgt. Diese verfolgt den Zweck, auf dem Wege der Freiwilligkeit eine gewisse Gleichmäßigkeit der Grundsätze und Einrichtungen herbeizuführen."

Die Frage, ob die in Deutschland in der bisherigen Form bestehenden Arbeitsnachweise den an sie nach dem Kriege herantretenden großen Anforderungen werden genügen können, müsse entschieden verneint werden. Wenn sich augenblicklich auch noch nicht übersehen läßt, wie sich der Arbeitsmarkt nach Beendigung des Krieges gestalten wird, so steht heute schon fest, daß das Arbeitsvermittlungswesen einer gründlichen Reform werde unterzogen werden müssen. Es wird notwendig sein, daß jede Gemeinde ein behördliches Arbeitsamt errichte. Diese Arbeitsämter müßten sich alsdann zu Bezirks- und Landesarbeitsämtern zusammenschließen, die einer Reichsarbeitsvermittlungsstelle unterstehen und von dieser geleitet werden.

Arbeiter, die im eigenen Bezirk keine Beschäftigung finden können, erhalten solche von den jeweiligen Arbeitsämtern an andern Orten nachgewiesen. Um etwaige Streitigkeiten über Lohnzahlungen und Forderungen zu vermeiden, müßten — soweit dies seitens der Arbeitgeber mit den Arbeiterorganisationen noch nicht geschehen ist, — feststehende Lohntarife geschaffen werden.

Die Eisenbahnverwaltungen dürften jedenfalls insoweit zu einem Entgegenkommen geneigt sein, daß sie, falls der Arbeitnehmer die Reisekosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten hätte, oder hierzu nicht in der Lage wäre, die Fahrpreise entsprechend, etwa um die Hälfte, ermäßigten.

Eine sehr rege Tätigkeit entfaltete beispielsweise der Verband Märkischer Arbeitsnachweise, vornehmlich, als es galt, die Ernte hereinzubringen, der Kriegsindustrie die erforderlichen Arbeitskräfte zu verschaffen, den großen Bedarf der Heeresverwaltung an Schanzarbeitern schnell zu befriedigen, die Kontrolle der von den öffentlichen Körperschaften unterstützten Arbeitslosen durchzuführen und die Arbeitskräfte aus

den vielfach brachliegenden Export- und Luxusindustrien, dem Holz- und Baugewerbe, in die Industrien überzuleiten, die eine gesteigerte Nachfrage aufwiesen. Die vom Verband erzielten Erfolge gehen daraus hervor, daß im Jahre 1914/15 nicht weniger als 495,663 Arbeitsvermittlungen gegen 268,366 im Vorjahr stattfanden, bei 618,477 bezw. 343,002 offenen Stellen und 810,153 bezw. 405,129 Stellengesuchen.

Um besonders den in Berlin vorhandenen Mißständen der landwirtschaftlichen Stellenvermittlung abzuhelfen, hatte der Verband im Jahre 1913 mit Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg den „Märkischen Arbeitsnachweis für landwirtschaftliches Personal" gegründet, dem in der Folge eine Nebenstelle in der Gormannstraße und der „Verein Dienst an Arbeitslosen" und die „Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend" angegliedert wurden. Die Tätigkeit dieser Vermittlungsstellen, die nicht nur die Provinz Brandenburg, sondern auch die anderen Provinzen und Bundesstaaten mit landwirtschaftlichem Personal versahen war überaus erfolgreich. Ihr Ergebnis stellte sich auf 9419 vermittelte Stellen bei 14,505 Stellensuchenden und 12,749 offenen Stellen im Jahre 1914/15. Der schlechten Konjunktur im Jahre 1913/14 entsprechend, war auch die Arbeitsvermittlung für Industriearbeiter gegen 1912/13 zurückgegangen. Besonders stark trat dies bei der Metallindustrie, der Holzindustrie und dem Baugewerbe hervor, durch die die andern Industriezweige in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Ausbruch des Krieges verschlechterte zu Anfang den Arbeitsmarkt noch mehr, rief dann jedoch einen Umschwung hervor. Dieser war zurückzuführen auf den durch die Einberufung bedingten Arbeitermangel und die die Kriegsbedürfnisse befriedigenden Industrien. Die hierbei entwickelte Tätigkeit des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise, die vornehmlich in den hohen Gesamtzahlen der Arbeitsvermittlung des Jahres 1914/15 zum Ausdruck kommt, zeigt, daß seine Organisation auf der richtigen Grundlage aufgebaut und sein Be-

streben, die Provinz mit einem Netz gutgeleiteter Arbeitsnachweise zu überziehen, sehr zweckdienlich ist.

Das trat auch bei der Einrichtung von besonderen weiblichen Abteilungen in verschiedenen Orten zu Tage, wobei auch die nach Kriegsausbruch vom Zentralverein zur Entlastung des weiblichen Arbeitsmarktes in Berlin errichteten Kriegsbetriebswerkstätten große Bedeutung erlangten, da sie 3000 Frauen Arbeit und Lebensunterhalt verschafften bei einem Jahresumsatz von 4,000,000 Mark. Außerdem hielt der Verband auch auf die Arbeitsvermittlung erwerbsbeschränkter Personen, Lungenkranker, Taubstummer u. a. sein Augenmerk gerichtet. Trotz dieser schwierigen Aufgabe war hierbei in nur 152 von 448 Fällen die Vermittlung ergebnislos.

Die von dem Verband entfaltete Tätigkeit auf allen Gebieten der Arbeitsvermittelung, die auch dem Handwerk durch die 1912 ins Leben gerufene „Zentralstelle für Lehrstellenvermittelung" gerecht zu werden versuchte — nach dem Geschäftsbericht wurden 1913/14 auf 9914 Lehrstellen 4209, 1914/15 auf 8221 offene Stellen 3020 Lehrlinge vermittelt —, war somit von bestem Erfolg gekrönt. Die bisherigen Erfolge bieten auch bei der dem Verband jetzt übertragenen Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten der Provinz Brandenburg, und nach Friedensschluß die Gewähr für ein allen Teilen unseres wirtschaftlichen Lebens ersprießliches Wirken.

* * *

Jedenfalls müßte mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß die Arbeitsnachweise nicht wieder Gegenstand von Kämpfen und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden.

Das Lehrlings-, Gesellen- und Gehilfenwesen.

Eines der unerfreulichsten Kapitel im Handwerkerstand ist das Lehrlingswesen.

Alljährlich vor Ostern tritt immer wieder an viele Eltern die schwere Frage heran: Was soll unser Junge werden? Es ist dies eine der wichtigsten Fragen, von deren Lösung die Zukunft vieler Tausender abhängt. Wohlstand, Ehre und Lebensglück zeichnet sie auf die Stirn der einen — Armut, Elend und Schande auf die der andern.

In „früheren Zeiten" war es ganz selbstverständlich, daß Söhne von Handwerkern das Gewerbe der Väter oder ein ähnliches erlernten. Heutzutage gilt es als ebenso selbstverständlich, daß die Söhne aus wohlhabenden Handwerkerfamilien „etwas besseres" werden müssen. Wie sollte es auch angehen, daß den jungen Leuten ein ähnliches Schicksal beschieden sei, wie den Vätern? Hat man sich dafür sein lebenlang gequält und gedarbt um seinen Kindern womöglich ein gleiches Los zu bereiten? Nein — man will auch das letzte opfern, aber der Junge muß mindestens studieren. Wenn viele Eltern dieses Standes wüßten, mit welchen Sorgen und Entbehrungen ein großer Teil der „gelehrten" Berufe zu kämpfen hat, sie würden sich tausendmal dafür bedanken, späterhin einmal die Verantwortung auf sich geladen zu haben, das geistige Proletariat vermehrt und die Zukunft ihres Kindes verpfuscht zu haben.

Auch jetzt noch und gerade nach dem Kriege weit mehr als früher, bietet das Handwerk jedem der dazu Neigung, Veranlagung und ernstes Streben mitbringt, mindestens ebensoviel Aussichten auf einen auskömmlicheren Verdienst, als jeder andere Beruf. Dazu kommt, daß die Lehrzeit verhältnismäßig geringe Kosten verursacht, daß auch in einzelnen Handwerken schon während der Lehrzeit Lohn gezahlt wird. Es ist ferner ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Handwerks, daß

es auch kapitalarmen Personen die Selbständigmachung eher ermöglicht, als mancher andere Beruf. Darum sollten befähigte Kinder nach ihrer Schulentlassung einem ihnen zusagenden Handwerke zugeführt werden.

Und doch lassen sich viele namentlich minderbemittelte Eltern mit größerer Familie durch „scheinbare" Vorteile verleiten, ihren Jungen einem sogenannten „ungelernten" Beruf zuzuführen.

Hierfür ist in erster Linie ausschlaggebend die Absicht dieser Eltern ihre Kinder, mit denen man bis dahin nur Sorge gehabt, ans „Verdienen" zu bekommen.

War schon vor dem Kriege vielfach die Ansicht vertreten, daß das Handwerk keine guten Aussichten für das spätere Fortkommen biete, so ist diese törichte Anschauung während des Krieges, wo jede, auch die unbedeutendste Kraft sozusagen mit Gold aufgewogen wird, noch weit mehr zum Durchbruch gekommen. Als Beispiel mag angeführt werden, daß sechzehnjährige Jungen bei den Berliner Postanstalten mit einem Tagelohn von drei Mark fünfundsiebzig Pfennig angestellt werden, also pro Monat über hundert Mark verdienen. Demgegenüber erhalten Frauen, die selbst wenn sie verheiratet sind und womöglich mehrere Kinder zu ernähren haben, nur einen Tagelohn von zwei Mark siebenzig Pfennig. Die Folgen bleiben natürlich nicht aus und finden vielfach ihren Ausklang in der in erschreckender Weise überhandnehmenden Kriminalität der Jugendlichen, einer geradezu skandalösen Verschwendungssucht der unreifen jungen Leute und der Uebervölkerung der „Fürsorgeanstalten". So hat der kommandierende General des 11. Armeekorps (Kassel) eine Verfügung erlassen, die sich gegen die besonders in letzter Zeit beobachtete Verschwendungssucht der Jugendlichen wendet und ihr zu steuern beabsichtigt. Die Verfügung geht in erster Linie alle Personen beiderlei Geschlechts unter 21 Jahren, dann aber auch die Kreise der Arbeitgeber und weiter die gesamte Bevölkerung an, die aufgefordert wird, den Sparsinn der Jugendlichen zu fördern. Diese werden verpflichtet, von ihrem Einkommen einen dem Ernst der Zeit angemessenen Gebrauch zu machen,

besonders ihre Angehörigen zu unterstützen und erübrigtes Geld auf die Sparkasse zu bringen. Den Verschwendern werden folgende Beschränkungen ganz oder teilweise auferlegt: a) Ihr Lohn wird nicht ihnen, sondern ihren gesetzlichen Vertretern ausgezahlt; b) ein angemessener Teil ihres Lohnes wird einbehalten, an eine mündelsichere Sparkasse abgeführt und bleibt für sie bis zur Beendigung des Kriegszustandes, jedoch nicht über das vollendete 21. Lebensjahr hinaus, gesperrt; c) es wird ihnen verboten, den bisherigen Aufenthaltsort ohne ausdrückliche Genehmigung zu verlassen. Die Arbeitgeber haben die Anordnungen der Behörden — die entsprechenden Entscheidungen fällen Landräte, Bezirksdirektoren, Kreisämter oder die Vorstände der Polizeiverwaltungen — auszuführen. Den höheren bürgerlichen Verwaltungsbehörden steht das Recht zu, weitere Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Zuwiderhandelnde haben strenge Strafen zu gewärtigen. Wenn man diese Maßnahmen im Interesse der Erhaltung unserer Volkskraft auch mit Freuden begrüßen kann, so haben sie doch auch wieder ihre Schattenseiten. Viele Arbeitgeber werden ihre jugendlichen Arbeiter lieber entlassen, als daß sie so vielen Scherereien ausgesetzt sind. Die nächste Folge davon wird dann wiederum die sein, daß die jungen Leute, an eigenmächtiges Geldausgeben gewöhnt, sich die Mittel zur Bestreitung ihrer „Privatbedürfnisse" auf andre unlautere Weise werden zu verschaffen suchen, und so die Kriminalität der Jugendlichen vermehren.

So hat u. a., nachdem die Verfügungen der Schulbehörden in Kassel gegen das Rauchen der Schüler vergeblich gewesen sind, jetzt das stellvertretende Generalkommando in Münster das Rauchen jugendlicher Personen unter 16 Jahren in der Oeffentlichkeit sowie den Verkauf von Tabak jeder Art an Jugendliche und den Verkauf von Tabak durch Automaten überhaupt bei Strafe verboten. Ferner hat das Generalkommando den Verkauf oder die sonstige gewerbsmäßige Verabreichung von alkoholischen Getränken an Jugendliche in Kaffeehäusern, Konditoreien und dergl. ohne Eltern oder sonstige Aufsichtspersonen und gleichfalls den Besuch von Lichtspiel-

theatern, Varietes, Tingeltangels, Kabaretts und dergl. den Jugendlichen verboten. Auch das Herumtreiben Jugendlicher auf den von der Ortsbehörde zu bestimmenden Straßen und Plätzen überhaupt und zu bestimmten Zeiten ist unter Strafe gestellt worden.

Mußte es erst zu so einschneidenden Maßnahmen kommen? Wie soll in Zukunft unter solchen Verhältnissen die Entwicklung unserer Jugend beschaffen sein?

Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um dem Handwerk wieder den erforderlichen Nachwuchs zuzuführen?

1. Lehrer von Volks- und Fortbildungsschulen, Innungsmeister der verschiedenen Handwerkerberufsorganisationen und sonstige berufene Personen müssen etwa 4—6 Wochen vor Schulentlassung die Eltern und deren zur Entlassung kommende Kinder zu vertraulichen Besprechungen einladen und ihnen in entsprechenden Vorträgen Wesen, Bedeutung und Zukunftsmöglichkeiten der einzelnen Handwerkszweige vor Augen führen. Daraufhin hätten Beratungen zwischen diesen Teilen und späterhin mit den in Aussicht zu nehmenden Meistern stattzufinden. Dem Abschluß des Lehrvertrages hätte eine etwa vierwöchige Probezeit voranzugehen. Fühlt sich der junge Mensch in diesem Berufe oder bei diesem Meister nicht wohl, so dürften die Eltern jederzeit sich mit dem Innungsmeister oder einem etwa aus Vertretern der verschiedenen Handwerkszweige zu bildenden „Handwerkerausschuß für das Lehrlingswesen" in Verbindung setzen, um über weitere Maßnahmen zu beraten.

2. Die Lehrzeit sollte im allgemeinen auf 3½ Jahre, statt wie bisher üblich auf 4 Jahre festgesetzt und bei guter Führung des Lehrlings auf 3 Jahr verkürzt werden. So wird infolge der durch den Krieg eingetretenen besonderen Verhältnisse nach einem Erlaß des preußischen Eisenbahnministers die Lehrzeit in den Werkstätten der Staatseisenbahnen auf Grund geleisteter tüchtiger praktischer Arbeiten angemessen gekürzt und die betreffenden Lehrlinge können schon vor Ablauf der sonst vorgeschriebenen vierjährigen Lehrzeit zur Gesellenprüfung zugelassen werden. An einer mindestens drei-

jährigen Lehrzeit ist jedoch mit Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung festzuhalten.

Diese Maßnahme sollte im allgemeinen durchgeführt werden, ausgenommen vielleicht in solchen Fällen, wo der Lehrherr infolge Armut der Eltern für Kost, Kleidung usw. gegenüber dem Lehrling größere Opfer bringen muß.

3. Für die Lehrlinge sollte mit Beginn der Lehrzeit eine Art „Versicherung" eingeführt werden, die ihnen nach vollendetem 30. Lebensjahre die Möglichkeit bietet, sich selbständig machen zu können. Die Versicherungssumme dürfte etwa 500 Mark betragen, was für einzelne Berufszweige immerhin eine wesentliche Beihilfe zur Selbständigmachung darstellen würde. Die zu zahlenden Prämien müßten *während* der Lehrzeit von den betreffenden Fachverbänden mit Unterstützung des Staates und nach dieser *von den Gehilfen selbst* getragen werden. Stirbt der Lehrling während der Lehrzeit, so ist die Versicherungssumme ebenfalls ganz oder zumteil fällig und an die prämienzahlende Körperschaft zu entrichten, stirbt er *nach* der Lehrzeit, so würde sie an dessen gesetzliche Erben auszuzahlen sein. Verläßt der Lehrling die Lehre ohne gesetzlichen Grund vor Beendigung derselben, so gilt die Versicherung als erloschen und die Prämien verfallen zugunsten der Versicherer. Tritt er dagegen in ein anderes Lehrverhältnis seines Berufes oder eines andern Handwerks, so kann die Versicherung fortgesetzt werden. Hat er das 30. Lebensjahr erreicht und benötigt der Versicherungssumme *nicht*, so bleibt es ihm überlassen, diese nach Belieben zu erhöhen und in Form einer Todes- oder Erlebensfallversicherung fortzuführen.

Eine derartige „Versicherung", die gewissermaßen den Charakter einer Sparkasse in sich trägt, schließt mannigfache Vorteile in sich. Sie spornt den Lehrling an, in der Lehre „durchzuhalten", sie bietet ihm die Aussicht, sobald er zum Manne gereift ist und daran denken kann, sich selbständig zu machen, über ein wenn auch bescheidenes, so doch immerhin nicht zu unterschätzendes Kapital zu verfügen und schließlich veranlaßt sie ihn nach beendeter Lehrzeit zur Sparsamkeit, denn nachdem die Prämien bereits mehrere Jahre gezahlt

worden sind, ist — von Einzelfällen abgesehen — kaum anzunehmen, daß der Policeninhaber die Versicherung fallen läßt.

Jedenfalls sollten die Handwerksberufsorganisationen wie auch die Versicherungsgesellschaften diese Anregungen in Erwägung ziehen.

4. Um den Lehrlingen neben ihrer beruflichen Ausbildung und der in Fortbildungsschulen, auch geistige Anregung zu verschaffen, müßte das Wesen der Jugendorganisationen noch mehr ausgebildet werden. Vor allem ist es zweckmäßig, ja unbedingt erforderlich, sie auf die Gefahren der Schundliteratur, des Rauchens und Alkoholgenusses bei dem noch nicht widerstandsfähigen Organismus, der häufig widersinnigen und verderblichen Kinovorführungen usw. immer und immer wieder hinzuweisen. Mit gesetzlichen Maßnahmen ist hier wenig zu erreichen. Wir haben ohnehin schon viel zu viel Gesetze, die — umgangen werden. Viel wichtiger dürfte es sein, die ethische und ästhetische Seite in den jungen Leuten zu wecken, in ihnen im geselligen Beisammensein mit gereiften Personen den Sinn für anständige Unterhaltung und Belehrung, für alles Edle und Schöne, für Liebe zur Heimat und Natur zu wecken suchen. Auch die Erlernung fremder Sprachen ist eine der wichtigsten Bedingungen, den jungen Leuten eine sichere Zukunft ebnen zu helfen. Hat doch seit einiger Zeit der Berliner Handwerkerverein für seine Handwerkerfortbildungsschule neben dem seither gepflegten Unterricht in fremden Sprachen auch den des Türkischen eingeführt.

Etwaige Verfehlungen von Angehörigen dieser Jugendorganisationen bringe man beileibe nicht gleich vor den Kadi, sondern an die Leiter dieser Vereine, die mit besonders würdigen Altersgenossen des Sünders ein „Ehrengericht" bilden und über dessen Missetaten zu urteilen haben. Der Appell an das Ehrgefühl trägt in solchen Fällen bessere Früchte, als es die mehr oder weniger harte Bestrafung der ordentlichen Gerichte, auch der Jugendgerichtshöfe, vermögen, die häufig das Gegenteil bewirken, wie die große Anzahl der Rückfälligen zur Genüge beweist.

5. Um die Ausgelernten vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Notlage zu bewahren, ist die Einführung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge eine der dringendsten Aufgaben des Staates für das Handwerk nach dem Kriege. Die Zeiten sind vorüber, wo ein Handwerksgeselle, der bei einem Meister „Feierabend" machte, den Ranzen auf den Buckel nahm und, einem ungewissen Schicksal entgegen „in die Fremde" ging. Ein Handwerker, der um Arbeit zu suchen oder sich die Welt zu besehen, heutzutage „auf die Walze" geht, muß von vornherein damit rechnen, als Landstreicher angesprochen zu werden. Besitzt er nicht genügend Subsistenzmittel, um seinen Lebensunterhalt aus eigenen zu bestreiten und ist gezwungen, die Mildtätigkeit seiner Mitmenschen in Anspruch zu nehmen, so droht ihm auch sogleich das Gespenst des Gefängnisses, denn „Bettelei" wird mit Haft bestraft, und wiederholt sie sich, so verfällt der „Arbeitsscheue" oder „Landstreicher" dem Arbeitshause. Die Scheu vor diesem ist jedoch so groß, daß ein Handwerksbursche, der gebettelt hat und dafür zwei oder mehr mal mit Haft „vorbestraft" ist, und dem nun das „Arbeitshaus" winkt, in seiner Not es vorzieht, einen Einbruch oder Diebstahl oder sonst ein Verbrechen zu verüben, um mit einer geringeren Gefängnisstrafe davonzukommen und so dem als „noch entehrender" empfundenen „Arbeitshause" zu entgehen.

Mit diesem des deutschen Volkes unwürdigen Zustand muß nach dem Kriege unbedingt aufgeräumt werden. Was beispielsweise die kleinen skandinavischen Länder vermögen, die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, das sollte bei unserem so außerordentlich hoch entwickelten Organisationswesen doch erst recht möglich sein. Sehen wir uns einmal die geradezu erstaunlichen Leistungen unserer freien Gewerkschaften an, beispielsweise des deutschen Buchdruckerverbandes. Ist die Hilfstätigkeit dieser Gewerkschaft, die auch während der Kriegszeit ganz hervorragendes geleistet hat, nicht geradezu mustergiltig?

Hier ist der Schlüssel zur Lösung eines Teiles der sozialen Frage. Staat und Gesellschaft haben die heilige Pflicht,

Verhältnisse zu schaffen, die das deutsche Handwerk nach dem Kriege auch hinsichtlich der Versorgung der kommenden Handwerkergeneration sicherstellt, dann wird auch die Abneigung vieler Kreise, ihre Kinder dem Handwerk zuzuführen, von selbst verschwinden.

Die Verbesserung der Rechtspflege nach dem Kriege.

Zu den mancherlei unerfreulichen Dingen im gewerblichen Leben gehört u. a. auch das Prozessieren. Es soll hier nicht die Rede sein von den „berufsmäßigen Prozeßhanseln", denen das Inbewegungsetzen der Gerichte Lebensbedürfnis geworden, in deren Gehirn Legionen von Paragraphen herumspuken und dort eine heillose Verwirrung anrichten; auch nicht von denjenigen im allgemeinen recht braven Staatsbürgern, die, um eines vermeintlichen oder tatsächlichen Unrechts wegen zum Kadi laufen und Kopf und Kragen riskieren, um zu ihrem „Recht" zu kommen und gewöhnlich erst dann „gescheit" werden, wenn es zu spät ist.

Hier ein Beispiel aus der Praxis: Ein Schneidermeister bezog seit Jahren von einem Tuchgroßhändler Stoffe für sein Geschäft. Durch irgendwelche Veranlassung kam es zwischen beiden zu Differenzen, die den Meister veranlaßten, die geschäftlichen Beziehungen aufzuheben. Als rechtlich denkender Mensch wollte er mit der Firma „reinen Tisch" haben und sandte dieser das noch zu begleichende Guthaben im Betrage von 470 Mark mit Postanweisung franko zu. Die betreffende Firma erhielt aber nur 469 Mark und 95 Pfennig ausbezahlt, denn — der Geldbriefträger zog fünf Pfennig für Bestellgeld ab. Dazu war er verpflichtet. Die Tuchhandlung war aber mit der empfangenen Summe nicht einverstanden und ersuchte den Absender mittels eingeschriebenen Briefes um Einsendung des „Saldos" von 5 Pf. und 30 Pf. für den eingeschriebenen Brief. Der Meister entgegnete darauf, er habe die volle Summe abgesandt und verbäte sich jede weitere Belästigung. Darauf kam es zum Prozeß. Die klagende Firma nahm sich einen Anwalt zur Vertretung, der Beklagte ebenfalls einen solchen. In der ersten Instanz wurde die Firma kostenpflichtig abgewiesen denn,

so führte der Anwalt des Beklagten aus, der Meister habe den vollen Betrag abgesandt und die Empfängerin hätte sich das Geld ja von der Post abholen lassen können, wie dies bei den meisten größeren Firmen üblich ist. Demzufolge erhob die letztere Widerspruch. In der zweiten Instanz wurde der Meister durch eine entgegengesetzte Begründung verurteilt. Da sich dieser mit dem Urteil auch nicht zufrieden geben wollte, so kam die Sache schließlich vor das Reichsgericht. (Der Ausgang der Angelegenheit ist mir nicht bekannt geworden.) Und das alles um fünf Pfennige. Vernünftige Menschen würden sich folgendes gesagt haben: 1. Der Fabrikant: „Du hast jahrelang mit dem Handwerker Geschäfte gemacht und an ihm verdient, er war zudem seinen Verpflichtungen reell nachgekommen — so mag auf fünf Pfennig es auch nicht ankommen. Zudem kann man nicht wissen, ob sich späterhin — nachdem vielleicht ein augenblicklicher Groll vorübergegangen, nicht wieder geschäftliche Beziehungen anbahnen lassen. — 2. Der Meister: „Die Firma mag vielleicht im Recht sein, und da sie sich dir gegenüber so wenig vornehm benommen hat, so sei du der Anständigere, gehe allen Scherereien aus dem Wege und bezahle die verlangten fünf Pfennig, die dich auch nicht ärmer machen werden." — Statt dessen werden so und so viele Gerichtsbeamte, zwei Rechtsanwälte, Postboten usw. in Bewegung gesetzt, es wird eine Unmenge Papier verschrieben und alles zusammengenommen, ergibt sich an Gerichts- und Anwaltskosten eine Summe, von der eine Familie bei bescheidenen Ansprüchen vielleicht einige Monate hätte leben können; ganz abgesehen von der Unmenge unnötig vertrödelter Zeit, die sicherlich nutzbringender hätte verwendet werden können, und schließlich den vielen seelischen Aufregungen, die so eine Sache unvermeidlich mit sich bringt. — Und alles das um fünf Pfennig. —

Wer die Schwächen der lieben Mitmenschen und die Unzulänglichkeit unserer Rechtspflege, besonders bei Zivilprozessen unbefangen zu beurteilen vermag, wird die Ueberzeugung gewinnen, daß diese Rechtspflege im Interesse von Handwerk und Gewerbe dringend verbesserungsbedürftig ist.

Zu einem interessanten Artikel von Gerichtsassessor Dr. Karl Ludwig Schimmelbusch, in dem dieser über einen „Achtzigpfennig-Prozeß", der ebenfalls mit größter Hartnäckigkeit geführt wurde und die Gerichte unnötig belastete, schreibt die „Kölnische Zeitung" sehr zutreffend:

„Es ist nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch eine vaterländische Pflicht für jeden, von diesen schon in Friedenszeiten mit Recht unbeliebten Pfennigprozessen und Kopfsachen wenigstens jetzt während des Krieges abzusehen, im Interesse der ungestörten Weiterarbeit der Gerichte, die mit eine Voraussetzung für den Erfolg dieses unseres Daseinskampfes ist. Aber wichtig ist es auch aus einem Gedanken heraus, der über diese Kriegszeit hinaus in die Zukunft unseres Volkes reicht. Es ist teure Zeit. Nicht allein um des Sieges willen. Es ist eine Zeit, die Riesenkräfte in unserem Volke wachgerufen hat, Kräfte, die so groß sind, daß wir sogar Zeit finden, in einem Achtzigpfennigprozeß noch nach dem Rechten zu sehen. Zu diesen Kräften, die der Krieg entbunden, gehört auch die Kraft, umzulernen überall, wo es not tut. Und umzulernen gilt es auch für den Kampf ums Recht. Wie groß ist doch allenthalben der Wunsch nach einer raschern, billigern, vor allem auch wahrhaftigen, d. h. die Parteien zur Wahrheit verpflichtenden Rechtspflege. Nur eine solche kann volkstümlich sein, und das soll, das muß doch die Rechtspflege der Zukunft werden.

Aber die Wirklichkeit kommt zu Hilfe, und der Weltbrand hat auch hier schon Früchte getragen: über Nacht hat die in der Fach- und der Tagespresse viel besprochene Bundesratsverordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 durch Beschränkung der Beschwerden und Berufungen einen Anfang in der Entlastung der Gerichte von unrichtigen Dingen gebracht, hat Bestimmungen zur Vereinfachung und gütlichen Beilegung der Streitigkeiten geschaffen. Und wenn das auch zunächst nur für die Kriegszeit und mit dem ausgesprochenen Zweck geschehen ist, in eine Neuordnung der Rechtspflege noch nicht einzugreifen — es ist doch ein rechter Lichtblick, ein Ausblick auf eine Zeit, die den Beruf zur Gesetzgebung in sich hat. Nun soll „eine vernünftige

Gesetzgebung" dafür sorgen, daß vor den Richter nichts Kleines gebracht werde. Die Frage aber, was groß, was klein sei, soll und muß daher durch die Gesetzgebung entschieden sein, denn alles, was vor den Richter gebracht wird, ist eben deshalb, weil es vor ihn gebracht wird, groß. (Landgerichtspräsident de Niem in der deutschen Richterzeitung Nr. 1/2 vom 1. Januar 1916). Damit wir aber die Bahn freibekommen für eine Neuordnung unserer Rechtspflege in der Richtung der Volkstümlichkeit und Großzügigkeit, muß jetzt schon gegenseitige Nachgiebigkeit hier im Lande den Boden vorbereiten. So wird der große Krieg den Wagemut zu einer Auffrischung unseres Rechtslebens uns leichter finden lassen, nachdem das Gefühl der starken Einheit, das er geboren hat, zum dauernden Gewinn des gegenseitigen Vertrauens geführt hat, auf dem allein eine volkstümliche Rechtspflege ruhen kann."

Ein anderer Fall: Ein Kunsthandwerker, der jahrelang sein kleines Geschäftchen fleißig und erfolgreich betrieben, konnte den Ansprüchen des immer größer werdenden Kundenkreises infolge Kapitalmangels nicht mehr genügen, suchte sich einen „Teilhaber" und fand auch einen solchen, der Nichtfachmann war. Nach etwa einem Jahre der „Sozietät" mußte der Meister leider einsehen, daß sein Teilhaber, der den „kaufmännischen Teil" leiten sollte, das vordem gutgehende Unternehmen immer mehr auf den Hund brachte. Es kam zu unliebsamen Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß die „Kompagnons" das Geschäftsverhältnis löſten. Der Fachmann trat aus dem Geschäft aus und sollte sein Geschäftsguthaben, das mit 4000 Mark bewertet war, an einem späteren Termin ausbezahlt erhalten. Dieser vereinbarte Termin traf pünktlich ein — nicht aber das Geld. Mahnungen blieben unbeantwortet. So mußte er klagen. Bei der Höhe des Objekts war die Vertretung seitens eines Rechtsanwalts erforderlich. In dem Termin brachte der gegnerische Anwalt einen „Schriftsatz" ein, der Vertagung und die Anberaumung eines neuen Termines erforderlich machte. In diesem Termin brachte der klägerische Anwalt seinerseits einen „Gegenschriftsatz" ein, worauf ein wei-

terer Termin festgesetzt werden mußte. Für diesen Termin hatte der andere Anwalt wiederum einen „Schriftsatz" vorbereitet — — — so wurde die Angelegenheit ein und ein halbes Jahr hingeschleppt. Inzwischen war das Geschäft bereits in die dritte Hand übergegangen. Das Ende vom Liede war, daß der Kläger — der ewigen Plackereien müde — froh war, eine „Abfindung" von etwa 600 Mark zu bekommen. In dieser wie in vieler andern Hinsicht sind in der Zivilprozeßordnung Lücken vorhanden, die namentlich zum Schutze unseres gewerblichen Mittelstandes unbedingt ausgefüllt werden müssen, wenn das Vertrauen zu unserer Rechtspflege nicht erschüttert werden soll.

So haben die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin der Förderung des gerichtlichen Mahnverfahrens ihr besonderes Interesse zugewandt und an ihrem Teile dazu mitgewirkt, die Kreise der Gewerbetreibenden auf die Vorteile dieser Prozeßart aufmerksam zu machen. Mit Befriedigung haben sie daher die neueste Entwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete verfolgt, welche in der Bundesratsverordnung vom 9. September 1915 zu einer bedeutsamen Erweiterung des Mahnverfahrens geführt hat. Die dort getroffene Regelung, daß wenigstens im Prinzip jeder auf Geld gerichtete Anspruch zunächst durch gerichtlichen Zahlungsbefehl geltend gemacht wird, muß als wirksames Mittel angesehen werden, alle unstreitigen Forderungen auf billigstem und schnellstem Wege vollstreckbar zu machen und so die Gerichte zu entlasten.

Nunmehr hat der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer in der deutschen Juristenzeitung vom 1. Februar 1916 in einem Aufsatz „Rechtsanwaltschaft und Mahnverfahren" angeregt, die Rechtsanwälte zum Erlaß des Zahlungsbefehls für zuständig zu erklären, und zwar neben den Gerichten, denen im übrigen die weitere Behandlung der Sache vorbehalten bleiben soll. Diese Uebertragung einer gerichtlichen Funktion an Rechtsanwälte hat schon nach bisherigem Recht in der Verpfändung im Zivilprozeß, worauf der Verfasser hin-

weist, und in der sogenannten unmittelbaren Ladung von Zeugen und Sachverständigen im Strafprozeß eine Art Vorgang, wobei sogar jeder Privatperson eine prozessuale Anordnung zugestanden wird. Nach der Meinung Schiffers bürgt die Stellung der deutschen Anwaltschaft für die zuverlässige Erledigung dieser Aufgabe. Die Vorzüge dieser Regelung sind einleuchtend: Das Mahnverfahren wird an Umfang und Schnelligkeit gewinnen, die Gerichte werden weitgehend entlastet werden. Auch der vom Verfasser besonders betonte Zweck, das Ansehen des Anwaltstandes zu erhalten und zu fördern, erscheint im öffentlichen Interesse durchaus erstrebenswert. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben daher beschlossen, den dankenswerten Vorschlag Schiffers auch ihrerseits bei den maßgebenden Stellen zu unterstützen.

Es mag diese Art der Zahlungsbeitreibung manches für sich haben, weit zweckmäßiger erscheint mir der Versuch, der Regelung von Forderungen auf außergerichtlichem Wege durch bezügliche „Schiedsrichter". Ist eine Einigung der Parteien auf diesem Wege nicht zu erzielen, so können die ordentlichen Gerichte immer noch in Anspruch genommen werden.

Daß auch in Kreisen berufener Juristen der Wunsch rege ist, nicht nur vermeidliche Prozesse in Güte beizulegen, sondern das Verfahren möglichst zu vereinfachen, darüber äußert sich Oberlandesgerichtsrat Ermel in Königsberg in Pr. in folgender Weise:

„In langen Friedensjahren war der Ruf nach einer schnellen, formlosen, billigen Rechtspflege auf dem Gebiet des Zivilprozesses erklungen, aber nur zu der magern Abschlagzahlung mochte sich der Gesetzgeber verstehen, schrittweise den ordentlichen Prozeß dem bewährten Sonderverfahren vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht anzupassen. Jetzt ist über Erwarten schnell den berechtigten Klagen zum großen Teil abgeholfen und Bresche in das starre Grundsatzsystem der Zivilprozeßordnung aus Zweckmäßigkeitserwägungen gelegt worden. Die Verordnung des Bundesrats vom 9. September

1915 zur Entlastung der Gerichte will zwar „mittelbar" wirtschaftliche Schäden verhüten, die eine wachsende Einberufung von Gerichtsbeamten und Rechtsanwälten zum Heere einer schnellen und zuverlässigen Rechtspflege zufügen können, und entnimmt daraus das Recht zu ihrem Erlaß auf Grund jener Blankettbestimmung; sie erfüllt aber zugleich eine Reihe von Forderungen, die im Interesse einer bessern Rechtspflege schon längst, und erst kürzlich erneut von der Vereinigung von Freunden des Güteverfahrens an den Reichstag, enthoben worden sind.

Das neue Mahnverfahren vor dem Landgericht vereinfacht und erleichtert durch seine Schriftform den bisherigen Prozeßgang. Ansprüche auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder Leistung einer bestimmten Menge anderer verwertbarer Sachen bedürfen nicht mehr im Versäumnisfalle, wie bisher, der Verhandlung vor dem Gericht, vielmehr soll der Vorsitzende, soweit nicht schon Bedenken bestehen, versuchen, die Sache durch einen Zahlungsbefehl zu erledigen. Dieses Schriftverfahren hat vor dem „Vortermin" der österreichischen Prozeßordnung zur Erledigung unstreitiger Ansprüche den Vorzug größerer Einfachheit und geringerer Arbeitskraftverwendung. Klug hat der Gesetzgeber dabei noch an das wirtschaftliche Bestehen der Anwälte gedacht, die so schon durch die Sondergerichtsbarkeit in Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtssachen in ihrer Tätigkeit ausgeschaltet sind, und das Mahnverfahren bei Klagen über 600 Mark dem Landgericht und seinem Anwaltszwang belassen. Der Zahlungsbefehl in Wechsel- und Urkundensachen war bisher schon möglich, aber nicht üblich, weil die Einlassungsfrist auf die Klage häufig kürzer war, als die Widerspruchsfrist im Mahnverfahren. Dem ist jetzt durch Kürzung der Ladungsfrist nach Widerspruch auf den Zahlungsbefehl abgeholfen.

Der Beschleunigung des Amtsgerichtsprozesses dienen zwei Vorschriften: der obligatorische Zahlungsbefehl, wonach zunächst jeder zum Mahnverfahren geeignete Anspruch, auch wenn er im Wege der Klage geltend gemacht wird, vom Amtsrichter durch Zahlungsbefehl erledigt werden

muß, sofern nicht, wie im Landgerichtsmahnverfahren, vom Kläger glaubhaft gemacht wird, daß der Beklagte den Anspruch bestreiten und sich auf die Klage einlassen wird, und der obligatorische Sühneversuch, den der Amtsrichter stets beim Erscheinen beider Parteien und vor Eintritt in die Verhandlung vornehmen soll. Ein verständiger Prozeßrichter wird schon bisher in jedem geeigneten Falle einen solchen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen seiner Parteien versucht haben, aber erleichtert werden ihm seine Bemühungen während des Krieges durch die Bestimmung einer früheren Kriegsordnung, daß in Bagatellprozessen unter 100 Mark und bei Vergleichen überhaupt keine Gerichtskosten erhoben werden, und daß nach der neuen Verordnung in Bagatellprozessen unter 50 Mark Anwaltskosten des Gegners nur insoweit erstattungsfähig sein werden, als sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig waren. Wer aus der Praxis weiß, wie z. B. ein Prozeß um eine Hose, die Nachbars Hund zerrissen hat, das Drei- und Vierfache ihres Wertes an Gerichts- und Anwaltskosten verschlucken kann, wird diesen Schritt, die Rechtspflege zu verbilligen, freudig begrüßen.

Einem seit langem und viel geäußerten Wunsche, die Berufungsmöglichkeit im Bagatellprozeß nach dem Vorbild des Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsverfahrens einzuschränken, kommt die Verordnung dadurch entgegen, daß sie für Rechtsstreitigkeiten im Werte unter 50 Mark die Berufung ausschließt. Es ist nicht Aufgabe einer guten Rechtspflege, für jeden Quark die Möglichkeit der Entscheidung in zwei Rechtszügen zu eröffnen. Der mit der Berufung verbundene Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Geld steht in keinem Verhältnis zum Werte des Streitgegenstandes in solchen Fällen. Andere Staaten haben ohne Gefährdung ihrer Rechtssicherheit längst eine derartige Beschränkung der Berufung. Wir dürfen zu unsern Amtsrichtern als Persönlichkeiten mit abgeschlossener juristischer Bildung und gesundem Menschenverstand vollauf das Vertrauen haben, sie werden, auch ohne die Möglichkeit einer Nachprüfung durch eine obere Instanz, den Kleinkram des täglichen Prozeßlebens sorgfältig

und richtig entscheiden. Vertraut man doch in andern Staaten, in Italien, in der Schweiz, in Dänemark, die Bagatellgerichtsbarkeit, ohne Schaden für die Sache, erfahrenen Laienrichtern unter Ausschluß eines Rechtsmittels an. Wie sehr die Landgerichte durch diese Beschränkung der Berufung werden entlastet werden, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Prozesse unter 50 Mark ein gutes Drittel sämtlicher Amtsgerichtsprozesse überhaupt ausmachen.

Ein Krebsschaden unter der Herrschaft der bisher geltenden Prozeßvorschriften war das Vertagungsunwesen. Der starre Zwang auf der einen Seite, daß das Urteil nur auf Grund mündlicher Verhandlung der Parteien und im Anschluß an die Verhandlung ergehen konnte, die tatsächliche Unmöglichkeit für die Anwälte, die gleichzeitig Verhandlungen vor den verschiedenen Kammern zu führen hatten, auf der andern Seite, sich mit dem Gegenanwalt vor Gericht zu treffen, förderte eine Vertagung der Sache aus nicht sachlichen Gründen, verschleppte den Rechtsstreit und belasteten den Richter mit der Arbeit einer nutzlosen Vorbereitung. Diesem Mißstand wird die Bestimmung die Spitze abbrechen, daß im Anwaltsprozeß vor dem Amtsgericht und im Landgerichtsprozeß das Gericht im Einverständnis der Parteien ohne mündliche Verhandlung urteilen darf, wenn die Sache durch frühere Verhandlung hinreichend geklärt. Damit wird ein Verfahren für zulässig erklärt, das bei manchen Gerichten schon immer gehandhabt worden ist. Warum dies erleichterte Verfahren nicht auch den Oberlandsgerichten zugestanden wird, ist nicht recht einzusehen. Die Justizverwaltungen werden kaum darüber im unklaren sein, daß dieser Bruch mit dem starren Mündlichkeitsgrundsatz auch bei den Oberlandsgerichten vielfach in Uebung ist, ohne daß die Sachen irgendwie darunter leiden.

Als großer Uebelstand wurde bisher das Schreibwerk empfunden, das der Richter bisher leisten mußte, um aus den Schriftsätzen der Parteien den Tatbestand des Urteils herzustellen. Eine Bezugnahme auf den Inhalt der vorbereitenden Schriftsätze war zwar nach dem geltenden Recht — § 313, Abs. 2 usw. — nicht ausgeschlossen, das Reichsgericht

hielt aber streng darauf, daß diese Erleichterung nur als Ausnahme, nicht als Regel anzusehen war. Die Verordnung läßt jetzt die Ausnahme als Regel zu, vorausgesetzt, daß die Schriftsätze den Sach- und Streitstand richtig und vollständig enthalten, und erspart dadurch besonders dem Richter am Land- und Oberlandesgericht viele geiststötende Arbeit, die er bisher in der völligen oder auszugsweisen Wiedergabe von Schriftsätzen im Urteil leistete.

Mögen auch diese Reformen, denen auf dem Gebiet der Rechtspflege hoffentlich noch weitere folgen werden, dem deutschen Handwerk und Kleingewerbe zum Segen gereichen.

* * *

Neuerdings hat die „Vereinigung der Freunde des Güteverfahrens", der eine große Zahl angesehener Juristen angehören, folgende Leitsätze für die praktische Ausgestaltung des Güteverfahrens aufgestellt:

1. Das Güteverfahren soll möglichst einfach und frei von Formen sein. Es soll sich auf alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Antragsstrafsachen erstrecken.
2. Allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und allen Antragsstrafsachen muß ein Güteverfahren vorausgehen. Ausnahmen bestimmt das Gesetz.
3. Der Leiter der Güteverhandlung soll tunlichst ein in in der Praxis bewährter Volljurist sein. In geeigneten Fällen und stets auf Antrag beider Parteien sind fachkundige Laienbeisitzer zuzuziehen.
4. Zeugen und Sachverständige sollen uneidlich vernommen werden; eine Beeidigung kann vom Vorsitzenden angeordnet werden und ist anzuordnen, wenn beide Parteien das beantragen.
5. Die Anrufung des Friedensamts soll kostenlos sein. Nur bei Zustandekommen einer gütlichen Schlichtung oder Aufnahme einer vollstreckbaren Schuldurkunde sind geringe Gebühren zu bezahlen.

6. Soweit mit der Einführung des Güteverfahrens eine Schädigung der Rechtsanwälte verbunden ist, ist ein Ausgleich zu schaffen. Anwaltszwang soll für das Güteverfahren nicht eingeführt werden.
7. Mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ist dringend zu wünschen, daß zunächst durch Bundesratsverordnung ein Güteverfahren im Sinne dieser Vorschläge eingeführt wird, und zwar tunlichst im Anschlusse an bereits bestehende Einrichtungen.

Durchdrungen von dem gemeinnützigen Bestreben, durch die Einrichtung des Güteverfahrens langwierige, kostspielige, unnütze und schädliche Prozesse zu verhüten, hat die obige Vereinigung dem Generalfeldmarschall von Hindenburg hiervon Mitteilung gemacht. Der Vorsitzende der Vereinigung empfing darauf ein Handschreiben des Generalfeldmarschalls, worin es u. a. heißt:

> „Von Ihren Bestrebungen, durch Schaffung staatlicher Friedensämter im Wege gütlicher Schlichtung in Vereinfachung der Rechtspflege und Verminderung der Prozesse und damit die Förderung des Friedens und der Einigkeit in unserm Volke herbeizuführen, habe ich mit Interesse Kenntnis genommen und wünsche Ihrem Wirken und den Arbeiten der unter Ihrem Vorsitz die gleichen Ziele verfolgenden „Vereinigung der Freunde des Güteverfahrens den besten Erfolg. Die Erreichung Ihrer Ziele wird dazu beitragen, daß der Geist des einmütigen Zusammenschlusses, wie ihn die Augusttage des Jahres 1914 in herrlichster Weise offenbarten, unserem Volke dauernd erhalten bleiben und dem Vaterlande zum Segen gereichen wird."

Die „Vereinigung der Freunde des Güteverfahrens" lädt dringend ein, im Sinne Hindenburgs zu wirken. Schon sind der erst im November 1915 gegründeten Vereinigung zahlreiche Mitglieder aus allen Ständen beigetreten; vom aktiven Staatsminister und Oberpräsidenten, vom Oberlandesgerichtspräsidenten und Reichsgerichtsrat, vom Oberbürgermeister und Stadtdirektor abwärts bis zum kleinen Beamten und Gemeinde-

vorsteher, ebenso Lehrer und Geistliche, Professoren und Hochschuldozenten, Aerzte, Rechtsanwälte und Ingenieure; ferner neben Großgrundbesitzern, Großindustriellen und Großkaufleuten auch viele bäuerliche Besitzer, Handwerker und Kleinkaufleute, sehr erfreulicherweise auch Angehörige der Arbeiterschaft. Außerdem haben sich bereits Verbände von Berufsgenossen und Genossenschaften wie gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen der Vereinigung als Mitglieder angeschlossen.

Wie aus diesem schönen Erfolge hervorgeht, ist die Gründung der Vereinigung eine Forderung der Zeit gewesen. Zu erreichen wird aber das von ihr erstrebte Ziel, wie es vorstehend in den Hindenburgschen Worten umschrieben ist, nur dann sein, wenn wirklich das ganze Volk hinter ihr steht und seine berufenen Führer, große und kleine, sich der Vereinigung anschließen.

(Anmeldungen an den Schriftführer der Vereinigung Herrn Rechtsanwalt Dr. Bauer in Hannover, Prinzenstr. 2. — Jahresbeitrag 3 Mark.)

Das Ansiedlungswesen.

Wohl in keinem Volke der Erde wurzelt die Liebe zur Scholle so tief, so echt als im deutschen. Wir sehen es am deutlichsten bei den verschiedensten Berufsständen, die, soweit sie freie Wahl haben, das Stadtleben mit seinen vielerlei gesellschaftlichen und kulturellen Annehmlichkeiten gern mit dem beschaulicheren auf dem Lande vertauschen, wie beispielsweise bei den Lehrern, die vielfach neben ihrer Lehrtätigkeit zu recht tüchtigen Landwirten sich entwickeln und namentlich als Obst- und Bienenzüchter weit und breit geschätzt sind. Wir sehen es ferner an den in den letzten fünfzehn Jahren prächtig entwickelten sog. Laubenkolonien und Schrebergärten in unsern Großstädten. Der Industriearbeiter, der Handwerker, die sich tagsüber in den staubigen, ungesunden Fabrikräumen, in vielfach engen dumpfen Werkstätten um den Erwerb des Lebensunterhalts geplackt, sie sehen nach Feierabend den Aufenthalt in der freien Natur, die Arbeit in Feld und Garten als willkommene Erholung an. Auch der Handwerker in der Provinz, der nächst Ausübung seines Berufes sich mit Garten- und Ackerwirtschaft befaßt, steht sich weit besser, als der Großstädter, der bei noch so hohen Löhnen oder sonstigem Einkommen bei den aufs äußerste gesteigerten Preisen für alle Lebensbedürfnisse weit weniger in der Lage ist, auf einen grünen Zweig zu kommen.

Mögen die Laubenkolonien der Großstädte früher ohne wesentliche praktische Bedeutung gewesen sein, im Laufe der Zeit sind sie zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor bei den Ausgaben für die notwendigsten Lebensmittel geworden. Ihr Segen hat sich aber erst nach Ausbruch des Krieges so recht gezeigt, wo in den Großstädten die Preise für Gemüse usw. zeitweise eine märchenhafte Höhe erreichten.

Die vielfachen Anregungen, auch die Kleingartenbewegung in den Dienst der Fürsorge für die Volksernährung in der Kriegszeit zu stellen, haben glänzende Erfolge gehabt. Man darf annehmen, daß über hunderttausend neue Kleingärten infolgedessen in Deutschland im ersten Kriegsjahr geschaffen worden sind; ungefähr ebensoviel minderbemittelten Familien ist damit eine wesentliche Hilfe in dieser schweren Zeit verschafft und ein Mehr an Nahrungsmitteln im Betrage von einer ganzen Reihe von Millionen Mark ist erzielt worden. Jetzt wird es gelten, für die doch auch einmal eintretende Friedenszeit den so gewonnenen Fortschritt des Kleingartenwesens noch weiter auszudehnen und auszubauen, namentlich auch durch dauernde Aufrechterhaltung der einmal geschaffenen Kleingartenanlagen. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform in Frankfurt a. M. hat zur Unterstützung des weitern Ausbaues der Kleingartenbestrebungen eine kleine Drucksache herausgegeben, die die einschlägigen Gesichtspunkte übersichtlich zusammenstellt, und die auch über die bestehenden Auskunftsstellen, die Literatur u. dgl. Auskunft gibt. Es ist zu hoffen, daß bei solchen Bemühungen von allen Seiten sich das Kleingartenwesen immer mehr zu einer wesentlichen Hilfe in der Kriegszeit und späterhin zur segensreichen Ergänzung unseres Wohnungs- und Ansiedlungswesens in der Friedenszeit entwickelt.

Aus dem Laubenkolonien- oder Kleingärtenwesen haben sich dann als weiterer Fortschritt die Eigenheime oder Einfamilienhäuser entwickelt, wie beispielsweise die „Freie Scholle" bei Berlin-Tegel u. a. m.

Die Erfahrungen, die mit solchen an vielen Großstädten belegenen Eigenheimen gemacht worden sind, haben — von dem hier und da einsetzenden Bodenwucher abgesehen — durchaus befriedigt, und bildeten den Ausgangspunkt für die jetzt von Staat und Gesellschaft aufgenommene Siedelungspolitik.

Die tiefe und glühende Dankbarkeit, die wir unsern Helden da draußen schulden, die der Heimat gesegnete Fluren vor dem Feinde beschützen, sie muß uns Daheimgebliebenen

veranlassen, die Wege zu finden, ihnen bei der Heimkehr alle die Mittel an die Hand zu geben, die erforderlich sind, sie vor Not und Entbehrungen zu schützen, sie vergessen zu lassen, die Strapazen, die sie um unsertwillen ertragen, die Wunden, die ihnen dieser unheilvolle Krieg geschlagen, damit sie nicht mit Unmut in den Schoß ihrer Familie zurückkehren.

Die Wohnungsnot war vor dem Kriege — besonders in den Großstädten — schon eine große Gefahr für die mittleren und breiten Schichten. Handwerker der verschiedensten Art, Schuhmacher, Schneider, Schlosser, Tischler, Klempner u. v. a. hausten in Kellerlöchern, die vielfach jeder Beschreibung spotten; ohne Licht und Luft, zumeist feucht und kalt, bildeten und bilden sie noch heute eine Brutstätte für die verschiedenartigsten Krankheiten, führten sie vielfach Siechtum und frühzeitigen Tod der Kinder herbei, trugen sie zur Verringerung und der Wehrhaftigkeit, sowie zu zahlreichen geistigen, materiellen und sittlichen Schäden bei. Der Krieg wird diese Gefahren noch steigern. Der Kleinwohnungsbau liegt ganz darnieder und wird infolge der gewaltigen Kapitalverteuerung nur schwer sich beleben lassen. Die Ertragsfähigkeit und die Menschenmenge der Landwirtschaft wird nur schwer sich steigern wegen des Mangels an Kapitalien, der ungünstigen Bodenverteilung und der bald neu erwachenden Zugkraft von Industrie und Handel.

Ein Gesamtausschuß für Kriegerheimstätten in Deutschland hat unter Führung der Bodenreform sich gebildet, um die Idee zu lebensfrischem Dasein zu führen. Daß ihre Stoßkraft auf das Höchste gesteigert wird, dazu bedarf es der Zumischung passender öffentlicher Hilfe des Staates und der Gemeinden und besonders eines Reichsgesetzes für Kriegerheimstätten.

In dem Gesetzentwurf zur Förderung der Ansiedlung, wird die Regierung ermächtigt, der Seehandlung (Preußische Staatsbank) zum Zwecke der Gewährung von Zwischenkrediten bei der Errichtung von Rentengütern 100 Millionen M. zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Mittel im Anleihewege zu beschaffen. In der Begründung wird das Haupt-

gewicht darauf gelegt, daß vor allem die Ansiedlung von Kriegsinvaliden gefördert werden muß. Ebenso diene die Erleichterung der Ansiedlung am besten der Zurückführung und Vermehrung der ländlichen Bevölkerung in den vom Feinde verwüsteten Teilen Ostpreußens. Der Entwurf nimmt aus dem ehemaligen Entwurf zum Grundteilungsgesetz, der dem Abgeordnetenhause in der zweiten Session 1914 zugegangen war, einen Teil der Vorschläge wieder auf, die die *positive Förderung der inneren Kolonisation* bezweckten und bei früheren Beratungen in der Hauptsache von der Kommission des Abgeordnetenhauses gebilligt worden sind. Von Interesse ist noch, daß, falls Rentengüter von Kommunalverbänden oder von als gemeinnützig anerkannten Vereinigungen ohne Vermittlung der Generalkommission gebildet werden, der Entwurf die Befreiung von Gebühren und Stempeln allgemein vorsieht, während bisher in jedem einzelnen Falle erst die Gebühren und Stempel durch Bestimmung des Königs niedergeschlagen werden mußten. Soweit es sich um die Begründung von Rentengütern handelt, hat schon das Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 den Abverkauf dadurch erleichtert, daß das Unschädlichkeitszeugnis auch bei der Veräußerung größerer Trennstücke erteilt werden kann. Diese Erleichterung soll jetzt verallgemeinert werden.

Welch ein *erhebendes Gefühl* muß es für unsere Krieger sein, wenn sie sich sagen können: „Bei unserer Heimkehr ist für uns gesorgt, wir, unsere Frauen und Kinder sehen einer *besseren* Zukunft entgegen, wir werden dereinst unser eigenes gesundes Heim, unser Häuschen und Gärtchen haben und können alsdann sorgenloser, zufriedener und glücklicher leben als uns dies früher möglich gewesen wäre."

Sicherlich wird der großzügige Ausbau des Heimstättenwesens auch erheblich zur Hebung unserer Volkskraft beitragen.

Viel ist auf dem Gebiet des Siedlungswesens bereits geleistet worden und noch weit mehr *wird* geleistet werden. So hat der *Rheinische Provinziallandtag* mit einem Grundstock von 1 Million Mark eine *gemeinnützige Siedlungsgesellschaft* begründet, die durch einträchtiges Zu-

sammenwirken von Staat, Provinz, Landwirtschaft und Industrie, der Schaffung von ländlichen und halbländlichen Heimstätten, in erster Linie für Kriegsteilnehmer, dienen soll.

Die weitausschauenden Ziele des Siedlungswesens sind in der Provinz Hannover bereits praktisch in die Tat umgesetzt worden. So kaufte der Kreis Fallingbostel im Herbst 1914 auf Veranlassung des Landrats 325 Morgen Oedland, das mit Hilfe Kriegsgefangener in fruchtbares Ackerland umgewandelt wurde. Das Ergebnis war ein geradezu überraschend günstiges. Bereits im Frühjahr 1915 konnte der Acker mit Kartoffeln, Hafer und Sommerroggen bepflanzt werden und ergab eine vorzügliche Ernte. Die kleinen Stellen — besonders für Handwerker geeignet — umfassen einen Flächenraum von etwa 10 Morgen. Sie bestehen, nächst dem Ackerland aus einem schmucken Häuschen, einem Gärtchen für Obst und Gemüse usw. Der Gesamtpreis beträgt etwa 9500 Mark., die jährliche Tilgung an Zinsen und Anlagekapital M. 400.—. Eine weitere Förderung hat die Ansiedlung Kriegsverletzter in Schlesien jetzt dadurch erfahren, daß die Stadt Reichenbach in der Oberlausitz in unmittelbarem Zusammenhange mit der bebauten Ortslage Land bereitgestellt hat, auf dem zunächst 15 Kleinsiedlerstellen zu je einem Morgen, dann aber noch weitere 25 Stellen errichtet werden können. Zur günstigen Gestaltung der Beleihung stundet die Stadt den Kaufpreis für das ihr gehörige Land, indem sie ihn als $4^1/_2$prozentige Resthypothek auf die Ansiedlerstelle eintragen läßt, die jedoch unverzinslich ist, solange ein Kriegsverletzter oder Kriegsteilnehmer Stelleninhaber ist oder dessen Ehefrau die Stelle bewohnt und bewirtschaftet. Außerdem hat ein hochherziger Wohltäter aus Reichenbach für die Siedlungssache 20,000 Mark gespendet, aus deren Betrage weiter zinslose Hypothekendarlehen für die einzelnen von Kriegsverletzten oder Kriegs-

teilnehmern besetzten Stellen gewährt werden sollen. Auch industrielle Unternehmungen beteiligen sich an dem guten Werk, geeignete Kriegsverletzte ansässig zu machen. So hat im Gebiete der Webstoffindustrie die Firma Meyer Kaufmann in Wüstegiersdorf zum Zwecke der Ansiedlung von Kriegsverletzten geeignetes Land mit gutem, humusreichen Boden für etwa 20 bis 30 Stellen zu einem halben bis zwei Morgen mit Haus und Hof unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Ein Bravo diesen edlen Menschenfreunden!

Der Kriegerheimstättenbewegung hatten sich bis Anfang des Jahres 1916 über 2200 Organisationen mit mehreren Millionen Mitgliedern angeschlossen.

So sehr diese glänzende Idee vom volkswirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Standpunkt auch zu begrüßen ist, so müssen doch verschiedene Umstände in Erwägung gezogen werden, die geeignet sein dürften, den Erfolg einzuschränken, wenn nicht gar teilweise in das Gegenteil zu verkehren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die meisten unserer Krieger bei ihrer Heimkehr erschöpft und in der ersten Zeit zu regelmäßigem Schaffen wohl kaum fähig sein. Für diese müßten Erholungsstätten geschaffen werden, wo sie zunächst theoretischen Unterricht im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb erhalten und alsdann, nachdem der Körper sich einigermaßen wieder gekräftigt, in angegliederten Anlagen praktisch ausgebildet werden.

Während dieser Erholungs- und Ausbildungszeit müssen die Heimstätten derart ausgebaut und vorbereitet werden, daß der kommende Besitzer mit solchen etwaigen Fragen sich nicht mehr zu befassen braucht. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Siedlungen nicht zu weit von den Städten belegen sind, so daß Handwerker geschäftliche Verbindungen nach diesen anknüpfen und aufrecht erhalten können. Mancherlei Schwierigkeiten werden sich in der ersten Zeit noch ergeben; immerhin — auch diese „Kinderkrankheiten“ werden bei gutem Willen überwunden werden.

sammenwirken von Staat, Provinz, Landwirtschaft und Industrie, der Schaffung von ländlichen und halbländlichen Heimstätten, in erster Linie für Kriegsteilnehmer, dienen soll.

Die weitausschauenden Ziele des Siedlungswesens sind in der Provinz Hannover bereits praktisch in die Tat umgesetzt worden. So kaufte der Kreis Fallingbostel im Herbst 1914 auf Veranlassung des Landrats 325 Morgen Oedland, das mit Hilfe Kriegsgefangener in fruchtbares Ackerland umgewandelt wurde. Das Ergebnis war ein geradezu überraschend günstiges. Bereits im Frühjahr 1915 konnte der Acker mit Kartoffeln, Hafer und Sommerroggen bepflanzt werden und ergab eine vorzügliche Ernte. Die kleinen Stellen — besonders für Handwerker geeignet — umfassen einen Flächenraum von etwa 10 Morgen. Sie bestehen, nächst dem Ackerland aus einem schmucken Häuschen, einem Gärtchen für Obst und Gemüse usw. Der Gesamtpreis beträgt etwa 9500 Mark., die jährliche Tilgung an Zinsen und Anlagekapital M. 400.—. Eine weitere Förderung hat die Ansiedlung Kriegsverletzter in Schlesien jetzt dadurch erfahren, daß die Stadt Reichenbach in der Oberlausitz in unmittelbarem Zusammenhange mit der bebauten Ortslage Land bereitgestellt hat, auf dem zunächst 15 Kleinsiedlerstellen zu je einem Morgen, dann aber noch weitere 25 Stellen errichtet werden können. Zur günstigen Gestaltung der Beleihung stundet die Stadt den Kaufpreis für das ihr gehörige Land, indem sie ihn als 4½prozentige Resthypothek auf die Ansiedlerstelle eintragen läßt, die jedoch unverzinslich ist, solange ein Kriegsverletzter oder Kriegsteilnehmer Stelleninhaber ist oder dessen Ehefrau die Stelle bewohnt und bewirtschaftet. Außerdem hat ein hochherziger Wohltäter aus Reichenbach für die Siedlungssache 20,000 Mark gespendet, aus deren Betrage weiter zinslose Hypothekendarlehen für die einzelnen von Kriegsverletzten oder Kriegs-

teilnehmern besetzten Stellen gewährt werden sollen. Auch industrielle Unternehmungen beteiligen sich an dem guten Werk, geeignete Kriegsverletzte ansässig zu machen. So hat im Gebiete der Webstoffindustrie die Firma Meyer Kaufmann in Wüstegiersdorf zum Zwecke der Ansiedlung von Kriegsverletzten geeignetes Land mit gutem, humusreichen Boden für etwa 20 bis 30 Stellen zu einem halben bis zwei Morgen mit Haus und Hof unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Ein Bravo diesen edlen Menschenfreunden!

Der Kriegerheimstättenbewegung hatten sich bis Anfang des Jahres 1916 über 2200 Organisationen mit mehreren Millionen Mitgliedern angeschlossen.

So sehr diese glänzende Idee vom volkswirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Standpunkt auch zu begrüßen ist, so müssen doch verschiedene Umstände in Erwägung gezogen werden, die geeignet sein dürften, den Erfolg einzuschränken, wenn nicht gar teilweise in das Gegenteil zu verkehren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die meisten unserer Krieger bei ihrer Heimkehr erschöpft und in der ersten Zeit zu regelmäßigem Schaffen wohl kaum fähig sein. Für diese müßten Erholungsstätten geschaffen werden, wo sie zunächst theoretischen Unterricht im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb erhalten und alsdann, nachdem der Körper sich einigermaßen wieder gekräftigt, in angegliederten Anlagen praktisch ausgebildet werden.

Während dieser Erholungs- und Ausbildungszeit müssen die Heimstätten derart ausgebaut und vorbereitet werden, daß der kommende Besitzer mit solchen etwaigen Fragen sich nicht mehr zu befassen braucht. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Siedlungen nicht zu weit von den Städten belegen sind, so daß Handwerker geschäftliche Verbindungen nach diesen anknüpfen und aufrecht erhalten können. Mancherlei Schwiergikeiten werden sich in der ersten Zeit noch ergeben; immerhin — auch diese „Kinderkrankheiten" werden bei gutem Willen überwunden werden.

Berechtigt zum Erwerbe einer Kriegerheimstätte sind die Feldgrauen, bezw. ihre Witwen. In erster Linie sind die zu berücksichtigen, welche im Felde draußen unter Waffen oder im Sanitätsdienst gestanden; in zweiter Linie die übrigen Mannschaften. Für die Reihenfolge sind entscheidend die Zeit der Anmeldung und die Würdigkeit inbezug auf Kinderreichtum und Charakter; wer dem Vaterlande eine größere Kinderzahl schenkt, verdient einen gewissen Vorzug, wie der Krieg beweist.

Die Durchführung der Idee der Kriegerheimstätten mittels enger Verbindung von Staats- und Selbsthilfe bietet dem „inneren Schützengraben" eine stolze Aufgabe. Rühren wir uns, daß wir den heimkehrenden Kriegern fest in die Augen blicken können. Veredeln wir im allgemeinen unser Volksleben und schaffen wir energisch an diesen Heimstätten. Den Feldgrauen zum Danke, zur Erstarkung dem Vaterlande.

Die Zukunft der aus dem Kriege Heimkehrenden.

Ein Teil von Kriegsteilnehmern wird nach Friedensschluß körperlich nicht mehr fähig sein, den früheren Beruf wieder aufzunehmen, dem andern Teil werden die materiellen Mittel hierzu fehlen.

Den Kriegsbeschädigten gilt in erster Linie unsere Fürsorge. Als erstes Erfordernis wäre es notwendig, den Heimkehrenden — soweit sie nicht im Stande sind, dies aus eigenen Mitteln bewirken zu können, — eine mindestens sechswöchige Erholungszeit zu ermöglichen. Staat, Gesellschaft und Gemeinden hätten die Pflicht, hierfür Sorge zu tragen. Erst dann, wenn der Körper soweit gekräftigt ist, daß er die an ihn herantretenden Aufgaben, seinen früheren oder einen andern Beruf auszuüben, erfüllen kann, dürfte er diesem zugeführt werden.

Auf die Notwendigkeit, bei der Berufsgestaltung für Kriegsinvalide auch auf innere Leiden Rücksicht zu nehmen, macht Dr. Syrup in einem Aufsatz der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" aufmerksam; er sagt u. a.: „Der Arzt wird den Kriegsverletzten, der an einer Erkrankung des Herzens leidet, darauf hinweisen, daß Berufe, die bei ihrer Ausübung einen großen Kraftaufwand erfordern, aus dem Gesichtskreis seiner Wahl ausscheiden. Er wird dem Kriegsverletzten, bei dem der Verdacht auf Erkrankung der Lungen vorliegt, raten, Berufe zu meiden, die mit Staubentwickelung verbunden sind. Den nervösen Kriegsverletzten wird er vor Berufen warnen, die ihn mit gewerblichen Giften in Berührung bringen, in denen ein stärkerer Alkoholgenuß unter der Arbeiterschaft üblich ist, die dem Arbeiter während der Arbeit keine Erholungspausen ermöglichen oder ihm besonderen Anlaß zu Erregungen des Gemüts geben. Dem

rheumatischen Kriegsverletzten wird er von Berufen abraten, bei denen er in hohem Maße den Witterungseinflüssen, häufigen und schnellen Temperaturschwankungen ausgesetzt ist.

Diese Feststellung des allgemeinen Gesundheitszustandes jedes Kriegsverletzten, ob er Verstümmelungen aufweist oder nicht, muß die Grundlage für die Berufsberatung bilden. Es würde, um ein Beispiel zu wählen, völlig verfehlt sein, einen Kriegsverletzten, der Neigung zum Steinmetzberufe zeigt, und dessen Verstümmelung die Ausübung dieses Berufes auch gestattet, in dieser Wahl zu bestärken und seine Ausbildung in die Wege zu leiten, sofern bei dem Kriegsverletzten ein Lungenleiden vorliegt. Nach kurzer Zeit würde dies Leiden ihn zur Aufgabe des unter vieler Mühe erlernten Berufes zwingen und dadurch in den meisten Fällen Verbitterung und innere Verzweiflung bei ihm auslösen.

Es muß daher nochmals die Notwendigkeit betont werden, daß in jedem Falle, in dem der Verletzte vor die Notwendigkeit eines Berufswechsels gestellt wird, dem Berufsberater ein genauer ärztlicher Befund des allgemeinen Gesundheitszustandes zur Verfügung steht, unter Vermeidung medizinischer Ausdrücke, die den Laien nicht geläufig sind."

In demselben Aufsatz weist Dr. Syrup darauf hin, daß gerade die weitgehende Arbeitsteilung in der Industrie und die Gewohnheit des Stücklohnes für die Wiedereinführung Verletzter günstige Möglichkeiten bieten.

In Bezug auf die Handwerkerfürsorge brachte die Kommission im Preußischen Landtag in der Sitzung vom 12. Februar 1916 folgende Resolutionen vor: die Staatsregierung wolle dafür sorgen, daß

1. die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zur weiteren Ausübung ihres Handwerks untauglich geworden sind, tunlichst der produktiven Tätigkeit in geeigneten Wirtschaftszweigen erhalten bleiben,
2. schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß dem Handwerk wieder geeigneter und genügender Lehrlingsersatz zugeführt wird,

3. die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk gefördert wird,
4. bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten die Lieferungsverbände des Handwerks künftig in höherem Maße berücksichtigt werden,
5. die Schaffung vermehrter und lohnender Arbeitsgelegenheit zur vollen Wiedereröffnung der infolge des Krieges ganz oder teilweise stillgelegten Betriebe mit allen Mitteln erstrebt wird.

Die Abgeordneten Dr. Porsch und Genossen (Zentrum) beantragen, die Nummer 1 wie folgt zu fassen, daß:

1. die als Kriegsbeschädigte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker und anderen Mitglieder des Gewerbestandes, die infolge ihrer Verletzungen zur weiteren Ausübung ihres seitherigen Berufes untauglich geworden sind, tunlichst der produktiven Tätigkeit in geeigneten Berufszweigen erhalten bleiben,

1a. die wirtschaftlichen Unternehmungen aller Art in ähnlicher Weise wie die Gemeinden und weiteren Kommunalverbände in erster Linie die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten bei Besetzung für sie geeigneter freier Stellen berücksichtigen,

1b. die Unterbringung der Kriegsbeschädigten, soweit sie in ihren seitherigen Berufen oder in anderen Ersatzzweigen nicht verwendbar sind, tunlichst in geeigneten Beamten- und Arbeitsstellen der staatlichen und sonstigen Betriebe geschieht, und zwecks Unterbringung der Kriegsbeschädigten in geeignete Arbeitsstellen das Arbeitsnachweiswesen, insbesondere durch Errichtung von Zentralarbeitsnachweisen in den Provinzen, ausgestalten wird.

Berichterstatter Abg. Dr. Boenisch (Zentr.): Das Handwerk, der kleine Gewerbetreibende ist ja von solchen Beeinflussungen, wie sie die Landwirtschaft und den Handel durch Beschlagnahmen betroffen hat, verschont geblieben. Dagegen ist es dadurch besonders betroffen worden, daß die Meister, auf deren Augen der Betrieb allein beruht, zu einem großen

Teil in das Feld eingezogen worden sind. Die Schädigung des Handwerkers ist um so schlimmer, als in jedem Falle eine selbständige Existenz aus dem Wirtschaftsleben ausscheidet und kein anderer Ersatz zu finden ist. Erschreckend groß ist in einzelnen Gegenden die Zahl der einstweilen völlig zum Erliegen gekommenen Handwerksbetriebe. Es wird ein besonders wichtige Aufgabe sein, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, um den aus dem Felde heimkehrenden Handwerkern die Wiedererrichtung ihrer Betriebe zu ermöglichen. Zurzeit werden viele Handwerksbetriebe von den zurückgebliebenen Frauen recht und schlecht weitergeführt. Vielleicht wird es späteren Geschlechtern dereinst zur Kennzeichnung des ungeheuren Weltringens dienen, daß damals Frauen am Amboß des Dorfes standen und Frauen die Pferde beschlugen. Die Rohstoffe sind durch die Absperrung vom Auslande und durch unsere Kriegsmaßnahmen verteuert worden. Aber die Absperrung vom Auslande hat noch sehr wertvolle Gegenwirkung gehabt, die uns günstige Aussichten für die Dauer eröffnete. Denn der Tatkraft und der deutschen Wissenschaft ist es gelungen, Ersatzstoffe zu schaffen, wodurch unser Wirtschaftsleben alljährlich Millionen, die bisher an das Ausland gezahlt wurden, sparen kann. An Stelle der ausländischen Gerbstoffe schließen wir jetzt die in unseren deutschen Wäldern vorhandenen Gerbstoffe auf. Durch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sind verschiedene Gewerbe schwer betroffen worden, insbesondere die Kleinmüller. Allerdings hat sich deren Lage gemäß den Anregungen aus diesem Hause im vorigen Jahre etwas gebessert, aber sie ist immerhin noch mißlich genug. Da im Kriege wesentlich die Großmühlen mit dem Vermahlen des Brotgetreides beauftragt sind, sollten wenigstens die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände ihr Getreide den kleinen Mühlen zuweisen. Tausende von Kleinmüllern empfinden es schwer, daß das in ihrer Nähe gewachsene Getreide in weit entfernte Großmühlen gefahren wird, um dort vermahlen zu werden, während die mittleren und kleineren Mühlen unbeschäftigt sind. Den Beschwerden der Kleinmüller kann man Berechtigung nicht absprechen. Gerade der Krieg hat die

wirtschaftliche und nationale Bedeutung der kleinen Mühlen wieder zur Geltung kommen lassen gegenüber der Ueberschätzung der Großmühlen, wie sie im Frieden Platz gegriffen hatte. Die Großmühlen sind an der Wasserkante und an den großen Strömen erbaut mit dem Zweck, das überseeische Getreide zu verarbeiten. Die Kleinmühlen sind über das ganze Land verteilt und stehen mitten in den getreidebauenden Bezirken in der Nachbarschaft des Konsums. Der Krieg hätte die Bedeutung der Kleinmühlen wieder ins rechte Licht setzen können, da wir genügend Inlandsernte, aber keine ausländische Einfuhr haben, wenn wir sie nicht durch unsere wirtschaftlichen Maßnahmen hätten ausschalten müssen. Deshalb müssen wir nun alles tun, was den kleinen Mühlen zukommt. Eine weitere Schädigung und Verschlechterung erwächst dem Handwerk aus dem Mangel an Nachwuchs. Die jungen Leute drängen in die Fabriken, das ungezwungene Leben der Fabrikarbeiter zieht sie mehr an, als das immerhin gebundenere Dasein des Handwerkslehrlings. Hier wird nach dem Kriege und schon während des Krieges für Ersatz nach Kräften gesorgt werden müssen. Vor allem aber muß nach dem Kriege auch für die Schaffung vermehrter und lohnender Arbeitsgelegenheit Sorge getragen werden. Lieferungsverbände sind zu gründen, um auch auf diesem Wege die Existenz des Handwerks wieder sicherzustellen. Wir sehen jetzt die Erscheinung, daß auch Handwerksmeister sich als Vorarbeiter betätigen und sich in ähnlichen gehobenen Stellungen in die Fabriken begeben; das gilt besonders von der Metallbranche. Die Militärverwaltung hat ja dem Handwerk in erheblichem Umfange Aufträge zukommen lassen; auch ist die Bildung von Lieferungsverbänden schon bisher durch die Verwaltung gefördert worden. Diese Ansätze zur Wiederbelebung des Handwerks werden hoffentlich von dem Hause durch Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen eine weitere Förderung erfahren. Fälle von widerrechtlicher oder wucherischer Ausbeutung der Kriegskonjunktur hat man dem Handwerk nicht zur Last legen können. Für die Retablierung des Handwerks, soweit es sich um aus dem Felde Zurückkehrende und um Kriegsverletzte

handelt, hat die Regierung schon ein vollständiges Programm aufgestellt und der Kommission mitgeteilt, die ihrerseits diesem Programm durchaus Anerkennung zollen mußte. Es sind Beratungsstellen in Aussicht genommen, welche für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, wie von Rohstoffen zu sorgen haben werden. Die zahlreichen weiteren Anregungen, welche die Kommission aus ihrer Mitte der Regierung gab, hat diese zugesagt, wohlwollend zu prüfen. Das deutsche Handwerk muß erhalten bleiben, niemals wird Deutschland auf das Handwerk verzichten können. Es muß und wird sich neben der Großindustrie behaupten und einer neuen Blüte entgegengeführt werden.

Minister für Handel und Gewerbe Dr. Sydow:

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, gleich zu Anfang der Diskussion sowohl zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters als auch zu den beantragten Resolutionen Stellung zu nehmen. Freilich muß ich es mir mit Rücksicht auf die gefaßten Beschlüsse versagen, auf die Frage der Beschäftigung der kleineren Mühlen einzugehen, denn hierüber haben Sie bereits in einer früheren Sitzung unter Punkt VII Nr. 2 der Anträge der Budgetkommission Beschluß gefaßt.

Was aber die übrigen Anträge betrifft, so bin ich hier in der angenehmen Lage, zu allen die rückhaltlose Zustimmung der Königlichen Staatsregierung zu erklären. (Bravo!)

Der Herr Berichterstatter hat sehr zutreffend bemerkt, daß drei Hauptfragen gegenwärtig für die Zukunft des Handwerks von Bedeutung sind: einmal die Wiedereinsetzung der gesund aus dem Felde zurückkehrenden Handwerker, dann die Wiederbeschäftigung der kriegsverletzten Handwerker, und endlich die Frage der Regelung des Lehrlingswesens. Was die Wiedereinsetzung der als Kriegsteilnehmer gesund heimkehrenden Handwerker angeht, so bin ich bereits vor einigen Tagen hier in der Lage gewesen, darauf hinzuweisen, wie durch Einrichtung von Beratungsstellen und durch die Inaussichtnahme von besonderen Hilfskassen von seiten der Staatsregierung Fürsorgemaßnahmen in Aussicht genommen worden sind. Diese Hilfskassen scheinen sich recht er-

freulich entwickeln zu wollen. Es sind bereits jetzt von sieben Provinzen Beschlüsse vorgelegt worden, nach welchen unter der Voraussetzung einer entsprechenden Beteiligung der Königlichen Staatsregierung mit erheblichen Kapitalien Fonds zu bilden beabsichtigt ist, aus denen den selbständigen Existenzen, die in Nahrung zu erhalten wichtig ist, Darlehen gewährt werden können. Auf die Einzelheiten der Hilfskassen darf ich nicht hier eingehen; das soll nach den Beschlüssen Ihres Staatshaushaltsausschusses bei der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung geschehen. Aber die Ueberzeugung kann man doch schon jetzt aussprechen, daß Wirksames und Fruchtbares auf diesem Gebiete wird geschaffen werden können.

Was sodann die Wiedereinsetzung der kriegsverletzten Handwerker betrifft, so ist die Fürsorge für die Kriegsverletzten von den beteiligten Ministerien — der Minister des Innern führt die Feder — unter lebhafter Mitwirkung des mir unterstellten Ressorts durch zwei Runderlasse vom Mai und September v. J. geregelt worden, und auf dieser Grundlage sind auch praktische Maßnahmen getroffen. Organisiert ist die Kriegsverletztenfürsorge provinzweise, die Provinzialinstanzen leiten die Fürsorge, die ersten Beamten, sei es der Staatsverwaltung oder der provinziellen Selbstverwaltung, stehen an der Spitze. In den Provinzen sind Unterausschüsse gebildet, denen zahlreiche Berufsberater zur Seite stehen und hierbei können wieder die Beamten der Handels- und Gewerbeverwaltung wichtige Hilfe leisten. Die Berufsberatung der Kriegsverletzten beginnt schon unter Förderung durch die Militärverwaltung in den Lazaretten; Militärverwaltung und Zivilverwaltung arbeiten Hand in Hand um die Kriegsinvaliden möglichst wieder selbständig tätig zu machen. Auch hier kommen die Gewerbeschulaufsichtsbeamten zur Geltung.

Ich habe im vorigen Sommer eine Besprechung der Regierung mit den Gewerbeschulräten darüber veranlaßt, wie die Berufsberatung der Kriegsinvaliden am besten vorgenommen werden könne, und man hat sich dabei im Anschluß an die Beschlüsse, die der Leipziger Ausschuß für Kriegsinvaliden-

fürsorge gefaßt hat, auf eine, wie mir scheint, sehr richtige Grundlage geeinigt. Es wurden als Normen folgende aufgestellt: man solle zunächst versuchen, allen Kriegsinvaliden möglichst in ihrer Heimat Stellen zu verschaffen; zweitens, man solle versuchen, sie möglichst in ihren früheren Berufen unterzubringen; drittens diejenigen, die vom Lande stammen, sollen möglichst in der Landwirtschaft und im Gartenbau ausgebildet und beschäftigt werden; viertens, ein Zudrang zu den ungelernten Berufen, Portier- und Staatsstellungen, soll möglichst vermieden werden. Dann: vor einem Zudrang zu den untergeordneten Schreiberposten soll gewarnt werden, und in jedem Einzelfall soll möglichst individuell unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Invaliden vorgegangen werden, erstrebt werden, immer den Mann möglichst dahin zu setzen, wo er vor dem Kriege gelebt hat, in eine Tätigkeit, die seiner früheren entsprechend ist. (Sehr richtig!)

Auf dieser Basis arbeiten nun die Berufsberatungskommissionen auch für kriegsbeschädigte Handwerker und Industriearbeiter, ich nenne hier besonders die in Cöln, an deren Spitze der Leiter der dortigen Gewerbebeförderungsanstalt steht. An die Berufsberatung schließt sich die Berufsausbildung an. Auch hier sind der Handels- und Gewerbeverwaltung manche Möglichkeiten zur Mitwirkung gegeben. Die Fach- und Fortbildungsschulen sind bestrebt, den Kriegsinvaliden Gelegenheit zur Erwerbung neuer theoretischer oder zur Vertiefung der Fachkenntnisse zu geben. Neben den regelmäßigen Kursen sind vielfach besondere Fachkurse für Kriegsinvalide eingerichtet worden, und auch hierfür stehen ihnen die Fachschulen und Gewerbebeförderungsanstalten offen. Die Lehrer an diesen sind darin tätig, die Kriegsbeschädigten in neuen Tätigkeiten anzulernen. Es besteht auch vielfach bei dem jetzt unleugbaren Mangel an Handwerkern für solche Kriegsbeschädigten Aussicht auf praktische Tätigkeit schon während des Krieges. Bezeichnend dafür ist ein kleines Beispiel. In Cöln soll eine Reihe von Kriegsbeschädigten als Installateure ausgebildet werden. Das genügt aber nicht ganz. Man will gleichzeitig mit den Kriegsbeschädigten für jeden einen Kriegs-

gefangenen als Gehilfen mit ausbilden, weil er allein die Arbeit nicht schaffen würde. Auf den verschiedensten Gebieten des Handwerks wird so praktisch daran gearbeitet, die Kriegsverletzten in das Handwerk einzuführen und ihnen eine, sie hoffentlich nährende, ihrer körperlichen Verfassung entsprechende Stellung zu schaffen.

Daß die Kriegsbeschädigten möglichst auch vom Schulgeld in den Fachschulen befreit sind, erwähne ich nebenbei.

Dann wäre wohl auch von Interesse zu bemerken, daß zugunsten der Schwerverletzten, für die ja die neue Wissenschaft der Prothesen, der künstlichen Gliedmaßen, Erstaunliches geleistet hat, besondere Kurse für Orthopädiemechaniker eingerichtet sind, die hier in Zehlendorf unter Leitung des auf diesem Gebiete rühmlichst bekannten Professors Biesalski besonders für die Technik der Herstellung der künstlichen Gliedmaßen, der sogenannten Prothesen, ausgebildet werden.

Endlich wird natürlich auch die Arbeitsvermittlung hier besonders tätig sein können. Wir haben schon einzelne Arbeitsnachweise für Kriegsinvalide. Aber sie wird natürlich erst Bedeutung bekommen, wenn die Invaliden in größerem Maße wieder der Arbeit zugeführt werden können, als es bisher möglich gewesen ist, und daß die Erwartung berechtigt ist, daß auch die Handels- und Gewerbeverwaltung der ihr dabei zufallenden Aufgabe voll zu entsprechen in der Lage sein wird.

Damit komme ich auf die Resolution, die sich auf den Lehrlingsersatz bezieht. Richtig ist ganz gewiß der Wunsch, daß dem Handwerk wieder geeigneter und genügender Lehrlingsersatz zugeführt werden möge. Freilich ist dem während des Krieges schwer zu entsprechen; denn einmal fehlt es an dem genügenden Ausbildungspersonal, weil die Meister vielfach im Felde stehen, und sodann ist die Verlockung jetzt anderswo reichen Gewinn zu erzielen, leider so groß, daß die gebotene Gelegenheit der Ausbildung nicht überall die nötige Benutzung bei den Beteiligten findet. Daß die Handels- und Gewerbeverwaltung es immer als ihre Aufgabe betrachten muß, diesen Lehrlingsersatz zu fördern, ist selbstverständlich.

Dann möchte ich noch auf Punkt 3 und 4 der Resolution mit wenigen Worten eingehen, wenn auch der Herr Berichterstatter sie nicht ausdrücklich hervorgehoben hat.

Es ist hier empfohlen, die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk und im Anschluß daran, daß bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten diese Lieferungsverbände künftig in höherem Maße berücksichtigt werden. Meine Herren, das ist eine Frage, die meines Erachtens — ich habe heute nicht zum ersten Male die Ehre, darüber in diesem hohen Hause zu sprechen — gar nicht ernstlich genug ins Auge gefaßt werden kann, Sie werden sich entsinnen, daß wir wenige Jahre vor dem Kriege die Frage der Zuweisung öffentlicher Arbeiten an das Handwerk und die Bildung von Lieferungsverbänden im Handwerk erörtert haben, und daß sich meine Verwaltung von vornherein dieser Frage sympatisch gegenübergestellt hat, daß der dahin gehörigen Einrichtung der Verbindungsstellen zunächst bei dem Versuch in Schlesien auch Unterstützung gewährt worden ist. Der Krieg hat gezeigt, daß das Handwerk, will es im großen etwas leisten, sich zu solchen Verbänden auf genossenschaftlicher Grundlage auch für den Frieden zusammen schließen muß, und daß der Erfolg davon abhängt, ob in den örtlichen Stellen die geeigneten Persönlichkeiten an der Spitze stehen (Sehr richtig), die sowohl die technisch ausgebildeten Kräfte zusammenfassen, als auch die kaufmännisch gebildeten dabei haben, die den Einkauf, den Verkauf und die Kalkulation richtig verstehen. Zu meiner Freude ist auch dieser Grundsatz jetzt allgemein anerkannt und es ist ja eine Bewegung im Gange, diese örtlichen Verbände zu Provinzialverbänden zusammenzufassen; man will an die Spitze einen Zentralverband stellen. Das ist alles gewiß gut und zweckmäßig, aber die Hauptsache ist doch, daß der örtliche Verband auf gesunder Grundlage steht. (Sehr richtig!) Gelingt das, dann wird es nicht an Aufträgen fehlen, und dann wird auch das Handwerk größere Aufgaben, wo sie an das Grenzgebiet der Industrie herankommen, zu bewältigen in der Lage sein. Ich hoffe, daß das eine von den Lehren des Krieges sein wird, die sich für unsere wirtschaftliche Zukunft als segensreich erweisen, und daß so das Handwerk

auch trotz der schweren Einwirkungen des Krieges in Zukunft eine erfreuliche Blüte erleben wird. (Lebhafter Beifall).

Abg. Hammer (konserv.) Wenn der Minister auf die Ausführungen des Berichterstatters über die Lieferungsverbände eingeht, so möchte ich hervorheben, daß das Verlangen danach ein alter Wunsch des Handwerks ist. Aber es dürfte eine schwierige Sache sein, solche allein während des Krieges zu gründen. Wenn solche überhaupt sich bewähren sollen, dann müßten sie auch gleichzeitig Rohstoffeinkaufsgesellschaften bilden, sonst soll man es lieber unterlassen. Man soll die jetzige Begeisterung für diese Dinge benutzen und soll da, wo nicht geeignete Mittel vorhanden sind, berufsgenossenschaftliche Mittel zusammenbringen. Auch die Forderung ist berechtigt, daß kaufmännisch und technisch geschulte Beamte an die Spitze dieser Verbände gestellt werden. Das Handwerk muß hier mit denselben Mitteln arbeiten, wie der Großbetrieb und die Großhändler. Es gibt eine Reihe von Handwerkszweigen, namentlich aus der Bekleidungsindustrie, die zu Anfang des Krieges fast gar nicht berücksichtigt wurden; dann holte man Meister heran, die man für besonders tüchtig hielt. Aber auch solche Aufträge sind wieder zurückgegangen. Die Lieferungsverbände würden besonders segensreich wirken können, wenn nicht nur der Staat, sondern auch die Kommunen diese Gewerbepolitik unterstützten. Die Handwerkszweige in Luxuswaren und Liebhaberwaren liegen besonders stark darnieder. Hier könnte sich das Privatpublikum ein Verdienst um das Handwerk erwerben, wenn es diese Zweige unterstützen würde. Ebenso wie den Frauen der Landwirte, muß auch den Handwerker-Frauen für ihr tapferes Erfüllen der Pflicht Dank und Anerkennung ausgesprochen werden. Ein Schmerzenskind des Handwerks ist das Baugewerbe. Einzelnen Gewerben könnte es ja gut gehen, wie den Malern und Schlossern, sie haben genügend Aufträge, wenn sie sie nur ausführen könnten. Andererseits liegt das Tischlergewerbe für Möbel außerordentlich stark darnieder. Es wäre den Tischlergesellen viel lieber, Arbeit zu bekommen, als daß ihre Frauen Geld oder Nahrungsmittel erhalten. Die Staatsregierung sollte einmal ihre Etats

revidieren und sehen, ob sie nicht Ausbauten und Reparaturen vornehmen könnte an den öffentlichen Gebäuden. Was der Berichterstatter über die kleinen und mitlern Müllereibetriebe gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. Man muß diesen Betrieben beistehen, so gut es geht. Was die Fleischer und Bäcker betrifft, so sprechen mit ihnen unsere Damen, wenn sie Waren von ihnen haben wollen, oft ein sehr energisches Wort, und die Presse ist zum Teil leicht geneigt, Beschwerden Ausdruck zu geben, die durchaus nicht berechtigt sind. Die Fleischer sind durchaus in den Händen der Viehkommissionäre, und sie haben zum Teil große Verluste erlitten; auch die Bäcker haben Verluste erlitten. Man muß sich wundern, daß man in diesen Kriegszeiten noch derartig gutes Brot bekommt. Von den Lehrlingen sind diejenigen besonders schlimm daran, deren Meister eingezogen sind. Der Minister hat gestattet, daß diese Lehrlinge zu den Meisterkursen zugelassen werden. Das hat aber nicht viel geholfen. Ich glaube, daß diese Lehrlinge besonders tüchtigen Meistern übergeben werden sollten. Das kleine Land Baden hat bereits im Frieden besonders tüchtigen Meistern, die in der Ausbildung von Lehrlingen besonderes pädagogisches Geschick gezeigt haben, Prämien bis zu 200 M. gegeben. Es wäre zu erwägen, ob man bei uns nicht ähnlich vorgehen könnte. Hoffentlich ist der Finanzminister dafür zu haben. Die Handwerkerinnungen haben manche Beschwerden vorgebracht. Die Bäckerinnung von Quedlinburg umfaßt 52 Mitglieder, von denen 38 im Felde sind. Der Lagerkommandant des Gefangenenlagers hat diese einfach von den Lieferungen ausgeschlossen und eine Brotfabrik damit betraut. Allein acht Geschäfte haben infolgedessen zumachen müssen. Wie sollen die Bäckermeister begeistert sein, wenn so etwas vorkommt! Ich möchte den Minister dringend bitten, zu versuchen, hier seinerseits einzugreifen. Das Leder vom Rindvieh ist in drei Klassen eingeteilt. Nun beschwert sich der oberschlesische Fleischerverband darüber, daß seine Häute in die dritte Klasse hineingebracht worden sind, obwohl seine Ware sehr gut und erstklassig ist. Die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz rangieren in der ersten Klasse. Auch hier möchte ich den Minister

dringend um Remedur bitten. Was den Antrag Porsch betrifft, insofern er die Unterbringung kriegsbeschädigter Handwerker tunlichst in geeigneten Beamten- und Arbeitsstellen oder staatlichen oder sonstigen öffentlichen Betrieben wünscht, so würde ich es für einen großen Schaden nicht nur für das Handwerk, sondern auch für Staat und Kommunen halten, wenn sich die Handwerker von ihrem Gewerbe abwenden. Was das Handwerk im Felde leistet, — wissen sie alle, die sie des Königs Rock tragen. Wenn der Hauptmann sagt: Unteroffizier Hammer, machen Sie dies oder jenes, so wird es eben gemacht. Unser deutsches Heer würde nicht annähernd das leisten, was es leistet, wenn nicht die Handwerksmeister mit da draußen wären. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, das Handwerk zu erhalten.

Abg. Fürbringer (ntl.): Auch ich will dem Berichterstatter für seine Tätigkeit hier und in der Kommission unsern Dank aussprechen. Wir müssen aber auch dem Handwerk und dem Kleingewerbe danken für das, was sie in diesem Kriege geleistet haben, und ebenso den Frauen der in den Krieg Gezogenen, daß sie den Betrieb soweit aufrecht erhalten konnten. Wir können dem Gedanken zustimmen, daß die Hilfe für den Handwerkerstand auf den gewerblichen Mittelstand auszudehnen ist. Wir sind natürlich auch dafür, daß für die Arbeiter in ähnlicher Weise gesorgt wird, aber hier handelt es sich in erster Linie nur um Hilfe für den selbständigen Handwerkerstand. Dessen Angehörige müssen wir so stellen, daß sie nach dem Kriege ihre zusammengebrochene Selbständigkeit wieder aufrichten können. Wir sind dem Minister dankbar dafür, daß er dem Lehrlingsnachwuchs die möglichste Förderung angedeihen lassen will. Die jungen Leute in den Schulen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Handwerk noch immer seinen goldenen Boden hat. Den Wunsch, tüchtige Lehrherren zur Ausbildung von Lehrlingen durch Prämien zu ermuntern, möchte ich warm empfehlen. Was die Förderung der Lieferungsverbände betrifft, so verdient der Minister Anerkennung dafür, daß er es verstanden hat, unsere Innungsorganisationen hier in einer Weise zu vervollständigen, daß sie

einen Keim der künftigen Entwicklung bildet. Die Lieferungsverbände und die Genossenschaften sind eine solche Ergänzung unserer Innungsorganisationen, daß wir uns für die Zukunft Großes davon versprechen können. Wenn die an einem Orte angesessenen Handwerker einen Lieferungsverband bilden und dieser Verband sich das Vertrauen der Behörden erwirbt, so könnte auf die Submission verzichtet werden. Es könnten dann auch größere Verbände für einen Bezirk, Provinzialverbände gebildet werden. Es ist mit großer Freude zu begrüßen, daß der Minister mit den Bekleidungsämtern usw. verhandelt hat, um den Handwerkern größere Kriegslieferungen zuzuwenden. Wenn auch nicht der ganze Bedarf bei den Handwerkern gedeckt werden kann, so ist doch immerhin der Anfang gemacht, und wenn die Handwerker mit ihren Lieferungen gut abschneiden, rechtzeitig abliefern und korrekt arbeiten, und auch das Vertrauen von Staat und Gemeindebehörden gewinnen, so werden ihnen auch außerhalb des Krieges Arbeiten ohne Submission übertragen werden können. Der Antrag Porsch bringt eine neue Sache hinein, deren Regelung nicht ohne Schwierigkeiten ist. Es fragt sich, wer die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zahlen soll.

Wenn Staat oder Reich oder Gemeinde, die eine solche Lieferung zu vergeben haben, Vorschüsse für Löhne usw. entrichten, so würde das kein Bedenken haben. Wenn aber die Kriegshilfskassen in Anspruch genommen werden sollten, so wäre das ein Punkt, der doch viele Bedenken hervorrufen würde. Außerdem sind wir nicht dafür, daß jede Submission ausgeschlossen wird. Was die Beschäftigung des Handwerks während des Krieges betrifft, so möchte ich den Staatsbehörden, sowie allen Interessenten dringend empfehlen, etwaige Bauten und Reparaturen nicht aufzuschieben. Die Behörden sollten schon jetzt für die kommenden Jahre ihre Voranschlagungen machen, damit sie jederzeit die nötigen Vergebungen machen können. Es muß das zur Wahrheit werden, was Feldmarschall von Hindenburg gesagt hat, daß unsere tapferen Soldaten vor der Gefahr der Verarmung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geschützt werden müssen.

Ministerialdirektor Dönhoff: Es ist gewünscht worden, daß dem Bauhandwerk möglichst Beschäftigung geschaffen werde. Es ist bereits im September vorigen Jahres, als die Notlage des Bauhandwerks besonders groß war, von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten das Ersuchen gerichtet worden, zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, Arbeiten und Reparaturen vorweg ausführen zu lassen. Der Herr Finanzminister ist ersucht worden, in den Etat entsprechende Mittel einzustellen. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat in bereitwilligster Weise zugesagt, diesem Wunsche zu entsprechen und in größerem Umfange Arbeiten zu vergeben. Es wird im übrigen auch alles geschehen, was möglich ist, um diesem Wunsche des Hauses Rechnung zu tragen.

* * *

Hinsichtlich der Einrichtung von Lieferungsverbänden führte der Abg. Graf (kons.) in der Landtagssitzung vom 26. Februar 1916 folgendes aus:

„Meine politischen Freunde haben beantragt, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin wirken zu wollen, daß dieselben tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die handwerksmäßig herzustellenden Lieferungen für das Heer und die Marine durch das Verdingungsamt des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und die Zentralstellen der Handwerkskammern der deutschen Bundesstaaten zur korporativen Uebernahme und unter Verteilung den sich darum bewerbenden leistungsfähigen Handwerkern, Lieferungsvereinigungen, Genossenschaften und Werkvereinigungen vorbehalten bleiben. 1914 hat der Reichstag eine Entschließung angenommen, die wünscht, daß die Reichsbehörden bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten die Genossenschaften und Lieferungsverbände der selbständigen Handwerksmeister im weitgehenden Maße berücksichtige. Anfang dieses Jahres haben nun die preußischen Handwerkskammern eine Zentralstelle für die korporative Uebernahme der Vergebungen von preußischen Heereslieferungen in Berlin er-

richtet. In den außerdeutschen Bundesstaaten sind ähnliche Einrichtungen schon vielfach gegründet worden. Der Zweck ist nicht, der Industrie die ihr zukommenden größeren Aufträge zu entziehen, wenn auch nicht gesagt ist, daß die Lieferungsgenossenschaften der Handwerker nicht in der Lage wären, große Aufträge zu übernehmen; man will dem Zwischenhandel den Boden wieder abgewinnen. Die Zentralstelle der Handwerkskammer ist durch die Innungen genau unterrichtet über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Zweige der Unternehmer. Sie kann durch die Innungen die Ausführung der Arbeiten kontrollieren. Innungen und Lieferungsgenossenschaften sollten stets in engster Verbindung miteinander stehen. In Oesterreich hat man mit diesen Genossenschaften sehr gute Erfahrungen gemacht. Auf diese Weise wird auch der Konkurrenzkampf zwischen Industrie und Handwerk auf diesem Gebiete schiedlich-friedlich zurückgedrängt. Das Handwerk hat das Vertrauen, daß sich der Minister beim Bundesrat, speziell bei der Heeresverwaltung, für den Grundgedanken dieses Antrages einsetzen wird. Mit Recht ist in einem dankenswerten Erlaß auf eine Eingabe des deutschen Handelstages ausgeführt worden: wenn die Behörden darauf Bedacht nehmen, das Handwerk zu Heereslieferungen heranzuziehen, so geschieht das nicht, um dem Handwerk eine Vorzugsstellung vor Handel und Industrie einzuräumen, sondern um zu verhindern, daß das Handwerk von dem stärkeren Mitbewerber ganz in den Hintergrund zurückgedrängt wird. Das Handwerk ist bei den Militärlieferungen fast leer ausgegangen oder hat Aufträge nur aus dritter Hand und nur zu Preisen bekommen, die kaum die Selbstkosten aufwogen. Der Antrag Hammer richtet sich gegen die bedauerlichen Vorgänge der letzten anderthalb Jahre, daß Leute, die niemals ein Handwerk oder Gewerbe betrieben haben, plötzlich in umfangreicher Weise als Heereslieferanten Aufträge erhielten. Ueber diesen parasitären Zwischenhandel herrscht in den Handwerkskreisen eine Erbitterung, von der sich die Regierung schwer eine Vorstellung macht. Vor allem liegt dem Handwerk daran, auch nach Friedensschluß ferner bei Heereslieferungen angemessen beteiligt zu werden, und zwar um so

mehr, als der Möglichkeit entgegengearbeitet werden muß, daß die Abwanderung der Handwerker in die Industrie chronisch wird. Das liegt auch im Interesse der Heeresverwaltung selbst, der daran liegen muß, daß sie gegebenenfalls auf Kräfte zurückgreifen kann, die schon Erfahrungen gesammelt haben. Manches hätte sich auch heute schon besser gestaltet, wenn die Heeresverwaltung dies früher bedacht hätte. Die Maßnahmen zur Hilfe für das Handwerk durch Zuweisung von Aufträgen bedürfen einer Ergänzung in dem wichtigen Punkte der Regelung der Preiswirtschaft. Die finanzielle Hilfe der Provinzen wird nur dann nützen, wenn die Handwerker Preise erhalten, die die Produktionskosten decken und einen kleinen Gewinn abwerfen, sonst würde die provinzielle Unterstützung zu Unrecht gegeben sein. Auf Grundlage einer zuverlässigen Kalkulation müssen die Preise möglichst sicher berechnet werden. Sind die Genossenschaften oder Lieferungsverbände hierzu nicht in der Lage, so würden die ihnen angeschlossenen einzelnen Handwerker zu unauskömmlichen Preisen arbeiten müssen. In jedem Berufsstande kann die Preiswirtschaft nur dann gesund sein, wenn bestimmte Richtlinien für die Preise festgesetzt sind. In normalen Zeiten setzen die Börsen täglich oder in gewissen Zwischenräumen Preise fest, die angemessen sind; nach diesen allgemeinen Richtlinien entwickelt sich die gesunde Preisbildung. Als im Kriege die Tätigkeit der Börsen aussetzte, traten im gesamten Lebensmittelhandel Schwierigkeiten auf, wie solche sich auch beim Handwerk bisher im Submissionswesen gezeigt haben. Es kommt darauf an, dem Handwerk Unterlagen zu schaffen dafür, welche Produktionskosten unter normalen Verhältnissen durch die Materialpreise und unter Annahme der bestmöglichen Ausnützung der Produktionsmittel für das Handwerk entstehen. Solche Unterlagen müssen natürlich für jeden Zweig des Handwerks wirksam berechnet werden. Nach solchen Richtlinien kann der einzelne Handwerker seine Gestehungskosten einigermaßen richtig berechnen. Der Rheinisch-Westfälische Innungsverband für das Baugewerbe hat solche Richtlinien aufgestellt, die sich bewährt haben. Wenn die Regierung die vorgesehenen Hilfsmittel fruchtbar machen will,

muß sie ihre starke Hand bieten, daß für die Handwerkskreise, die besonders unter Preisdrückereien zu leiden haben, allgemeine Richtlinien für die Produktionskosten aufgestellt werden. Die Kriegswirtschaft hat dem Grundsatz der Höchstpreise zu einem glänzenden Siege verholfen; früher galt es für unmöglich, feste Preise zu bestimmen, aber heute verlangt man von jedem Bürgermeister, daß er angemessene Höchstpreise festsetzen kann. Die Frage der Kleinhandelsausschüsse muß erneut angeregt werden. In den letzten Jahren vor Beginn und während des Krieges haben sich die Bestrebungen des Kleinhandels zur Organisation ungemein verstärkt. Was das Handwerk auf der Grundlage seiner freien Innungen geschaffen hat, kann auch für den Kleinhandel geschehen. Auf diesem Wege kann der Kleinhandel zur Erfüllung seines Wunsches nach öffentlich-rechtlicher Vertretung kommen. Die Gilde muß auf der Grundlage der Branche errichtet werden und die einzelnen Gilden müssen zu Verbänden vereinigt werden. Die Satzung kann an die Mustersatzung der Innungen angelehnt werden. Ich bitte die Regierung, diesen Bestrebungen ihre Sympathie entgegenzubringen. Die Kriegskassen für die heimkehrenden Krieger begrüßen meine Freunde mit Genugtuung. Sie halten eine solche Hilfsaktion für unbedingt erforderlich, um die wirtschaftlichen Schäden der Kriegszeiten von den Kriegsteilnehmern nach Möglichkeit abzuwenden. Das Vaterland hat ihnen die Verteidigung seiner Ehre und seiner Existenz zu verdanken. Daher ist es Pflicht des Staates und der Gesamtheit, zu den Lasten des Wiederaufbaues der darniederliegenden Unternehmungen von Kriegsteilnehmern beizutragen. Wir halten diese Kriegsfürsorgemaßnahmen im allgemeinen für zweckmäßig, sowohl die Kriegshilfskassen, wie auch die örtlichen Beratungsstellen. Die Beratungsstellen insbesondere können den Kriegsteilnehmern, die in ihre alten Stellen nicht zurückkehren oder neue nicht finden können, neue Beschäftigung verschaffen und den selbständigen Existenzen helfen, ihren Betrieb wieder in Gang zu bringen durch Vermittlung von Aufträgen, Beschaffung von Rohstoffen und Maschinen, sowie den verschuldeten selbständigen Existenzen

durch Kreditgewährung aufzuhelfen. Im Handwerkskammerbezirk Cassel haben von 10 000 selbständigen Handwerkern nicht weniger als 6500 ihren Betrieb infolge der Einberufung einstellen müssen. Die staatlichen Zuschüsse für die Kriegshilfskassen müssen nach Ansicht meiner Freunde in derselben Höhe geleistet werden, wie die provinziellen Verbände Mittel zur Verfügung stellen; eine Ausnahme könnte nur für die ärmeren Provinzen im Osten gemacht werden. Ebenso meinen wir, daß der Zinssatz des staatlichen Anteils allen Provinzen gegenüber der gleiche sein muß. Ob es möglich sein wird. die Stadt- und Landkreise fnianziell für die Hilfskassen heranzuziehen, erscheint uns angesichts der hohen Belastung dieser Kreise sehr zweifelhaft. Die Darlehen müssen nach dem Maßstab des Bedarfs und nicht von vornherein unter Kontingentierung der Kreditsummen für die einzelnen Kreise gegeben werden. Um den schon jetzt heimkehrenden Kriegsteilnehmern und auch den Frauen der noch im Felde stehenden Krieger sofort zu helfen, muß die Organisation alsbald eingeleitet werden. Die Budgetkommission hat mit Recht die Frage, ob auch diejenigen, die zwar nicht Kriegsteilnehmer sind, aber durch den Krieg ebenfalls geschädigt sind, durch die Kriegshilfskassen zu unterstützen seien, verneint. Der Nachweis dieser Kriegsschädigung würde auch sehr schwierig sein. Bei dem Zinssatz ist zu erwägen, daß der Reichsbankdiskont sehr hoch bleiben dürfte und der Zinssatz möglichst unter dem Reichsbankdiskont gehalten werden muß; es können nicht mehr als 4 % in Frage kommen. Die Frist von sechs Monaten nach Friedensschluß oder nach der Heimkehr aus dem Kriege für die Einreichung der Darlehnsgesuche ist doch bedenklich. Viele, die ohne fremde Hilfe nicht vorwärtskommen können, müssen sofort ihren Antrag an die Kriegshilfskasse richten können. Bei der Bemessung der Einkommensgrenze, bis zu welcher Darlehen gegeben werden, muß beachtet werden, daß manche Gewerbebetriebe zwar niedriges Einkommen, aber sehr hohe Betriebskosten haben. Die Kreditorganisationen sollten schon jetzt die Kreditwürdigkeit der einzelnen prüfen; dabei darf nicht eine bureaukratische Regelung Platz greifen, die Kreditgenossenschaften werden die Verhält-

nisse der einzelnen am besten kennen. Zweckmäßig wird es sein, wenn an einer zehnjährigen Tilgungsfrist mit einer gewissen Schonung festgehalten wird. Wichtig ist es, daß die Regierung den Provinzen für die Hilfskassen möglichst freie Hand läßt, selbstverständlich im Rahmen gewisser staatlicher Richtlinien. Von dem Grundsatz, daß die örtlichen Beratungsstellen selbständige Existenzen auch einem anderen Beruf zuführen können, sollte nur in den schlimmsten Fällen Gebrauch gemacht werden; denn grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß denjenigen, die früher selbständig waren, die Erhaltung der selbständigen Existenz ermöglicht wird. Für die ganze Struktur unseres Staates ist die Erhaltung der selbständigen Existenzen des Mittelstandes sehr wichtig. In einer weiteren Verschiebung zugunsten der abhängigen Existenzen sehen wir kein Glück für unser Volk, sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Gründen. Die selbständigen Existenzen, die in die besitzlosen Schichten herabgedrückt werden, gehören zu den erbittertsten Gegnern unserer Gesellschaftsordnung. Staat und Gemeinden sind an der Erhaltung der Steuerzahler interessiert. Wenn die selbständigen Existenzen nach ihrer Heimkehr aus dem Kriege in das Proletariat hinabsinken müßten, so würde das die bedenklichste wirtschaftliche Folgeerscheinung des Krieges sein.

Abg. Meyer-Frankfurt a. O. (fortschr. Volksp.): Die wirtschaftlichen Maßnahmen für die heimkehrenden Krieger haben zur Voraussetzung, daß die deutsche Volkswirtschaft aus einem siegreichen Krieg stark hervorgeht und in höherem Maße die Möglichkeit zu fruchtbarer Betätigung gibt. Wir begrüßen die rechtzeitige Vorbereitung und die Gründung der Kriegshilfskassen mit lebhafter Genugtuung und sind damit einverstanden, daß sie in erster Reihe dem gewerblichen Mittelstand, den kleinen Kaufleuten und Handwerkern zugute kommen. Zwar haben die Frauen vielfach mit bewunderungswürdiger Tatkraft versucht, das Gewerbe des eingezogenen Mannes fortzusetzen, aber infolge der Einberufung der Angestellten und Gehilfen und des Mangels an Rohstoffen und sonstigen Waren konnten diese Versuche oft nicht gelingen. Allerdings sind auch

Existenzen, die nicht im Felde waren, schwer erschüttert worden, aber die Fürsorge der Kriegshilfskassen muß sich auf die heimkehrenden Krieger beschränken, damit für diese etwas Ganzes und nicht für alle etwas Unzulängliches geschieht. Den Provinzen muß bei Ausgestaltung der Hilfskassen freie Hand gegeben werden; aber mögen sie noch so großzügig ausgestaltet werden, so werden sie nicht alle Bedürfnisse der Kaufleute und Handwerker befriedigen können. Es gibt viele Handwerker und Kaufleute, die sich nicht in der Einkommensgrenze von 4000 M. befinden. Diesem Zwecke dienen schon die errichteten Kriegskreditbanken. Es sind das sehr leistungsfähige Gesellschaften, die auch nach dem Kriege einen Wechselkredit gewähren könnten; der Staat könnte sich wenigstens mit der Uebernahme einer Garantie daran beteiligen. Möge diesen Bestrebungen ein voller Erfolg beschieden sein. Ich begrüße die Bestrebungen, Handel und Industrie von ausländischem Einfluß zu befreien. Lieferungsgenossenschaften sollten nicht eine vorübergehende Tätigkeit entfalten, sondern auch nach dem Kriege tätig sein. Der Antrag Hammer erscheint uns nach der eben gehörten Begründung unbedenklich. Möge man alles tun, um die Leistungsfähigkeit der Lieferungsverbände zu erhöhen. Es sollten Wanderausstellungen der Lieferungsverbände in größerem Umfange veranstaltet werden, um den Geschmack der Handwerker zu erhöhen. Besonders notwendig ist die Sicherung eines tüchtigen Nachwuchses für das Handwerk. Hier hat die Schule eine wichtige Aufgabe; mit Genugtuung begrüßen wir es, daß der Minister den Bestrebungen der Techniker auf Erleichterung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst freundlich gegenübersteht. Er hat in Aussicht gestellt, beim Kriegsminister darauf hinzuwirken, daß während des Krieges die bestehenden Ungleichheiten beseitigt und die Mittelschulen dieselbe Berechtigung erhalten, wie die höheren Lehranstalten. Das muß aber auch für die Zeit nach dem Kriege bestehen bleiben. Erwünscht sind auch nach dem Kriege paritätische Arbeitsnachweise unter Ausschluß politischer Nebenzwecke. Die Notwendigkeit der Stärkung von Industrie, Handel und Handwerk ist in der letzten Zeit wiederholt anerkannt worden. Es

nisse der einzelnen am besten kennen. Zweckmäßig wird es sein, wenn an einer zehnjährigen Tilgungsfrist mit einer gewissen Schonung festgehalten wird. Wichtig ist es, daß die Regierung den Provinzen für die Hilfskassen möglichst freie Hand läßt, selbstverständlich im Rahmen gewisser staatlicher Richtlinien. Von dem Grundsatz, daß die örtlichen Beratungsstellen selbständige Existenzen auch einem anderen Beruf zuführen können, sollte nur in den schlimmsten Fällen Gebrauch gemacht werden; denn grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß denjenigen, die früher selbständig waren, die Erhaltung der selbständigen Existenz ermöglicht wird. Für die ganze Struktur unseres Staates ist die Erhaltung der selbständigen Existenzen des Mittelstandes sehr wichtig. In einer weiteren Verschiebung zugunsten der abhängigen Existenzen sehen wir kein Glück für unser Volk, sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Gründen. Die selbständigen Existenzen, die in die besitzlosen Schichten herabgedrückt werden, gehören zu den erbittertsten Gegnern unserer Gesellschaftsordnung. Staat und Gemeinden sind an der Erhaltung der Steuerzahler interessiert. Wenn die selbständigen Existenzen nach ihrer Heimkehr aus dem Kriege in das Proletariat hinabsinken müßten, so würde das die bedenklichste wirtschaftliche Folgeerscheinung des Krieges sein.

Abg. Meyer-Frankfurt a. O. (fortschr. Volksp.): Die wirtschaftlichen Maßnahmen für die heimkehrenden Krieger haben zur Voraussetzung, daß die deutsche Volkswirtschaft aus einem siegreichen Krieg stark hervorgeht und in höherem Maße die Möglichkeit zu fruchtbarer Betätigung gibt. Wir begrüßen die rechtzeitige Vorbereitung und die Gründung der Kriegshilfskassen mit lebhafter Genugtuung und sind damit einverstanden, daß sie in erster Reihe dem gewerblichen Mittelstand, den kleinen Kaufleuten und Handwerkern zugute kommen. Zwar haben die Frauen vielfach mit bewunderungswürdiger Tatkraft versucht, das Gewerbe des eingezogenen Mannes fortzusetzen, aber infolge der Einberufung der Angestellten und Gehilfen und des Mangels an Rohstoffen und sonstigen Waren konnten diese Versuche oft nicht gelingen. Allerdings sind auch

Existenzen, die nicht im Felde waren, schwer erschüttert worden, aber die Fürsorge der Kriegshilfskassen muß sich auf die heimkehrenden Krieger beschränken, damit für diese etwas Ganzes und nicht für alle etwas Unzulängliches geschieht. Den Provinzen muß bei Ausgestaltung der Hilfskassen freie Hand gegeben werden; aber mögen sie noch so großzügig ausgestaltet werden, so werden sie nicht alle Bedürfnisse der Kaufleute und Handwerker befriedigen können. Es gibt viele Handwerker und Kaufleute, die sich nicht in der Einkommensgrenze von 4000 M. befinden. Diesem Zwecke dienen schon die errichteten Kriegskreditbanken. Es sind das sehr leistungsfähige Gesellschaften, die auch nach dem Kriege einen Wechselkredit gewähren könnten; der Staat könnte sich wenigstens mit der Uebernahme einer Garantie daran beteiligen. Möge diesen Bestrebungen ein voller Erfolg beschieden sein. Ich begrüße die Bestrebungen, Handel und Industrie von ausländischem Einfluß zu befreien. Lieferungsgenossenschaften sollten nicht eine vorübergehende Tätigkeit entfalten, sondern auch nach dem Kriege tätig sein. Der Antrag Hammer erscheint uns nach der eben gehörten Begründung unbedenklich. Möge man alles tun, um die Leistungsfähigkeit der Lieferungsverbände zu erhöhen. Es sollten Wanderausstellungen der Lieferungsverbände in größerem Umfange veranstaltet werden, um den Geschmack der Handwerker zu erhöhen. Besonders notwendig ist die Sicherung eines tüchtigen Nachwuchses für das Handwerk. Hier hat die Schule eine wichtige Aufgabe; mit Genugtuung begrüßen wir es, daß der Minister den Bestrebungen der Techniker auf Erleichterung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst freundlich gegenübersteht. Er hat in Aussicht gestellt, beim Kriegsminister darauf hinzuwirken, daß während des Krieges die bestehenden Ungleichheiten beseitigt und die Mittelschulen dieselbe Berechtigung erhalten, wie die höheren Lehranstalten. Das muß aber auch für die Zeit nach dem Kriege bestehen bleiben. Erwünscht sind auch nach dem Kriege paritätische Arbeitsnachweise unter Ausschluß politischer Nebenzwecke. Die Notwendigkeit der Stärkung von Industrie, Handel und Handwerk ist in der letzten Zeit wiederholt anerkannt worden. Es

ist zu wünschen, daß besonders der gewerbliche Mittelstand sorgsam und freundlich behandelt wird.

Abg. Wodarz (Zentr.): Das Handwerk hat jetzt einen Gemeingeist entwickelt, wie er früher leider nicht immer vorhanden war. Für seine Selbständigkeit kann nicht genug getan werden. Sache der Innungen wird es sein, in dieser Beziehung aufklärend und beratend zu wirken. Zusammenschluß der Kräfte ist die Hauptsache. Das Handwerk meiner Heimat hat dieses Ziel mit großer Energie verfolgt. Die Kriegshilfskassen und die Beratungsstellen begrüßen wir als ein neues Mittel zur Förderung des Mittelstandes. Wir haben das Vertrauen, daß die Hilfskassen sich bewähren und den beteiligten Kreisen eine Quelle des Segens werden. Wir wollen mit diesen Kassen einen Teil des Dankes abtragen, den das Vaterland seinen Kriegern schuldet. Mit den Ausführungen des Berichterstatters über die Ausgestaltung dieser Kassen und mit der Anerkennung für den obersten Heeresbefehlshaber im Osten können wir uns nur einverstanden erklären.

Der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe wird darauf bewilligt, der Antrag Hammer angenommen.

* * *

Wie weit der Gedanke der Errichtung von Lieferungsverbänden bereits in die Tat umgesetzt wird, zeigt, daß sich in Bayern bereits mehrere solcher gebildet haben. So u. a. in Miesbach. Dort hatte die „Freie Handwerker-Innung" kürzlich die Handwerksmeister des Bezirks zu einer großen Handwerkerversammlung einberufen zur Gründung eines Lieferungsverbandes mit dem Sitz in Miesbach. Nach einem längern Vortrag von Architekt Krefft-München wurde beschlossen, daß die Gründung von drei Lieferungsverbänden im Anschluß an die Genossenschaftsbank Miesbach vor sich gehen soll. — Ein bedeutungsvoller Schritt zur Hebung des Handwerks hat anläßlich der Arbeitenverteilung für die Möbel der Münchener Ostpreußenhilfe jetzt Verwirklichung gefunden. Von den sieben Vereinigungen des Münchener Holzverarbeitungs-

gewerbes haben sich sechs (nur die kleinste Korporation ist weggeblieben) zu einem Lieferungsverband zusammengeschlossen, um so auch den kleineren Betrieben und Meistern an großen staatlichen, gemeindlichen und privaten Aufträgen die Beteiligung zu ermöglichen, da immer der Verband als Kontrahent auftritt und die Arbeit an seine Mitglieder weiter vergibt. Die Tätigkeit soll sich auf das ganze Reich erstrecken. Der Verband nennt sich: Münchener Schreiner-Werkstätten-Verband und ist eine Erwerbsgenossenschaft. Die Geschäftsstelle befindet sich Franziskanerstr. 13. Vorstände sind Möbelfabrikant Karl Schwinge und Schreinermeister Simon Burger. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Hofmöbelfabrikant Martin Ballin. Für die Bedeutung des Holzgewerbes in München mag als Beweis dienen, daß z. B. im Jahre 1912 die ausgezahlte Lohnsumme $9^1/_2$ Mill. M. betrug. — Inzwischen haben sich in einer weiteren Anzahl deutscher Großstädte Lieferungsverbände aus den verschiedensten Handwerkszweigen gebildet, die teilweise bereits in Tätigkeit getreten oder noch in der Organisation begriffen sind. Zu hoffen und zu wünschen ist es, daß auch diese Einrichtungen Deutschlands Aufgaben für Handwerk und Gewerbe nach dem Kriege in segensreicher Weise zu lösen berufen sind.

Schlußwort.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Opferwilligkeit der Hiergebliebenen zu Gunsten unserer braven Vaterlandsverteidiger aufs glänzendste bewähren wird und überall ausreichende Hilfe geboten werden wird, wo die Notlage der Kriegsteilnehmer solche erheischt.

Deutschland hat sich große Aufgaben gestellt, das wirtschaftliche und soziale Leben zu neuer Blüte zu bringen. Viel ist bereits in dieser Hinsicht geschehen, viel mehr noch muß in Zukunft geschaffen werden. Deutsche Tatkraft, deutsche Intelligenz und vor allem deutsche Organisation: sie sind vorbildlich in der ganzen Welt. Ziehen wir nur einmal beispielsweise die Verhältnisse in Rußland inbetracht: Dort erklärte am 6. März 1916 in der Duma bei der Behandlung der Hinterbliebenenversorgung Kriegsgefallener der Vertreter des Finanzministers, Kusminski, die Regierung habe dafür keine Kopeke übrig. Diese Erklärung führte einen lebhaften Zusammenstoß zwischen Regierungsvertretern und Abgeordneten herbei. Schingarew bezeichnete den Regierungsstandpunkt als den Gipfel des Zynismus. Der Widerwille gegen den Eintritt in das Heer sei schon groß genug. Er müsse durch die verbrecherische Regierungserklärung, sie werde den Dumabeschluß auf Gewährung von Versorgung nicht gut heißen, noch wachsen. Die Linke erhob einen ungeheuren Lärm. Sawenkow rief: „Gebraucht nicht die Terminologie eurer Kanzlei! Die Duma tut was sie will!" Kusminski nuterbrach den Redner mit den Worten: „Die Regierung kann sich unmöglich der Hinterbliebenen annehmen. Das kostet zu viel Geld. Das Interesse des Staates an dem Wohl der Kriegerfamilien ist gering. Die Kinder Gefallener haben kein Recht, Unterstützungen zu verlangen; das ist Sache privater Wohltätigkeit."

„Wir können sonach auf das, was bisher bei uns in Deutschland bereits errungen ist und noch geschaffen werden wird, ohne Selbstüberhebung stolz sein.

Mögen deutsches Handwerk und Gewerbe treu zusammenhalten, in der kommenden Friedenszeit die errungenen wirtschaftlichen Werte weiter zu pflegen, damit die Völker der Erde zu uns aufschauen als den Trägern der wahren Kultur, damit sie zu der Ueberzeugung kommen, daß auch für sie gilt der Wahrspruch:

„Deutschland, Deutschland über alles —
„Ueber alles in der Welt."

Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 9 Mark 1.50

Volkscharakter und Kriegspolitik in Frankreich / Rußland / England

von

Robert W. Horn.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 9 Mark 1.50

Volkscharakter
und
Kriegspolitik
in
Frankreich / Rußland / England

von

Robert W. Horn.

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 9.

Volkscharakter
und
Kriegspolitik
in
Frankreich / Rußland / England

von

Robert W. Horn.

Berlin W. 1916.
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Vorwort.

Nur zu nahe liegt die menschlich ja durchaus verständliche Versuchung, den noch immer tobenden Weltkrieg als den „letzten Kampf" der Menschheit zu bezeichnen, die grauenhafte Verhöhnung jeden Gefühls für Rechtlichkeit, die wir erleben mußten, zu vergessen und im wiederum gesicherten Frieden nicht mehr daran zu zweifeln, daß nun endlich die Ära friedlicher Entwicklung zu höheren Zielen für die gesammte Menschheit angebrochen sei. Und wie der Dieb in der Nacht würde dann sicher das grausame Erwachen zu einer neuen, noch schreckensvolleren Gegenwart über uns kommen. Unbekümmert und sorglos lebten Millionen von Menschen bis in den Juli 1914 hinein, um, wie von etwas Unerhörtem, plötzlich aus allem ihren politischen Gleichmut, ihren pazifistischen Träumen, ihrem völkerverbrüdernden Singsang gerissen zu werden. Noch waren wir stark. Wehe uns, wenn je einmal eine Zeit kommen sollte, in der wir es nicht sein sollten!

Zum Starksein aber gehört nicht nur Kraft und Willen, körperliche Tüchtigkeit und Organisation. Starksein erfordert, wenn es seinen Zweck der Sicherung erfüllen soll, vor allem auch Wissen und Kenntnisse. Dazu gehört ganz besonders, und in der Zukunft mehr denn jemals, eine möglichst eingehende und vorurteilslose Bekanntschaft mit der Natur und dem Charakter unserer Feinde. Und wenn wir annehmen, daß die Grundlagen eines, sei es auch noch so langsamen Fortschrittes zur Eintracht und zum Zusammenschluß der Völker zu Menschheitsgruppen und Menschheitsgemeinschaften, das Wachsen des Verstehens ist, so ist nichts bedeutungsvoller, als das Wesen unserer Feinde nach Spuren solchen Verstehens zu untersuchen und uns klar zu werden, ob sie, ob der eine oder der Andere, wohl in dieser Hinsicht zu Hoffnungen auf irgend welches Verständnis, nicht nur unseres, sondern irgend eines, ihnen fremden Standpunktes in absehbarer Zukunft berechtigen.

Bücher und Aufsätze, deren Verfasser man nach ihrer sozialen Stellung und politischen Meinung, nach ihrem Werdegang, und soweit wie möglich auch nach ihren persönlichen Bestrebungen kennt, mögen hier wohl mit Nutzen zu lesen sein, eine gute Kenntnis der fremden Sprache vorausgesetzt. Doch wie Wenigen ist die Möglichkeit einer so umfassenden Bekanntschaft mit anderen Völkern gegeben, auch wenn, wie so oft in Deutschland, das Interesse für ausländische Vorkommnisse und ausländischen Reklamehelden das überwiegt, das unseren eigenen Geistesarbeitern hier entgegengebracht wird. Reisen in fremde Länder und längerer Aufenthalt unter Angehörigen fremder Nationen, so lange die Möglichkeit eines mündlichen Gedankenaustausches besteht, ist ebenfalls eine Belehrungsmöglichkeit, die nur einem kleinen Bruchteile der Bevölkerung offen steht und auch ihm nur in zeitlich beschränktem Maße. Diejenigen wieder, die länger in anderen Ländern ihrer Berufstätigkeit nachgehen, werden nur allzu leicht durch ihre Arbeit so stark in Anspruch genommen, daß sie nur selten in der Lage sind, unbefangen urteilen zu können und die Neigung haben, jedes internationale Vorkommnis in erster Linie auf den Einfluß zu schätzen, den es auf sie und den Erfolg ihrer Tätigkeit ausübt.

Nur Wenigen wird der Vorzug, ohne ausgesprochenen Beruf für mehr als 20 Jahre in ständigem Verkehr gerade mit den drei großen Ländern, zu bleiben, die heute an erster Stelle unter unseren Feinden stehen, und soweit England und Frankreich in Betracht kommen, in jedem viele Jahre gelebt zu haben und sie seitdem fast jedes Jahr mehrere Male besuchen zu können; und selten sind die, denen viele Reisen auch in abgelegenen Gegenden Rußlands Einblicke in den Geist und das Denken aller Schichten und vieler Stämme der russischen Bevölkerung zu tun gestattet haben, wie dies alles dem Schreiber dieses möglich gewesen ist. Wenn daher die folgenden Ausführungen auch nicht beanspruchen erschöpfend zu sein, so dürfen sie doch eine gewisse Sachkenntnis beanspruchen, die vorurteilslos dem Wesen unserer Feinde gerecht zu werden sich bemüht.

Frankreich.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, von der französischen Kultur als von etwas ganz besonders erstrebenswertem zu sprechen, diese Kultur als einen überlegenen Vorzug der fränkischen Völkerschaften zu betrachten und die Schönheiten Frankreichs und der französischen Literatur unbesehen dem ganzen Volke „um Paris" anzudichten.

Zunächst besteht die Bevölkerung in den Grenzen der französischen Republik aus drei ziemlich scharf geschiedenen Teilen, die in ihrem Charakter starke Abweichungen zeigen. Der Nord-Franzose ist vor allen Dingen positivistisch veranlagt. Er ist so vorsichtig und zurückhaltend, daß man ohne Übertreibung von einer, für uns in Deutschland einfach unglaublichen Rückständigkeit sprechen kann. Diese Rückständigkeit ist aber nicht auf mangelnde Einsicht zurückzuführen, sondern wurzelt in einem bewußt gepflegtem Konservativismus, der sich ängstlich gegen Neuerungen abschließt und der, in der Besorgnis eines Verlustes erworbenen Besitzes, so viel wie möglich jedem Risiko aus dem Wege zu gehen strebt. Diese vorsichtige Zurückhaltung geht so weit, daß andere als überlieferte Anschauungen, die sich auf Erfahrungen stützen können, von vornherein ablehnend beurteilt werden.

Nach den Grenzen zu zeigt sich örtlich eine Beeinflußung durch die Nachbarn. So ist der Nord-Franzose der an Belgien grenzenden Provinzen bedeutend roher und ungebildeter als die Bevölkerung um Rouen, der alten und schönen Hauptstadt der Normandie. Der Fischer aus Boulogne, der „Boulonnais" übertrifft an Gewalttätigkeit und Trunkneigung den südlicheren „Fécampois", die Seeleute aus Fécamp, um ein erhebliches. Die Grenzbewohner der östlichen Provinzen wieder neigen mehr zu einer leichten Erregbarkeit, leiden mehr als andere Teile Frankreichs an „Revanchitis". Doch ist allen diesen Stämmen der Burgunder, der Normannen und auch der vielgewürfelten

Mischung Nord-Ost-Frankreichs eine gewisse rüde Herzlichkeit, ein etwas lärmendes Entgegenkommendes eigen, das ohne die tiefeingewurzelte mißtrauische Vorsicht zu einem Verständnis Anderer wohl den Anstoß geben könnte.

In den schönen Provinzen Mittelfrankreichs, bis zu den Küsten des Mittelmeeres und der Bay von Biscaya wohnt ein äußerlich feiner Menschenschlag. Die Gesichtszüge der Männer und Frauen sind weniger hart, als im Norden, die Bewegungen geschmeidiger, die Gewohnheiten des höflichen Verkehrs ausgebildeter und wortreicher. Dafür geht ihnen aber jede Möglichkeit einer Einfühlung in fremdes Wesen ab. Mit einem nur durch den wohlgesetzten Fluß der Rede gemilderten Bewußtsein der Überlegenheit lehnen sie alles und jedes Eingehen auf ihnen fremde Anschauungen ab. Beweglicheren Geistes als die Nord-Franzosen und durch die reiche Natur ihres Landes nie gezwungen, sich ängstlich der Pflege seiner Bewirtschaftung zu widmen, schweift ihr Geist gern ins Abstrakte und tummelt sich in Ideologien, ohne Sorge um Grund oder Ziel ihrer Begeisterung. Glänzende Redner in ihrer Art, wissen sie mitfortzureißen und jede nüchterne Überlegung nicht so sehr in einem Schwall von Worten als in einem Appell an irgend welche Hoffnungen der Zukunft, an Ideale zu ertränken, die schon die Athener entflammten, ohne sie zu kräftigen.

Dabei sind sie angestrengter Arbeit fähig und ihrem logischen Geist verdankt Frankreich und die Menschheit ungeheuer viel auf den Gebieten der Verwaltung und der Entwickelung der spekulativen Wissenschaften.

Geringer an Zahl und weit geringer an Einfluß stehen diesen beiden Stämmen die Bretonen gegenüber. Tief umstrickt mit der Traurigkeit und dem Geheimnis einer meerumbrausten Küste, einsam und wie abgeschnitten von dem Reste Frankreichs und Europas lebt in der bretonischen Halbinsel ein Menschenschlag, dem die Vergangenheit lebendiger ist als die Zukunft, ja als die Gegenwart. Jahrhunderte alte Überlieferungen und Gebräuche bestimmen sein Leben von der Wiege bis zum Grabe

und nur selten findet man in den altersgrauen kleinen Städtchen einen Menschen, der frei und offen auch nur einen neuen Gedanken durchzudenken wagen würde. Etwas träumerisch und stolz auf seine Wildheit verschmäht der Bretone, sich mit dem Rest der Welt zu beschäftigen, die ihm zu neu, zu jung, zu wechselvoll erscheint. Das Meer, das jahraus jahrein sich an den Klippen seiner Heimat bricht, ist auch heute noch dasselbe, das schon seinen Vater, seinen Großvater und seinen Urgroßvater verschlungen hat. Weshalb soll es daher nicht auch ihn verschlingen? Und weshalb soll der, dem es bestimmt ist, auf dem Meere zu sterben, sich um das kümmern, was nach ihm auf dem Lande geschehen wird? Möge es auch dort so bleiben, wie es zu Lebzeiten seiner Väter war. Gerade dieses Vergangenheitsbewußtsein erzeugt nun einen Skeptizismus, der jeder Hoffnung die Lebenskraft nimmt. Seit undenkbaren Zeiten stehen die Steine von Carnac; niemand weiß, weshalb sie aufgestellt wurden und sogar die Namen derer, die sie errichtet haben, sind im Dunkel der Vergangenheit verschollen. Und diese Dolmen, diese Men'hir, Steine von ungeschlachter Gestalt, die Einen flach wie Tafeln und Tische, die Anderen aufrecht wie Säulen, sind über das ganze bretonische Land verstreut. Für die Armen und Unwissenden sind sie Zeichen der Macht des Bösen; für die Anderen haben sie keinen verständlichen Sinn, ähnlich ihrem eigenen Leben.

Verläßlich ist der Bretone und treu, wenn ihn nicht gerade der Trunkteufel in den Klauen hat. Selten ist er froh, und auch über seiner Fröhligkeit liegt ein Schleier, eine Furcht oder eine Skepsis.

Die Bretonen sind, aller Wahrscheinlichkeit nach wenigstens, der letzte ethnologisch noch erkennbare Rest der Urbewohner Frankreichs. Und wie die im weitesten Sinne gefaßte geographischen Eigenheiten eines Landes den Untergrund des Charakters seiner Bevölkerung vielleicht so bestimmen, wie die Natur der Kanvasfäden, die härter oder weicher, dünner oder stärker, biegsamer oder starrer sein können, die darauf angebrachte Sticke-

rei, so prägt sich im Bretonen alles das schärfer aus, was unbewußt und noch fließend die französische Volksseele bewegt, gegen das sie sich wehrt, hier noch heiß und aufflammend, dort schon die endgültige Ergebung vorausfühlend: Furcht und Skepsis, die, eins in das andere übergehend, sich gegenseitig bestimmen und tragen.

Ludwig XI. legte den Grund zu der französischen Verwaltung. In den folgenden Jahrhunderten bildete sich diese Verwaltung zu immer größerer Vollkommenheit aus, um unter Napoleon I. jene glänzende Einheitlichkeit zu erhalten, die das ganze Land verwaltungstechnisch fest zusammenfaßte und die Bewunderung anderer Völker, und mit Recht, erregte. Diese Verwaltung jedoch blieb ein System und ist es heute noch. Ein System aber, das nicht beständig neues Leben aufnehmen und verarbeiten kann, erstarrt und übt dann seinerseits einen ertötenden Einfluß auf das Leben des Volkes, dem es dienen soll, aus. Solange als Frankreich noch Rouen, Bordeaux und Grenoble, später auch Lyon als Hauptstädte und getrennte Mittelpunkte des geistigen und völkischen Lebens der umliegenden Provinzen besaß, lebte es reicher und mannigfaltiger als nach der Konzentration der ganzen Verwaltung, des gesammten geistigen und wirtschaftlichen Lebens in Paris. Bis zur Revolution war Paris für das Leben der Bewohner Frankreichs nichts als eine der verschiedenen großen Städten des Landes, deren Bedeutung wohl durch die Nähe des königlichen Hofes und als Sitz der Ministerien gesteigert wurde, die aber nicht im entferntesten die Stelle einnahm, die heute Paris, irrtümlicherweise, meistens zugebilligt wird.

Zwar ist auch heute Paris wohl nach außen hin Frankreich, ist der Mittelpunkt des wirtschaftlichen, des politischen Lebens, aber sein Einfluß auf die Bevölkerung des Landes ist fast ausschließlich politisch, das geistige Leben, die Anschauungen und Gewohnheiten des Volkes, seine Lebenshaltung und die unmittelbaren persönlichen Interessen des Einzelnen werden weit weniger durch Paris bestimmt als man im Auslande anzunehmen

gewohnt ist. Für den Normannen ist Rouen noch immer „la capitale du pays". Lyon vereinigt ausgesprochener als die Hauptstadt Frankreichs die Neigungen der mittleren Ostprovinzen und Bordeaux bedeutet für den Südwest-Franzosen unendlich mehr als Paris. Nur für die östlichen Provinzen, deren frühere Hauptstadt Reims war, ist Paris die Metropole, mit der es engere Beziehungen verknüpfen.

Der Einfluß dieser Tatsachen tritt am schärfsten in der politischen Leitung der Geschicke des Landes zu Tage. Die Nordfranzosen beteiligen sich nur wenig an den Fragen, die das Palais Bourbon erregen. Sie bewahren gegenüber den Ereignissen der politischen Wechselfälle eine vorsichtige Zurückhaltung und nirgends ist der „journaliste" mehr verachtet als in der Normandie. Dem Bretonen widerstrebt jede Beteiligung am öffentlichen politischen Leben der Nation und der Pulsschlag, der von Paris ausströmt, verebbt, ehe er die weiten Flächen und die müden Flecken der rückwärts gewandten Bretagne erreicht. Alle Kraft und alles Leben dieses Herzschlages kommt aus dem Süden. In der Kammer und im Senat sind es die Abgeordneten der südlichen Provinzen, die am meisten von sich reden machen und die am meisten reden. In den Ministerien und in den Verwaltungen, im Kreise der Präfekten und Unterpräfekten, überall herrscht der südfranzösische Einfluß vor mit seinem Ungestüm und seiner oft glänzenden Rhetorik, seinen uferlosen Idealen und seiner Unkenntnis aller Wirklichkeit. Aus Süd-Frankreich stammt auch die immer verheerender auftretende Krankheit der persönlichen Zwecken nutzbar gemachten politischen Gewalt gegen materielle Entlohnung. Es handelt sich nicht um Bestechung, um Korruption, sondern um das Erliegen der eigenen Überzeugung gegenüber geschickt vorgebrachten, klug berechneten Überredungskünsten, die als Umhüllung, als „cachet" im alten Sinne, eines klingenden Lohnes oder eines greifbaren Vorteiles erscheinen und ihre Wirkung ausüben.

Doch der Süden an und für sich ist überhaupt keiner folgerichtigen und zusammenhängenden Politik fähig. Auf sich allein

angewiesen, würde er sich sehr bald in phantastischen Unternehmungen verlieren und auch vor rein egoistischen Zwecken dienenden Umstürzungen nicht zurückschrecken, wie der Winzer Aufstand in der Gegend von Beziers dem aufmerksamen Beobachter nur zu klar zeigte.

Ohne zusammenfassendes Ideal, ohne wirkliches Ziel ist aber völkische Politik überhaupt unmöglich. Daher wäre die Führerschaft der Süd-Franzosen, die sich in allen Maßnahmen Paris' ausprägt, ohne jede Dauer, wenn ihr nicht der Osten die bestimmende Richtung zeigte und ihnen immer wieder das Gesetz des Handelns vorschrieb. Die Gegenden südlich und östlich Reims, der alten Krönungsstadt der französischen Könige, sind noch immer der Urgrund des Lebens für das nationale Dasein Frankreichs. Und gerade dort ist der Haß gegen Deutschland am tiefsten, ist das Bedürfnis nach Wiederherstellung, nach Ausdehnung der alten Grenzen am schärfsten, ist das Rachebedürfnis für die in diesen selben Gegenden erlittenen Niederlagen noch am lebendigsten. Dazu kommt, daß diese Provinzen in einer Art totem Winkel liegen, der sie in gewisser Hinsicht fast vollständig von der Berührung mit der Außenwelt abschließt. Im Osten von dem verhaßten Deutschland begrenzt, dem gegenüber überall dumpfe Ablehnung und störrigstes Nicht-Verstehen-wollen geübt wird, reichen sie im Westen bis an die Tore von Paris, dessen Fieberanfälle die östliche Bevölkerung wohl erregen kann, von dem aber Jedermann weiß und fühlt, daß es, auf sich selbst angewiesen, ohne alle nachhaltige Kraft ist.

So stehen die für die Politik wichtigsten Ostprovinzen ganz unter dem Haßgefühl gegen Deutschland und werden von jedem Aufzucken der Hauptstadt, jedem Fieber, das in der Stadt Paris ausbricht am schärfsten in Mitleidenschaft gezogen.

Es kann daher nicht ausbleiben, daß der Einfluß der östlichen Provinzen Frankreichs die Haltung des Südens nach Richtung und Ziel bestimmt und schon weil er um einen festen Kern zusammengeschlossen ist in den Fragen der gegen Deutschland gerichteten Politik den weitgehendsten Druck ausübt. Dieser Druck

ist deshalb besonders verhängnisvoll, weil er nicht nur mehr oder weniger anonym auftritt, sondern weil aus den erwähnten geringen geistigen Berührungen mit anders gerichteten Anschauungen sich die Ansichten dieser Ostprovinzen unausrottbar fest in den Gehirnen und in den Herzen der Bewohner verwurzelt haben. Für sie ist der Deutsche der Feind und der Kampf gegen Deutschland selbstverständliche Pflicht. Über diesen Rahmen schweift kein Gedanke hinaus und in diesem Rahmen ist der ganze politische Lebensinhalt des Volkes dieser wichtigsten Provinzen Frankreichs beschlossen. Kein Bemühen kann diesen Panzer des Hasses durchbrechen, kein Entgegenkommen diese Verbissenheit lösen.

Diese Geistesverfassung wird durch die in ganz Frankreich einheitlich und ganz schablonenmäßig durchgeführte Schulbildung noch verstärkt. Der Schulunterricht der 40 Millionen Franzosen untersteht einem Lehrplan. Eine Verwaltung gibt der Volksschule und den Lyceen, den Collèges, den Universitäten und Hochschulen aller Art ein gleichförmiges Gepräge: Examen. Dem Lehrer ist es zur ersten und höchsten Pflicht gemacht, eine vorgeschriebene Geistesrichtung zu pflegen und ihr eigenes Denken ist uniformiert. Besondere Beamte sind für jeden Bezirk vorhanden, die außer dem allgemeinen Unterricht der Schulen die persönliche Stellungnahme der Lehrer zu überwachen haben.

Der Lehrstoff ist so ausgewählt und ausgezogen, daß nur eine äußerst geschickt zurechtgeschnittene Masse bestimmter Daten und Tatsachen übermittelt werden kann. Ist es doch eine in Frankreich ganz bekannte Anekdote, daß einer der hervorragendsten Rektoren der Universität von Paris, die aber nicht mit deutschen Universitätsrektoren zu verwechseln sind sondern etwa als Verwaltungsbeamte bezeichnet werden können, erklärte: Nichts gäbe ihm größere Befriedigung als der Gedanke, daß an jedem Mittwoch von 11 bis 12 in sämmtlichen Lyceen (Gymnasien) Frankreichs sämmtliche Schüler einer bestimmten Klasse genau dieselbe griechische Übersetzung anfertigten.

Der Zweck des Unterrichts ist die Erlernung bestimmter Antworten auf bestimmte Fragen, die in den Concours, den Examen, jahraus, jahrein gestellt werden. Das Bestehen eines Examens, die stets vor einer besonderen Kommission abgelegt werden, gibt, ähnlich wie bei uns, das Recht, sich zu einem weiteren Examen zu stellen und so fort ad infinitum. Meistens begnügt man sich aber mit der Erreichung des Baccalaureats, das ungefähr unserem Abiturientenexamen entspricht. Jede individuelle Richtung wird sorgfältig unbeachtet gelassen und es bleibt einem Jeden überlassen, auf Grund des gelernten gleichförmigen Stoffes seine eigene Begabung zu entwickeln und den Weg zu finden, auf dem er etwas leisten kann. Der Durchschnitts-Franzose hat es aber nicht nötig, überhaupt etwas zu leisten. Diejenigen, deren Bedeutung sich Bahn bricht, müssen schon von Anfang an besonders befähigte Menschen gewesen sein, die selbständig und ohne Anleitung zu arbeiten in der Lage waren. Daher findet man auch stets, daß der Franzose sehr leicht versteht, alle Allgemeinbegriffe hat er gelernt, auch leicht etwas auffaßt aber nur selten zu selbständigen Ansichten gelangt oder selbstständlich denkt. Über all das, was er nicht in der Schule gelernt hat, was nicht in den Examina verlangt wird, lebt er in völliger Unwissenheit.

In dieser rein formalen Art des Unterrichts von der Volksschule bis zur Universität liegt der Hauptgrund, weshalb Frankreich wie ein einziges Ährenfeld sich stets in gleicher Weise demselben Winde beugt. Dieselben Gedanken, einmal aufgeworfen, herrschen von einem Ende der Republik zum anderen, bis sie von etwas neuem verdrängt werden. Jedoch alle diese Strömungen bleiben an der Oberfläche. Wenn es den Anschein hatte, als ob die Angelegenheit des verurteilten Dreyfuß tiefere Bewegung auslöste, so war das ein Irrtum, in den nur das Ausland, das Frankreich nicht kennt, verfallen kann.

Gerade die Schuld oder die Unschuld Dreyfuß' interessierte das französische Volk am wenigsten. Es war ein Kampf zwischen klerikalem Militarismus und bürgerlichem Radikalismus; mit

der Gerechtigkeit hatte das Alles im Grunde nichts zu tun. Die, denen bewußt oder unbewußt die Worte Kants vorschweben: „Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf der Erde leben“, denen stellte sich die Frage unter rein menschlichen Gesichtspunkten. Aber in Frankreich sind kantische Worte weder beliebt, noch auch bekannt.

Wohl spielte die Tatsache mit, daß Dreyfuß Jude war, doch auch dies hätte an und für sich keine besondere Bedeutung gehabt. Aber jeder Jude ist im Volksempfinden Deutscher und „sale juif“ ist synonym mit „sale Allemand“. Nun ist nicht zu leugnen, daß der Einfluß der Juden in der französischen Politik und Verwaltung ungeheuere Bedeutung hat, jedoch durchaus nicht im Sinne des Volkswohls, sondern rein nach finanziellen Gesichtspunkten orientiert ist. Die in Frankreich ansäßigen Juden sind selten länger als drei Generationen im Lande und stehen im Herzen den geschichtlich gewordenen Gefühlen des Volkes fremd gegenüber. So empfindet das Volk den Juden als Fremdkörper, als Feind. Dabei ist der französische Jude mit verschwindenden Ausnahmen reich und in seinen Händen liegt fast die gesammte Finanzmacht des Landes. Schon dadurch übt er einen großen Einfluß in der Politik aus. Doch auch in der Verwaltung ist der Jude überall mit an erster Stelle, waren doch vor einigen Jahren von den rund 80 Prefekten, die etwa die Stellung eines preußischen Regierungspräsidenten einnehmen, nicht weniger als 8 bis 10, also rund 10 % in den Händen jüdischer Titulare. Nun ist die Gesammtzahl der Juden in Frankreich aber sehr klein und beträgt etwa 100 bis 120 000. Sie Alle wandern von Frankfurt am Main durch die Ostprovinzen nach Paris und dieser Zug drängt sich dem Franzosen als eine Art „friedlicher Durchdringung“ des Landes mit Deutschen auf. Je ohnmächtiger sie selbst der Tatsache gegenüber stehen, die natürlich von gewissen vornehmlich reaktionären Gruppen noch ganz ungeheuer übertrieben wird, um so stärker wird die Abneigung, und je tadelloser diese naturalisierten deutschen Juden sich in Paris als französische Patrioten geben, desto widerwilliger

werden sie vom Volke aufgenommen, das in ihnen vornehmlich den Deutschen sieht.

Juden jedoch gibt es nur in Paris. In der Provinz sind sie fast gar nicht vorhanden. Nun empfindet man aber im Volke auch gegenüber der kleinen Minorität von französischen Protestanten ganz ähnlich. Auch hier handelt es sich nicht um den konfessionellen Unterschied, sondern um den hervorragenden Einfluß protestantischen Mitbürger, die in der überwiegenden Mehrzahl wohlhabend und oft reich sind. Schon durch das Behaupten ihrer Überzeugung trotz aller scharfen Unterdrückungen und Verfolgungen der früheren Zeit seitens des Katholizismus haben sie sich lebenskräftiger als die Mehrzahl ihrer Landsleute erwiesen. Was ihnen, genau wie den Juden, vorgeworfen wird, ist die Macht, die sie auf Grund ihrer besseren Vermögenslage und ihrer allgemeinen höheren Tüchtigkeit ausüben. Gesuche um Befreiung vom Militärdienst, um Erniedrigung der Steuern, um Überweisung eines der staatlichen Tabakverkaufsläden, den drei Punkten, die das Volk bezeichnender Weise am meisten interessieren, haben mehr Aussicht auf Erfüllung, wenn sie durch eine protestantische oder eine jüdische Persönlichkeit vertreten werden, als unter anderer Protektion. Wenigstens ist diese Überzeugung in weiten Kreisen des Volkes gang und gäbe.

So zeigt sich auch hier das Unvermögen des Volkes, Unterscheidungen zu machen, selbst zu denken, gepaart mit einem ausgesprochenen Widerwillen nicht nur gegen jeden fremden Einfluß, sondern gegen jeden Einfluß überhaupt. Oft wird das in Zusammenhang mit einem ausgesprochenen Individualismus gebracht, doch ist dieser Individualismus vor allen Dingen passiv. Was der Franzose nicht ertragen kann, ist das Hervortreten einzelner Kreise, einzelner Personen, sei deren Tüchtigkeit auch noch so unbestreitbar. In seinen Augen wird dadurch seine eigene Bedeutung gemindert und er wehrt sich gegen jeden solchen Einfluß durch eine, aller nüchternen Überlegung bare Bekämpfung, die letzten Grundes auf der Furcht vor jeder fremden Überlegenheit beruht, oder aber durch eine Skepsis, die unbekümmert

um jegliches Prinzip von Wahrheit oder Wahrhaftigkeit, einfach die Leugnung jedes überragendes Verdienstes verfügt.

Gegenüber dem mächtigen Einfluß der jüdischen Geldaristokratie, gegenüber dem, die Prinzipien der Revolution, „den unsterblichen Prinzipien von 89" vielleicht am kräftigsten vertretenden Protestantismus, gegenüber den bürgerlich-radikalen Bestrebungen gewisser industrieller und Handelskreise, gegenüber den sozialistischen Ansprüchen der Arbeiterschaft, die in der Confeindlichen Royalisten, Bonapartisten und Klerikalen ist das einzig verfolgen, gegenüber den, der bestehenden politischen Ordnung feindlichen Royalisten, Bonapartisten und Klerikalen ist das einzig einigende Band die innere Gleichgültigkeit der Provinzen trotz aller Fieberanfälle der Hauptstadt. Und dieses Band, daß die verschiedenen Volkskreise in Frankreich umschließt und den Staatskörper als solchen am Leben erhält, findet seinen Ausdruck in der einheitlichen Verwaltung. An ihr ist der einzelne Bürger wohl durch seine Stimmrecht beteiligt, aber eine tatsächliche Beeinflussung des ganzen großen Verwaltungsapparates ist auf diesem Wege aussichtslos, schon weil die Auffassung und die Lebensführung der Beamten selbst letzten Grundes von den Ansichten bestimmt werden, die das Volk in seiner Gesammtheit beherrschen.

Und dort treffen wir überall auf sorgsames Abschließen der Familie und des persönlichen Lebens gegenüber allen fremden Einflüssen. Die Familie ist zu einer Art Verwaltungskörper des Familienvermögens geworden und ganz unbewußt werden die Interessen der Sicherheit des materiellen Familienlebens stets denen einer freien Betätigung der Einzelmitglieder vorangestellt. Der Verkehr bewegt sich in eng geschlossenem Kreise und wenn die männlichen Glieder der Familie auch weitere Berührungen mit dem Leben haben, so bestehen sie doch fast ausschließlich in dem regelmäßigen Besuch bestimmter Kaffeehäuser, die zu bestimmter Stunde tagtäglich von Allen, die zu derselben Gesellschaftsschicht gehören, aufgesucht werden.

So kann es nicht ausbleiben, daß auf Grund allgemeiner gleicher Erziehung, im Kreise gleichen Verkehrs eine Gleichheit der Anschauungen sich herausbildet, die für jede Gesellschaftsklasse stereotyp wird. Von äußeren Einflüssen fast vollständig abgeschnitten, im Besitze einer begrenzten Menge von abgeschlossenen Kenntnissen, selten einer anderen als der eigenen Sprache mächtig, im Banne einer sich über ganz Frankreich erstreckenden gleichen Kultur und zusammengehalten von einer überall in derselben Weise organisierten Verwaltung, auf einige, wenige Zeitungen angewiesen, die wenn sie nicht in Paris erscheinen, doch von dort her ihre Färbung und ihren Ton erhalten, ist der Franzose von heute zum wandelnden Automaten geworden, das gehorsam der Hand eines Jeden nachgibt, der sich hütet, die grundlegenden Begriffe: die Überlegenheit der französischen Kultur, die Bedeutung Frankreichs für das Bestehen der Welt und die Stabilität des persönlichen Lebens, anzutasten.

Allem Ausländischen, allem Fremden feindselig und zugleich furchtsam gegenüber stehend, lehnt Frankreich vor allen Dingen jeden deutschen Einfluß auf das Entschiedenste ab, da es genau fühlt, daß es ihm nicht gewachsen ist und in ihm weiter nichts, als eine Störung seiner eigenen, so behaglich eingerichteten Kreise sieht, die für ihn nicht nur die französische Kultur, sondern „la culture“ schlechthin bedeuten.

Diese Kultur ist aber von dem, was man in Deutschland unter Kultur versteht durchaus verschieden. Uns ist Kultur ein Ideal, dem Franzosen eine Wirklichkeit. Kein Deutscher behauptet, auch nur die deutsche Kultur voll zu besitzen, für ihn ist sie, nicht etwas unerreichbares, aber etwas noch nicht erreichtes, ein Ziel, dem er sich mehr oder weniger willenskräftig zuzustreben bemüht. Für den Franzosen ist der Kulturzustand schon erreicht, und was mehr ist, er hat ihn erreicht. Jedes Hinzufügen, jedes Hinwegnehmen von der französischen Kultur kann nur schaden, seine Kultur ist greifbar; er hat in so vielen Examen darüber aussagen müssen, daß sie ihm als Begriff „über“ geworden ist. Wie man überhaupt von „culture“ spre-

chen kann, versteht er nicht. Ihm fällt nur auf, daß der Deutsche das Wort Kultur mit einem großen „K", er culturè" mit einem kleinen „c" schreibt. Weshalb man weiter darüber nachdenken soll, ist ihm vollständig unbegreiflich. Folglich unterläßt er es, und beschäftigt sich mit sich selbst, der Blüte der Kultur.

So lebt der Franzose, eingesponnen in seine Träume nationaler Größe, im Bewußtsein seiner unendlichen Überlegenheit, als erreichtes Kulturideal, inmitten seines reichen Landes und spielt mit Ideen, während draußen in der Welt das Leben der Menschheit braust und der Kampf um die Zukunft wogt. Wenn die Politik seines Landes nicht auf den Gegensatz zu Deutschland eingestellt wäre, wodurch er ständig gezwungen ist, sich mit Deutschland trotz allem und jedem zu befassen, würde er selbstzufrieden den Deutschen Deutschen sein lassen. Wie die Dinge aber liegen, muß er sich mit Deutschland auseinandersetzen, und da er sieht, wie wenig französische „culture" bei uns sich ausprägt, tut er uns als Barbaren ab, deren brutale Überlegenheit er doch fürchtet.

Die Unruhe, die so in sein völkisches Leben getragen wird, wirkt noch verschärfend auf seine Abneigung gegen alles Deutsche und immer härter, immer verzweifelter wird die Feindschaft gegen uns. Denn von ihm zu uns führt keine Brücke. Zwischen ihm und uns ist keine Verständigung möglich. In sich abgeschlossen ein erreichtes Ziel, ist die französische „culture" keiner Änderung mehr fähig. Wie die französische Sprache in ihrer krystallenen Struktur keine weitere Entwickelung mehr zuläßt, so auch der Franzose.

Arthur Meyer, der Leiter des Gaulois, dessen Großvater als Rabbiner im Elsaß lebte und der selbst in Havre geboren ist, hat die Tochter des Prinzen de la Tour d'Auvergne, des Marquis de Turenne geheiratet. Kaum ein anderer Name als der dieses Geschlechtes strahlt leuchtender in der französischen Geschichte. In seinem Buche: „Ce que mes yeux ont vu" (Was meine Augen sahen) erwähnt er den bekannten Redakteur der Temps, André Tardieu und nennt ihn einen der angesehensten

Journalisten in den Fragen der auswärtigen Politik (un des journalistes les plus entendus dans les questions de politique extérieure, S. 386) von dem Fürst Bülow gesagt habe: Es gibt in Europa drei Großmächte und .... Herrn Tardieu (Jl y a trois grandes puissance en Europe et ..... M. Tardieu, S. 381). Herr Tardieu, der erster Botschaftsekretär ist und eine Professur an der Hochschule für Politik bekleidet, hielt am 22. Februar 1907 vor den Mitgliedern der freien Hochschule für Politik (Ecole libre des Sciences politiques Paris) die durchgängig aus Diplomaten und solchen, die es werden wollen, bestehen, einen Vortrag, den er mit Erweiterungen im Dezember 1910 veröffentlicht hat. Dieser Vortrag behandelte die auswärtige Politik Deutschlands und der erfahrene französische Diplomat und angesehene Gelehrte, der, sich des Sinnes der Worte wie kaum ein anderer genau bewußte politische Schriftsteller schreibt (S. 77):

„Wilhelm II. bereitet die politische Annäherung äußerst geschickt durch eine sentimentale Annäherung vor. Dies fällt ihm leicht, denn wie viele seiner Landsleute empfindet er uns gegenüber ein Interesse, das er Sympathie nennt, das ich mich aber begnügen werde, als Neugierde —(curiosité) - zu bezeichnen"

Dieses Wort „curiosité", das der hochstehende Redner und gewandte Schriftsteller mit so bezeichnender Umschreibung anwendet, hat aber nicht nur den Sinn von Neugierde, sondern drückt das Gefühl aus, mit dem wilde Völkerschaften den ersten weißen Mann und seine wunderbaren Geräte betrachten.

Dieses Wort Tardieu's, das nicht für die Öffentlichkeit der Zeitung bestimmt war, sondern der Beeinflussung des diplomatischen Nachwuchses der französischen Republik diente, dieses Wort ist der Schlüssel zu der Haltung der Franzosen uns gegenüber. Sie lehnen, auch in ihren höchsten Vertretern, jede Bekanntschaft mit uns ab, betrachten uns als Völkerschaften, an denen man kein anderes als rein ethnologisches Interesse haben kann. In verbindlicherer Form, mit mehr Worten und in einer

Verkleidung, die nur den nicht an französische Rhetorik gewöhnten täuschen konnte, hat das Mitglied der französischen Akademie, Herr E. Boutroux dasselbe in seinem Vortrag vom 16. Mai 1914 in der Universität zu Berlin gesagt. Wie, frug damals der Redner, soll es möglich sein, den kategorischen Imperativ Kants mit dem Sentimentalismus Rousseau's zu verbinden?

Dieser Standpunkt wird in ganz Frankreich geteilt. Mit ihm müssen wir uns abfinden. Wenn bei uns einige Enthusiasten von der Möglichkeit einer Annäherung der beiden Völker sprechen, so träumen sie mit offenen Augen. Denn für eine solche Annäherung fehlen alle Vorbedingungen des Verständnisses. Nicht nur weiß der Franzose nichts von Deutschland; er will auch nichts von ihm wissen. Und selbst wenn er es wollte, über ihm und seinem Lande liegt eine Vergangenheit, die viel älter als das letzte Jahrhundert ist, und die die Kraft der Menschen erschöpft hat. Edmond und Jules de Goncourt schreiben in ihrem Werke La femme au XVIIIe siècle (S. 198): „Von ihnen (den Frauen jenes Jahrhunderts wie sie Laclos nach der Natur in seiner „Liaisons dangereuses" beschreibt) kann man sagen, daß sie im amoralischen Messalina um eines ganzen Hauptes Länge überragten. Sie schaffen tatsächlich, enthüllen, ja verkörpern in sich eine Korruption, die Alles hinter sich läßt, eine Korruption, die man nur ideal, unerreichbar, nennen kann: die leidenschaftliche Hingabe an das zügellos Schlechte, die Ausschweifung im Verruchten". Wenn schon die Frauen eines Volkes solche Beurteilung von ihren eigenen Landsleuten erfahren, welche Stufe mögen dann die Männer erreicht haben?

Wie aber stand es damals in den tieferen Schichten des Volkes. Die gleichen Schriftsteller, — die beiden Goncourts dürfen ohne weiteres als die genauesten Kenner des XVIII. Jahrhundert's in Frankreich angesprochen werden — sagen hierüber: „Was finden wir in jener Zeit? Im moralischen wie im physischen zeigt die Frau aus dem Volke kaum irgend welche feineren Züge. Mitten in der vollsten Entfaltung der Zivilisation jener

Epoche, im Mittelpunkt der Aufklärung und der Intelligenz ist sie, wie der Verfasser der „Parisiennes" (Rétif de la Bretone) nachweist, ein Wesen, dessen Gehirn nicht mehr Ideen enthält, als das eines Hottentoten, in Materialismus und Brutalität tief versunken, ein Wesen, dessen Begriffe von Regierung sich im Schauspiel einer Hinrichtung auf dem Place de Greve erschöpfen und das die öffentliche Macht in hinterhältigen Überfällen sieht, die Gerechtigkeit im Polizeikommissar, das Christentum in einem neunmaligen Umzug um den Thron der heiligen Genofeva. Hin und wieder nur, erleuchtet sich ihr Herz für einen Augenblick; Rührung, Schmerz, Mitleid, Abscheu durchzucken es, um sogleich wieder zu erlöschen, vorübergehende Aufwallungen, gegen die sich Alles vereinigt, um die Frau aus dem Volke hart zu machen" Man sage nicht, daß dieses Alles so weit zurück liege, als daß es noch irgend welche Bedeutung haben könne. Lehrt nicht die Geschichte, daß, wie die Vitalität eines Herzens auch die Vitalität eines Volkes zur Neige, zu Ende gehen kann? Und wie die Kraft des Herzens, leichtsinnig verschleudert, sich, bevor das Ende kommt, noch immer und immer wieder in krampfhafter Überanstrengung zu Leistungen aufraffen kann, denen es in Wirklichkeit nicht mehr gewachsen wäre, wenn nicht ein starker Wille es aufpeitschte, so kann auch ein stolzes Volk sich zu Taten aufraffen, die, selbst wenn sie sein eigenes Ende nicht aufhalten sondern nur beschleunigen, doch unendliches Leid über die, gegen die sich seine Angriffe richten, bringen können. Und wenn der Herzschlag des französischen Volkes hastig und unruhig geworden ist, so bleibt ihm doch noch eine Sorge übrig: die Illusion der eigenen Größe zu wahren.

Wieviel bezeichnender Pathos liegt nicht in den kurzen Zeilen eines jungen französischen Arbeiters, der bei Ausbruch des jetzigen Krieges von seinem Regiment aus an seine mir bekannten Eltern schrieb: „On a nommé trois cents volontaires j'en suis" (Bei uns sind 300 Freiwillige aufgestellt worden; ich gehöre dazu). Und wenn man in der Literatur der letzten Jahre eine Verkörperung des Franzosen unserer Tage sucht,

so lese man die Romane von Abel Hermant. Sie sind meistens in Tagebuchform gehalten und die Person, die die Ereignisse verzeichnet, und die sie mit spöttischem Blick und in steter Sorge, sich selbst irgend wie zu weit vorzuwagen, in oft geistreicher Sezierung, aber stets im Schleier eines halb furchsamen, halb überlegenen Spottes an uns vorüberziehen läßt, diese Person ist, ohne daß der Verfasser darum weiß oder es beabsichtigt, der Typus des Franzosen.

So besteht keine Aussicht, je zu einer Verständigung zu gelangen. Die Form der französischen „culture" mag diese Tatsache auch in der Zukunft verdecken, der Untergrund der Abneigung wird stets bestehen. Wir sind dem Franzosen antipathisch, unverständlich, barbarisch. Nicht so sehr der Einzelne, als die Gesamtheit. Er mag offenen Ohres und aufmerksamen Geistes uns zuhören, mit verbindlichem Lächeln unsere Erklärungen und Darlegung aufnehmen, mit dem Verstande den Fäden unseres Gefühls nachzugehen versuchen und so vielleicht zu einem wissenschaftlichen Begreifen unserer Gründe gelangen können, niemals wird er uns verstehen. Stets wird er sich auf die Seite unserer Feinde stellen, denn was sein Leben lebenswert macht, die ungestörte Ruhe einer selbstsicheren Überlegenheit ist unwiderruflich, und durch uns, vernichtet. Die Formel, daß wir jung sind und er alt, besagt nichts. Auch ist sie historisch nicht wahr. Aber Niemand kann sich der Tatsache entziehen, daß wir wollen, während Frankreich keine Kraft mehr zum Wollen hat; daß wir streben, während Frankreich nur nach einem Glanz und einer Überlegenheit lechzt, die auf immer dahin sind; daß wir wachsen, während Frankreich abnimmt. Diese Tatsachen kann nichts ändern.

So bleibt ein heißer Groll und ein nagender Schmerz im Herzen jeden Franzosen, der nicht fähig ist, die geschichtlichen Zusammenhänge und die auch im Leben der Völker unerbittlichen biologischen Gesetze zu verstehen und zu achten. Daß ihn die Engländer geschlagen haben, daß Frankreich einen Dupleix auf das Geheiß Englands gehorsamst aus dem sich ihm unter dem

Genius dieses wahrhaften Großen mehr und mehr beugenden Indien, zurückrief, nicht die Kraft in sich fand, das Edle dieses seines hervorragenden Sohnes gegenüber dem Tiefgemeinen und Verderblichen eines Clive und später eines Warren Hastings durchzusetzen, daß es demütig Faschoda über sich ergehen ließ, besagt alles; bedeutet aber für ihn heute nichts, gegenüber dem Gefühl, daß wir seit 1870 stärker sind als er, stärker, lebendiger und lebenskräftiger. Und in dieser Schwäche erscheint jeder deutsche Annäherungsversuch als Hohn. Nur zu deutlich zeigt die Ermordung unserer wehrlosen Landsleute in Marokko auf das besondere Geheiß und unter dem Mantel einer Farce, wie der des dort durchgeführten Kriegsgerichtes, zeigt die Mißhandlung der Deutschen in Algiers und in Kamerun seitens der französischen Behörden den Abgrund von Haß, der zwischen ihnen und uns gähnt, das Gefühl verzweifelter Rachgier, das sie beseelt. Jeder Versuch einer Annäherung läßt den nur mit Mühe zurückgehaltenen Ausbruch feindseliger Leidenschaft nur um so heftiger emporlodern, da er den Anschein erweckt, als ob die Kraft des französischen Volkes gestiegen und der Tag der ersehnten Vernichtung des deutschen Gegners nahe gekommen wäre. An ihnen ist es, sich uns zu nähern, wenn überhaupt noch irgendwelche Möglichkeit eines Verständnisses vorhanden sein sollte. Die Beziehungen zwischen Nationen werden nicht bestimmt durch die Beziehungen, die zwischen zwei Vertretern verschiedener Völker bestehen mögen. Persönliche Verbindungen dürfen uns nicht über die grundlegende Verschiedenheit täuschen, die trotz aller Versuche, sie nicht zu sehen, doch vorhanden ist. Wie André Tardieu ebenso vorsichtig als geschickt andeutet: für den Franzosen sind wir und werden wir stets Wilde bleiben.

Deshalb ist es in der Zukunft mehr denn je unsere Pflicht, uns gegen jede Angriffsmöglichkeit zu sichern. Unsere Stellung an der Westgrenze muß so stark werden, daß sie überhaupt nicht einzunehmen ist. Jeder Annäherungsversuch unsererseits ist vollständig aussichtslos, ja verderblich, denn er kann zu weiter nichts führen, als zu einem erneuten Aufflammen der leidenschaft-

lichen Selbstüberhebung des französischen Volkes.

Wir haben von Frankreich weder Entgegenkommen noch Verstehen zu erwarten. Je mehr es an Kraft und Bedeutung einbüßt, um so heißer und brennender wird sein Haß gegen uns werden. Mag sein, daß in ein, zwei Generationen dieser Haß sich zur Gleichgültigkeit abkühlt, bei der ersten Gelegenheit wird er stets von neuem aufbrechen. Nur wenn wir demütig zur Seite treten und Frankreich die Macht und den Glanz zugestehen, auf die es keinen Anspruch hat, nur wenn wir uns als untertänige Diener zur großen Fremdenlegion umwandeln, die Frankreich bedingungslos zur Verfügung steht, nur dann wird Frankreich hin und wieder sich herablassen, uns zu bemerken. Verstehen, achten, lieben wird es uns deshalb nicht.

Die Furcht und die Skepsis der Bretagne haben sein Innerstes erfaßt und in Furcht und Skepsis wird es seinen Weg in jene dunkle Zukunft gehen, die wir nicht entschleiern können.

Für die politische Zukunft Europas jedoch ist es von der größten Bedeutung, ob ein so geschlossener Staat wie Frankreich sich eigensinnig jeder Festigung der inner-europäischen Verhältnisse widersetzt und in seinem kindisch-trotzigen Haß gegen die ihm an Lebenskraft und Volkszahl, an zielbewußtem Fortschritt und an Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit weit überlegenen Mittelmächte beharrt, oder ob er bereit ist, an seinem Teile ebenfalls an den Zielen eines festeren Zusammenschlusses der europäischen Staaten angesichts der ständig wachsenden Erstarkung der außer-europäischen Länder-Verbände — Rußland, England, Ostasien, Nord- und Süd-Amerika — mitzuarbeiten.

Heute wie vor hundert Jahren denkt Frankreich nur an sich selbst und sieht seinen Feind ausschließlich in Deutschland. Nicht nur seit 1870, schon lange vorher war das Ziel seiner äußeren Politik das ganze linke Rheinufer von Basel bis zur Mündung des Stromes. Die Erstarkung des geeinigten Deutschlands machte die Erreichung dieses Zieles aus eigener Kraft zur Unmöglichkeit. So lebt der Haß gegen Deutschland wie eine

fressende Wunde im französischen Staatskörper. Und doch ist die äußere Ursache seines Niederganges nicht Deutschland, sondern England. Aber nur die zurückhaltende, vorsichtige Bevölkerung Nord-Frankreichs hat dies noch nicht vergessen. Hier aber könnte auch der einzige Hoffnungsschimmer gefunden werden, der vielleicht einen Umschwung der Stimmung, eine weniger haßerfüllte grundsätzliche Abneigung gegen alles Deutsche im Laufe der Jahrzehnte herbeiführen mag, — was aber eine beträchtliche Hebung des allgemeinen Bildungsstandes der großen Masse der Bevölkerung dieser Gebiete zur Voraussetzung haben muß.

Ein mir bekannter normannischer Hafenwärter einer kleinen Küstenstadt Nordfrankreichs begrüßte die Nachricht vom Ausbruch des jetzigen Krieges mit den Worten: „Enfin on va pouvoir leur casser la gueule à ces sales Anglais" (Endlich werden wir diesen verdammten Engländern die Fresse einschlagen können), und war tief entrüstet, als er darüber belehrt wurde, daß ganz im Gegenteil, die Engländer seine lieben Freunde, Bundesgenossen und Brüder seien.

Dieser Haß gegen England hat auch seine sehr triftigen Gründe, ist aber in Nordfrankreich, dessen Häfen die Engländer unzähliche Male mitten im Frieden überfallen und verwüstet haben, viel tiefer im Gedächtnis des Volkes haften geblieben, als irgendwo sonst im Lande. Das für alle französischen Schulen vorgeschriebene Lehrbuch: „Cours complet d'Histoire de France" (Belin frères, Paris, 1890, S. 390) gibt in dieser Hinsicht folgende bezeichnende Zusammenstellung: „Durch die Bemühungen zweier einsichtsvoller Minister, Machault und Rouille war unsere Flotte (um 1750) wieder hergestellt. Unsere Kolonien waren im Aufblühen. Dupleix und sein tapferer Leutnant Bussy legten den Grund zu einem großen französischen Reiche in Indien.

„Dieses Erstarken unserer maritimen Kraft überwachte England mit unruhiger Besorgnis und beschloß, es zu ersticken. So entschlossen wir schienen, den Frieden zu wahren, so entschlossen war England, ihn zu brechen. Es forderte und setzte

die Abberufung Dupleix' (1754) durch und beschoß unsere befestigten Anlagen am Senegal bis zur Vernichtung; es beseitigte die Grenzpfähle unserer Besitzungen in den Antillen, bemächtigte sich mit Gewalt des Tales des Ohio-Flußes, dessen Besitz uns bestritten wurde. Ein als Parlamentär an den englischen Befehlshaber gesandter Offizier, Jumonville, wurde mit voller Absicht ermordet. Endlich brach infolge eines letzten Übergriffes der Krieg aus: 300 unserer Handelsschiffe, die reich beladen aus den Kolonien heimkehrten, wurden ohne Kriegserklärung einfach von den Engländern gekapert. So war der Anfang des siebenjährigen Krieges ausschließlich ein Kampf um die Seeherrschaft zwischen Frankreich und England.".

Als England diesen Kampf zu seinen Gunsten entschieden hatte, verriet es kaltblütig seinen Verbündeten, Friedrich den Großen, und überließ ihn seinem Schicksal. Sein Verdienst ist es nicht gewesen, daß der große König sich behaupten konnte. Doch anders als in Deutschland ist dieses Vorgehen Englands von den Bewohnern der französischen Nordküste auch heute noch nicht vergessen, wie die oben erwähnten Worte meines normannischen Freundes aus dem Volke beweisen.

Daher erscheint die Hoffnung, daß Frankreich eines Tages zu der Einsicht kommen könnte, sein früherer Hauptfeind, der hunderte von Jahren unablässig an seinem Niedergang gearbeitet hat, habe auch heute noch dasselbe Gesicht, ein englisches, nicht so ganz und gar unbegründet.

Zwar steht diese Hoffnung auf schwachen Füßen, denn zu Verwirklichung wäre es notwendig, daß der Osten Frankreichs mit seinem unbeholfenen und verderblichen Haß gegen alles Deutsche, die politische Führung des Landes an den Norden abgäbe. Hierfür sind keine Anzeichen vorhanden. Das Ruhmesbedürfnis Frankreichs muß durch die Armee befriedigt werden, wenn es überhaupt befriedigt werden soll. Die Armee aber kennt nur einen Gegner: Deutschland. So wird der Einfluß der Ostprovinzen noch verstärkt. Der Normanne ist vorsichtig und läßt sich nicht auf Abenteuer ein. Bisher war ihm der

Osten Frankreichs als mögliches Kriegsgebiet noch fern genug, um sich nicht unmittelbar bedroht zu fühlen. Wird ihm aber einmal die brutale Überlegenheit und Rücksichtslosigkeit Englands klar, spürt er ihre Folgen wiederum am eigenen Leibe, dann ist es nicht unmöglich, daß er sich zu energischer Abwehr aufrafft und die Hilfe dort sucht, wo er sie allein finden kann: bei Deutschland.

Ich glaube aber nicht, daß auch nur einer der heute Lebenden dies noch sehen wird, es sei denn, England träte gar zu herrisch in den von ihm besetzten Gebieten auf. Erst dann wird es möglich sein, von einen europäischen „Kontinent" gegenüber dem hochmütig und in ständiger Profitgier auf der Lauer liegenden, abseitsstehenden Inselbewohnern zu sprechen, erst dann wird der geographische Begriff Europa sich auch mit einem politischen Einheitsgebilde zu decken beginnen können.

Doch zu dieser Entwicklung können wir nicht beitragen. Von selbst muß Frankreich diesen Weg wählen und ihn aus eigener Entschließung einschlagen. Ob es dazu jemals die Kraft finden wird, steht dahin. Sehr wahrscheinlich ist es nicht; scheint ihm doch auch in seinen kühlsten Köpfen jedes Gefühl für logisches Denken abhanden gekommen zu sein, wie dies ein Aufsatz des Professors an der Sorbonne, L. Levy-Bruhl zeigt, indem dieser bekannte Gelehrte (in der Zeitschrift „Scientia", Januar 1915 Seite 52) nachdem er die Ursache des Krieges in der militärischen Rüstung Deutschlands gefunden zu haben behauptet, sich wie folgt ausläßt: „Das (deutsche) Heer ist sein (Deutschland) Stolz, seine Freude, sein Leben. Es ist das Gegenstück zu so vielen Jahrhunderten, in denen seine politische Geschichte ihm nur Einfälle seiner Nachbarn in sein Gebiet und Länderverluste zeigt'. Daß Deutschland ohne sein Heer nicht leben kann, daß wir ohne das Heer auch weiterhin, wie in der Vergangenheit Überfälle, Einbrüchen unserer Nachbarn, Gebietsverlusten ausgesetzt wären, das alles gibt der gelehrte Verfasser zu, trotzdem aber . . . . . !

Jeder Versuch einer Verständigung mit Gehirnen, die in dieser Weise denken, ist vollkommen aussichtslos. Erst wenn die pathologischen Ursachen des französischen Hasses nicht mehr das Leben des Volkes vergiften, erst wenn Frankreich erkennt, daß wir nichts verlangen, als in Ruhe gelassen zu werden, erst wenn es sich herabläßt, über seinen eigenen, kleinen, veralteten Wahnideen das große Ziel der Menschheit und des menschlichen Fortschrittes ins Auge zu fassen, erst dann kann auf die Möglichkeit einer langsamen Anbahnung eines besseren Verständnisses gehofft werden. Bis dahin aber muß, wie der französische Professor sehr richtig bemerkt, und soweit unser Verhältnis zu Frankreich in Betracht kommt, unser Leben als politisch und wirtschaftlich selbständiges Volk auf der Kraft unseres Heeres und der weitestgehenden Sicherung unserer Grenzen gegründet bleiben.

Rußland.

Das Tor Asiens nach dem Norden Europas ist Moskau. Weit ausgedehnt leuchten die goldenen Dächer seiner tausend Kirchen in der sanft gewellten, grünen Landschaft, die ein weiter, durchsichtig blauer Himmel wie ein Schleier überspannt. Wer dort durch den engen, grauen Turm des heiligen Nikolas den Platz betritt, der wie der Vorhof der Kreml ist, steht in der Spitze eines Dreiecks, dessen eine Seite von Kanonenrohren aus der Zeit Napoleons umsäumt wird, die in langen Reihen vor der gelben, rot abgesetzten Wand des Arsenals aufgebaut sind. Auf der anderen Seite führt ein dunkler Durchgang in einer grauen Wand zu dem Senatsgebäude, und die Basis des Dreiecks wird von den niedrigen Mauern einer Kaserne gebildet, über denen die grün-goldenen Dächer der verschiedenen Kreml-Kirchen sich erheben, die das große Paradefeld der Kremlburg überwachen, zu dem ein nicht sehr breiter Durchgang von dem dreieckigen Vorhofe aus führt.

Kaum 30 Meter von dem Turm des heiligen Nikolas, in der Spitze des Vorhofes, steht ein kleines schwarzes Denkmal. Es bezeichnet die Stelle, an der der Großfürst Sergius sammt seinem Kutscher und dem Orlofftraber vor seinem Wagen durch eine Bombe zerrissen wurde. Am anderen Ende des Platzes steht eine Riesenkanone aus dem Mittelalter, die nie einen Schuß abgab, und unweit davon, eine große Glocke, die sich für den Turm, dem sie bestimmt war, zu schwer erwies, und die nie geläutet hat. Beiden gegenüber erhebt sich das unscheinbare niedrige Vorhaus eines Klosters mit unscheinbaren kleinen Fenstern. Dort erhält ein Jeder, der anklopft, ohne jedes Wort der Frage, gleichgültig ein Stück Brot gereicht.

So ist dieser stumme und häßliche Platz wie ein Spiegelbild der Mächte, die Rußland bewegen. Das Denkmal der Vernichtung eines ruchlosen Lebens, das mehr Unglück, Jammer und Verzweiflung über Tausende gebracht hat, als das teil-

nahmlose, stille Kloster mit seinen Gaben in vielen Jahrhunderten zu lindern vermag; und gegenüber einem schweigenden Kloster und seiner mechanischen Barmherzigkeit die zwecklose Kanone, das Abbild sinnloser Kriege; neben ihr die stumme Glocke, die eine Religion verkörpert, deren an der Erde gebundener Geist Niemanden erheben kann: ruchlose Gewalt und gleichgültige Selbstsucht, Gier und Gedankenlosigkeit, das sind die Mächte, die sich in Rußland ausleben können und deren Sinnbilder der Kreml zeigt. Und wie der Kreml, so werden auch diese Mächte überschattet von gewaltig drohenden Kirchen und beschützt von der stumpfen Rohheit eines ungeheueren Heeres.

Diesen Gedanken kann sich Keiner entziehen, der auch nur kurz von unter dem Torgang jenes altersgrauen, barbarischen Turmes, — den „Roten Platz" der zarischen Bluturteile im Rücken — einen Blick auf den rückwärtigen Hof des Kreml wirft und dort die Kehrseite des „heiligen Rußland" nachdenklich betrachtet.

Der große Paradeplatz aber wird von einem glänzenden Palast, in dem jener Großfürst Sergius gewohnt hat, überblickt. Ihm gegenüber steht wieder ein Denkmal, diesmal von gewaltiger Größe, das den Zaren Alexander II. darstellt. Es ist von einem Säulenrundgang umgeben, dessen Decke die Bilder aller russischen Zaren in kostbarer Goldmosaik zeigt, und soll nicht weniger als drei Millionen Rubel gekostet haben.

Kaum einen Steinwurf entfernt zieht sich, hinter diesem Denkmal, nach Süden zu, die mit sieben verschieden geformten Türmen besetzte Mauer des Kreml am Fuße des dort ganz steil abfallenden Hügels hin. Das dunkle Grün der Dächer dieser Türme spiegelt sich in dem „trüben Flusse", der Moskwa. Doch diese Vorderseite des Kreml überragen, eng aneinander geschmiegt, der hohe Dom und die Türme der Kathedrale des Iwan Welikij und der langgestreckte rötliche Kremlpalast des Zaren mit seinen unzähligen Fenstern. Schweigend und finster blicken beide über das Häusermeer südlich des Flusses, und der

Geist, der diesem Blicke folgt, könnte über das flache Land ganz Rußlands bis an die Ufer des schwarzen Meeres und bis an den Kaukasus schweifen, ohne auf auch nur ein Hindernis zu treffen, ja, über die Fläche des Kaspischen Meeres hinaus bis in das Herz Innerasiens, bis an die ragenden kahlen Ketten der Vorgebirge des Tien-Schan und des Himalaya.

Grausam und düster wuchtet der Kreml über der Stadt Moskau, die sich wie furchsam zu seinen Füssen duckt. Und die Gewalt, die er verkörpert, lastet auf dem ganzen unermeßlichen Reiche von den arktischen Meeren bis in die heißen Wüsten Persiens, von den trostlosen Ufern des breit und langsam, wie bedrückt von einer grauen, hoffnungslosen Traurigkeit dahinfließenden Weichselstromes bis an die Gestade des Stillen Oceans, hinter den ungeheueren schweigsamen Wäldern, den endlosen Ebenen Sibiriens.

Sehnsüchtig sucht das Auge nach irgend einem Zeichen des Lebens, angstvoll lauscht das Ohr auf irgend einen Laut der Freude; der Kreml ist tot und stumm, und tot und stumm scheint das Reich, das wie ein dichter Teppich sich rings um ihn in alle Fernen breitet.

Woher dieser Tod? Warum dieses Schweigen? Haben die unzähligen, die hier gemordet wurden, das Merkmal ihres Vergehens den Steinen des Kreml so tief eingedrückt, daß auch sie in einem Tode erstarrt sind, vor dem jeder Lebenswillen scheu zurückbebt? ist es der Widerschein des in ganz Rußland millionenfach vergossenen Blutes, das in fahlem Abglanz auf den rötlichen Mauern des kaiserlichen Kremlpalastes wiederleuchtet und jeden Laut erstickt?

Man muß tiefer schürfen, man muß schärfer lauschen, dann erst kann man unter der Last der Vergangenheit den Atem der Gegenwart, das Leben der Zukunft dieses Landes ahnend fühlen.

Denn auch in dem erstarrten Rußland wirkt die Geschichte und im Schweigen seiner Völker klopft, wenn auch leise, ein Herzschlag. Liegt doch die groß-russische Last auf den Schultern

vieler Völker. Bei jedem wird der aufmerksame Beobachter Zeichen finden, die erkennen lassen, daß sie trotz allem, der Versteinerung im Groß-russischen noch Widerstand leisten, sich gegen das allrussische Ideal des geistigen Todes wehren, das der starre Oberprokurator des Heiligen Synod, der Erzieher und Lehrer zweier Zaren, der furchtbare Pobjedonostscheff in seinem Werke: „Sammlung Moskauer Studien", (deutsch 1904) zusammengefaßt hat.

Bevor wir aber die politischen Grundzüge russischen Wesens etwas näher beleuchten, ist es vielleicht nicht unnötig, kurz die Zusammensetzung der Bevölkerung des russischen Reiches nach Völkern zu streifen und auf die herrschenden Strömungen im Innern hinzuweisen.

Infolge der gewalttätigen Russifizierungspolitik, der kein Mittel zu schlecht oder zu kleinlich oder zu grausam ist, um den Koloß des russischen Reiches so homogen wie möglich erscheinen zu lassen, ist es allerdings nicht möglich, eine verläßliche und der Wirklichkeit entsprechende Statistik der verschiedenen Völker und Stämme, die unter dem Sammelnamen Rußland politisch zusammengefaßt werden, zu geben. Gewöhnlich wird von den 100 Völkern des heiligen Rußlands gesprochen. In Wahrheit sind es aber nur ungefähr die Hälfte dieser Zahl, die sich jedoch nach Belieben durch die Hinzurechnung kleiner Stämme auf 60 bis 70 erhöhen läßt, wenn man die ethnologischen Merkmale besonders scharf fassen will.
Die einzige Grundlage, aus der man Zahlen als Material entnehmen kann, stellt die russische Volkszählung vom Jahre 1897 dar, die aber schon bei der Aufnahme unter dem Zeichen der möglichsten Russifizierung stand und die in der offiziellen Bearbeitung nichts von dieser Tendenz verloren haben dürfte. Außerdem ist sie natürlich heute schon stark veraltet. Sie ergab damals eine Gesamtbevölkerung für das sogenannte europäische Rußland von 105.518.000, für das asiatische Rußland (einschließlich des Kaukasus) von 22.795.000, zusammen also 128.313.000 Menschen. Da die Zunahme der russischen Be-

völkerung rund zwei und ein viertel Millionen (also etwa 3 mal so viel als die Deutschlands) im Jahre beträgt, so ist die heutige Bevölkerung Rußlands in den 18 Jahren seit jener Zählung um rund 40 Millionen bei einfacher Berechnung gestiegen. Man muß also in diesem Jahre 1915 dem russischen Reiche eine Bevölkerung von wenigstens 168 bis 170 Millionen zusprechen; es ist aber sehr wahrscheinlich, daß das dritte Viertel des zweiten Hunderts schon weit überschritten ist.

Die im Jahre 1897 ermittelte Bevölkerung verteilt sich, offiziel, auf die einzelnen Völker wie folgt in runden Zahlen:

Kleinrussen oder Ukrainer	22 400 000	17,80%	
Weißrussen	5 900 000	4,68%	der Gesamtbevölkerung
Polen	7 900 000	6,81%	
Letten, Esthen, Littauer (in ungefähr gleichem Verhältnis)	3 600 000	2,90%	
Kaukasier	2 300 000	1,84%	
Armenier	1 200 000	0,96%	
Tataren	3 700 000	2,97%	
Kirgisen	4 800 000	3,68%	
Baschkiren	1 400 000	1,25%	
Sarten (in Zentral-Asien)	900 000	0,77%	
Rumänen	1 100 000	0,89%	
Groß-Russen	55 600 000	44,30%	
Summa:	110 700 000	88,36%	

Der Rest der Bevölkerung:

Deutsche	1 800 000	1,42%	der Gesamtbevölkerung
Juden	etwas über 5 000 000	4,08%	

sowie Völkerschaften wie die Mordwinnen, Tschuktschen, Tungusen, Ostjaken, Burjäten, Tschuwaschen und andere bilden keine ausgesprochen einheitliche geographischen Bestandteile, sondern leben entweder als Nomaden über unwirtliche weite Strecken verstreut oder wie die Vertreter anderer Völker (Türken, Bulgaren, Tschechen usw.) eingesprengt in den Rest der russischen Völkerschaften. Hierzu kommen noch rund zwei und eine halbe Millionen Finnen, mit einem kleinen Einschlag von Schweden.

Die geistige Bildung dieser Völkerschaften bietet ein Bild der denkbar größten Verwirrung. Heiden im eigentlichen Sinne, wie die Ostjaken und Tschungusen, Buddhisten wie die Burjäten, Mohammedaner wie die Kirgisen und Tartaren, Christen der

allerverschiedensten Bekenntnisse, römisch-katholische wie die Polen, uniert-Orthodoxe wie die Kleinrussen, armenische und griechische Christen, Protestanten und Juden, Sekten aller Art, kurz alle Bekenntnisse Asiens und Europas, religiöse Vorstellungen, die vom Fetischismus bis zum Atheismus die ganze Skala der Transcendentalen durchlaufen, sind der Untergrund auf dem sich eine einheitliche Kulturform entwickeln soll. Und über dem allen schwebt die Gewalt der griechisch-orthodoxen Kirche, die nicht nur die allein rechtgläubige zu sein behauptet, sondern die auch den Anspruch erhebt, allein das „russische Staatsideal" zu vertreten. Diesen Anspruch wird Jeder ihr gern überlassen. Er bedeutet aber, daß de facto nur der rechtgläubige, der orthodoxe Russe russischer Staatsbürger sein kann, und daß die Anhänger aller anderen Bekenntnisse und Religionen nicht vollberechtigt sind.

Eine derartige Mischung von Religionen würde schon in einem geistig hochstehenden Lande nur mit der größten Schwierigkeit Bestand haben können, wenn sie dort überhaupt möglich wäre. Immerhin wäre es jedoch denkbar, daß sie eine Differenzierung der Bevölkerung bedeuten und so dem Fortschritt zu höheren Formen der Kultur wohl förderlich sein könnte, indem die verschiedenen Gesichtspunkte der Einzelnen jedem Problem des Lebens neue Seiten abzugewinnen geeignet wären, eine vollständige Gleichberechtigung der Anschauungen vorausgesetzt.

In Rußland jedoch steht nicht nur die geistige Durchbildung des Volkes auf erschreckend niedriger Stufe, sondern die religiösen Vorstellungen leisten jedem Bildungsbedürfnis den schärfsten Widerstand. Der Aberglaube der heidnischen Asiaten Nordsibiriens findet sein Gegenbild in den sogenannten religiösen Gebräuchen der griechisch-orthodoxen Kirche, deren Priester nicht für das Volk da sind, sondern für die das Volk nur der Rahmen eines Ritus ist, dessen Inhalt weder lebendige Kraft noch Ausbildung des Gedanken sondern festeste Erstarrung einer halbheidnischen, halb juridico-zäsaristischen Überlieferung darstellt,

deren einziger Zweck in der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Wenigen über die Vielen besteht.

Aus diesem, historisch überlieferten Grunde der Rückständigkeit erlahmt jeder Ansatz zu einer Bildung des Volkes. Die Menge der Analphabeten in Rußland ist bekannt. Weniger bekannt dürfte sein, daß Leute wie der Abgeordnete Purischkjewitsch öffentlich erklärt haben, das Ideal des Volksschullehrers wäre der ausgediente Unteroffizier, und daß die Lehrerinnen, die ihre Vorbildung auf Mädchengymnasien erhalten hätten, durch andere ersetzt werden müßten, die aus den kirchlichen Diözesanschulen hervorgegangen seien. Wolodimiroff, Mitglied des Verbandes „vereinigter Adliger“ spricht von „der wahnwitzigen Utopie einer sofortigen Verwirklichung des allgemeinen Schulzwanges.“ Hand in Hand mit solchen Bestrebungen des genannten einflußreichen Verbandes, der unbekümmert um die Forderungen der Duma, der Regierung seine Wünsche als Gesetze vorschreibt, gehen Bestrebungen, die darauf abzielen, den Besuch der Mittelschulen und erst recht, den der Hochschulen nur bestimmten höheren Klassen der russischen Bevölkerung zu gestatten.

Wie sehr diese Bestrebungen Aussicht auf Erfolg haben, geht daraus hervor, daß sich der Verband vereinigter Adliger sogar mit den Lehrbüchern, nicht nur der Volksschulen, sondern auch der höheren Schulanstalten beschäftigt und sich, wenn auch vielleicht nicht für befähigt, so doch für berechtigt hält, dieses oder jenes Buch, diese oder jene Sammlung zu verdammen und dem Ministerium von diesem Urteil Kenntnis zu geben, das, unter dem von so einflußreicher Seite ausgeübten Drucke sich beeilt, die von den adlichen Grundbesitzern beanstandeten Bücher aus der Liste der zugelassenen Lehrbücher zu streichen.

Wenn die herrschende Oberklasse auf die möglichste Ausschaltung jeder Bildungsgelegenheit für das Volk hinarbeitet, so wird weiterhin alle Volksbildung nur als Mittel zum Zwecke der Russifizierung betrachtet. In der Sitzung der vereinigten Adligen vom 9. Februar 1911 führte ein Herr Arzibatscheff aus Kasan aus, daß in diesem Bezirk 70% Fremdvölker lebten und

zwar 30 % Tartaren, 30 % Tschuwaschen und 10 % verschiedene andere Stämme. Wie die Duma vorschlägt und wie der Professor und Pädagoge Iljinski rät, soll in den Volksschulen der Unterricht während der ersten beiden Jahre in der Muttersprache der Kinder gegeben werden, um sie, deren Eltern kaum russisch können, zunächst einmal zum Lernen reif zu machen. Die Schulen im Bezirk Kasan wurden auf dieser Grundlage geleitet. Arzibatscheff verlangt und der Kongreß der vereinigten Adligen von Kasan stimmt ihm bei, daß der Unterricht von Anfang an ausschließlich auf russisch zu geben sei. Dabei konstatiert der Vize-König des Kaukasus, Graf Woronzoff-Daschkow in einer Eingabe an den Zaren, daß seit Aufhebung eben einer solchen Verordnung, wie sie Arzibatscheff und seine Klasse verlangt, und die eine Zeitlang im Kaukasus schon in Anwendung war, die Schulen um 30 % und die Schüler um 50 % innerhalb von 8 Jahren zugenommen haben.

Diese Russifizierung des Volkes durch die Schule würde eine gewisse Berechtigung haben mögen, wenn es sich darum handelte, tatsächlich jedem russischen Untertan den Weg zu einer allgemeinen Bildung zu eröffnen. Angesichts des Widerstandes der Regierung und der herrschenden Klassen gegen jeden Aufschwung der Volksbildung stellt sie aber weiter nichts vor als eine Brutalisierung der unterworfenen, ohnmächtigen kleinen Völker, eine erzwungene, geistige Hörigkeit anstelle der alten Leibeigenschaft. Von einem Ende Rußlands bis zum andern soll derselbe Geist der Finsternis herrschen, der sich leicht durch irgend welche Märchen aufstacheln, locken und lenken läßt.

Denn der Hauptzweck aller innerpolitischen Bestrebungen ist die bedingungslose Fügsamkeit der Massen in der Hand einer Oberschicht, deren Schicksal mit dem des Absolutismus verknüpft ist. Gerade diese Verknüpfung der Klasseninteressen der oberen Schichten mit der unumschränkten Gewalt des Zaren, diese Anteilnahme der Macht des Selbstherrschers an die Wenigen, die kraft Besitz oder Schlauheit in der Lage sind, das Volk zu knechten, hat es der russischen Regierung ermöglicht, die Revolution,

die zum Schlusse und tiefsten Grundes nichts anderes als gerade dies erstrebte, zum erlöschen zu bringen.

Es darf auch nicht übersehen werden, wie weit die Uniformierung des russischen Geistes schon fortgeschritten ist. Die Herrschaft der russischen Sprache ist im ganzen Gebiete des Reiches durchgeführt. Die Macht des weißen Zaren wird durch dieselben Soldaten im Kaukasus und in Finnland, in Warschau und in Wladiwostok, in Taschkent und in der Steppe des Ili jedermann vor Augen geführt. Über alles und Jedes, was in dem weiten Reiche geschieht, muß nach Petersburg berichtet werden und Petersburg allein entscheidet letzten Ortes und ohne Berufungsmöglichkeit über Fragen, die das private Leben jedes Einzelnen, wo immer er in Rußland sei, berühren. Die Bücher, die Zeitschriften, die Tagesblätter unterstehen der Zensur. Soweit sie gelesen werden, und fast jede Stadt hat eine oder mehrere Zeitungen, — der Zensor sorgt dafür, daß nur all-russisches berichtet wird, selbst in Blättern, die in anderer als der russischen Sprache erscheinen. Wohl treffen wir hier und da auf heftige Pressefehden, auf Meinungen, die denen der Regierung widersprechen, aber die Aufgabe der Zensur ist nicht, dem lesenden Publikum überall und in jedem Falle die gleiche Überzeugung beizubringen, sondern nur, daß über allem der eine und unteilbare Geist des heiligen Rußland schwebe, des Rußland, das wohl weiß, daß es sich letzten Grundes auf die große Masse derer stützt, die überhaupt nicht lesen können. Mögen sich die wenigen „Intellektuellen" die Köpfe über dies oder das erhitzen, so lange sie Rußland selbst nicht angreifen, hat das keine Gefahr auf sich. Auch steht der Zensor stets bereit, einzugreifen, und die administrativen Behörden machen ohne weiteres jeden Unvorsichtigen auf immer unschädlich, dessen Eifer irgend wie gefährlich dünkt. Auch sind die Völkerschaften stark durcheinander gewürfelt. Nicht nur Deutsche und Polen finden sich in allen Ecken und Enden des weiten Reiches, Grusiner und Tataren leben verhältnismäßig zahlreich in Moskau wie in Petersburg, Klein- und Weißrussen in Sibirien und im Kaukasus; über-

all sind Kosaken in den Grenzgebieten Asiens angesiedelt; Finnen stehen als Offiziere und Verwaltungsbeamte an der persischen Grenze, Schweden werden nach dem Pamir und nach dem fernen Osten, nach Wladiwostok, kommandiert und tatarische Offiziere befehligen an der Westgrenze. Dem, der sich dem russischen Reichsgedanken fügt, seine Untaten gutheißt, seine Verbrechen billigt oder übersieht, stehen alle Wege offen. Kann es da ausbleiben, daß trotz allem ein gewisser einheitlicher Geist die fast 200 Millionen Menschen in Rußland bewegt? Und gerade diese Tatsache wird nur zu oft in Deutschland vergessen oder nicht geglaubt.

Auch ist diese Einheitlichkeit auf den ersten Blick sicherlich bewunderungswürdig. Tage und Woche kann man reisen und stets wird man denselben Tisch in den Bahnhöfen Rußlands finden, in gleicher Weise mit Lichtern bestellt und mit denselben russischen Gerichten versehen. In Tiflis wie in Archangelsk, in Warschau wie in Irkutsk und Taschkent, in Wladiwostok wie in Odessa. Ob draußen vor dem Bahnhof Automobile warten oder Arbas, Troikas oder Kamele, Schlitten oder Ochsenkarren, die Luft, die über dem ganzen liegt, ist stets dieselbe. So nebensächlich dies auch erscheinen mag, diese Einheitlichkeit der Äußerlichkeiten kann nicht verfehlen, einen starken Einfluß auf die Bewohner des Landes auszuüben, die innerhalb so ungeheuer weiter Grenzen stets denselben Gewohnheiten treu bleiben können, stets dieselben Formen des öffentlichen Lebens finden. Und, abgesehen von den Bergen des Kaukasus und den Gebieten Inner-Asiens ist die Landschaft des russischen Reiches von den Grenzen Deutschlands bis an die Ufer der Irtysch und weit darüber hinaus fast vollständig gleichförmig. Kaum daß die bewaldeten Hügel des Ural das Bild der sanft gewellten Ebenen für kurze Zeit unterbrechen. Und sogar östlich des Irtysch bis an die Ufer des Stillen Ozeans ist der Unterschied nicht so groß, daß er besonders empfunden würde. Einige schärfer ausgeprägte Bergketten, ein langer schmaler See, etwas dichtere

Wälder, etwas schneller fließende Flüsse erschöpfen die landschaftlichen Verschiedenheiten.

Gerade die Landschaft hat aber einen starken Einfluß auf das Volksempfinden, nur nicht in dem Sinne, daß die Landschaft den Charakter des Volkes aktiv beeinflußt, sondern in der Weise, daß eine einförmige Landschaft der Trägheit im Grundcharakter der Menschen entgegenkommt und die vorhandenen Charakterzüge verflacht, die Übereinstimmungen zwischen den Menschen verstärkt, während eine reicher gegliederte Landschaft Anlaß zu Differenzierung, zum Widerspruch, zur Weiterbildung der Anlagen gibt, und so die Trägheit des animalischen bekämpft, zur Tat anspornt und den Fortschritt begünstigt. „Das Übel, an dem wir leiden", sagt Pawlow, ein in den Kreisen der russischen Großgrundbesitzer bekannter Adliger, „ist nicht die Armut, sondern die Trägheit". Und diese Trägheit wird durch die russische Landschaft begünstigt. Zeigt doch die ganze russische Geschichte eine Passivität der Volksmassen, die sich nur schwer mit jener Geschichtsauffassung vereinigen läßt, die in den historischen Ereignissen weiter nichts sieht, als die Reflexerscheinungen von Massenbedürfnissen. Ist doch die russische Geschichte eine fortlaufende Kette, deren Glieder aus der Lebenstätigkeit von Einzelindividuen, von kleinen Gruppen unter der Leitung Einzelner besteht. Das Volk selbst hat bisher stets nur wie gezwungen daran teilgenommen. Kein Gedanke hat es je zu Taten angespornt, die Bestand gehabt hätten, kein Ideal hat es jemals vorwärts getrieben zu Sieg oder Untergang. Zufrieden, wenn es in der Lage war, träge seine Tage ohne hungrig zu sein, dahinbringen zu können, unterwarf es sich willig nicht nur der melancholischen Gleichheit der Natur und der Landschaft, sondern auch dem stärkeren Willen irgend eines Gewaltherrn. Nur dann lehnte er sich auf, wenn seine leiblichen Bedürfnisse bedroht wurden, wenn seine äußere Lage sich unerträglich gestaltete, wenn seine alten Lebensgewohnheiten neuen Platz machen sollten.

Doch die Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung sind trotzdem in sofern auch hier nicht ohne Be-

rechtigung, als sogar die gewalttätigsten und grausamsten Herrscher mit den Eigenschaften des Volkes, über das sie Macht haben, rechnen müssen. Und die Hauptcharakterzüge des groß-russischen Volkes, Trägheit und Genußsucht, bestimmen noch heute die russische Politik, sie allein sind der feste Bestandteil in der russischen Geschichte. Wohl ist heute diese teilnahmlose russische Masse in Gärung geraten. Doch anstatt die elende wirtschaftliche Lage, die geistige Stumpfheit des Volkes zu bessern, wird ihm auch heute noch, klug und verschlagen, in voller Kenntnis der trägen Volksseele ein gleicher, einfacher und einförmiger Gedanke hingeworfen: die ganze Welt muß russisch werden, dann sind wir die Herren und die anderen Völker haben für uns zu arbeiten. So stellt sich die russische Ländergier in den Köpfen der einfachen Millionenherde dar. (Siehe hierzu den ausgezeichneten Aufsatz von Axel Ripke: „Die moskowitische Staatsidee", in der Zeitschrift: „Der Panther", Jan.-Heft 1915)

Doch auch die Zaren selbst waren, trotz der vorsichtigen Förderung, die sie der Einführung europäischer Formen in Rußland angedeihen ließen, im Herzen stets eins mit ihrem Volke. Sie verstanden, trotz eines Alexander III., was das russische Volk erfüllt: Trägheit unten, Genußsucht oben, zwei Seiten derselben Geistesrichtung, die ihr letztes Ziel in der möglichst leichten und möglichst ausgiebigen Befriedigung der Instinkte sucht, und die wie keine andere dem Bestehen einer despotischen Regierungsform Vorschub leistet.

Die Gewalt des Zaren liegt wie ein wuchtendes Dach über dem russischen Reiche und wird gebildet aus all den großrussischen und anderen Elementen, die desselben Geistes sind, wie sie. Doch dieses Dach wird getragen von einem fanatischen Glauben des gesamten groß-russischen Volkes an die Macht, Kraft und Herrlichkeit des heiligen Rußland, ein Glaube, der vor allen Dingen auf dem Einfluß der orthodoxen Kirche beruht, aber seine Wirkung auch auf andere Kreise nicht verfehlt hat. Der Ausdruck für diesen Glauben ist der Panslavismus. Er bereitet den Weg vor, auf dem der asiatische Strom in die Täler

der europäischen Kultur einbrechen soll, er nagt an den Dämmen und unterhöhlt die Mauern, die Europa noch gegen diese Flut schützen. Er ist keine Illusion, kein Schreckbild ohne Gehalt, wie so Viele anzunehmen geneigt sind, sondern der Brennpunkt, in dem alle Ausdehnungs- und Eroberungsgelüste Russisch-Asiens sich treffen. In ihm vereinigen sich der Wille des Zaren nach Ausdehnung, und damit Festigung seiner Herrschaft, die Bestrebungen des Adels auf Vernichtung des drückenden Einflusses Europas und vornehmlich Deutschlands, und das Sehnen des Volkes nach besseren Zuständen. Er ist die grausamste Gefahr, die uns doht. Wer darauf rechnet, daß die wirtschaftlichen Leiden Rußlands, die sozialen Erhebungen, die revolutionären Bestrebungen diesen Gedanken die Stoßkraft nehmen werden, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Ganz im Gegenteil, von ihrer Verwirklichung, von der Ausbreitung der russischen Herrschaft über die umliegenden Völker erwartet der Russe mit Bestimmtheit einen unerhörten Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens, eine Minderung der sozialen Ungerechtigkeit, — denn er selbst wird dann dem Herrschervolk angehören — eine Besserung der politischen Bedingungen, — denn der Druck der oberen Klassen wird sich dann gegen die unterworfenen Völker kehren. Der Panslavismus des russischen Volkes ist eine Kraft von bedrohlichster Bedeutung. Diese Kraft muß gebrochen werden und das mit Gewalt, da geistige Waffen völlig wirkungslos an der geistigen Stumpfheit der russischen Massen, an der fressenden Genußsucht der Oberschichten, an dem verblendeten Egoismus der sogenannten Intellektuellen zerbrechen.

Man vergesse nicht, daß auch Sozialisten wie Plechanow dem russischen Ausdehnungsdrang zujubeln, diesen Krieg als Erlöser des russischen Volkes von der Vormundschaft und Bedrückung des Auslandes, nämlich Deutschlands, preisen, daß Leute wie der frühere Marxist, Struve, jeder Fesselung anderer Nationen in allrussische Banden begeistert das Wort reden. Als der Krieg gegen Japan verloren war, als die Revolution das Land erschüt-

tert hatte, war es vor allem die Duma, die darauf drang, daß die Zahl der russischen Rekruten auf 450.000 jährlich erhöht und die Friedensstärke des russischen Heeres auf die ungeheuere Ziffer von 1.750.000 festgesetzt werde. Gleichzeitig warf sie ein Flottenbudget aus, das das deutsche erheblich übertraf. Aus sich selbst heraus trieb das russische Volk zum Kriege. Es will über andere herrschen, da es im Innern weder herrschen darf noch zu herrschen vermag. Alle, die sich gegen die innere Unterdrückung auflehnen, sind doch darin einig, daß Rußland die anderen Völker beherrschen muß, daß der russisch-asiatische Geist die Aufgabe habe, die Welt zu erobern, daß das orthodoxe russische Herz die Selbstbestimmung der europäischen Gewissensfreiheit vernichten müsse. Gewalt und Genuß, sei beides auch noch so bescheiden, sind die Pole des russischen Lebens. Sagte mir doch ein Mitglied des Kongresses russischer Getreidehändler, in Petersburg, der Abgeordnete einer der bedeutendsten russischen Getreidebörse: „Rußland ist das freieste Land auf der Erde. Wenn es mir einfällt, einem Schutzmann ein paar Ohrfeigen zu geben, so kostet mich das ein paar Rubel, und der Mann bedankt sich. In Deutschland . . . . . . Nein, gehen Sie mir mit Deutschland." Und dieser Mann kannte Europa gut, sprach verschiedene Sprachen geläufig und war vollständig nüchtern, als er mir diesen Beweis der Überlegenheit der „goldenen" russischen Freiheit gab.

So stehen wir einem asiatischen Gewaltstaat gegenüber, der mit allen technischen Angriffsmitteln versehen ist, der sich auf ein einiges Volksempfinden, ein einiges Volksziel stützt, einem Staat, der jährlich um zwei Millionen Menschen zunimmt.

Gelingt es uns nicht, die ungeheuere Macht dieses Staates so zu brechen, daß seine Entwickelung Zeit findet, das asiatische in seinem Innern zu überwinden und sich zu einer Bildung des Volksgeistes emporzuarbeiten, die stark genug ist, die eigenen Instinkte zu beherrschen, die Rechte Anderer anzuerkennen und den Genuß als Lohn der Arbeit zu werten, so wird eine Zeit

kommen, die seiner Macht unsere Vernichtung ermöglicht. Auch täusche man sich nicht, diese Zeit kann sehr bald eintreten; die Wunden auch dieses Krieges werden in Rußland schneller vernarben als anderswo, sollte es in der Grundlage seiner Macht, in der ungeheueren territorialen Ausdehnung des Reiches und in seinen Menschenmassen ungeschwächt bleiben.

Wohl gibt es in Rußland Zersetzungsfaktoren, die auf sozialem, auf wirtschaftlichen und auf völkischem Gebiete liegen. Die beiden ersteren richten sich ausschließlich, die anderen nur teilweise gegen die bestehende Regierungsform. Eine Revolution in Rußland wird daher nicht zu einem Zerfall des Reiches, sondern, wenn sie gelingt, viel eher zu einer Stärkung des russischen Herrschaftsgedankens führen. Für ein Volk, daß seine Wohlfahrt nur von der möglichst weit ausgedehnten Ausbeutung anderer Völker und nicht von der eigenen Arbeit erwartet, ist dies auch gar nicht anders möglich.

Der russische Haß gegen Deutschland hat daher viele Wurzeln. Als zunächst liegendes Land, das bis heute noch stark genug ist, die weiteren russischen Eroberungspläne an der Ausführung zu hindern, stehen wir Rußland im Wege. Außerdem erwartet Rußland große Vorteile, wenn es ihm gelänge, die Arbeitskraft des deutschen Volkes ganz oder teilweise in den Dienst seiner eigenen Trägheit und Genußsucht zu stellen. In allen Übungen der Aussaugung und Unterdrückung erfahren, wäre es der russischen Beamtenschaft ein Leichtes, auf Jahrhunderte hinaus vom Schweiße des deutschen Volkes zu leben, sobald wir nur erst unterworfen sind.

Aber ein weiterer Grund der Abneigung ist geflissentlich im russischen Volke verbreitet worden. Die Bestrebungen auf eine freiheitliche Ausgestaltung des Staatslebens, auf eine erweiterte Zulassung des Volkes zur Staatskrippe, so kümmerlich sie auch sehr oft, offiziel, ist, sollen vornehmlich deshalb den Widerstand des Zaren gefunden haben, weil der deutsche Kaiser seinen unheilvollen Einfluß auf Nikolas II. dagegen einsetzte. So wurde klug und gewandt die Person des Herrschers dem

breiten Volksempfinden ebenfalls als unschuldiges Opfer der überall sichtbaren deutschen Gewalt hingestellt, unter der das ganze russische Volk, angeblich, schmachtet! Sind doch viele Deutsche als Fabrikdirektoren, als Werkmeister, als Ingenieure, Techniker und Gutsverwalter in Rußland tätig und unentbehrlich, aber dem unwissenden Volke erscheinen sie als die kapitalistischen Blutsauger und Bedrücker der großen russischen Familie.

Und überraschender Weise finden wir, in Rußland, genau wie in Frankreich, daß der Haß gegen die Deutschen ebenfalls die Juden umfaßt. Wie der Deutsche ist auch der Jude nicht darauf abgestimmt, in einer allgemeinen Verbrüderung sein persönliches aufzugeben. Beide wollen nicht, wie der Russe, im Volke verschwinden, sondern streben instinktiv nach einem eigenen Leben, im Glauben, daß der Gesamtheit nur durch möglichst hohe Durchbildung des Einzelnen gedient sein kann.

Der Jude, der schon den Tataren-Khanen diente, ist auch heute noch nicht mit dem russischen Volke verschmolzen, auch er hält sich abseits. Das ihm dieses Zur-Seitestehen aufgezwungen ist, ändert nichts an der Tatsache. Das Volk, das ihm ein Einleben erlaubt und erleichtert, wird ihn, wie in Deutschland oder England, ohne Schwierigkeit sich assimilieren sehen. Diese Möglichkeit ist ihm jedoch in Rußland nie gegeben worden. Seine russischen Erfahrungen haben mehr als genügt, ihm den Spott über Rußland auszutreiben, und er ist zu scharfblickend, die Gefahr, die der Menschheit von einem Siege des russischen Geistes droht, zu verkennen. Doch es ist beschämend, in ganz verlorenen Orten des großen russischen Reiches in irgend einem kleinen Laden mit dem gedrückten und furchtsamen Inhaber deutsch sprechen zu können. Sein Deutsch ist nicht rein und enthält oft seltsame Konsonanten und klagende Vokale, aber unsere Sprache ist ihm wie die Erinnerung einer Hoffnung, ein fast vergessener Glaube an eine Erlösung.*) Das Schicksal,

*) Anmerk. „Von den etwa 6 Millionen russischen Juden reden nicht mehr als 115 000 nicht Jüdisch-Deutsch als Muttersprache."
(Heinrich Loewe: „Die jüdisch-deutsche Sprache der Ostjuden". Süddeutsche Monatshefte, Februar 1916.)

das dem unterjochten Fremdvolke in Rußland wartet, der Jude hat es in hunderten von Jahren ausgekostet. Wo sollte seine Seele die Kraft auch nur zu einem Wunsche nach Befreiung hernehmen? Verlassen und zertreten, scheint er nicht mehr fähig, an ein befreites Leben zu glauben, und alles was ihm an Selbstachtung übrig geblieben ist, hütet angstvoll und starrsinnig zugleich die Überlieferung der Worte seiner Väter.

Von den unterworfenen Völkern ist aber kein einziges im starren Festhalten an seinen eigenen völkischen Leben so hartnäckig geblieben, wie der russische Jude. Alle anderen haben mehr oder weniger den Erdgeist des russischen Volkes angenommen, und je weniger selbständig ihre eigene Kultur zur Zeit der Unterwerfung war, um so durchgreifender ist der Prozeß der Verschmelzung gelungen.

Finnland, das unter dem Schutze Schwedens verhältnismäßig am längsten außerhalb des Einflußes der großrussischen Macht geblieben war und erst in den letzten Jahren in der bekannten Art und Weise des Treubruches beschworener Verträge in den einen und ungeteilten Rahmen des russischen Staates gepreßt wurde, leistet auch heute noch den schärfsten Widerstand, selbst wenn es zu ohnmächtig ist, sich öffentlich aufzulehnen.

Polen, das so lange Jahrhunderte hindurch ein selbständiges Leben geführt hat, auch wenn seine eigenen Verfassung mehr dem des alten Reiches des heiligen Wladimir ähnelte, und das nichts tat, sein polnisches Volk selbst als Entwickelungsfaktor in den Dienst des Staates zu stellen, hat doch große und begeisternde Überlieferungen, die seine Aufsaugung durch Rußland und sein völliges Aufgehen im moskowitischen Herrschaftsbereich verhindert haben, wobei der Gegensatz zwischen der in Polen bestehenden römisch-katholischen und der russischen orthodoxen Kirche starke Hilfe geleistet hat.

Polen, ebenso wie Finnland wären daher wohl in der Lage, ein neues eigens Leben zu beginnen und auf den Resten einer Überlieferung weiter zu bauen, die durch die lange russische

Unterdrückung nichts an Lebensfähigkeit verloren hat. Den Polen fehlt zwar die klare Erkenntnis des asiatischen Charakters Rußlands, weil seine eigene Geschichte so viele natürliche Berührungspunkte mit dem Moskowitertum gehabt hat. Aber die Erinnerung an Verfolgungen, wie sie Polen durch Rußland erdulden mußte, der Gedanke an Treubruch, Verrat und Vergewaltigung, an niedergeschlagene und im Blut erstickte Revolutionen, die sein Land über sich hat ergehen lassen müssen, sind nicht so leicht auszulöschen. Wohl hat es Rußland verstanden, auch den Polen das Gefühl einzuimpfen als ob der Deutsche ihr gemeinsamer, gefährlichster Feind sei, ein Feind, dem sie zusammen widerstehen müßten. Dieselben Anklagen, die dazu dienen den Deutschen in Rußland verhaßt zu machen, sind in Polen ebenfalls und verschärft erklungen. Es ist nicht zu leugnen, daß sie dort auf empfänglichen Boden gefallen sind. Jede russische Bedrückung der Polen wurde mit einem deutschen Verlangen nach solcher Bedrückung scheinheilig begründet und jede berechtigte oder unberechtigte Klage, die die deutschen Polen in Deutschland offen aussprechen durften, während ihnen in Russisch-Polen der Knebel fest auf dem Mund lag, wurde von der russischen Regierung eifrigst verbreitet und für ihre Zwecke maßlos übertrieben.

So ist Polen, wenn auch mehr mit Rußland verbunden, als Finnland, doch bei weitem nicht im russischen Geiste aufgegangen und die polnische Kultur, von ihren heutigen Fesseln befreit, wird sicherlich in immer schärferen Gegensatz zu dem Asiatismus des Moskowitertums treten und mehr und mehr bereit sein, Europa gegen Asien verteidigen zu helfen.

Diese Hoffnung ist nicht so stark, so weit die Ukraine, das alte Reich der Kleinrussen, der Ruthenen, in Betracht kommt. Zu früh ist dort auf die Faust der Tataren die Gewaltherrschaft der Großrussen gefolgt. Auch ist die Unierte Kirche, die sie bekennen, im Grunde nur wenig von der orthodoxen unterschieden, auch wenn sie sich weigert, deren Oberherrschaft anzuerkennen. Jedoch das Volk der Ukraine umfaßt in Ruß-

land und Galizien rund 30 Millionen Menschen. Es bewohnt ein nicht nur zum Ackerbau, sondern auch zur Industrie durch reiche Bodenschätze an Kohlen und Eisen vorzüglich geeignetes Land. Wohl sind heute die Bewohner seiner Dörfer von einer unfaßbaren Armut bedrückt, aber das Land selbst ist reich. Nur arbeiten die Bauern vornehmlich an der Aufbringung der Steuern, die etwa drei Viertel des Ertrages ihrer Tätigkeit verschlingen. Eine gerechtere Verteilung der Lasten, bessere Wege, Schulen und ein wenig mehr Wohlstand, den schon eine Verringerung der Steuern anbahnen würde, wäre geeignet, dieses Land in wenigen Jahrzehnten zu einem heute ungeahnten Wohlstand zu bringen. An geistigen Vorkämpfern des Ukrainertums ist kein Mangel, aber sie sind alle von der Gewalt des großrussischen Herrschervolkes mundtot und vielfach landflüchtig gemacht. Eine freie Ukraine würde sie in die Heimat zurückströmen lassen, würde all den Tausenden, die notgedrungen heute schweigen müssen, die Sprache geben, und es besteht kein Grund, einem so großen Volke die Möglichkeit einer selbständiger Entwickelung abzusprechen. Zu Gunsten einer Hebung gerade dieses Teiles der heute noch von Rußland unterdrückten Völker spricht ganz besonders die Umwandlung der früher hier ansäßigen kriegerischen und grausamen Tataren, die heute friedliche Ackerbauer und arbeitsame Händler sind.

Andere Verhältnisse wieder beherrschen das südliche Grenzgebiet des europäischen Rußlands, den Kaukasus. Hier leben unter und durch einander die verschiedensten Völkerschaften. Tscherkessen und Grusiner, Armenier, die aus der Türkei geflüchtet sind, Tataren, Perser und aus Rußland angesiedelte oder schon früher hier ansäßige Kosaken, Abchasen, Tschetschenzen und andere kleine Bergstämme, dazwischen deutsche Kolonisten in ziemlich großer Zahl, Griechen, Türken und in den Bergen der persischen Grenze, Kurdische Stämme. Sie alle jedoch sind von dem russischen Staatsgedanken der unbeschränkten Eroberung am wenigsten ergriffen. In ihnen Allen lebt ein Gefühl

für Freiheit, ein Streben nach Selbständigkeit, das in keinem anderen Teile des großen russischen Reiches so stark zur Geltung kommt. Wohl hat es Rußland verstanden, durch geschicktes Ausspielen der Einen gegen die Anderen stets die Oberhand zu behalten und die kleinlichen Eifersüchteleien der Stämme, der Haß zwischen Tataren und Armeniern, ihre religiösen Spaltungen haben diesem russischen Spiel stets Vorschub geleistet. Immerhin, ein unabhängiges Kaukasien ist heute noch eine Unmöglichkeit, da es sich sofort in inneren Fehden zerfleischen würde.

Die schwierigsten Verhältnisse in Bezug auf eine Abwehr des russischen Geistes finden sich aber in den Ostseeprovinzen. Die geringe Zahl der dort lebenden Deutschen, die gewollte Ausschließung der rund drei Millionen anderer Einwohner, Esthen, Littauer und Letten, von einer Beteiligung an deutscher Kultur und Sprache, ihre Bereitwilligkeit, dem russischen Staate zu dienen, so lange er sie in dem ungestörten Besitze ihrer Vorherrschaft in diesen Provinzen beließ, begünstigt durch die Taktik der Europäisierung der Oberfläche Rußlands seitens der Zaren, haben eine Lage geschaffen, wie sie verworrener nicht gut denkbar ist. Dieselben Deutschen, die als russische Beamte überall den Willen des Zaren vertreten und durch rücksichtslose Durchführung der Befehle der russischen Behörden den Haß der russischen Bevölkerung in allen Teilen des Reiches hervorgerufen und ganz besonders auf Deutschland gelenkt haben, diese Deutschen sehen sich jetzt durch die von Rußland begünstigte Auflehnung der Bevölkerung gegen alles Deutsche nicht nur im ganzen russischen Reiche sondern besonders auch in den Ostseeprovinzen in ihrer heimischen Stellung aufs ernsteste und schwerste bedroht. Der russische Geist erfaßt immer weitere Schichten und wendet sich gerade gegen die, die seiner Erstarkung als Beamte der Zaren überall Vorschub geleistet haben. Wohl sind die Sitten und Gebräuche, die Anschauungen und die Sprache der Balten auch heute noch ebenso deutsch wie vor 700 Jahren, als sie zuerst von dem Lande Besitz ergriffen, doch durch das

Auftreten der Zaren seit Peter dem Großen, durch den Einfluß, der ihnen persönlich in Rußland und am Hofe eingeräumt wurde, haben sie sich verleiten lassen, ihre wirkliche Stellung falsch zu beurteilen, wobei natürlich das Fehlen jeder Rückenstärkung seitens der alten Heimat gewichtig mitsprach. Dazu kommt, daß sie sich stets geweigert haben, dem Wunsche der einheimischen Bevölkerung auf Verbreitung deutschen Schulunterrichts überall auf dem Lande stattzugeben und ihren Stolz darin sahen, eine andere Sprache als die große Masse zu sprechen, was angesichts des Tiefstandes der sogenannten, und sie von allen Seiten umflutenden russischen Bildung, menschlich leicht verständlich ist. Dadurch haben sie aber die Einwohner ihrer Provinzen dem moskowitischen Geiste in die Arme getrieben und es kann Niemanden Wunder nehmen, wenn heute diese echt russisch ungebildete Bevölkerung nur wenig Neigung zeigt, für Deutschland Partei zu ergreifen, ja sich zur Zeit der Revolution dank geheimer russischer Umtriebe in offenem Aufruhr mit Mord, Brand und Totschlag gegen die deutschen Führer des geistigen Lebens des Landes erhob.

Die große Mehrzahl der deutschen Balten aber, und sie bilden die weit überwiegende Mehrzahl der deutschen Bevölkerung der Ostseeprovinzen, sind in ihrem Wesen, ihrem Geist, ihrer Kultur kerndeutsch geblieben. Hat doch ein deutscher Duma-Abgeordneter nicht lange vor Ausbruch des Krieges gegenüber Angriffen, die im Taurischen Palast in Petersburg, — dem Sitzungsgebäude der Duma — gegen die Balten erhoben worden waren, kühn und fest erklärt: Wir sind Deutsche! Gehen Sie gegen uns vor, wie Sie wollen, wir sind Deutsche, wollen Deutsche sein und werden Deutsche bleiben."

Die deutsche Regierung hat sich stets gehütet, diesem Gefühl der baltischen Deutschen im geringsten Rechnung zu tragen, geschweige denn ihnen, auch nur die leiseste Hilfe zu teil werden zu lassen, nur um Rußland nicht zu erzürnen, das sich seinerseits mit nichten scheute, in der skrupellosesten Art und Weise slawische Gedanken, auch bei Völkern großzuzüchten, deren ethnologische Verbindung mit dem Russentum auf

höchst fragwürdigen Hypothesen beruht, wie bei den Serben, und die geographisch durch weite Strecken von dem Sitze der Großrussen, dem Herrschervolke um Moskau getrennt sind, oder die, wie die Tschechen einen politisch integrierenden Teil eines Nachbarstaates bilden, in dem ihren Wünschen weitest entgegengekommen wird.

Wenn daher Deutschland seine Brüder jenseits der Grenzen so viele Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hindurch aufgegeben hat, darf es auch nicht Wunder nehmen, wenn vereinzelte Mitglieder der baltischen Familie des Deutschtums zum Russentum übergegangen sind. Aus dem Baltentum stammen so glänzende Vertreter der deutschen Geistesbildung wie Bergmann, Harnack, Schiemann, Schweinfurth, W. Ostwald, Boer und Eckardt, die sich sehr wohl den Totleben, Rennenkampf, Giers und Hartwig, den Reinbott, Kaulbars und anderen mehr bekannten baltischen Beamten des Russentums, und mit ganz anderem Anspruch auf menschliche Ehrung, gegenüber stellen lassen.

Jetzt aber ist die Zeit gekommen, daß das deutsche Volk, inmitten einer Welt von Feinden, verraten von alten Freunden und schamlos betrogen von denen, die uns angeblich dem Blute nach nahe stehen sollten, sich endlich auf die besinnt, die trotz Unterdrückung und Vergewaltigung ihr Deutschtum so treu bewahrt haben. Sie müssen unter allen Umständen aus der Gewalt des asiatischen Volks-Despotismus befreit werden. Wohl mögen sie zur Zeit in ihrem eigenen Heimatlande keinen festen politischen Rückhalt haben und in einem selbständigen Ostseestaate bei der gegen sie aufgehetzten, mit Bedacht in Unwissenheit gehaltenen Bevölkerung nur mit Mühe Unterstützung finden. Ein geschlagenes Rußland möchte vielleicht geneigt sein, sie, bis auf weiteres, in ihrer alten Stellung zu stärken, müßte sich aber dann in Gegensatz zu den übrigen Bewohnern des Landes setzen, was höchst unwahrscheinlich ist, da wir bei einem geschlagenen aber äußerlich ungeschwächten Rußland mit Bestimmtheit eine fieberhafte Steigerung der panslawistischen, russisch-asiatischen Ideale gewärtigen müssen.

Aber unter allen notwendigen Schwächungen Rußlands zwingt sich die Loslösung der Ostseeprovinzen am gebieterischsten auf. Eine Aussöhnung der deutschen Oberschicht und der breiten Volksschichten im Baltenlande, wo 80 % des gesamten landwirtschaftlichen Bodens in der Form von Bauergütern im Besitze des Volkes ist, ist durchaus wahrscheinlich, sobald nur erst der russischen Aufwieglung und Verhetzungsarbeit ein Ziel gesetzt werden kann.

So erscheint eine Neuordnung der Verhältnisse in den baltischen Provinzen, die, wie der Einfall der Russen in Ostpreußen zeigt, auch für den Grenzschutz Deutschlands von der allergrößten Wichtigkeit ist, zwar von Schwierigkeiten umgeben, aber doch als eine unbedingte Pflicht uns selbst und unseren deutschen Brüdern dieses Landes gegenüber, ja als eine politische Notwendigkeit.

Außerdem darf nicht übersehen werden, daß ein geschwächtes Rußland auch seiner sibirischen Bevölkerung von rund 6 Millionen sowie seiner zentral-asiatischen Gebiete, in denen rund 8 Millionen Menschen leben, größeres Entgegenkommen beweisen muß. Gerade in Sibirien sind separatistische Neigung unter der Bevölkerung am ausgesprochensten, trotzdem Westsibirien 88,7 % und Ostsibirien 53,9 % Großrussen ausweist. Sibirien ist weit von Petersburg und Sibirien ist ein großes, reiches Land. Deshalb kann dort die Petersburger Regierung nicht mit der Straffheit und der Rücksichtslosigkeit auftreten, die sie in den dichter bevölkerter, armen und verkommenen Gebieten diesseits des Ural betätigt. Dort, in Sibirien wird die Entwickelung ihren Gang gehen, schwer beeinflußbar von Europa, aber doch von einem gesunden Streben nach Freiheit beherrscht, außerhalb des Bannkreises der rein moskowitischen Gedanken und ohne besondere Begeisterung für das Ziel einer Eroberung Konstantinopels, einer Zertrümmerung Österreich-Ungarns und einer Vernichtung Deutschlands. Ähnliches ist auch für Zentral-Asien nicht ausgeschlossen, wenn es gelingen sollte, die angrenzenden Länder, vornehmlich Persien und Afgha-

nistan allmählich zu erschließen. Das dies bis jetzt noch nicht hat geschehen können, liegt vornehmlich an der Eifersucht und dem Mißtrauen zwischen Engländern und Russen in diesen Gebieten, die seit hundert Jahren Alles daran gesetzt haben, gerade diese Länder so fest wie möglich von der Außenwelt abzuschließen, um dort ihren eigenen politischen Machtgelüsten ungestört nachgehen zu können.

Nur der Druck einer widerstandsfähigen Peripherie wird Rußlands Ausdehnungsdrang zügeln und es zwingen, sich der Ausgestaltung seiner inneren Verhältnisse zuzuwenden. Damit wäre aber auch der kräftigste Anstoß gegeben, die Trägheit des russischen Volkes zu überkommen, ihm zu ermöglichen, eigenen Fortschritte zu erzielen und so nach und nach sich wirklicher Arbeit zuzuwenden, anstatt von der Beraubung und Unterdrückung anderer Völker zu leben.

Wir selbst können Rußland in keiner Weise beeinflussen, denn es lehnt selbstwillig und verächtlich jeden deutschen, ja jeden fremden Einfluß als „nicht russisch", als schädlich ab. Da Rußland automatisch an Macht und roher Gewalt durch das starke Anwachsen seiner schon heute überwältigend großen Bevölkerung zunimmt, so muß ein Zeitpunkt kommen, an dem alle unsere Kraft, alle unsere Aufopferung nicht genügen werden, ihm in seinen Streben nach Unterjochung noch weiterer Völker erfolgreich entgegenzutreten. Und Rußland ist nicht unser einziger Feind. Andere werden es sich angelegen sein lassen, ihm zum Wachstum seiner Kräfte nach allen Möglichkeiten behülflich zu sein, werden sich ihm von neuem verbünden und durch die Wucht Rußlands ihre eigenen Ziele uns gegenüber zu fördern suchen.

An uns, an Europa, an all das, was zwei Jahrtausende und mehr hier geschaffen haben und was die Russen von Dostojewski bis Pobjedonostscheff, von Chamjäkoff bis Plechanow, von Struve bis Gorkij als verrottet, verderbt und dem heiligen russischen Geiste Asiens zuwider verwerfen, an all dies, an die europäische Kultur, an die Freiheit der Menschheit und des Geistes der Menschen, müssen wir denken. Unser Leben,

unsere Sicherheit, unsere Selbständigkeit, unsere Arbeit in der Vergangenheit, und unser Werk in der Zukunft müssen wir schützen.

Denn jede Verständigung zwischen uns und dem russischen Geiste ist vollkommen aussichtslos. „Das ganze romantische Jugendwerk der abendländischen Kultur ist wie fremdes Saitenspiel vor den Toren Rußlands verhallt, während drinnen das Volk unter der halbheidnischen Kirche von Byzanz und dem asiatischen Staate der Tataren-Khans gefesselt war." (R. Kjellen, Die Großmächte der Gegenwart S. 156, Leipzig 1914). Das ganze Streben Rußlands, alles Sehnen des russischen Volkes läuft auf die Vernichtung Deutschlands hinaus. Vollständig ungebildet, — beträgt doch der Prozentsatz der Analphabeten diesseits des Ural 71 %, jenseits des Ural, in Sibirien 96 % — und ohne jede Kenntnis europäischen Geistes, haßt es seinen deutschen Nachbar als die nächstliegende Verkörperung des unheilvollen Westeuropäertums, nennt sich selbst stolz und selbstbewußt „Ost-Europa", während es doch nicht einmal Asien, sondern nur Halb-Asien ist. Es kann gar nicht anders als uns bekämpfen, die wir die einzige Macht sind, die zwischen ihm und seinen ungeheuren und verhängnisvollen Ansprüchen auf die Beherrschung ganz Europas, ja der Welt stehen, auf die Errichtung eines Rom weit überragenden Imperiums, auf die Knechtung zweier Kontinente: Asien und Europa. Diese Ansprüche sind durchaus nicht das Hirngespinnst eines an Zäsarenwahnsinn erkrankten Alleinherrschers, sind nicht die Gedanken, die eine fast allmächtige, blut- und herrschsüchtige Aristokratie vorwärts treiben, sind nicht Forderungen, die eine goldtrunkene Plutokratie im Taumel einer unersättlichen Reichtumsgier verfolgt, sondern sie sind der Willensausdruck von über hundert Millionen russischer Menschen, die wie eine Meereswoge der unwiderstehlichen Gewalt ihres Ansturms gewiß, ohne Ziel, ohne Zweck, ohne Sinn stürmisch ins Weite, ins Ungemessene streben, um dem Druck der eigenen inneren Leere zu entgehen, in der überzeugten Gewißheit, dort in der Ferne, wenn sie sie nur erst beherrschen, das

zu finden nach dem sie Alle lechzen: Gewalt und Genuß.

Und Gewalt und Genuß, die Rußland von seinen europäischen Grenzen bis an die Gestade der eroberten Gebiete Asiens am Stillen Ozean erstrebt, sind die Wurzel des Todes, der alles Geistige in Rußland geschlagen hat, sind die Ursache des Schweigens, das wie mit Händen greifbar über den Ebenen, den Städten und Wäldern, den Flüssen und den Dörfern des Reiches liegt.

Viele Worte, Verzweiflungsschreie und rohes Hohngelächter, ein Strom verschwommener Gefühle, kalter Berechnung und irrer Phantasien fließt trübe zwischen den Ufern einer Trägheit hin, deren Melancholie pathetisch erscheinen könnte, wenn sie nicht einfach die Abdankung des Geistes, die Verleugnung jedes menschlichen Fortschrittideals bedeutete.

Über diesem Strome schwebt das Schweigen der Seelen vieler Völker. Ihre Körper sind in seinen Wassern untergetaucht. Wenn es gelingt, diese Körper wieder ins Licht zu heben, zu reinigen und zu befreien, dann werden auch die Seelen ins Leben zurückkehren, die Körper aufrichten und den Geist erwecken können.

England.

Wenn die Verankerung der Politik eines Volkes im Charakter seiner selbst, in den Imponderabilien der Volkspsyche, in Frankreich wie in Rußland von einer Schicht dort fein abgeschliffener, hier noch roher und urwüchsiger Formen verdeckt ist, hinter der sich die Zusammenhänge dem Auge nur zu leicht entziehen, sind die Fäden dieser Beziehungen in England leichter erkennbar. Nur muß man sich die Mühe geben, nicht bei den Eindrücken stehen zu bleiben, die persönlicher Verkehr oder ein Studium der gewöhnlichen Verhältnisse des Lebens in England gewähren, sondern man muß dem Werden des inneren Lebens des Volkes nachspüren.

Im IV. Bande des „Life of Wilberforce" (London 1838) findet sich auf Seite 28 ein Brief, der aus dem Jahre 1812 stammt und in dem der wachsenden Ausbreitung Erwähnung getan wird, die die „Doctrine of expediency" in England findet, und die, so meint der Schreiber, die einzige Richtschnur der menschlichen Handlungen zu werden drohe, in soweit sie sich mit Gegenständen befassen, die sich noch nicht zu Wissenschaften verdichtet haben. Das etymologische Wörterbuch der englischen Sprache von Chambers, (London 1895) erklärt das Wort „expediency" mit: fitness, desirableness; selfinterest. „Expediency" bedeutet also das jeweilig passende, das wünschenswerte und kann zusammengefaßt werden als Selbstinteresse, als Selbstsucht.

In seiner „Geschichte der Zivilisation in England" bezeichnet Henry Thomas Buckle den großen englischen Volksmann des 18. Jahrhunderts, Edmund Burke, als den hervorragendsten politischen Philosophen, den England jemals besessen habe (Bd. II; S. 173). Thomas Babington, Lord Macaulay spricht von diesem selben Edmund Burke als von einem Mann, in dem das hingebendste Mitleid mit dem Leiden Anderer und der Haß gegen Ungerechtigkeit und Bedrückung ebenso stark wirkte wie in einem Las Casas, dem großen spanischen Menschenfreunde (Hi-

storica Essays, Temple Ausg. Bd. IV, S. 334/5). Gerade Edmund Burke war aber einer der bedeutendsten Vorkämpfer jener „doctrine of expediency" und ging so weit, in seinem Buche: „Thoughts on the Cause of the present Discontent', (Bd. I. S. 136) zu erklären, daß der Zweck der Gesetzgebung nicht die Wahrheit, sondern eben „expediency", die bequemste Befriedigung der selbstsüchtigen Interessen sein müsse. Auch schreibt er in seinen „Observations on a late State of Nations" (Bd. I. S. 113): „Politics ought to be adjusted, not to human reasoning but to human nature, of which human reason is but a part and by no means the greatest part" (Die Politik sollte nicht auf den menschlichen Verstand, sondern auf die Natur des Menschen eingestellt werden, von der der Verstand nur ein Teil und bei weitem nicht der größere ist.)

Kann es da Wunder nehmen, wenn wir schon zur Zeit des Aufstandes der nordamerikanischen Kolonien in der parlamentarischen Geschichte Englands (ParliamentaryHistory Bd. XIX, S S. 971/2) unter „Kriegskosten" als Ausgabe einen Posten von 5 Groß „Skalpiermesser" finden! denn gegenüber der heiligen „doctrine of expediency" gibt es weder Moral noch Ethik, weder Menschlichkeit noch Anstand. Nichts bleibt, als die rohe Wut des Tieres, dessen natürliche Kampfesweise im Scharfsinn der menschlichen Bestie auch jener letzten instinktiven Ehrlichkeit entkleidet wird, die den Kampf zwischen den wildesten Tieren noch nach gewissen und bekannten Regeln geführt werden läßt.

Burke, der weiter nichts getan hat, noch je hat tun wollen, als für das Volk zu arbeiten, und der offen im Parlamente erklärte, daß das Volk die Herren seien, und daß sie, die Abgeordneten, ihre Brotherren betrügen und hintergehen würden, wenn sie ihm, dem Volke, nicht in allen Stücken zu willens wären und etwas anderes täten, als die Befehle des Volkes in der geeignetsten Form und Art und Weise gesetzgeberisch zum Ausdruck zu bringen (Burke's Werke: Bd. I; S. 294), dieser überzeugte und ehrliche Vertreter des englischen Volkes, der in seinem langen Leben von der herrschenden Klasse niemals die geringste Aner-

kennung erringen konnte, gab auch in seinen politisch-philosophischen Arbeiten nur die Ansichten des Volkes wieder. Seine „doctrine of expediency“, war sonach der Ausdruck des Volkswillens, der Volksmeinung und hatte mit den Ansichten der oberen Klassen nur das gemeinsam, daß auch sie, genau wie das englische Volk, das oberste Gesetz des Lebens in der Selbstsucht, im Selbinteresse sahen.

Seine Anhänger und Freunde behaupten nun, und nicht ohne gewisse Berechtigung, daß Burke am Ende seines Lebens geistig erkrankt sei und seine letzten Werke, die sich in der heftigsten Form gegen die französische Revolution richteten, in einem Zustande geschrieben habe, der nicht mehr ganz normal war. Und doch waren sie nur der folgerichtige Schluß seiner „doctrine of expediency“, die alles auf die Wohlfahrt des englischen Volkes bezog und in der französischen Revolution eine Bewegung sah, die seinem Lande gefährlich werden konnte.

In seinen Briefen über einen königmörderischen Frieden (Letters on a Regicide Peace, Burke's Works, Bd. I, 604; Bd. II. 291) führt er aus: Dieser Krieg gegen Frankreich muß um der Rache willen geführt werden, ebenso wie zur Verteidigung. Nie dürfen wir unsere Waffen niederlegen, es sei denn, wir haben die vollständige Vernichtung jener Männer erreicht, die die französische Revolution verursacht haben. Und dieser Krieg muß der furchtbarste aller Kriege sein, auch dürfen wir uns nicht beeilen, ihn zu enden. Um der Rache und der Religion willen ist er zu führen, und die Hilfsmittel der Zivilisation sollen durch die wilden Leidenschaften der Kreuzfahrer zur höchsten Entfaltung gebracht werden. Trotzdem aber muß dieser Krieg Dauer und Beständigkeit haben und in einen langen Krieg hinausgezogen werden. „I speak it emphatically, and with a desire that it should be marked, in a long war“. (Die Sperrung entstammt dem Text!) „Emphatisch rufe ich es aus und mit dem Wunsch, daß es beachtet werde, in einen langen Krieg.“

H. Th. Buckle, schreibt in seiner schon erwähnten „History

of Civilisation in England" (Ausg. Brockhaus, Leipzig, 1865), in der er jedoch der Betonung seines eigenen einseitig englisch-liberalen Standpunktes zu viel Spielraum läßt, und indem er auf die angeführten Worte Burke's Bezug nimmt: „Hat es jemals einen anderen Menschen gegeben, der gewünscht habe, die Menschheit mit solch weitreichendem, einschneidenden und dauernden Elend zu beladen? So grausame, unbändige und doch so entschiedene Ansichten, würden, wenn sie einem geistig Gesunden entstammten, auch dem unbedeutendsten Staatsmann ewiges Gedenken sichern, weil sie seinen Namen mit unvergänglicher Schmach — with imperishable infamy — belasten würden". (Bd. II; S. 173)

Ohne Zweifel waren die letzten Schriften des 1797 im Alter von 68 Jahren verstorbenen Ed. Burke von einer starken Unduldsamkeit beherrscht, die ihre Wurzel aber in diesem Falle in der Unfähigkeit des begabten liberalen Führers hatte, die soziale Ursachen der französischen Revolution zu verstehen. Wenn sein Parteigenosse Buckle ihn ein halbes Jahrhundert später als geisteskrank hinstellt, so ist der Zweck dieser Darstellung nur zu offensichtlich, wie überhaupt die englischen Geschichtsschreiber sich durch eine Parteizwecken dienende Färbung ihrer Darlegung auszeichnen, die weit über das Maß hinausgeht, das durch eine Verschiedenheit der Weltanschauungen bedingt sein kann. So finden wir z. B. bei demselben H. Th. Buckle über den Empfang Jefferson's und Adam's, der ersten Vertreter der selbständigen neuen nordamerikanischen Staaten folgende Stelle (Bd II. Anm. 315) „Im Jahre 1786 befanden sich Jefferson und Adams als offizielle Vertreter der neuen Staaten in England und machten dem König (Georg III.) aus Höflichkeit ihre Aufwartung bei Hofe. Georg III. jedoch war so uneingedenk auch nur der einfachsten Anstandsforderungen, die seine Stellung ihm auferlegte, daß er diese bedeutenden Männer mit ausgesuchter Unhöflichkeit behandelte, trotzdem sie ihm in seinem eigenen Hause als seine Gäste gegenüberstanden." Dagegen sagt David Hume in seiner „History of England" (London 1859, S. 645):

Der König (Georg III.) empfing Adams mit Liebenswürdigkeit und Offenheit (with affability and frankness) und sagte ihm daß er, auch wenn er sich der Trennung bis zuletzt widersetzt habe, nun doch der Erste sein werde, der die Freundschaft der Vereinigten Staaten als unabhängige Macht willkommen heißen würde."

Es erhellt hieraus, wie wenig Gewicht der Darstellung Buckle's hinsichtlich der Geisteskrankheit Edmund Burke's zuzusprechen ist. Wie genau die Ansichten dieses in Dublin geborenen Vertreters des Volkes aber der allgemeinen Meinung entsprachen, zeigt die Dauer des Krieges, den England bis zur Schlacht bei Belle Alliance ohne Unterbrechung gegen Frankreich führte, und der für Groß-Britannien eins der glänzensten Geschäfte war, das es jemals unternommen hat.

Heute begegnen wir nun in England genau den gleichen Ansichten, ja genau den gleichen Äußerungen. Wie England damals es nicht ertragen konnte, daß das Nachbarvolk aus inneren Gründen zu Umwälzungen schritt, über die es doch auf jeden Fall allein das Recht hatte zu entscheiden, so stellen heute die inneren Zustände Deutschlands, der sogenannte „Militarismus", der allein uns jene Unabhängigkeit verbürgt, auf der alle Möglichkeit jeder Entwicklung und jeden Fortschrittes beruht, das vor, was am Ende des 18. Jahrhunderts England gegen Frankreich aufbrachte: die Erstarkung der Volkskraft eines anderen Staates als England.

Die Reden der Asquith, Grey, Churchill, Lloyd George, Fisher, Beresford, Curzon und wie sie alle heißen mögen, sind bekannt. Die Lügen der Oxforder Geschichtsprofessoren folgen nur den allgemein anerkannten Traditionen britischer Geschichtsdarstellung. Sie alle unterscheiden sich in nichts von dem Vernichtungsrufe eines Burke, den Buckle als „imperishable infamy" geißelt, als unvergängliche Schmach. Nur würde es schwierig sein, für alle diese heute lebenden Männer in hoher Stellung Geisteskrankheit als Entschuldigung anzuführen. Die Beurteilung ihres eigenen Landsmannes trifft daher mit unso

stärkerer Wucht auf sie zu, was ihnen Allen jedoch vollständig und absolut gleichgültig ist, denn im Namen der heiligen „doctrine of expediency“ hat jeder Brite nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ein so vollkommener Schurke zu sein, wie es die Umstände nur irgend wünschenswert, „expedient“ erscheinen lassen mögen. Allen derartigen Beschuldigungen steht er vollständig verständnislos gegenüber, da alles, was immer er tut, getan hat oder zu tun beabsichtigt, vom Meineid und Vertragsbruch bis zum Meuchelmord oder der absichtlichen Tötung von Kindern und Wehrlosen, unter dem Namen „expediency„ geschieht, das sich von der Bedeutung der kantischen Pflicht dadurch unterscheidet, daß es nicht den Zweck, sondern den Weg bezeichnet und vorschreibt, auf den ein Ziel zu erreichen ist: nämlich den jeweiligen billigsten, bequemsten und kürzesten, ohne jede Rücksicht auf irgend welche andere, als rein materielle britische Interessen.

Doch auch zur Zeit Burke's zeigte es sich trotz aller späteren Ableugnungsversuche, daß die von dem großen Volksführer in England ausgesprochene Meinung vom ganzen englischen Volke geteilt wurde. Die kleinen Sympathieklubs, die sich in London und an anderen Stellen bildeten und Frankreich zu seiner Befreiung beglückwünschten, wurden schnell und mit durchaus russischer Barberei und nach vollständig russischen Methoden mit Spitzeln, Bestechung usw. unterdrückt.

In 1793 und den folgenden Jahren wurde sowohl von der Opposition, wie von der Regierungsseite erklärt, daß der Krieg mit Frankreich gegen Lehren und Meinungen gerichtet sei, und daß einer seiner Hauptzwecke darin bestehe, den Fortschrit demokratischer Einrichtungen zu verhindern, was für das angeblich demokratischste Land der alten Welt ein eigentümliches Bekenntnis ist. [Siehe: Parliamentary History, Bd. XXX, SS. 413, 417, 1077, 1190, 1200; Bd. XXXI, SS. 466, 592, 649, 680, 1036, 1047; Bd. XXXII, SS. 603, 604 u. s. f.; Weiterhin Nicholls Recollections, (London 1822), Bd. II, SS. 156, 157. Über die Brutalität

des Vorgehens der englischen Regierung siehe: G. W. Cooke's History of Party, London 1836/37, 3 Bde.; Bd. II. SS. 121, 125, 423; Parliamentary History, Bd. XXXIV, SS. 112, 113, 126, 129, 170, 515; Bd. XXXV, SS. 742/43 Lord Cloncurry, Recollections and Correspondance (Dublin 1849 SS. 46, 86, 87, 140, 225: H. Roscoe, The Life of W. Roscoe (London 1833) Bd. I, S. 127; Parliamentary History, Bd. XXX. SS. 21, 1529; Coleridge's Biog. Lit., Bd I, S. 192; T. Holcroft, Memoirs by himself, continued by Hazlitt, London, (London 1816) Bd. II, SS. 150/51); Stephens, Memoirs of J. H. Tooke, (London 1813) Bd. II, 115/16)

Aber der leidenschaftliche Haß gegen jedes Volk, das sich überhaupt unterfängt, ohne Englands besondere Genehmigung und Überwachung irgend welche Fortschritte zu erzielen, tönt uns heute nicht nur aus den Reden der britischen Staatsminister, Gelehrten und Geistlichen entgegen. So sehr man auch geneigt sein mag, Zeitungen wie die Times als hysterisch verlogen abzutun, so wenig ist solche Nichtachtung angebracht. Genau wie Burke 1797 gegen Frankreich, schrieb die Times heute (No. v. 2. Oct. 1914): „Niemals werden wir die Waffen niederlegen, auch nicht wenn alle unsere Verbündeten am Boden liegen, so lange als auch nur ein einziger preußischer Bandit in Flandern steht, und so lange am Abzug der Pistole, die auf Englands Haupt zielt, ein gemeiner preußischer Finger liegt mit einer noch gemeineren Gesinnung dahinter. Schon früher haben wir gegen Tyrannen gekämpft, auch als ganz Europa gegen uns stand, trotzdem damals unsere Bevölkerung und Hilfsmittel unvergleichlich geringer waren als sie heute sind. Unser einiges Reich von 400 Millionen und die weiteren 200 Millionen unserer glorreichen Verbündeten — (NB. Die Times scheinen nur an Rußland zu denken und sowohl Frankreich wie Belgien, Serbien und Japan in gleicher Vergeßlichkeit wie Montenegro bei Seite zu schieben. Auf Italien konnte man sich damals noch nicht in der Öffentlichkeit beziehen.) —, werden diesen Krieg bis zu Ende kämpfen, und je länger er dauert, um so besser für uns, denn

wir werden täglich stärker werden, und die Knie des preußischen Banditen werden täglich schwächer."

Wie sagte doch Edmund Burke vor 120 Jahren? „I speak it emphatically, and with a desire that it should be marked, it is to be a long war" ein langer Krieg! Die Leser der Times werden auch kaum zugeben, daß ihr Blatt von Geisteskranken verfaßt wird.

Wenn man aber annehmen sollte, daß diese Sprache mehr auf die Aufstachelung der Massen — die die „Times", nebenbei bemerkt, nie lesen — berechnet sei, als wirkliches Gewicht habe, so nehme man eine so wissenschaftliche, rein technische Zeitschrift zur Hand wie „The Engineer". In ihrer Nummer vom 25. Sept. 1914 finden wir folgenden Plan einer vollkommenen und durchgreifenden Vernichtung Deutschlands als Ziel der englischen Kriegspolitik:

„Es gibt einen Weg auf dem unser beabsichtigtes Ziel (die Aneignung des deutschen Handels) erreicht werden kann. Zwar ist es ein rücksichtsloser Weg, dafür aber äußerst einfach. Er besteht in der entschlossenen und organisierten (!) Vernichtung der Maschinenanlagen und der technischen Ausrüstung der gesamten deutschen Industrie. Diese organisierte Vernichtung soll sich auch erstrecken auf die Eisenhütten und Stahlwerke des „Vaterlandes" (fatherland als Bezeichnung für Deutschland ist eine in England besonders beliebte Verhöhnung deutschen Empfindens). Die Besetzung deutschen Gebietes durch die verbündeten Truppen muß verbunden werden mit der Vernichtung aller großen Industrien innerhalb des besetzten Gebietes. Wenn es hier und in Frankreich bekannt wäre und gefühlt würde, daß die Durchführung eines solchen Planes organisierter Vernichtung für das deutsche Gebiet beschlossen sei, so ist man überzeugt, daß dann sofort Geld flüßig werden würde, sich in stetigem Zufluß den Heimindustrien zuzuwenden, die so aus dem erwähnten Vorgehen ganz außerordentliche Vorteile (!) ziehen würden". (There is one way, by which the end in view — of securing the trade hitherto carried on by Ger-

many — can be attained. It is a ruthless way, but eminently simple. It is the deliberate and organised destruction of the plant and equipment of German industry in general and in that organised destruction the great iron and steel works of the „fatherland" should share. The occupation of German territory by the allied troops should be accompanied by the destruction of all large industries within the sphere of occupation. It is held that if it were known and felt here and in France that such a scheme of organised destruction was to be be carried out in German territory, capital would be at once stimulated in steady streams in aid of the home industries, which would profit enormously by the course taken.)

Schon ist der Krieg gegen Deutschland nach dem Beispiele des Toten Burke von verantwortlicher Seite in England zum Kreuzzug gestempelt worden. Hier gesellen sich nicht nur die wilden Leidenschaften der Kreuzfahrer, die schon Burke herbeisehnte, dazu, sondern eine so tiefe und erbärmliche Gemeinheit von habgierigen Händlerseelen, und das in einem äußerlich äußerst vornehmen Blatte, daß der deutsche Offizier, der deutsche Soldat, der nach schwerem inneren Kampfe fertig mit sich ist und bereit für das Leben seines Volkes und seines Vaterlandes sein eigenes hinzugeben, nimmermehr, in alle Ewigkeit nicht, an ein solches Denken auch nur mit dem Wunsche des Begreifens herantreten möchte. Und doch ist es unbedingt nötig, daß wir uns diesen im „Engineer" so sorgfältig und genau ausgeführten Plan der vollständigen Zerstörung alles deutschen Arbeitsgeräts vergegenwärtigen. Nur dann kann einem Deutschen auch nur der erste Schimmer der vollkommenen Fremdheit, die zwischen jenen Vertretern der Zivilisation und der Kultur und uns Barbaren und Hunnen besteht, aufgehen und nur dann können wir die Kraft zu jenem Zorn und gerechten Haß finden, der uns hoffentlich stark genug machen wird, das Gezücht dieser klugen Unmenschen jenseits der Nordsee zur Ausführung ihrer Absichten auch späterhin unfähig zu machen.

Doch dieser Plan der Vernichtung, diese Orgie des Preisgebens von Millionen Menschen, Frauen und Kindern, Greisen und Armen in die Klauen des Elends einer erzwungenen Arbeitslosigkeit, diese Gemeinheit, die sich richtet gegen die Arbeit, das einzige Ureigen des Menschen, gegen den Unterhalt von hunderttausenden von Familien, nur damit die englische Industrie „außerordentliche Vorteile" erziele, dieser Vorschlag, der bedeutet, das ein ganzes Volk in Not und Grauen zu Grunde gehen soll, damit das Volk Englands im Überfluß und in Sorglosigkeit schlemmen könne, dieser Plan ist nicht nur ein Plan, nicht nur ein Vorschlag, sondern er ist dort schon ausgeführt, wo die Waffen und der Todesmut derer, die an den Grenzen fertig und bereit sind, für uns zu sterben, heute keinen Schutz gewähren können: in den englischen Kolonien, wo unsere Schwäche zur See dem Feinde jede, auch die erbärmlichste Ausschreitung ohne Gefahr für ihn selbst gestattet.

Hat doch der Gouverneur der Strait Settlements, sogleich nach Ausbruch des Krieges unter dem Beistande und der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, ein besonderes Gesetz erlassen, das alles Privateigentum, alle Forderungen, allen Besitz an Waren, Häusern und Grundstücken, der deutschen oder österreich-ungarischen Staatsangehörigen in diesen Kolonien zustand, durch Konfiskation zerstörte, mit der ganz ausdrücklichen Bestimmung der Vernichtung aller Bücher, Rechnungen, Briefe, Dokumente usw. und unter Zahlung einer Provision aus dem Vermögen des so beraubten an den offiziellen und beamteten Dieb, der den Titel „Liquidator" erhielt. Dort ist wahr geworden, was der „Engineer" uns für unsere Heimat androht, dort ist schon ausgeführt, was uns hier erspart geblieben ist, weil unsere Brüder im Felde im stande waren, diesem gemeinsten und teuflischsten Feinde, den jemals ein Volk gehabt hat, zu widerstehen. (Siehe A. Lohmann, Präses der Handelskammer von Bremen; Der Zusammenbruch Englands, Berlin, Vlg. Stilke, 1915, wo dieses englische Gesetz angeführt und auf Grund authentischer Unterlagen dargelegt und erläutert ist.)

Wenn wir so sehen, wie die vom Volke getragene Regierung und Opposition in ihren angesehensten Vertretern, ebenso wie die großen und bedeutenden Zeitungen und Fachzeitschriften darin wetteifern, sich vollständig außerhalb auch der bescheidendsten Rudimente der Ethik, außerhalb und jenseits aller Moral zu stellen und nichts kennen noch anerkennen, als die schon vor 150 Jahren fest gelegte und öffentlich verkündete „doctrine of expediency“ die Lehre der niedrigsten Selbstsucht, wenn wir sehen, daß der erste öffentliche Vertreter dieser Lehre ein Mann des Volkes war, der nicht mit Unrecht noch heute mit Bewunderung in England genannt wird, so muß es doch einem Jeden einleuchten, daß diese Gesinnung das ganze englische Volk von hoch bis niedrig beherrscht. Vielleicht könnten wir aber fragen und zweifeln, ob denn auch wirklich die Vertreter des geistigen Lebens denselben Ansichten huldigen, und ob nicht vielleicht Aussicht sei, daß in Jahren oder Jahrzehnten ihr Einfluß eine Umwandlung der Ansichten, eine Läuterung des englischen Volkscharakters erwarten oder erhoffen ließe?

Das Bild, das sich hier bietet, ist jedoch noch grausiger. Ich wähle dieses Wort, weil man bei einigem Nachdenken nur mit Entsetzen sich den Abgrund vorstellen kann, in den uns England in wilder und entmenschter, in tatsächlich bestialischer Wut und Raserei stürzen würde, wenn es ihm jemals gelingen sollte, uns ohnmächtig und am Boden zu finden.

W. J. Locke, ein englischer Schriftsteller, der ebenso durch die glänzende Rundung seines Stiles, wie durch reiche Kenntnisse und durch ein feines Verständnis der menschlichen Schwächen und Tugenden hervorragt, und der eines liebenswürdigen Humors nicht entbehrt, sieht in den lügnerischen Berichten der Belgier über deutsche Greuel nichts als ein Werk, das geeignet ist, die ganze Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland nach Beendigung des Krieges **unmöglich als ein Staat behandelt** werden kann, der noch **innerhalb der Zivilisation** steht (. . . . vital to the World's realisation of impossibilities of treating Germany when war is over as

a State within the pale of civilisation.) Daily Telegraph, Nummer v. 1. Oktober 1914, Seite 7, Spalte 6 u. 7). Dabei ist W. J. Locke sehr wohl mit deutschem Denken bekannt und unsere Sprache ist ihm nicht fremd!

An der gleichen Stelle finden sich, außer einer Reihe ganz ähnlicher Begutachtungen von Conan Doyle, Lord Roberts, usw. noch Auslassungen der beiden folgenden Herren.

Der bekannte jüdische Schriftsteller Zangwill, der in ergreifender Weise das Leben seiner Volksgenossen in den russischen Ghettobezirken, in dem elenden Londoner Whitechapel-distrikt und in den Ausbeutungshöhlen Newyork's beschreibt, dessen Talent nicht gering und dessen Anteilnahme an dem Schicksal seines Volkes tief und herzlich ist, der wie kaum ein Anderer genau die ruchlose russische Vergewaltigungspolitik kennt, dieser Mann, der da weiß wie es in Rußland aussieht, dem die Pogrome, die der „glorreiche" Bundesgenosse Englands als Volksbelustigung ins Werk setzt, wohl gegenwärtig sind, dieser Mann schreibt, ganz im Banne der englischen Anschauungen befangen: „der preußische Militarismus ist schon im Frieden ein so barbarisches Ideal, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn er sich im Kriege noch (!) bestialischer auslebt". (Prussian militarism is so barbarous an ideal in peace, no surprise it should work out still more bestially in war.)

Sir Henry Luce, der als Freund Sir John Ardagh's, des Earl Roberts, des Marquis of Dufferin und Sir William McCormac's eine Sammlung von, wie er sagt authentischen Erzählungen über den Burenkrieg veröffentlicht hat, läßt sich über Deutschland und die deutschen „Greuel" (Preis 1 Mark, Herausgeber William Le Queux) wie folgt aus: „Ich finde, daß Sie der Öffentlichkeit einen hervorragenden Dienst geleistet haben, indem Sie die Erzählungen der deutschen Greuel in handlicher Form veröffentlichen. Neben dieser Aufzählung deutschen Greueltaten verblassen die uns früher bekannten „bulgarischen Greuel" zu bleichen harmlosen Irrlichtern. „Auf daß wir es nicht vergessen!" haben wir hier in

schonungsloser Form die Anklagen gegen jenen Feind des Menschengeschlechts, der zu dem natürlichen Abscheu, den die ganze Welt seinen Verbrechen gegenüber empfindet noch die tägliche Gewohnheit fügt, den unter seiner Berührung erschauernden Herrn der Heerscharen familiär am Arme zu nehmen. Doch es ist wenig wahrscheinlich, daß wir je vergessen sollten, und ich glaube, der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir diesen gekrönten Verbrecher in Fesseln vor unserem Richterstuhl haben. Möge bis dahin keine verirrte Kugel sein Leben auslöschen!" („I think you have done a public service in putting together in convenient form the narrative of German atrocities, a record by the side of which the once familiar Bulgarian atrocities pale into ineffectual fires. Lest we forget (der Titel eines Gedichtes von Rudyard Kipling) here in ruthless form is the indictment of the man-fiend who adds to the world's natural abhorrence of his crime the daily habit of familiarly taking by the arm the shuddering Lord of Hosts. But we are not likely to forget, and I believe the time is not far distant when we shall have this crowned criminal manacled in the dock. In the meantime I hope that stray bullets will spare his life.")

Hier drückt sich schon klar und deutlich das Schicksal aus, das England unserm deutschen Kaiser zudenkt. Gefesselt wie ein Verbrecher soll der, an dessen wahrhaftiger Friedensliebe, an dessen ernsthaftem und überzeugten Vertrauen auf die Hilfe Gottes auch der Leichtsinnigste und Oberflächlichste nicht zweifeln kann, der Mann, dessen aufrichtiges und tiefes Mühen um einen Pfad, der uns und der Welt den Frieden sichern konnte, auch der nicht in Frage stellen kann, der politisch anders als er denken mag, dieser Mann soll behandelt werden wie ein Galeerensträfling. Schon hält England die „Bellerophon" bereit, die ihn in die Gefangenschaft, nach irgend einem St. Helena führen soll. Sir Henry Luce der Epigone reicht hier über ein Jahrhundert hinweg dem großen Burke und seinem Hasse gegen Frankreich die Hand. Ergeben sich hieraus keine Folgerungen für

den Charakter des englischen Volkes? Denn wenn diese Absicht nur dem überspannten Hirne irgend eines unzurechnungsfähigen Phantasten entstammte, würde sie kaum symptomatische Bedeutung haben. Sie faßt aber die Ansichten eines ganzen Volkes zusammen, das sich, in seinen heiligsten Gütern, dem Golde und der Macht, bedroht glaubt und so allem Haß und allem Geifer auf den Vertreter unseres Volkes in allen Teilen des britischen Weltreiches freien Lauf läßt. Australien, Kanada und Südafrika, von den vielen kleinen Besitzungen mit englischer Bevölkerung ganz zu schweigen, wetteifern in ihrer öffentlichen Beschimpfung alles Deutschen. Und hierin liegt der Plan und Faden, der dem wankenden britischen Imperium in der ganzen Welt neuen Halt und Festigkeit geben soll. Auch hier ist es eine Frage der „doctrine of expediency" der bequemsten Erreichung selbstsüchtiger Ziele, daß dieser Strom von Unrat über die ganze Erde verteilt werde.

Sollte man aber einwenden, daß die erwähnten Schriftsteller, trotz ihres großen Einflusses doch vielleicht geneigt seien. mehr persönliche Ansichten zu vertreten, so dürften die Worte eines hohen Geistlichen der Anglikanischen Kirche Englands, die übrigens öffentlich ihrer Zuneigung zur russisch-orthodoxen Kirche Ausdruck gegeben hat, eines besseren belehren. Christus hat gesagt: „Liebet Eure Feinde!" doch der Erzbischof von Armagh, Primas der anglikanischen Kirche in Irland, Crozier, fällt es leicht, diese Worte dem Haß und der Rachsucht dienstbar zu machen. Eie solches Kunststück scheint schwer, doch dem hohen englischen Geistlichen ist nichts unmöglich. Auf der Synode zu Dublin belehrte er seine untergebenen Geistlichen und die anwesenden Laien, daß allerdings Christus gesagt habe, wir sollten unsere Feinde lieben, aber nie habe er gesagt wir sollten „die Feinde A n d e r e r lieben"! Die Deutschen sind nicht unsere Feinde, verkündet der gelehrte Priester, sie sind die Feinde der Kultur. Folglich dürfen wir sie nicht nur nicht lieben, sondern müssen sie hassen und vertilgen bis zum Ende. (Das „Herrn-

hut", Wochenblatt der Brüdergemeinde, No 21, v. 21. Mai 1915, S. 160)

Und diesen Äußerungen reihen sich würdig, und, worauf ganz besonders hingewiesen werden muß, durchaus folgerichtig Taten, wie die des königlich groß-britannischen Mörderschiffes Baralong an, die es feige und heimtückisch unter amerikanischer Flagge verübte. Und ebenso folgerichtig ergibt sich aus der „doctrine of expediency" die von grausigem Hohn und grinsender Gemeinheit triefende Antwort der englischen Regierung anläßlich eben dieser entsetzlichen Vorkommnisse.

Wenn der Mördermannschaft der „Baralong" und ihrem rein teuflischen Freudengeheul über den „spendid sport" hilflos im Meer um ihr Leben ringende deutsche Matrosen bequem wie aus einem Lehnstuhl abschießen zu können, in übertriebener und schon pathalogischer Großmut die tierische Verkommenheit der englischen unteren Klassen überhaupt als Entschuldigung gegeben werden könnte, so sind die Verfasser der offiziellen englischen Antwort Leute, die in untadeliger Erziehung ihre Bildung als Engländer in Eton und Oxford erhalten haben. Nach dem Kriege nehmen sie möglicherweise, herablassend wie sie sind, an demselben Tische neben uns Platz!

Das erbärmliche Verhalten des Kapitäns des Dampfers „King Stephen", der die Mannschaften des deutschen Luftschiffes L. 19 dem sicheren Tode überlies, ist vom englischen Standpunkte ebenso selbstverständlich, wie die scheinheilige Anerkennung dieser Mordtat seitens des Bischofs von London und die Geldgeschenke, die den feigen englischen Mordbuben aus allen Schichten der Bevölkerung daraufhin zuflossen und in der Zeitung Daily Mail stolz als Bekundung wahrhaft patriotischen britischen Empfindens gebührend gebucht wurden.

So herrscht in den Zeitungen wie bei den englischen Politikern, Gelehrten und Schriftstellern die durch die „doctrine of expediency" geheiligte Philosophie des Mordes und der Lüge, auf den Kanzeln der gewollte und bewußte Sophismus,

der es unternimmt, jeden Mord und jede Lüge zu rechtfertigen, wenn nur sie britischen Interessen dienen.

Doch wie England den Erdball umspannt, muß auch die englische Lüge den Planeten in ihr Netz spinnen. Durch ausschließlich in seinen Händen befindliche Kabelsysteme in ungestörter Verbindung mit der ganzen Welt, im Besitze dieser Beeinflussungsmöglichkeiten der zivilisierten und der unzivilisierten Menschheit durch unzählige Flottenstützpunkte gesichert, ist es selbstverständlich, und für das Volk der billigsten „expediency“ natürlich, daß es die Lüge bis zum äußersten treiben, die niedrigsten Leidenschaften bis zur Weißglut zu erhitzen fortfahren wird, um seinen Einfluß als Mittelpunkt eines Weltstaates in allen Ländern und Erdteilen zu bewahren, was immer in Europa geschehen möge.

Denn hierin liegt der Hauptzweck einer von keinen, aber auch nicht den geringsten Gewissenbedenken beschwerten Politik: die „Nutzstrecken“ müssen ebenso denken, handeln und fühlen, wie das Volk im heimischen England, die Leidenschaften, die den Briten zu Hause erregen, müssen auch in den Kolonien aufflammen, wie grundhaft verschieden auch die wahren Interessen seien. Hier liegt der Kern der Frage. Wie auch der Krieg enden mag, England will mit seinen Überseestrecken in engere Verbindung treten, als je zuvor.

Auf wirtschaftlicher Grundlage ist ein Zusammenschluß nicht möglich. Die Interessen streben zu sehr auseinander. Folglich wird das Gefühl zu Hilfe gerufen, die Imponderabilien, die oft größeres Gewicht haben, als die schwerstwiegenden Tatsachen, was leider so oft übersehen wird. Das gemeinsam aufwallende Blut, die gemeinsamen Ideale einer Freiheit, die auf der Knechtung und Vergewaltigung aller anderen Völker beruht, werden beschworen. Nichts ist einfacher, als den Antipoden oder den Kanadiern jede englische Niederlage als eine nebensächliche Schlappe, jeden Teilerfolg als einen gewaltigen Sieg der englischen Kühnheit und Kraft über die ränkevollen, heimtückischen und ebenso verrohten wie verschlagenen Scharen „Attila's II.“ darzustellen; sogar ein verlustreicher Friede würde

den Völkern übersee als ein kluges Meisterwerk überlegener britischer Diplomatie „vorgekabelt“ werden.

Weiß doch Niemand genauer als gerade der Engländer, wie unmöglich es ist, die Wahrheit nachträglich zur Geltung zu bringen. Der Deutsche glaubt nur zu leicht an solche Utopien. Dabei ist es uns bis heute noch nicht einmal möglich gewesen, auch nur unsere nächsten Nachbarn, die Franzosen, von der historischen Gerechtigkeit der Rückerwerbung der alten Reichslande zu überzeugen. Noch heute enthält jede Schulkarte, jedes französische Schulbuch der Geographie die beiden „verlorenen Provinzen“ als Teil und „blutende Wunde“ des „verstümmelten Frankreich“ eingezeichnet, als Einfallstor in die Niederungen des verhaßten Deutschland. Wohl soll die Wahrheit über die Lüge, das Licht über die Finsternis siegen. In Wirklichkeit ist aber nichts leichter, besonders unter der Herrschaft des spezifisch englischen Utilitarismus, als aus Licht und Finsternis, aus Wahrheit und Lüge einen trüben Nebel zurechtzubrauen, der sich je nach der zu Gebote stehenden Fälschungsmacht mehr oder weniger jener Dunkelheit nähert, in der die Lüge Alleinherrscherin ist.

Kein Zustand ist aber der Ausbreitung der Lüge zuträglicher als „expediency“, als jene Lehre, die der Volksfreund Burke als ersten Grundsatz der öffentlichen Moral aufstellte. Jedes klare Denken, jede Erkenntnis anderer als der nächstliegenden eigenen Selbstsucht und des Strebens nach möglichst bequemer und billiger Befriedigung der eigenen Ansprüche schalten sich ganz von selbst aus. Das Tier, seien seine Gewohnheiten auch noch so verfeinert, herrscht unumschränkt.

Doch auch das Lügen will gelernt sein. Nur der kann wirklich und mit dem gewünschten Erfolg lügen, der im stande ist, seinem Gewissen eine Knickung zu geben, die es ermöglicht, jede Tatsache, jedes Geschehnis wie durch eine Folge von Prismen zu sehen, in denen all die Farben außerhalb des Gesichtsfeldes geleitet werden, die irgend wie störend auf die gewollten Ziele des Eigennutzes und der Selbstsucht wirken könnten. Dieses geistige Prismensystem der Engländer ist die Heuchelei, der „cant“.

Die Betätigungen und Auswirkungen dieses heuchlerischen Charakters nicht nur in der englischen Politik, sondern in den Meinungen und Handlungen jedes einzelnen Engländers, sind so allgemein bekannt und so oft dargestellt worden, daß ein Eingehen hierauf an dieser Stelle nicht notwendig ist. Jedoch wäre es falsch, diese Charaktereigenschaft dem englischen Volke vom objektiven Standpunkte als einen Fehler vorzuwerfen. Die englische Heuchelei muß eher dem mit Mimikry bezeichneten Verhalten mancher Tiere gleichgestellt werden, mit dem Unterschiede jedoch, daß die Heuchelei vornehmlich zur Angriffswaffe, die tierische Mimikry, die äußerlich Anpassung an die Formen und Farben der Umgebung vorwiegend als Schutzmittel dient.

Von diesem rein tierischen Gesichtspunkte aus stellt die Heuchelei des englischen Volkes in seiner Gesamtheit und in seinen Gliedern nur die, durch den menschlichen Scharfsinn zur höchsten Vollendung ausgebildete und außerordentlich gefährliche Angriffswaffe einer bequemen Selbstsucht dar. In der kalten Verstandessphäre der reinen wissenschaftlichen Theorie mag sie verteidigt werden, aber allen moralischen und ethischen Voraussetzungen für den Fortschritt des Menschengeschlechts spricht sie nicht nur Hohn, sondern ist ihnen abträglich und läuft ihnen zuwider.

Dem Engländer ist die Heuchelei ebenso unbewußt, wie dem Chamäleon der Farbenwechsel und der Begriff „Gewissen" muß für Engländer stets unter dem Winkel rein persönlicher Interessenförderung betrachtet werden. Jegliche Rücksichtnahme auf Forderung der Ethik, also jede Unterordnung der eigenen Handlungen und Ziele unter allgemeine Begriffe der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Achtung, der Menschlichkeit — Begriffe die gerade in England auf allen Gassen, aber auch nur da, widerhallen — steht der Engländer dann vollständig verständnislos gegenüber sobald irgendwie, jetzt oder später, sein eigenes Gott-geheiligtes Interesse der Selbstsucht gleichzeitig in Frage kommen könnte. Daß irgend welche Rücksichten, seien sie welcher Art auch immer, jemals, auch nur gedanklich, überhaupt in Betracht kommen könn-

ten, wenn es sich darum handelt, englische, britische Interessen zu fördern, ist für jeden Briten ebenso unfaßbar wie ein viereckiges Dreieck. Er mag allen möglichen ethischen oder moralischen Gesichtspunkten Konzessionen machen, doch nie wird er dies tun, außer er glaubt durch solche Konzessionen seine eigenen Interessen mehr zu fördern, als bei ihrer Außerachtlassung zu erwarten wäre. Die tatsächlichen Gründe, die zu der Abschaffung der Sklaverei geführt haben, und die ausschließlich persönlicher Gewinnsucht entsprangen, trotz all der schönen Redensarten eines Wilberforce und Anderer, sind gerade hierfür ein sehr überzeugender Beweis. (Ausführliche und klare Belege für diese Tatsache finden sich in: v. Halle, Baumwollproduktion u. Pflanzungswirtschaft in den Nord-amerikanischen Südstaaten, I. Teil: Die Sklavenzeit, Leipzig 1889 (Schmoller's Staats-socialwissenschaftlichen Forschungen); II. Teil Sezessionskrieg und Rekonstruktion (ebenda 1906). Fr. Kapp: Geschichte der Sklaverei in den Ver. St. v. Amerika, Hamburg, 1861, ein Werk, das besonders klare Aufschlüsse über die Frage gibt; Frederick Law Olmstedt: A journey in the Seaboard Slave States, with remarks on their economy, New-York 1856; Wilson, History of the rise and fall of the slave power in America, Boston 1872; Nieboer: Slavery as an industrial system, Haag 1901; sowie in Weston, Progress of Slavery.)

Wie weit diese völlige Gleichgültigkeit gegenüber sogar den elementarsten Begriffen der Menschlichkeit geht, und wie vollständig die britische Verachtung aller Verträge — seien sie auch auf internationaler Grundlage und zum Schutze der Achtung rein humanistischer Rechtsbegriffe unterzeichnet worden — bereits das englische Volksempfinden beherrscht, erhellt ohne jede Möglichkeit eines Einwandes aus einem „Traffics and Discoveries" betitelten Buche, dessen Verfasser kein Geringerer als der in Amerika wie in Groß-Britannien und in allen englischen Kolonien überschwenglich gefeierte und auch in Deutschland bekannte Rudyard Kipling ist.

Während alle Völker der Verwendung von Explosiv- und

Dum-Dumkugeln feierlich entsagt haben, läßt dieser einflußreiche Schriftsteller das Ideal der für ein „vollkommenes“ Heer erforderlichen Gewehrkugeln wie folgt beschreiben: „Diese Geschosse sind die reguläre Nummer 0.256. Bis jetzt hat sich noch Niemand über sie beklagt (!). Wenn sie auftreffen, dehnen sie sich etwas aus“. („They expand a bit when they arrive„ S.267.)

So empfiehlt dieser echte Brite im vollen Ernste für das Heer seines Landes die Einführung und Verwendung von Explosivgeschossen und vergiftet nachdrücklichst jedes etwa sich noch irgend wie in England regende Gefühl für die Abscheulichkeit eines solchen Vorgehens. Wir haben ja zur Genüge Beweise, wie gut er seinen Zweck erreicht hat und mit welcher hinterlistigen Umgehung aller völkerrechtlichen Abmachungen die englischen Soldaten zum Gebrauche dieser heimtückischen Geschosse angehalten und ausgerüstet werden.

Diese Anästhesierung des Gewissens durch die Selbstsucht wirkt natürlich auf Mitglieder weniger tief stehender Völker wie Heuchelei. Heuchelei bedeutet aber eine Teilnahme des Bewußtseins an den betreffenden heuchlerischen Handlungen, ebenso wie Lüge die Kenntnis der Wahrheit voraussetzt. Für den Engländer trifft aber beides nicht zu. Er ist sich der Verwerflichkeit seiner Handlungen durchaus nicht bewußt, und verschließt sich automatisch der Kenntnis der Wahrheit irgend einer Tatsache, die nicht geeignet ist, seine eigenen Interessen zu fördern, diese Interessen zu verklären, diese Interessen als allgemein gültige Vorteile für die gesamte Menschheit hinzustellen. Hat doch schon Adam Smith den Satz aufgestellt, daß die Verfolgung des wohlverstandenen eigenen Interesses unbedingt auch die Förderung der allgemeinen Interessen der Menschheit nach sich ziehen müsse, wobei er, was für einen Schotten und Engländer nur zu natürlich war, „wohlverstanden“ gleichsetzt mit „englisch“ und das Vermögen, irgend welche Interessen überhaupt zu verstehen nur in die Verstandesfähigkeit seiner Landsleute verlegt.

Vielfach wird zur Erklärung dieser sonderbaren Charakter-

eigenschaften des englischen Volkes die Insellage seines Landes angeführt. Auch wird von Vielen auf das angeblich so überaus neblige Klima hingewiesen. Während die erste Begründung vielleicht als Verstärkungsfaktor der Anlage zur ausgebildeten und rücksichtslosen Selbstsucht und zur unbewußten Heuchelei angenommen werden darf — obgleich dies in noch stärkerem Maße für Irland zutreffen müßte, das verkehrstechnischer noch „inselhafter" liegt, als England selbst, wo aber gerade für allgemeine Begriffe der Ethik ein sehr feines Gefühl herrscht —, so ist der zweite Grund nur sehr bedingungsweise anzuerkennen. Das englische Klima ist bei weitem nicht so trübe, wie es oft geschildert wird. Nur wenige Monate, besonders im Herbst, und durchaus nicht alle Grafschaften, zeigen starke und manchmal andauernde Nebelbildung, ohne jedoch unangenehmer aufzutreten als z. B. in den Niederlanden und in Flandern. Der Frühling und Sommer dagegen sind in England, und nicht nur im Süden, durch äußerst angenehme Witterung ausgezeichnet, mit viel Sonnenschein und wenig Wind. Wohl liegt auch an schönen Tagen eine Art dünner Schleier über dem Lande, was vielleicht nach den Ausführungen Prof. Willy Hellpach's in seinen „geopsychischen Erscheinungen" einer Minderung der Gefühlsüberwallung günstig sein und ruhige genießerische Selbstzufriedenheit erleichtern mag, aber eine Beeinflußung zur Rohheit, zur Mißachtung Anderer, zur ausgesprochenen Selbstsucht, wie sie möglicherweise ein rauhes nebliges Land ohne ausreichende Sonnenbestrahlung erzeugen könnte, ist für England sicherlich nicht vorhanden. Viel wahrscheinlicher ist eine künstliche Züchtung der Selbstsucht als ausgesprochener Selbstzweck des Lebens, ein sich gehen lassen in der Richtung der bequemsten Befriedigung der selbstsüchtigen Interessen, die in England ohne Hemmung durch nahe und gefährliche Nachbarn sich in Übereinstimmung mit der tierischen Grundanlage der menschlichen Natur zu einem Grade entfalten konnte, der jede Berichtigung durch allgemeine Grundsätze der Ethik, als unvereinbar mit dem Gesetze der Trägheit oder des Beharrens verhinderte. Auf der Richtlinie des geringsten Widerstandes entfaltete sich so die Selbst-

sucht ungehindert und wurde im Laufe der Jahrhunderte zum integrierenden Bestandteil des englischen Charakters. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die unbekümmerte Anwendung und das schrankenlose Ausleben dieser Veranlagung England zu der Höhe an Macht und weltwirtschaftlicher Bedeutung hinaufgeführt haben, die es heute inne hat und es zu einem so ungeheuer gefährlichen Feind macht, der jede Freiheit, jede nicht nur unabhängige, sondern auch schon von der englischen abweichende Entwicklung anderer Völker als Beleidigung und Bedrohung des groß-britannischen Weltreiches und der großbritannischen Handelsinteressen empfindet.

Auf dieser Grundlage hat sich England entwickelt und auf dieser Grundlage wird und muß es sich weiter entwickeln. Es kennt weder Freund noch Feind, sondern nur Engländer und „foreigners". Foreigners bedeutet nun nicht allein Ausländer, sondern „außerhall der Gesetze" und faßt die zusammen, die keinen Teil am „Forum", an der Rechtsstätte haben. Das Wort kommt von dem spätlateinischen „foraneus", das wir auch als „forain" im Französischen finden, und bezeichnet dort die rechtlosen Besucher von Märkten, die Taschenspieler, Luftkünstler und alles fahrende Volk, das verachtet und schutzlos der Gewalt eines Jeden Stärkeren ausgeliefert war. Genau die gleiche Auffassung hat der Engländer auch noch heute gegenüber Jeden der nicht den Vorzug hat, in den Grenzen Groß-Britanniens geboren zu sein. Jeder „foreigner" ist an sich schon vogelfrei und genießt den Schutz Englands nur, solange England seinen Gewinn dabei findet. Wird er irgend wie überflüssig oder erscheint er gar den Interessen der englischen Selbstsucht schädlich, so gibt es kein menschliches und kein göttliches Gesetz, das solchen Wesen gegenüber irgend welche Geltung hätte. Die Lehre von der „expediency", von der bequemsten Befriedigung der selbstsüchtigen Interessen, tritt in vollem Umfang in Erscheinung und jede Rücksicht, jeder Gedanke an die Möglichkeit der Achtung irgend welcher menschlichen Rechte verlöscht vollständig. Wenn es sich darum handelt, die Inder zu unterwer-

fen, werden die Gefangenen und zum Tode verurteilten vor die Mündungen von Kanonen gebunden, nicht weil diese Todesart besonders schmerzhaft und grauenvoll sei, und geeignet, durch ihre Grausamkeit Eindruck machen zu können, eine Begründung die an sich dem Engländer durchaus zusagen würde, wie Lord Curzon als Gouverneur von Ägypten noch 1906 in seinen Berichten an das englische Parlament ausführte, (Parliamentary Papers, Egypt, No 3 und 4, 1906), getreulich unterstützt von seinem derzeitigen Adlatus, dem jetzigen groß-britannischen Gesandten Findlay in Christiania, dem Mann mit der noch ungestillten Sehnsucht des Meuchelmordes an Sir Roger Casement, sondern weil hierfür ein noch viel subtilerer Grund gefunden worden war. Für den Inder hängt die Möglichkeit eines Fortlebens nach dem Tode, einer Weiterführung der Seelenwanderung bis zum entgültigen Aufgehen im Nirwana davon ab, daß der tote Körper als ein Ganzes wieder der Natur übergeben werde. Die Atomisierung wenigstens eines großen Teiles der Körper an den Mündungen der Geschütze bezweckte daher nicht nur, die Körper zu töten, Aufrührer zu bestrafen, durch Grausamkeit sich gefürchtet zu machen, sondern wurde mit voller Absicht deshalb ins Werk gesetzt, damit die unglücklichen Opfer der kalten, englischen „Expediency-Berechnung" auch in alle Ewigkeit der Möglichkeit eines Eingehens der Seele zur Ruhe beraubt seien und so ihren Angehörigen und dem ganzen Volke die Macht Englands nicht nur über die Leiber sondern auch über die Seelen dargetan werde.

Als England im Kriege gegen die Buren zu keinem schnellen Ende kommen konnte, nahm es seine Zuflucht zu dem langsamen Hinmorden von mehr als 26.000 Frauen und Kindern, die es hohnlächelnd und kaltblütig in den von Kitchener erfundenen Konzentrationslagern zu Grunde gehen ließ, weil es erwartete, daß die Buren im Gedanken an die Leiden und den Tod ihrer wehrlosen Angehörigen sich zur Niederlegung der Waffen verstehen würden. Wenn es sich auch in der unmittelbaren Wirkung dieses ausgezeichneten „expediency"-Mittels getäuscht sah,

so zeigt doch die Haltung der holländischen Bevölkerung, der allerdings gnädigst erlaubt worden ist, jenen Opfern einer unmenschlichen Kriegsführung ein Denkmal zu setzen, das vor nicht langer Zeit enthüllt wurde, wie die englische Handlungsweise trotz allem ihren Zweck nicht verfehlt hat. Steht doch heute der frühere Burengeneral an der Spitze einer englisch-burischen Streitmacht in Windhuk, und seine Landsleute beugen gehorsam den Rücken zu jedem Befehl der Mörder ihrer Mütter und Schwestern, ihrer Frauen und Kinder. Gänzlich uneingedenk alles dessen, was das deutsche Volk für die Buren zur Zeit seines letzten Freiheitskampfes zu tun versucht hat und getan hat, eilt der bekannte Burenführer General Joubert bei Ausbruch des Krieges sofort herbei, um der französischen Regierung seinen Arm gegen die „Barbaren" anzubieten. Einen besseren und dauernden Erfolg der englischen Grausamkeit und Skrupellosigkeit kann man sich doch wohl kaum vorstellen!

Aber wie die Politik Groß-Britanniens in Süd-Afrika mit Hinterlist, Gewalt, Betrug und Mord, mit höhnischer Nichtachtung von Verträgen, Treubruch und absichtlich herbeigeführter Ausrottung seit 100 Jahren fest und sicher auf den Zusammenschluß des Landes unter britischer Oberherrschaft hingearbeitet hat, so sieht auch der heutige Krieg schon das britische Ziel des Zusammenschlusses der britischen Kolonien in eine große britische Staatsgemeinschaft voraus. Wohl ist dieses Ziel nur eins unter Vielen, die die Vernichtung Deutschland und den Erwerb seines durch langjährige Arbeit geschaffenen Handels, die Zertrümmerung Österreich-Ungarn's, die Schwächung Rußlands, das Verbluten Frankreichs und die Ausschaltung Italiens, die vollständige Aufsaugung Ägyptens, die Besitzergreifung Arabiens und Mesopotamiens und die Errichtung eines bis auf verschwindende Ausnahmen, in Algier und Marokko, all-englischen Kontinentes Afrika umfassen.

Für die Zukunft Europas ist es aber vielleicht das gefährlichste Ziel, weil wir nicht in der Lage sind, diesem Zusammenschluß entgegenzuarbeiten, der aus Europa einen Kleinstaat unter

der Oberherrschaft des britischen Weltstaates, einen „dumping-place“, eine Abladestelle für all das machen würde, was England und seine Kolonien zu gewinnbringenden Preisen absetzen wollen und wofür sie sonst keine Verwendung haben. Dabei wäre England dann stets in der Lage, jeder europäischen Tätigkeit diejenige Richtung vorzuschreiben, die für das britische Weltreich die gewinnbringendste ist. Und dies alles durch eine geschickte Herabsetzung der Zölle. Denn es kann keinen Zweifel unterliegen, das britische Weltreich kann sich, trotz dem heute noch bestehenden englischen Freihandel, sehr wohl zu einem Schutzzollstaate umwandeln, und dies im Maßstabe, wie es die gemeinsame Autarkie des Handels ausbaut und gewissen Industrien in den Dominions zur Entwickelung verhilft, auf die es dann zu Hause verzichtet. Wie Rhodes ganz Afrika mit dem britischen Rot übermalen wollte, so wollte der verstorbene Joseph Chamberlain die ganze Welt britischer Oberhoheit unterwerfen. Dazu schien ihm, wie er ganz richtig sah, der enge Zusammenschluß der britischen Besitzungen Übersee das erste Erfordernis zu sein, und an dieser Aufgabe hat er unermüdlich gearbeitet.

Nun bestehen jedoch zwischen Groß-Britannien und seinen Überseebesitzungen große wirtschaftliche Interessengegensätze, genau wie zwischen der Kapkolonie einerseits und den früheren Burenrepubliken, teilweise sogar auch Natal andererseits. Für England kommt es darauf an, Rohstoffe zugeführt zu erhalten, diese Rohstoffe in Fertigfabrikate zu verarbeiten und durch den Verkauf dieser Fertigfabrikate seine eingeführten Nahrungsmittel zu bezahlen. Die Nutzstrecken sollen daher vornehmlich Rohstoffe und Nahrungsmittel liefern, sowie einen sicheren Absatzmarkt für die englischen Fertigfabrikate abgeben, damit England am Einkauf der Einen und am Verkauf der Anderen verdienen kann. Außerdem liegt aber der ganze Seetransporthandel in englischen Händen, der ebenfalls ganz enorme Gewinne abwirft, die in der Gesamtheit England zu Gute kommen und dort verzehrt werden. Die englischen Besitzungen jedoch müssen danach streben, ihre eigenen Rohstoffe so viel wie möglich selbst zu verar-

beiten, schon um die doppelten Transportkosten zu sparen. Dazu gehört aber Kapital und Arbeitskraft, um die notwendigen Anlagen ausführen und in Betrieb halten zu können. Dieses Kapital will erst verdient sein, und auch wenn es verdient ist, bleibt immer noch die Frage nach dem unerläßlichen Menschenmaterial übrig, das etwa errichtete Fabriken betreiben will und kann. Bisher sind die Kolonien nicht in der Lage gewesen, irgendwie in dieser Richtung ohne Englands finanzielle Hilfe vorwärts zu kommen. Indem England sich als Schutzmacht der sogenannten Unabhängigkeit seiner Nutzstrecken gebärdet, zwingt es diese Nutzstrecken zugleich, seinen wirtschaftlichen Geboten Folge zu leisten, gleichgültig ob dies für sie von Vorteil ist oder nicht, solange nur England davon profitiert. Genau auf dieser Linie ist der Kampf um den Zusammenschluß Süd-Afrikas geführt worden, wo die Kap-Kolonie die Stellung Englands einnahm und wo alle Maßnahmen darauf abzielten, trotz ganz verschiedener wirtschaftlicher und geographischer Bedingungen den ganzen Handel des süd-afrikanischen Hinterlandes, d. i. der Burenrepubliken und zu einem großen Teile auch Natals der Kapkolonie dienstbar zu machen.

Wie England dort vorgeht, wo es als Alleinherrscher auftreten kann, zeigt Ägypten. In diesem Lande ist es dem Bauer verboten, Getreidebau zu treiben. Dafür muß er Baumwolle erzeugen, die nach England zum Verspinnen geht. Die dort gesponnenen Gewebe muß der Ägypter dann wieder, um Fracht Spesen und Gewinn verteuert, aus England beziehen, obgleich es, wenigstens in gewissen Teilen des Nil-Delta, Gegenden gibt, die auch hinsichtlich der notwendigen Luftfeuchtigkeit ein Verspinnen gestatten würden. So muß der Fellache nicht nur seine Kleidung unverhältnismäßig teuer bezahlen, teuerer jedenfalls, als dies bei einer einheimischen Konkurrenz möglich wäre, sondern, was noch schwerer ins Gewicht fällt, er muß auch sein Getreide, seine Nahrungsmittel aus den britischen Besitzungen, aus dem Ausland beziehen und so mit einem Aufschlag bezahlen, der in

der Form von Seefrachten wiederum zum überwiegenden Teile in englische Taschen geht.

Wohl sind auch die deutschen Kaufleute in Ägypten vor dem Kriege in ihrer Tätigkeit nicht behindert worden. Doch solange England das Heft in den Händen hält, ist es ihm gleichgültig, ob irgend ein Dritter hier und da einen Brocken ergattern kann. Wenn es angebracht erscheint, wird mit der ganzen britischen Brutalität zugegriffen. Schreiben doch die „Strait Times" v. 7. Dezember 1914 in Erläuterung der schon erwähnten Verfügung der Regierung der Strait Settlements über die Vernichtung des feindlichen Handels: „It has been resolved that to the utmost of our power we must destroy the enemy in our midst. When war is over there will be no restoration of the status quo ante. We shall make such conditions as seem good to us for the admission of German traders to the privileges of our possessions".
(Der Entschluß ist gefaßt worden, daß wir mit allen Kräften den Feind in unserer Mitte vernichten müssen. . Wenn der Krieg vorüber ist, wird der frühere Zustand nicht wieder hergestellt werden. Deutsche Kaufleute werden die Vorteile (Privileges !) unserer Besitzungen nur unter solchen Bedingungen genießen dürfen, wie uns gut dünken mag).

Niemand darf daran zweifeln, daß diese selbe selbstsüchtige und haßerfüllte Gesinnung, die in den Strait Settlements zum Ausdruck kommt, überall wo die britische Flagge die Unterdrückung der nicht englischen Menschheit verkündet, in gleicher Brutalität sich ausleben wird. Leute wie die Herren Simon, Meyer, Guthe und Andere mögen sich ihr durch kriechende Unterwürfigkeit, durch jene Gesinnung, die überall, auch bei denen, an die sie sich wendet, nur tiefste Verachtung auslöst, entziehen und als geduldeter Unrat eine Scheinexistenz der Unfreiheit führen, ihre Zahl wird immer klein bleiben und kann auf die Gesamtlage überhaupt keinen Einfluß ausüben. (Simon und Meyer in London haben öffentlich gegen die deutschen Greuel protestiert und das den Namen Guthe tragende Individuum,

der deutsche Direktor einer englischen Schiffahrtslinie hat eine Prämie von ℳ 2.000 für das Handelsschiff ausgelobt, das ein deutsches Unterseeboot in der in England als ‚expediency' empfundenen Art und Weise rammen würde.)

Die Kolonien jedoch, die nicht wie Ägypten, von unterworfenen und geknechteten rechtlosen „foreigners" bewohnt werden, sondern eine Bevölkerung englischer Abstammung haben, zeigen den gleichen Geist der Selbstsucht wie das Mutterland. Ein einziges Mal hat England versucht, seinen Tochterländern seinen Willen aufzuzwingen und trotz von der Volksvertretung bewilligten Skalpiermessern, trotz der Ermordung harmloser Bürger wie in Boston — wo man allerdings heute in echt englischer Bewunderung jeder Gewalttätigkeit und Roheit über dem Grabe und vor dem Denkmal jener Opfer britischer Mordsucht, im Stadtpark von Boston begeistert jeder englischen Rechtsbeugung zujubelt, — ist es England doch damals nicht gelungen, seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen. Alles aber deutet darauf hin, daß England jetzt auf andere Weise sein Ziel auch in den Vereinigten Staaten gewinnen wird, selbst wenn noch hundert Jahre darüber vergehen.

Auch findet man bei einem aufmerksamen Lesen des Vorlesungshandbuches, das der heutige Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, als Professor der Princeton Universität zusammengestellt und unter dem Titel „Der Staat" (deutsch v. G. Thomas, Berlin-Leipzig, 1913) herausgegeben hat, wie der damalige Professor die Entwicklung Preußens und Deutschlands allein auf gewalttätige Eroberung zurückführt. (S. 242 ff. u. a. O.) Im unbewußten Gefühl der Berechtigung der britischen „doctrine of expediency" zieht er nur diese eine Seite des geschichtlichen Werdens in Betracht ohne irgend welche anderen Einflüsse, wie geographische Bedingungen, Druck von Außen, Volksnotwendigkeiten usw. überhaupt nur zu streifen. So spiegelt sich, auch im Kopf eines Gelehrten wie Woodrow Wilson, Deutschland als Inbegriff des versklavten und versklavenden Militarismus, ein Begriff, den er in die Köpfe und Seelen

von tausenden von Amerikanern gesenkt hat, und der jetzt, wie wir Alle wissen und sehen seine Früchte trägt; segeln doch die Vereinigten Staaten unter der Führung ihres Präsidenten, und aus dem Untergang nicht nur Deutschlands sondern Europas reiche Beute witternd, fest und unentwegt im britischen Fahrwasser.

Denn die Waffen, deren sich Groß-Britannien heute bedient, sind feiner und verräterischer als indianische Kriegsgewohnheiten und gemeiner als Skalpiermesser. Sie sind mit Vorbedacht und großer Klugheit auf das Niedrige im Menschen berechnet. Sie wenden sich nicht wie die Kreuzpredigten Bernhard von Clairvaux' an die ideelle Begeisterungsfähigkeit, sie versuchen nicht, wie unsere nach Amerika gesandten Professoren, durch Wissenschaft und Denken auf den Geist zu wirken, sondern sie spekulieren heimtückisch und geschickt auf das rein Triebhafte, auf das Tierische. Und in demselben Grade wie das Animalische im Menschen das Geistige überwiegt, überwiegt auch die Macht der britischen Verführungskünste den möglichen Einfluß irgend eines Versuches, Gerechtigkeitsgefühle und Wahrhaftigkeit in den Menschen zu wecken. Wie England alle Nachrichtenübermittlung beherrscht, beherrscht es auch die Menschen in allen Teilen der Erde, lenkt, leitet, zwängt und vergewaltigt die Geister und läßt die Eckpfeiler seines Weltreiches, Südafrika, Australien und Kanada in der einen wilden Wut eines „Kreuzige" zu gleicher Flamme auflodern, die in seiner Absicht bestimmt ist, alles Deutsche, als das Einzige, das sich noch der unbedingten Ausbreitung und allgemeinen Geltung der englischen „doctrine of expediency" widersetzt, vollständig und für immer zu vernichten.

Das Ziel der englischen Politik in der Richtung der Schaffung eines festgefügten Weltstaates umfaßt nicht nur einen Bund aller britischen Besitzungen mit dem Mutterlande, sondern einen Bund aller englisch-sprechenden Staaten überhaupt, einschließlich der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. England würde, wie schon bisher, die militärische Macht und Gewalt dieses Welt-

staates behalten und zu seinem eigenen Vorteil allen Völkern der Erde gegenüber anwenden. Dafür wäre ihm auch weiterhin ruhige Sicherheit im Verzehren des Ertrages der Arbeit Anderer gesichert. Ebenso wie es sich der Landwirtschaft entledigt und im Vertrauen auf seine Meerbeherrschung seine Nahrungsmittelerzeugung den britischen Nutzstrecken überlassen hat, würde es nach und nach und schrittweise auch seine Industrien an die Kolonien abgeben, solange es ihm nur möglich bleibt, durch Kapitalbeteiligung auch dort Gewinne einzuheimsen. Als Mittelpunkt eines so weitverzweigten Weltreiches würden Pensionen, Finanzoperationen, Abrechnung aller Art, Einkommen aus dem Transport der Güter und Menschen in aller Welt immer stärker in London zusammenfließen und dort ihren goldenen Niederschlag absetzen. England würde sich nach und nach zu dem großen Rentnerstaat ausbilden, den H. G. Wells in seinem Buche „When the Sleeper awakes" ausmalt, und der wie ein Magnet die Reichen und Mächtigen aus aller Welt anziehen muß, die dort „unter sich" in einem großen Parkland jenes Genußleben führen können, für das heute schon England den Begriff „englische Zivilisation" geprägt hat. Schon heute hat England doppelt so viel häusliche Dienstboten als Deutschland, ein Umstand, der die Zukunft deutlich anzeigt.

Dieser Zusammenschluß des britischen Weltreiches, der auf wirtschaftlichen Grundlagen unmöglich ist, soll nun durch Gefühlsbande verwirklicht werden. „Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt" ist nicht immer „expedient„ wie England zu seinem Leidwesen in Amerika erfahren mußte, ist nicht immer das bequemste Mittel zur Befriedigung selbstsüchtiger Interessen. Wie sich aber am Hofe der asiatischen Despoten eine Kenntnis der Beeinflußungsmöglichkeiten der Menschen durch geschickte Benutzung ihrer niedrigen Leidenschaften und Begierden ausbildet, die in höher differenzierten Staaten meistens zwecklos wird, weil dort nicht so sehr Menschen als Ideen entscheiden, so auch in England. Diese Kenntnisse wendet es jetzt mit Erfolg an. Ebenso wie es Amerika durch unsinnigste Lügenmeldungen an sich

gekettet hat, wie es Italien mit Gold zum meineidigen Verräter machte, und in beiden Fällen mit Erfolg auf jene menschlichen Eigenschaften einwirkte, die allem Geistigen, allem Streben nach Wahrhaftigkeit und wirklicher Erkenntnis auf das heftigste widerstreben, der oberflächlichsten Sensationssucht, der gedankenlosen Selbstüberhebung und der Gier nach Gewinn, so wendet es sich an seine Nutzstrecken in genauer Berechnung welche Mächte dort den Volksinstinkten am meisten schmeicheln und entgegenkommen.

Alle englischen Dominions werden bewohnt, soweit die englische Bevölkerung in Betracht kommt, von Weißen, deren allgemeine Bildung zwar nicht überall auf so niedriger Stufe steht, wie die der großen Volksmassen in England, deren Urteilsfähigkeit aber vielleicht noch leichter zu beeinflussen ist, da ihre Kenntnisse europäischer Verhältnisse sich nur auf englische Zwischenberichte und englische durchaus parteiische Lehrbücher beschränken. Und wie in dieser englischen Volksmasse, trotz aller offiziellen Demokratie eine Adels-, Geburts- und Herrenvergötterung herrscht, von der der „sklavische Knecht deutscher Fürsten" sich keine Vorstellung machen kann, so auch in den Kolonien. Vielleicht noch mehr in den Kolonien als in Groß-Britannien, denn gerade infolge der äußerlich rüden Ablehnung jeder verfeinerten Lebensauffassung seitens der, auf ihr Plebejertum stolzen Kolonisten, fühlt sich diese Masse innerlich doch stets auf das höchste geschmeichelt, wenn die hohen Herren der englischen Aristokratie und Gentry, die es nicht nötig gehabt haben auszuwandern, sich an sie um Hilfe wenden.

Dabei ist ein Punkt nicht zu übersehen, der schon an und für sich ein bezeichnendes Licht auf die Lüge der englischen Demokratie wirft. Wenn in anderen Ländern vom Adel die Rede ist, so verbindet sich dieser Begriff für das Volk sogleich mit ganz bestimmten Personen, die durch gesetzlich anerkannte Epitheta — Standesvorworte — ganz allgemein kenntlich sind. Diese Epitheta kommen auf dem Kontinent von Europa mit ganz geringen Einschränkungen allen Blutsangehörigen der betreffenden Familien zu. Anders in England. Dort trägt nur das Oberhaupt der

Sippe das Standesprädikat. Die anderen Mitglieder der Familie werden durch im Range absteigende Titel bezeichnet. Unter einem bestimmten Verwandtschaftsgrade gibt es überhaupt kein offizielles Beiwort mehr, das die Zugehörigkeit zum Adel ausdrückt. Doch diese Verschleierung des Adelstandes geht noch weiter. Nicht nur die Adelsprädikate verschwinden, sondern die Namen selbst sind verschieden. Der Sohn trägt zu Lebzeiten des Vaters nicht dessen Titel und nicht einmal dessen Namen, sondern heißt überhaupt vollständig anders, und es gehört ein eingehendes Studium und große täglich erneuerte Arbeit dazu, um die „Adligen" des englischen Volkes richtig zu erfassen. Mag ein Herr Brown mit allen Anzeichen des reinsten demokratischen Volkstums irgend welche Maßnahmen ergreifen oder verteidigen, diesen oder jenen Posten bekleiden, nur wenige wissen, daß er die Anwartschaft auf den Namen und Titel irgend eines Lord hat, zwischen dem und ihm drei, vier Familienglieder stehen.

So ist die Außenwand des oligarchischen Englands sorgfältig und mit großer Kenntnis der Massenspyche demokratisch übertüncht. Oft sind die Träger gut bürgerlicher, anspruchsloser und unscheinbarer Namen eng mit der herrschenden Oberschicht des Adels verschwägert und stellen nichts vor als die „Horchposten" der Adelsklasse inmitten der Volksmasse. Doch ihre Interessen sind eng mit denen der Oligarchie verbunden, da sie immer durch Zufälligkeiten des Lebens und Sterbens in der Familienrangliste aufrücken und eines Tages Herr der Sippe und Besitzer der Familiengüter werden können. Außerdem geben ihre Verwandtschaftsbeziehungen solchen unscheinbaren Bürgern des Volkes unschätzbare wirtschaftliche und soziale Vorteile, und erschließen ihnen Kreise, in denen die Kunst, Geld ohne besondere Mühe zu verdienen, zu einer finanztechnischen Vollkommenheit ausgebildet ist, die kein anderes Land auch nur annähernd erreicht hat.

Der Einfluß dieser Staffelung wird selten richtig eingeschätzt. Nicht nur streckt so die herrschende Klasse ihre Fühlfäden bis tief in das bürgerliche Leben hinein, sondern es ist auch nie

ausgeschlossen, daß dieser oder jener Bürger, der längst seine Verbindung mit einer der oberen Familien vergessen hat, ganz plötzlich durch besondere Umstände, Verschiebungen und Todesfälle gesetzlich-automatisch in die Oberschicht gehoben wird, eine Lotterie des Lebens, die den Vorteil hat, daß die Lose nicht bezahlt werden brauchen. Wie weit die Herrschaft dieser Ehrfurcht vor den Adelsfamilien geht, läßt sich leicht aus der Zusammenstellung des Unterhauses ersehen. 1903 schrieb G. B. Shaw in seiner Einführung zu „Man and Superman" (S. 25), daß von den 670 Abgeordneten des englischen Unterhauses, des „Haus der „Gemeinen", kaum ein Dutzend nicht den englischen Adelsfamilien angehörten, ein Prozentsatz, der, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, ein eigentümliches Licht auf das „demokratische" England wirft. Außerdem kann aber noch jeder Bürgerliche, der über die erforderlichen Mittel verfügt und sie der herrschenden politischen Partei zur Verfügung stellt, in den Adelsstand als Knight, Baron oder Lord aufgenommen werden.

Nur wenn man diese Zustände im Auge behält, kann man verstehen, wie absolut oligarchisch-aristokratisch die sogenannte Demokratie Englands ist. Demokratisch an ihr ist nur die Benutzung der absichtlich auf einem erstaunlich niedrigen Bildungsstandpunkt gehaltenen Volksmassen und ihrer Instinkte, die Beeinflussung des allgemein Triebhaften der Masse zur Förderung der Ziele einer kleinen, aber infolge ihrer Skrupellosigkeit, ihrer durch die „doctrine of expediency" gestützten Gewalttätigkeit äußerst mächtigen Oberschicht.

Diese Benutzung der Instinkte, diese Beeinflussung des Triebhaften ist in Groß-Britannien zu einer Vollkommenheit ausgebildet worden, wie sie niemals bisher in der Weltgeschichte vorhanden gewesen ist. Jetzt soll der Rahmen dieser politisch so einträglichen Tätigkeit über alle Teile des britischen Weltreiches ausgedehnt und einheitlich durchgeführt werden. Wie in England die gesamte Presse, mit verschwindenden Ausnahmen im Besitz einiger weniger Männer ist, die alle der herrschenden Oberschicht angehören, so besitzt England auch das Monopol der Nachrichtenübermittelung

in alle Welt übersee. Die Vorbereitungen zur Vernichtung der Burenrepubliken lassen sich durch 100 Jahre hindurch verfolgen und bewegten sich ganz planmäßig in einer Förderung der selbstsüchtigen Interessen der Kap-Kolonie. Sie traten aber erst dann in ein entscheidendes Stadium, als London mit Kapstadt durch Kabel verbunden war. Von diesem Augenblick an wurde sowohl die britische Bevölkerung in der Welt, und vornehmlich in England, wie die Bevölkerung Süd-Afrikas beständig und systematisch belogen. Jeder Versuch, diese Lügen richtig zu stellen, blieb erfolglos und die Vernichtung der Selbstständigkeit der Burenrepubliken zum höheren Gewinn der Kap-Kolonie ließ sich unter dem Jubelrufen der ganzen britischen Menschheit durchführen, obgleich nur die „Goldbarone" in London und die Adelsherrschaft in England Vorteile davon hatte.

Vielleicht ist es nicht ohne Interesse, einen kleinen Abschnitt aus dieser Verwirrungtätigkeit der englischen Presse herauszugreifen und darzustellen.

Zwischen Maschonaland, in Süd-Afrika, das die Engländer durch die „Chartered Company" besetzt hatten, und dem Lande der Matabele unter ihrem Häuptling Lobenguela bildete der Schaschifluß die Grenze. Im Jahre 1893 kam das Gerücht auf, daß jenseits dieses Flusses in Matabeleland Gold entdeckt sei. Schon im Mai dieses Jahres wurde eine Grenzberichtigung gefordert. Im Juni sprach man von räuberischen Einfällen in Maschonaland seitens der Matabele und einer Bedrohung der dort wohnenden Ansiedler. In Wirklichkeit hatte ein anderer Stamm, die Makalakas, Vieh von den Matabele gestohlen und war mit der Beute auf britisches Gebiet geflüchtet. Lobenguela wandte sich in einem Briefe an den in Maschonaland stationierte englischen Hauptmann Lendy mit dem Ersuchen, die Diebe auszuliefern. Dieses Ersuchen wurde abgeschlagen. Da nun Lobenguela den Viehdiebstählen der Makalaka ein Ende machen mußte, wie das begreiflich ist, entschloß er sich, eine Strafexpedition in deren Gebiet zu senden. Vorher jedoch übermittelte er durch einen Weißen ein Telegramm an die englische Obrigkeit in

Victoria, dem zuständigen Hauptort in Maschonaland, in dem er von dieser seiner Absicht Kenntnis gab und versicherte, daß keinem Weißen ein Leid geschehen würde. Die Matabele führten ihren Strafzug, wie Lobenguela versprochen hatte, ohne irgend einen weißen Siedler auch nur zu belästigen.

Die Engländer waren aber nur zu froh, mit der Aussicht auf das in Matabeleland entdeckte Gold einen Vorwand zu einem Angriff zu finden, und Hauptmann Lendy verließ mit 38 Mann Victoria und griff die Matabele, die sich nichts übles versahen, ohne jede Herausforderung an. Er traf, wie die Zeitungen berichteten 300 Matabelekrieger, tötete 30 davon und verfolgte den Rest über 15 Kilometer. Dieser billige Erfolg gegenüber einem unvorbereiteten Trupp Schwarzer, die besonderen Befehl hatten, keinem Weißen ein Leid anzutun, folgte ein Kriegsfieber, das die englischen Missionare sich eifrig zu schüren beeilten. Labenguela wandte sich an die britischen Behörden mit einer Eingabe, die die Zeitungen eine außerordentlich untertänige Entschuldigung — an exceedingly humble apology — nannten, obgleich es für jeden Unparteiischen unverständlich bleiben muß, wofür Lobenguela sich entschuldigen sollte, dem man ohne jede Herausforderung 30 seiner Leute in einem frivolen Überfall getötet hatte.

Da aber die Matabele geflüchtet waren und man nicht gut behaupten konnte, daß sie das englische Gebiet bedrohten, verfiel man auf den Ausweg, ihnen gerade diese Flucht als böse Absicht auszulegen und sie zu beschuldigen, Verstärkungen heranbringen zu wollen. Zur Erwerbung der noch recht sagenhaften Goldfelder war es eben vor allen Dingen notwendig, die Matabele auszurotten. Trotzdem mußte das führende englische Blatt der Kolonie, „Rhodesia Herold" zugeben, daß nicht viel an der Sache sei. Im ganzen Maschonalande herrschte Ruhe und Sicherheit, die Weißen gaben Bälle und Gastmäler und veranstalteten große gemeinsame Ausflüge, kurz lebten wie stets, trotzdem alle Kanzeln und alle Zeitungen nur davon sprachen, daß die Matabele die Weißen in dem Grenzgebiete ausrotten wollten.

Im Unterhause in London versuchte man, Hauptmann Lendy von seinem Mordzuge weißzuwaschen, dem aber der damalige Unterstaatssekretär für die Kolonien, Sydney Buxton, im liberalen und aller kolonialen Betätigung abgeneigten Ministerium Gladstone mit der Erklärung entgegentrat, daß Lendy unentschuldbare Mißachtung menschlichen Lebens gezeigt habe.

Der Krieg gegen die Matabele war aber für die Ansiedler in Maschonaland eine äußerst gewinnbringende Aussicht. Pferde wurden vom Militär weit über ihren wirklichen Wert bezahlt, die Gasthäuser und Trinkstubenbesitzer benutzten die Gelegenheit, um auf Grund des „Kriegsfiebers" sich über besonders schlechten Geschäftsgang zu beschweren (!) und eine beträchtliche Herabsetzung ihrer Abgaben durchzudrücken. Der Feldgeistliche der Truppe in Maschonaland, A. D. Sylvester, ging jedoch noch weiter und veröffentlichte einen Brief im „Rhodesia Herold", indem er die Notwendigkeit eines Krieges gegen die Matabele damit begründete, daß die Engländer entschlossen wären, den Weg für die Ausbreitung des glorreichen Evangeliums unseres Herrn und Heilands Jesus Christus frei zu machen (determine to make a way for the spread of the glorious gospel of our Lord and Saviour Jesus Christ, der übliche Ausdruck für das neue Testament). In London empfahlen die „Times" den Ansiedlern, etwas Geduld zu haben, denn trotz der Alarmberichte aus Maschonaland wollte sich in England selbst keine rechte Begeisterung für diesen Feldzug zeigen. Die in englischen Blättern erscheinenden Alarmberichte wurden aber den Zeitungen in Maschonaland sorgfältig vorenthalten, damit sich ja Niemand dort bewogen fühlen sollte, ihre Lügenhaftigkeit zu brandmarken. Die Chartered Company gab diese Nachrichten direkt nach Kapstadt, und dies ging soweit, daß sich der „Rhodesia Herold" am 6. Oktober 1893 über diese Heimlichkeiten beschwerte.

Die Maschonalandhändler vertrauten aber darauf, daß nach und nach die fleißig nach London gekabelten Lügenberichte über die angeblich bedrohte Lage der Ansiedler doch in England ihre Wirkung nicht verfehlen würden; Freiwillige traten schon in die

Truppe ein, die die Vernichtung der Matabele ausführen sollte, und alles war frohen Mutes und guter Dinge. Die Vorteile dieser Freiwilligen waren auch nicht zu verachten, und Gefahren waren ja kaum zu befürchten. Sie erhielten:

1., Schutz aller ihrer Forderungen in Maschonaland usw. bis 6 Monate nach Beendigung des Feldzuges;

2., Das Recht auf eine 6.000 Acker Farm (über 2600 ha) in Matabeleland (!).

3., 20 „claims", oder Schürfrechte in Matabele.

4., Beteiligung an der zu machenden Beute, von der eine Hälfte in die Taschen der Chartered Company, die andere in die der „Kriegsfreiwilligen" fließen sollte.

Berichte aus Salisbury im Kriegsbereiche, vom 14. Okt. 1893 überzeugten endlich die Times, daß die Matabele feindliche Absichten gegen die englische Bevölkerung in Maschonaland hegte. Einige Tage später stießen die „Daily News" in dasselbe Horn. Lobenguela, der über alles dieses auf dem Laufenden gehalten wurde, sandte nun in seiner Not Boten an den High-Commissioner, dem obersten Verwaltungsbeamten, ab, um diesem Lügenfeldzug entgegenzutreten. Diese Boten wurden unterwegs aufgefangen und kurzer Hand erschossen.

Am 27. Oktober berichtet der „Rhodesia Herold", wie am 20. Okt. die Kurse an der Johannesburger Börse in die Höhe gingen, als ein Telegramm an die dortige Zeitung „Star" verlesen wurde, in dem der erste Kampf der englischen Landfriedensbrecher und Räuber in Matabeleland beschrieben wurde, wohin die begeisterten Kriegsfreiwilligen Englands hatten vorrücken müssen, um die Verwüster und Bedroher Maschonalandes überhaupt zu finden. Sobald die Nachricht nach London kam, stiegen die Aktien der Chartered Company ebenfalls ganz beträchtlich. Die englische Streitmacht rückte ohne Widerstand zu finden nach Bulawayo, der Hauptstadt Lobenguela's, und annektierte das Land, das sich die Chartered Company einfach einverleibte. Da der ganze Raubzug ohne Kosten für das Mutterland abgelaufen war, fand nun auch der fromme Gladstone keinen

Grund, die Angelegenheit anders als unter dem Gesichtspunkt eines guten Geschäfts, gedeckt von der „doctrine of expediency“ anzusehen, und die Chartered Company wurde in England als Wohltäterin des Heimatlandes gefeiert. Der Weg für die Ausbreitung der „glorious gospel of our Lord and Saviour Jesus Christ“ war geöffnet, die Matabele von Land und Hof vertrieben, und die Aktien der Chartered Company gestiegen. (Siehe für genauere Einzelheiten dieser Episode R. Statham, South Africa as it is, London 1897, SS. 250 ff.)

Diese Besitznahme eines großen Gebietes ist ein Schulbeispiel für das Vorgehen Englands in der ganzen Welt. Golddurst, Lüge, Mord, Gewalt sind die anerkannten Wege der Entwicklung. Es ist vollständig überflüssig, sich zu entrüsten, denn diese Entwickelung erscheint einem ganzen Volke nicht nur natürlich sondern verdienstlich, richtig, unabwendbar und durch die „doctrine of expediency“ durchaus gerechtfertigt, ja geheiligt.

Mit der seit vielen hunderten von Jahren als gefährlich und verderblich erwiesenen deutschen Gutmütigkeit sind wir auch heute noch versucht, das „englische Volk“ als eine verführte Masse hinzustellen, die von ehrgeizigen und gewissenlosen Führern getäuscht, sich selbst und ihre eigenen guten Eigenschaften verleugnet. Doch nichts ist falscher als dies. Durch Jahrhunderte hat die führende englische Oligarchie nichts anderes getan, als die Instinkte der Masse zu pflegen und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das ganze englische Volk ist bereit und willens, ja fordert ungestüm, mit Lügen bedient zu werden, wenn sie nur seiner eigenen Selbstsucht entgegenkommen. Es ist ihm vollständig gleichgültig, ob es sich um ein Negervolk in Südafrika, um ein paar arme Dorfbewohner im Nillande, wie in Denschawai, handelt, oder um ein Volk von 70 Millionen wie das Deutsche. Für die sittliche Berechtigung des englischen Vorgehens ist dies ja allerdings auch durchaus belanglos. Doch nicht unter diesem Gesichtspunkt betrachtet der Engländer sein Vorgehen gegen wen es immer sei, sondern für ihn handelt es sich in jedem Falle um rechtlose „foreigners“.

So ist es selbstverständlich, daß England stets mit systematischen Lügen arbeitet. Dabei hat es prachtvolle Erfolge erzielt. Der Zusammenschluß der britischen Besitzungen, der sonst kaum denkbar wäre, rückt immer näher. In einem Aufsatze: „The Economical Side of the European Conflagration" schreibt W. J. Ashley, Professor der Staatswissenschaften an der Universität von Birmingham in England, ein bekannter und verdienter Volkswirtschaftler, Ehrendoktor der Universität Berlin (Scientia, Januar No 1915), daß Deutschland unter allen Umständen durch den Krieg zu Grunde gehen müsse, was angesichts der deutschen Überheblichkeit (conceit) auch ganz angebracht sei. Dem Verfasser ist es vollständig gleichgültig, daß damit ein großes Volk aus der Reihe der Fortschrittfaktoren der Menschheit ausscheidet. Der auch in Berlin gefeierte Gelehrte stellt sich ohne jede besondere Animosität und in der denkbar kühlsten Form auf den einfachen Herrenstandpunkt des Geldsackbesitzers. Kein ethischer, kein moralischer, kein menschlicher Gedanke trübt den englisch-wissenschaftlichen Fluß seiner Abhandlung. Deutschland kann nichts ein- und nichts ausführen, als was Groß-Britannien gestattet. Nachdem Ashley ausgeführt hat, wie für den deutschen Handel kein Schiffsraum mehr vorhanden ist, da ja die deutsche Flotte der englischen nicht gewachsen ist, bemerkt er: „Next a large part of what Germany might import is absolute or conditional contraband and will be avoided by neutra lships" (Weiterhin ist ein großer Teil von dem, was Deutschland einführen kann, absolute oder bedingte Konterbande und wird von neutralen Schiffen gemieden werden, S. 63). Dabei übersieht der berühmte Verfasser mit voller Absicht, daß England selbstherrlich den Begriff Konterbande bestimmt, wie es ihm beliebt, ohne sich im geringsten um irgend welche internationalen Abmachungen zu kümmern, weil es die Macht hat, jeden Übergriff, jede Verletzung übereingekommener Verträge, feierlich anerkannter Bestimmungen des Völkerrechtes ungestraft zu begehen, so wie es sich nicht scheut unter „connivance" unter heimlicher Beihilfe eines Staates, in dessen Hände Deutschland vertrauens-

voll die Wahrung seiner Interessen, soweit es solche durch das Völkerrecht noch geschützt glaubte, zu legen, das deutsche Hospitalschiff Ophelia als gute Prise aufzubringen und es daran zu hindern, deutsche Matrosen, zu deren Hilfe es ausgesandt worden war, zu retten.

Wir, der allmächtige Gott und Herr dieses Erdballs, so etwa läßt sich dieser Ehrendoktor der Universität Berlin, Prof. W. J. Ashley vernehmen, werden euch erbärmlichen dummen Jungen in Deutschland zeigen, wer ihr überhaupt seid. Euere Aufgabe ist längst erfüllt. Was ihr die Welt lehren konntet, hat sie seit langen Jahren gelernt und bei weitem überholt. Jetzt seid ihr vollständig überflüssig geworden. Auf der ganzen Erde wird der Geist der heranwachsenden Geschlechter nicht von Deutschland, sondern von anderen, nicht zuletzt von französischen Einflüssen beherrscht und geleitet. Für euren Handel habt ihr euch erdreistet, eine Flotte zu bauen. Die Freiheit der See und freier Zugang zu den Märkten der Welt sind, wie ihr ganz richtig sagt, Fragen, die über Tod und Leben eures Volkes entscheiden und die gerade eure arbeitenden Klassen am meisten angehen. Eure Lage in dieser Hinsicht ist noch viel ausgesprochener von der See abhängig geworden als ihr damals glaubtet. Solange ihr nicht das Meer beherrscht, ist jedes deutsche Schiff, jede deutsche Schiffsladung weiter nichts als ein Zuwachs zu unserer Kriegsbeute. Wohl mögt ihr eine Flotte zum Schutze eures Handels nötig haben, aber unsere Flotte ist mächtiger. Und euer Handel? Euer Handel besteht nur von Englands Gnaden. Nach dem Kriege wird euch auch die Bewegungsfreiheit, die euch Groß-Britannien gnädigst gewährt hatte, genommen werden. Mit gekrümmtem Rücken und gebogenen Beinen sollt ihr vor uns im Staube liegen .... ohne Erhörung zu finden, denn das englische Volk, „the English people“, d. h. das Volk, dem Gott die Erde und Alles was darinnen ist als Fußschemel und Ausbeutungsgegenstand gegeben hat, dieses Volk wird nach dem Kriege eine neue Haltung einnehmen gegenüber den verwandten britischen Völkern und gegenüber seinen Verbündeten, aber auch eine neue

Haltung gegenüber seinen Feinden, — und es wird neue Interessen haben, deren Förderung seine Ehre (sic!) ihm zur Pflicht machen wird.

So bestätigt der bekannte Gelehrte und bekräftigt mit dem Gewicht seiner Wissenschaft die Zerstörungsmaßregeln, die der „Engineer" anrät, und die mangels des erforderlichen militärischen Sieges bisher noch nicht in Deutschland zur Anwendung kommen konnten, sowie die Beraubung und die Existenzvernichtung der deutschen Handelshäuser in englischen Kolonien, wie sie die Strait Settlements als erste durchgeführt haben und von denen Kamerun und Togo so klare Beweise liefern. Er tut dies in anderen Worten und in einer wissenschaftlichen Untersuchung auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, in der ihm stets ein Ehrenplatz, auch in Deutschland eingeräumt worden ist, und er tut dies in einer neutralen wissenschaftlichen Zeitschrift, so wenig glaubt er mit seinen Ausführungen irgend wo in der Welt Anstoß erregen zu können. Wie weit ist doch die ‚doctrine of expediency' und die Anästhisierung der Gewissen in England fortgeschritten. Auf den erwähnten Aufsatz des englischen Gelehrten folgt unmittelbar ein Aufsatz des großen Leipziger Philosophen Wundt, denn die Zeitschrift, um die es sich handelt ist wie erwähnt neutral.

So kommt auch bei W. J. Ashley der unbedingte Herrenstandpunkt zum Ausdruck, jener Größenwahn, der als Vorläufer der Gehirnerweichung so oft in Irrenanstalten beobachtet wird. Nach dem Kriege wird die Ausbeutungspolitik, die bisher das alleinige Vorrecht Englands war, an die gesamte britische Herrenrasse — an die englisch sprechende Welt — übergehen. Die heutigen Verbündeten der Anglo-Sachsen werden gnädigst von England die Erlaubnis erhalten, ihre Bedürfnisse in und besonders durch England als den Großherrn des Welthandels decken zu dürfen. Aber Deutschland, und selbstverständlich auch die mit ihm verbündeten Mächte, werden vernichtet und für alle Zeiten ausgeschaltet. Höchstens, daß ihnen, wie den Türken in Mesopotamien, eine niedrigere Species Fellachen darzustellen erlaubt werden wird. Deutschland muß für alle Zeiten arm ge-

halten werden; hundert Millionen Menschen deutscher Abstammung und fünfzig Millionen Slawen, dazu ganz Ungarn müssen in wirtschaftlichem Elend verkommen, müssen an allem Fortschritt gehindert und von ihm abgeschnitten werden, — damit Groß-Britannien in seinem Wohlleben nicht weiter gestört werde.

Und der feste Halt dieser Machtpolitik soll durch den engen Zusammenschluß des britischen Reiches gesichert werden. Ashley schreibt: „Nach meiner Meinung wird der Krieg eine weitere Festigung des britischen Imperiums bedeuten. Es ist ein alter Witz, der aber eine große Wahrheit enthält, daß wir dem Präsidenten Krüger als einem Schöpfer des britischen Imperiums ein Denkmal setzen sollten. (Wie bezeichnend ist doch dieser „Witz" für die englische Nichtachtung jeder Menschlichkeit auch bei sogenannten höher Gebildeten in England; das Volk kennt ja so wie so nur rohe Faustkämpfe, die Freuden der Saloon-Bars und ähnliche Vergnügen als geistige Erholung). Sicherlich aber wird, fährt Ashley fort, der Kaiser in diesem Sinne ein noch weit prächtigeres Denkmal verdienen. Die wirkliche Gefahr für den imperialistischen Zusammenhang ist nicht eine bewußte Entfremdung zwischen den „Schwester-Nationen" (sic !), sondern ein unbewußtes Von-einander-gleiten, das auf der Stärke der lokalen Interessen und der Schwäche der zentripetalen Kräfte beruht; nicht Antipathie, sondern das Fehlen gegenseitiger Sympathie. Ein Krieg jedoch, in dem die Dominions mit Selbstverwaltung freiwillig teilnehmen, öffnet ihnen die Augen über ihre eigene Anteilnahme an der imperialistischen Zusammengehörigkeit, indem sie Seite an Seite kämpfen, wird eine gegenseitige Kenntnis geschaffen, ein gegenseitiges Verstehen und eine gegenseitige Achtung, ein Grundstock gemeinsamer Erinnerungen. Auf solchen Boden wird sich dann am ehesten eine Bundesorganisation entfalten, die einem so einzigartigen Imperium wie dem unseren gerecht wird.

„Genau wie die Schaffung einer neuen imperialistischen Verfassung in der imperialistischen Konferenz und dem imperialistischen Sekretariat in den letzten zehn Jahren unmöglich gewesen wäre,

wenn nicht zur Zeit des Burenkrieges eine Welle des Gefühls alle britischen Besitzungen durchflutet hätte, so muß auch der noch engere Zusammenschluß nicht nur zwischen den einzelnen Briten, sondern auch zwischen den einzelnen britischen Regierungen, die eine gemeinsame, die Welt umspannende Aufgabe zusammen verfolgen, notwendigerweise die Lösung des großen britischen Problems fördern. Schon heute verwandelt der deutsche Angriff (sic !) den losen Haufen der britischen Besitzungen nicht gerade in einen Zollverein aber in einen Kriegsverein, in eine Organisation zum Zusammenarbeiten der Heere und Flotten. Das Einfangen der „Emden" durch die „Sydney" hat nicht nur mehr Wert für die Stärkung des imperialistischen Gedankens, sondern auch für die imperialistische Organisation gehabt, als die „Emden" uns an gekaperten Handelschiffen gekostet hat". (Scientia, 1915, S S. 65-66).

Auch hier drückt sich wieder klar und deutlich der reine Geldstandpunkt des Engländers aus und klar und deutlich legt hier der Verfasser eins der bedeutsamsten Ziele der englischen Politik als mit dem Ereignis dieses Krieges verwoben, dar.

Das Zustandekommen dieses Planes einer endgültigen Festigung des englischen Weltreiches bedeutet aber für uns die spätere Erdrosselung ebenso sicher wie eine Überflutung Europas durch asiatisch-russische Horden. In ihr liegt eine der größten Gefahren für das Menschengeschlecht, da dadurch nicht nur England, Kanada, Australien und Süd-Afrika mit rund 70 Millionen weißen Engländern, sondern auch Indien mit seinen 300 Millionen militärisch und wirtschaftlich fest zusammengeschweißt und für jede Gewaltpolitik, die der britischen Selbstsucht ""expedient" erscheinen möchte, in die Wagschale geworfen werden kann.

So steht uns England grundsätzlich und gewollt als erbitterter Feind gegenüber. Doch nicht nur uns, die ganze europäische Kultur kennt nichts antagonistischeres als die englische Lebensauffassung der „expediency", der bequemsten Befriedigung der Selbstsucht. Nicht nur wir, nicht nur unsere Verbündeten in Europa, ja in Asien, nicht nur die nordischen Staaten — auch

wenn sich Norwegen einen öffentlich als Meuchelmörder gebrandmarkten Findlay als königlich britischen Gesandten gefallen läßt — nicht nur Holland und Polen, sogar Frankreich, vor allem Frankreich, kennt nichts gegensetzlicheres als die englische Lehre der selbstsüchtigen Heimtücke. England steht gegen Europa, Groß-Britannien ist anti-europäisch, die englisch sprechende Welt bedroht unseren Erdteil genau so mit Untergang, wie Macedonien Hellas, wie Rom Griechenland bedrohte.

England hat Europa in Schwäche und Ohnmacht gehalten, genau wie Europa Deutschland in Schwäche und Ohnmacht hielt. Macedonien hat Hellas, Rom hat Griechenland vernichtet, weil weder Hellas zur Zeit Philipps noch Griechenland gegenüber einem Lucius Mummius seine alten Streitigkeiten vergessen konnte.

Und wie sehr jede Verständigung nicht nur zwischen uns und England, sondern auch zwischen Europa und England im Grunde unmöglich ist, mag das Beispiel einer vergleichenden Auffassung des Niederwalddenkmals bei zwei Schriftstellern dartun, die, jeder in seiner Art, berühmt und von Einfluß auf ihre Landsleute sind. H. G. Wells, der bekannte Engländer und Prophet der rein britischen Entwicklung der Welt, und, als Gegenüberstellung, der Vicomte E. M. de Vogüe, Mitglied der französischen Akademie, einer der bekanntesten politischen Schriftsteller Frankreichs, Botschafter seines Landes an verschiedenen Höfen und Mitkämpfer von 1870/71, der das Ideal der Revanche nie vergaß.

Wells, der sich nicht genug darin tun kann, alles französische — wohlverstanden nur in der Kunst — als den Gipfel des Höchsterreichbaren überhaupt zu rühmen, läßt in seinem Roman: The passionate friends (Tauchnitzausgabe, Bd. II, SS. 87/88) eine durch Heirat zu einer deutschen Fürstin gewordene Engländerin das Niederwalddenkmal wie folgt apostrophieren:

„Dieses anmaßend Triumphvolle“ sagte sie mit einer Handbewegung auf den erdrückend geschmacklosen Teutonismus, der über uns turmhoch ragte, „dieses anmaßend Triumphvolle“ fällt

mir stets auf die Nerven. So siegten sie, genau so . . . . . so bäurisch-plump. Es ist aber nur eine Art von Unbeholfenheit, jenseits aller Kunst, wenn man es richtig betrachtet; nicht gerade eine Gemeinheit, nur kindisch. Sie hatten es eben noch gar nicht so recht begriffen, sie waren so vollständig erstaunt darüber, daß sie im Krieg überhaupt etwas leisten könnten . . . . Diese dicke, bebuste Viktoria! Ganz so kriegerisch wie sie aussieht ist sie ja nicht. Dazu ist sie zu fett. Aber eben das ist es, was dem Deutschen über Alles geht: Essen und Trinken".

Während der Engländer diese Gefühle vor dem Niederwalddenkmal empfindet, — ein Engländer, der, was nicht vergessen werden darf, als eine der demokratischsten Leuchten seines Landes gilt und der sich mit Vorliebe Socialist nennen hört, der die höchste dort zu findende Kenntnis sowohl der Geschichte, wie des kulturellen Fortschritts verkörpert, — schreibt der Franzose in seinen Regards Historiques et Littéraires, Paris, SS. 162/3, über seinen Besuch desselben Denkmals und wohl eingedenk der Kämpfe, die er gegen die, denen zu Ehren dieses Denkmal steht, gekämpft hatte:

„Dies ist wirklich jenes symbolische Deutschland, so wie dieses Volk es sich erträumt hat, der einzige Gedanke von 40 Millionen, in Bronze gegossen und in Granit verankert. Ich bewundere seine Schönheit und ich fühle keine Verwünschung . . . . . Wenn dort oben jene siegvolle Frauengestalt das Scepter der Welt hält, so ist es, weil hinter ihr ein ganzes Jahrhundert der Geduld, der Hingabe, der bürgerlichen Tugenden steht. Darin liegt begründet das Recht auf Größe. Und die Führer dieses Volkes hatten nicht Unrecht, als sie vor 17 Jahren die Hilfe Gottes anriefen, Gottes, das heißt, der endgültigen Gerechtigkeit, die unseren Blicken wohl während langer Jahre verhüllt bleibt, die aber stets am Ende hervortritt und das Schicksal dorthin wendet, wo ausdauernde Arbeit es sich verdient hat. Den Franzosen, der dies nicht verstände, müßte man bedauern, und ebenso den, der in diesem Verständnis, zögern würde, es laut auszusprechen".

Tritt hier nicht, jedem verständlich, der Unterschied zwischen englischer und europäischer Auffassung klar zu Tage? denn der Franzose Vogüe kann recht wohl als Vertreter jener höheren Kultur angesprochen werden, die, wie wir hoffen, eines Tages Europa einigen wird. Hohnvolle und gewollte Ablehnung jeden Verständnisses auch bei denen in England, die auf Grund ihres Wissens vollständig in der Lage wären, fremder Entwicklung gerecht zu werden, steht einem auf Bildung und auf höheren Charakteranlagen gegründetem Bestreben gegenüber, auch dem als Gegner betrachteten Volke Verständnis entgegen zu bringen.

England liegt außerhalb Europa. Es ist eine geographische Fiktion, es zu Europa zu rechnen, ebenso wie es eine geographische Fiktion ist, Rußland außerhalb Asiens zu stellen. Unser Ziel muß sein, den Weg vorzubereiten, der Europa gestatten wird, sich ohne englische Einmischung, Bevormundung und Vergewaltigung zu entwickeln. Weder gab die französische Revolution, noch gibt der sogenannte deutsche Militarismus England das Recht, in europäische Angelegenheiten hineinzureden. Dieser Punkt muß klar erkannt werden. Der Kampf wird gehen um eine Art Monroe-Doktrin für den alten Kontinent, die auch England ausschließt.

In reiner Selbstsucht befangen, hat sich England absichtlich und bewußt von Europa getrennt und im Namen der „doctrine of expediency" Europa seit Jahrhunderten als einfaches Objekt der Ausbeutung behandelt, ohne jedes Gefühl für irgend welche inneren Kulturzusammenhänge, die es sehr wohl hätte herstellen und pflegen können, wenn es gewollt hätte. An der europäischen Völkerfamilie hat es heute ebenso wenig Anteil, wie das russische Reich der Zaren. Es steht, mit voller Absicht und vollem Bewußtsein nicht nur uns, sondern ganz Europa als Feind gegenüber.

Diese Aufgabe des klaren Erkennens und des zielbewußten Wollens der Notwendigkeit einer Befreiung Deutschlands aus den Fesseln und dem Vernichtungstreben Englands, das sich gegen ganz Europa wendet, die Verteidigung gegen die Ausbeutungs-

politik eines fremden Inselvolkes, diese Aufgabe muß unser unverrückbares Ziel bleiben und ihre Erfüllung allein wird den Weg frei machen für uns und die Welt zu jenen Idealen eines friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, die heute noch unerreichbar, und ferner denn je, in den Herzen verträumter Friedensfreunde leben.

Buchdruckerei Arnold Ehlers, Weißwasser O.-L.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 10 Mark —.80

Die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte

von

Dr. Béla Rajnik

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

politik eines fremden Inselvolkes, diese Aufgabe muß unser unverrückbares Ziel bleiben und ihre Erfüllung allein wird den Weg frei machen für uns und die Welt zu jenen Idealen eines friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, die heute noch unerreichbar, und ferner denn je, in den Herzen verträumter Friedensfreunde leben.

Buchdruckerei Arnold Ehlers, Weißwasser O.-L.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 10 Mark —.80

Die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte

von

Dr. Béla Rajnik

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 10

Die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte.

Gedanken und Anregungen zur Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn

von

Dr. Béla Rajnik,
Rechtsanwalt in Budapest.

Berlin 1916
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandluug
gegr. 1729

Inhalt:

I.

Der Zeitpunkt der Annäherungsaktion.

Man rüstet zur Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Zentralmächten. —

Wäre der Zeitpunkt ansonst nicht unabänderlich gegeben, er könnte wahrhaftig, mitten im Kriege, nicht für sonderlich geeignet bezeichnet werden. Er ist es nicht, zufolge der Nähe der Kriegsereignisse, also just aus dem Grunde, aus welchem ihn viele ergriffen haben mochten. Die bekannte weitverbreitete These, daß einem strategischen, mit Blut gekitteten Bündnisse, das wirtschaftliche folgen müsse — deren Prüfung auf ihre Richtigkeit dahingestellt sei — könnte, wenn sie zuträfe, vorerst höchstens für das P r i n z i p der Verständigung über ein wirtschafttliches Zusammengehen, nicht aber auch dafür als Motiv dienen, daß nunmehr auch das definitive Bündnis selbst, in allen Einzelheiten, mitten im Kriege abgeschlossen werden soll. —

Es ist ganz richtig, wir müssen auch wirtschaftlich wissen, was wir nach dem Kriege wollen. Das wissen wir auch — Deutsche, Österreicher, Ungarn — alle. Wir wollen einen verbürgten Frieden, mit uneingeschränkten, auf alle Weltteile sich erstreckenden wirtschaftlichen Betätigungs- und Entwicklungsmöglichkeitten. Um dieser willen wollen wir eine innige wirtschaftliche Verständigung. Wie aber diese beschaffen sein soll, das müßte einem späteren, geeigneteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben. Selbst dann, wenn der Plan der wirtschaftlichen Verständigung ex asse aus dem Kriege herausgewachsen wäre. Das ist aber nicht der Fall, da doch bekanntlich der Grundgedanke der Zollunion gar nicht aus diesen historischen Zeiten hervorging, vielmehr schon lange vor Kriegsausbruch propagiert, und das Motiv der Waffenverbrüderung der Bewegung erst nachträglich beigelegt wurde. —

Allerdings, der Weltkrieg in seinem heutigen Stadium,

wo die wirtschaftliche Absperrung als eine Hauptwaffe gehandhabt wird, bietet einen Anlaß mehr, die Annäherungsaktion in den Vordergrund zu stellen und es ist verständlich, wenn Deutschland, mittelst derselben, auf dem großen Landstrich von der Ostsee bis zum persischen Golf, seinen Erzeugnissen den freien, vor illoyalen Eingriffen geschützten Wettbewerb zu sichern wünscht. Damit ist es aber noch immer nicht begründet, die Aktion zu einem Zeitpunkte zu Ende zu führen, welcher zufolge der Kriegsereignisse importun erscheint.

Zunächst genügt das Bewußtsein, daß Österreich und Ungarn bei diesem wirtschaftlichen Kampfe Deutschland treu zur Seite stehen und die wirtschaftliche Annäherung im Prinzipe mit verwirklichen wollen. Es müßte sogar beruhigend empfunden werden, daß die Förderung des Annäherungsplanes durch Österreich und Ungarn nicht aus Begeisterung, sondern aus w i r t s c h a f t l i c h e n Vernunftsgründen erfolgt. Das gegenseitige Interesse, das do ut des, führt die Mittelstaaten zusammen. Der politische Kitt und insbesondere der Kitt aus Blut, sind es freilich, welche die Begeisterung und jene Empfindung schaffen, durch welche man sich augenblicklich hingezogen fühlt, ohne den wirtschaftlichen Kitt könnte aber aus der Annäherung doch nichts werden. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist der letztere Kitt der stärkere, der zuverlässigere, auf welchen man sich, als Grundlage, zu stützen hat. —

Wirtschaftliche Verträge sollen eben in einer gewissen Distanz von der Begeisterung, mit kühlem Sinn durchdacht und nicht für den Augenblick geschlossen werden. Man vermeide auch dementsprechend Motive in Umlauf zu setzen, die aus gar nicht hoch genug abzuschätzenden Quellen der Begeisterung geschöpft sind. Solche Quellen sollen geschont werden, damit sie nie versiegen. —

Ein Band, welches in einem zu heißen Milieu der Leidenschaften gesponnen wird, könnte eine allzuenge, die freie Bewegung hindernde Verbindung schaffen, statt eines fessellosen, aber die gegenseitigen Interessen desto gewissenhafter achtenden und fördernden Zusammenschlusses. Politische

Freundschaft verpflichtet zu einer peinlich loyalen Prüfung der gegenseitigen Wirtschaftsinteressen und zu einer Hintanhaltung einer unangebrachten Annäherung. Es soll bei einer ähnlichen Verbindung nachträglich der Wunsch nach einer Lockerung oder Lösung nie aufkommen können. —

Auch der Hinweis auf die ähnlichen, unsere Isolierung bezweckenden Zusammenschlußabsichten der uns jetzt feindlichen Staaten erscheint nicht hinreichend begründet und erwiesen. —

Der Weltkrieg brachte bekanntlich auf allen Gebieten, namentlich aber auf wirtschaftlichem Gebiete, eine solche Fülle unerwarteter Ereignisse, ja solche, die ganz anders kamen, als man sie erwartete, daß es gerade in unserem Falle auch ganz anders kommen kann, als man es sich vorstellt. Alle Staaten werden auf ihre finanziellen und handelspolitischen Interessen bedacht sein müssen und es könnte sich diesmal nach dem Kriege die Erfahrung ergeben, daß Handelsschaft nicht nur keine Freundschaft, sondern auch keine Feindschaft ist!

Im übrigen hörte man bisher zumeist nur von den wirtschaftlichen Absperrungsabsichten der Westmächte. In Rußland ist es verhältnismäßig still in dieser Hinsicht. Von den ersteren wissen wir allerdings, daß Wirtschaftspolitiker von Ruf, aus Frankreich und Italien im Jahre 1915 zu Konferenzen zusammentraten, doch recht bald — ohne Resultat — wieder auseinandergingen. Auch die Pariser Wirtschaftskonferenzen des Jahres 1916 scheinen keine greifbaren Resultate gezeitigt zu haben; ja es dringen zu gleicher Zeit gewichtige Stimmen aus dem englischen Oberhause und aus anderen maßgebenden englischen Kreisen zu uns, welche sich gegen wirtschaftliche Vergeltungsideen und gegen jeglichen Handelskrieg nach dem Frieden geradezu auflehnen! Das Ereignis ist unschwer durch die Tatsache erklärlich, daß die Ententemächte kein geographisch geschlossenes Gebiet bilden und für einen organischen Zusammenschluß schon aus diesem Grunde nicht recht geeignet sind. Sie haben aber auch sonst gegenseitig sich wirtschaftlich kaum etwas Wesentliches zu bieten. Im

Gegenteil. Man kann tagtäglich die Gegensätze beobachten, die auf den verschiedensten wirtschaftlichen Gebieten, namentlich zwischen Italien und den übrigen Alliierten auftauchen und von der Tagespresse der Entente leidenschaftlich besprochen werden. Dem wirtschaftlichen Zusammenschlusse unserer Feinde würde also, wie jeder künstlichen Mache, die erste Bedingung, die Lebensfähigkeit abgehen. Von belgischer Seite wird übrigens als Argument gegen jedwede wirtschaftliche Absperrung ganz unumwunden geltend gemacht, daß eine solche den internationalen Transitverkehr — bekanntlich der Lebensnerv Belgiens — ganz und gar ablenkend, die Bedeutung Antwerpens, des wichtigsten belgischen Handelshafens, untergraben würde.

Selbst an der Wiener, wie an der Berliner Tagung deutscher, österreichischer und ungarischer Wirtschaftspolitiker im Juni, beziehungsweise im Juli des Jahres 1915 fehlte es nicht an Stimmen, welche das Andauern der wirtschaftlichen Absperrung unserer jetzigen Feinde nach dem Kriege, als höchst unwahrscheinlich hinstellten. In ähnlichem Sinne sprach sich jüngst auch der berufene Kenner des Wirtschaftslebens Artur von Gwinner aus. Das stimmt auch mit den Erklärungen des englischen Handelsministers Runciman, welche derselbe am 10. Jänner 1916 im englischen Unterhause abgab und in welchen er — trotzdem seine Ausführungen einem Boykott Deutschlands galten — auf die großen Schwierigkeiten hinwies, welche sich der Errichtung eines Zollvereins unter den Alliierten entgegenstellen. Die Schwierigkeiten beginnen aber keineswegs bei der Verständigung zwischen den Alliierten, sie werden schon im Augenblicke einsetzen, wo man eine Einigung zwischen dem englischen Mutterlande und seinen Kolonien versuchte. Das sind Gebiete mit ganz und gar heterogenen wirtschaftlichen Interessen, denen eine Isolierungspolitik der Alliierten überhaupt zuwiderläuft. Dementsprechend möge man den Kundgebungen der unter den verschiedensten Bezeichnungen bald hier, bald dort tagenden Wirtschaftskonferenzen und interparlamentarischen Ausschüssen keine Bedeutung über Gebühr beimessen — von den Beschlüssen der reklameartig

organisierten verschiedenen Vereinigungen, wie beispielsweise der Londoner „Anti German League“, gar nicht zu sprechen. Man kann also die Ereignisse ruhig an sich herantreten lassen, umsomehr, da es zweifellos ist, daß wenn es seitens der uns jetzt feindlichen Staaten wirklich zu absperrenden und die Interessen der Zentralmächte schädigenden Vorkehrungen käme, wir dann mit unseren Gegenmaßregeln wohl rascher fertig werden dürften, als unsere Feinde!

Der Zeitpunkt für die Behandlung des in Rede stehenden Wirtschaftsproblems ist aber trotz allem wie bereits eingangs angedeutet, unabänderlich gegeben, und zwar durch den Umstand, daß die Handelsverträge, sowohl zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn, als auch zwischen Österreich und Ungarn, schon im Jahre 1917 ablaufen. Sie müssen erneuert werden. Die Erneuerung, die im engsten Zusammenhange mit dem Annäherungsplan der Zentralmächte ist, muß aber mit Rücksicht auf den nahen Ablauftermin und auch in Hinblick auf die Bestrebungen Ungarns nach einer Änderung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich rechtzeitig auf die Tagesordnung gestellt werden, will man sich im letzten Augenblick nicht vor unabänderliche Fakten gestellt befinden.

Da nun die Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen aus obigen Gründen nicht aufgeschoben werden kann, wird eine Lösung gesucht werden müssen, welche spätere Entschließungen nicht präjudiziert. Zu dieser Lösung wird aber, wie ersichtlich, nicht wegen, vielmehr trotz des Weltkrieges geschritten werden müssen. Und eben aus diesem Grunde bedingt sie eine Objektivität, welche die maßgebenden Faktoren zweifellos in einem Übermaße aufbringen werden, um nicht von den störenden Motiven und Schlagworten beeinflußt zu sein, welche eben bei den Beratungen ausgeschieden werden sollen. —

II.

Die Lücke in den Erörterungen über die Annäherungsaktion.

Es wurde auf den Umstand hingewiesen, daß die Neuregelung der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Zentralmächte, auch in Hinblick auf die Bestrebungen Ungarns nach einer Änderung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich, rechtzeitig in Angriff genommen werden muß. Diese beiden Probleme hängen eng zusammen. Und doch, den Bestrebungen Ungarns nach einer wirtschaftlichen Separation, und dem immerhin möglichen Gelingen derselben wurde bei den bisherigen Besprechungen über eine Annäherung der Zentralmächte die gebührende Bedeutung nicht beigelegt! Offenbar rechnet man mit dem Fortbestand der jetzigen vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Österreich und Ungarn. Dieser Voraussetzung kann eine gewisse Berechtigung keineswegs abgesprochen werden, sie ist aber doch keine sichere und die Außerachtlassung der anderen möglichen Gestaltung der Beziehungen, nämlich jener der wirtschaftlichen Separation könnte nachträglich zu einer empfindlichen Lücke werden — auf Kosten der mühevollen Vorarbeiten. Denn die möglichen Änderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Ungarn beeinflussen notwendigerweise auch die Umstände und Bedingungen der Annäherung zum Deutschen Reiche!

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sollten die Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen Österreichs zu Ungarn bereits im Jahre 1915 begonnen haben. Die Verhandlungen sind auch inzwischen eingeleitet worden. Sie sind im Zuge und zweifellos bildet bei dieser Gelegenheit auch das Annäherungsproblem den Gegenstand des Gedankenaustausches. Diese Annahme wird durch die inzwischen auch

äußerlich in Erscheinung getretene Fühlungnahme der maßgebenden Faktoren Deutschlands und Österreich-Ungarns gerechtfertigt. In der Öffentlichkeit, welche diese Verhandlungen sonst mit begreiflichem Interesse verfolgt, ist es verhältnismäßig still. Auch der Kampf um die wirtschaftliche Separation ruht augenblicklich. Die historischen Zeiten, inmitten welcher die Sorge um die höchsten Güter der Nation das ganze Interesse in Anspruch nimmt, lassen sonstige Bewegungen derzeit offenbar nicht recht aufkommen — zumal dieselben auch durch eine, zufolge des Krieges auferlegte zeitweilige Einschränkung des Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit gehemmt sind, zu Worte zu kommen. In Berücksichtigung dieser Umstände wäre es aber verfehlt darauf zu schließen, daß die Fortdauer der vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinschaft nunmehr außer Frage steht.

Man begegnet auch auf anderen Gebieten, beispielsweise auf jenem der sozialistischen Bewegung, ähnlichen Erscheinungen. Auch hier herrscht teils freiwillig, teils unfreiwillig Burgfriede. Wer würde aber aus dieser Erscheinung der Zurückstellung von Aspirationen, darauf schließen können, daß nach dem Kriege die Verwirklichung der Ideale nicht mit derselben Energie und Begeisterung betrieben werden wird, wie ehedem? Könnte man nicht eher die Prognose stellen, daß — nach den lehrreichen Erfahrungen des Weltkrieges — der Verwirklichung jener Ideale — gleichviel in welchen Formen und Grenzen — weniger Hindernisse in den Weg gelegt werden dürften, als zuvor?!

Dasselbe gilt für die — allerdings grundverschiedenen — Bestrebungen nach einer Zolltrennung in Ungarn. Die Vorgänge dieses gewaltigsten aller Weltkriege haben die wirtschaftlichen Probleme, wie wir sehen, erst recht in den Vordergrund gestellt. Man muß alle Fäden des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Lande kennen um zu begreifen, warum — nebst der bereits gedachten Motive den historischen Ereignisse und der dieselben begleitenden Beschränkungen der Äußerungsmöglichkeiten — die Erörterungen und Agitationen bezüglich der künftigen Beziehungen Ungarns zu Österreich und namentlich die Bewegungen im Interesse einer

Zolltrennung, auf einen Ruhepunkt gelangten. Sobald aber einsetzend, werden sie das öffentliche Interesse wieder in hohem Maße in Anspruch nehmen, umsomehr da der Weltkrieg die kolossale Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Bereitschaft auch den Ungarn näher brachte, auch sie darüber belehrte, daß die wirtschaftliche Kraft mit ein ausschlaggebender Faktor des Erfolges auch auf politischem Gebiete und auch in militärischer Hinsicht ist und daß derselben eine intensivere Pflege und Ausgestaltung gebührt. Man kann also auch die Ergebnisse der Kämpfe, welche sich um den wirtschaftlichen Vertrag zwischen Österreich und Ungarn früher oder später zweifellos entwickeln werden, voraus gar nicht bestimmen, zumal es nicht abzusehen ist, ob weite und maßgebende Kreise, die bisher die Zolltrennung bekämpften, eben nach den Erfahrungen des Weltkrieges, nicht zur Erkenntnis gelangen werden, daß man den gedachten wirtschaftlichen separatistischen Bestrebungen eher eine Förderung zuteil werden lassen sollte!

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn als bekannt voraussetzend, genügt es wohl kurz daran zu erinnern, daß die zwei Staaten ihre Wirtschaftsangelegenheiten auf Grund des sogenannten Ausgleichgesetzes vom Jahre 1867, das nichts anderes, als ein internationaler Vertrag ist, von 10 zu 10 Jahren ganz selbständig und in souverän unabhängiger Weise regeln. Nach Ablauf des jetzigen Vertrages am 31. Dezember 1917, kann zwar eine Einigung auf eine vertragsmäßig gemeinsame Zolllinie nach außen abermals erfolgen, — als ausgemacht kann aber diese Gestaltung doch nicht gelten. Die Wirtschaftsangelegenheiten in Österreich und Ungarn sind eben nur insolange gemeinsam, bis sie seitens dieser zwei Staaten durch einen Vertrag auf eine gewisse Dauer für gemeinsam erklärt werden. —

Dementsprechend ist es also eine Täuschung, die verhängnisvoll werden kann, wenn man die Besprechungen und Vorarbeiten auf die Grundlage des Bestandes zweier Wirtschaftsgebiete stellt: namentlich des deutschen und des österreich-ungarischen Wirtschaftsgebietes. Man möge eben nicht

von zwei Wirtschaftsgebieten sprechen, wo es deren drei gibt: das deutsche, das österreichische und das ungarische! Diese Distinktion besteht selbst im Falle einer Fortdauer der vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinsamkeit. —

Die wirtschaftliche Struktur der Beziehungen der zwei Staaten — Österreichs und Ungarns — erheischt also bei der Behandlung des Annäherungsproblems, wie zu ersehen, eine sorgfältige Beachtung. Es soll ein Gebäude errichtet werden. Zu diesem Zwecke sollte man vorerst die Bausteine zurechtlegen. Jeder einzelne Baustein muß in homogener Beschaffenheit bereitliegen. Ein einziger mit losem Gefüge kann die Stabilität des Gebäudes gefährden. Und im gegebenen Falle gibt es eben einen solchen Baustein — Österreich-Ungarn — dessen Gefüge nicht stabiler Natur ist!

Die geplante wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte muß dementsprechend aus zwei Gesichtspunkten erwogen werden. —

Aus dem Gesichtspunkte der Fortdauer der heutigen vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinsamkeit und aus jenem der Zolltrennung. —

Eine systematische Erörterung der Zolltrennungsfrage in Ungarn gehört nicht in den Rahmen dieser Abhandlung, es kann aber doch nicht vermieden werden jene hervorstechendsten Motive für und gegen, in gedrängter Kürze, anzuführen, welche nicht nur vom Gesichtspunkte der etwaigen Änderungen in den Beziehungen Österreichs zu Ungarn, sondern auch vom Gesichtspunkte der Frage über die Annäherung der Zentralmächte von hohem Interesse sind.

III.

Die Zolltrennungsbestrebungen Ungarns.

Es ist im Grunde genommen unrichtig, keinesfalls präzis, wenn man von Anhängern und Gegnern der Zolltrennung in Ungarn spricht. Im Sprachgebrauch besteht allerdings diese Distinktion, und sie soll auch hier weiter beibehalten werden, — im Wesen besteht sie aber nicht. Die ungarischen Wirtschaftspolitiker sind ausnahmslos Anhänger der unabhängigen, eigenen wirtschaftspolitischen Einrichtungen. —

Die richtige Unterscheidung ist die folgende. Es gibt Wirtschaftspolitiker, die — da sie die Realisierung der eigenen Zollinien derzeit für nicht zweckmäßig oder nicht durchführbar halten — den wirtschaftlichen Zustand der Zolltrennung vorerst bloß als Idealgedanken betrachten, gegenüber jenen, die für die unmittelbare Verwirklichung derselben eintreten. —

Letztere reklamieren sowohl aus landwirtschaftlichen, als insbesondere aus industriellen Gründen die Errichtung der eigenen Zollinien. Ohne dieselben könne eine wirtschaftlich kräftiges Ungarn nicht gedacht werden. —

Das künstliche Zusammenschweißen zweier Länder — Österreichs mit Ungarn — mit notorischen Verschiedenheiten des wirtschaftlichen Lebens und in der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, behindert die wirtschaftliche Weiterentwicklung, auf welche Ungarn berechtigten Anspruch hat und versetzt das Land in den Zustand einer wirtschaftlichen Inferiorität. —

Verfasser dieser Studie gelangte zu diesen Feststellungen in einem früheren Aufsatze *) auf Grund eingehender Unter-

---

*) Az Ausztriától való gazdasági különválás nyomán várható alakulások. Die in Ungarn nach der erfolgten wirtschaftlichen Trennung von Österreich zu gewärtigenden wirtschaftlichen Gestaltungen. (Ausgezeichnet durch die ungarische Akademie der Wissenschaften. Budapest 1909. Franklin-Gesellschaft.)

suchungen aller in Betracht kommenden Faktoren des wirtschaftlichen Lebens. In diesem Aufsatze wurde auch auf die Gefahren hingewiesen, welche eine fortwährende Vertagung der Einführung der selbständigen Zollinie und insbesondere der eigenen Industriezölle in sich birgt. — Es wurde daran erinnert, daß „die Industriezölle im allgemeinen bloß als Mittel zum Zwecke der Industrieentwicklung dienen. Es dürfte die Zeit kommen, wo die einzelnen Staaten im Westen ihre Ziele bereits erreichten und die dann überflüssigen Mittel, die ihre Schuldigkeit erfüllten, beseitigen werden. In diesem künftigen Zeitpunkte wird ein kleines, von mächtigen Nachbarn umgebenes Staatswesen nicht mehr zu den, von denselben bereits beseitigten Waffen Zuflucht nehmen können, ohne mit seinen Nachbarstaaten in Konflikt zu geraten. Das Versäumte wird in absehbarer Zeit nicht oder kaum mehr nachzuholen sein!"

Der Zeitpunkt, der diesem Gedanken vorschwebte, ist allerdings noch nicht gekommen. Die Industriezölle werden vorerst als Mittel zum Schutze und zur Entwicklung der Industrien weiter beibehalten. Es entwickeln sich aber doch Ereignisse analoger Art. Es zeigen sich Konturen einer Zollpolitik, welche die Wirtschaftsgebiete in große Gruppen reiht und innerhalb derselben die Tendenz oder die Neigung eines gewissen Freihandelssystems Oberhand gewinnt. Das ist freilich der ideale Zustand für jene Staaten, welche ihre Industrien bereits auf die gewünschte Höhe brachten. Innerhalb dieser Mächtegruppen wird Ungarn einen mit der Zeit sich immer schwieriger gestaltenden Kampf zu bestehen haben um das Versäumte nachholend, den eigenen Zollschutz zu erreichen. Solche Kämpfe wollen zu „großen Zeiten" ausgefochten werden, wo man für umgestaltende Ideen empfänglicher ist und deshalb ist es keine unberechtigte Frage, ob die Gelegenheit, die sich heute bietet, in absehbarer Zeit nicht die letzte zu werden droht! Wird auch diese versäumt, dann ist es eben wieder einmal um die wirksame industrielle Entwicklung und damit um das kraftvolle materielle Emporkommen geschehen!

Der historische Zeitpunkt, in welchem Ungarn über die Frage seiner Zolltrennung von Österreich zu entscheiden haben wird, gilt als ein Wendepunkt von solcher Bedeutung, wie er im Wirtschaftsleben der Völker wohl selten wiederkehrt. —

Die Wirtschaftspolitiker der Gemeinsamkeit, die die Zolltrennung — obgleich als Idealgedanken betrachtend — derzeit bekämpfen, sind gar nicht in der Lage prinzipielle und entscheidende Momente gegen das abgesonderte Wirtschaftsleben anzuführen, sie trachten vielmehr ihren ablehnenden Standpunkt auf gewisse Zweifel, Bedenken, auf eine hierdurch erzeugte Furcht vor ungewissen zukünftigen Ereignissen und auf ein, durch den Hang an das Gewohnte erzeugte Gefühl aufzubauen. —

Es wurde vom Verfasser dieser Arbeit in einem unlängst erschienenen Heftchen*) versucht, all diese Motive des Kleinmutes zu entkräftigen. Inzwischen hat aber der Weltkrieg in seiner wuchtigen Art und in einer ungleich autoritativeren Weise denselben ein jähes Ende bereitet. In einer Zeit, wo man sich politisch und wirtschaftlich jählings in jenen Zustand geschleudert befindet, welcher seit Jahrzehnten als der Höchstbegriff des Ungewissen gehalten, und als dessen Kriterium der wirtschaftliche Niedergang bezeichnet wurde, und wo just das Gegenteil sich einstellte, wo man in einer gewissen Entfernung von den Schauplätzen des großen Ringens gerade auf wirtschaftlichem Gebiete, so paradox es klingen mag, nichts weniger als einen Niedergang beobachtet, wo der allgemeine Verkehr, Handel, Gewerbe, Kreditwesen — allerdings mit gewissen zweckentsprechenden Einschränkungen — tadellos funktionieren, in gewisser Richtung sogar ein Aufschwung wahrnehmbar ist: — in einer solchen Zeit ist es wahrhaftig nicht am Platze, sich von künftigen wirtschaftlichen Ereignissen, nur darum weil es nicht genau fixiert werden kann, wie sie sich gestalten werden, beängstigen zu lassen. Das Wirtschaftsleben wird seinen Weg finden, auch

*) Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn und die internationalen Interessen. München 1914. Duncker & Humblot.

in der Zeit einer Zolltrennung. Die Furcht vor der Entwertung der Bodenprodukte war nie begründet, ist aber nunmehr für eine geraume Zeit wohl verscheucht. In industrieller Hinsicht konnten aber derlei Bedenken bekanntlich überhaupt nie aufkommen. —

Auch die notorisch ungenügende „Ausnutzung des Bodens" wird in letzter Zeit immer häufiger mit der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Ungarn in Verbindung gebracht. —

Alle wirtschaftlichen Kreise des Landes, die ganze Öffentlichkeit reklamiert die Weiterentwicklung der Landwirtschaft. Mit vollem Rechte. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktion sind unbefriedigend. Es ist zweifellos, daß man in Ungarn in der Bodenkultur weit hinter dem Durchschnittsertrag der Kulturländer im Westen ist. Wir fechsen — die Durchschnittserträge der letzteren 20 Jahre als Grundlage genommen — per Hektar 12,1 quintal Weizen gegen den Durchschnittsertrag von 18,6 quintal per Hektar im Deutschen Reiche, obgleich bekanntlich unsere Bodenbeschaffenheit der deutschen weit überlegen ist! Die außerordentliche Bedeutung dieser Frage ergibt sich aus den angeführten Ziffern. Gelänge es, die Produktion nur auf die Höhe jener im Deutschen Reiche zu bringen, würde dies, allein bei der Weizen- und Roggenfrucht — die bebaute Fläche mit rund 5 Millionen Hektar angenommen — einen Mehrertrag von etwa 30 Millionen quintal per Jahr bedeuten! Ein Quantum, welches zur Deckung des gesamten Importbedarfes des Deutschen Reiches genügen würde! Man denke an die finanziellen und allgemein wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Mehrertrages!

Es ist nun die Frage, ob dem hier behandelten Übel im Zustande der Zolltrennung oder in jenem der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit wirksamer abgeholfen werden kann. Die Frage soll sowohl auf empirischer, als auf aprioristischer Grundlage untersucht werden. —

Wir sehen, daß die Landwirtschaft durch Jahrzehnte im Zustande der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit die gewünschte

Entwicklungsstufe nicht erreichte — trotzdem man dem Übel durchaus nicht untätig zusah. Tatsache ist, daß es, trotz den verschiedensten Sanierungsversuchen, weder den staatlichen Organen noch den Berufsvereinigungen gelang, mit den bisherigen Mitteln auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. —

Die eigenen Zollinien werden demgegenüber den günstigsten Rahmen bilden, in welchem, mittelst einer wohlorganisierten Aktion, die gewünschten Resultate erreicht werden können. Die Zolltrennung beschränkt die Ausfuhr der Bodenprodukte in keiner Weise — im Gegenteil, eine zielbewußte Handelspolitik kann dieselbe in diesem Zustande erst recht fördern. Die Zolltrennung erhöht aber bekanntlich den Schutz und die Entwicklung der Industrie, den Konsum und die Kaufkraft der Konsumenten und wirkt auch hierdurch aneifernd auf die Bodenkultur. Es ist überhaupt fraglich, ob die Landwirtschaft, wenn sie bereits auf eine gewisse Mittelstufe der Entwicklung gebracht wurde, nicht prealablerweise einer starken Industrie bedarf, um sich weiter zu entwickeln. Im Deutschen Reiche konnte man diesen Werdegang ganz deutlich beobachten. Erst schuf man eine mächtige Industrie, dann wurde die Bodenkultur auf ihre heutige ungeahnte Stufe gehoben. Auch aus diesem Gesichtspunkte müssen also im Interesse der Weiterentwicklung der Bodenkultur, die eigenen industriefördernden Zollinien errichtet werden. —

Im übrigen wird seitens der Anhänger der Wirtschaftsgemeinsamkeit der Versuch gar nicht unternommen, den Beweis anzutreten, die Weiterentwicklung der Landwirtschaft könne nur im Zustande der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit erfolgen — in jenem der Zolltrennung aber nicht. Man beschränkt sich vielmehr auf die bequeme Einwendung, Ungarn möge seine materielle Erstarkung überhaupt nicht in seiner Industrieförderung, sondern in der Weiterentwicklung seiner Landwirtschaft suchen!

Abgesehen davon, daß diese These das Bekenntnis in sich schließt, für die Industrieförderung sei nur der Zustand der Zolltrennung wirksam, kann dieselbe schon aus allgemeinen Gesichtspunkten der Wirtschaftslehre gar nicht ernst genommen

werden. Die einseitige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist selbst in jener Entwicklungsstufe bedenklich, wo noch die Landwirtschaft allein alle Bedürfnisse des Landes deckt und allen, die Betätigung suchen, genügende Erwerbsgelegenheiten bietet. Diese Entwicklungsstufe hat aber Ungarn längst überschritten. Der Bruttowert der Produktion der ungarischen Fabrikindustrie beträgt heute nach Berechnungen Professor Fellners über drei Milliarden Kronen. Da kann man nicht stehen bleiben. Auch der Staatshaushalt, die Großmachtstellung der Monarchie fordern Opfer, die nur durch eine intensive Industrialisierung aufgebracht werden können. Der verhängnisvollen Auswanderung kann nur auf diese Weise Einhalt geboten, der Rückwanderung nur auf diese Art der Weg geebnet werden. —

Bezeichnend ist es aber, daß die soeben erörterte Argumentation gar nicht seitens der sich zur Wirtschaftsgemeinsamkeit bekennenden landwirtschaftlichen Berufskreise betrieben wird. Diese Kreise wissen es ganz genau, daß die Wirtschaftsgemeinsamkeit kein Arkanum für die Weiterentwicklung der Bodenkultur ist. Daß sich trotzdem ansehnliche Gruppen derselben zur Wirtschaftsgemeinsamkeit bekennen, ist einer Auffassung zuzuschreiben, die theoretisch zwar richtig sein mag, unter den vorliegenden speziellen Verhältnissen aber irrig und jedenfalls kurzsichtig ist.

Es heißt, das weitere, durch prohibitive oder zumindest sehr erschwerte Einfuhrmaßregeln geschützte, österreichisch-ungarische Absatzgebiet sei im Interesse der günstigeren Verwertung der Bodenprodukte vorteilhaft. Das würde stimmen, wenn die Enttäuschungen, die die Erfahrung brachte, das Land nicht belehrt und wenn es eine Produktion hätte, deren Absatz Sorgen bereitet. Die ungarischen Agrarier haben aber eben diese Enttäuschungen nicht wahrgenommen und fürchten Absatzschwierigkeiten, die nicht bestehen. —

In jenen Aufsätzen, auf welche bereits Berufung geschah, wurde es auf Grund statistischer Tabellen nachgewiesen, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit der ungarischen Produktion den ihr gebührenden Schutz selbst in jenen längst

verflossenen Zeiten nicht verlieh, wo die Produktion den Eigenkonsum des Landes in ungleich bedeutenderen Mengen überschritt, als heute. Es wurde nachgewiesen, daß im österreichisch-ungarischem Wirtschaftsgebiet der Weizenzoll in normalen Jahrgängen **nicht** zur Geltung kam, somit der Ungarweizen nur zu knappen Weltparitätspreisen — also ohne eigentlichen Zollgenuß — in Verkehr gelangte und folgerichtig im Zustande der gesonderten Zollgebiete keinen Nachteil erleiden kann. Selbst dann nicht, wenn er in Österreich mit allen anderen Provenienzen zu ganz gleichen Konditionen und Zollsätzen den Kampf aufnehmen müßte. Und wenn sogar der Ungarweizen im Zustande der Zollgemeinsamkeit über die nackten Weltparitätspreise auch noch den Schutzzoll des Vertragszollgebietes genossen hätte, auch in diesem Falle würde man mit einer nachteiligeren Verwertung nicht zu rechnen haben, da doch das österreichische Gebiet auch bei einer Zolltrennung und unter allen Umständen die eventuellen ungarischen Überschüsse — schon zufolge der geographischen Lage — in erster Reihe aufnehmen wird. Die Voraussetzung, daß Österreich Zollmaßregeln ergreifen könnte, welche die ungarische Einfuhr nach Österreich erschweren, muß von der Hand gewiesen werden, da Österreich durch derlei Maßregeln nur sich selbst schädigen würde. Es kann aber hiervon ganz abgesehen werden, denn wie soeben erörtert, hat der Ungarweizen den Schutzzoll auch bisher nicht genossen, und die Verwertung zu nackten Weltparitätspreisen bereitet doch keine Sorge — es ist also an eine Änderung der Absatzverhältnisse in pejus überhaupt nicht zu denken.

Nun änderte sich aber inzwischen auch die Aufnahmsfähigkeit des Landes! Wie aus der umstehenden Tabelle ersichtlich, beträgt heute der Eigenkonsum — nach Abzug aller ausgeführten Weizenquantitäten — in der Hauptgetreidefrucht Weizen, rund 40 Millionen Meterzentner.

Die als „Im Lande geblieben" bezeichneten Quantitäten können darum als Konsum betrachtet werden, weil man aus den knapp vor jeder Ernte amtlich gepflogenen Er-

hebungen weiß, daß die Vorräte jedesmal ganz unbedeutend waren.

Jahrgang	Ertrag der Ernte in Ungarn	Exportsaldo in Weizen nach Österreich	Mehlexport nach Österreich	Mehlexport nach dem Zollausland	Gesamtexport Weizen	Im Lande geblieben, als Konsum zu betrachten
			auf Weizen umgerechnet			
	in tausenden quintals					
1900	41432	5268	5308	1554	12130	29302
1901	36640	4655	5994	1087	11736	24904
1902	49778	4667	5884	1208	11759	38019
1903	48069	5017	6395	1319	12731	35338
1904	39985	2571	6122	1071	9764	30221
1905	46427	4060	6113	1007	11180	35247
1906	56543	6040	6285	1130	13455	43088
1907	35565	5614	6461	910	12985	22580
1908	45021	4156	5572	638	10366	34655
1909	34024	—	5628	406	6034	27990
1910	49297	1946	5465	435	7846	41451
1911	51731	4110	6355	443	10908	40823
1912	50250	4405	6904	526	11835	38415
1913	45560	4956	4970	571	10497	35063

Nun ist aber Konsum in Ungarn noch lange nicht gleichbedeutend mit Aufnahmsfähigkeit. Das zeigt die vorstehende Tabelle, aus der die starken Veränderungen des Konsums, je nach Ausfall der Ernte, zu ersehen sind. Er betrug im Mißerntejahre 1907 bloß 22,5, gegen 43 Millionen Meterzentner im Jahre zuvor, als eine glänzende Ernte eingeheimst wurde. Das kommt daher, weil der Schutzzoll im Vertragszollgebiet nur in anormalen Jahrgängen zur Geltung kam, in welchen das Land von einer schlechten Ernte heimgesucht wurde. In solchen Jahrgängen wo die Preislage ohnehin eine hohe ist, wird sie durch den Zoll noch weiter verschärft, was zu einer allgemeinen Bedarfseinschränkung führt. Insbesondere bei der bäuerlichen Landbevölkerung, welche die zu solchen Zeiten für importierte Ware geltenden Hochpreise nicht bezahlen will. Konsum ist also nicht Auf-

nahmsfähigkeit. Letztere ist aber aus den soeben entwickelten Gründen nicht leicht mit Genauigkeit festzustellen. Auch darum nicht, weil zufolge der Zollgemeinsamkeit mit Österreich schwer eruiert werden kann, um wieviel mehr Ware Österreich in den einzelnen Jahrgängen an sich bringt, als Ungarn mit Rücksicht auf seinen eigenen Bedarf abzugeben haben würde. Auch in solchen Fällen, wo in Ungarn zufolge der nach Österreich ausgeführten Mehrquantitäten ein Fehlbedarf eintritt, hilft man sich teils durch Bedarfseinschränkungen, teils damit, daß man notgedrungen andere Fruchtgattungen zur Volksernährung heranzieht. Wenn man also auch den eigentlichen Bedarf, der befriedigt werden *sollte*, ziffermäßig schwer bestimmen kann, so viel ist aus der vorstehenden Tabelle gewiß zu erkennen, daß sich dieser Bedarf auf rund 40 Mill. Meterzentner stellt — ein Quantum, welches Ungarn heute nur bei einer guten Mittelernte fechst! Absatzschwierigkeiten sind also auch mit Rücksicht auf die Aufnahmsfähigkeit des eigenen Landes nicht zu befürchten, der Standpunkt der Agrarier ist auch aus diesem Grunde nicht zu vertreten.

Die Stellungnahme der Agrarier *für* die Wirtschaftsgemeinsamkeit könnte demnach höchstens im Hinblick auf jenen künftigen Zeitpunkt irgend eine formelle Berechtigung und Aktualität erlangen, in welchem die Produktion das bereits angedeutete höhere Niveau erreicht haben wird. Bei diesem Zukunftsbilde müßten aber auch die seinerzeitigen Konsumverhältnisse, welche, wie vorauszusehen, mit der Produktion Schritt halten dürften, und alle übrigen heute schier imponderablen Faktoren, in Berücksichtigung gezogen werden. Und alldies berücksichtigt, dürften die Verhältnisse gegenüber den heutigen wieder keine wesentliche Verschiebung erfahren, die Sympathien der Agrarier *für* die Wirtschaftsgemeinsamkeit dürften sich wieder als unbegründet erweisen. —

Es beruht also offenbar auf Mißverständnissen, auf einer nicht genug gründlichen Erfassung des gesamten inländischen Wirtschaftsbildes und des Welthandels, daß die Agrarkreise nicht geschlossen *für* die Zolltrennung eintreten, da ihnen

doch dieselbe nur dann keine Vorteile brächte, wenn man von der Steigerung des inländischen Konsums absehen könnte, welche — offenbar eine unmittelbare Wirkung der Industrialisierung des Landes — mittelbar durch die Zolltrennung hervorgerufen, in erster Reihe der Landwirtschaft zustatten kommt. Diese und ähnliche Motive kann man aber bei Betrachtung des Wirtschaftsbildes unmöglich ausschalten, von irgendwelchen Nachteilen kann wieder, wie bereits erörtert, gar nicht gesprochen werden. Es bedarf also gar keiner überaus großen Dosis an Selbstzucht und Opferwilligkeit, eher vielleicht der Überwindung der schädlichen heillosen Klassenkämpfe, von Seite aller Berufsklassen, um spontan anerkennen zu können, daß unter den heutigen Verhältnissen bei der Entscheidung über Zolltrennung — und wie wir sehen werden auch über die Annäherung der Zentralmächte — eben vom Gesichtspunkte der Landwirtschaft den industriellen Interessen eine eminente, man könnte sagen vorherrschende Bedeutung gebührt.

Das bedeutet durchaus keine Verkennung dessen, daß die Landwirtschaft in Ungarn der wichtigste Faktor des Wirtschaftslebens ist. Die gegenteilige Behauptung wäre geradezu töricht in einem Lande, wo das gesamte reine Volkseinkommen 6,75 Milliarden beträgt und hiervon nahezu 5 Milliarden, also 75 % auf den Reinertrag der Urproduktion entfallen und wo der Reinertrag der Fabriksindustrie, alles nach den Berechnungen Professor Fellners, bloß 1,7 Milliarden — die vorhin angeführten 3 Milliarden bilden den Bruttowert der Produktion der Fabriksindustrie — ausmacht! Es ist also unstreitig, daß in Ungarn die Interessen der Landwirtschaft, allen anderen Faktoren des Wirtschaftslebens voran, verteidigt werden müssen. Sobald aber die Zolltrennung — wie erörtert — für die Landwirtschaft nur Vorteile und schlimmstens keine unmittelbaren Vorteile, keineswegs aber irgendwelche Nachteile haben kann, muß sie sich — überhaupt nachdem sie seit Jahrzehnten auch die vermeintlichen Vorteile der Wirtschaftsgemeinsamkeit genossen hat — nunmehr jenem Zustand fügen, welcher der Industrie und durch dieselbe

mittelbar auch ihr selbst die einzige Möglichkeit der weiteren Entfaltung bietet.

Bei einer wirtschaftlichen Kooperation, wie die geplante Annäherung der Zentralmächte eine werden soll, kann es den einzelnen Teilnehmern nicht gleichgültig sein zu erfahren, in welcher wirtschaftlichen Verfassung seine übrigen Kompaziszenten sich befinden und welche wirtschaftliche Aspirationen sie zu verwirklichen wünschen. Vorstehende Darlegungen konnten auch aus diesem Grunde an dieser Stelle nicht übergangen werden. —

IV.

Das Annäherungsproblem je nach Gestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen in Österreich-Ungarn.

Der Plan der ganzen Annäherungsaktion wurde bekanntlich, wie bereits angedeutet, in der ursprünglichen Form einer Zollunion, noch lange vor Kriegsausbruch, von deutscher Seite angeregt. Es geschah, um den deutschen wirtschaftlichen Interessen zu dienen, um das wirtschaftliche „Groß Deutschland" entstehen zu lassen. —

Professor Karl Diehl, *) — der sich mit der Frage der Annäherung überaus eingehend befaßte und obzwar in der Form einer Zollunion selbst Anhänger derselben, zum Resultate gelangte, daß die Annäherung in dieser Form derzeit nicht durchführbar sei, von einer Lösung auf Grund von Zwischenzöllen aber nichts wissen will — sagt unumwunden, daß „der ganze Gedanke — nämlich jener eines Zollverbandes — keinen Sinn hat, wenn für die wichtigsten Artikel des Ausfuhrverkehres gar nicht der zollfreie Verkehr statthat, sondern Zwischenzölle erhoben werden, daß dann das Ideal der Anhänger des wirtschaftlichen Groß-Deutschland doch nicht erreicht, daß ein großes freies Wirtschaftsgebiet doch nicht zustande käme".

Der Ausbau des wirtschaftlichen „Groß-Deutschland" war aber von deutscher Seite nie auf Kosten Österreichs oder Ungarns geplant. Man hat es nie unterlassen zu betonen, daß trotz des Zusammenschlusses, vielmehr eben zufolge desselben alle Beteiligten wirtschaftlich und finanziell kräftig und machtvoll erhalten bleiben und sich auch weiter entwickeln sollen.

Es muß also auch im Deutschen Reiche empfunden werden, daß die Umstände und Verhältnisse in der wirtschaftlichen

*) Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Jena 1915. Gustav Fischer.

Kraftentfaltung seines Kompaziszenten nicht ohne Bedeutung sind, weder vom Standpunkte der großen gemeinsamen Aufgaben, denen der Zusammenschluß dienen soll, noch im Hinblick auf die Cohäsion und Stabilität des Zusammenschlusses. Diese Eigenschaften vermögen dem letzteren nur die Innigkeit der gegenseitigen Unterstützung zu verleihen. Und da gibt es eben eine starke Disparität, insbesondere zwischen dem Deutschen Reiche und Ungarn. In Ungarn hat man in Kenntnis der wirtschaftlichen Ereignisse und Bestrebungen im Deutschen Reiche, ein volles Verständnis für die deutschen Interessen, welche durch die Annäherung befriedigt werden sollen. Von deutscher Seite hat man aber den ungarischen Bestrebungen bisher nicht das gleiche Interesse entgegengebracht. So sehr auch diese Disparität durch die ungleich höhere Entwicklungsstufe und Bedeutung des Wirtschaftslebens im Deutschen Reiche erklärlich sein mag, hegt man in Ungarn die Hoffnung, daß sein Wirtschaftsleben nunmehr auch von deutscher Seite gründlicher erfaßt, daß den Bestrebungen nach Erfüllung seiner gerechten Ansprüche ein erhöhtes Interesse gewidmet werden wird.

Der Zweibund der Zentralmächte bedarf wirtschaftlich und finanziell gleichwegs kräftiger Faktoren. Österreich-Ungarn kann aber in dieser Richtung nur dann vollwertig gelten, wenn nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn jene Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, welche es mit Recht beansprucht. Und da man in Ungarn diese Entwicklung von einer wirtschaftlichen Separation erwartet, müßte man voraussetzen, daß auch das Deutsche Reich dem wirtschaftlichen Zusammenschlusse mit den zollgetrennten zwei Staaten Österreich und Ungarn den Vorzug geben wird. Dies umsomehr, da das zollgetrennte Ungarn den Zusammenschluß der Zentralmächte frei von jenen Bedenken unterstützen und fördern kann, von welchen es sich, in seiner Wirtschaftsgemeinsamkeit mit Österreich — wie wir sehen werden — nie recht freizumachen in der Lage ist.

Die Zolltrennung ist also eine Gewähr für den Zusammenschluß. Die mit derselben einhergehende

Industrieentwicklung Ungarns erhöht die Kraft und die Macht des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Zentralmächte, ohne die Ziele zu beeinträchtigen, welche Deutschland durch den Zusammenschluß zu erreichen wünscht. Die deutschen Industrieerzeugnisse werden im zollgetrennten Ungarn stets Absatz finden, da die ungarische Industrie, wenn sie sich noch so sehr entwickelt, den Konsum des Landes in absehbarer Zeit zu decken nicht imstande sein wird. Durch die Entwicklung der Bodenkultur können aber dem Deutschen Reiche wertvolle Produkte zur Verfügung gestellt werden.

Österreich verhält sich gegenüber der Zolltrennung bekanntlich ablehnend. Bei einer ähnlichen Vereinigung sind die Vorteile stets auf der Seite des stärkeren Kompaziszenten zu suchen und es ist naheliegend, daß der letztere seine Vorteile nicht aufgeben will. Und doch, so schlüssig die Einwendungen zu sein scheinen, sind sie es doch nur der Form nach, und nur dann, wenn man das ganze Problem bloß oberflächlich, aus rein egoistischen Gesichtspunkten beurteilt.

Wenn man aber, sich emporschwingend, die Sachlage auch mit Rücksicht auf die Gestaltung der internationalen Wirtschaftspolitik überblickt, verändert sich das Bild jählings.

Die Zolltrennung wird die ungarische Industrie nicht mit einem Zauberschlag über Nacht derart entwickeln, daß sie den heimischen Konsum decke. Im besten Falle wird es vielleicht gelingen zu erreichen, daß sie mit dem steigenden Konsum Schritt hält, sodaß Österreich seine vorherrschende Stellung, schon zufolge seiner geographischen Lage und der angestammten Kundschaft auch weiter behalten kann. Die ablehnende Haltung Österreichs ist also bei gründlicher Untersuchung nicht am Platze. Keineswegs im gegebenen Zeitpunkt, wo sich der hochentwickelten österreichischen Industrie, im Hinblick auf den geplanten Zusammenschluß a l l e r verbündeten Mächte, auch am Balkan und weiter im Osten ein weites Feld zur Betätigung eröffnet — von jenen Gebieten gar nicht zu sprechen, die ihr zufolge des siegreichen Feldzuges nach Friedensschluß noch näher rücken dürften.

Noch weniger ist aber die Haltung Österreichs im ge-

gebenen Zeitpunkte verständlich, wenn man dieselbe mit jener vergleicht, welche Österreich gegenüber der Annäherungsaktion zum Deutschen Reiche einnimmt. —

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß während im Deutschen Reiche der Zollunionsgedanke bereits so wie abgetan ist, in Österreich ganz ernste Kreise die Zollunion jeder anderen Form der Annäherung vorziehen! Um nur die allerjüngsten Vorgänge anzuführen, hat die Handels- und Gewerbekammer Bozen am 3. Februar 1916 eine Entschließung angenommen und der Regierung unterbreitet, in der es heißt „die Kammer erachtet grundsätzlich die wirtschaftliche Vereinigung beider Reiche in der Form einer vollen Zollunion als das erstrebenswerte Ziel, das allein die Bürgschaft für die notwendige feste Verankerung der so innigen wechselseitigen Beziehungen im Boden des beiderseitigen Wirtschaftslebens bieten kann".

Ebenso hat sich kurz nachher die Grazer Handelskammer ausgesprochen.

Was bedeutet aber Zollunion für Österreich? Nichts anderes, als daß seine Industrie mit jener des Deutschen Reiches unter gleichen Konditionen in Ungarn in Konkurrenz tritt. Und dieselbe Sachlage ergibt sich doch für Österreich einem selbständig zollgeschützten Ungarn gegenüber. Man sollte also meinen, daß jenes Österreich, welches eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche anstrebt, gegen die Zolltrennung Ungarns folgerichtig keine Einwendungen erheben könnte! Überhaupt da das letztere von derselben seine wirtschaftliche Erstarkung erwartet, welche logischerweise nicht nur allein Ungarn, sondern auch jenen Staaten — und allen voran Österreich — zugute kommt, die mit ihm wirtschaftlich verbündet sind. Die Kriegsereignisse führen hierüber eine beredte Sprache.

Die Ergebnisse der Kriegsanleihen übertreffen zweifellos auch in Ungarn alle Erwartungen. Sie blieben aber trotzdem, auch in Verhältnisziffern, weit hinter jenen Österreichs und des Deutschen Reiches zurück. Der Grund liegt offenbar in den rückständigen wirtschaftlichen und materiellen Ver-

hältnissen und namentlich in der Rückständigkeit von Handel und Industrie, welche, zufolge der Jahrzehnte währenden wirtschaftlichen Gemeinsamkeit, sich nicht gehörig entwickeln und nicht solche Kapitalien ansammeln konnten, die es ermöglicht hätten, die gleichen Opfer für die gemeinsame Sache zu bringen, wie unsere Bundesgenossen. —

Und die Teuerung. Ist sie keine Erscheinung, die auch auf Österreich ihre Rückwirkung übt? In Ungarn reichen ihre Wurzeln weit in die Friedenszeiten zurück und nirgends machte sie sich in solch unglaublichen Dimensionen fühlbar. Nicht allein in Lebensmitteln, deren Steigerung zwar in engeren Grenzen, auch im Deutschen Reiche wahrnehmbar ist, sondern ganz besonders in den Gebrauchsgegenständen, Industrieerzeugnissen, welche im Deutschen Reiche ungleich weniger mitgerissen wurden. Gewiß, diese Erscheinung ist auf einen ganzen Komplex von Ursachen zurückzuführen, die allzubekannt sind, als daß man sie aufzuzählen brauchte. Eine der bedeutendsten liegt offenbar in der Schwierigkeit der Beschaffung von Rohprodukten. Es gesellt sich aber zu denselben — insbesondere in Friedenszeiten — als nicht die allerletzte, daß man im Lande, zufolge der durch die Wirtschaftsgemeinsamkeit verursachten Hemmung der industriellen Tätigkeit, nicht einmal einen geringen Bruchteil von dem erzeugt, was man benötigt. Jetzt, wo es auch in Österreich keinen Überschuß gibt, muß man das Fehlende natürlich aus dem Auslande holen und das führt wieder zu einer der Ursachen der an sich ganz unbegründeten Verschlechterung der Valuta, welche in Österreich ebenso unwillkommen empfunden wird, wie in Ungarn. —

Auch im Wirtschaftsleben gibt es also höhere Gesetze, welche allen lebensfähigen Völkern eine stets aufsteigende Entwicklung gewährleisten. Sie kommt der Gesamtheit zugute. Eine Unterbindung derselben wird dagegen von allen übrigen Wirtschaftsgebieten — allen voran von jenen, die mit dem zurückgedrängten unmittelbar verknüpft sind — mitempfunden.

Ungarn will seinen wirtschaftlichen Aufstieg unbehindert

antreten und sobald die Möglichkeit der freien Entfaltung seiner Wirtschaftskraft gegeben ist, wird es dieselben auch in den Dienst jeder Aktion stellen, welche der Annäherung mit Österreich und dem Deutschen Reiche gewidmet und welche mit seinen eigenen Lebensinteressen nur irgendwie vereinbar ist.

Sollte aber die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte, trotz allem, zu einer Zeit verwirklicht werden, in welcher die Wirtschaftsgemeinsamkeit Österreichs mit Ungarn fortdauert, dann muß damit gerechnet werden, daß die eigentlich interessierten Berufskreise in Ungarn — in einem gewissermaßen perennierten Zustande der Verstimmung — die ganze Aktion eher kontrollierend als aktiv mitwirkend, begleiten. Ein Umstand, der die Kraft der Zentralmächte weder politisch noch wirtschaftlich zu erhöhen vermag. Die Konturen dieses Verhaltens sind schon heute zu erkennen. Während die offiziellen Versammlungen der Wirtschaftspolitiker vermuten lassen, daß die Annäherungsmodalitäten bereits gewisse greifbare Formen angenommen haben, beschließt der „Bund ungarischer Fabrikindustrieller", wohl die berufenste Organisation der industriellen Interessen in Ungarn, nach eingehender Beratung, daß er die Zeit für seine entscheidende Stellungnahme noch nicht gekommen sieht!

Es ist durchaus nicht Mangel an Interesse, welcher eine gewisse Gleichgültigkeit erzeugt — die Natur der Sachlage bringt sie mit sich. Die Weiterentwicklung der ungarischen Industrie ist nämlich in erster Reihe, bekanntlich durch die Konkurrenz der viel höher entwickelten österreichischen Industrie gehemmt, vor welcher sie sich im gemeinsamen Vertragszollgebiet nicht schützen kann. Die Entwicklung der Industrie mittelst Staatssubventionen bietet keinen vollwertigen Ersatz für eine zollgeschützte freie Entwicklung. Kann aber das Land diesen Zollschutz nicht durchführen, nun dann wird die Lage der ungarischen Industrie nicht sonderlich verschärft, wenn sich zur Konkurrenz der österreichischen Industrie, auch noch jene der deutschen gesellt. Es besteht keine Bewegung

gegen die Annäherung, das Interesse dafür ist aber gedämpft. —

Es ist wie beim Rennen. Die ungarische Industrie kann im Wettstreit mit der österreichischen den Richterpfahl nicht gleichzeitig mit derselben, geschweige denn als erste passieren. Gesellt sich nun zu der Konkurrenz noch eine dritte, noch höher entwickelte Industrie — so wird diese Vermehrung der Beteiligten nichts an den Chancen ändern. Die ungarische Industrie kommt dadurch auf keinen schlechteren Platz — aber auch auf keinen besseren. —

Vom Standpunkte des Konsums muß es sogar stets begrüßt werden, wenn sich ein größeres Warenangebot entwickelt, namentlich wenn sich die Zahl der Konkurrenten und damit die Auswahl der Waren vermehrt. Einem Preisdruck würde man wahrscheinlich mittelst Kartellvereinbarungen zu begegnen trachten. —

Bei einer Fortdauer der Wirtschaftsgemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn wird also Ungarn gegen eine Verständigung mit dem Deutschen Reiche wohl nichts einwenden, auf eine begeisterte Unterstützung kann aber nicht gerechnet werden. Nebst sorgfältiger Prüfung der einzelnen Bestimmungen wird man darüber wachen, daß dieselben die staatliche Souveränität Ungarns in keiner Weise berühren, daß die Vertragsdauer den Verhältnissen angepaßt, nicht allzulang bemessen sei und daß der Vertrag Ungarn gegenüber seine Wirksamkeit in dem Moment verliere, in welchem die vertragsmäßige Wirtschaftsgemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn aufhört. Es könnten für diesen Fall Bestimmungen aufgenommen werden, welche zwischen dem Deutschen Reiche und Ungarn automatisch zur Geltung gelangen. —

Nach den vorangegangenen Erörterungen kann es nicht zweifelhaft sein, daß die jeweilige Struktur der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu Ungarn auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses dieser zwei Staaten mit dem Deutschen Reiche nicht ohne Wirkung sein kann. —

Die Richtlinien der ungarischen Wirtschaftspolitik sind in scharfen Umrissen gegeben. Sie soll mit der Wirtschaftspolitik

Österreichs, der Monarchie und des Deutschen Reiches in Einklang gebracht werden. Rein egoistische Gesichtspunkte seien möglichst zurückgestellt. Es gilt die Sachlage aus jenem der großen gemeinsamen Aufgaben, mit Rücksicht auf die Gestaltung der internationalen Wirtschaftspolitik von hoher Warte zu überblicken. —

V.

Wie soll die Verständigung beschaffen sein.

Das zollgetrennte Ungarn muß die Zollunion mit dem Deutschen Reiche aus denselben Ursachen ablehnen, aus welchen es sich der Zollunion mit Österreich entledigt haben würde. Im Falle der Fortdauer der Wirtschaftsgemeinsamkeit sind es eher allgemeine wirtschaftspolitische Motive, die Ungarn bewegen einer Zollunion entgegenzutreten. Ungarn empfindet die schwere Last der Fäden, die es wirtschaftlich an Österreich kettet, es muß folgerichtig verhindern, daß ein noch dichter und komplizierter gesponnenes Netz es umgebe.

Die grundlegenden Motive gegen die Zollunion mit Österreich sind an der Hand des einschlägigen statistischen, wirtschaftlichen und historischen Materials in jenen Aufsätzen entwickelt worden, auf welche bereits wiederholt Berufung geschah. Sie bestehen in den großen Abweichungen der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe Österreichs gegen jene in Ungarn, in der Heterogenität der wirtschaftlichen Verhältnisse und Interessen der zwei Staaten. All diese Verschiedenheiten bestehen in noch größerem Maße zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und Ungarns. In jenen Aufsätzen wurde auch auf das Unzutreffende eines Vergleiches mit dem Deutschen Zollverein, worauf man sich so oft beruft, hingewiesen, dessen Erfolge ebensowenig bei dem Zusammenschluß Österreichs mit Ungarn, wie bei jenem des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn angeführt werden können. —

Und wieder ist es Professor Diehl, der in seinem bereits angeführten Werke auf Grund eines reichen Materials, welches sich auf alle in Betracht kommenden Gebiete des nationalen Lebens in Deutschland und in Österreich-Ungarn bezieht, den Nachweis führt, daß hier, in diesen Staatsgebieten, eine wirtschaftliche Homogenität, welche selbst bei Einheitsstaaten notwendig ist, damit dieselben zu einer Weltmacht werden —

nicht besteht. „Auch ein kleiner Staat" — so sagt Diehl — „kann eine Weltmacht werden, wenn er in sich selbst eine starke und homogene wirtschaftliche Potenz darstellt, während eine künstliche Zusammenschweißung mehrerer Länder mit wirtschaftlich auseinandergehenden Interessen viel weniger einen Weltstaat bildet". Und bei der Ablehnung der Argumentation, der man so oft begegnet und welche den Zusammenschluß auf Grund der Analogie „Großbetrieb und Kleinbetrieb" befürwortet, sagt er: „Ein industrieller Großbetrieb ist deshalb dem Handwerksbetrieb überlegen, weil sich hier ein einheitlicher Wirtschaftsbetrieb in konzentrierter Form ermöglichen läßt. Ein Staatenbund, der zwar viele Menschen umfaßt, der aber wirtschaftlich die verschiedensten Produktions- und Handelsinteressen aufweist, kann nicht die Vorzüge des Großbetriebs haben".

Wie zu ersehen, findet die Form einer Zollunion oder eines Zollverbandes selbst im Deutschen Reiche keine allgemeine und ausnahmslose Billigung. Man erkennt es auch dort, daß die abgesonderten, unabhängigen wirtschaftlichen Einrichtungen eines jeden der drei Staaten den richtigen einzig möglichen Rahmen für die Etablierung einer „großen wirtschaftlichen Einheit" schaffen, jener Einheit, deren Erreichung bedeutende Politiker anstreben und in welcher die Beteiligten zum Wohle der Einheit Schulter an Schulter für die parallelen eigenen Ziele mitwirken können. —

Professor Diehl sagt es in seinen Schlußfolgerungen ganz deutlich:

„Es ist dringend erwünscht, daß jedes der Länder auf dem Gebiete der Handelspolitik seine Selbständigkeit dem Auslande gegenüber behält und die ganze Handels- und Zollpolitik nach seinen eigenen Bedürfnissen, Wünschen und Interessen und gemäß der jeweilig erreichten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung regelt."

„Es gilt vereint mit Österreich vorzugehen, wenn es sich darum handelt, bei den neuen Handelsverträgen zu immer freundschaftlicheren handels- und zollpolitischen Vereinbarungen zu kommen, auf der anderen Seite aber getrennt zu

bleiben, wenn es sich um die eigentliche Zollgesetzgebung selbst handelt, die jedes der beiden Länder selbständig handhaben muß, da die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Länder noch immer sehr verschieden sind. Auch unsere politische Freundschaft zu Österreich-Ungarn kann nur gewinnen, wenn unser Bündnis nicht auf ein Gebiet hinübergeleitet wird, wo es infolge der grundsätzlichen Verschiedenheiten unbedingt zu Mißhelligkeiten und Unzuträglichkeiten kommen müßte."

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn, welche auch der Aufmerksamkeit Diehls nicht entgingen, bieten ein belehrendes und zur Nacheiferung durchaus nicht einladendes Beispiel, welches gegen derlei Vereinigungen, folgerichtig auch gegen die Zollunion der Monarchie mit dem Deutschen Reiche spricht. Die Motive sind immer wieder dieselben: Der Mangel der wirtschaftlichen Homogenität zwischen den in Rede stehenden Gebieten. —

Die Form der Zollunion nunmehr beiseite lassend, wird man sowohl in Österreich als in Ungarn jede andere Art der Annäherung, die den österreichischen und ungarischen Landesinteressen Rechnung trägt, zweifellos herzhaft unterstützen.

Es kämen bei dieser Sachlage nur zwei Möglichkeiten in Betracht: Eine nachbarfreundschaftliche Handelspolitik, welche sich auf die gegenseitige aufrichtige Unterstützung und Förderung der gegenseitigen Interessen stützt, jedoch ohne Preferenzzölle — oder die zollpolitische Vorzugsbehandlung.

Unstreitig hat auch die erstere beachtenswerte Vorzüge. Aus verschiedenen Gründen. Der zu verwirklichende innige Zusammenschluß erschöpft sich zunächst gar nicht in der vorzugsweisen Zollbehandlung. Es gibt noch geradezu eine Fülle von wirtschaftlichen Fragen, die gelöst werden wollen und welche auch ohne Preferenzzölle gelöst werden können. Da sind beispielsweise die Einrichtungen der Zollverwaltungen, welche einer parallelen und liberalen Handhabung bedürfen.

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens ist es der Ausbau der Eisenbahnen, direkter Schienenverbindungen und der Wasserstraßen, die Erstellung wohlfeiler direkter Tarife und Umschlagseinrichtungen, welche den gegenseitigen Verkehr, Handel und Gewerbe in hohem Maße zu stimulieren geeignet sind.

Die Erfahrung lehrt, daß zwischen zwei Nachbarstaaten getroffene, erleichternde, jede Schwerfälligkeit beseitigende Verfügungen allein — selbst ohne Vorzugszölle, die ja vorerst noch nirgends erprobt wurden — den Verkehr mit dritten Wirtschaftsgebieten, zum Vorteil der angrenzenden Wirtschaftsgebiete, einzudämmen vermögen. Verfügungen dieser Art haben eine gar nicht hoch genug abschätzbare Bedeutung. Es ist kaum anzunehmen, daß die Zentralmächte, mittelst derselben, gestützt auf ihre eigene Kraft und ihren unerschütterlichen Willen, den freien und vorzugsweisen Wettbewerb für ihre Erzeugnisse nicht sichern könnten. Das ist umsomehr zu beachten, als man es bekanntlich von mancher Seite in Frage stellt, ob die Vorzugszölle in der Praxis überhaupt den erwünschten Erfolg haben werden. Die Bedenken sind verschiedenster Art.

Werden die uns jetzt feindlichen Staaten einer Beschränkung der Meistbegünstigung zustimmen? Und wenn sie es zu tun sich anschickten, ist dann wieder nicht anzunehmen, daß auch sie, ihrerseits, ähnliche Ausnahmen von der Meistbegünstigung bestimmen und die Annahme derselben auch unserseits verlangen werden? Werden die übrigen neutralen Staaten der Beschränkung der Meistbegünstigung sich ohne weiteres fügen? Werden alle — feindliche und neutrale — kein Verhalten beobachten, welches uns auf verschiedenen Gebieten Nachteile zufügen kann? Werden durch die beabsichtigten Verfügungen keine Antipathien gefördert, welche auf unseren Warenverkehr, sowie auf die Befriedigung unserer sonstigen Interessen, nachteilig wirken könnten? Und ist es klug, einen Zustand der andauernden Verstimmung zu schaffen, noch ehe es klipp und klar erwiesen ist, daß die beabsichtigten Verfügungen, welche dieselbe hervorzurufen geeignet sein könnten, auch unvermeidlich sind?

Das sind Fragen, welche gründlich erwogen werden wollen. Geheimrat von Matlekovits hat in einem Vortrage, welchen er am 24. Feber 1916 in der Generalversammlung der Ungarischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt, entschieden Stellung gegen die Vorzugszölle genommen, weil er dieselben praktisch als nicht durchführbar erachtet. Im übrigen findet er auch, daß mit denselben selbst dem Deutschen Reiche nicht gedient wäre. Von deutscher Seite hat — nebst Professor Diehl und anderen — Justizrat Bachem schon bei der Berliner Tagung, im Juli 1915 auf die Schwierigkeiten und Komplikationen der Durchführung aufmerksam gemacht. Allerdings stehen den Äußerungen dieser, jene von anderen Autoritäten gegenüber, welche auch weiter geschlossen für die Vorzugszölle eintreten, ohne unbesiegbare Hindernisse in der Durchführung zu erblicken.

Es ist nicht abzusehen, ob dieser gelehrte Streit den Gegenstand vom Flecke zu bringen vermag — umsoweniger, da sich der eigentliche Kern der Frage überhaupt nicht so sehr um die Möglichkeit der Durchführung, als eher darum dreht, ob sich das System selbst in der Praxis auch bewähren wird. Wenn man also trotz aller Bedenken und trotz der vorteilhaften Eigenschaften, welche der einfache, die gegenseitigen Interessen fördernde und unterstützende Handelsvertrag ohne Preferenzbehandlung zu besitzen scheint, die Praxis zu Worte kommen lassen und mit den Vorzugszöllen, gewissermaßen als institutive Garantie des Zusammenschlusses, doch versuchen will, wird es sich bald entscheiden, ob sich das System in der Wirklichkeit bewährt. Findet man eine Lösung, welche späteren Entschließungen nicht präjudiziert und bei welcher es möglich ist, eventuellen Mängeln in der Funktionierung ohne Schwerfälligkeit abzuhelfen, dann kann gegen den Versuch schlechterdings nichts eingewendet werden. Bewährt sich das System in der Praxis, dann ist es beizubehalten, im Gegenfalle wird man es eben abändern oder abschaffen.

Die Durchführung — wenn sie auch Schwierigkeiten in sich birgt — wird an und für sich auf keine Hinder-

nisse stoßen, welche mit festem Willen und weiser Mäßigung nicht behoben werden könnten.

Der feste Wille muß allerdings seitens aller Beteiligten vorhanden sein, kann aber freilich nur dann beansprucht werden, wenn es prealablerweise als ausgemacht gilt, daß die Vorzugsbehandlung nicht klaudizierend gedacht ist. Liegt es doch in der Natur der Sache, daß sie eine gegenseitige sein muß, zu Gunsten **beider** großen Gruppen der Produktion, zu jener der Industrie ebenso wie zu jener der Landwirtschaft und unbekümmert auf welcher Seite der Beteiligten die Produktionsgruppe liegt, welche die Befriedigung ihrer Interessen zu erstreben wünscht. Im großen und ganzen nimmt das Deutsche Reich die Vorzugszölle für seine Industrieprodukte in Anspruch, sowohl für die Ausfuhr nach Österreich, als für jene nach Ungarn, und vielleicht in erster Reihe für die letztere. In Österreich werden die Vorzugszölle insbesondere den österreichischen Spezialindustrien zustatten kommen. Ungarn dagegen beansprucht die Preferenzbehandlung hauptsächlich für seine Bodenprodukte und für seine landwirtschaftlichen Industrien. Demgegenüber vernimmt man aus dem Deutschen Reiche, daß an den Agrarzöllen auch im Verkehr mit den Verbündeten nicht gerüttelt werden sollte! Das wäre eben die **hinkende** Vorzugsbehandlung. Sie würde in Ungarn Verstimmung zur Folge haben, ohne daß sie, vom deutschen Standpunkt besehen, begründet werden könnte — es sei denn auf der Grundlage von falschen Voraussetzungen und Begriffen! Und diese sollen eben durch sachgemäße Prüfung bereinigt werden.

Es wurde bereits auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß eine Ausfuhr größeren Umfanges von Bodenprodukten aus Ungarn nach Deutschland vorerst gar nicht zu erwarten ist, auch wenn die Annäherung der Zentralmächte auf Grund der Vorzugsbehandlung verwirklicht werden würde und wenn die ungarischen Bodenprodukte demgemäß zu einem ermäßigten deutschen Einfuhrzollsatze nach Deutschland Eingang fänden. Die Zufuhr von ungarischen Bodenprodukten nach Deutschland ist also gar nicht aktuell, da doch aus den ungarischen

Ernteerträgen in erster Reihe auch fernerhin der österreichische Konsum befriedigt werden wird. Wenn man aber trotzdem die Bedeutung und die Wirkungen einer Ausfuhr nach Deutschland untersuchen und erwägen will, kann man folgerichtig nur jene Ausfuhr in Berücksichtigung ziehen, welche nach Befriedigung des österreichischen Bedarfes übrig bleibt — kurz die Ausfuhrziffern des österreichisch-ungarischen Vertragszollgebietes. Und da finden wir, daß in der Hauptbrotfrucht, Weizen, überhaupt keine Ausfuhr besteht. Die Mehlausfuhr des Vertragszollgebietes kann gleichfalls nicht in Betracht kommen. Sie betrug

Jahrgang	1909	1910	1911	1912	1913
Tausende quintals	232	199	123	164	345

Stellt man diesen Quantitäten die ebenfalls unbedeutenden Ziffern der Mehleinfuhr nach dem österreichisch-ungarischen Vertragszollgebiete gegenüber — im Jahre 1912 betrugen selbe 90 635 q gegen 75 957 q im Jahre 1913 — dann schrumpft die Bedeutung der Exportfähigkeit des Vertragszollgebietes schon ganz zusammen.

Die einzige Getreidefrucht, Gerste, ist es, die eine gewissermaßen ansehnliche Ausfuhrziffer von rund 2 Millionen Meterzentnern erreicht. Diese Ziffer ist aber auch nur für das österreichisch-ungarische Vertragszollgebiet ansehnlich, für Deutschland ist sie angesichts seiner Gesamteinfuhr von 30 Millionen Meterzentnern von keiner Bedeutung.

Dieselben Erscheinungen sind bei dem Viehverkehr zu beobachten. Die Ausfuhr von Schlacht- und Zugvieh aus dem Vertragszollgebiete betrug

Jahrgang	1909	1910	1911	1912	1913
Stücke	247 868	187 005	75 274	107 948	141 295

also Quantitäten, die an und für sich nicht bedeutend sind und außerdem sukzessive abnehmen. Die Abnahme in den wichtigsten Gattungen zeigt umstehende Tabelle:

Die Ausfuhr betrug im Jahre	1909	1913
Schlachtochsen	44 500	21 800
Zuchtkühe	19 600	14 900
Jungvieh	57 600	15 900
Pferde	57 000	19 000

Nur bei Schafen ist 1909 eine Erhöhung der Ausfuhr von 34 200 auf 39 900 Stück im Jahre 1913 wahrnehmbar.

Nach alledem ist es klar, daß man von einer onerösen Konkurrenz der ungarischen Bodenproduktion für die deutsche Landwirtschaft heute gar nicht sprechen kann.

Die ungarische Konkurrenz könnte vielleicht in einem späteren Zeitpunkte, nach erfolgter Intensivierung der ungarischen Landwirtschaft eine gewisse Bedeutung erlangen — müßte man zu gleicher Zeit nicht auch mit den Bedarfssteigerungen rechnen, die bis dahin sowohl in Deutschland als in Österreich und in Ungarn ganz bestimmt eintreten werden! Wenn man aber den soeben entwickelten verkehrsstatistischen Daten die Konsum- und die Importziffern des Deutschen Reiches gegenüberstellt, dann muß man zu der Erkenntnis gelangen, daß selbst, wenn die Landwirtschaft in Ungarn in einem rascheren Tempo vorwärts käme, als sich der Konsum hebt, die Vorzugsbehandlung der ungarischen Bodenproduktion bei der Einfuhr nach dem Deutschen Reiche auch dann von keiner ungünstigen Einwirkung auf die Preisgestaltung in Deutschland begleitet sein kann. Der Importbedarf des Deutschen Reiches ist nämlich so unverhältnismäßig größer, als der eventuelle Überschuß der ungarischen Produktion, daß man gar nicht daran denken kann, daß der deutsche Schutzzoll in seiner Wirksamkeit irgendwie beeinflußt werden könnte.

Die Einfuhr nach Deutschland betrug:

1912	Weizen	22 974	Gerste	29 694	Tausende quintals
1913	„	25 459	„	32 382	„ „

Die Einfuhr von Schlacht- und Zugvieh betrug im Jahre 1912 rund 500 000 und 600 000 Stück im Jahre 1913.

Das sind Quantitäten, bei welchen selbst einer kräftigeren

österreichisch-ungarischen Ausfuhr eine preisbeeinflussende Wirkung nicht zugemutet werden kann, somit es ganz und gar unangebracht wäre, wenn die deutschen Agrarier, selbst in Hinblick auf jenen künftigen Zeitpunkt, zum Schutze ihrer durchaus nicht bedrohten inländischen Brotfruchtproduktion und Viehzucht, Bedenken hegen und die Annäherung von Bedingungen abhängig machen würden, welche für Ungarn den Wert der Annäherung herabzumindern und die Popularität derselben zu gefährden geeignet wären. Die Vorzugsbehandlung muß also in einer gleichmäßigen Art und Weise durchgeführt werden, will man ihr die notwendigen Sympathien allseitig sichern. In Ungarn sind letztere unter den soeben angedeuteten Prämissen vorhanden — in einem mäßigeren oder erhöhten Grade, je nachdem sich Ungarn zur Zeit der Durchführung der Annäherung in Zollgemeinschaft mit Österreich oder im Zustande des gesonderten Zollgebietes befindet.

Die Vorzugsbehandlung, mit der man sich als der gegenwärtig gangbarsten Art der Annäherung hüben und drüben abgefunden zu haben scheint, wird auch die gefürchtete Störung des Friedens in der internationalen Handelspolitik nicht zur Folge haben, wenn man auch hier bei der praktischen Durchführung, die zweifellos bestehenden Schwierigkeiten mit festem Willen, weiser Mäßigung und mit dem bei derlei epochalen Neuerungen stets erforderlichen Optimismus zu überwinden trachtet.

Die Forderung einer gemeinsamen äußeren Handelspolitik muß freilich fallen gelassen werden. Die Verwirklichung einer solchen Gemeinsamkeit dürfte — abgesehen daß sie sowohl wirtschaftlich als staatsrechtlich bedenklich ist — auf kaum überwindbare technische Schwierigkeiten stoßen, wie dies jüngst auch Geheimrat Matlekovits gelegentlich eines Vortrages erörterte. Auch Professor Diehl äußert sich in diesem Sinne. —

Der Behauptung — die unlängst von Professor Dr. Kobatsch vertreten wurde — daß zu der Vorzugsbehandlung unbedingt eine gemeinsame einverständliche Handelspolitik nach außen kommen müsse, weil die bloße Vorzugsbehandlung

allein sich als undurchführbar herausstellte, kann man nicht beipflichten. Diese Behauptung stützt sich auf die angebliche Notwendigkeit, die Außenzölle zu binden, da der Zollvorzug nur dann bestünde, wenn die Differenzierung zwischen Außenzoll und Vorzugszoll gebunden ist, das heißt wenn ersterer ohne gegenseitigem Einvernehmen gegenüber dritten Staaten nicht ermäßigt werden dürfte. —

Diese Argumentation ist nicht stichhaltig. Die Hauptsache bleibt, daß die Vorzugszölle dritten Staaten nicht zugänglich seien. Das ist doch das Wesen der Verständigung. Allerdings liegt der Wert dieser Bestimmung auch in der Spannung zwischen „Vorzugszoll" und „Begünstigungstarif für die Vertragsstaaten". Nun könnte man ja schließlich diese Spannung auch ohne gemeinsamer äußerer Handelspolitik im deutsch-österreichischen, beziehungsweise im deutsch-ungarischen Handelsvertrag fixieren. Auch diese Bindung dürfte sich aber als nicht zweckmäßig und auch als überflüssig erweisen. Papierne Abmachungen allein würden in unserem Falle den Erfolg ohnehin nicht garantieren. Die Vorzugszölle bieten bloß den Rahmen, den Inhalt verleiht demselben das gegenseitige Vertrauen und der feste Wille. Der an diesen zweifelt, muß einer Verständigung überhaupt aus dem Wege gehen. —

Wie soeben erörtert, das Wesen der Verständigung besteht in der Unzugänglichkeit zu den Vorzugszöllen für dritte Staaten. Das Meistbegünstigungssystem muß darum nicht unbedingt beseitigt werden — es genügt dasselbe anders zu gestalten. Gustav von Schmoller hat es in seinen „Jahrbüchern" schon längst ausgesprochen, daß man mit dem schablonenhaften System der Zolltarife aufräumen sollte. Inzwischen*) schlug er statt den bisherigen Meistbegünstigungen „abgestufte Meistbegünstigungen" vor und erweiterte diesen Gedanken in einer jüngst veröffentlichten Abhandlung**) zu einem Vorschlag für ein in Amerika bereits angewandtes und

---

*) Die Volkswirtschaft der Zentralmächte nach dem Friedensschlusse. Neue freie Presse. Wien 23. Mai 1915.

**) Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas. Ebenda. 25. März, 2., 9. u. 16. April 1916.

bewährtes Dreitarifsystem: Generaltarif, allgemeiner Begünstigungstarif, freundschaftlicher Nachbartarif.

Bei der auf Grund der Vorzugszölle zu erfolgenden Neuregelung unserer Handelsbeziehungen wird es erwogen werden müssen, ob ein Dreitarifsystem unter den gegebenen Umständen hinreicht. Nebst dem Generaltarif und dem allgemeinen Meistbegünstigungstarif, wird nämlich der Vorzugstarif der Zentralmächte offenbar die Grundlage der Neuregelung werden. Den Vorzugstarif muß man selbstredend den Regeln der Meistbegünstigung entziehen. Man wird aber die Frage zu untersuchen haben, ob es nicht geboten ist noch weitere meistbegünstigungsentzogene Abstufungen zu schaffen.

Schon der Umstand, daß neuestens — wie es heißt — auch die den Zentralmächten verbündeten Staaten in die Annäherungsaktion, beziehungsweise in das Prinzip der Vorzugsbehandlung einbezogen werden sollen, würde bedingen, die Zolltarife mit zwei, den Regeln der Meistbegünstigung entzogenen Abstufungen zu versehen. Es ist nämlich als höchst wahrscheinlich anzunehmen, daß in diesem Falle die verbündeten Staaten doch nicht jenen Grad der Vorzugsbehandlung genießen würden, welchen sich die zwei Mittelmächte gegenseitig einzuräumen beabsichtigen.

Es wäre ferner erwünscht in dem österreichischen und im ungarischen Tarif, außer den soeben besprochenen Abstufungen, noch eine unterste aufzunehmen, auf welche — außerdem, daß sie der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung entzogen wäre — selbst das Deutsche Reich und noch weniger die Verbündeten Anspruch hätten. Diese dritte unterste Abstufung bliebe dem gegenseitigen Verkehr zwischen Österreich und Ungarn vorbehalten. Für alle Fälle. Ob nun die definitive Annäherung im Zustande der Zolltrennung oder in jenem der Wirtschaftsgemeinsamkeit erfolgt. Im letzteren Falle würde sie einer wirksamen Preventivmaßregel gleichkommen, in Voraussehung einer möglichen künftigen Änderung in den österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Beziehungen.

Der Zolltarif wird in seinem ganzen Aufbau ziemlich verwickelt erscheinen, das ist eine Folge der mannigfachen

Ansprüche, die an denselben gestellt werden. In eine desto präzisere Fassung muß das System, das ganze Programm gebracht werden, welches allen Eventualitäten Rechnung tragen soll.

Wie bereits angedeutet, ist es schwierig und auch der Zeitpunkt ist ungeeignet, die Annäherung, sei es in der einen oder in der anderen Form, unmittelbar definitiv durchzuführen. Demgegenüber wünschen weite Kreise die unmittelbare Verwirklichung und auch die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz, die am 18. Jänner 1916 zu Dresden tagte, betont „die Notwendigkeit die wirtschaftliche Annäherung noch vor Kriegsende zu verwirklichen, damit die Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zielbewußt und mit voller Kraft vertreten können".

Die Verwirklichung der Annäherung vor Kriegsende in dem Sinne, daß die Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen der zwei Mächte nunmehr vor Kriegsende definitiv erfolgen möge, ist nicht ratsam. Schon der angegebene Zeitpunkt „vor Kriegsende" ist ein ganz und gar unbestimmter. Dieser Zeitpunkt ist bedauerlicherweise heute nicht abzusehen. Mag er aber auch später eintreten, als wir ihn alle herbeisehnen, bedingt die Verwirklichung der Annäherung — ganz abgesehen von der, eingangs dieser Schrift auch aus anderen Gesichtspunkten nachgewiesenen Importunität des Zeitpunktes — eine viel umfassendere und gründlichere Arbeit, als jene, welche in der verfügbaren, relativ noch immer sehr kurzen Zeit bis zum Friedensschlusse bewältigt werden könnte. Nicht die Verwirklichung der Annäherung, nicht die Ausarbeitung der Zolltarife und aller anderen Bedingungen ist es, was vorerst zu wollen ist, sondern die prinzipielle Verständigung darüber, daß die Annäherung, sei es auf dieser oder jener Basis, erfolge und wenn es die Vorzugsbehandlung ist, auf die man sich einigt, daß dann die geplanten Vorzugszölle eine Ausnahme von der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung bilden

sollen. Das genügt vollkommen als wirtschaftliche Rüstung, mit welcher man in die Friedensverhandlungen einzutreten hat. Nur für das Prinzip „Ausnahme von der Regel der Meistbegünstigung" kann man die Aufnahme in das Friedensinstrument beanspruchen. Alles andere gehört in die Materie der Handelsverträge. —

Auch sonst liegt der Schwerpunkt in den Handelsverträgen. Gelingt es das Prinzip „Ausnahme der Vorzugszölle von der Regel der Meistbegünstigung" in die Friedensinstrumente einzufügen, dann hat allerdings das Machtwort des Siegers seine Wirkung gehabt, das Prinzip muß aber dann noch immer bei allen Handelsverträgen auch wirksam durchgeführt werden. Die Handelsverträge sind es also, deren Erledigung eine erhöhte Aufmerksamkeit beansprucht und, wie bereits erörtert, trotz der Kriegsereignisse einen Aufschub nicht zuläßt. —

Vor dem Friedensschluß stößt aber eine definitive Regelung auf nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, da doch die Bedingungen der Friedensverträge die wirtschaftlichen Gestaltungen beeinflussen, ja, auf selbe geradezu bestimmend einwirken. Darum wurde es bereits wiederholt angedeutet, daß eine solche Lösung gesucht werden müßte, welche spätere Entschließungen nicht präjudiziert. Und als eine solche würde sich die Schaffung von Provisorien empfehlen, die uns über die Zeit der Friedensverhandlungen und des Friedensschlusses hinübergeleiten. Und selbst wenn der Friede früher geschlossen wird, als wir es heute zu hoffen wagen, sind die vorgeschlagenen Provisorien — angesichts der Nähe des Ablauftermins der heute gültigen Handelsverträge und mit Rücksicht auf die Größe der zu bewältigenden Materie — von nicht zu unterschätzendem Werte.

Es sollten also auf der ganzen Linie provisorische Handelsverträge mit einer Dauer von beispielsweise 4 Jahren bis zum 31. Dezember 1921 vorbereitet, beziehungsweise abgeschlossen werden. Die Bestimmungen derselben würden im großen und ganzen jenen der heute in Kraft stehenden Handelsverträge entsprechen. Das Wesentliche ist aber, daß in alle

Verträge die Ausnahme der Vorzugszölle — die sich die Zentralmächte gegenseitig einräumen — von der Regel der Meistbegünstigung, aufgenommen werde. Diese Provisorien würden es auch ermöglichen, die Wirkung der Bestimmungen zu prüfen. Man könnte die Bedingungen gewissermaßen erproben und dieselben später eventuell korrigieren. Man kann ja die künftigen wirtschaftlichen und nicht nur diese, sondern auch die finanziellen Gestaltungen denn doch nicht mit Bestimmtheit voraussehen und dementsprechend auch nicht vorausbestimmen, ob gewisse Bedingungen, die uns heute vorteilhaft dünken, später nicht etwa uns selbst den Weg zur Befriedigung von vitalen eigenen Lebensinteressen verlegen! Statt festlegender Bestimmungen, die unschwer wirtschaftliche Absperrungen und selbst Zollkriege im Gefolge haben können, mögen also einem möglichst erträglichen, alle Interessen loyal berücksichtigenden Handelsvertrage mit Vorzugszöllen, die Wege geebnet werden. —

Der Vorschlag der Provisorien erstreckt sich selbstverständlich nicht nur auf die Handelsverträge mit dritten Staaten, sondern auch auf die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, desgleichen auch auf den Handelsvertrag zwischen Österreich und Ungarn. In diesen Verträgen muß es ausgesprochen werden, daß sich die Vertragsteile gegenseitig eine Vorzugsbehandlung einräumen, welche sie keinem anderen Wirtschaftsgebiet gegenüber anwenden können und daß sie sich verpflichten im Interesse der Aufnahme dieser Vereinbarung in die Friedensinstrumente geschlossen einzutreten. —

Österreich und Ungarn hätten den am 31. Dezember 1917 ablaufenden Handelsvertrag — ohne Präjudiz für die Gestaltung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen — ebenfalls auf die Dauer von vier Jahren, also bis 31. Dezember 1921 auf Grund einer vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinsamkeit zu erneuern. Dieser Vertrag müßte aber Bestimmungen enthalten, welche geeignet sind für die Handelsverträge mit dritten Staaten eine stabilere Basis zu schaffen, als die bisherige. Zu diesem Zwecke sollte im Handelsvertrage zwischen

Österreich und Ungarn bestimmt werden, daß der künftige, definitive Handelsvertrag mit Gültigkeit ab 1. Jänner 1922 — sei es auf Grund der Wirtschaftsgemeinsamkeit oder auf derjenigen der Zolltrennung — ein Jahr vor dem Ablauf des Provisoriums, also spätestens bis zum 31. Dezember 1920 zu erledigen ist. Hierdurch kann es erreicht werden, daß die auswärtigen definitiven Handelsverträge nunmehr auf der Grundlage des erledigten österreichisch-ungarischen Vertrages im Laufe des Jahres 1921 vorbereitet und abgeschlossen werden können. Es wäre überhaupt zu empfehlen, den durch das ungarische sogenannte Ausgleichsgesetz vorgesehenen zehnjährigen Vertragszyklus auch für die weitere Zukunft derart zu regeln, daß der neue Vertrag immer schon zum Schlusse des neunten Jahres abgeschlossen sei, damit man die übrigen auswärtigen Handelsverträge auch in Zukunft auf einer bereits festgelegten Grundlage verhandeln könne.

Durch die hier vorgeschlagenen Handelsvertragsprovisorien würde man in die Friedensverhandlungen gerüstet und einig eintreten können und die einzelnen Staaten und ihre gesetzlichen Vertretungen, würden sich durch Bestimmungen, die ohne vorherige Approbation in die Friedensverträge aufgenommen werden könnten, nicht vor unabänderliche Fakten gestellt befinden. Auch würde man allen Unzukömmlichkeiten und Komplikationen begegnen, die durch das eventuell zeitliche Zusammentreffen der Friedensverhandlungen mit jenen über die Erneuerung der einzelnen Handelsverträge entstehen könnten. —

Auch die Handelsvertragsprovisorien bedingen eine gewaltige Arbeit, die Lösung einer Menge von Detailfragen. Die zu derselben führenden Verhandlungen müßten also von Seite der Regierungen unverzüglich begonnen werden, damit die Verträge rechtzeitig durch die parlamentarischen Vertretungen verabschiedet werden können. —

Innerhalb der vierjährigen Provisorien müßten die Verhandlungen über die, ab 1. Jänner 1922 in Wirksamkeit tretenden definitiven Handelsverträge unmittelbar nach Friedensschluß, jedenfalls aber rechtzeitig vor Ablauf der

Provisorien begonnen werden. Nachdem es bekannt sein wird, welche grundlegenden wirtschaftlichen Prinzipien die Friedensverträge enthalten, wird der definitiven Bereinigung der Wirtschaftsfragen nichts mehr im Wege stehen.

Es wäre zu wünschen, daß die heute leider nur zu sehr gerechtfertigten Abwehrmaßregeln durch den Verlauf der Friedensverhandlungen sich als überflüssig erweisen mögen. So schwach auch im gegebenen Augenblicke die Grundlage sein mag, den Friedensverhandlungen einen ähnlichen Verlauf zuzumuten, ist es doch feststehend, daß es die Zivilisation, das gemeinsame Interesse der Völker, die identischen Wirtschaftsziele derselben gebieten, jeder tüchtigen Arbeit die schrankenlose Entfaltung und den Genuß der Früchte derselben zu gönnen und zu gewährleisten. Das ist das Wesen der höheren Solidarität der Völker und es hieße daran verzweifeln, müßte man die Hoffnung aufgeben, daß diese Erkenntnis denn doch durchdringen, daß man zum Schlusse das große Werk der ehrlichen Verständigung denn doch vollbringen wird. —

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 11 Mark —.80

Die Türken und Wir nach dem Kriege

von

Ernst Marré

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Provisorien begonnen werden. Nachdem es bekannt sein wird, welche grundlegenden wirtschaftlichen Prinzipien die Friedensverträge enthalten, wird der definitiven Bereinigung der Wirtschaftsfragen nichts mehr im Wege stehen.

Es wäre zu wünschen, daß die heute leider nur zu sehr gerechtfertigten Abwehrmaßregeln durch den Verlauf der Friedensverhandlungen sich als überflüssig erweisen mögen. So schwach auch im gegebenen Augenblicke die Grundlage sein mag, den Friedensverhandlungen einen ähnlichen Verlauf zuzumuten, ist es doch feststehend, daß es die Zivilisation, das gemeinsame Interesse der Völker, die identischen Wirtschaftsziele derselben gebieten, jeder tüchtigen Arbeit die schrankenlose Entfaltung und den Genuß der Früchte derselben zu gönnen und zu gewährleisten. Das ist das Wesen der höheren Solidarität der Völker und es hieße daran verzweifeln, müßte man die Hoffnung aufgeben, daß diese Erkenntnis denn doch durchdringen, daß man zum Schlusse das große Werk der ehrlichen Verständigung denn doch vollbringen wird. —

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 11 Mark —.80

Die Türken und Wir nach dem Kriege

von

Ernst Marré

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 11

Die Türken und Wir nach dem Kriege.

Ein praktisches Wirtschaftsprogramm

von

Ernst Marré.
Vorsitzender des Türkischen Vereins, Leipzig S. 36.

Berlin 1916.
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

allein sich als undurchführbar herausstellte, kann man nicht beipflichten. Diese Behauptung stützt sich auf die angebliche Notwendigkeit, die Außenzölle zu binden, da der Zollvorzug nur dann bestünde, wenn die Differenzierung zwischen Außenzoll und Vorzugszoll gebunden ist, das heißt wenn ersterer ohne gegenseitigem Einvernehmen gegenüber dritten Staaten nicht ermäßigt werden dürfte. —

Diese Argumentation ist nicht stichhaltig. Die Hauptsache bleibt, daß die Vorzugszölle dritten Staaten nicht zugänglich seien. Das ist doch das Wesen der Verständigung. Allerdings liegt der Wert dieser Bestimmung auch in der Spannung zwischen „Vorzugszoll" und „Begünstigungstarif für die Vertragsstaaten". Nun könnte man ja schließlich diese Spannung auch ohne gemeinsamer äußerer Handelspolitik im deutsch-österreichischen, beziehungsweise im deutsch-ungarischen Handelsvertrag fixieren. Auch diese Bindung dürfte sich aber als nicht zweckmäßig und auch als überflüssig erweisen. Papierne Abmachungen allein würden in unserem Falle den Erfolg ohnehin nicht garantieren. Die Vorzugszölle bieten bloß den Rahmen, den Inhalt verleiht demselben das gegenseitige Vertrauen und der feste Wille. Der an diesen zweifelt, muß einer Verständigung überhaupt aus dem Wege gehen. —

Wie soeben erörtert, das Wesen der Verständigung besteht in der Unzugänglichkeit zu den Vorzugszöllen für dritte Staaten. Das Meistbegünstigungssystem muß darum nicht unbedingt beseitigt werden — es genügt dasselbe anders zu gestalten. Gustav von Schmoller hat es in seinen „Jahrbüchern" schon längst ausgesprochen, daß man mit dem schablonenhaften System der Zolltarife aufräumen sollte. Inzwischen *) schlug er statt den bisherigen Meistbegünstigungen „abgestufte Meistbegünstigungen" vor und erweiterte diesen Gedanken in einer jüngst veröffentlichten Abhandlung **) zu einem Vorschlag für ein in Amerika bereits angewandtes und

*) Die Volkswirtschaft der Zentralmächte nach dem Friedensschlusse. Neue freie Presse. Wien 23. Mai 1915.

**) Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas. Ebenda. 25. März, 2., 9. u. 16. April 1916.

bewährtes Dreitarifsystem: Generaltarif, allgemeiner Begünstigungstarif, freundschaftlicher Nachbartarif.

Bei der auf Grund der Vorzugszölle zu erfolgenden Neuregelung unserer Handelsbeziehungen wird es erwogen werden müssen, ob ein Dreitarifsystem unter den gegebenen Umständen hinreicht. Nebst dem Generaltarif und dem allgemeinen Meistbegünstigungstarif, wird nämlich der Vorzugstarif der Zentralmächte offenbar die Grundlage der Neuregelung werden. Den Vorzugstarif muß man selbstredend den Regeln der Meistbegünstigung entziehen. Man wird aber die Frage zu untersuchen haben, ob es nicht geboten ist noch weitere meistbegünstigungsentzogene Abstufungen zu schaffen.

Schon der Umstand, daß neuestens — wie es heißt — auch die den Zentralmächten verbündeten Staaten in die Annäherungsaktion, beziehungsweise in das Prinzip der Vorzugsbehandlung einbezogen werden sollen, würde bedingen, die Zolltarife mit zwei, den Regeln der Meistbegünstigung entzogenen Abstufungen zu versehen. Es ist nämlich als höchst wahrscheinlich anzunehmen, daß in diesem Falle die verbündeten Staaten doch nicht jenen Grad der Vorzugsbehandlung genießen würden, welchen sich die zwei Mittelmächte gegenseitig einzuräumen beabsichtigen.

Es wäre ferner erwünscht in dem österreichischen und im ungarischen Tarif, außer den soeben besprochenen Abstufungen, noch eine unterste aufzunehmen, auf welche — außerdem, daß sie der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung entzogen wäre — selbst das Deutsche Reich und noch weniger die Verbündeten Anspruch hätten. Diese dritte unterste Abstufung bliebe dem gegenseitigen Verkehr zwischen Österreich und Ungarn vorbehalten. Für alle Fälle. Ob nun die definitive Annäherung im Zustande der Zolltrennung oder in jenem der Wirtschaftsgemeinsamkeit erfolgt. Im letzteren Falle würde sie einer wirksamen Preventivmaßregel gleichkommen, in Voraussehung einer möglichen künftigen Änderung in den österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Beziehungen.

Der Zolltarif wird in seinem ganzen Aufbau ziemlich verwickelt erscheinen, das ist eine Folge der mannigfachen

Ansprüche, die an denselben gestellt werden. In eine desto präzisere Fassung muß das System, das ganze Programm gebracht werden, welches allen Eventualitäten Rechnung tragen soll.

Wie bereits angedeutet, ist es schwierig und auch der Zeitpunkt ist ungeeignet, die Annäherung, sei es in der einen oder in der anderen Form, unmittelbar definitiv durchzuführen. Demgegenüber wünschen weite Kreise die unmittelbare Verwirklichung und auch die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz, die am 18. Jänner 1916 zu Dresden tagte, betont „die Notwendigkeit die wirtschaftliche Annäherung noch vor Kriegsende zu verwirklichen, damit die Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zielbewußt und mit voller Kraft vertreten können".

Die Verwirklichung der Annäherung vor Kriegsende in dem Sinne, daß die Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen der zwei Mächte nunmehr vor Kriegsende definitiv erfolgen möge, ist nicht ratsam. Schon der angegebene Zeitpunkt „vor Kriegsende" ist ein ganz und gar unbestimmter. Dieser Zeitpunkt ist bedauerlicherweise heute nicht abzusehen. Mag er aber auch später eintreten, als wir ihn alle herbeisehnen, bedingt die Verwirklichung der Annäherung — ganz abgesehen von der, eingangs dieser Schrift auch aus anderen Gesichtspunkten nachgewiesenen Importunität des Zeitpunktes — eine viel umfassendere und gründlichere Arbeit, als jene, welche in der verfügbaren, relativ noch immer sehr kurzen Zeit bis zum Friedensschlusse bebewältigt werden könnte. Nicht die Verwirklichung der Annäherung, nicht die Ausarbeitung der Zolltarife und aller anderen Bedingungen ist es, was vorerst zu wollen ist, sondern die prinzipielle Verständigung darüber, daß die Annäherung, sei es auf dieser oder jener Basis, erfolge und wenn es die Vorzugsbehandlung ist, auf die man sich einigt, daß dann die geplanten Vorzugszölle eine Ausnahme von der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung bilden

sollen. Das genügt vollkommen als wirtschaftliche Rüstung, mit welcher man in die Friedensverhandlungen einzutreten hat. Nur für das Prinzip „Ausnahme von der Regel der Meistbegünstigung" kann man die Aufnahme in das Friedensinstrument beanspruchen. Alles andere gehört in die Materie der Handelsverträge. —

Auch sonst liegt der Schwerpunkt in den Handelsverträgen. Gelingt es das Prinzip „Ausnahme der Vorzugszölle von der Regel der Meistbegünstigung" in die Friedensinstrumente einzufügen, dann hat allerdings das Machtwort des Siegers seine Wirkung gehabt, das Prinzip muß aber dann noch immer bei allen Handelsverträgen auch wirksam durchgeführt werden. Die Handelsverträge sind es also, deren Erledigung eine erhöhte Aufmerksamkeit beansprucht und, wie bereits erörtert, trotz der Kriegsereignisse einen Aufschub nicht zuläßt. —

Vor dem Friedensschluß stößt aber eine definitive Regelung auf nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, da doch die Bedingungen der Friedensverträge die wirtschaftlichen Gestaltungen beeinflussen, ja, auf selbe geradezu bestimmend einwirken. Darum wurde es bereits wiederholt angedeutet, daß eine solche Lösung gesucht werden müßte, welche spätere Entschließungen nicht präjudiziert. Und als eine solche würde sich die Schaffung von Provisorien empfehlen, die uns über die Zeit der Friedensverhandlungen und des Friedensschlusses hinübergeleiten. Und selbst wenn der Friede früher geschlossen wird, als wir es heute zu hoffen wagen, sind die vorgeschlagenen Provisorien — angesichts der Nähe des Ablauftermins der heute gültigen Handelsverträge und mit Rücksicht auf die Größe der zu bewältigenden Materie — von nicht zu unterschätzendem Werte.

Es sollten also auf der ganzen Linie provisorische Handelsverträge mit einer Dauer von beispielsweise 4 Jahren bis zum 31. Dezember 1921 vorbereitet, beziehungsweise abgeschlossen werden. Die Bestimmungen derselben würden im großen und ganzen jenen der heute in Kraft stehenden Handelsverträge entsprechen. Das Wesentliche ist aber, daß in alle

Verträge die Ausnahme der Vorzugszölle — die sich die Zentralmächte gegenseitig einräumen — von der Regel der Meistbegünstigung, aufgenommen werde. Diese Provisorien würden es auch ermöglichen, die Wirkung der Bestimmungen zu prüfen. Man könnte die Bedingungen gewissermaßen erproben und dieselben später eventuell korrigieren. Man kann ja die künftigen wirtschaftlichen und nicht nur diese, sondern auch die finanziellen Gestaltungen denn doch nicht mit Bestimmtheit voraussehen und dementsprechend auch nicht vorausbestimmen, ob gewisse Bedingungen, die uns heute vorteilhaft dünken, später nicht etwa uns selbst den Weg zur Befriedigung von vitalen eigenen Lebensinteressen verlegen! Statt festlegender Bestimmungen, die unschwer wirtschaftliche Absperrungen und selbst Zollkriege im Gefolge haben können, mögen also einem möglichst erträglichen, alle Interessen loyal berücksichtigenden Handelsvertrage mit Vorzugszöllen, die Wege geebnet werden. —

Der Vorschlag der Provisorien erstreckt sich selbstverständlich nicht nur auf die Handelsverträge mit dritten Staaten, sondern auch auf die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, desgleichen auch auf den Handelsvertrag zwischen Österreich und Ungarn. In diesen Verträgen muß es ausgesprochen werden, daß sich die Vertragsteile gegenseitig eine Vorzugsbehandlung einräumen, welche sie keinem anderen Wirtschaftsgebiet gegenüber anwenden können und daß sie sich verpflichten im Interesse der Aufnahme dieser Vereinbarung in die Friedensinstrumente geschlossen einzutreten. —

Österreich und Ungarn hätten den am 31. Dezember 1917 ablaufenden Handelsvertrag — ohne Präjudiz für die Gestaltung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen — ebenfalls auf die Dauer von vier Jahren, also bis 31. Dezember 1921 auf Grund einer vertragsmäßigen Wirtschaftsgemeinsamkeit zu erneuern. Dieser Vertrag müßte aber Bestimmungen enthalten, welche geeignet sind für die Handelsverträge mit dritten Staaten eine stabilere Basis zu schaffen, als die bisherige. Zu diesem Zwecke sollte im Handelsvertrage zwischen

Österreich und Ungarn bestimmt werden, daß der künftige, definitive Handelsvertrag mit Gültigkeit ab 1. Jänner 1922 — sei es auf Grund der Wirtschaftsgemeinsamkeit oder auf derjenigen der Zolltrennung — ein Jahr vor dem Ablauf des Provisoriums, also spätestens bis zum 31. Dezember 1920 zu erledigen ist. Hierdurch kann es erreicht werden, daß die auswärtigen definitiven Handelsverträge nunmehr auf der Grundlage des erledigten österreichisch-ungarischen Vertrages im Laufe des Jahres 1921 vorbereitet und abgeschlossen werden können. Es wäre überhaupt zu empfehlen, den durch das ungarische sogenannte Ausgleichsgesetz vorgesehenen zehnjährigen Vertragszyklus auch für die weitere Zukunft derart zu regeln, daß der neue Vertrag immer schon zum Schlusse des neunten Jahres abgeschlossen sei, damit man die übrigen auswärtigen Handelsverträge auch in Zukunft auf einer bereits festgelegten Grundlage verhandeln könne.

Durch die hier vorgeschlagenen Handelsvertragsprovisorien würde man in die Friedensverhandlungen gerüstet und einig eintreten können und die einzelnen Staaten und ihre gesetzlichen Vertretungen, würden sich durch Bestimmungen, die ohne vorherige Approbation in die Friedensverträge aufgenommen werden könnten, nicht vor unabänderliche Fakten gestellt befinden. Auch würde man allen Unzukömmlichkeiten und Komplikationen begegnen, die durch das eventuell zeitliche Zusammentreffen der Friedensverhandlungen mit jenen über die Erneuerung der einzelnen Handelsverträge entstehen könnten. —

Auch die Handelsvertragsprovisorien bedingen eine gewaltige Arbeit, die Lösung einer Menge von Detailfragen. Die zu derselben führenden Verhandlungen müßten also von Seite der Regierungen unverzüglich begonnen werden, damit die Verträge rechtzeitig durch die parlamentarischen Vertretungen verabschiedet werden können. —

Innerhalb der vierjährigen Provisorien müßten die Verhandlungen über die, ab 1. Jänner 1922 in Wirksamkeit tretenden definitiven Handelsverträge unmittelbar nach Friedensschluß, jedenfalls aber rechtzeitig vor Ablauf der

Provisorien begonnen werden. Nachdem es bekannt sein wird, welche grundlegenden wirtschaftlichen Prinzipien die Friedensverträge enthalten, wird der definitiven Bereinigung der Wirtschaftsfragen nichts mehr im Wege stehen.

Es wäre zu wünschen, daß die heute leider nur zu sehr gerechtfertigten Abwehrmaßregeln durch den Verlauf der Friedensverhandlungen sich als überflüssig erweisen mögen. So schwach auch im gegebenen Augenblicke die Grundlage sein mag, den Friedensverhandlungen einen ähnlichen Verlauf zuzumuten, ist es doch feststehend, daß es die Zivilisation, das gemeinsame Interesse der Völker, die identischen Wirtschaftsziele derselben gebieten, jeder tüchtigen Arbeit die schrankenlose Entfaltung und den Genuß der Früchte derselben zu gönnen und zu gewährleisten. Das ist das Wesen der höheren Solidarität der Völker und es hieße daran verzweifeln, müßte man die Hoffnung aufgeben, daß diese Erkenntnis denn doch durchdringen, daß man zum Schlusse das große Werk der ehrlichen Verständigung denn doch vollbringen wird. —

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 11 Mark —.80

Die Türken und Wir nach dem Kriege

von

Ernst Marré

Berlin W. 57

C. A. Schwetschke & Sohn

Provisorien begonnen werden. Nachdem es bekannt sein wird, welche grundlegenden wirtschaftlichen Prinzipien die Friedensverträge enthalten, wird der definitiven Bereinigung der Wirtschaftsfragen nichts mehr im Wege stehen.

Es wäre zu wünschen, daß die heute leider nur zu sehr gerechtfertigten Abwehrmaßregeln durch den Verlauf der Friedensverhandlungen sich als überflüssig erweisen mögen. So schwach auch im gegebenen Augenblicke die Grundlage sein mag, den Friedensverhandlungen einen ähnlichen Verlauf zuzumuten, ist es doch feststehend, daß es die Zivilisation, das gemeinsame Interesse der Völker, die identischen Wirtschaftsziele derselben gebieten, jeder tüchtigen Arbeit die schrankenlose Entfaltung und den Genuß der Früchte derselben zu gönnen und zu gewährleisten. Das ist das Wesen der höheren Solidarität der Völker und es hieße daran verzweifeln, müßte man die Hoffnung aufgeben, daß diese Erkenntnis denn doch durchdringen, daß man zum Schlusse das große Werk der ehrlichen Verständigung denn doch vollbringen wird. —

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 11 Mark —.80

Die Türken und Wir nach dem Kriege

von

Ernst Marré

Berlin W. 57
C. A. Schwetschke & Sohn

Kriegspolitische Einzelschriften
Heft 11

Die Türken und Wir nach dem Kriege.

Ein praktisches Wirtschaftsprogramm

von

Ernst Marré.
Vorsitzender des Türkischen Vereins, Leipzig S. 36.

Berlin 1916.
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Die Aussichten, welche sich durch unser Bündnis mit der Türkei erschließen, lassen sich vortrefflich an. Wir wie die Türken haben davon Nutzen.

Heute herrschen zwar noch gänzliche Verdrehtheiten über die orientalische Laszivität, genährt durch die Pesthöhlen von Port-Said oder Algier. Wir können uns den Orient ohne Schmutz und Verkommenheit scheinbar gar nicht vorstellen und doch geht es nirgends nüchterner zu als im berechnenden Orient. Wir müssen uns durch veraltete Ansichten mausern.

Kleinlichkeitspolitik, vor der namentlich ganz im Gegensatz zur britischen, ja sogar zur katholisch-französischen unsere Missionsversuche auch nicht frei gesprochen werden können, muß unbedingt ausscheiden und von den Reichsvertretern in erster Linie vermieden werden. Großzügige Wirtschaftspolitik wird uns nur zu einem dauernden Erfolge verhelfen können.

Aus den Ruinen, die aus dem Altertum übriggeblieben sind und die geborgen sind durch Sandüberdeckung, so natürliche Tells bilden, wird bald neues Leben erblühen, wenn es uns weiter gestattet ist, jene Schätze zu heben, die die Zeit und der Sand verdeckt haben. Dabei haben wir aber auch den türkischen Nutzen im Auge.

Jede Seite will ihre Interessen gewahrt wissen. Wir sind selbst als Volk zu aufrichtig, um nicht auch zu geben, wo wir nehmen. Dies Verständnis jedoch können wir von einem orientalischen Volkscharakter nicht erwarten. Der Vorteil des Bodenerschlusses kommt hier zunächst dem türkischen Fiskus selbst zugute.

Über den bisherigen Erfolg sind wir zu unvollkommen berichtet. Einheitliche Konsularberichte würden hier helfen können, wenn die Völkerrivalität das erlaubte; doch wird am goldenen Horn dieser Zustand wohl nie eintreten.

Bismarck las, nach seiner offenen Aussage, die Berichte

der Diplomaten in Konstantinopel nicht, da jeder mehr oder weniger von der augenblicklichen Zeit beeinflußt sein mußte. Das gilt freilich auch heute noch. Der orientalische Wetterwinkel blieb recht veränderlich. Wir leben auch heute noch in ganz falschen Vorstellungen über das Türkenreich. Wer erfolgreich Orientpolitik treiben will, muß unfrisierte Berichte lesen und das Volk als Gesamtheit kennen lernen.

Auch unser Bündnis darf uns nicht zu Übertreibungen verleiten, denn sachliche Stimmen sind kaum zu Worte gekommen. Wir geben vielleicht ein bedeutendes Mehr, wohingegen unser Nehmen hinter allen Erwartungen zurückbleiben kann.

Auch ein Viertel aller Türken ist noch nicht das Volk; hier wie dort gibt es taumelnde Jubilierer, die aber nicht das nüchtern wägende Volk abgeben. Mit Feiern und Frohlocken ist noch kein Bund gefestigt; das orientalische Wesen schwelgt mit der Zunge in schönen Worten und errechnet dabei mit dem Kopfe die Vorteile, die es dabei erringen könnte. Der wägende Verstand wird für den zukünftigen deutschen Erfolg im Morgenlande ausschlaggebend bleiben.

Das türkische Staatswesen ist kein einheitliches Gefüge, es zu regieren hat zu allen Zeiten Schwierigkeiten geboten. Jede Nation in der Gesamtnation beanspruchte gewisse Reservate, die eine bekämpfte naturgemäß die andere. Auch heute lassen sich Türken, Araber, Griechen, Armenier, Kurden, Turkmenen und alle die übrigen nicht zusammenschweißen.

Wie im Reiche selbst ist es in der Welt des Islams überhaupt bestellt. Das Recht des Kalifen, den Frankreich für Marokko, England für Ägypten ausruft, während in der islamitischen Welt auch heute noch der Stambuler Herrscher als solcher angesprochen wird, hält Jahre hinaus britisch-französisches Protektoratgebiet gelähmt. Das Kalifat ist nicht Schall und Rauch geblieben, sondern seit 1517 fest in den Händen der Osmaniden — und nur der rechtmäßige Kalif darf die heiligen Stätten der moslimischen Welt schützen.

Ein Zusammenarbeiten mit diesem gleichzeitig mächtigen Faktor für Wirtschaftspolitik wurde ja auch schon vor dem

Kriege von uns mit ziemlich bedeutendem Resultat angestrebt. —

Jenseits des Kanals hatte man freilich nur neidisches Verständnis; trotz ungeheuerer Bakschischsummen an einzelne kam man mit der Masse, also mit dem Volksempfinden nicht weiter; man konnte eben nicht aussaugen, wo es nichts mehr auszusaugen gab.

Daher war jenen jedes Mittel recht; man versuchte es nach jenem Rezept, das sich bei den Indianern Amerikas wie den Negern Afrikas gleichgut bewährt hatte.

Überhand nahm in letzter Zeit daher auch der Alkohol. Das russische Reich mit seinem Wotkamonopol sorgte trotz aller Regierungs- und Religionsverbote für belebten Absatz. Das Wort für Wein ist ja im ganzen Orient als „Wasser der Sünde (scher âb) bekannt.

Unsere deutsche Orientpolitik nun erstrebte seit je den Nutzen für jedes der beteiligten Reiche. Der Kaiser war immer der Ansicht, daß es ohne sich dem Islam anzuschließen unmöglich wäre, Orientpolitik und namentlich Orienthandel zu treiben. „Unbeirrt durch die Kritik von Freund und Gegner, nicht bangend vor der damit dem In- und Auslande gebotenen, gewaltigen Angriffsfläche trug er, der als Erster erkannt, daß deutsche Weltgeltung ohne verständnisvolles Zusammengehen mit dem Islam, der Seele des Orients, undenkbar, kein Bedenken, diese Kraftquelle mit kühnem Griff als deutschen Weltfaktor seiner weitausschauenden Politik einzuverleiben" (Galli). Freilich konnte ich nach dem Versagen von Algeziras vielfach ein Kopfschütteln moslimischer Handelsleute bemerken, ich vermochte nicht, ihnen d i e s e Politik auseinanderzusetzen.

Das Wesen des türkischen Volkes unterschätzen wollen oder es mit dem italienischen Straßenmob zu vergleichen, hieße den Osmanen verkennen.

Echt türkisch sind schon die Qajqdschis, die Gondoliere, die uns beim Ausbooten behilflich sind. Ein Übervorteilen des Fremden kennen sie nicht in dem Maße, wie man es sonst schon beim Ausbooten in allen übrigen Häfen gewohnt ist. Hier ist nicht nur geschäftsmäßiges Ausnützen, sondern auch

der Diplomaten in Konstantinopel nicht, da jeder mehr oder weniger von der augenblicklichen Zeit beeinflußt sein mußte. Das gilt freilich auch heute noch. Der orientalische Wetterwinkel blieb recht veränderlich. Wir leben auch heute noch in ganz falschen Vorstellungen über das Türkenreich. Wer erfolgreich Orientpolitik treiben will, muß unfrisierte Berichte lesen und das Volk als Gesamtheit kennen lernen.

Auch unser Bündnis darf uns nicht zu Übertreibungen verleiten, denn sachliche Stimmen sind kaum zu Worte gekommen. Wir geben vielleicht ein bedeutendes Mehr, wohingegen unser Nehmen hinter allen Erwartungen zurückbleiben kann.

Auch ein Viertel aller Türken ist noch nicht das Volk; hier wie dort gibt es taumelnde Jubilierer, die aber nicht das nüchtern wägende Volk abgeben. Mit Feiern und Frohlocken ist noch kein Bund gefestigt; das orientalische Wesen schwelgt mit der Zunge in schönen Worten und errechnet dabei mit dem Kopfe die Vorteile, die es dabei erringen könnte. Der wägende Verstand wird für den zukünftigen deutschen Erfolg im Morgenlande ausschlaggebend bleiben.

Das türkische Staatswesen ist kein einheitliches Gefüge, es zu regieren hat zu allen Zeiten Schwierigkeiten geboten. Jede Nation in der Gesamtnation beanspruchte gewisse Reservate, die eine bekämpfte naturgemäß die andere. Auch heute lassen sich Türken, Araber, Griechen, Armenier, Kurden, Turkmenen und alle die übrigen nicht zusammenschweißen.

Wie im Reiche selbst ist es in der Welt des Islams überhaupt bestellt. Das Recht des Kalifen, den Frankreich für Marokko, England für Ägypten ausruft, während in der islamitischen Welt auch heute noch der Stambuler Herrscher als solcher angesprochen wird, hält Jahre hinaus britisch-französisches Protektoratgebiet gelähmt. Das Kalifat ist nicht Schall und Rauch geblieben, sondern seit 1517 fest in den Händen der Osmaniden — und nur der rechtmäßige Kalif darf die heiligen Stätten der moslimischen Welt schützen.

Ein Zusammenarbeiten mit diesem gleichzeitig mächtigen Faktor für Wirtschaftspolitik wurde ja auch schon vor dem

Kriege von uns mit ziemlich bedeutendem Resultat angestrebt. —

Jenseits des Kanals hatte man freilich nur neidisches Verständnis; trotz ungeheuerer Bakschischsummen an einzelne kam man mit der Masse, also mit dem Volksempfinden nicht weiter; man konnte eben nicht aussaugen, wo es nichts mehr auszusaugen gab.

Daher war jenen jedes Mittel recht; man versuchte es nach jenem Rezept, das sich bei den Indianern Amerikas wie den Negern Afrikas gleichgut bewährt hatte.

Überhand nahm in letzter Zeit daher auch der Alkohol. Das russische Reich mit seinem Wotkamonopol sorgte trotz aller Regierungs- und Religionsverbote für belebten Absatz. Das Wort für Wein ist ja im ganzen Orient als „Wasser der Sünde (scher âb) bekannt.

Unsere deutsche Orientpolitik nun erstrebte seit je den Nutzen für jedes der beteiligten Reiche. Der Kaiser war immer der Ansicht, daß es ohne sich dem Islam anzuschließen unmöglich wäre, Orientpolitik und namentlich Orienthandel zu treiben. „Unbeirrt durch die Kritik von Freund und Gegner, nicht bangend vor der damit dem In- und Auslande gebotenen, gewaltigen Angriffsfläche trug er, der als Erster erkannt, daß deutsche Weltgeltung ohne verständnisvolles Zusammengehen mit dem Islam, der Seele des Orients, undenkbar, kein Bedenken, diese Kraftquelle mit kühnem Griff als deutschen Weltfaktor seiner weitausschauenden Politik einzuverleiben" (Galli). Freilich konnte ich nach dem Versagen von Algeziras vielfach ein Kopfschütteln moslimischer Handelsleute bemerken, ich vermochte nicht, ihnen *diese* Politik auseinanderzusetzen.

Das Wesen des türkischen Volkes unterschätzen wollen oder es mit dem italienischen Straßenmob zu vergleichen, hieße den Osmanen verkennen.

Echt türkisch sind schon die Qajqdschis, die Gondoliere, die uns beim Ausbooten behilflich sind. Ein Übervorteilen des Fremden kennen sie nicht in dem Maße, wie man es sonst schon beim Ausbooten in allen übrigen Häfen gewohnt ist. Hier ist nicht nur geschäftsmäßiges Ausnützen, sondern auch

Interesse, selbst etwas zu bieten, vorhanden, was man beim italienische Arbeiter etwa glattweg verneinen muß.

Der heutige Jungtürke strebt nach vorwärts und wird neben der Reorganisation des Staates auch die Reorganisation des einzelnen Betriebes mit Erfolg anstreben, solange wenigstens Rückschläge nicht erwartet werden können. Ein straffer Bogen springt, der Erfolg der neueren Staatsorganisation, aufgepfropft einem kranken, ausgeplünderten Körper, muß sich zunächst erst noch zeigen, bevor an seinen Weiterbau gedacht werden kann.

Daß panislamitische Bewegungen eingeleitet sind, wird man den Türken nicht verdenken können. Ihnen ist Muhammeds Lehre nicht nur Religion, sondern auch Staatsmoral. Der Türke selbst ist kein intoleranter Feind dem Christentum. Auf Proselytenmacherei ist er freilich nicht gestimmt, vor allem wenn er den zynischen Haß betrachtet, mit dem sich die christlichen Religionsgemeinschaften verfolgen, daß er die hl. Grabstätte beschützen und die Geburtsstätte Jesus Christi durch moslimische Soldaten bewachen muß, wenn er das russische Christengesindel auf seiner Jerusalemwallfahrt zu beherbergen gezwungen wurde.

Anders hat man versucht, den Türken stets als Christenhetzer auszurufen. Der Kenner weiß die englischen „Wahrheiten" darüber richtig einzuschätzen.

Nicht von einer Genesis der Türkenhetze ist zu sprechen; die Unzufriedenheit, die bei dem orientalischen Völkergemisch eigentlich ganz selbstverständlich ist, hat der Korruption die Türe geöffnet und kein Geschäftsmann wird es dem großen Handelsmann Engländer verdenken, zu nehmen, was ihm billig angeboten wird. Daß er aus beabsichtigtem Versehen dabei den Amerikaner vorschieben wollte, dürfen wir seiner sonstigen Gesinnung wegen ihm nachsehen.

Mit Fieber wird man nach dem Kriege Mißtrauen säen und darin auch wohl manchen „Erfolg" erringen. Es ist ja so leicht den Moslim gegen den Gjaur, den Kafir, den Ungläubigen einzunehmen. Selbst augenfällige Vorteile werden

es kaum ermöglichen, daß das allgemeine Volk von dem deutschen Bündnis voll befriedigt sein wird.

Abd-allah, der Vater des Propheten, soll bei seinem Tode nur ein ärmliches Erbe zurückgelassen haben, neben einer Sklavin wenige Kamele und Schafe. Aber jenes Land, das sein Sohn eroberte, dessen Nachfolger der Padischah in Konstantinopel ist, ist ausgedehnt und ertragreich, freilich noch nicht zu einem Viertel seines Wertes erschlossen.

Seine Bewohner sind seit je nur ein Volk gewesen, das auf eigenen Füßen zu stehen gezwungen war, denn es blieb bisher nur isoliert — ein Nolimetangere, wenn uns auch der Krieg gezeigt hat, daß keine Bündnisse besser, als verbriefte und besiegelte Freundschaften sind. Ein unselbständiges Volk muß aus sich heraus mit eigenem Lehrgeld erkennen lernen, woher ihm wirkliches Heil kommt.

Verschmitzte Italienerschlauheit und englische Brutalität haben sich im türkischen Reiche nicht zu Handelspotenzen entwickeln können; auch in der Zukunft wird dem Türken von diesen Seiten keine Hilfe kommen. Wer kann helfen, der selbst faqir ist, sagt ein orientalisches Sprichwort.

Der Krieg hat auch Arabien vor der britischen Oberhoheit bewahrt; man sagt nicht zu viel, daß die Ajeschaepisode im Hafen von Hodeida den Wert der englischen Machtstellung bei den arabischen Fürsten um hundert Prozent verschlechtert hat. Die vielfach mit englischem Gelde erkauften Omanfürsten haben durch die britischen Niederlagen wieder den Anschluß an den Kalifennachfolger, den Padischah und damit an die Türkei gefunden, dazu das „verlorene" Mesopotamien!

Weidlich schwer haben die europäischen Großmächte dem Sultan seit jeher das Kalifaterbe gemacht. Ich will nicht erst das bekannte alte englische Blaubuch anführen, in dem in klaren Worten die verbrecherische Tätigkeit armenischer Komitees glattweg zugestanden werden mußte. Freilich hat man versucht, das Heft der breiten Masse vorzuenthalten oder doch wesentlich „umschrieben" vorzusetzen.

In Deutschland erkannte man die künstlich gezüchteten Armenierklagen und vergrub sie; man wußte, woher die

Anfachung kam. Man hatte, trotzdem von Regierungskreisen vielfach das „Gott strafe England" im Bewußtsein zum deutschen Volke zu milde gehalten wird, schon längst erkannt, daß der Proselytenmacher England seine Handels- und Absatzgebiete mit Hinterlist zu erweitern trachtete.

Das Auslanddeutschtum wird also auch hier die Vermittlerrolle übernehmen, mit dem Takt, aber auch der Würde dem Orientalen gegenüberzutreten. Nicht mit plumpen Worten, sondern mit besonnenen überlegten Taten gewinnt man das Herz des Moslim. Wirtschaftliche Vereinigungen sind die Brücken zum Erfolge der ganzen Orientpolitik. Das deutsche Interesse kann nicht durch den Türken selbst gefördert werden, da der osmanische Staat wie der niedrigste Beamte sich nie von einer derartigen Notwendigkeit wird überzeugen lassen, sondern nur der Deutsche in der Türkei selbst vermag dort das Deutschtum auf die Höhe zu führen und zu erhalten. Bei uns ist der Schutz des einzelnen Türken, wie sogar jedes einzelnen feindlichen Ausländers in guten Händen, nicht aber in der Türkei. In der Türkei fände man trotz aller diplomatischen Künste und Besprechungen kein Verständnis hierfür. Wir dürfen uns nicht überheben, aber auch nicht unterschätzen, wenngleich das letztere Verfahren die große Niete in der Lotterie des Orientalen genannt werden muß. Ein Unterschätzen heißt hier gleichbedeutend dem wirtschaftlichen Versagen und Ruin zu sein. Der englische Nimmersatt wird seinen Platz an der besetzten Schüssel aufgeben müssen, der Hund im Wasser, der den Fleischschemen sieht. Er hat mit Gewandtheit und List versucht starkarmig seine Konkurrenten zu verdrängen und ist dabei in das Loch des Anstoßes gefallen.

Engländer gestehen heute ein, daß man die Armenier zum Aufbau eines eigenen Fürstentums, wie es etwa die Drusen im Libanon sich zu erhalten vermochten, reizte und sie freilich, wie heute die Serben schmählich im Stiche ließ. Wo es galt eigenen Vorteil herauszuschlagen, haben sie sich freilich stets zur rechten Zeit in den Vordergrund zu stellen gewußt; um so schmerzlicher war ihre diplomatische Erfolglosigkeit in der ganzen heutigen Balkanpolitik.

Juden wie Christen wurden vom Islam schon zur Zeit Muhammeds geduldet, denn auch sie hatten den Ahl-ul-kitâb, die göttliche Offenbarung. Anders führte sich das anglikanische Scheinchristentum auf. England und Amerika traten auch hier in Wettbewerb. Erfolge sind auf religiösem Gebiete beim Moslim ja kaum zu erzielen; der Osmane sieht die christlichen Reibereien täglich und verachtet sie. Er bleibt stets förmlich und erwärmt sich selten.

Französische Bildung ist den Türken durch einige Hochschulen, ich erinnere an die berühmte Universität von Beirut, fast eingeimpft worden. Die Jesuiten sind hier nicht unbewußt, doch unbeabsichtigt die Träger des Gallizismus geworden. Und der erzielte Erfolg der Vertreter dieses Ordens muß rückhaltlos anerkannt werden, auch daß sie tatkräftig in die französische Politik eingegriffen haben.

Die orientalische Handelswirtschaft aber ließ sich vor dem Kriege dahin zusammenfassen, daß die Waren möglichst billig angefordert wurden, obwohl man von vornherein oft nicht an eine spätere Zahlung dachte. Hatte man aber ihre Begleichung doch im Auge, wurden trotz Abmachungen und Fakturen noch oft recht bedeutende Abzüge gemacht.

Der türkische Nationalismus der Jungtürken ist ebenso übertrieben als das exaltierte Alldeutschentum; alle Beteuerungen muß man auf beiden Seiten mit überlegener Ruhe begegnen, um wirklichen Gewinn für die Allgemeinheit herauszuziehen.

Noch vor wenigen Jahren sagte man, daß die Reorganisation der Türkei ein Phantom sei. Dagegen hat sich das osmanische Reich geradezu neu konsolidiert, der große Krieg brachte auch ihm die nationale Würde. Es ist ein Freiheitskrieg für die Türken, aus dem sie nach dem beendeten Kriege großen Nutzen ziehen werden. Neue Absatzgebiete muß sich hier auch unser Handel suchen und unsere Industrie erschließen. Das wird ihm bei seiner Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt nicht schwer werden.

Mit Handelserfolgen aber muß eine Neubelebung des Volkes zusammengehen. Hier springt die türkische Regierung

selbst ein; sie hat in jenen wenigen Jahren vor dem Kriege trotz großer Lasten bereits Bedeutendes geleistet.

Von wirklich weittragender Bedeutung würde eine schnellere Verkehrsvermittlung sein. Diese wird zwar schon angestrebt, doch dürfte nach orientalischer Gepflogenheit noch reichliche Zeit vergehen, ehe man mit den alten Karawanen bricht oder doch brechen kann. Aber trotzdem gehen und kommen die oft großen Karawanen mit ziemlicher Pünktlichkeit; sie ziehen auch heute noch die Wege, auf denen man schon vor Jahrhunderten im eintönigen Kamelschritt einherzog.

Ein näheres Zusammenschließen durch unser Bündnis wird nun von beiden Seiten gefordert; die Regierungen sind darüber völlig einig. Man frage auch das osmanische Reich mit seinem Völkerwirrwarr. Hier wird die Regierung, der die Sorge um das Volk obzuliegen hat, zwar aufklärend wirken. Doch fand ich bemerkenswerterweise die maghrebinischen Moslims weit vorurteilsfreier deutschgesinnt als die Asiens. Hier haben sie sich durch das schamlose Bakschischwesen der anglofranzösischen Presse vor dem Kriege stark verhetzen lassen.

Als Transitland kommt die Türkei zunächst nach dem Kriege sehr in Frage. Durchgangswaren, die nach Kleinasien und weiter nach Persien und die asiatischen Zentralländer gehen, finden nun eine glattere Abwicklung. Ein Aufschluß des ganzen Landes geht darum Hand in Hand, denn jeder Transithandel bringt ohne nennenswerte Auslagen Verdienst. Damit passen wir uns allmählich dem Orient noch mehr an.

Eine sachliche, ungetrübte Ansicht ist bis heute mit dem orientalischen Wesen nicht vereinbar. Die Psyche des Moslim kann nicht begreifen, daß wir auch geben und oft mehr geben wollen, als wir vielleicht einmal ernten könnten. Ein derartiger Begriff ist ihm nicht nur undenkbar, sondern auch unfaßbar. Bisher haben ihn nur englische und französische Unternehmer begaunert, daß ihm eine normale Weiterentwicklung und Zusammenarbeit mit dem Deutschen unbegreiflich erscheinen muß.

Nicht Phantastereien darf der Krieg großgezogen haben,

sondern praktische Berechnung. Ein à-tous-prix-Geschäft kann zum Verderben führen. Wir wollen nicht nur nehmen, sondern auch geben — ein Handelsgeschäft im Großen, Volk gegen Volk, nicht aber darf private Interessenpolitik Boden fassen.

Würden wir uns in unerfüllbare Hoffnungen wiegen, könnten wir einen großen Mißerfolg erwarten. Ohne Fleiß kann man auch in den asiatischen Vilajets keinen Preis erringen, aber den Türken winken dort bei tatkräftiger Arbeit wie in alten Zeiten lohnende Früchte.

Die heutige türkische Regierung läßt es sich schon ein Stück Geld kosten, deutsche Bildung auf ihre Untertanen zu verpflanzen. Doch hat sie sich nach den früheren Erfahrungen mit Franzosen wie Engländern weitgehende Alleinherrschaft auch auf wissenschaftlichem Boden gesichert.

Das Zukunftsproblem erscheint nach dem Krieg gelöst: Die Stellung der heutigen Türkei zum europäischen Handel und zur okzidentalen Kultur. Der „krank" verschriene Mann am Bosporus hat plötzlich Energie und Tatkraft entwickelt, daß ihm nach den moralischen, den tatsächlich noch größeren Schlappen des ehedem unbesiegbar gepriesenen England die ganze islamitische Welt wieder zujubelt. Wäre England in Kleinasien Sieger, wie es sich errechnet hatte, so wäre Deutschlands Weiterentwicklung ganz bedeutend geschädigt oder gar lahm gelegt. Kleinasien bleibt für die Zukunft der Schlüssel zur Orientpolitik.

Keineswegs ist Konstantinopel Mittelpunkt aller Geschäfte. Die vielen Auftragssucher werden das zu ihrem eigenen Leidwesen lebhaft während des Krieges verspürt haben.

Man bedenke, daß die einzelnen Landesteile grundverschieden voneinander sind. Dennoch verdichtet sich der türkische Großhandel auf die europäische Hauptstadt des Reiches. Der Kern der osmanischen Macht aber, namentlich in wirtschaftlicher, industrieller und kolonialer Beziehung liegt in Kleinasien.

Das anatolische Seengebiet beispielsweise ist meist durch die Armenier handelspolitisch russifiziert worden. Der Kenner wird das restlos eingestehen. Auch heute kennen wir im Westen noch nicht die 1914-Erfolge Rußlands über die Türkei

südlich des Kaukasus. Erst durch energisches Eingreifen und Evakuieren des halsstarrischen armenischen Elementes konnte das osmanische Reich sich der auf ein byzantinisches Kaiserreich, lies russisches, brünstigen Russenherrschaft entledigen. Sobald die „heimlich auffässigen" armenischen Helden entfernt waren, wurde auch das russische Heer in den unwirtlichen Kaukasus zurückgedrängt. Die Gefahr der Russenwalze hat dort in zumindest gleicher Höhe bestanden; daß man sie gründlich abtat, wird dem deutschen Handel nach dort nützlich sein.

Übergroßer Obstreichtum lockt in Kleinasien zur Verwertung. Das nördliche Kleinasien erscheint ein Dorado dem Konservenfabrikanten. Wir ahnen meist kaum, was in jenen Gebieten noch brach liegt und nur auf eine rationelle Bewirtschaftung wartet.

Verkehrstechnische Schwierigkeiten bildeten vor dem Kriege ein Hindernis, diese erstrebt man heute zu beseitigen. Natürlich läßt sich das nicht in kurzen Monaten erreichen. An französische Wegebaukommissionen sind Tausende gezahlt, für die ein garnichts geleistet ist. Die Wegeverhältnisse sind ungeheuerlich; ein erfolgreiches Wirtschaftsleben ohne Handelsstraßen aber gehört zur Unmöglichkeit.

Das alte Trapezunt etwa war schon seit je das Land des Paradieses genannt. Blumen und Früchte bringt es auch heute noch in Fülle. Die Parfümerie kann mit modernen Einrichtungen hier viel nutzbringend herausholen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Wunden des Weltkrieges, die diesem Landstrich geschlagen sind, von langer Nachwirkung sein werden. Nirgends werden sie so schnell geheilt sein und aus alten Ruinen neue Blüten sprießen, wie in diesem seither fast vergessenen, wirtschaftlich ausnutzbaren Kleinasien.

Kleinasien nimmt dann selbst als Transitland eine weit größere Bedeutung an, als man für gewöhnlich ihm zuspricht. Die statistischen Mutmaßungen können hier gar nicht mitsprechen. Beispielsweise ist der Karawanenverkehr zwischen Persien und dem westlichen türkischen Gebiet ganz erheblich. Die Engländer haben das schon längst eingesehen und buhlten daher nicht ohne Grund um die Gunst Persiens. Der unge-

fähren Einfuhr nach Persien von jährlich 20 Millionen Mark steht nur eine etwa ein Viertel so hohe Ausfuhr gegenüber.

Auch sonst hat die türkische Regierung noch bedeutende Hilfskräfte. Die zahlreichen europäischen Unternehmungen haben ihr nur zu oft Fruchtland um ein nichts „aberworben". Das hl. Grab besitzt heute noch ausgedehnten Länderbesitz. Ob die Metochien nach den Erfahrungen, die man im Kriege damit gemacht hat, staatstechnische Verwaltungen erfahren werden, ist anzunehmen. Ebenso wird die Oberabrechnung mit den auf bisher russischen Gebieten gelegenen Verwaltungsländereien schalten, denn Rußland wird sich ohne weiteres nicht die Allgemeinaufsicht nehmen lassen. Der Traum des byzantinischen Kaiserreichs ist dahin und der deutsche Handel wird darüber nur erfreut sein können; er weiß, woher der antideutsche Geist wehte und daß die Einkünfte der Metochien ausschließlich wohl zu politischen, antitürkischen Zwecken Verwendung fanden.

Der Türke zeigte sich hier wieder in seiner ganzen Toleranz; man denke das Bild von Bethlehem oder der Geburtsbasilika; die Bilder fallen jedem in die Augen. Der Friedensbrecher ist auch hier der armenische neben dem russischen Christen.

Wir unterstützten die innerfeindlichen Verhältnisse ohne unser Wissen sehr häufig. Aber unsere Unternehmer sind auch hier mit der Zeit vorsichtig geworden, nicht zuletzt mit ihren Filialleitern. Die Staatsangehörigkeit des Vertreters wie jedes einzelnen größeren Kunden muß festgestellt werden. Mit einem deutschen oder österreichischen Angehörigen pflegt man durchschnittlich die besten Erfahrungen zu machen. Hinter diesen stehen auch die Konsularverbindungen, so daß man einigermaßen gedeckt ist.

Vor unangenehmen Überraschungen kann man sich schützen, denn unter jedem Volke gibt es Auswurf. Und der Handel kommt nur zu oft trotz aller Vorsichtsmaßregeln mit solchen Elementen in Verbindung.

Nutzbare Verbindungen muß ein Vertreter, den man anzustellen beabsichtigt, aber auch nachweisen können.

Seit 1900 der Bau der Pilgerbahn nach dem Hedschas, sagen wir dem Marschlande Arabiens, begonnen wurde, hat der Bahnbau begeisterte Anhänger in der moslimischen Handelswelt gefunden, trotzdem die Bahn zunächst nur für die unendliche Zahl jener gedacht war, die durch den Besuch der heiligen Städte sich den Titel eines Hadschis und damit das Vorrecht des weißen Turban sichern wollten, wie der grüne Tarbusch heute nur noch von den direkten Nachkommen der ersten Kalifen getragen werden darf (und was für „Nachfolger" trifft der Reisende da oft an!).

Die Nationalitäten in der Türkei sind so international, daß der persönliche Verkehr mit ihnen nicht schwierig ist. Mit hundertundeiner Sprache behilft man sich, schließt größere Geschäfte ab und ist über die Treffsicherheit des Levantinerverstandes erstaunt. Dabei zeigen sich die reinen Türken am wenigsten interessiert und egoistisch; sie sind die einzigen Gentlemen des Orients (Bismarck) und es bis heute geblieben, obwohl die Völker unter ihrer Botmäßigkeit in ihrem Lande sonst nur wenig von Treu und Glauben wissen. Muhammed warnte, die da leben in Einfalt, doch treffen soll das Wort die Leugner.

Es bestehen nun in der heutigen Türkei besondere Lokalverbote, denen sich alle europäischen Länder zu fügen haben und die seit Aufhebung der Kapitulationen mit nachhaltigem Ausführen erstrebt werden. Das Ladenschild in einer „europäischen" Schrift und sei es das Aushängeschild des deutschen Soldatenheims wird unweigerlich trotz aller Verbrüderung verboten oder gewaltsam beseitigt. Wir haben aber keine Ursache Vogelstraußpolitik zu treiben, sondern müssen solche Vorkommnisse vormerken, da wir für muhammedanische Gefangene, die unter der kirchlichen Oberhoheit des Padischahs als Kalifennachfolgers stehen, selbst im deutschen Kriegsgefangenenlager prächtige Moscheen erbaut hatten.

Das Hausrecht gegen unliebsame Störungen haben sich die Türken noch zur rechten Zeit zu sichern gewußt. Selbst gegen die verräterischen Pläne, die ihnen England gegen die Mittelmächte bei Aufhebung der Kapitulationen anbot, haben

sie sich zu retten vermocht. Es kam ihnen zum Bewußtsein, daß England sie auch so, auch unter allen Umständen betrügen wollte. Das Mißtrauen des bisher immer betrogenen Orientalen, wenn es sich um seine Existenz als Staat handelte, wird nicht nach Jahren schwinden. Wir werden noch viel zu kämpfen haben, um auch dem mißtrauischen Türken vor Augen zu führen, daß die deutsche Kultur nicht auf Aussaugen und Unterdrücken hinausläuft, sondern mit wenigen Ausnahmen auch recht selbstlos sein kann. Eine volle Selbstlosigkeit aber ist Grüne-Tisch-Politik, wir treten mit unseren neuen Bundesgenossen in einen regeren Waren- und Kenntnisaustausch zum Vorteil und Nutzen der interessierten Völker.

Der geborene Schauspieler ist aber der Levantiner im allgemeinen; er hat ein großes Schuldenkonto. Unzuverlässigkeit in der Tat ist eine große orientalische Untugend, die man aber keineswegs dort in dem Sinne zum Bewußtsein nimmt, um sie als moralisches Versehen anzusprechen. Es wäre töricht, über eine Volkssitte zu eifern, da andere Völker andere Sitten haben. Keineswegs darf man aber auch das Versehen des einzelnen zum Abschluß auf die Allgemeinheit zu Grunde legen.

Der Armenier und meist auch der Levantiner trieben doppelte Buchführung, er versteckte sich hinter die Religion d. h. Rußland, wenn er einen größern Handelsprofit einziehen konnte, und zuckte mit der Achsel, daß die Türkei ihm dies oder jenes anders zu tun verböte, wenn er nicht .... dort seine Prozente erhalten konnte.

Dabei ist der Armenier überhaupt auffällig charakterlos. Die sprichwörtliche Feigheit der Armenier hinderte sie, Hehlerei und Diebstahl auszuführen, jedoch nennt er offenen Betrug Handelsgeschäft, ja der Betrug ist ihm sogar zum Sport geworden.

Der „Levantiner“ kommt zumeist aus griechischem Einfluß zustande. Die besten Griechen in der Türkei freilich sind jene, die das heutige Griechenland niemals gesehen haben.

Griechenland ist kultivierter in den oberen Schichten des Volkes geworden, aber pendelt auch heute noch in der Allge-

meinheit weit nach Rußland hin; griechisch könnte man hier ja kurz fast noch e n t e n t e f r e u n d l i c h heißen. Für uns ist jedenfalls kaum ein nennenswerter Handel mit dem Hellenenreiche, das heute freilich überhaupt keine echten Helleniden bevölkert, denn diese sitzen größtenteils auf den Inseln und in Kleinasien, zu erwarten. Unsere Industrie findet und kann nach Lage der Verhältnisse auch kaum entsprechende Gebiete finden. Schon mehrfach hat das Land auf der wirtschaftlichen Wage gelegen, schon häufig hat der Ententehandel fast gesiegt. Ich erinnere mich noch, als ich vom Habsburgdampfer die griechische Königsfamilie in die Verbannung ziehen sah. Nur durch energisches Handeln des damaligen Kronprinzen, jetzigen Königs, ist der Streich auch in dieser Zeit abgewendet worden. Für die deutsche Macht ist der zwar beklagenswerte Tod des Griechenkönigs im günstigen Moment eingetreten. Nun liegt es doch auf der Hand einmal nach den Ursachen zu forschen, daß wir uns das griechische allgemeine Ansehen nicht verschaffen konnten. Daß Griechenland neutral geblieben, ist ihm wie auch dem Königreich von Napoleons Gnaden nicht hoch genug einzuschätzen, wenn auch das Motiv hauptsächlich im eigenen Vorteil gipfelt. Aber der geringste Grieche klärt uns auf: seitdem unser großer Finanzpolitiker die finanzielle Verwirtschaftung Griechenlands wieder einigermaßen in Ordnung gebracht hat, ist deutscherseits wenig geschehen, dem immerhin armen Lande zu helfen. Griechenland kann sich mit seinen vielfach recht unrentablen Betrieben freilich überhaupt schwer halten. Das Land ist schön, auch günstig, aber die Verhältnisse zu einem wirtschaftlichen Erfolg lassen sich schwer, vielleicht kaum schaffen. Dagegen sind England wie Frankreich immer als Retter erschienen, wenn sie natürlich auch Wucherzinsen indirekt vereinnahmten; die freilich spürte das Volk nicht. Und daß unsere Gegner auch den Bakschischsouverain spielen ließen, dürfen wir ihnen auch nicht verargen.

Schweifen wir jedoch nicht zu weit von unserm Thema ab; durch die Handelsverbindung mit Bulgarien als Transitland zur Türkei erschließt sich unserm Absatz auch Griechenland von selbst. Wir konnten mit unseren Dampferverbindungen

über Triest oder gar Hamburg-Bremen nicht den französischen Handel an der Ausbreitung hindern. Die französischen Schiffe arbeiteten durchgängig mit niedrigen Sätzen, ganz abgesehen, daß ihnen dies überhaupt möglich war. Der Schienenweg kam für uns einst gar nicht in Betracht. Heute ist dies nun anders geworden und die kommende Zeit wird auch für unsere Erzeugnisse neue, billige Verkehrsmittel schaffen.

Die nichttürkische Bevölkerung des Osmanenreiches muß jedenfalls türkisiert werden. Englische Whiskymissionare, Hintertreppenbonzen haben den Orientalen gegen europäische, vornehmlich deutsche Kultur gehetzt und ihn so ein unberechtigtes Mißtrauen anerzogen. Kein Missionar ist so gezwungen auch Kaufmann zu sein, als der englische.

Ihre Kulturresultate mehrten sich in den Jahren vor dem Krieg ganz auffällig. Die „Mutter des Laster" das ist der Wein (scherab) = Wasser der Sünde).

Schon in den fünfziger Jahren drang denn die osmanische Regierung auf Besserung der Schulverhältnisse der vielen nicht-türkischen Schulen. Die Professoren in der Türkei sind besser besoldet und höher geachtet als in anderen Ländern (Hammer-Purgstall).

Man hat jetzt auch deutsche Lehrer an die Universität Konstantinopel berufen. Deutschen Hochschullehrern ist aber jedes Hineinreden in die türkische Volksbildung untersagt; sie sind mit fester, gebundener Unterrichtsvorschrift angestellt, hingegen wiegt ihr Einkommen wenigstens dann die viele Unannehmlichkeiten auf, denen sie sich vor Übernahme ihres neuen Amtes an aussetzten.

Die ausgesprochene Lernsucht, der Bildungstrieb der Jugend ist eines der Zeichen für die Lebensfähigkeit des Volkes und für sein Anrecht auf eine Zukunft inmitten der zivilisierten Welt (Goltz). Der Türke selbst spricht am liebsten die osmanische Sprache. Sie ist ihm bequem, angenehm und man kann in ihren grammatischen Bau so ziemlich jede Sprache einarbeiten.

Wie aber in der Türkei deutscher Unterricht bevorzugt

wird, so bei uns der türkische. Kaufmännische Verbände arbeiten für die türkische Sprache, aber die Erfolge sind hinter den Erwartungen doch recht zurückgeblieben.

Freilich ist das Türkische noch keine Handelssprache. Sobald man eine Tagereise im Innern Kleinasiens gereist ist, wird man noch wenig in Türkisch angeredet. Dann kommt vornehmlich neben anderen Sprachen das Lisän-arabi, die arabische Sprache als Verständigungsmittel in Betracht. Die türkische Regierung beabsichtigt jedoch, wie mir erst kürzlich unter der Hand mitgeteilt wurde, das Türkische als allgemeine Schulsprache einzuführen und zwar obligatorisch auch in den ungezählten europäischen Schulen. Unsere Handelswelt könnte dieses Vorgehen nur begrüßen.

Man gebe sich nicht der Hoffnung hin, daß das Türkische je mit romanischen oder deutschen Buchstaben geschrieben werden soll. Jede europäische Schrift wird von vornherein vom modernen Türken verurteilt, wer nach Stambul kommt, muß schnellstens türkisch schreiben lernen, um sich zu verständigen und um die notwendigsten Orientierungsmittel zu verstehen. Solange der Türke außerdem Muhammedaner ist, werden wir mit einer Beseitigung der arabischen Schrift nie rechnen können. Der Kenner moslimischer Verhältnisse wird auch nie den Gedanken an die Aufgabe der jetzigen türkischen Schrift gehabt haben.

Wir dürfen türkisch als Handelssprache nicht überschätzen. Sie ist, wie gesagt, im Allgemeingebrauch leicht, denn „unmögliche“ Verbformen in unserm Sinne werden — trotz unserer Grammatikschreiber — kaum angewendet. Das geistige Band außerhalb Konstantinopels bleibt die arabische Sprache. Gemeinsam eint alle Orientalen die Sprache des Qurans.

Die deutsche Sprache wird in der Türkei wohl schon an den Mittelschulen obligatorischer Unterrichtsgegenstand werden, vor allem wenn das Reich bemüht ist, durch bessere Schulen, vielleicht gar eine türkisch-deutsche Hochschule auch seinerseits zur Kenntnis des Deutschtums beizutragen.

Daß der Türke aus dem Volke ein vortrefflicher, ein geduldiger Mensch ist, müssen selbst Türkenfeinde zugestehen;

hat er doch bisher gegen ein Dutzend Sprachen in seinem Lande geduldet und damit naturgemäß auch — verwickelte Rechtsverhältnisse geschaffen.

Über die handelsgesetzlichen Richtpunkte, die auch in der Türkei ziemlich kompliziert liegen, kann ich nur in einem spätern Heft reden. Es würde zu weit führen, hier auf das osmanische Handelsgesetz einzugehen. Einige besondere Hinweise aber sind in einer wirtschaftlichen Studie unbedingt nötig.

Vom 21. Jahre ab kann man beispielsweise selbständig Handel treiben, bei entsprechender Begüterung jedoch schon vom 18. Jahre darum nachsuchen. Die Altersgrenze ist für orientalische Verhältnisse mithin reichlich weit hinausgeschoben.

Vor unmittelbarem Geschäftsverkehr mit einheimischen Abnehmern muß gewarnt werden, da man in den wenigsten Fällen sicher ist, wie sich die Bonität des Unternehmens, das zuerst bar zahlt, plötzlich aber Kredit gewährt haben will, anläßt.

Die Zeiten, in denen nicht-muhammedanische Kaufleute durch Kauf eines Berat Handelsrechte erwerben konnten, sind längst vorüber. Heute herrschen europäische Begriffe auch schon im Orient vor oder man beginnt, sie mit regierungsseitigem Nachdrucke einzuführen.

Das türkische Handelsgesetzbuch tidscharet-i berrije kanunnamesi ist eine französische Handelsrechtauslegung, nur das Seerecht hat auch andere Rechtsverhältnisse als die französischen aufgenommen. Wie im kleinen jeder Unternehmer seine Organisation anderen Betrieben anpaßt und durch das Studium seiner Konkurrenz auch für sich Nutzen zu ziehen erstrebt, so muß auch der Staat, der sich auf der Höhe halten oder sie erklimmen will, von den Einrichtungen der anderen Staaten lernen und ihr Bestes entnehmen.

Auch heute noch unterscheidet man neben dem streng moslimischen (Scheriat-) Recht des Hagi-Qanûn (oder Nisam-) Recht, das durch die weltliche Obrigkeit verordnete Gesetz. Hierin muß die Zukunft noch Wandel schaffen, denn die Religionsauffassung sprach vielfach anders recht, als das Recht

des Qanun. Bei Prozeßausgängen nach der Kapitulationsaufhebung hatten sich hier Schwierigkeiten herausgestellt, die die Zukunft aber ohne große Arbeit abändern wird.

Das geschriebene Gesetz wird mit großer praktischer Unfähigkeit ausgelegt, so daß meist immer nur die energische Selbsthilfe zum Ziele führt. Daß die Auslegung bei dem vielklassigen Menschenmaterial natürlich vielfach nicht im Sinne des Gesetzgebers gehandhabt wird, ist in orientalischen Staaten auch sowieso allgemein, als daß wir bei den Türken von gestern eine Ausnahme machen wollten.

Von allen Richterämtern ist uns der Qadi am geläufigsten. Der Qadi war ursprünglich Hauptregierungsvertreter der Kreisgerichtsbarkeit (Kasa), er ist für das asiatische Reich zwischen Eingeborenen auch noch rechtlich sehr anerkannter Streitschlichter.

Trotz mancher unerwarteten Schwierigkeit, die ja im Orienthandel ohnehin an der Tagesordnung ist, kann man doch bedeutende Geschäfte mit günstigen Vorteilen abwickeln. Direkte Großgeschäfte mit der Türkei werden nicht zu umgehen sein, sonst aber wird man nach dem Kriege bei mäßigen Bestellungen mit dem Einkäufer- und Kommissionärsystem nicht gleich brechen können.

Der Verkauf vieler Artikel muß sich steigern, wenn auch schon im Kriege englische Handelsfirmen es verstanden hatten, ihre Waren unter Deckadresse wirksam an den Mann zu bringen. Auch auf Subskriptionsansuchen ist acht zu geben.

Bewerbungen um Regierungslieferungen sind einzuleiten, wenn der Lieferant in der Lage ist, auch seinerseits glatt zu liefern.

Eine der volkswirtschaftlich nötigsten Einwendungen aber ist die Arbeiterfrage. Mangel an intelligenten Arbeitskräften, die lohnend unter geschickter Oberleitung zu verwenden sind, hat im türkischen Reiche noch nie geherrscht, gleich ob es sich um Handel, Industrie oder Landwirtschaft handelte.

Eine Änderung in Handelsbeziehungen aber läßt sich nur erst im Laufe der Zeit erwarten; bis heute sind die Verhältnisse schon sehr im Vorteil, bei Einigung der Regierungen

werden die beiden Länder nach dem Kriege günstigen Nutzen ziehen können.

Wirtschaftliche Voreingenommenheit muß bekämpft werden; es ist schwer, sich das Vertrauen des echten Türken zu erringen. Peter der Große zwängte seine Russenhorden ja auch schon vor zwei Jahrhunderten in die westeuropäische Kulturjacke, seitdem aber ist nichts mit Erfolg geschehen, was man wirtschaftliche Missionierung der Allgemeinheit nennen könnte. Würden wir außerdem nicht Orientpolitik treiben, wäre die Idee einer Überflutung durch die gelbe Rasse keineswegs eine plumpe Utopie. Eine mongoloide Völkerwanderung, von den Japanern ausgehend, wäre auch im kommenden Jahrhundert sehr wohl denkbar. Sobald die Japanisierung Chinas vollendet ist, werden wir mit der Tatsache zu rechnen haben.

Der eigenartige armenische Merkantilismus hat andererseits die Armenier verhaßt gemacht; sie sind geborene Schacherer, geschäftsgewandt und verschmitzt bis zum Äußersten. Der deutsche Unternehmer muß sich vor ihnen mit Recht hüten; selbständig handeln im Orient heißt rückgratsfrei, nur dann kann man in seinen Unternehmungen richtigen Erfolg erwarten. Kaufmännische Unternehmen wird man anstreben müssen, unabhängig der Eingeborenenbevölkerung, ohne über sie den Stab brechen zu wollen: Andere Länder, andere Handelsauffassungen.

Die Juden dagegen sind immerhin geschätzt; als Geldwechsler und Depositäre kann man den türkischen Juden im allgemeinen vertrauen. Ihr Ghetto schaffen sie sich freilich selbst, sie schließen sich gern eng aneinander. Es sind vielfach Nachkommen jener Spaniolen, die aus Spanien, wo sie sich unter der Westgoten- und Araberherrschaft stark vermehrt hatten und in die höchsten Ämter eingerückt waren, verbannt wurden. Sie möchten aber auch mit russischen und österreichischen Juden nicht in einen Topf gesteckt werden; dem türkischen Juden sind aber auch wirkliche Charaktertugenden eigen, die den letzteren in den niederen Klassen so oft ganz abgehen.

Verallgemeinern aber kann man die einzelnen Völker

nicht, sie erzeugen unter besonderem Einfluß ihrer Lebensbedingungen auch besondere Eigenheiten.

Schon vor Jahren setzte, genährt durch die Zunahme der oberflächlichen Gesellschaftsreisen, eine Turkomanie ein, die vielfach in Schwärmerei auslief. Trotzdem aber hat bisher nur die deutsche Industrie aus dem Türkenreiche Nutzen gezogen. Der Osmanly gebraucht die deutschen Erzeugnisse und die deutsche Industrie den Osmanly.

Die deutsche Finanzwelt ist heute mit Regierungsunterstützung weit mehr interessiert als vor dem Kriege. Das feste Zusammenwirken kann aus dem vorurteilsvollen Orient allein gewinnen. Sollten unsere diplomatischen Vertreter versagen, würde der deutsche Handel nur schwerer gegen den anglo-französischen ankämpfen können, der mit den bekannten erlaubten, noch mehr aber unerlaubten Mitteln sein Hauptziel in der nächsten Zeit darauf richten wird, uns möglichst Schwierigkeiten und Hemmnisse in den Weg zu räumen.

Der finanzschwache asiatische Türke kann sich nur erst wenig an europäische Neuerungen gewöhnen.

Geschmeidige Karawanenhändler durchziehen auch heute das ganze Kleinasien. Jede Arbeit pflegt nur für das eigene Leben eingerichtet zu werden. Nicht über den Tag hinaus geht die Sorge des Orientalen, daher bleiben ihm im einzelnen wie im Staate metallische Schmerzen nicht erspart. Andererseits legt der Türke aber wiederum eine große Anpassungsfähigkeit und Verständnis für wirtschaftspolitische Ziele an den Tag.

Mit großem Verständnis unterstützt er fremdländische Unternehmungen, wenn er deren Wert und Vorteil auch für sich erkannt hat. Ohne Einholung der Erlaubnis des Handelsministeriums (Justizministerium) soll zwar keine Agentur oder Filiale errichtet werden; vor der Kapitulationenaufhebung war darin größere Freiheit. Wir können es begreifen, daß die Türkei über Zweiggeschäfte unterrichtet sein will, denn gerade die Zukunft wird hier neue Steuerquellen finden, um dem Lande die bisherige Ausbeutung und Finanznot zu nehmen. Durch die Kapitulationen wurden dem

Osmanenreiche jährlich Millionen an Einnahmen, direkten wie indirekten Steuern entzogen, die die geringen Zollabgaben nicht ausglichen.

Europäische Unternehmen, die nur Filialen in der Türkei haben, werden daher stets auf gute Vertreter angewiesen sein.

Generalvertreter sollen nur nach ganz vorzüglichen Auskünften angestellt werden; diese kurz nach dem Kriege zu finden, wird aber große Mühe erfordern.

Die meisten Vertreter unter den Orientalen sind käuflich; die Sitten sehen Schmiergelder ja auch nicht durch unsere Brille an. Nicht selten versucht die Konkurrenz den Vertreter umzustimmen. Die Ethik ist dort eine weit andere als hier.

Der Gesamthandel Deutschlands wird durch das Bündnis natürlich gewinnen; er überstieg schon vor dem Krieg zwei Milliarden Mark, seinen Wert zu erhöhen wird daher nicht schwer fallen. Hierbei kommt auch ein Nutzen für die Nachbarländer heraus. Bulgarien ist noch heute ziemlich russophil. Man könnte vielleicht gar von einem russischen Alp sprechen, da das Volk, namentlich die konservative Landwirtschaft im Glauben an russische Herrschaft groß geworden ist.

Auf Quertreibereien muß sich der deutsche Handel gefaßt machen; britische Handelsagenten werden nur zu bald wieder das Ruder zu erfassen suchen, das ihnen so ganz gegen ihre Kalkulation entfallen ist.

Eine Förderung des deutschen Handels mit den Levanteländern ist heute schon fühlbar und wird trotz aller Wühlarbeit politischer Gegner weitergreifen. Man wird sich nach beiden Seiten anzupassen haben. Früher kamen durch winzige Hemmnisse Frachten nach der Türkei, die die Reise mit Spesen und Mindergewicht zum Vergnügen gemacht hatten. Solche Zustände werden wohl für immer beseitigt sein.

Die Handelskammern werden über die türkischen Verhältnisse auf dem Laufenden erhalten, dort kann man auch das verschiedene Material, das jeweils in Frage kommt, sich zur Einsicht vorlegen lassen.

Die Presse untergeordneter Bedeutung ist angewiesen, das Bakschischwesen mitzumachen; sie nutzten das denn auch

vor dem Kriege weidlich aus. Ihre Einnahmen, was mir jeder Kenner des orientalischen Zeitschriftenwesens glattweg bestätigen wird, sind freilich nicht nur schwankend, sondern vielfach kläglich, so daß man von vornherein gern bereit ist, sie auf Kosten der Berichterstattung zu erhöhen. Damit ist natürlich, oft — das möchte ich bekräftigen — gegen die eigene Überzeugung und unbeabsichtigt der Lügenfeldzug eines Teils der Presse eröffnet.

Die Einfuhrbestimmungen unterliegen stetem Wechsel, man muß sich daher des öfteren bei seinen Vertretern erkundigen, ob und welche Veränderungen etwa nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen eingetreten ist.

Agioverluste werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein. Geldzahlungen werden weiter ein ziemlich hohes Agio beanspruchen. Die Geldverhältnisse innerhalb des ganzen Reiches sind ja immer schwierig gewesen.

Ohne Zollschikane geht es nun einmal nirgends ab, doch wurden diese auch schon früher in der Türkei weniger empfunden. Nach bestimmten Tarifen werden die Waren bewertet und an Nebenspesen kommen etwa 5—8 Prozent gesondert hinzu.

Bei Wechselzahlungen ist in der heutigen Türkei nicht größere Vorsicht als mit anderen Ländern am Platze. Die Wechsel beanspruchen andere Protestbehandlung, als wir gewohnt sind.

Auskunftserteilungen sind durch die Bankinstitute nicht schwer und nicht teuer zu erlangen. Man kennt in der Türkei die Abnehmer schon ziemlich genau, handelt es sich doch meist um dieselben oder doch bereits hinlänglich bekannte Unternehmer. Der Lieferant muß sich stets auf der Höhe zu halten trachten. Erkundigungen dürfen nie aufhören.

Nirgends verändern sich die Kundenverhältnisse so schnell als in der Türkei und nirgends verändern sie sich, im großen wie im kleinen so schnell als in dem europäischen Wetterwinkel. Das Hasardspiel des Erwerbs greift selbst in gutfundierte Unternehmungen über Nacht ein, daß eine Boni-

tät heute fällt, für die man gestern noch einzutreten sich verbürgte.

Manche Orientalen sind nicht zahlungsunfähig, aber direkt lässig in der Regulierung. Wir verstehen das orientalische Geschäftsleben noch zu wenig. Zahlungseinstellungen und Konkurse werden nach den 1916-Bestimmungen nicht mehr so folgenlos sein, wie das leider vor dem Kriege der Fall war, und daher möglichst vermieden werden.

Viele Waren werden in der nächsten Zeit Zollfreiheit erfahren, was vornehmlich der deutschen und österreichischen Industrie zu Nutze kommen wird. Den Frachten wird jedenfalls eine feste Route vorgeschrieben. Bisher wurden solche ja am billigsten mit der Deutschen Levante-Linie geschickt bezw. kleinere Stücke via Constanza oder Belgrad-Ristowatz. Wenn man sie als „Levante-Ausfuhrgut" bezeichnete und die dafür eingeführten besonders billigen Durchgangskonnossemente für kombinierte Eisenbahn- und Seefracht benutzte, die auf den meisten deutschen Eisenbahnstationen erhältlich sind, so gingen die Stücke ziemlich schnell und kamen auch meist pünktlich an.

Auch die Versicherungsbranche wird wieder flotte Arbeit finden. Lebensversicherungen freilich sind vornehmlich mit der rein muhammedanischen Bevölkerung schwer abzuschließen; religiöse Vorurteile, Allah hat bereits über das Menschenleben bestimmt, werden sich noch lange hindernd in den Weg legen.

Neben der Cie. Nationale d' assurances contre l'incendie und wenigen anderen sind die europäischen Versicherungsgesellschaften die Versicherungsübernehmer geblieben, freilich bleibt deutschen Gesellschaften jetzt ein weites Feld, namentlich auch die französische und englische Konkurrenz zu verdrängen. Wer das türkische Haus, die türkische Stadt kennt, wird die großen Schwierigkeiten der Versicherungsaufnahmen kennen.

Ein mahnendes Wort müssen wir auch an die in der Türkei Stellung suchende Jugend hier einflechten.

Gutbezahlte Stellungen jüngerer Leute, die ihr Leben nicht im Orient beschließen, wohl aber dort europäisch

leben wollen, was mit teuer und schlecht gleichbedeutend ist, gehören zu den Ausnahmen. Es ist durchschnittlich nicht zu empfehlen ohne Vertrag und Anraten des Konsuls oder anderer Vertrauenspersonen bei Privatunternehmungen in Stellung zu treten. Dazu überall „Bakschisch“!

Selbst die vortrefflichsten Beamten nehmen auch heute noch Bakschisch, aber auch nicht in höherem Maße, wie in den meisten anderen Ländern, obwohl viele türkische Beamte in ihrer Besoldung von vornherein auf den Bakschisch angewiesen waren. Nur so liegt es auf der Hand, daß sich jungen Leuten ohne Charakter hier Türen öffnen, durch die sie nur zu oft in den Strudel des Untergangs gezogen werden und verschwinden.

Ein Kampf gegen das Bakschischunwesen, das mit unserm Schmiergeldgeschenken eine erschreckende Ähnlichkeit hat — beides wird sich nie beseitigen lassen — wird auch die von bestem Wollen beseelte Jungtürkenwirtschaft nicht mit Erfolg führen. Die Zeit erst kann helfend eingreifen. Nichtige Vorwände dienen oft zur Verweigerung der Annahme, während ein Bakschisch die verfahrene Sache wieder flott macht. Der unselige Krieg legte zahlreiche Existenzen brach, sie zu heben und zu unterstützen wird uns Erfolg eintragen.

Schwierig sind Handelsgeschäfte aller Art, noch schwieriger aber Konzessionen für besondere Fabriken. Hier muß immer erst die Sache durch eine Iradé genehmigt werden, was selbstverständlich viel Zeit und noch mehr Geld verschlingt. Knüpft man daher Handelsbeziehungen an, mit denen besondere Filialeinrichtungen verbunden sind, dann gehe man nicht erst an die niederen Instanzen. Mit Energie sucht man vielmehr den Hauptbeteiligten auf, zahlt ein entsprechendes Bakschisch und beginnt sein Unternehmen. Daß man füglich nicht mehr verlangen und ausführen darf, als man auch im Heimatlande genehmigt erhielte, ist ohne weiteres klar.

Jawasch, jawasch ist dem Türken das arabische Schuweije, schuweije (langsam); daran scheiterte vor dem Kriege das wirtschaftliche Neuerblühen der Türkei. Dazu die erschwerenden Handelseigenarten des Orientalen überhaupt; sie hinderten

die meisten am Aufkommen. Selbst Türkenfeinde geben beispielsweise die Auswüchse des armenischen Handelsstandes zu.

Ein Hauptverkehrsmittel wird aber die Schiffahrt bleiben. Die Schiffahrtsgesellschaften werden durch die Pilgerfahrten nach Mekka bald wieder gute Einnahmen erwarten. Der sonst vielfach schon sehr verwöhnte Orientale ist auf seiner Hadsch ungemein anspruchslos, unterzieht er sich doch vor und in Mekka mit der Allgemeinheit freiwillig manchem Ritual, das in seiner Heimat zu befolgen er direkt ablehnen würde. Volle Schiffe bringen aber auch mit der bekannten „einen Klasse" gute Einnahmen.

Das türkische Handelszentrum hat seinen Sitz in Konstantinopel. Dort sind nach Art unserer Börsen bestimmte Handelszentren, in denen die hauptsächlichsten Geschäfte bis heute abgeschlossen wurden. Aus dem entlegensten Ende der Türkei, die Türken bezeichnen das Gebiet nicht umsonst den Eraq, finden wir in Konstantinopel Vertreter für alle Landeserzeugnisse. Daß diese Kommissionäre naturgemäß den Hauptnutzen bei allen Geschäften vereinnahmten, ist ohne weiteres verständlich. Ungünstige Verkehrsverhältnisse schufen notwendig diese großen Maklergeschäfte.

Man versucht auch den Exporthandel sonst zu erleichtern. Musterkollektionen werden verzollt nach den gleichen Zollbestimmungen wie Fertigwaren, jedoch wird auf Reklamationen der Zollbetrag herausbezahlt, wenn die Muster innerhalb eines halben Jahres ordnungsgemäß zurückgehen. Daß hierbei manche Ware anders zurückging, als sie eingeführt ist, werden viele ja selbst erfahren haben. Des Orientalen Schlauheit hat manche Mittel und Wege gefunden, die Zollbehörden zu täuschen.

Die Rechnungen sollten stets so ausgestellt sein, daß sie auf dem Gömrük, dem Zollhause vorgelegt werden können. Dies sollten alle Fabrikanten wohl beachten. Sie müssen jedoch die ausdrückliche Bescheinigung tragen, daß sie nur in einem Exemplar, dem vorgezeigten, ausgestellt sind. Hingegen dürfen Angaben über Abzüge, Rabatte u. ä. auf der Rechnung vermerkt sein.

Der bekannte Satz, die Ware sei nicht mustergemäß ausgefallen, ist heute nicht mehr lebensfähig. Konstantinopeler Großhäuser legen oft selbst energisch Verwahrung gegen diese Auswüchse türkischer Kleinhandelsusancen ein.

Da nun Waren oft beanstandet werden und nach dem Eintreffen durch längeres Lagern hohe Lagerkosten verursachen könnten, geht man am sichersten, die Konnossemente an den betreffenden Vertreter oder an eine Bank zu senden. Hier hat man die Sicherheit, am billigsten und praktischsten die Sache geregelt zu wissen.

Im Kleinhandel, schrieb schon einst Scherer, begegnen wir nun aber in der Mehrzahl dem türkischen Handelsmanne, denn in allen anderen Branchen hat ihn der Grieche, Armenier und Jude verdrängt; dort ist es noch eine Freude zu kaufen, da Ehrlichkeit und Solidität treu geübt werden; da ist kein Handeln und Zerren um den Preis, keine Betörung und Hinterlist von seiten des Verkäufers; durch Schwindel reich zu werden, ist für den Türken noch nicht das Ideal des Lebens geworden, Ehre und Manneswort sind da Begriffe von Existenz und Geltung, und nicht genug kann ich den Abstand schildern, worin der türkische Kaufmann gegen alle seine Genossen christlichen Glaubens erscheint. Und was für den Kleinhandel gilt, bezieht sich auch auf handeltechnisches Gebiet überhaupt. Trotzdem können wir nicht erwarten mit offenen Armen aufgenommen zu werden, denn so etwas ist für orientalische Verhältnisse überhaupt nicht denkbar.

Der Hausierhandel ist jetzt eingeschränkt, denn er öffnete den politischen Betätigungen Tor und Tür, mit denen die türkische Regierung recht trübe Erfahrungen gemacht hat. Der armenische Krämer verlangte meist nur Naturalien, kein Bargeld von seinem Käufer. Dadurch blieb bis heute der Kleinverkauf ein Tauschhandel, bei dem natürlich immer der Nehmende den Vorteil hatte, obwohl der Gebende auf seinen Vorrat weniger Wert legte als auf Bargeld.

Selbst die armenischen Kleinkaufleute sind gerissene Orientalen, trotz ihrer iranischen Stammeszugehörigkeit.

Jüdische Händler bedienten damals Syrien wie Arabien,

erst in nachmuhammedanischer Zeit verschwanden die Juden aus dem südlichen Westasien. Immerhin erfreuen sich die verhältnismäßig geringen jüdischen Kleinhandelselemente einer unverkennbaren Achtung bei den Orientalen.

Kaufmännische Streitigkeiten nun sollen zunächst durch Mümejis, Handelsrichter (Lokalrichter, Gemeindeälteste) entschieden werden.

Wie die Prozesse sich in ihrer Auslegung zukünftig gestalten werden, läßt sich heute noch keineswegs vorausbestimmen. Die innergesetzliche Behandlung ist heute den europäischen juristischen Ansichten noch keineswegs so angepaßt, daß man von vorurteilslosen Beilegungen jener Prozesse sprechen könnte, die von Fremden gegen Osmanen und umgekehrt haben angestrengt werden müssen. Die Praxis stellt sich hier naturgemäß anders als das verbriefte, gebuchte Recht.

Eine Prozeßeigentümlichkeit können wir Abendländer im Orient nicht verstehen, nämlich die stoische Ruhe und Gelassenheit — verschiebe alles auf morgen! Dies Wort charakterisiert türkisches Geschäft wie türkisches Gericht.

Einen Handelsteil möchte ich gerade hier noch schnell streifen. Jeder Vertreter hat fast immer auch das Inkasso. Ist nicht besondere Abmachung getroffen, so gilt dies nach osmanischem Handelsrecht als selbstverständlich. Man hüte sich überhaupt vor Prozessen, das ist ja eine alte Regel, die nicht nur für die Türkei, sondern für jedes Ausland — man denke nur an Österreich — gilt.

Ohne Anwalt ist mit orientalischen Gerichtshöfen kein Fertigwerden und hier heißt es, der Gegenpartei mit schlauer Gerissenheit beizukommen. Da es keinen Anwaltszwang gibt, vereinbare man nach Möglichkeit ein Erfolgshonorar. So wird es allgemein gehandhabt, sonst — inschallah, wenn Gott will, wird der Prozeß nie zu Ende kommen.

Der prozentuale Nachlaß mancher Einkäufer kleinerer Staaten ist zu bekannt, um hier noch besprochen zu werden. Wenn dem staatlichen Einkäufer 50 % Geschenkprovision zugebilligt werden mußten, meist um mit französischer Konkurrenz wenigstens in dieser Hinsicht Schritt zu halten, so

mußten natürlich 100—200 % Aufschlag von vornherein auf-kalkuliert werden oder die Ware ganz bedeutend unter Wert gehalten sein, wie es denn auch in beider Hinsicht von den lieben Nachbarn gleich getan zu werden pflegte. Die deutsche Großindustrie arbeitet hier teilweise zu echt germanisch.

Die Handelsinteressen mit unseren Kolonien wie mit dem Orient haben sich auf bestimmte Gebiete beschränken müssen. Keineswegs hat die Allgemeinindustrie einen hohen Vorteil aus ihnen bisher schöpfen können, noch wird sie ihn in den nächsten zwei Jahrzehnten schöpfen. Auf meinen Orient-reisen lernte ich manchen Utopisten kennen, der mir heute seine geänderte Meinung zugesteht. Wir litten unzweifelhaft an einem Kolonialrummel, der zwar die Volksbildung förderte, handelstechnisch aber keine in Aussicht gestellten Erfolge brachte.

Auf die Einfuhrartikel möchte ich sodann einen größeren Wert legen. Was uns das osmanische Reich bietet, wissen wir. Daß eine Mehrproduktion sich erst nach Jahren fühlbar machen kann, erscheint jedem Kenner der Verhältnisse zu natürlich, um darüber erst zu handeln.

Unscheinbare Artikel werden beispielsweise schon seit je in großen Mengen nach den moslimischen Ländern gebracht. Devotionalien, Amulette werden in beträchtlicher Anzahl aus Deutschland bezogen. Allenthalben findet man die „Hand der Fatime“ als Zeugnadel, Halsband u. dgl., trifft man doch die meisten Häuser mit dieser Hand bemalt, um von ihnen den bösen Blick und all das andere Unheil abzuwenden, das in den Menschen dort wie ja auch bei uns mysteriöse Vorstellungen erweckte.

Auf Erfolge in der Handelswelt kann man im allgemeinen aber rechnen, denn allenthalben werden starke deutsch-freundliche Kundgebungen geplant. Man ereifert sich geradezu, wie mir von befreundeter Seite eingehend berichtet wird, deutsch fühlen zu lernen. Ein aufstrebendes, wiedergeborenes Volk aber verläßt seine Ideale nicht und dem osmanischen Volke ist Deutschland ein Ideal geworden. Möchten wir hier der Turkomanie, dort der Almanomanie auch nicht uner-

schöpflich das Wort reden, der große Krieg hat wahre Freundschaft heraufgebracht, Freundschaft, die seine anderen Erfolge sicher noch überdauert. Deutsche Industrie und deutscher Handel werden nun zu sorgen haben, daß verständnisvoll das ungeheuere osmanische Reich kulturell erschlossen wird.

Gut Ding will Weile haben, darum wird es für den modernen nervösen Europäer oft schwer, ein größeres Handelsgeschäft schnell zum Abschluß zu bringen.

Wir dürfen der Türkei keine deutschen Werte aufdrängen. In dem Freudentaumel haben wir uns vielfach dem Orientalen aufgedrängt und schädigen das eigne Ansehen. Eine kühle Abwägung und Berechnung muß eintreten, soll das mit Blut getränkte und besiegelte Bündnis zur beiderseitigen Zufriedenheit gehalten werden.

Lassen wir uns vornehmlich nicht auf falsche Wege leiten. Die Industriespionage, zu der man mit geschickten Zügen schon vor dem Weltkriege die damals von uns als wirklich neutrales Volk geschätzten Amerikaner vorgeschoben hatte, ist heute und in Zukunft noch weit mehr imstande, Unbesonnenen die Macht, die mühsam erarbeitete Kenntnis der Bodenerträgnisse zu entreißen.

Auch in der Türkei muß man stets mit gesicherter Marschroute gehen. Bevor man sich schon im kleinen fest bindet, läßt man den Vertrag von einem entsprechenden Rechtsbüro genau durchsehen, namentlich vergesse man nicht, sich eine Hintertür offen zu halten, falls die Vertretung nicht klappen sollte. Das Hintertürsystem ist orientalische Geschäftstaktik, die zu vermeiden, nur Mißerfolg, ja sogar Mißachtung einbringen kann.

Die Erzeugnisse selbst sind nun von verschiedenen Seiten zu betrachten. Fertigware wird vielfach den Halbfabrikaten hintanzusetzen sein. Wenn sich im Lande entsprechende Arbeiter finden, werden erstere weit preiswerter herzustellen sein. Gefahren des Transportes müßten fast ausnahmslos zu Lasten des Verkäufers gehen. Eingeborene Angestellte sind heute freilich noch vielfach jungen Europäern vorzuziehen. Doch

kann hier nur die Lage des Unternehmens selbst ausschlaggebend sein.

Der junge Deutsche darf sich nicht in volle Abhängigkeit begeben. Man mißt in jedem Lande mit anderem Maß und unser Zollstab darf nicht an den Orient gelegt werden. Für unintelligente, unselbständige Charaktere ist im Morgenlande nun schon gar kein Platz.

Ein Handlungsgehilfenverband erinnert, daß es Deutschland würdig und wert ist, die englische und französische Sprache und damit den Handel dieser Nationen zu beschränken, wenn die Sprachen der verbündeten Nationen gelehrt würden.

Glänzende Erfolge kann uns wohl bei tatkräftiger Arbeit und gründlicher Kenntnis des Landes Kleinasien bringen, doch fällt auch hier der Baum nicht beim ersten Streich. Europäische, deutsche Mühe wird nötig sein, das Land mit Gewinn erschließen zu helfen.

Die Berggelände geben noch auf lange Zeit reichlich Nutzholz; ausgesucht schöne Holzarten werden hier gehandelt, ohne daß man sonderliches Gewicht auf Neuanzucht legte. Die Nachfrage war bisher geringer als der Bestand und man konnte so auf ein zwar günstiges, aber nicht ertragfähiges Land hinweisen, das uns nennenswerte Ausfuhr für die Zukunft sichert.

Auch die Gebirgsketten werden in absehbarer Zeit ihre großen Schätze hergeben müssen. Schon sind zahlreiche Schürfarbeiten in Angriff genommen, die eine gute Ausbeute erwarten lassen. Die ganzen südkaukasischen Gebirge zeichnen sich ja durch einen bedeutenden Erzreichtum aus. Aber auch Kohle ist in größeren Mengen zu erwarten, daß also die Herstellung von Fertigwaren billiger werden kann.

Landwirtschaftliche Maschinen beispielsweise wird man hingegen einführen müssen, für Spezialfabrikation ist das heutige Türkenreich noch nicht reif. Auch Maschinen zur rationellen Ausnutzung des Tabakbaues werden verlangt.

Im Geschäftsleben herrschen durchgängig falsche Auffassungen über den deutsch-türkischen Handel nach dem Kriege. Man ist durch die Freundschaftsbeteuerungen der Diplomaten

Optimist geworden, statt das Blendwerk von den Tatsachen geschieden zu halten. Das geht auch die Stellungsuchenden an.

Heute befriedigen die Durchschnittsstellungen nicht, die sich dem jungen Deutschen dort bieten. Wir dürfen uns den Tatsachen nicht verschließen, daß anglisierte Länder — wenn sie Deutschlands Jugend auch ausnutzten — durchweg gut zahlten. In der Türkei aber liegen die Verhältnisse heute fast noch schlechter als vor dem Kriege, das Angebot ist erheblich, die Nachfrage nach Leitern oberer und mittlerer Stellungen gering. Darum denke man nicht aus dem Türkenreiche goldene Berge holen zu können, man wird für die nächsten Jahre eine starke Arbeitskraft erst gebrauchen, um die asiatische Türkei beispielsweise wirtschaftlich nutzbringend zu erschließen.

Ein großer Faktor zum wirtschaftlichen Erfolg ist im Osmanenreiche gesichert; der Arbeitermangel wird behoben. Obwohl man in jedem Hause mehrere Diener trifft, die sich nur im Dolce-far-niente überbieten, ist eine Starrheit des Wirtschaftslebens eingetreten, die bald behoben werden wird.

Eine Zukunft hat die Versorgung der vielen Gast- und Pilgerhäuser (Hadschichane) mit Gebrauchsgegenständen aller Art. Bisher konnte hier nur das Notdürftigste aufgetrieben werden, obwohl bei entsprechender Organisation der Absatz sich verhundertfachen ließe — trotz etwaiger Einbuße dieser „Hotels" durch die Eisenbahnen. Das ungeheuere Land wird außerdem in absehbarer Zeit mit den Eisenwegen, wie auch der Türke die Bahn nennt, noch nicht so zu überziehen sein, daß man das Kamel oder die Araba vermeiden könnte.

Wir werden deutsches Wesen und Streben auf einem gewaltig ausdehnbaren Handelsacker zeigen können. In Not und Tod wird der Türke sich auf uns verlassen können, das ist nach manchen trüben Erfahrungen vor dem Kriege ein großer Sieg für die deutsche Industrie und den deutschen Handel.

Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens, Schuhmacherei- und Schneidereikleinartikel sind recht gangbar. Derartige Erzeugnisse müssen in das Wirtschaftsprogramm unbedingt mit

aufgenommen werden. Aber man verlasse sich nicht auf reintürkische Unternehmungen zur Herstellung von Sonderartikeln.

Der türkische Arbeitgeber ist keineswegs dem deutschen vergleichbar. Der Orientkenner wird mir recht geben, daß Arbeitskontrakte vielfach recht einseitig ausgelegt und gehalten werden. Das liegt nicht am Volke, sondern an der allgemeinen Auffassung des Morgenlandes.

Die Kulturbewegungen zum Nutzen der Deutschen selbst haben wir zu fördern. Hier werden unsere Bemühungen auch Erfolg erwarten lassen. Das Ansehen des einzelnen hebt die Allgemeinheit. Ein wohlwollendes Herz, eine offene Hand und einen unbeugsamen Nacken, die das Deutschtum vor unseren Weltfeinden verkörpern, werden auch die Orientalen uns näherbringen. Nicht mit Worten, sondern mit der Tat sollen wir nach dem Kriege dem neuen Bündnis entgegenkommen. Wir helfen nicht dem einzelnen Türken, sondern jedem einzelnen der vielen dort ansässigen Deutschen, wenn wir den türkischen Staat unterstützen. Als Staat im Sinne einer europäischen Macht beginnt das Osmanentum erst nach dem Weltkrieg zu leben. Ihm zu helfen muß und wird unser hauptsächlichstes Ziel mit sein, denn ihm müssen seine reichen Hilfsquellen zu eignem Wohle erschlossen werden. Schätze liegen brach, die ihm nützen ein gut fundierter Staat zu werden.

Durch die Kultgemeinschaft vieler „Nationen" innerhalb des osmanischen Reiches mit Rußland ist dem Gesamtstaate, soweit er zunächst als Kulturland heißt, ein moskowitisches Gepräge aufgedrückt, das selbst im Handel sich aufdringlich machte und vielfach unangenehm fühlbar wurde. Und dieses Gepräge sitzt heute noch im bulgarischen Volke etwa fest; hier aufzuklären wird eine dankbare, lohnende Arbeit der nächsten Zeit bedeuten und dem ganzen Balkan nützen.

Die Religionsstreitigkeiten aber haben bisher zu einem wirtschaftlichen Mißstand geführt.

Selbst in streng islamitischen Gegenden gab es keine Christenverfolgungen; Christen waren vielmehr Ahl-ad-dimma, Schutzfreunde, der Kalifen; nur anglikanische und die eben-

bürtige französische Verhetzung haben religiöse Unruhen entstehen lassen und das muhammedanische Ordenswesen mit züchten helfen.

Geheimbündeleien und Ordenswirtschaft sind im ganzen Orient noch ziemlich maßgebend für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Man hat mit ihnen zu rechnen und darf ihren Einfluß keinesfalls unterschätzen.

Die heiligen Orte, im großen wie Mekka oder Medina, im kleinen schon jedes Marabut, jede Türbe (Grab) eines Ortsheiligen, sind für wirtschaftliche Beeinflussung sehr ausnutzbar. Hier kommen Scharen aus allen Gegenden des Islamgebietes zusammen, nicht nur um sich rein religiösen Exerzitien hinzugeben, sondern um auch Handelsgeschäfte abzuschließen. Das Arabische ist dabei die Brücke allgemeiner Verständigung.

Man unterschätze auch nach dem Kriege die anglikanischen Umtriebe nicht. Der Erzbischof von Canterbury nimmt gern eine sekundäre Stellung ein, wenn er die erfolgreichen wirtschaftlichen Taten seiner Orientsendlinge hört, denn er ordnete sich als Verweser des größten Bistums hier einem kleinen Episkopat unter, nicht ohne mit bestimmtem Gewinn zu rechnen.

Die christliche Nächstenliebe hat im Orient stets versagt und wird es auch in Zukunft, wo Portemonnaiefragen auftreten. Der kirchliche Orient aber hat Geld und Religion untrennbar vereint, hier wird erst die Zukunft Wandel schaffen müssen. Der Türke aber hat den guten Willen dazu uns schon bewiesen.

Armenian horrors, geschickt von dem englischen Christentum in Szene gesetzt, wurden zur Lahmlegung der deutschen Handelsbeziehungen gründlich ausgenutzt. Seitdem die britische Diplomatie bei der Hohen Pforte sichtlich ausgespielt hatte, traten die „gemachten" Armenierunterdrückungen auf.

Zu den Handelsartikeln sind nun auch Spezialbranchen überaus sicher in Zukunft erfolgreich. Greifen wir einmal eine nur heraus.

Die Musikinstrumentefabrikation darf auf hohen Absatz rechnen. Wer die Levanteländer kennt, weiß was Pathé allein jährlich an Schallplatten arabischer Lieder umsetzt. Wenige

wissen den leichten Verdienst dieser Gesellschaft, die sich eines Skalatenors ebenso verpflichtet als des arabischen Bänkelsängers.

Dem Devotionalienhandel, von dem ich schon oben sprach, dürfte eine größere Beachtung zu schenken sein, als dies vor dem Kriege geschah. Venezianische Perlen sind ja meist schon durch böhmisches Glas ersetzt. Zahlreich aber sind die Rosenkränze, die Schnur, die der Moslim stets gedankenlos durch die Finger gleiten läßt, oder die Korantaschen mit besonderen Surenauszügen dieses Buches der Bücher, gefertigt als Brustbeutel mit autographisch hergestellten Spruchzetteln und kabbalistischen Zeichnungen.

Der Türke ist den Neuerungen gar nicht abhold, wie man im Abendlande immer annimmt. Neue Artikel sind ihm stets gern gesehene Schlager; er steht darin selbst nicht dem Okzidentaten nach. Den Hauptgewinn freilich liefert die Landwirtschaft.

Da der Regen z. B. in Kleinasien ziemlich gleichmäßig ist, so bleibt er hier bei nur oberflächlicher Drainageanlage ein natürlicher Erfolgsfaktor einer guten Ernte. Wir können auch mit ihm in der Zukunft erfolgreich spekulieren. Die Ackerkrume auszunutzen wird unserer Agrikulturtechnik nicht sonderlich schwer fallen. Das gesamte Ackergelände ist heute noch nicht zu einem Viertel bestellt, geschweige denn dies Viertel ausgenutzt. Außerdem sind billige Arbeiter zu haben, eine weitere Aussicht auf Erfolg, die uns in vielen orientalischen Ländern sonst fehlt.

Auf die Sucht nach Bodenerwerb, auf Landhunger muß hingegen der deutsche Kolonist verzichten. Nicht Erwerb an sich reißen, sondern schrittweises, planvolles Durcharbeiten der übernommenen Verpflichtungen muß uns nicht nur das Lob der ottomanischen Regierung, sondern auch des allgemeinen Volkes einbringen. Unlautere europäische Elemente müssen, da sie sich vor dem Kriege augenfällig breit gemacht und das Allgemeininteresse arg geschädigt haben, energisch ausgerottet werden. Erst dann kann ein erfolgreiches Auf-

blühen unserer Handelswirtschaft zu beiderseitigem Nutzen möglich sein.

Den Getreidebau hat man vielfach recht vernachlässigt. Das hat seinen Grund größtenteils in der bisher geringen Abfuhrmöglichkeit. Für stark bevölkerte Gegenden genügte die Kornernte, Hungerzeiten sind im türkischen Kleinasien selten gewesen. Auch besitzt jeder genügende Vorratsfässer (Tontonnen) für Getreide. Da nun auf einen billigen Absatz, aber nur teuern Transport zu rechnen wäre, hat sich ein ausgenützter Getreidebau bisher nicht verlohnt. Brechen erst entsprechende Bahn- und Zweigbahnverbindungen hervor, wird auch die Kornernte schwierigkeitslos auf das Doppelte zu bringen sein.

Man beginnt durch Aufforstung neuen Baumbestand ins Land zu bringen. Es läßt sich nicht leugnen, daß mit dem Walde, wo er überhaupt in großer Dichtigkeit auftrat, gewissenloser Raubbau getrieben wurde, während andere Gegenden, nehmen wir schon das bekannte Syrien, um einen alten Ölbaum geizen und die Bauern mit dem militärischen Torwächter sich um einen Brennholzknüppel raufen, ehe man ihnen Einlaß in die Stadt gewährt.

Kleinasien bleibt auf immer eine Obstkammer, bei geringer Mühe mit guter, ständiger Ernte. Die Veredelung von Obstsorten sollte daher mehr im Auge behalten werden, als es bisher geschehen ist oder durch ungünstige Verkehrsverhältnisse auch geschehen konnte.

Auch Nußplantagen finden sich ohne besondere Kultur in sehr dichten Ansiedlungen; sie erzeugen mühelos eine große Ernte, ließen sich aber noch weit mehr ausnutzen. Namentlich zeichnen sich kleinasiatische Haselnüsse durch einen aromatischen Geschmack aus und können als wichtiger Handelsartikel eine gute Zukunft versprechen.

Sehr rentabel erweist sich die Bearbeitung des Gemüsebaus, ebenso wird Gartenkultur zukunftsreicher betrieben werden können.

Beerenkultur kannte man vordem kaum, man begnügte sich Setzlinge abzusenken und überließ das andere dem Wetter.

Ungedüngt konnte man trotzdem schon gleichmäßig gute Ernten erzielen.

Eine reichere Einnahmequelle wird sich der Türkei noch im Tabakbau erschließen lassen. Der beste Bakschisch bleibt der Tabak. Mit ihm erreicht man alles, was sonst verschlossen erscheint.

Der Wechsel im Besitzstand von Grund und Boden hat sich früher recht fühlbar gemacht, namentlich den vielen nicht nationalen Türken war es schwer beizukommen. Seit Aufhebung der Kapitulation freilich hat das jetzige Regierungssystem nach europäischem Muster Kehraus gehalten, der zwar noch manchen persönlich trifft, aber der für eine aussichtsreiche Zukunftsstellung notwendig erscheint. Auch bei uns wird durch neue Steuererschlüsse immer ein bestimmter Bevölkerungsteil während der Übergangszeit mit gewisser Benachteiligung zu rechnen haben. Genau dasselbe trifft auch bei den augenblicklichen türkischen Reformen zu.

Fassen wir unser wirtschaftliches Programm nun zusammen, so kann es schwierigkeitslos beiden Staaten Nutzen bringen. Das Bündnis mit dem Orient sollen wir also nicht nur von der deutschen Seite betrachten und mit okzidentalen Augen messen, sondern erst fragen, welche handgreiflichen Vorteile vermag unser (kommerzielles) Bündnis dem Osmanen zu bringen. Nur von diesem Standpunkt wird er selbst ausgehen; er ist in seiner Volkspsyche zuviel Egoist, um sich von vornherein nicht den größeren Vorteil zu sichern.

Überhaupt muß höhere praktische Bedeutung dem Bündnis beigelegt werden, denn dies Ziel soll die Krone beiderseitigen wirtschaftlichen Erfolges bedeuten. Mit einem Theoretisieren wird auf beiden Seiten nichts erreicht.

Eine billige Akquisition ist den Briten mit dem deutsch-türkischen Bündnis verloren gegangen. Der große „Kreuzzug der Kultur" ist ihnen glücklich daneben gelungen. Die Führer der französisch-englischen Handelswelt werden das auf Jahrzehnte den Deutschen nicht vergessen. Über dem Kanal weiß man die Bundesfrage wohl zu würdigen und ist über das Verlorengegangene sehr erbost. Hätten sich die Engländer

seit Aufhebung der Kapitulationen weniger egoistisch gezeigt, würde sich uns das osmanische Reich keineswegs so schnell und einmütig angeschlossen haben, wozu es so Englands Diplomaten getrieben haben.

Wer kann dafür stehen, daß ein festes Bündnis je von der andern Seite wird gehalten werden oder doch gehalten werden können. Mit größten Mühen wird man von unseren Weltmarktkonkurrenten daran gehen, uns zu schädigen, wie man es auch vor dem Weltkrieg getan hat. Das nimmer ruhende Mißtrauen des Orientalen kann durch falsche Berichterstattung zu eigenem und unserem Schaden führen.

Auch für die Folge läßt sich das Bündnis mit dem Osmanentum noch nicht übersehen. Wie die Stimmung anhält und wieweit der Türke es ausnutzen kann, wird erst die Zeit lehren. Das Bündnis bringt neben wahrer Freundschaft auch Besorgnis. Wir wollen nicht nur den eigenen Vorteil, sondern auch den unseres Freundes im Auge haben. Auch der Türke weiß, daß er sich auf Deutschland verlassen kann.

Wir haben das türkische Volk zunächst noch nicht um die Realisierung des Bündnisses gefragt. Nicht einseitig werden kommerzielle Bündnisse gefördert, denn wir haben sehr wohl zwischen politischem, militärischen und privaten, geschäftlichen Bündnisteil zu scheiden.

Wenn der gegenwärtige Bündnisrausch auch über den nüchternen Alltag hinweghelfen wird, wird sich der Nutzen unseres orientalischen Wirtschaftsprogrammes zeigen. Die Auspizien freilich sind die besten und die bisherigen Erfolge für beide Teile vorteilhafte.

Uns ermangelt ein klares Bild, was wir zukünftig der Türkei geben können und was sie uns. Wir dürfen uns nicht träumerischen Hoffnungen hingeben und nichts Unmögliches erwarten. Die Bodenschätze, wenn wir sie auch nicht überschätzen wollen, ebenso die ausbaufähigen Bodenerträgnisse lassen sich erfolgreich nur durch eigene Arbeit nutzbar machen. Der Durchschnittstürke wäre zu phlegmatisch, hier selbst mit Energie anzufassen.

Die Verhältnisse zur wirtschaftlichen Förderung eines

Landes lassen sich natürlich nicht von der Regierung allein ändern. Das türkische Volk selbst nahm bisher aber wenig Anteil am Allgemeinaufschwung; es pendelte zwischen dem Übervorteilen von eigenen Beamten oder fremden Unternehmern herum. Seitdem aber die osmanische Regierung sich gegen englische Sondervorschläge rückgratstark gezeigt hat und sie von einem Anschluß an die Mittelmächte auch eine erfolgreiche Weiterentwicklung des türkischen Volkes erwartet, haben wir ein Wirtschaftsprogramm vorgeschrieben erhalten, das der deutschen wie türkischen Regierung ebenso wie dem Einzelunternehmen nur förderlich sein kann. Wir werden nach dem großen Weltkriege erst erkennen, daß das Bündnis „Die Türken und Wir" beiderseitige große Vorteile für die Zukunft in sich birgt.

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

Ungedüngt konnte man trotzdem schon gleichmäßig gute Ernten erzielen.

Eine reichere Einnahmequelle wird sich der Türkei noch im Tabakbau erschließen lassen. Der beste Bakschisch bleibt der Tabak. Mit ihm erreicht man alles, was sonst verschlossen erscheint.

Der Wechsel im Besitzstand von Grund und Boden hat sich früher recht fühlbar gemacht, namentlich den vielen nicht nationalen Türken war es schwer beizukommen. Seit Aufhebung der Kapitulation freilich hat das jetzige Regierungssystem nach europäischem Muster Kehraus gehalten, der zwar noch manchen persönlich trifft, aber der für eine aussichtsreiche Zukunftsstellung notwendig erscheint. Auch bei uns wird durch neue Steuererschlüsse immer ein bestimmter Bevölkerungsteil während der Übergangszeit mit gewisser Benachteiligung zu rechnen haben. Genau dasselbe trifft auch bei den augenblicklichen türkischen Reformen zu.

Fassen wir unser wirtschaftliches Programm nun zusammen, so kann es schwierigkeitslos beiden Staaten Nutzen bringen. Das Bündnis mit dem Orient sollen wir also nicht nur von der deutschen Seite betrachten und mit okzidentalen Augen messen, sondern erst fragen, welche handgreiflichen Vorteile vermag unser (kommerzielles) Bündnis dem Osmanen zu bringen. Nur von diesem Standpunkt wird er selbst ausgehen; er ist in seiner Volkspsyche zuviel Egoist, um sich von vornherein nicht den größeren Vorteil zu sichern.

Überhaupt muß höhere praktische Bedeutung dem Bündnis beigelegt werden, denn dies Ziel soll die Krone beiderseitigen wirtschaftlichen Erfolges bedeuten. Mit einem Theoretisieren wird auf beiden Seiten nichts erreicht.

Eine billige Akquisition ist den Briten mit dem deutsch-türkischen Bündnis verloren gegangen. Der große „Kreuzzug der Kultur" ist ihnen glücklich daneben gelungen. Die Führer der französisch-englischen Handelswelt werden das auf Jahrzehnte den Deutschen nicht vergessen. Über dem Kanal weiß man die Bundesfrage wohl zu würdigen und ist über das Verlorengegangene sehr erbost. Hätten sich die Engländer

seit Aufhebung der Kapitulationen weniger egoistisch gezeigt, würde sich uns das osmanische Reich keineswegs so schnell und einmütig angeschlossen haben, wozu es so Englands Diplomaten getrieben haben.

Wer kann dafür stehen, daß ein festes Bündnis je von der andern Seite wird gehalten werden oder doch gehalten werden können. Mit größten Mühen wird man von unseren Weltmarktkonkurrenten daran gehen, uns zu schädigen, wie man es auch vor dem Weltkrieg getan hat. Das nimmer ruhende Mißtrauen des Orientalen kann durch falsche Berichterstattung zu eigenem und unserem Schaden führen.

Auch für die Folge läßt sich das Bündnis mit dem Osmanentum noch nicht übersehen. Wie die Stimmung anhält und wieweit der Türke es ausnutzen kann, wird erst die Zeit lehren. Das Bündnis bringt neben wahrer Freundschaft auch Besorgnis. Wir wollen nicht nur den eigenen Vorteil, sondern auch den unseres Freundes im Auge haben. Auch der Türke weiß, daß er sich auf Deutschland verlassen kann.

Wir haben das türkische Volk zunächst noch nicht um die Realisierung des Bündnisses gefragt. Nicht einseitig werden kommerzielle Bündnisse gefördert, denn wir haben sehr wohl zwischen politischem, militärischen und privaten, geschäftlichen Bündnisteil zu scheiden.

Wenn der gegenwärtige Bündnisrausch auch über den nüchternen Alltag hinweghelfen wird, wird sich der Nutzen unseres orientalischen Wirtschaftsprogrammes zeigen. Die Auspizien freilich sind die besten und die bisherigen Erfolge für beide Teile vorteilhafte.

Uns ermangelt ein klares Bild, was wir zukünftig der Türkei geben können und was sie uns. Wir dürfen uns nicht träumerischen Hoffnungen hingeben und nichts Unmögliches erwarten. Die Bodenschätze, wenn wir sie auch nicht überschätzen wollen, ebenso die ausbaufähigen Bodenerträgnisse lassen sich erfolgreich nur durch eigene Arbeit nutzbar machen. Der Durchschnittstürke wäre zu phlegmatisch, hier selbst mit Energie anzufassen.

Die Verhältnisse zur wirtschaftlichen Förderung eines

Landes lassen sich natürlich nicht von der Regierung allein ändern. Das türkische Volk selbst nahm bisher aber wenig Anteil am Allgemeinaufschwung; es pendelte zwischen dem Übervorteilen von eigenen Beamten oder fremden Unternehmern herum. Seitdem aber die osmanische Regierung sich gegen englische Sondervorschläge rückgratstark gezeigt hat und sie von einem Anschluß an die Mittelmächte auch eine erfolgreiche Weiterentwicklung des türkischen Volkes erwartet, haben wir ein Wirtschaftsprogramm vorgeschrieben erhalten, das der deutschen wie türkischen Regierung ebenso wie dem Einzelunternehmen nur förderlich sein kann. Wir werden nach dem großen Weltkriege erst erkennen, daß das Bündnis „Die Türken und Wir" beiderseitige große Vorteile für die Zukunft in sich birgt.

Druck von Julius Beltz, Hofbuchdrucker, Langensalza.

C. A. Schwetschke & Sohn Verlag, Berlin

Im Juni 1916 erscheint:

Kaiser Franz Joseph I. als König von Ungarn

Von Dr. Adolph Kohut, Ungarischer Königlicher Rat
Umfang 500 Seiten, Mark 4.—, eleg. geb. Mark 5.50

Das Haus Hohenzollern / Ein patriotisches Gedenkbuch in Wort und Bild

Mit Beiträgen von Fedor v. Zobeltitz, Walter Bloem, Carl Bleibtreu, Börries Frhrn. v. Münchhausen u. a.
Mit 21 vierfarb. Porträts v. Kunstmaler Ew. Ostendorff
In Prachteinband Mark 6.—

„Dieses ist das wahre Hohenzollernbuch“; die große Zeit, die wir durchleben, rechtfertigt nur zu sehr den Wunsch, daß dieses in **fesselnder Form der Darstellung** gehaltene Werk — **die ruhmreiche Geschichte der Hohenzollernfürsten** — in weiteste Kreise des deutschen Volkes dringen möge!

Aus dem Leben der beiden ersten deutschen Kaiser und ihrer Frauen

Forschungen u. Erinnerungen v. Prof. Dr. F. Nippold
Mark 8.— geb. Mark 9.—

Nach Niederschriften über eine Reihe von Audienzen bei Wilhelm I. und Friedrich III., sowie aus weiteren Aufzeichnungen über die Kaiserinnen Augusta und Friedrich und unter Benutzung eines reichen, bisher unbekannten Quellenmaterials.

C. Fechners Buchdruckerei (H. Scholz) Guben.